

Oberösterreichisches  
Landesmuseum

I 91690/106

GERALD SCHLAG



AUS TRÜMMERN  
GEBOREN...

Burgenland 1918-1921



# „Aus Trümmern geboren

Gerald Schlag



Wissenschaftliche Arbeiten aus dem Burgenland  
(WAB) Band 106

**„Aus Trümmern geboren...“**

Gerald Schlag

Eisenstadt 2001

**OÖLM LINZ**



+XOM977901

I 91690/106

Oberösterreichisches  
Landesmuseum Linz/D.  
Bibliothek

T Inv. Nr. J 2001 1786



Wir feiern heuer 80 Jahre Burgenland und dieses besondere Jubiläum ist Anlass, Rückschau zu halten, aber auch den Blick in die Zukunft zu richten. Die Geschichte unseres Landes war lange Zeit von historischen und geografischen Nachteilen geprägt. Erst nach und nach konnte das Burgenland aus dem Schatten seiner Vergangenheit treten.

Mit der Ostöffnung und dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ hat Ende der 80er Jahre eine neue Dynamik eingesetzt. Der zweite Entwicklungsschub folgte mit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union und der Anerkennung des Burgenlandes als Ziel 1-Gebiet. Heute ist das Burgenland auf dem Weg zu einer starken Region im Herzen Mitteleuropas. Die bevorstehende Erweiterung ist ein weiterer historischer Schritt, der dem Burgenland neue Chancen eröffnet.

Verständnis für die Fragen der Gegenwart und der Zukunft kann nur dort gedeihen, wo auch die geschichtlichen Zusammenhänge erkannt werden. Die Beschäftigung mit dem historischen Werdegang des Burgenlandes ist vor allem auch deshalb von enormer Bedeutung, weil damit die Wurzeln seiner Identität sichtbar gemacht werden.

Hofrat Dr. Gerald Schlag liefert mit diesem Buch einen wesentlichen Beitrag dazu, dass die Geschichte dieses Landes akribisch aufgearbeitet und für Leserinnen und Leser spannend präsentiert werden kann. Für diese große Leistung gebühren ihm seitens des Landes Burgenland größter Dank und Anerkennung.

Landeshauptmann

  
Hans Niessl





Das Burgenland hat seit seinem Bestehen als eigenständiges Bundesland eine sehr wechselvolle Geschichte hinter sich.

In den ersten Jahren nach dem Zerfall der Donaumonarchie dominierten politische Wirrnisse, die ersten Jahrzehnte waren von einer schwierigen wirtschaftlichen Entwicklung geprägt und so manche zweifelten an der Lebensfähigkeit des jüngsten österreichischen Bundeslandes. Die mühevollle Aufbauarbeit hat sich jedoch gelohnt, denn heute präsentiert sich das Land als moderne und lebenswerte Region mit großen Zukunftschancen.

Allerdings besteht die Geschichte des Burgenlandes nicht nur aus den vergangenen achtzig Jahren. Dieser Landstrich „jenseits der Leitha“ hat auch in den vergangenen Jahrhunderten bewegte Zeiten erlebt. Dennoch – oder gerade deshalb – erzählt uns die Geschichte des pannonischen Raumes auch vom friedlichen Zusammenleben unserer Volksgruppen und Glaubensgemeinschaften – eine Tradition für die das Burgenland auch heute noch steht.

Unsere Vergangenheit ist das Fundament, auf dem wir unsere Zukunft errichten. In diesem Sinn stellt das vorliegende Buch einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung der Geschichte des Burgenlandes dar und bietet dem Leser einen interessanten und detailreichen Überblick über die Entstehung unseres Burgenlandes, über große und kleine Ereignisse, über Schicksalsschläge und Erfolge.

Landeshauptmann-Stellvertreter

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'F. Steindl'. The signature is stylized and cursive.

Mag. Franz Steindl



Die 80-jährige Zugehörigkeit des Burgenlandes zur Republik Österreich ist ein willkommener Anlass, sich – wiederum – mit der Geschichte unseres Landes intensiv auseinander zu setzen. Diesen Prozess halte ich für bedeutend: Denn erst der Rückblick auf Gestern und Vorgestern ermöglicht es, einen klaren Blick auf Heute und Morgen zu gewinnen. Zukunft lässt sich nur dann aktiv gestalten, wenn die Vergangenheit aufgearbeitet ist.

Das vorliegende Buch ist ein vorbildliches Instrument. Hofrat Dr. Gerald Schlag hat in langwieriger, penibler Kleinarbeit und mit der jahrzehntelangen Erfahrung eines führenden Burgenland-Historikers diesen Band vorgelegt, der zweifach beeindruckt: als wissenschaftliches Werk ebenso wie als „Geschichte(n)-Buch“ für alle am Burgenland Interessierten. – Dazu möchte ich ihm gratulieren und herzlich danken.

Es liegt jetzt an uns, auf dem gesicherten Boden unserer Vergangenheit darüber nachzudenken, welchen Perspektiven sich dieses Land gesellschaftlich, kulturell, politisch und wirtschaftlich als unverwechselbare Region in einem neuen Europa gegenüber sieht. – Nutzen wir gemeinsam diese Chance!

Kulturlandesrat

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'H. Bieler'. The signature is written in a cursive style with a large initial 'H'.

Helmut Bieler

Meine Beschäftigung mit der Geschichte der Entstehung des österreichischen Bundeslandes Burgenland geht auf die Sechzigerjahre zurück. Seither habe ich mich mit dem Thema in einigen Aufsätzen auseinandergesetzt und unzählige Vorträge über diesen wichtigen und spannenden Abschnitt der Geschichte unseres Landes gehalten. Dabei tauchte immer wieder der Wunsch auf, eine umfassende Zusammenfassung dieses in zahlreichen Detailuntersuchungen auftauchenden Themas zu schreiben und einer breiteren, interessierten Leserschaft vorzulegen. Den letzten Anstoß dazu, dieses nicht leichte Unternehmen zu beginnen, verdanke ich Landeshauptmann Karl Stix, der mich im Herbst 1996 spontan bewog, ein solches Werk zum „80-jährigen Jubiläum des Burgenlandes“ vorzulegen.

Die „Geburt dieses Landes“ aus den „Trümmern des zerfallenden Vielvölkerreiches Österreich-Ungarn“ war ein Geschehen, das nicht nur die Bewohner des deutsch-westungarischen Grenzstreifens und die beiden Nachbarstaaten – die neu entstehenden Republiken Österreich und Ungarn – betraf, sondern auch die europäischen Großmächte und die USA. Nicht nur die Staatsmänner der Siegermächte des Ersten Weltkrieges, die in den Friedensverträgen von Paris eine neue europäische Landkarte schufen, sondern auch die Regierungen in London, Paris, Rom und Washington, sowie jene von Prag und Belgrad beschäftigten sich monatelang, manchmal jahrelang mit dem „Burgenland-Problem“. Die Entscheidungsjahre des Burgenlandes 1918 – 1921 waren eine Zeit der zerbrechenden Strukturen, drückendster wirtschaftlicher Probleme und eines unheilvollen Nationalismus, die das politische und diplomatische Ringen um dieses Land ungemein verschärfte. Sie führten in ihrer letzten Phase in bewaffnete Kämpfe, bevor es zu einem – wie wir aus heutiger Sicht sagen können – weisen Kompromiß kam, der Österreich und Ungarn jene Feindschaften und Kriege ersparte, die in den folgenden Jahrzehnten an vielen 1919/20 in Paris gezogenen Grenzen ausbrachen. Es war Ziel dieser Arbeit dies alles in knapper, aber nötiger Ausführlichkeit darzustellen, wobei nicht nur die „hohe Politik“, sondern auch das Schicksal der betroffenen Menschen zur Sprache kommen sollte.

Ich hoffe, dass ich mit dem vorliegenden Buch, das aus einer großen Fülle an Archivmaterial und einer riesigen Anzahl von im In- und Ausland erschienenen Spezialaufsätzen zusammengetragen wurde, dieser nicht leichten und anspruchsvollen Aufgabe halbwegs gerecht wurde und dem Leser einen Einblick in das komplizierte, ja manchmal verwirrende Geschehen geben kann. Wenn mir das gelungen ist, so verdanke ich dies der vorbildlichen und freundschaftlichen Hilfe zahlreicher Institutionen und Fachkollegen, deren lückenlose Aufzählung den

Rahmen dieses Vorwortes sprengen würde. Mein besonderer Dank gilt dabei allen Kollegen im Burgenländischen Landesarchiv und Landesbibliothek (unter deren Direktoren Dr. August Ernst, Dr. Johann Seedoch und Dr. Roland Widder), der Komitatsarchive in Szombathely (Direktor Dr. György Tilcsik), Kőszeg (Direktor Dr. István Báriska) und Sopron (Direktor Dr. Éva Turbuly); dabei gilt mein besonderer Dank Ildikó Németh, die mir bei der Übersetzung der sonst für mich schwer zugänglichen ungarischen Quellen in liebenswerter Weise geholfen hat.

Wertvollen Dienst erwiesen mir Direktor Dr. Sándor Horváth (Savaria Múzeum in Szombathely), Dr. József Kücsán (Soproni Múzeum), Direktor Dr. Gerda Mraz (Porträtsammlung und Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek, Wien), AR Peter Enne (Heeresgeschichtliches Museum, Wien), OAR Wolfgang Meyer (Kulturabteilung des Amtes der Burgenländischen Landesregierung, Eisenstadt), Herr Erwin Moravitz und Frau Heidi Vukovits, sowie mehrere private Leihgeber, die es mir ermöglichten, das Buch mit entsprechenden Kartenskizzen und Illustrationen auszustatten.

Zu großem Dank bin ich auch den „Lektoren“ des Buches Prof. Mag. Josef Tihanyi, Dr. Jakob Perschy und Lieselotte Weghofer verpflichtet, sowie allen meinen Mitarbeitern im Burgenländischen Landesmuseum, die in vielen Details am Gelingen des Werkes Anteil haben und oft einen „überarbeiteten und gestressten Chef“ ertragen mußten.

Danken möchte ich natürlich auch der Burgenländischen Landesregierung, insbesondere Kultur-Landesrat Helmut Bieler, für ihre Unterstützung und finanzielle Förderung der Drucklegung des Werkes.

Ganz besonderer Dank gilt aber meiner Familie für ihre große Geduld und ihr Verständnis, die sie aufbringen mußten, wenn ich über viele Monate hinweg einen großen Teil meiner Aufmerksamkeit, Freizeit und Arbeitskraft der Erarbeitung dieses Buches gewidmet habe.

Gerald Schlag

Als im Herbst 1918 der Erste Weltkrieg nach vierjährigem blutigen Ringen zu Ende ging und die Habsburgermonarchie, die jahrhundertlang die Geschicke im Donaauraum bestimmt hatte, in einzelne unabhängige Nationalstaaten zerfiel, wurde auch für die Bewohner der Dörfer und Städte des heutigen Burgenlandes die Frage der zukünftigen Staatszugehörigkeit brennend aktuell. Das Scheitern der Junioffensive 1918 in Oberitalien hatte endgültig gezeigt, dass Österreich-Ungarn am Ende war und der totale Zusammenbruch seiner militärischen Kräfte unausweichlich herannahte.<sup>1</sup> In weiten Teilen des Landes herrschte Hunger und bitterste Not, in den Fabriken häuften sich Streiks der unterernährten Arbeiter gegen die unmenschlichen Arbeitsbedingungen vielstündiger Akkordarbeit, in den Kasernen meuterten zerlumpte und schlecht versorgte Soldaten und tausende von ihnen desertierten auf dem Weg zur Front, da sie sich nicht mehr „in einem sinnlosen Krieg hinopfern lassen“ wollten. Da und dort musste bereits Militär eingesetzt werden, um Ausschreitungen zu verhindern. In zahlreichen Städten kam es zu Demonstrationen gegen den Krieg, in denen bald Rufe nach Revolution, Zerschlagung des „Völkerkerkers Österreich-Ungarn“ und Freiheit und Unabhängigkeit der Nationen laut wurden. Vergeblich versuchte Kaiser Karl am 14. September 1918 in seiner Friedensnote „An Alle!“ - an 22 kriegsführende und 21 neutrale Staaten Friedensgespräche einzuleiten. Ebenso scheiterte sein am 16. Oktober veröffentlichtes Manifest „An Meine getreuen österreichischen Völker!“, in dem er viel zu spät den Versuch unternahm, durch Umwandlung der Monarchie in einen Bundesstaat, „in dem jeder Volksstamm auf seinem Siedlungsgebiet sein eigenes staatliches Gemeinwesen bildet“, die Donaumonarchie innenpolitisch zu retten.

Inzwischen hatte die Loslösung der einzelnen Kronländer vom Staatsganzen begonnen: Am 26. September 1918 proklamierte der tschechische Exilpolitiker Tomas G. Masaryk in Paris einen selbständigen tschechoslowakischen Staat, dem dann am 28. Oktober durch einen endgültigen Schritt in Prag die Loslösung aus der Doppelmonarchie folgte. Am 6. Oktober konstituierte sich in Agram ein Nationalrat der Slowenen, Kroaten und Serben mit dem Ziel, einen neuen gemeinsamen südslawischen Staat zu bilden, und am selben Tag beschlossen Vertreter der Rumänen von Siebenbürgen, des Banats und der Bukowina in Jassy die Vereinigung ihrer Wohngebiete mit dem Königreich Rumänien. Am 15. Oktober erklärten die polnischen Abgeordneten des österreichischen Reichstages, dass sie sich als Angehörige des neugegründeten Staates Polen betrachten,

und am 28. Oktober übernahm ein polnisches Komitee in Krakau die Staatsmacht in Galizien. Schließlich trafen sich am 21. Oktober die Abgeordneten der deutschen Siedlungsgebiete der österreichischen Reichshälfte im niederösterreichischen Landhaus in Wien und bildeten eine Provisorische Nationalversammlung und einen - später Staatsrat genannten - Vollzugsausschuss, der die Regierungsgewalt in einem neuen „Deutschösterreich“ übernehmen sollte, soweit sich dies in jenen bewegten Tagen überhaupt durchsetzen ließ.

Auch in Ungarn verlief die Entwicklung ähnlich: Am 16. Oktober erklärte der Wortführer der Opposition, Graf Mihály Károlyi, im Budapester Parlament: *„Den Krieg haben wir verloren, jetzt ist es wichtig, den Frieden nicht zu verlieren.“* Vierundzwanzig Stunden später kam der Paukenschlag: Graf István Tisza, der noch immer einflussreichste ungarische Politiker, erklärte zur Verblüffung seiner Partei: *„Ich gebe zu, was Graf Károlyi in seiner gestrigen Rede sagte: ich gebe zu, wir haben den Krieg verloren.“* Über die Wirkung dieser Worte schrieb Károlyi selbst später in seinen Memoiren: *„Dieser Satz schlug bei der erschütterten Mehrheit wie ein Blitz ein. Es war offensichtlich, Tisza brach unter dem Eindruck der Ereignisse und dem Gewicht seiner enormen Verantwortung zusammen. Das war der größte vorstellbare Schlag gegen die Reaktion. Tizas Ankündigung verbreitete sich wie ein Lauffeuer im Lande, in den Schützengräben und hinter der Front. Es gab viele, die erst jetzt die Wahrheit zur Kenntnis nahmen.“*<sup>2</sup> Die Einsicht, dass der Krieg verloren und Österreich-Ungarn im Begriff sei zu zerfallen, bewog am 23. Oktober die Regierung Wekerle, die sich bis dahin hartnäckig gegen jede innerstaatliche Reform gestellt hatte, zur Demission. Zwei Tage später etablierte sich in Budapest unter der Führung des links-liberalen Großgrundbesitzers und Führers einer Zweiggruppe der Unabhängigkeitspartei,<sup>A)</sup> Graf Mihály Károlyi, ein Ungarischer Nationalrat (Nemzeti Tanács). Dieser forderte in einem 12-Punkte-Programm die Schaffung eines unabhängigen Ungarn, allerdings mit den alten Grenzen des Reiches der Heiligen Stephanskrone<sup>B)</sup>, weiters Verhandlungen über einen sofortigen Sonderfrieden, das allgemeine geheime Wahlrecht, eine Bodenreform und Autonomie für die nichtmagyarischen Nationalitäten. Nach Unruhen und Demonstrationen, denen sich bald auch ein Teil der Exekutive und des Militärs anschloss, beauftragte König Karl IV. nach einigem Zögern Károlyi am 30. Oktober 1918 mit der Übernahme der Regierung.

---

A) „Függetlenség és 48-as párt (Károlyi-párt)“ gegründet im Juli 1916

B) Das „Reich der Heiligen Stephanskrone“ (auch „Länder der ungarischen Krone“) umfassten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts: Ungarn samt Siebenbürgen (1876 Ungarn einverleibt), Fiume samt Gebiet und das Königreich Kroatien-Slawonien. Ungarn umfasste in sechs administrativen Kreisen 48 Komitate, Siebenbürgen 15 Komitate und Kroatien-Slawonien 8 Komitate.



**Bild 1:** Plakat „Republik!“. November 1918. (126 cm x 94 cm). Entworfen von Mihály Biró

Der Nationalrat bildete ein neues Kabinett aus Mitgliedern der „Károlyi-Partei“ (Függetlenség és 48-as párt), den Sozialdemokraten (Magyarországi Szociáldemokrata Párt) und den Bürgerlich-Radikalen (Országos Polgári Radikális Párt). Damit hatte auch in Budapest die Revolution, die im Volksmund als „Astern-Revolution“<sup>A)</sup> bezeichnet wurde, gesiegt. Viele sahen es als ein Symbol, dass am selben Tag Graf István Tisza, der „mächtige Mann“ des sterbenden Österreich-Ungarn, von drei Soldaten, die plündernd in seine Wohnung eindrangten, erschossen wurde. Schon in den nächsten Stunden und Tagen griff die Revolution auch auf die Städte und Dörfer auf dem Lande über und kam somit auch nach Deutsch-Westungarn, wie der von überwiegend deutschen Einwohnern besiedelte Westrand der Komitate Wieselburg (Moson), Ödenburg (Sopron) und Eisenburg (Vas) etwas vage hieß.

Dass neben den ungeheuren wirtschaftlichen und sozialen Problemen, die die Menschen auch in diesem Grenzraum in den nächsten Monaten und Jahren zu bewältigen hatten, auch noch die Frage der Staatszugehörigkeit bzw. der nationalen Rechte hinzukam, ließ bereits eine Resolution ahnen, die der ungarndeutsche Abgeordnete Rudolf Brandsch noch in der letzten Sitzung des alten Ungarischen Reichstages am 23. Oktober 1918 vorbrachte. Er sagte: *„Wir, die in den Ländern der heiligen ungarischen Krone lebenden Deutschen waren immer Säulen der Ordnung und der Achtung der Gesetze, und wir haben unsere Staatstreue immer glänzend bewiesen. Auch im Weltkrieg haben wir große Opfer gebracht, in der festen Überzeugung, daß wir unseren eigenen Interessen dienen, wenn wir für den Weiterbestand unseres Vaterlandes kämpfen. Wir haben keine Anerkennung gefordert, aber wir hegen die Hoffnung, daß die nach Friedensschluß kommenden neuen Verhältnisse auch unserem Volk auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens jene Rechte bringen werden, welche es ermöglichen, daß wir unsere völkische Kultur und Entwicklung für alle Zeiten sicherstellen können. Mögen sich die Verhältnisse in unserem Vaterlande wie immer gestalten, wir Deutsche fordern: Die freie Entwicklung unserer nationalen Kultur; wir fordern, daß wir unsere Muttersprache in den verschiedenen Zweigen des öffentlichen Lebens ungehemmt benützen können. Wir fordern, daß solche Gesetze gebracht werden und auch eingehalten werden, welche uns diese unsere Rechte für immer sichern.“*<sup>3</sup> Noch wenige Monate vorher wäre Brandsch für solche Worte niedergeschrien, ja tätlich angegriffen worden. Jetzt fanden sie in dem sich bereits auflösenden Parlament kaum Echo, ließen aber viele Menschen draußen in den Städten und Dörfern des deutschen Siedlungsgebietes von

---

A) Die bei den Demonstrationen anwesenden Soldaten, rissen die kaiserlichen Kokarden von ihren Mützen und steckten an ihre Stelle bzw. in die Mündungen ihrer Gewehre Herbstblumen, vor allem Astern.

Ungarn aufhorchen, und der Redner erhielt in den nächsten Tagen hunderte begeisterte Zuschriften auch aus Westungarn.

## **Zur Vorgeschichte:**

Schon im Hochmittelalter waren die Westgebiete Ungarns von Kolonisten aus dem bayrisch-deutschen Raum besiedelt worden.<sup>4</sup> Bald nachdem sich die Grenze zwischen dem Deutschen Reich und Ungarn im 11. Jahrhundert an den Flüssen Leitha und Lafnitz bzw. am Ostrand der Alpen gefestigt hatte, waren die Neuansiedler mit Förderung der ersten ungarischen Könige als „hospites“ - also als „Gäste“ hierher gerufen worden. Der zur Zeit König Ladislaus IV. (1273-1290) lebende Chronist Simon de Keza berichtet in seinen „Gesta Hungarorum“ über zahlreiche Adelige, die von den Königen in den westungarischen Komitaten Wieselburg, Ödenburg und Eisenburg umfangreiche Landschenkungen bekamen: Von den Poth aus Bayern, von den Hunt-Pazman, den Gutkeled und den Ellerbachern aus Schwaben, von den Brüdern Wolfer und Hedrich, die wahrscheinlich aus der Steiermark kamen und die Ahnherren der Güssinger und der Hédervári wurden, von den Buzád-Hahold, die aus der Gegend von Würzburg stammten, und schließlich von den aus Aragonien kommenden Brüdern Simon und Michael, den Stammvätern der Mattersdorf-Forchtensteiner - um nur einige Beispiele zu nennen. Von den Königen angeworben, oder als politische Flüchtlinge ins Land gekommen, brachten sie westliches „know-how“ und neue Technologien ins Land. Kleriker und Mönche, die die bayrischen Bistümer Passau, Freising und Regensburg schickten, führten dieses der römisch-christlichen Kirche zu und eröffneten so den Ungarn den Zugang zur geistigen Welt des Abendlandes. Die Zisterzienser von Heiligenkreuz im Wienerwald, vom Kloster Marienberg bei Güns und von St. Gotthard im Raabtal waren nicht nur für die Verbreitung des Christentums im Grenzraum entscheidend, sondern auch für die Einführung neuer landwirtschaftlicher Methoden, vor allem aber für die Re-kultivierung des Weinbaus, der bald zum wichtigsten Produktions- und Exportzweig des Landes westlich und südlich des Neusiedlersees wurde. Mit ihnen kamen Bauern und Handwerker aus dem benachbarten Alpen- und Donaauraum ins Land, das diese rodeten und aufschlossen. Die neuen Siedler legten Dörfer rund um die alten magyarischen und petschenegischen Grenzwächtersiedlungen an, die sie im Laufe der folgenden Generationen zum größten Teil assimilierten.<sup>A)</sup>

---

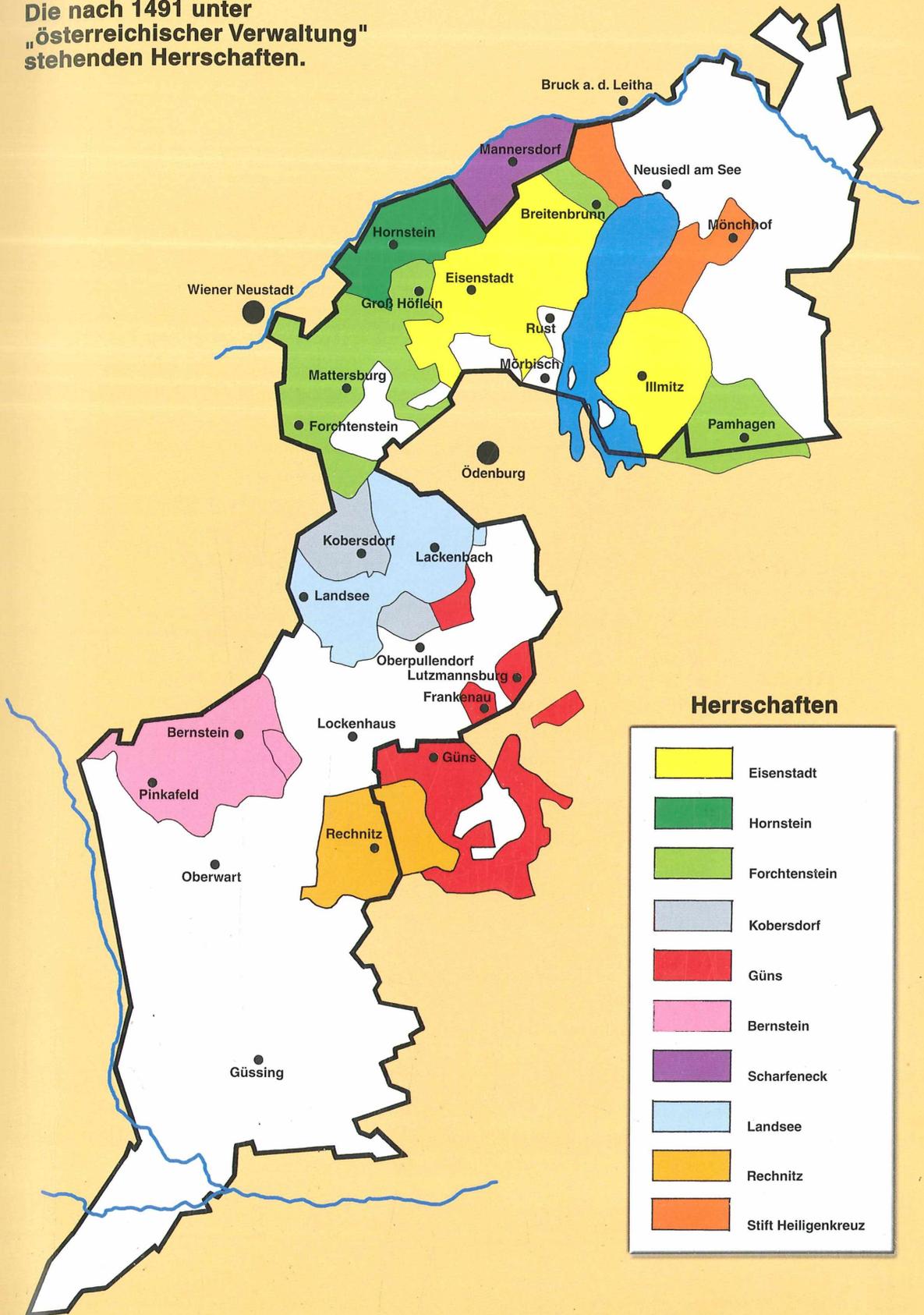
A) Wenn auch die magyarischen Grenzwächtersiedlungen später nur mehr „in der Wart“ und um Oberpullendorf als Sprachinseln erhalten blieben, weisen doch viele Ortsnamen (z.B. Pöttsching, Schützen etc.) heute noch auf diese hin.

Bald versuchten aber die westlichen Nachbarn selbst auch politisch nach dem fruchtbaren und damit wirtschaftlich höchst begehrenswerten Land zu greifen. Schon zur Zeit von König Stephan I. dem „Heiligen“ (997-1038) nutzten die Deutschen Kaiser innerungarische Wirren und nahmen in den folgenden Jahrzehnten Thronstreitigkeiten und Familienkämpfe der Arpadendynastie zum Anlass, das Reich der Heiligen Stephanskrone, oder zumindest seine westlichen Teile, unter Lehensabhängigkeit des Heiligen Römischen Reiches zu bringen. Als dann die Macht der Kaiser im Reich schwand, traten die Herzöge von Österreich, die Babenberger und nach 1285 die Habsburger, in deren Fußstapfen. Zunächst misslangen allerdings alle Versuche, die westungarischen Herrschaften der ungarischen Krone zu entreißen und mündeten nur in Krieg und Zerstörung. Am bekanntesten ist wohl jene Schlacht an der Leitha vom Veits-Tag (15. Juni) des Jahres 1246, bei der der letzte Babenberger, Friedrich II. der Streitbare, fiel und somit der Versuch scheiterte, die drei westungarischen Komitate Wieselburg, Ödenburg und Eisenburg im Windschatten des Mongolensturms an Österreich zu bringen.

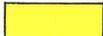
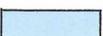
Um die Mitte des 15. Jahrhunderts gelang es den Habsburgern dann doch - und teilweise friedlich - Gebiete in Westungarn zu erwerben. Herzog Albrecht VI. bekam im Jahre 1445 durch Kauf und Verpfändungen die Herrschaften Forchtenstein, Kobersdorf und Landsee vom letzten Spross der Forchtensteiner übereignet und bald darauf auch Eisenstadt in seine Hand. Da sein Bruder, Kaiser Friedrich III., schon 1441 die königlich-ungarische Freistadt Ödenburg an sich gebracht hatte und ebenfalls im Jahre 1445 Hornstein, Güns, Rechnitz, Schlaining, Bernstein und andere befestigte Orte mit Militärgewalt besetzte, begann damit eine Bindung an das Haus Habsburg und somit an Österreich, die über zweihundert Jahre dauern sollte. Doch der Kaiser hatte inzwischen viel weitgehendere Pläne, die letztlich darauf hinausliefen, ganz Ungarn seinem Imperium einzugliedern. So ließ er sich von einer Reihe von Magnaten am 12. Februar 1459 auf Burg Güssing zum Gegenkönig von Matthias Corvinus wählen, wodurch eine jahrelange, immer wieder auch mit den Waffen ausgetragene Rivalität entstand, die erst durch den Tod des Corvinen im April 1490 faktisch beendet wurde. Zu einem endgültigen Frieden fanden aber erst ihre Nachfolger: der Deutsche König und spätere Kaiser Maximilian I. und Wladislaw II., der König von Polen und nun auch von Böhmen und Ungarn, die am 7. November 1491 einen entsprechenden Vertrag unterzeichneten.

Dieser Friede von Pressburg von 1491 brachte nicht nur das Ende der jahrhundertelangen Grenzkämpfe zwischen Österreich und Ungarn, sondern legte auch die Basis für eine weitere Annäherung zwischen den Habsburgern und den Jagellonen, die 1515 zur berühmten Doppelhochzeit von Wien und schließlich

# Die nach 1491 unter "österreichischer Verwaltung" stehenden Herrschaften.

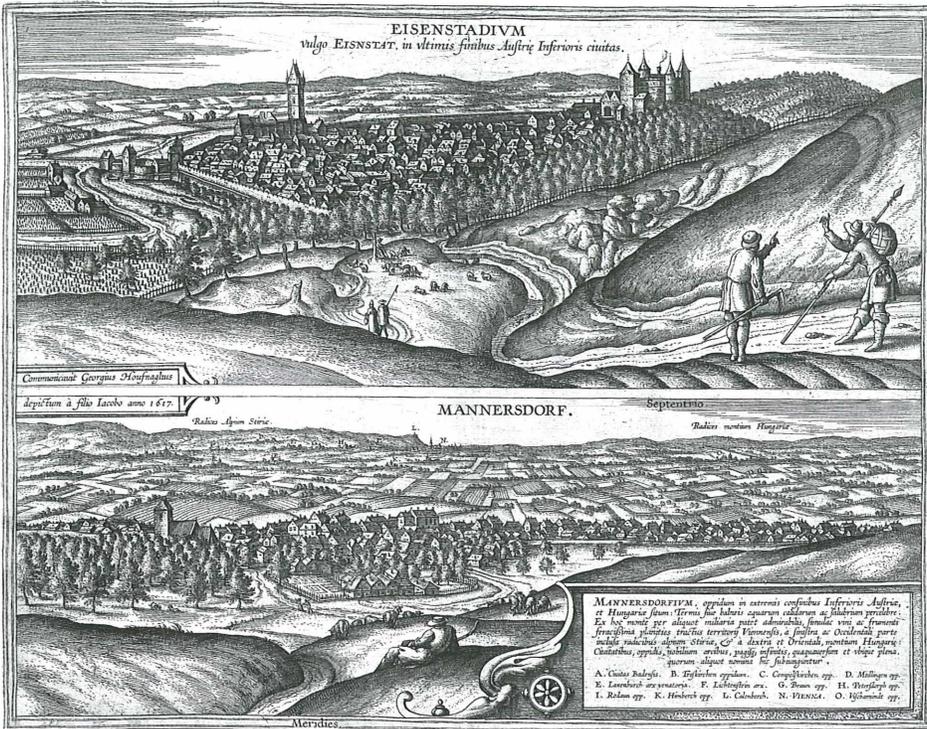


## Herrschaften

	Eisenstadt
	Hornstein
	Forchtenstein
	Kobersdorf
	Güns
	Bernstein
	Scharfeneck
	Landsee
	Rechnitz
	Stift Heiligenkreuz

nach 1526 zur Erwerbung der ungarischen und böhmischen Krone durch Ferdinand I. und damit zur Grundsteinlegung des habsburgischen Vielvölkerreiches im Donauraum wurde. Zunächst brachte er jedoch die endgültige Festsetzung des Hauses Habsburg in Westungarn, da bestimmt wurde, dass „die in Ungarn gelegenen Herrschaften Eisenstadt, Forchtenstein, Kobersdorf, Hornstein, Rechnitz, Güns, Bernstein und andere Orte, die vor den corvinischen Kriegen in des Kaisers Händen waren“, an Friedrich III. und in weiterer Folge an seine Nachfolger fallen sollten.<sup>5</sup> Obwohl der Vertrag noch von Kaiser Friedrich III. sprach, führte bereits sein Sohn und Nachfolger Maximilian die Verhandlungen, und er war es auch, der die Verwaltung der neu erworbenen Herrschaften der niederösterreichischen Kammer anvertraute und dann - auch er befand sich immer in Geldnöten - österreichischen Adeligen in Pfand gab. Alle Einkünfte der Herrschaften kamen so von nun an direkt oder indirekt Österreich zugute, mit Ausnahme der Türkensteuer (*Passagium generale contra Turcas*), die zur Finanzierung der Türkenabwehr an der Südgrenze Ungarns dienen sollte und des Zehents, der weiter an die Diözese Raab (*Győr*) abzuliefern war. Da auch die Herrschaft Scharfeneck - wie ebenfalls im Frieden von Pressburg erwähnt<sup>6</sup> - in Händen der österreichischen Familie Grafenegger und Landsee bei den Weispriach blieb, und da die geistlichen Besitzungen des Stiftes Heiligenkreuz am Nordufer des Neusiedlersees und jene von Klostermarienberg letztlich zu Österreich gehörten, befand sich nun ein Großteil jenes Gebietes, das heute das Burgenland ausmacht, weitgehend „unter österreichischer Verwaltung“

Die neuen Herrschaftsinhaber, wie die Hardegg, Weispriach, Königsberger, Fürst u.a., brachten Verwalter und Amtsleute aus ihrer Heimat mit und so flossen bald österreichische Verwaltungspraktiken und Rechtsnormen, sowie Sitten und Moden in den Alltag der westungarischen Herrschaften ein, wo man bald nur mehr deutsch sprach und schrieb. Im Laufe der Jahrzehnte verdichteten sich auch die wirtschaftlichen Verbindungen zu den benachbarten niederösterreichischen und steirischen Gebieten. Viele Adelige, Klöster und vor allem Bürger der Grenzstädte Wiener Neustadt, Bruck an der Leitha und Hainburg, aber auch Fürstenfeld im Süden erwarben hier Besitz, insbesondere Weingärten, um den qualitativ hochwertigen „Ungarwein“ entweder für die eigene Tafel zu produzieren oder mit Gewinn in den Westen weiterzuverkaufen. In so manchem Dorf östlich der Leitha gab es bald mehr „auswärtigen“ Weingartenbesitz als einheimischen und die Weinmengen, die - legal oder mit den verschiedensten Tricks bis hin zum Schmuggel - an den niederösterreichischen Zollstellen vorbeitransportiert wurden, waren beachtlich. Wie auch immer - Handel oder Schmuggel - die Menschen beiderseits der Leitha rückten näher zueinander. Auch der Fernhandel mit Wein in die sogenannten „Oberländer“ Schlesien, Böhmen, Mähren und Polen, von wo meist deutsche Kaufleute als Händler nach Westungarn kamen,



**Bild 3:** Georg Braun und Franz Hogenberg „Civitates orbis terrarum“ (1617)

festigte die Kontakte zum deutschen Sprachraum.<sup>7</sup> So war es nicht verwunderlich, dass man sehr bald das deutsch-westungarische Gebiet „als eigentlich zu Österreich unter der Enns gehörig“ empfand, und schon Kaiser Ferdinand I. (König von Ungarn 1526 – 1564) selbst die Grenzherrschaften in offiziellen Urkunden als „in unserm Erczherzogthumb Oesterreich unnter der Ennß gelegen“ bezeichnete.<sup>8</sup> Auch das berühmte Städtebuch „Civitates orbis terrarum“ („Beschreibung und Contrafactur der vornembsten Stät der Welt“), das der Kölner Kanoniker und Verleger Georg Braun mit dem Kupferstecher Franz Hogenberg 1572 – 1617 in mehreren Bänden herausgab, bezeichnete z.B. Eisenstadt als eine „in ultimis finibus Austriæ Inferioris civitas“<sup>9</sup> und Matthäus Merian nahm Eisenstadt in seine „Topographia Provinciarum Austriacarum“ (Frankfurt am Main 1649) auf, wobei der Textautor des Buches, der steirische Gelehrte Martin Zeiller, schrieb, dass „viel vermeinen, daß Eisenstatt (allda man mehrertheils Teutsch redet und gesittet ist) noch in Oesterreich lige“.<sup>10</sup>

Hatten die ungarischen Stände 1491 die „Verpfändung“ der westungarischen Grenzherrschaften durch König Wladislaw II. noch relativ widerspruchslos hin-

genommen, da sie die Hoheit Ungarns durch die Bestimmung „inter fines regni Hungariae constituta“ genügend abgesichert sahen,<sup>11</sup> mussten sie sehr bald erkennen, dass große Teile des westungarischen Grenzgebietes dem ungarischen Vaterland durch die oben geschilderte Entwicklung „entfremdet“ würden. So forderten sie schon 1507, 1514 und 1524/25 von König Ludwig II., dass er die an die Habsburger verlorenen Gebiete der Krone wiedergewinne, doch brachte der Angriff der Türken und die bittere Niederlage der Ungarn bei Mohács am 29. August 1526 eine gänzlich neue Situation: Ludwig II., der junge König von Ungarn und Böhmen, verlor sein Leben auf der Flucht nach der verheerenden Schlacht, und da seine Ehe kinderlos geblieben war, folgte - unter Berufung auf entsprechende Abkommen zwischen den beiden Herrscherfamilien in den Wiener Verträgen von 1515 - Erzherzog Ferdinand, der Bruder Kaiser Karl V. und dessen späterer Nachfolger, auf den Thron von Ungarn. Diese Nachfolge blieb nicht unbestritten, doch stellte sich ein Großteil des westungarischen und des kroatischen Adels hinter den Habsburger, während ein anderer Teil den Wojwoden von Siebenbürgen, Stephan Zápolya, zum neuen Herrscher wählte. Es begann damals jene tragische Spaltung Ungarns in zwei, sich immer wieder in Bürgerkriegen zerfleischende ungarische Lager, die erst mit dem Sieg der Habsburger nach 1710 enden sollte.

Die Türkengefahr - Sultan Süleyman II. stieß mit seinen Heeren 1529 und 1532 bis nach Wien vor - ließ zunächst die westungarische Frage etwas in den Hintergrund treten, obgleich die Stände auf allen Reichstagen stereotyp die Forderung nach völliger Rückführung der nach Österreich tendierenden Gebiete am Westrand des Reiches forderten.<sup>12</sup> Sowohl Ferdinand I., als auch seine Nachfolger versprachen immer wieder, sich der Sache anzunehmen, ohne schließlich zu einem Ergebnis zu kommen. Die Lage war für sie tatsächlich nicht einfach: als Könige von Ungarn waren sie verpflichtet, alles zu tun, um die „Unversehrtheit des Vaterlandes“ aufrecht zu erhalten oder wiederherzustellen.<sup>A)</sup> Als Erzherzöge

---

A) Vor jeder Krönung trat ein sog. Krönungslandtag zusammen, bei dem die ungarischen Stände gemeinsam mit dem zukünftigen Landesherrn ein „Inauguraldiplom“ ausarbeiteten und beschlossen. Darin erklärte der neu zu krönende König die Rechte und Satzungen der Stände zu wahren, d.h. im wesentlichen das zu respektieren, was Andreas II. in der „Goldenen Bulle“ von 1222 den Ständen zugestanden hatte. Zugleich verpflichtete er sich, das Territorium des Landes zu schützen und alle verlorenen Landesteile der Stephanskronen wiederzugewinnen. Dieses Dokument mussten die Thronanwärter noch vor ihrer Krönung unterfertigen, worauf es öffentlich kundgemacht wurde. Obwohl die Bestimmung der „Wiedergewinnung der verlorenen Landesteile“ in erster Linie auf die Rückeroberung des an die Türken verlorenen Gebietes zielte, verwendeten die ungarischen Stände den Artikel auch immer wieder bei ihrer Argumentation nach Reincorporierung der unter „österreichischer Herrschaft“ stehenden Teile Westungarns.

von Österreich mussten sie aber ebenso die Interessen dieses Landes mit allen Mitteln wahren. Und beide Seiten - sowohl der Adel Ungarns, als auch die niederösterreichischen Stände machten Druck am Wiener Hof. Für den Monarchen schien es als einzig gangbarer Weg, die Frage immer wieder zu verschleppen. Man griff zu den „altbewährten Mitteln“, Rechtsgutachten anzufordern und Studienkommissionen einzusetzen, die meist nicht nur mit prominenten Adelsvertretern beider Seiten, sondern auch mit Gelehrten besetzt waren, wie z.B. dem berühmten Humanisten und Geschichtsschreiber Johannes Cuspinianus im Auftrag Ferdinands I. bei den Verhandlungen in Ödenburg 1524. Letztlich gelang es Wien auf Grund der Machtverhältnisse im Donauraum, die ungarischen Forderungen immer wieder - fast über 100 Jahre - unerfüllt zu lassen.

Der Dreißigjährige Krieg brachte schließlich auch hier eine Wende, als Kaiser Ferdinand II. 1619/20 in ärgste Bedrängnis geriet: Eine erdrückende Übermacht aus böhmisch-mährischen Protestanten unter Führung des Kurfürsten Friedrich von der Pfalz, der später wegen seiner kurzen Herrschaft in Prag den Spottnamen „Winterkönig“ bekam, dem Fürsten von Siebenbürgen, Gábor Bethlen, und österreichischen protestantischen Adeligen hatte sich gegen den Kaiser verschworen und marschierte konzentrisch gegen Wien. Die Böhmen stießen von Norden bis an die Donau vor, Bethlens Reitertruppen überrannten ganz Oberungarn, eroberten Pressburg und setzten über die Donau nach Westungarn über und schließlich stießen die oberösterreichischen Protestanten mit ihren Truppen unter Starhemberg bis Melk heran. Der rasche Vormarsch Bethlens und der Fall der ungarischen Hauptstadt Pressburg bewogen auch den Adel Transdanubiens, sich dem Sieger anzuschließen mit einer Ausnahme: Nikolaus Esterházy. Dieser, ein glühender Katholik und daher fester Anhänger der Habsburger, hatte sich auf die westungarischen Güter seiner Frau zurückgezogen und leistete im kleinen Schlösschen Lackenbach Widerstand. Es glich einem Wunder, dass er hier mehrere Angriffe seiner Gegner überstand und letztlich durch einen Entsatzversuch kaiserlicher Truppen gerettet wurde. Jedenfalls war er für die katholische Partei „der Held des Tages“, der nach der entscheidenden Niederlage, die die Protestanten wenige Wochen später am Weißen Berg bei Prag erlitten, auch noch auf der Seite der Sieger stand. Als er dann bei den Friedensverhandlungen von Nikolsburg im Spätherbst 1621 geschickt verhandelte und „selbstlos“ seinen ostungarischen Besitz Munkács abtrat, damit der Kaiser diesen an Bethlen übergeben konnte, überschüttete ihn Ferdinand II. schon aus propagandistischen Gründen - „wegen seiner Treue zu seinem legitimen König“ mit Gnadenerweisen und überschrieb ihm pfandweise 1622 die Grafschaft Forchtenstein und die Herrschaft Eisenstadt. Es war schließlich auch die entschiedene Unterstützung des Kaisers, dass Esterházy am Ödenburger Reichstag im Oktober 1625 zum Palatin gewählt wurde. Damit wurde er als Stellvertreter des Königs nicht nur

einer der mächtigsten Würdenträger Ungarns, sondern zugleich oberster Vertreter der ungarischen Stände, was ihn nicht ganz uneigennützig, wie man später erkennen musste - bewog, sich mit Energie hinter die neuerlichen Forderungen des Reichstages, die westungarische Frage zu bereinigen, zu stellen.

Ferdinand II. war bei seiner Krönung zum König von Ungarn ebenfalls mit diesen konfrontiert worden und hatte Verhandlungen in Aussicht gestellt, die noch 1625 in Eisenstadt begannen. Hier zeigte es sich, dass die niederösterreichischen Verhandler, die im Bewusstsein ihres „uralten Rechts“ ungenügend vorbereitet waren und nicht einmal den genauen Wortlaut des Friedensvertrages von Pressburg aus 1491 kannten, bald in Argumentationsschwierigkeiten kamen. Der Kaiser/König sah sich schließlich gezwungen, einen Kompromiss einzugehen und die beiden Herrschaften Forchtenstein und Kobersdorf 1626 der ungarischen Finanzhoheit völlig zu unterstellen, da er auf Grund der ungarischen Vorlagen zur Einsicht kam, dass nach *„ersehung der bey dero Gehaimen und anderen Archivis...vorhandenen Briefflichen Instrumenten, das Königreich Hungern die Grafschaft Forchtenstain und Herrschaft Koblstorff gegen Erlegung Vierzig Tausend Ducaten in Goldt widerumb von dem löblichen Hauß Oesterreich ableidigen und an sich bringen khönne“* In der nun notwendigen neuerlichen Verschreibung Forchtensteins gelang es dem Palatin, Forchtenstein für sich und seine Familie als Erbgut zu bekommen und von nun an den Titel „Erbgrafen von Forchtenstein“ (Perpetui comites de Fraknó) führen zu dürfen.

Doch Esterházy ging noch weiter: Kaum war die Reinkorporierung der beiden Herrschaften unter Dach und Fach, ging er unter Berufung auf die „Goldene Bulle“ König Andreas II. daran, alle Besitzungen österreichischer Herren zu enteignen. Der Artikel XXXVI. dieses Dokuments, das ein Teil der ungarischen Verfassung war, verbot nämlich dem König das Verleihen von Gütern an Ausländer und ordnete für den Fall, dass dies geschehen sei, an, einen Rückkauf derselben durch einheimische Herren zu ermöglichen; später wurde sogar die entschädigungslose Enteignung angedroht.<sup>14</sup> Zähneknirschend mussten nun die Österreicher, darunter die Königsberger, Teuffl, Kienburg, Polheim und Kollonitsch ihre Besitzungen und Edelhöfe räumen. Vergeblich suchten sie Unterstützung bei den niederösterreichischen Ständen, die zwar energisch gegen den Willkürakt des Palatins protestierten, aber letztlich nicht mehr erreichten, als dass Esterházy den Betroffenen eine finanzielle Entschädigung anbot, die jedoch nur einen Bruchteil des wahren Wertes der verlorenen Güter ausmachte. Die meisten akzeptierten grollend das Angebot, andere ließen sich auf jahrelange Prozesse ein, die ihnen letztlich nur noch mehr Kosten brachten und zu nichts führten.<sup>15</sup>

Durch diese Ereignisse gewarnt, verstärkte die österreichische Seite ihren Widerstand gegen den Verlust der noch unter niederösterreichischer Steuerhoheit stehenden Herrschaften Güns, Bernstein, Eisenstadt, Hornstein und Scharfeneck. Doch im Reich herrschte nach wie vor Krieg, französische und schwedische Truppen beherrschten weite Teile Deutschlands und auch im Osten drohte 1644 unter Führung des Fürsten von Siebenbürgen, Georg I. Rákóczi, eine neue Front zu entstehen, ja sogar ein Krieg mit den Türken war nicht ganz auszuschließen. So gab man in Wien dem ungarischen Drängen nach, um nicht die letzten Getreuen in Ungarn zu verlieren und Palatin Esterházy zu brüskieren. Am Generallandtag von Pressburg des Jahres 1647 und mit den nachfolgenden, wieder in Eisenstadt geführten Detailverhandlungen unterstellte man noch im September desselben Jahres fast ganz Westungarn einer uneingeschränkten ungarischen Souveränität. Dabei war Ladislaus Esterházy, der Sohn des 1645 verstorbenen Palatins, wieder der Hauptgewinner der nachfolgenden Enteignungen, wie auch sein Schwager, Franz Nádasdy, der sich der Herrschaft Hornstein bemächtigte, obwohl sich hier der Freiherr von Stotzingen sogar mit Waffengewalt zu wehren versuchte.

Im Süden erfolgte der Umbruch weniger spektakulär: Die Übergabe der Herrschaft Bernstein an Ungarn erfolgte problemlos, da Ehrenreich Christoph von Königsberg diese bereits 1644 an den ungarischen Magnaten Adam Batthyány, den Herrn von Schlaining, Bernstein und Güssing, verkauft hatte.<sup>16</sup> Die damals überwiegend deutsche Stadt Güns wurde wie Eisenstadt 1648 zur königlich-ungarischen Freistadt erhoben, die gleichnamige Burg-Herrschaft blieb bei der Familie Széchy, die diese 1695 an den Fürsten Paul Esterházy verkaufte.

Lediglich die Herrschaft Scharfeneck, oder - wie man bald sagte - Mannersdorf, blieb unter österreichischer Hoheit, offenbar deshalb, weil sie sich damals im persönlichen Besitz der Witwe Kaiser Ferdinands II., Eleonore von Mantua, befand und diese als Königin von Ungarn natürlich das ungarische Indigenat<sup>A)</sup> besaß. Gerade diese Herrschaft sollte aber dann bis um die Mitte des 19. Jahrhunderts immer wieder der Ausgangspunkt neuer Aktionen und Debatten um die Staatszugehörigkeit der „deutschen Westgebiete“ Ungarns sein. So war sie auch der Mittelpunkt des Streits der Jahre 1715 - 1717.

Die Türkenkriege nach 1683, die mit einem endgültigen Zurückdrängen der osmanischen Macht auf den Balkan endeten, und die blutigen Kuruzzenkriege, die erst mit dem Frieden von Szatmár 1711 beendet werden konnten, hatten zunächst alle anderen Gedanken und Probleme in den Hintergrund gedrängt. Doch schon im Mai 1712 deponierten die ungarischen Stände bei der Krönung

---

A) Indigenat = Heimatrecht (vom lat. indigena = eingeboren, einheimisch, inländisch)

Kaiser Karls VI. zum ungarischen König (Karl III.) erneut den Wunsch nach Wiederherstellung der „heiligen Leithagrenze“ Und wieder versprach der neue Landesherr, der sich auf den Standpunkt zurückzog, dass es - wie es schon sein Vater Kaiser Leopold I. ausdrückte - gleich sei, ob er in Westungarn als Erzherzog von Österreich, oder als König von Ungarn herrsche, die Untersuchung und Regelung der „Causa“ Sozusagen als Gegenaktion forderten die niederösterreichischen Stände in einer Beschwerdeschrift desselben Jahres: Der Kaiser möge die seinerzeit *„rechtmäßig an Oesterreich gediehenen, durch zwei Saecula von diesem besessenen und erst Anno 1647, ohne daß auf das Recht gehört wurde, hinum gediehenen Städte und Herrschaften Eisenstadt, Güns, Forchtenstein, Hornstein und Pernstein dem Erzherzogthume neuerdings zueignen.“*<sup>17</sup>

Zunächst unterbrach jedoch der Ausbruch einer verheerenden Pestepidemie 1713 alle weiteren Aktivitäten. Erst nachdem diese abgeklungen war und der ungarische Landtag von 1715 die Frage erneut aufgenommen hatte, begann man mit entsprechenden Vorarbeiten. Deren wichtigstes Ergebnis war zunächst die Erstellung einer Grenzkarte, die als Grundlage für die Verhandlungen dienen sollte, durch den Kartographen und Direktor der Wiener Ingenieurakademie Johann Jakob Marinoni<sup>18</sup> im Jahre 1717. Zugleich legten beide Streitparteien ihre Forderungen vor: Die ungarische Delegation, die unter Führung von Adam Erdődy, Bischof von Neutra, stand, bestand im Norden auf die kleine, an Kittsee anschließende Herrschaft Wolfsthal (mit den Orten Berg, Wolfsthal und Hundsheim), das Gebiet der Ruine Rothenstein, das nun zu Hainburg gehörte, und schließlich auf die Wiederherstellung der Staatsgrenze entlang des Wasserlaufs der Leitha von Hollern bis Katzelsdorf bei Wiener Neustadt. Dabei sollten die Herrschaft Scharfeneck (mit den Orten Mannersdorf, Sommerein, Au und Hof), die sogenannten Hofwiesen von Ebenfurth und das Dorf Zillingdorf samt den südlich der Leitha gelegenen Grundstücken von Lichtenwörth zu Ungarn kommen.<sup>19</sup> Die österreichische Seite, unter Führung von Fürst Johann Wilhelm Trautson, forderte hingegen unter Berufung auf die Friedensverträge von Ödenburg 1463 und Pressburg 1491 die Herrschaften Hornstein, Eisenstadt, Forchtenstein, Güns und Bernstein, was von den Ungarn kategorisch abgelehnt wurde. Doch mitten in den Verhandlungen ließ der Ausbruch eines neuerlichen Türkenkrieges im Sommer 1716, der sich trotz der glänzenden Siege Prinz Eugens bei Peterwardein (1716) und Belgrad (1717) jahrelang hinzog und alle Aufmerksamkeit und Anstrengung der Monarchie erforderte, naturgemäß alle anderen Fragen in den Hintergrund rücken. So zogen sich die Gespräche in die Länge und wurden schließlich 1718 offiziell abgebrochen.

Doch nun ließ die österreichische Seite in der Sache nicht mehr locker. Die siegreiche Beendigung des Türkenkrieges und der damit verbundene Gebietszuwachs

im Süden Ungarns bewog nämlich die niederösterreichischen Stände die „Westungarnfrage“ nach 1720 erneut aufs Tapet zu bringen: Als die ungarischen Stände nach dem siegreichen Abschluss des Krieges im Friedensvertrag von Passarowitz (Požarevac, 5. Juni 1718) verlangten, dass die „rückeroberten“ Gebiete (neoaquistica), die man zunächst dem Hofkriegsrat bzw. der Hofkammer in Wien unterstellt hatte, dem Königreich Ungarn und seiner Verwaltungs- und Steuerhoheit angeschlossen werden sollten, sahen die niederösterreichischen Stände eine Chance, die seinerzeit verlorenen westungarischen Herrschaften wiederzugewinnen. Es sollte dies der gerechte Anteil an der „Beute“ des Sieges, den sie ja auch mit großen Opfern an Blut und Geld miterkämpft hatten, sein. Doch ihre Forderungen - vorgetragen am Pressburger Reichstag 1722/23 - blieben ebenso unerfüllt, wie jene der ungarischen Stände. Die „Europäische Fama“ berichtete: *„Es seien damals sechs Deputierte der niederösterreichischen Landstände in Pressburg mit dem Begehren erschienen, dass nachdem der Kaiser die Grenzen des ungarischen Reiches gegen Osten um ein Beträchtliches hinausgehoben hat, nun die ungarischen Stände in die Ausdehnung des Landes unter der Enns bis Pressburg willigen möchten, worauf aber die Ungarn durchaus nicht eingehen wollten.“*<sup>20</sup>

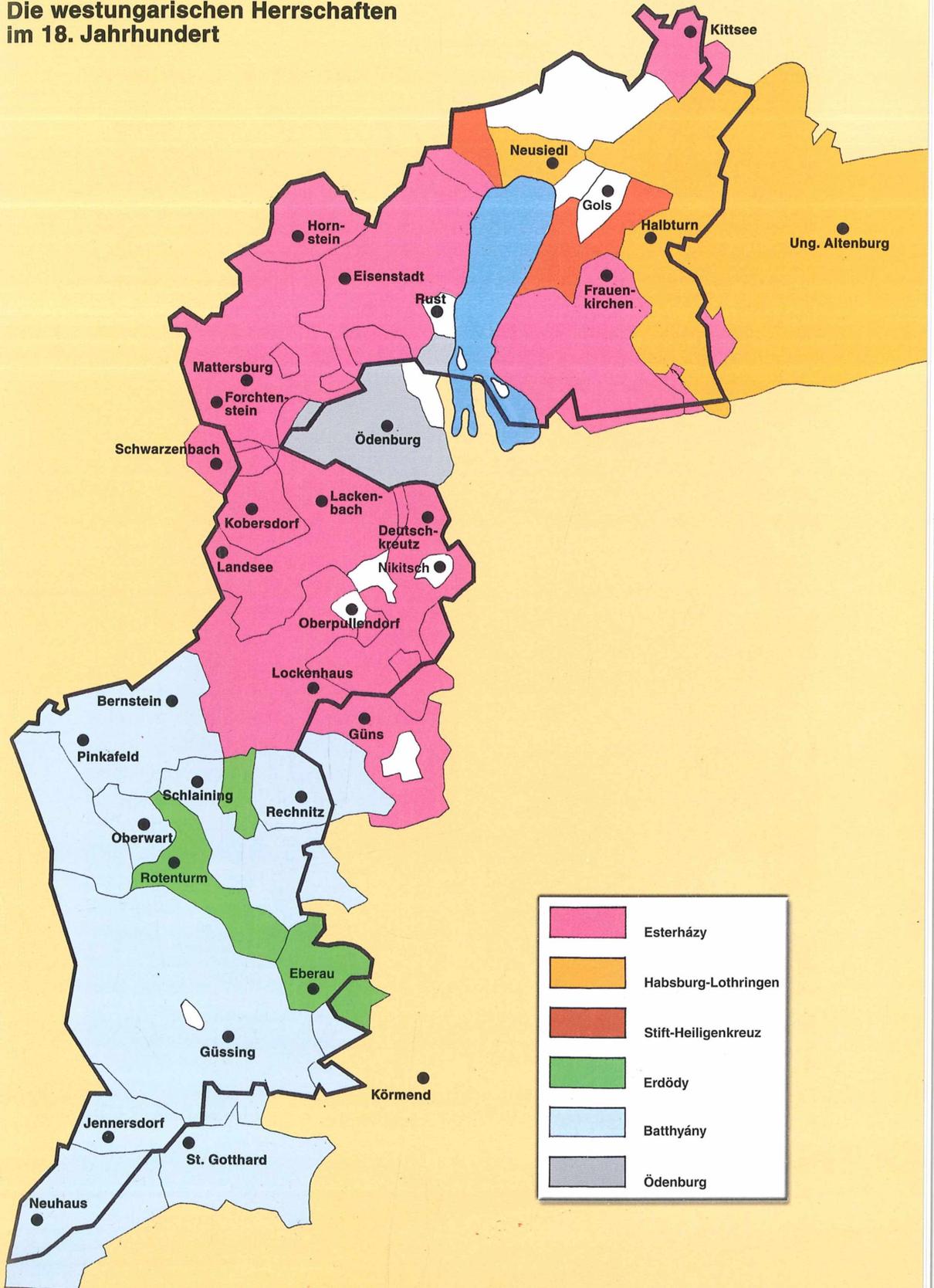
Erst Maria Theresia kam den Wünschen Ungarns nach. Sie verordnete einerseits die Unterstellung weiter Gebiete der bisherigen Militärgrenze an Theiß und Marosch, von Teilen Slawoniens und Syrmiens unter die Hohheit des Reiches der Heiligen Stephanskrone, andererseits befahl sie am Landtag von 1751, die Frage der Leithagrenze einer endgültigen Lösung zuzuführen. Gründliche Studien sollten stichhaltige Entscheidungshilfen für eine paritätisch besetzte Kommission liefern, die auf österreichischer Seite vom Markgrafen Franz Raimund Montecuccoli, auf ungarischer Seite vom Bischof von Neutra, Graf Emmerich Esterházy, geführt wurden. Der niederösterreichische Landschaftsregistrator Franz Christoph von Scheyb, der nicht nur ein anerkannter Gelehrter war, sondern auch als Botschaftssekretär diplomatische Erfahrungen in Neapel und Rom gemacht hatte, erarbeitete im Auftrag seiner Landesregierung eine umfangreiche, auf vielen historischen Quellen basierende Studie, in der er nachzuweisen versuchte, dass *„das ganze Land biß unter Hungarisch-Altenburg an der Donau herauf und unter Günz an der Steyerischen Gränzen herauf mit inbegriff des ganzen Neusiedlersees samt seinen umliegenden Orten de jure zum Viertel unter dem Wienerwald gehöre, und meistens im Zusammenhang von lauter österreichischen Landesfürstlichen Kammergütern sey“*.<sup>21</sup> Sozusagen als Ergänzung zu dieser Arbeit wurde der k. k. Hauptmann und Ingenieur Constantin Johann von Walter mit der Erstellung einer genauen Karte des umstrittenen Gebietes beauftragt, die dieser in monatelanger Vermessungs- und Zeichenarbeit 1754/55 erstellte, wobei er nicht nur die von Niederösterreich abgesprochenen Gebiete aufnahm, sondern

auch jene, die umgekehrt die ungarische Seite wie schon seinerzeit, 1715, beanspruchte.<sup>22</sup> Am 20. November 1754 empfing die Kaiserin Scheyb in Schönbrunn, der ihr seine Studie „Historische Abhandlung zu Rechtmässiger Bestimmung der Oesterreichischen Gränzen im Viertel Unter dem Wiener Wald gegen Hungarn“, der auch eine Kartenskizze beigelegt war, vorlegte.<sup>23</sup> Die Monarchin reichte den Bericht an ihren vertrauten Ratgeber, den Vizekanzler der Böhmisches-österreichischen Hofkanzlei, Johann Christoph Freiherrn von Bartenstein, weiter. Dieser riet angesichts der politischen Brisanz der Frage, aus der nur unangenehme innere Konflikte für den Gesamtstaat erwachsen könnten, die Angelegenheit für Niederösterreich ruhen zu lassen. Ein Vorschlag, der - nach weiterem monatelangem Studium der Sachlage - fast gleichlautend vom Bischof Esterházy und dem Palatin Ludwig Graf Batthyány kam. So wurde die Arbeit der Grenzbereitungs-kommission Anfang 1756 abgebrochen und man verblieb - wieder einmal „vorläufig“ bei der „linea isti possidenti“ Die Untertanen in den umstrittenen Gebieten fühlten sich übrigens ohnehin kaum betroffen. Sie versuchten gelegentlich sogar die unklare rechtliche Lage auszunützen und gaben sich je nach momentanem Vorteil als Angehörige des einen oder des anderen Staates aus, um Steuer- oder Handelsvorteile zu erlangen. Wie die eigentlichen Machthaber des Gebietes, die Fürsten Esterházy und Batthyány, die in europäischen Dimensionen dachten, zu all diesen Fragen standen, ist bisher wissenschaftlich nicht erforscht, doch dürften sie sich - zumindest öffentlich - kaum geäußert haben.

Der Ausbruch des Siebenjährigen Krieges im Sommer 1756 ließ die Frage über Jahrzehnte ruhen, bis Kaiser Joseph II. im Zuge seiner Diözesanreformen 1784/85 jene Pfarren jenseits der Leitha, die seit dem Spätmittelalter - wie oben erwähnt - politisch zu Niederösterreich zählten, jedoch kirchlich weiterhin zur ungarischen Diözese Raab gehörten, nun auch mit Zustimmung von Rom dem Erzbisum Wien anschloss.<sup>24</sup> In Ungarn erhob sich ein Sturm des Protestes. Aber er verhallte bald wirkungslos, denn gerade in dieser Zeit war die Raaber Diözese ohne Bischof und damit nicht in der Lage, bei Papst Pius VI. gegen die Bestrebungen des Kaisers und des Kardinals und Fürsterzbischofs von Wien, Graf Christoph Migazzi, wirkungsvoll zu intervenieren. Zudem bewegte die im selben Jahr angeordnete Aufhebung der Leibeigenschaft und die damals heftig diskutierte Absicht des Königs, die Steuerfreiheit des Adels abzuschaffen, die weltlichen und geistlichen Großen des Reiches mehr, als die Zugehörigkeit von fünf Pfarreien zu dieser oder jener Diözese. Damit wurde - wie sich erst viel später herausstellte - endgültig jener Grenzverlauf zwischen Österreich und Ungarn fixiert, der bis 1918 die Habsburgermonarchie in eine Cis- und eine Transleithanische Reichshälfte trennen sollte.

Zunächst sahen es aber zumindest die Ungarn nicht so. Als Joseph II., der mit seinen weitgehenden und radikalen Reformen in Ungarn eine fast revolutionäre

# Die westungarischen Herrschaften im 18. Jahrhundert



Situation provoziert hatte, am 20. Februar 1790 starb und sein Nachfolger Leopold II. sich sofort mit großem taktischen Geschick bemühte, die angespannten Beziehungen zwischen Dynastie und magyarischem Adel zu entschärfen, ergriffen sie die Gelegenheit, die „offene Wunde“ Leithagrenze wieder ins Gespräch zu bringen.

Die 1792 anlaufenden Arbeiten und Diskussionen, die schon in die Regierungszeit Kaiser Franz II. fielen und vom Krieg gegen das revolutionäre Frankreich überschattet waren, stützten sich im wesentlichen auf die schon zur Zeit Maria Theresias erarbeiteten Gutachten und endeten zwei Jahre später wie jene vierzig Jahre davor: Man bereiste die Grenzgebiete, verfertigte langatmige Gutachten, die mit ihren historischen Argumenten bis in die Antike zurückgriffen, war aber nicht bereit, auf die Argumente der jeweils anderen Seite einzugehen.<sup>25</sup> Letztlich beharrten beide Seiten unverrückbar auf ihren alten Rechtsstandpunkten, sodass man wieder enttäuscht und ergebnislos auseinander ging. Auch der berühmte Görög-Atlas „Atlas Hungaricus seu regnorum Hungariae, Croatiae et slavoniae Comitatum, privilegatorum districtuum et confiniorum generales & particulares Mappae geographicae (Viennae 1802 – 1811)“ zeigte übrigens auf seinem Blatt 15 das Ödenburger Komitat mit den damaligen Grenzen – also die Herrschaft Scharfeneck/Mannersdorf bei Niederösterreich – vermerkte aber, dass dieses Gebiet „Per alatt van“, also strittig sei.

Wie ein „Gespenst aus grauer Vorzeit“ tauchten die alten ungarischen Forderungen nach der Wiederherstellung der „heiligen Leithagrenze“ am Rande der Verhandlungen des Wiener Kongresses 1815 auf. 1833/34 wurde die Frage der Staatszugehörigkeit der Herrschaft Scharfeneck/Mannersdorf erneut ins Spiel gebracht, wobei in Erwiderung der ungarischen Forderungen niemand geringerer als Franz Grillparzer (in seiner Eigenschaft als Direktor des Hofkammerarchivs) eine eingehende Studie verfasste,<sup>26</sup> die dann ebenso zu den Akten gelegt wurde, wie alle ihre Vorgängerarbeiten. Deutlich konnte man sehen, dass die Frage der Binnengrenze an der Leitha sowohl in den Ministerien von Wien, als auch von Pressburg, bzw. Buda nur mehr als lästig empfunden wurde und die Mächtigen der beiden Länder schon lange nicht mehr hinter solchen Prestigefragen standen, auch wenn man gelegentlich pathetisch von der „Größe und Ehre des geliebten Vaterlandes“ posaunte. Immer wenn die Leitha infolge Hochwassers ihren Lauf veränderte, musste man auch später – bis ins 20. Jahrhundert hinein – österreichisch-ungarische Grenzkommissionen einsetzen, doch ließen sich diese in den alten Grenzstreit nicht mehr ein, sondern betonten meist schon eingangs ihres Ergebnisprotokolls, dass ihre Arbeiten und Ergebnisse „kein Präjudiz“ für die große „offene“ Frage der Zugehörigkeit der Grenzterritorien zu dieser oder jener Reichshälfte seien.<sup>27</sup>

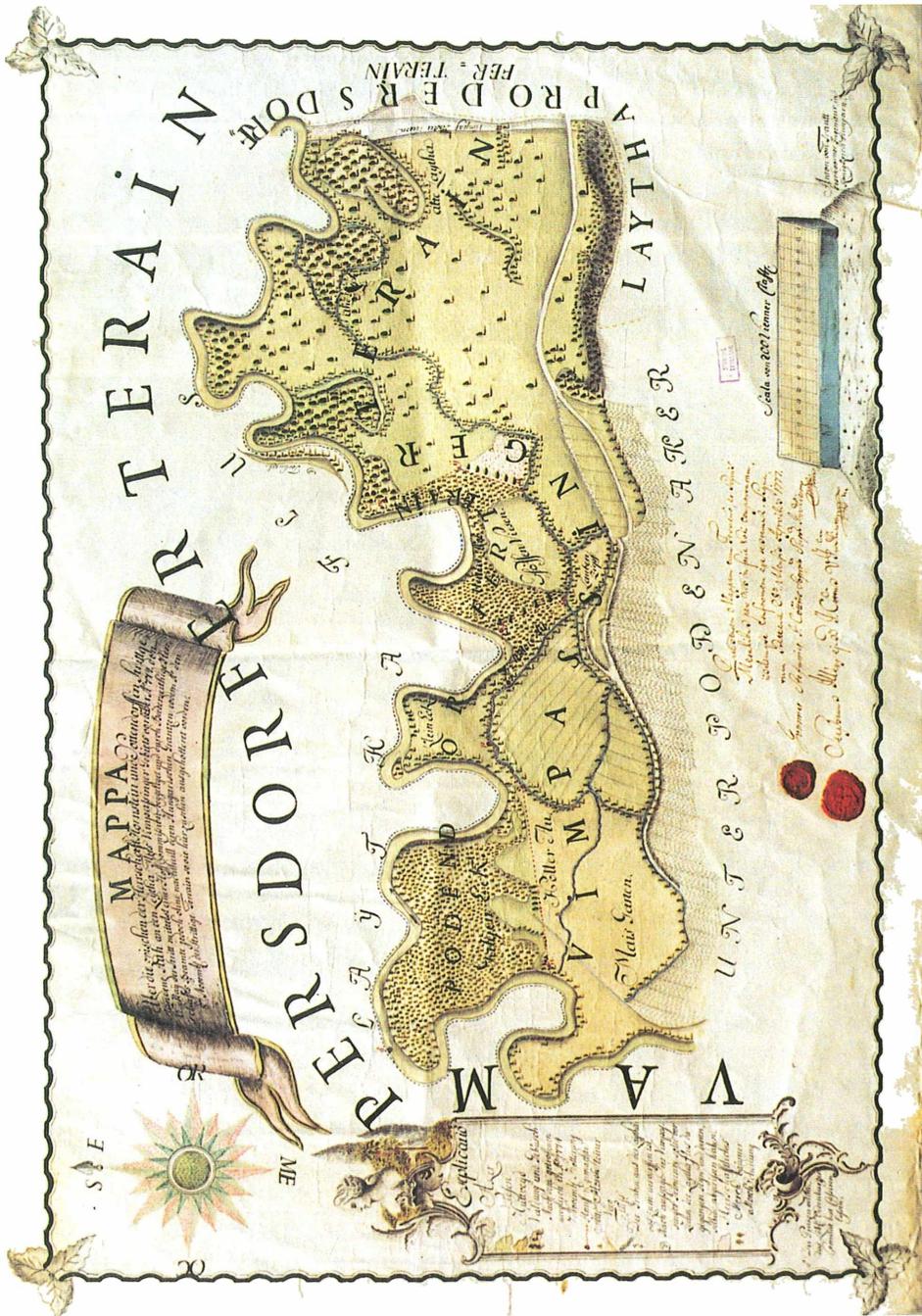


Bild 5: Karte der Leitharegulierung im Abschnitt Wimpassing/Wampersdorf (1777)

Lediglich einmal im Mai 1907 flackerte das Problem für einen Augenblick neu auf, als der Abgeordnete Csizmadia die Frage nach der „Rektifizierung der westlichen österreichisch-ungarischen Grenze“ im Rechtsausschuss des Budapester Reichstages zur Sprache brachte und dies eine eingehende rechtshistorische Stellungnahme durch den mährischen Landtagsabgeordneten Dr. Alfred Fischl in der Wiener „Neuen Freien Presse“ auslöste,<sup>28</sup> der wenige Tage später eine Erwiderung im „Pester Lloyd“ folgte.<sup>29</sup> Obwohl auch die in Ödenburg erscheinenden Tageszeitungen „Westungarisches Volksblatt“<sup>30</sup> und „Radikal“<sup>31</sup> und die „Eisenstädter Zeitung“<sup>32</sup> darüber berichteten, vergaß man diesen akademischen Disput - zumindest in der breiten Öffentlichkeit - schon wieder nach wenigen Tagen.

Während so der Streit um Grenzpfähle und Dörfer immer mehr an Wichtigkeit, ja an den wirklich entscheidenden Stellen des österreichischen Kaiserstaates an Ernsthaftigkeit verlor, wuchs ein neues Problemfeld heran, in dem auch die Zugehörigkeit der deutschen Siedlungsgebiete in Westungarn einen gänzlich anderen - wenn auch kleinen - Stellenwert bekam: Der erwachende Nationalismus der Völker des Karpatenraums.

## **„Deutsch-Westungarn“ und die Umgestaltungspläne der Habsburgermonarchie**

Als man im Zuge der Revolution von 1848 und der dabei angestrebten gewaltigen Umwälzungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft daranging, eine „neue Ordnung“ zu schaffen, tauchte auch wieder die Frage „Deutschwestungarn“ auf. Ausgelöst durch die revolutionären Ereignisse in Wien und Pest begannen nämlich die nichtmagyarischen Nationalitäten Ungarns - über die allgemein verlangten Bürger- und Freiheitsrechte hinaus -nationale Forderungsprogramme zu verfassen und über die sprachlich-kulturelle Gleichberechtigung hinweg eine mehr oder weniger klar formulierte politische Autonomie zu verlangen. So erwog man Pläne einer Neugliederung des Habsburgerreiches nach ethnisch-territorialen Gesichtspunkten, wobei die neuzubildenden Kronländer oder Provinzen weitgehende Unabhängigkeit und Selbstverwaltung innerhalb des großen Gesamtstaates, der Habsburgermonarchie, erhalten sollten. Auch die Wiener Regierung beschäftigte sich mit diesen Ideen und war im Herbst 1848 bereit - entsprechend dem inzwischen vom Reichstag in Kremsier ausgearbeiteten Verfassungsentwurf, in dem „allen Volksstämmen die Unverletzlichkeit ihrer Nationalität und Sprache gewährleistet“ wurde auch den nichtmagyarischen ungarländischen Nationalitäten entsprechend entgegenzukommen, schon allein, um das revolutionäre Ungarn zu schwächen, mit dem man sich seit Monaten im Krieg befand. Im

Zuge der Diskussionen legte Graf Franz Stadion, Innenminister im Kabinett des Fürsten Felix Schwarzenberg, dem Ministerrat in Wien im Dezember 1848 ein „Elaborat des Hofrates Rosenfeld<sup>A)</sup> über die während und nach der militärischen Besetzung zu ergreifenden Maßnahmen“ vor. Darin nahm dieser den schon von Fürst Metternich formulierten Grundsatz „Sonderstellung der Teile zur Sicherung der Einheit“ auf und schlug vor, Ungarn in mehrere selbständige Kronländer oder Provinzen aufzuteilen, deren Grenzen nach den Siedlungsgebieten der einzelnen Nationalitäten gezogen werden sollten. Dort hieß es über Westungarn: *„An das Herz der Monarchie, die Provinz Niederösterreich, schließt sich unmittelbar mit seiner größtenteils deutschen Bevölkerung das Preßburger Komitat und mit ihm die südlich daran gelegenen, ganz oder vorherrschend deutschen Komitate Wieselburg, Ödenburg und Eisenburg, dann das östlich gelegene Raab mit der so überaus wichtigen Stadt gleichen Namens von vorwiegend deutscher Bevölkerung. Dieser Distrikt, welcher an Größe der Provinz Niederösterreich gleich oder wenigstens nahe kommt, bietet den Stoff zur Herstellung einer deutschen Provinz. Alle geistigen und materiellen Interessen des Landesteiles gravitieren nach Österreich herüber, und einmal dem schädlichen separatistischen Einfluß des Magyarismus entzogen, muß er bald zu jenem innigen Zusammenhang mit seiner österreichischen Nachbarprovinz gelangen, welcher Ländern von so sehr gleicher Beschaffenheit natürlich und notwendig ist. Das Bedenken, ob der am linken Donauufer gelegene Teil des Preßburger Komitates, wo die Landesbevölkerung bedeutend slavisch ist, diesem deutschen Landesteile angefügt werden solle, muß der Rücksicht weichen, daß zwischen dieser slavischen die deutsche Bevölkerung auch nicht unbedeutend ist, daß insbesondere die Städte Bösing<sup>B)</sup>, Modern<sup>C)</sup>, St.Georgen<sup>D)</sup>, dann Tyrnau<sup>E)</sup> in diesem Teile liegen, endlich daß Preßburg selbst auf dem linken Donauufer liegend, den Mittelpunkt des Absatzes für die ländlichen und gewerblichen Erzeugnisse jenes Landesteiles bildet. In diese deutsche Provinz wäre noch die Festung Leopoldstadt<sup>F)</sup> unweit Tyrnau einzubeziehen.“*<sup>33</sup>

Obwohl der Ministerrat die Vorschläge Graf Stadions grundsätzlich positiv aufnahm, blieben diese auf dem Papier, da in Westungarn noch gekämpft wurde und in diesen Tagen „nichts ohne das Militär ging“ Feldmarschall Alfred Fürst Windischgrätz, der in den inzwischen von seinen Truppen besetzten Gebieten

- 
- A) Freiherr Ludwig von Rosenfeld, K. k. wirkl. Hofrat der Österr. Hofkammer und Experte in der Abteilung für ungarisch-siebenbürgischen Angelegenheiten der „Staatskonferenz“, dem obersten Regierungsgremium unter Kaiser Ferdinand.  
B) Bösing = Pezinok / Slowakei  
C) Modern = Modra / Slowakei  
D) St.Georgen = Svätý Jur / Slowakei  
E) Tyrnau = Trnava / Slowakei  
F) Leopoldstadt = Leopoldov / Slowakei

Militärkommandanten einsetzte, war der strikten Meinung, dass Ungarn „nicht durch deutsche Zivilisten, sondern durch kaiserliche Generale“ verwaltet werden müsse „mit Rücksicht auf das Nationalgefühl der Madjaren“.<sup>34</sup> Er berichtete jedoch in einem Brief an seinen Schwager, den Ministerpräsidenten Fürst Schwarzenberg, dass „die gesamte westlich wohnende deutsche Bevölkerung, mit Ausnahme des kleinen in Preßburg gelegenen Bezirkes, den innigsten Wunsch eines Anschlusses, ja einer Verschmelzung mit Österreich und Steiermark hegt“ und regte an, „diese Gesinnung auf geeignetem Wege zu pflegen durch die deutsche Presse, durch Volksschulen etc.“<sup>35</sup> Die nachfolgenden Geschehnisse, insbesondere die Ereignisse auf dem Kriegsschauplatz im Frühjahr 1849, ließen die Pläne Graf Stadions, der bald darauf sein Amt aus Krankheitsgründen zurücklegen musste, unerfüllt und selbst nach dem Sieg über die Revolution nahm der Lauf der Dinge eine andere Entwicklung - letztlich hin zum österreichisch-ungarischen Ausgleich 1867.

Mit dem „Ausgleich“, der den österreichischen Kaiserstaat in die Doppelmonarchie Österreich-Ungarn umwandelte, wurde von der Krone und Österreich die Integrität und politische Einheit des historischen Staatsgebietes der „Länder der Heiligen Ungarischen Krone“ anerkannt, und damit alle Pläne, die Donaumonarchie in naher oder ferner Zukunft in einen modernen Vielvölkerstaat von gleichberechtigten Nationen umzuwandeln, fallengelassen. Anerkannt wurde damit aber auch indirekt die nationalistische These von einer völligen Identität von „Nation“ und „Staat“ in Ungarn. Diese dehnte den adelig-ständischen Nationalbegriff der vergangenen Jahrhunderte dem gemäß jeder innerhalb der Grenzen des Landes lebende Adelige, unabhängig von seiner Muttersprache, als Glied der „natio Hungarica“ betrachtet wurde - nun auf alle Bürger des „Reiches der Heiligen Stephanskronen“, also gleichermaßen auf Magyaren, Slowaken, Rumänen, Kroaten, Serben, Deutsche und alle anderen Volksgruppen, die innerhalb des Reiches wohnten, aus. So entstand der Begriff der „ungarischen politischen Nation“, der im Verfassungsgesetz von 1868 festlegte, dass „sämtliche Landesbürger Ungarns in politischer Hinsicht eine Nation, die unteilbare, einheitliche ungarische Nation, deren gleichberechtigtes Mitglied ein jeder Bürger des Vaterlandes ist, zu welcher Nationalität er auch immer gehört.“<sup>36</sup> Während in Österreich die Existenz von Nationalitäten man sprach von „Volksstämmen“ mit dem Recht auf Schutz ihrer Eigenart anerkannt wurde, sprach man in Ungarn nur von einzelnen Staatsbürgern unterschiedlicher Sprache mit individuellen Freiheitsrechten, anerkannte aber damit nicht die einzelnen Volksgruppen als kulturelle oder politische Einheit.

Die Idee einer territorialen Autonomie für die einzelnen Nationalitäten, die von diesen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts immer wieder ins Spiel gebracht wurde, wies auch die liberale Elite entschieden zurück, denn sie würde die



**Bild 6:** Kaiser Franz Joseph und Kaiserin Elisabeth mit ihren Kindern im Park des Schlosses Gödöllő in Ungarn.

„Zerstückelung Ungarns“ mit sich bringen. Diese befürwortete einen Staat, der „über den Nationen“ stand und für die freie Entwicklung seiner Bürger, unabhängig von deren nationaler Zugehörigkeit, zu sorgen hatte. Ihr prominentester Vertreter, József Eötvös, schrieb: *„Der einzige Weg, der sich in unserer Heimat zur Lösung der Nationalitätenfrage eröffnet, kann nur in der vollständigen Gewährleistung der individuellen Freiheit gesucht werden.“*<sup>37</sup> Dieser Ansatz war jedoch nur eine „halbherzige Lösung“ des Problems und befriedigte die Nationalitäten nicht, wurde doch damit ihr Status als eigene Nation nicht anerkannt. Dazu kam, dass es für das Nationalitätengesetz, das 1868 verabschiedet wurde, nur mangelhafte Durchführungsbestimmungen bzw. rechtliche Garantien bei der Anwendung gab. Die Durchführung wurde hauptsächlich den Munizipien übertragen mit großen Freiräumen für das freie Ermessen der dortigen Beamten, was - wie wir noch sehen werden - zunehmend zu Lasten der Rechte und Freiheiten der nichtmagyarischen Volksgruppen ging.

Im Bestreben, den ungarischen Staat zu modernisieren und dabei eine effektivere Staatsverwaltung aufzubauen, sowie letztlich die Wirtschaft im gesamten Karpathenbecken straffer und schlagkräftiger organisieren zu können, verfügte man, dass die magyarische Sprache die für alle verbindliche Amts- und Verkehrssprache werden solle. Damit wurde automatisch das an sich liberale Nationalitätengesetz von 1868 (Gesetzesartikel XLIV:1868, über die Gleichberechtigung der Nationalitäten) immer mehr zur Seite geschoben und der bald folgenden strikten Magyarisierung Tür und Tor geöffnet. Trotz der Mahnungen Ferenc Deáks, die Staatsmacht nicht als Mittel des magyarischen Nationalismus und der magyarischen Suprematie über die anderen Völker Ungarns zu missbrauchen, hielten sich die führenden Kreise des Stephansreiches weder an den Wortlaut noch an den Geist der Nationalitätenvereinbarungen. Der ursprüngliche liberale Nationalismus identifizierte sich im Laufe der Jahre vollständig mit dem alten Sendungsbewusstsein, wonach es die geschichtliche Aufgabe der Magyaren sei, im Karpatenbecken ein großes und starkes Großungarn „wiederherzustellen“ Ungarn entwickelte sich in den folgenden Jahren durch die Erfolge einer konsequenten Assimilationspolitik<sup>A)</sup> immer mehr zu einem zentralistischen Nationalstaat, die westliche Reichshälfte hingegen eher hin zum Vielvölkerstaat.<sup>38</sup>

Mit der kompromisslosen Fiktion eines ungarischen (= magyarischen) Nationalstaates wurden bis zur Auflösung der Donaumonarchie alle Forderungen nach Autonomie der nichtmagyarischen Nationalitäten, die übrigens über zwei

---

A) Betrug der magyarische Anteil an der Gesamtbevölkerung Ungarns 1850 noch 36,5 %, so stieg er bis 1910 nicht zuletzt durch eine zielstrebige Magyarisierung auf 54,5 %.

Drittel des Staatsvolkes ausmachten, zurückgewiesen und deren Magyarisierung durch entsprechende Schulgesetze und Verwaltungsmaßnahmen gerechtfertigt. Es entwickelte sich ein wuchernder Staatsnationalismus, der - unter Berufung auf die territoriale Integrität Ungarns - die Hegemonie der Magyaren bzw. der magyarischen Aristokratie bis 1918 sicherte. Die Liberale Partei<sup>A)</sup> und ihre Koalitionspartner - und damit der adelige Großgrundbesitz - stellten auf Grund des herrschenden Zensuswahlrechtes die Mehrheit im Reichstag und nach 1875 bis 1905 sowie ab 1910 als „Nationale Arbeitspartei“ alle Regierungen in Budapest bis 1918. Der weniger bemittelte Kleinadel, den man mit einem aus dem Englischen übernommenen Begriff als „Gentry“ bezeichnete, beherrschte indessen alle höheren Posten in den Ministerien und den Komitaten, teilweise mit Hilfe der „Magyaronen“, einer magyarisierten Elite aus den Reihen der nichtmagyarischen Völker, die sich diesem willfährig anschloss. Die kleinadelige, meist nur mehr mit bescheidenem Grundbesitz ausgestattete und nicht selten verschuldete Schicht entwickelte eine Gesinnung, in der sie den ererbten Adelsstolz mit einem starkem historischen Bewusstsein, mit pathetischen patriotischen Gefühlen, mit immer mehr Nationalismus, aber auch mit antidemokratischer Grundbesitzerhaltung vereinigte. Jede Veränderung zugunsten der unteren Schichten und der Nationalitäten musste unzweifelhaft zum Verlust eines Teiles der bisherigen Adelsprivilegien führen, und dies galt es mit allen Mitteln zu verhindern. Durch den Umstand, dass der Adel fast alle einflussreichen Positionen in Verwaltung, Justiz und Wirtschaft kontrollierte, gelang es tatsächlich, durchgreifende politische und soziale Reformen und damit eine Demokratisierung des Landes, wie sie inzwischen nicht nur in den meisten Ländern Westeuropas, sondern auch in der österreichischen Reichshälfte erfolgte, zu blockieren.

Bis zum Ende des Ersten Weltkrieges führte die ungarische Oberschicht ihre konservativ-nationalistische Machtpolitik mit verstockter Besessenheit weiter. Die regierenden Kreise wiesen bis zum allerletzten Moment jedwede Reform, jedwede Veränderung des Dualismus - auch Kaiser Karls Oktobermanifest 1918 ab. Eher kehrten sie tragikomischerweise immer mehr zum Mythos von 1848 zurück.<sup>39</sup> Diese Entwicklung hat letztlich die „anderen“ Völker Ungarns dem Magyarentum und damit dem Staat Ungarn endgültig entfremdet und den nicht-

---

A) Die aus der Adresspartei (Felirati Part) des Jahres 1861 hervorgegangene „liberale“ Deák-Partei fusionierte 1875 mit dem Linkszentrum (Balközép) zur Liberalen Partei (Szabadelvű Párt). Sie stellte von 1867 bis 1905 die Regierung. Nach der Krise von 1906 löste Graf István Tisza die Liberale Partei auf, um dann 1910 aus ehemaligen Mitgliedern derselben die „Nationale Arbeitspartei“ (Nemzeti Munkapárt) - eine Partei der wiedererstarnten ausgleichsfreundlichen Kräften - zu gründen.

magyarischen Nationalitäten am Ende des Ersten Weltkrieges mental den Weg zur endgültigen Trennung von Ungarn freigemacht

Die Deutschen Ungarns, die um die Jahrhundertwende mehr als zwei Millionen Menschen zählten, aber in geographischer Streulage wohnten und so als Nationalität keine feste Gemeinschaft darstellten, waren dieser Entwicklung mehr noch als ihre slawischen und rumänischen Nachbarn unterworfen. Sogar in Westungarn, wo sie in den einzelnen Bezirken 42 bis 88 % der Bevölkerung ausmachten, und ihr Siedlungsgebiet direkt an Österreich grenzte, entwickelte sich keine nennenswerte deutschnationale Bewegung zumal sie von jenseits der Grenze keinerlei Unterstützung oder Ermunterung bekamen. Erst als im Budapester Reichstag nach der Jahrhundertwende die radikal nationalistische Richtung der 48-er Unabhängigkeitspartei ein Übergewicht bekam und von dieser im Zuge der turnusmäßigen Verhandlungen über die „Quote“ also über Aufteilung der Kostendeckung der „gemeinsamen Angelegenheiten“<sup>A)</sup> - radikale Stimmen sogar von einer weitgehenden Trennung von Österreich sprachen, kam es nach langen Jahrzehnten wieder zum Ruf nach Abtretung der deutschen Gebiete Westungarns an Österreich.

Im Zuge der stürmisch verlaufenden Debatten im Abgeordnetenhaus des Österreichischen Reichsrates brachte der berühmt-berüchtigte Sprecher der „Alldeutschen Vereinigung“, Georg Ritter von Schönerer<sup>B)</sup>, am 22. Februar 1905

- 
- A) Als „pragmatische gemeinsame Angelegenheiten“ wurden durch das Ausgleichsgesetz neben der Person des Herrschers (des „Kaisers von Österreich und Königs von Ungarn“) die Außenpolitik, das Heerwesen sowie das Finanzwesen, sofern es zur Deckung der Kosten gemeinsamer Angelegenheiten diente, festgelegt. Dementsprechend gab es drei gemeinsame „K.u.k. Ministerien“, das Außen-, das Kriegs- und das Finanzministerium. Auf Grund der Ausgleichsbestimmungen mussten immer wieder Vereinbarungen über die „paktiert gemeinsame Angelegenheiten“ neu ausgehandelt werden, wie etwa die Staatsschulden, Fragen des Handels und der Zölle, indirekte Steuern, die Währung (durch eine gemeinsame Nationalbank) etc. Um den entsprechenden Schlüssel, die „Quote“, wurde zäh gerungen. 1867 hatte man den ungarischen Anteil mit 30% festgesetzt; es blieb für die späteren Verhandlungen charakteristisch, dass Ungarn zwar stets einen wesentlich geringeren Teil der Kosten trug, aber grundsätzlich gleichberechtigt und tatsächlich infolge der eindeutigeren innenpolitischen Machtverhältnisse Österreich überlegen war.
- B) Georg Ritter von Schönerer (geb.1842 in Wien, gest.1921 in Rosenau/NÖ), Gutsbesitzer, war ab 1879 Führer der deutschnationalen Bewegung der „Alldeutschen“ in Österreich. Er kämpfte für einen engeren Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich, war ein Gegner des Liberalismus, vertrat einen radikalen Antisemitismus und war ein Vorkämpfer der Los-von-Rom-Bewegung.

den Antrag ein „das derzeit zwischen Österreich und Ungarn bestehende Verhältnis durch eine Personalunion zu ersetzen, Dalmatien mit Kroatien und Slawonien zu vereinigen und die Verwaltung Bosniens und der Herzegowina an Ungarn zu übertragen“. <sup>A)</sup> Das „Alldeutsche Tagblatt“ schrieb in seinem Kommentar: „Der Antrag wird mit Naturnotwendigkeit früher oder später angenommen und durchgeführt werden müssen. Bei diesem Anlasse fällt uns Schönerianern die Pflicht zu, einen fast vergessenen deutschen Bruderstamm dem Alldeutschland der Zukunft zuzuführen. Es sind dies die Heinzen, <sup>B)</sup> die Deutschen im westlichen Ungarn, die, zum geschlossenen deutschen Sprachgebiet Mitteleuropas gehörig, mit großer Zähigkeit an unserem Volkstum hängend, seit fast 40 Jahren der magyarischen „Kultur“ so erfolgreichen passiven Widerstand entgegensetzen, daß kaum ein Zehntel dieses deutschen Volkssplitters und dieser Bruchteil nur äußerlich magyarisiert wurde. Wir Alldeutsche müssen daher die Forderung erheben: Bei der in nächster Zeit notwendig werdenden Regelung des staatsrechtlichen Verhältnisses beider Reichshälften machen wir Anspruch auf das Gebiet zwischen Donau und Raab mit Preßburg, Raab und Komorn und den beiden Schüttinseln. Die Magyaren können dieser Forderung keinen ernstlichen Widerstand leisten, verzichten wir doch freiwillig auf Dalmatien, Bosnien und die Herzegowina. Der Schreiber dieser Zeilen...will lediglich schon jetzt die Aufmerksamkeit unserer Abgeordneten und der volkstreuhen Presse auf die Möglichkeit lenken und die national gesinnten Volksgenossen auffordern, dieses Gebiet in ihr Arbeitsfeld einzubeziehen und die Brüder jenseits der Leitha auf die Einigung vorzubereiten. Vor allem durch die Presse und in allen künftigen Versammlungen der deutschgesinnten Ostmärker müssen wir diese Forderung populär machen...Unsere „Patrioten“

---

A) Dalmatien gehörte im Mittelalter zum Königreich Kroatien, das 1102 (Vertrag von Biograd na moru) an König Koloman von Ungarn fiel und damit als Bestandteil Ungarns betrachtet wurde. Nach Jahrhunderten unter der Herrschaft Venedigs, kam es mit diesem im Frieden von Campo-Formio 1797 und im Wiener Kongress 1815 zu Österreich. Ungarn sah darin eine Verletzung seiner historischen Rechte. Unter Berufung auf den Krönungseid Franz Josephs vom 8. Juni 1867, (wo es hieß: „Wir werden alle jene Teile und Provinzen Ungarns und seiner Nebenländer, welche bereits zurückerobert wurden, sowie jene, welche auch mit Gottes Hilfe zurückerobert werden, dem Königreiche und seinen Nebenländern angliedern.“) forderte man Dalmatien, Bosnien und Herzegowina als altes Land der ungarischen Krone zurück.

B) Der Begriff „Heinzen“ (mundartlich „Heenzen“) läßt sich mindestens bis ins 18. Jahrhundert zurückverfolgen, jedenfalls nennt bereits der „Almanach von Ungarn auf das Jahr 1778“ einen Teil des deutschen Gebietes in Westungarn „Hienzey“

*und die Hofkreise können sich mit dieser Anregung ohne viel Kopfzerbrechen einverstanden erklären, weil wenigstens ein Teil des heutigen Ungarns den Habsburgern dann verbleibt, wenn die Magyaren in nicht allzu ferner Zeit die Apponyi oder Széchenyi ihrer gegenwärtigen Königsfamilie vorziehen sollten”<sup>42</sup>*

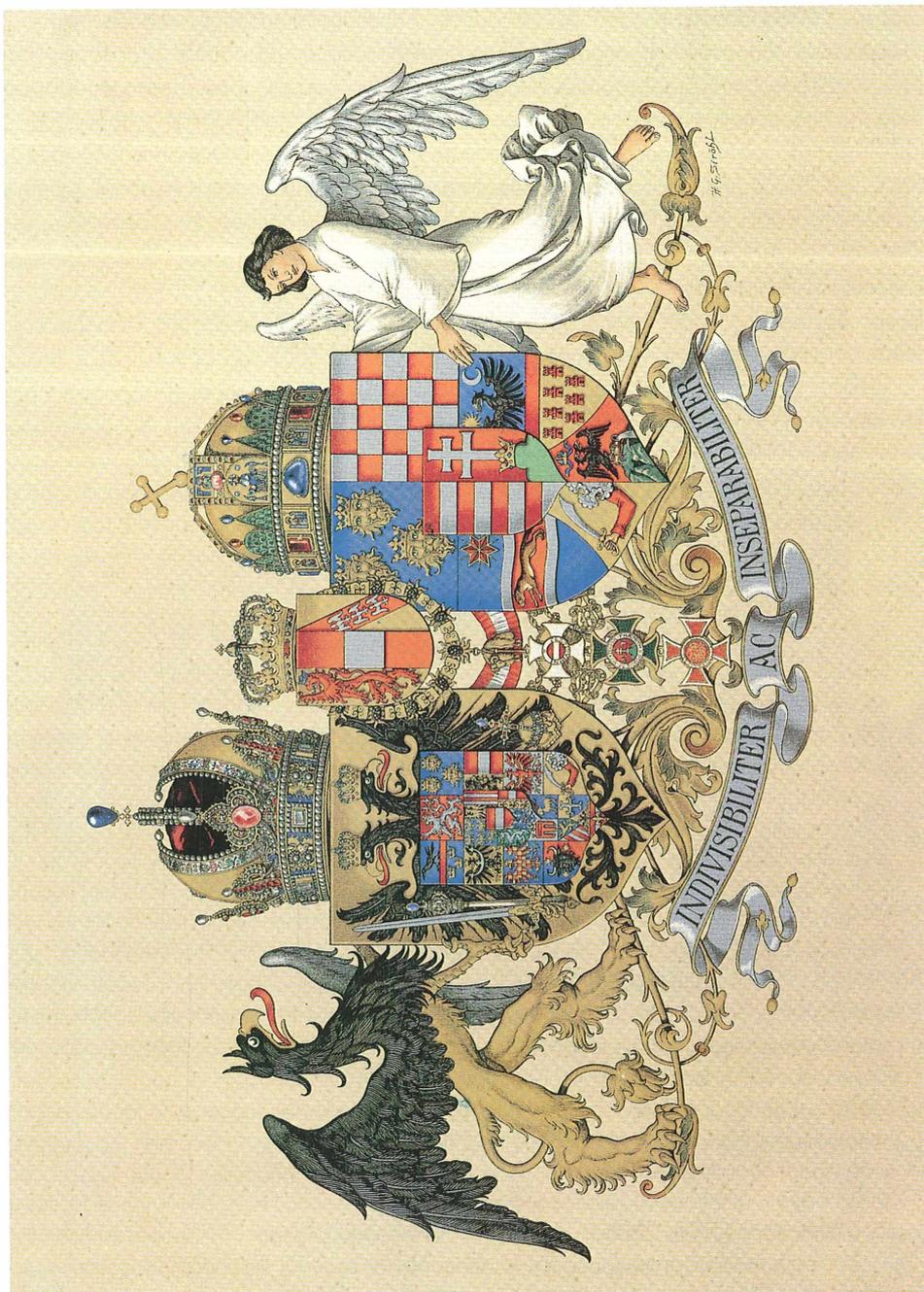
Dieser Artikel dürfte eine breite Diskussion weit über die Kreise der Deutschnationalen hinaus ausgelöst haben, denn nur wenige Tage später schloss sich auch der prominente christlichsoziale Abgeordnete Monsignore Josef Scheicher<sup>A)</sup>, der wegen der scharf antikerikalischen Haltung der Alldeutschen nicht unbedingt deren Sympathisant war, diesen Gedanken an und erklärte in seiner Reichstagsrede vom 14. März 1905: *„...wenn die Ungarn sich von uns trennen wollen, dann kann ich es nicht hindern. Wenn sie gehen wollen, mögen diejenigen gehen, die nicht zu uns gehören. Aber der ganze deutsche Teil, der westliche Teil von Ungarn besteht aus lauter Deutschen, das sind unsere Landsleute, die wir dort haben...Die nehmen wir uns zuerst zurück!”<sup>44</sup>*

Interessant ist, dass sich auch namhafte Politiker, wie Außenminister Aloys Lexa Freiherr von Aehrenthal, der seit 1906 am Ballhausplatz amtierte, in einer Denkschrift an den Kaiser mit der Frage beschäftigte und meinte, dass Österreich auf Dalmatien zugunsten einer Vereinigung mit Kroatien-Slawonien verzichten sollte. Das dadurch geschaffene „Dreieinige Königreich“ sollte gemeinsam mit dem Okkupationsgebiet Bosnien-Herzegowina einen staatsrechtlich selbständigen „südslawischen Block“ im Rahmen des ungarischen Königreiches bilden, um damit der gefährlichen „großserbischen Idee“ wirksam entgegenzutreten.<sup>45</sup>

Zur gleichen Zeit erregte ein Buch, das sich mit der Zukunft der Donaumonarchie auf breiter Ebene beschäftigte und damit naturgemäß auch die Probleme der Deutschen in Ungarn berührte, großes Aufsehen: Das Werk des siebenbürgisch-rumänischen Universitätsprofessors Aurel Constantin Popovici „Die Vereinigten Staaten von Groß-Österreich“, das bezeichnenderweise außerhalb Österreich-Ungarns in einem Leipziger Verlag gedruckt wurde.<sup>43</sup> Wie sein Untertitel „Politische Studien zur Lösung der nationalen Fragen und staatsrechtlichen Krisen in Österreich-Ungarn“ sagt, legte der Autor darin einen Plan vor, der eine umfassende Veränderung der politischen Landschaft der Habsburgermonarchie bringen sollte – auf der Basis von weitgehend autonomen Bundesländern, deren Umfang und Grenzen den Siedlungsgebieten der einzelnen Nationen entsprechen sollten. Er schlug die Teilung Österreich-Ungarns in 15

---

A) Dr. theol. Josef Scheicher (geb. 1842 in Lichtenhof/Stmk., gest. 1924 in Wien), Prof. für Moralthologie in St. Pölten, war Mitbegründer der Christlichsozialen Partei und niederösterreichischer Abgeordneter im Reichsrat 1894-1918.



*Bild 7: Das große gemeinsame Wappen der österreichisch – ungarischen Monarchie (1915)*

Teilprovinzen oder „Staaten“ vor,<sup>A)</sup> wobei er an ein Land „Deutsch-Österreich“ dachte, das neben den deutschen Kronländern Österreichs auch die deutschen Gebiete Südwest-Böhmens und Südmährens sowie das „ganze deutsche Gebiet der ungarischen Westgrenze“ umfassen sollte. Eine dem Buch beigelegte Karte zeigte den Umfang des „Anschlussgebietes“: Nördlich der Donau sollte dieses die Stadt Pressburg samt den deutschen Orten am Südhang der Kleinen Karpaten umfassen. Südlich der Donau wollte man die Grenze entlang der Wieselburger Donau (Mosoni-Duna) unter Einschluss von Wieselburg (Moson) und Ungarisch-Altenburg (Magyaróvár) bis Kimling (Kimle) ziehen, dann in Richtung Süden bis Leiden (Lébény). Von dort sollte diese entlang des Einserkanals nach Westen bis zum Neusiedlersee verlaufen und weiter unter Zugehörigkeit von Ödenburg zu Österreich - jedoch Zinkendorf (Nagyecenk) bei Ungarn belassend - weiter nach Süden der Sprachgrenze entlang (also weitgehend etwa der heutigen österreichischen Staatsgrenze entsprechend) unter Einschluss von Güns entlang des Pinkatales bis ans slowenische Sprachgebiet gezogen werden.

Da der Autor des Werkes dem sogenannten „Belvedere-Kreis“<sup>B)</sup> des Thron-

- 
- A) Popovici schlug folgende Ländereinteilung vor: 1. Deutsch-Österreich - das deutsche Inner-Österreich samt dem ganzen deutschen Gebiet der ungarischen Westgrenze und dem deutschen Gebiet Südwest-Böhmens und Süd-Mährens. 2. Deutsch-Böhmen - der nordwestliche Teil Böhmens samt dem Trautenuer Gebiet. 3. Deutsch-Mähren (Schlesien) - ganz Deutsch-Schlesien mit dem deutschen Gebiet Böhmens und Mährens, also samt Schönhengster Gau. 4. Böhmen - das gesamte tschechische Gebiet Böhmens, Mährens und Schlesiens. 5. West-Galizien - das von Polen bewohnte Gebiet. 6. Ost-Galizien - der ruthenische Teil des Landes samt den ruthenischen Komitaten Ungarns und den ruthenischen Teil der Bukowina. 7. Siebenbürgen - mit allen westlich angrenzenden von Rumänen bewohnten Gebieten Ungarns und der Bukowina. 8. Kroatien - samt Dalmatien, dem kroatischen Gebiet Istriens, Fiume und Murinsel. 9. Krain - alle slowenischen Siedlungen. 10. Slowakenland. 11. Woiwodina - das serbische Gebiet Südungarns. 12. Ungarn - das magyarische Gebiet. 13. Seklerland - die magyarischen Teile folgender drei Komitate Siebenbürgens: Háromszék, Csák, Udvarhely, samt den angrenzenden magyarischen Teilen von Maros-Torda, Groß- und Klein-Kockel. 14. Trento. 15. Triest - samt italienisch Görz und italienisch Istrien.
- B) Erzherzog Franz Ferdinand wohnte seit 1894 im Schloss Belvedere in Wien. Hier versammelte der Thronfolger einen Kreis von ideenreichen jüngeren Politikern aus den verschiedenen Nationalitäten um sich, darunter die Rumänen Alexander Vajda-Vojvod und Julius Maniu, den Ungarn Josef von Kristóffy, den Slowenen Dr. Anton Korosec und den Slowaken Dr. Milan Hodza, der in der Zwischenkriegszeit Ministerpräsident der Tschechoslowakei wurde. Auch der Rumäne Aurel Popovici und der Führer des ungarländischen Deutschtums Edmund Steinacker gehörten dazu. Das publizistische Sprachrohr des „Belvedere-Kreises“ wurde immer mehr die katholische Tageszeitung „Reichspost“ unter ihrem Chefredakteur und Herausgeber Dr. Friedrich Funder.

folgers, Erzherzog Franz Ferdinand, angehörte bzw. nahe stand, wurde diesen Gedanken und Plänen hohe Beachtung geschenkt. Man wusste, dass der zukünftige Kaiser und König im herrschenden Dualismus den größten Hemmschuh für eine gedeihliche Weiterentwicklung der Donaumonarchie und zugleich die größte Gefahr für ihren Weiterbestand nach dem Tod des damals doch schon alten Kaisers Franz Joseph sah und nach Alternativen suchte. Es war auch bekannt, dass sich Franz Ferdinand intensiv mit dem Problem einer Neugestaltung „seines zukünftigen Reiches“ beschäftigte, wobei für ihn der Kernpunkt eine befriedigende Lösung der nationalen Frage war.<sup>47</sup> Von Johannes Freiherr von Eichhoff, Sektionschef im Innenministerium, und Oberstleutnant Dr. Karl Bardolff, Chef seiner Militärkanzlei, ließ der Thronfolger einen Verfassungsentwurf erarbeiten, der einen zentralistischen Einheitsstaat von „vereinigten Ländern“ nach den Ideen Popovicis - vorsah. In den Ländern sollte es national möglichst einheitliche Kreise sowie Landtage und „Volkstage“, also auch Nationalitätenparlamente, geben. So sollten monarchisches Prinzip (Außenpolitik und Militär) und Zweikammern-Parlament mit Territorialprinzip (Landtage) und Personalitätsprinzip (Volkstage) vereint werden.<sup>48</sup> Doch alle diese Pläne sollten mit dem „Mord von Sarajevo“ am 28. Juni 1914 und dem einen Monat später ausbrechenden Ersten Weltkrieg unausgeführt bleiben. Zunächst aber bedeuteten sie eine Zustimmung und Ermunterung - sozusagen aus „Allerhöchsten Kreisen“ - für all jene, die an eine Änderung der bestehenden Grenzen dachten.

Vor allem deutschnationale Kreise ließen die Sache nicht mehr ruhen. So schrieb Josef Lanz-Liebenfels<sup>A)</sup>, eine der unheilvollsten politischen Figuren im Österreich des beginnenden 20. Jahrhunderts, am 10. Februar im „Grazer Wochenblatt“: *„...Es ist leider vergessen worden, daß die westungarischen Komitate Oedenburg, Wieselburg und Eisenburg ganz widerrechtlich von Ungarn in Besitz genommen sind. Die Kronländer Niederösterreich und Steiermark haben historisch begründetes Anrecht auf Herausgabe dieser von fast einer halben Million Deutschen bewohnten Landstriche...Noch im Jahre 1793 verlangten die Stände Niederösterreichs von der ungarischen Krone die Zurückgabe der drei Grenzgrafschaften. Die Krone hat die Berechtigung dieser Forderungen durchaus nicht in Abrede gestellt, sondern das Verlangen der Stände bloß aus Opportunitätsgründen abgewiesen. Der Kaiser wollte damals das deutsche Element in Ungarn nicht schwächen. Heute liegt dieser Grund nicht mehr vor, da*

---

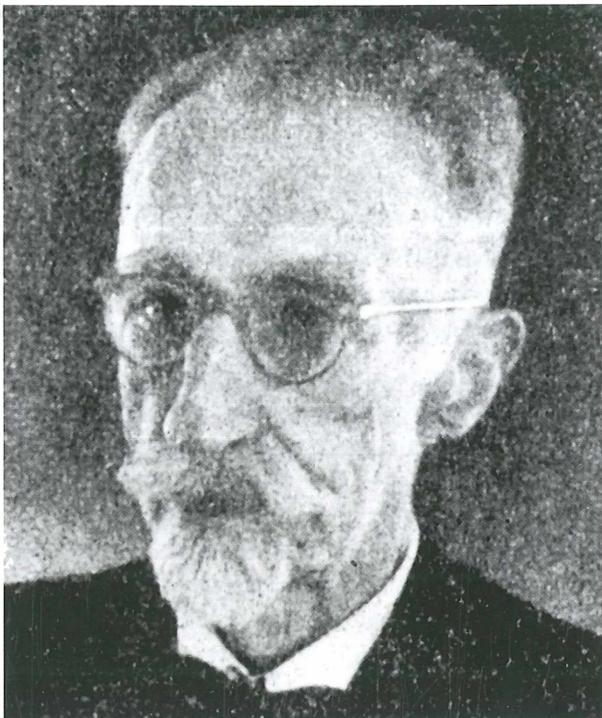
A) Georg Lanz von Liebenfels (geb. 1874 in Wien, gest. 1954 in Wien; eigentlich Josef Adolf Lanz) 1893-99 Zisterzienserpater in Heiligenkreuz, gründete den sektiererischen „Orden des neuen Tempels“ und publizierte verworrene rassentheoretische Schriften. Seine ab 1905 erscheinende Zeitschrift „Ostara“ hatte Einfluss auf die ideologische Entwicklung von Adolf Hitler.

*ja Ungarn ein jüdisch-magyarischer<sup>A)</sup> Staat ist, der Deutsche und Deutschtum rücksichtslos zertritt. Es wäre daher dringend geboten, daß der niederösterreichische und steirische Landtag den Protest von 1793 wieder aufnehme, damit der historische Anspruch auf die Grenzkomitate nicht verloren gehe. Die heutige Grenze zwischen Zis- und Transleithanien ist ein Unsinn.*

*Die Leitha kann unmöglich ein Grenzfluß sein. Wien ist bei einer solchen Grenze wirtschaftlich und militärisch eine verlorene Stadt. In einem Tagesmarsche kann Wien von ungarischen Rebellen erreicht sein. Die Südbahn, die Österreich und Steiermark, Krain und Triest verbindet, kann von Neudörfl bei Wiener-Neustadt aus in einer halben Stunde erreicht und zerstört sein. Die wichtigste Südverkehrsader der Hauptstadt wäre damit unterbrochen. Um Wien vor jeder Überrumpelung zu sichern, müßte nun das ganze Wienerbecken von Marchegg an bis Wiener-Neustadt in eine riesige Lagerfestung umgewandelt werden."*

Wieweit der Wiener Volksschullehrer Josef Patry<sup>B)</sup> von diesem Artikel angespornt wurde, ist nicht bekannt, doch entwickelte er seine 1906 im „Alldeutschen Tagblatt“ entwickelten Ideen weiter und schrieb nur wenige Wochen später eine

- 
- A) Lanz v. Liebenfels spielt auf die neue Schicht des Großbürgertums von Bankiers, Fabriksbesitzern und Großunternehmern an, meist Juden und assimilierte Deutsche, die sich seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Ungarn niedergelassen hatten. Das „Defizit ihrer Abstammung“ kompensierten sie durch die Aktiva ihres Vermögens auch in neuerworbenen Schlössern und Latifundien. In der Regierungszeit Franz Josephs wurden mehrere hundert Familien in den Adelsstand erhoben und etwa 50 Herren unter ihnen achtundzwanzig Juden erhielten den Titel eines Barons. Herausragende Persönlichkeiten wie die Bankiers Zsigmond (Sigismund) Kornfeld und Leó Lánczy, wie Manfréd Weiss, Sándor (Alexander) Hatvany-Deutsch, Henrik Haggemacher und Leó Goldberger oder die Fellners, Brülls und andere haben viel für die Modernisierung der ungarischen Wirtschaft und für das Bankwesen und die Großindustrie getan und entsprechenden politischen Einfluss gewonnen. (Vgl.: Hanák, Petér: Die Geschichte Ungarns. - Budapest 1988. S. 171)
- B) Josef Patry (geb.1870 in Wien, gest.1953 in Wien) schloss sich schon als junger Volksschullehrer in Wien der Alldeutschen Bewegung Georg Ritter von Schönerers an. Als er nach 1884 das Lehrerseminar in Wiener Neustadt besuchte, lernte er in den benachbarten Dörfern die Deutschen Westungarns kennen und als er 1904 bei einem der Besuche in einem der Dörfer hörte, dass „das Gebiet früher zu Niederösterreich gehörte, und der Großvater des Erzählers noch seine Steuern nach Niederösterreich entrichtet habe“, begann er sich mit der Geschichte des österreichisch-ungarischen Grenzraumes zu befassen. (Patry, Josef: Wie ich das Burgenland entdeckte! In: Der Freie Burgenländer. 5. April 1927) Kurzbiographie siehe in: Schlag, Gerald: Burgenland...in Biographien. 20. Jh.- Eisenstadt 1991



**Bild 8:**

Josef Patry (1870 – 1953)

siehe Seite 44

umfangreiche, mit historischem, geographisch-statistischem und volkswirtschaftlichem Material untermauerte Studie mit dem Titel „Westungarn zu Deutsch-Österreich!“, die das „Alldeutsche Tagblatt“ am 17. Juni 1906 als Leitartikel veröffentlichte. Auch diesmal meinte Patry: *„Wir Deutschen in Österreich haben keine Veranlassung, der Weltgeschichte beim Rollen der Würfel in den Arm zu fallen...Wir haben lediglich die Pflicht, ängstlich zu sorgen, daß während der bevorstehenden Neuordnung des staatsrechtlichen Verhältnisses beider Reichshälften kein Titelchen deutschen Rechtes aufgegeben werde, kein Fußbreit deutschen Bodens verloren gehe...Fast jedes Volk der Monarchie hofft bei dieser Neuordnung, die nach unserer Meinung mit einer großen Unordnung verbunden sein dürfte, auf Erfüllung seiner Wünsche, seiner mehr oder minder berechtigten Forderungen. So hoffen die Tschechen auf die Vereinigung der Sudetenländer zu einem dreieinigen Königreich, also Ausgestaltung des Dualismus zum Trialismus, die Ruthenen auf Erlösung vom Druck der Polen. Den Slowenen zaubern die Führer die Fata morgana eines illyrischen Königreiches vor, in Ungarn sehnen sich alle nichtmagyarischen Völker nach Befreiung aus der Gewaltherrschaft der Madjaren. Also überall Erwartungen, die nicht alle eintreffen können, weil einem Teile immer etwas genommen werden mußte, um den*

anderen zufrieden zu stellen...Eine besonders einschneidende Änderung verlangen die Südslawen, einschneidend insoferne, als dadurch die Grenzen beider Reichsteile verschoben würden. Die Südslawen fordern die Vereinigung Dalmatiens mit Kroatien und Slawonien. In der bekannten Fiumaner Resolution<sup>A</sup> haben sie diese Forderung im Einverständnis mit den Madjaren formuliert...Die Deutschen in Österreich haben keinen Grund, sich dieser Forderung zu widersetzen...Als Gegenforderung begehren wir die Angliederung des größtenteils von Deutschen bewohnten Gebietes zwischen Donau und Raab mit Preßburg, Raab und Komorn, den beiden Schüttinseln und der wenigen deutschen Dörfer südlich der Raab entlang der steirischen Grenze mit dem Hauptorte Sankt Gotthard."

Die Leitha-Grenze sollte also zu einer Raab-Grenze werden - von der Mündung des Flusses in die Donau bis zur steirischen Grenze. Dabei wären die Komitate Wieselburg und Ödenburg zur Gänze, etwa zwei Drittel des Komitates Eisenburg und kleinere Teile der Komitate Pressburg, Raab und Komorn zu Österreich, oder besser gesagt zu einem „Deutsch-Österreich“, gekommen. Laut Patry wären damit etwa 878.587 Menschen davon 345.705 Deutsche, 418.318 Magyaren, 51.353 Kroaten, 48.700 Slowaken und 14.511 Sonstige (Zahlen aus: Ungarisches Statistisches Jahrbuch 1900) zu Österreich, hingegen mit Dalmatien, Bosnien und der Herzegowina etwa 2,200.000 meist südslawische Bewohner zu Ungarn gekommen.

Bewusst bezog man durch diese Grenzziehung eine große Zahl von Nichtdeutschen in das „Heinzenland“ ein, da diese „der Garant für eine gute Behandlung“ der übrigen, verstreut lebenden Deutschen in Ungarn sein sollten. Patry forderte die Raabgrenze aber auch aus wirtschaftlichen und strategischen Gründen: Westungarn sollte die Kornkammer Deutsch-Österreichs werden, die Stadt Raab schien ihm als Handelszentrum, Komorn hier spukte ganz offensichtlich noch die Erinnerung an die Revolution 1848/49 hinein - als strategischer Stützpunkt wichtig.

Mit dem Aufruf „Auf zur Arbeit!“ forderte Patry am Ende seiner Schrift alle „deutschen Volksvertreter“ auf, sich „über kleinliche Parteirücksichten hinwegsetzend, mit Wort und Tat“ für die vorgeschlagene Angliederung

---

A) In der „Resolution von Fiume“ (Rijecka rezolucija) vom 3. Oktober 1905 erklärte eine Versammlung von ungarischen, kroatischen und dalmatinischen Abgeordneten, dass sie „Gemeinsam mit dem ungarischen Volk den Kampf für die Verwirklichung der Staatsrechte und Freiheiten“ führen wollten und forderten „die Reinkorporierung Dalmatiens in das Königreich Kroatien und Slawonien“ Siehe dazu: Bauer, Ernest: Drei Leopardenköpfe in Gold. - Wien 1973. S. 261

Westungarns an Österreich einzusetzen. Die Presse, „vor allem die deutschnational gesinnten Blätter, auch jene des Deutschen Reiches“ sollte sich diese Forderung zu eigen machen. Besonders sollten aber die Ideen in Westungarn „bei Freund und Feind von Mund zu Mund“ gehen und „im Heinenlande“ Verbreitung finden. Dazu rief er die „national gesinnten Deutschen an der ungarischen Grenze in Niederösterreich und Steiermark“ auf, und regte an, dass „Turner, Radfahrer und Touristen ihre Turnfahrten und Ausflüge über die Grenze richten und die Heinen von unserem Vorhaben in Kenntnis setzen“ sollten.

Um Patrys Artikel noch weiter bekannt zu machen und möglichst breite Kreise für diese Ideen zu gewinnen, ließ man ihn wenige Wochen später als Flugschrift drucken<sup>49</sup> und in vielen hunderten Exemplaren verbreiten. Die Reaktion darauf war aber zunächst enttäuschend, zumal man sich auf Grund von Leserbriefen, die nach dem Artikel im Vorjahr aus deutschen Kreisen Westungarns eingetroffen waren, eine breite Welle an Aufmerksamkeit und Zustimmung erhofft hatte. Keine der westungarischen Zeitungen reagierte auch nur mit einer Zeile. Lediglich das in Budapest erscheinende „Neue Pester Journal“ schrieb am 20. Juni 1906 ziemlich höhnisch: „Und da soll man noch sagen, daß uns die Alldeutschen nicht grün sind. Sie wollen uns für den kultiviertesten Teil Ungarns, mit blühenden Städten und fruchtbaren Feldern, die imposanten landschaftlichen Schönheiten der kahlen dalmatinischen Felsen und der bosnischen Berge großmütig überlassen und uns für 878.000 steuerkräftige, intelligente und landestreue Einwohner 2,200.000 arme Ziegenhirten und uns in Sprache und Rasse fremde Halbzivilisierte geben...Die Sache wäre übrigens zeitgemäß und die ungarische Landkarte könnte gleich in einem Aufwaschen auch im Südosten geändert werden, da auch unser anderer Freund, der famose Lueger<sup>A</sup>, dort eine Teilung der ungarischen Erde ins Auge gefaßt und bei einem Champagnermahl in Bukarest den Rumänen ganz Siebenbürgen versprochen hat. Da jedoch „Exzellenz“ Lueger keine Gegenproposition gemacht hat, und uns für Siebenbürgen nicht einmal ein galizisches Dorf voll Juden als Gegenwert angeboten hat, ist dieses Geschäft vorderhand nicht diskutabel. Aber über den Antrag des „Alldeutschen Tagblattes“ läßt sich reden, jedoch müßte man vorher klären, ob der Redaktion dieser freundlichen Zeitung nicht schon vor dem Erscheinen dieses Artikels die gesunde Vernunft konfisziert wurde.“<sup>50</sup>

---

A) Dr. Karl Lueger (geb.1844 in Wien, gest.1910 in Wien) Rechtsanwalt. Zunächst liberaler Politiker, dann Mitbegründer der Christlichsozialen Partei. Seit 1885 Reichsratsabgeordneter, 1897-1910 Bürgermeister von Wien.

Auch als hervorgerufen durch das Auftauchen weiterer Exemplare der Patry'schen Flugschrift in Westungarn - der Reichstagsabgeordnete Hugo Laehne<sup>A)</sup> am 22. Februar 1908 eine parlamentarische Anfrage an Ministerpräsident Sándor Wekerle richtete und ein dringendes Vorgehen gegen die großdeutsche Agitation, „in der gegen die territoriale Integrität des Landes gehetzt wird“, verlangte, reagierte man in Westungarn relativ gelassen. Die „Oedenburger Zeitung“ schrieb am 26. Februar 1908: *„Wir wissen nicht was Herr Dr. Wekerle dem Fragesteller antworten wird, aber wenn er Humor hat, so setzt er dem düsteren Ernst des Herrn Interpellanten eine ironische Feierlichkeit entgegen, die dem wahren Sachverhalt besser entspricht, als ernste Erwägungen“* und fügte hinzu: *„Die Herren Alldeutschen in Oesterreich langweilen sich also in schöner Einsamkeit, und Langeweile zeitigt bekanntlich die seltsamsten Beschäftigungen...Es gibt eben in Österreich eine Anzahl Müßiggänger, die sich wie Agitatoren benehmen, die an der Mission leiden, eine Art deutscher Irredenta in den Grenzkomitaten zu etablieren. Hugo Laehne, der sonst so bedachte, geistvolle Politiker, läßt sich von einigen hirnverbrannten „Weltverbesserern“ in eine Aufwallung versetzen, die die ganze alberne Farce wahrlich nicht verdient.“* Auch die in Ödenburg erscheinende Zeitung „Radikal“ kommentierte in seiner Ausgabe am 8. März spöttisch unter der Überschrift „Pangermanisches“: *„...Schreckhaften Gemütern, wie z.B. dem Abgeordneten Hugo Laehne, wird bei der Lektüre einer solchen Ungeheuerlichkeit wohl sofort das Herz in die Hosen fallen. Es ist auch furchtbar! Die „Alldeutschen“ wollen also Westungarn in die Tasche stecken...Nicht genug daran, daß wir uns in Oberungarn gegen die „Panslawisten“ wehren, im Osten mit den „Dakoromanen“ in Siebenbürgen herumschlagen und im Süden gegen die „Großserben“ kämpfen müssen, jetzt kommen auch noch sogar „Pangermanen“ über uns!“*

Lediglich eine Stimme aus dem Osten Ungarns, das „Siebenbürgisch-deutsche Tagblatt“, nahm die Sache ernster und meinte, dass solche Aktionen vollkommen zwecklos seien und nur *„den berechtigten Interessen des ungarländischen Deutschtums schaden...Denn sie geben den Renegaten und Chauvinisten ausgezeichnete Waffen in die Hand, die sie auch gegen gesetzlich einwandfreie, auf die Erweckung des deutschen Bewußtseins gerichtete Bestrebungen wirksam wenden können.“*<sup>51</sup> - Hier zeigte sich eine Sorge, die dann nach 1918 die Burgenlandfrage noch ernsthaft beeinflussen sollte.

Im Mai und Juni 1914 veröffentlichte das „Alldeutsche Tagblatt“ noch einmal Patrys seinerzeitige Artikel, ohne ihnen wesentlich neue Gedanken hinzuzufü-

---

A) Hugo Laehne war Abgeordneter der Unabhängigkeitspartei und vertrat bis 1910 den Wahlkreis Güns im Abgeordnetenhaus des Reichstages.

gen, um die Diskussion über einen Anschluss des Heinenlandes an Österreich erneut in Gang zu setzen. Doch die Ereignisse des Sommers 1914 und der Ausbruch des Ersten Weltkrieges ließen schlagartig all diese Pläne verstummen, wenn man auch - wie ein Kommentar zu diesen Plänen aus dem Deutschen Reich („Mündener Nachrichten“) schrieb - daran dachte, „*dass, sobald wir mit den Feinden einen möglichst günstigen und dauerhaften Frieden geschlossen haben, auch das Verhältnis zwischen den Verbündeten, dem Deutschen Reiche, Österreich und Ungarn in verschiedener Richtung einer sorgfältigen Durchsicht unterzogen werden*“ müsse.<sup>52</sup>

## Die „Deutsch-Westungarische Bewegung“ in Wien vor 1914

Während so das umstrittene und angefeindete Programm „Westungarn zu Deutschösterreich“ auf politischer Ebene nicht vorankam und auch bei den betroffenen Menschen in Westungarn zumindest in der Öffentlichkeit kaum sichtbare Wirkung zeigte, fand es in Wien rege Aufmerksamkeit. Nach zahlreichen Gesprächen und Zuschriften entschloss sich Josef Patry noch im Herbst 1906, eine öffentliche Versammlung einzuberufen, die die Frage „Welchen Wert hat die Erhaltung des Deutschtums in Ungarn?“ erörtern sollte. Das auch hier gezeigte große Interesse führte schließlich am 9. März 1907 zur Gründung des „Vereins zur Erhaltung des Deutschtums in Ungarn“.<sup>53</sup> Zum Obmann des Vereines wurde Patry selbst, zu seinem Stellvertreter der aus Frauenkirchen stammende Gregor Meidlinger<sup>A)</sup> gewählt. Letzterer hatte durch einen Zeitungsartikel, der am 1. September 1906 in der renommierten „Reichspost“ erschienen war, Aufsehen erregt. Er hatte hier gemeint: „*daß diese [Bevölkerung Westungarns] trotz oder gerade wegen der Magyarisierungsbestrebungen noch immer deutsch ist, deutsch fühlt und deutsch denkt und jederzeit bereit ist, die von höherer Staatsraison diktierte Aufrichtung von Grenzpfählen zwischen Österreich und Ungarn niederzureißen, um sich je eher, je lieber an Österreich anzuschließen.*“ Mehr als so manches, was bisher geschrieben worden war, gin-

---

A) Gregor Meidlinger (geb.1874 in Frauenkirchen, gest.1948 in Wien) entstammte einer Kleinbauernfamilie, arbeitete als Tischler, dann als Buchbinder in Wien und nach Ablägung einer Externistenmatura als Beamter beim Magistrat der Stadt Wien. Aufsehen erregte er mit seinem Artikel vom 1. Sept. 1906 in der „Reichspost“, wo er den Anschluss seiner Heimat Deutsch-Westungarn an Österreich forderte. Kurzbiographie siehe in: Schlag, Gerald: Burgenland...in Biographien. 20. Jh.-Eisenstadt 1991.

gen diese Zeilen, die ja von „einer Stimme aus dem betroffenen Land selbst“ kamen, in die Meinungsbildung in Wien ein und wurden immer wieder als Beweis des „richtigen Weges“ bei den Bemühungen um die Gewinnung der Deutschen Westungarns für Österreich zitiert.

Mit viel Elan und Begeisterung ging man nun 1907 daran, Mitarbeiter zu werben und schon im ersten Jahr versammelte man 143, sechs Jahre später über 2.500 Mitglieder. Ihre soziale Schichtung erstreckte sich von Hilfsarbeitern bis Universitätsprofessoren und Industriellen, wobei Studenten, freiberufliche Akademiker, Lehrer und Beamte überdurchschnittlich vertreten waren. Die rasant entwickelte Mitgliederzahl machte es bald notwendig, Zweigvereine und Ortsgruppen zu gründen. So bildeten sich neben dem Gründungsverein, der seinerzeit im „Hubertuskeller“ in der Wiener Innenstadt (Naglergasse 8) zusammengetreten war, Ortsgruppen in den Wiener Bezirken Landstraße (III.), Währing (XIX.) und Favoriten (X.), sowie eine „Frauen- und Mädchengruppe Wien“ (1910) und eine „Akademische Ortsgruppe“ (1910). 1909 entstand eine Ortsgruppe in Graz, aus der sich fünf Jahre später eine eigene „Mädchen- und Frauengruppe“ löste. 1910 folgten Gründungen in Fürstenfeld und Marburg (Maribor) in der Steiermark und Wiener Neustadt und Ebenfurth in Niederösterreich. 1911 konnte sogar in Chicago (USA) eine eigene Ortsgruppe gegründet werden, die sich im Wesentlichen aus Auswanderern aus dem Eisenburger Komitat und aus Siebenbürgen zusammensetzte. Sie verfolgte mit besonderer Aufmerksamkeit alle Meldungen aus der alten Heimat und spendete laufend Geld für die Tätigkeit der Mutterorganisation in Wien. Auch von Einzelpersonen oder Kleingruppen aus allen Teilen der Welt von Chile bis Thailand kamen aufmunternde Briefe und Geldspenden. Knapp vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges dehnte sich der Verein auch ins Deutsche Reich aus, und es erfolgten im Jahre 1914 Gründungen in Halle a. d. Saale, Leipzig und Hannover.<sup>54</sup>

Der „Schutzverein“, wie er sich oft selbst bezeichnete, hatte natürlich das gesamte ungarländische Deutschtum im Auge, von der Zips bis nach Slawonien und von Westungarn bis Siebenbürgen. In erster Linie kämpfte man um „die Erhaltung des Deutschtums“ wie schon der Vereinsname sagte durch die Unterstützung deutscher Bildungseinrichtungen - von Kindergärten bis zu Lesevereinen. Durch finanzielle Hilfen, die von Sammelaktionen für Überschwemmungsoffer in deutschen Gemeinden der Theißebene bis hin zu Stipendien für Mittel- und Hochschüler an österreichischen Schulen und Universitäten reichten, versuchte man den sozialen Stand der oft vom ungarischen Staat grob vernachlässigten und benachteiligten Minderheit zu helfen. Ein Schwerpunkt war auch die Ausbildung von Lehrlingen und die Hilfe bei der Besorgung von Arbeitsplätzen in Österreich.



**Bild 9:**

*Josef Reichl (1860 – 1924)*

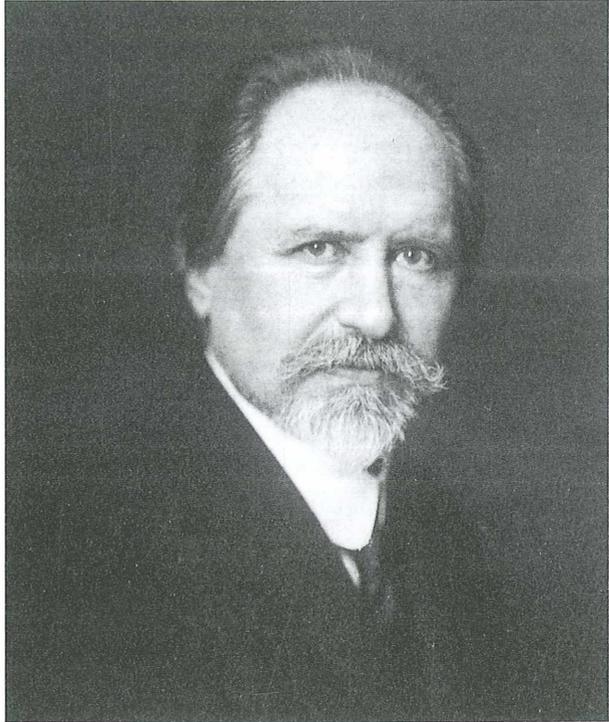
*siehe Seite 52*

Magyarische Kreise sahen darin eine „Aufwiegelung“ gegen den Staat und eine beginnende Irredenta und versuchten die Tätigkeit des „Vereines zur Erhaltung des Deutschtums in Ungarn“ mit allen möglichen Mitteln einzudämmen. So wurde 1908 angeordnet, dass Flugschriften „in denen gegen die territoriale Integrität des Landes gehetzt wird“, sofort zu beschlagnahmen seien und Agitatoren den Behörden angezeigt und „behufs exemplarischer Bestrafung“ sofort der Polizei übergeben werden sollen. Im März 1910 erinnerte der Königl. ung. Innenminister Graf Khuen-Héderváry in einem Geheimerlass alle Komitatsbehörden, dass „falls sich in ihrem Komitat Spuren, welche mit der Tätigkeit des aufwieglerischen Vereines in Zusammenhang zu bringen sind, die nötigen Schritte einzuleiten“ seien. Es durften Briefe, die vom „Verein zur Erhaltung des Deutschtums in Ungarn“ aufgegeben wurden, nicht mehr mit der ungarischen Post befördert werden, ja diese wurde angewiesen, solche Sendungen sofort der Polizei auszuhändigen. Dennoch gelang es nicht, die Tätigkeit des Vereines zu unterbinden. Besonders in den Dörfern Westungarns, die durch ihre Wanderarbeiter und Marktfahrer regen Kontakt mit Wien hatten, war die Arbeit des „Schutzvereines“ immer stärker präsent.

Ein Hauptaugenmerk der Vereinstätigkeit galt aber den ungarländischen Deutschen in Wien, denen man in der Anonymität der Millionenstadt nicht nur „ein Stück Heimat“ geben wollte, sondern sie auch kulturell betreute und nicht zuletzt politisch schulte. Einem allgemeinen Zug der Zeit entsprechend spielten dabei dichtende Politiker und politisierende Dichter eine führende Rolle. Hier wirkten neben den Politikern Edmund Steinacker<sup>A)</sup> und Rudolf Brandsch<sup>B)</sup> und dem berühmten donauschwäbischen Dichter Adam Müller-Guttenbrunn<sup>C)</sup> immer wieder zwei junge Schriftsteller: der aus Güssing stammende Josef Reichl<sup>D)</sup> und der vom Heideboden kommende Mathes Nitsch<sup>E)</sup>. Natürlich spannt der „Schutzverein“ auch Kontakte zu diversen Politikerkreisen der Reichshaupt- und Residenzstadt, was dann 1918/19 besondere Bedeutung haben sollte.

Von Anfang an arbeiteten im „Verein zur Erhaltung des Deutschtums in Ungarn“ Leute aus Westungarn mit, so - um nur zwei der Bekanntesten zu nennen - der schon erwähnte Gregor Meidlinger und der aus Heiligenkreuz stammende Guts- und Mühlenbesitzer Karl Wollinger.<sup>56</sup> Ihre Zahl stieg von Jahr zu Jahr. So entschloss man sich 1913 - entsprechend einer Anregung des aus Mönchhof stammenden Thomas Poltz<sup>57</sup> die aus den westungarischen Komitaten kommenden Freunde in der landsmännischen Vereinigung „Deutsche Landsleute in Ungarn“ als eigene Ortsgruppe zusammenzufassen; sie sollte bis 1921 einen Mitglieder-

- 
- A) Edmund Steinacker (geb.1839 in Debrecen, gest.1929 in Klosterneuburg). Eisenbahningenieur, dann Privatangestellter. Abgeordneter der siebenbürgischen Wahlkreise Bistritz und Heltau im Budapester Parlament (1875-1888). Gegen Ende der 1890er Jahre wurde er zur zentralen Gestalt der deutschungarischen Minderheitenbewegung. 1906 gründete er die „Ungarländisch-Deutsche Volkspartei“ (UDVP)
- B) Rudolf Brandsch (geb.1880 in Mediasch, gest.1953 in einem rumänischen KZ), siebenbürgisch-sächsischer Volkstumspolitiker, 1910-1918 Abgeordneter im Budapester Parlament (Wahlkreis Hermannstadt)
- C) Adam Müller-Guttenbrunn (geb.1852 in Guttenbrunn/Bana, gest.1923 in Wien) erwarb sich als Bühnenfachmann große Verdienste um das Theaterleben Wien. Berühmt wurde er aber durch seine Heimatromane, Novellen und Erzählungen, die in erster Linie die Geschichte und das Leben der Deutschen im Banat im Mittelpunkt haben.
- D) Josef Reichl (geb.1860 in Güssing, gest.1924 in Wien) Hutmachermeister in Wien. Schrieb in erster Linie Lyrik, teilweise in südburgenländischer Mundart. Kurzbiographie in: Schlag, Gerald: Burgenland...in Biographien. 20. Jh. - Eisenstadt 1991
- E) Mathes Nitsch (geb. 1884 in Straß-Sommerein/Hegyeshalom, gest. 1972 in Budapest) Nach Absolvierung eines Rechtsstudiums arbeitete er als Journalist beim „Pester Lloyd“ (Budapest). Schrieb Romane, Erzählungen und Mundartgedichte. Kurzbiographie in: Schlag, Gerald: Burgenland...in Biographien. 20. Jh. - Eisenstadt 1991



**Bild 10:**

*Adam Müller-Gutenbrunn  
(1852–1923)*

*siehe Seite 52*

stand von 659 Personen erreichen. Treffpunkt dieses Vereines war die Gastwirtschaft „Zur Bärenmühle“ in der Nähe des Wiener Naschmarktes, wo nicht nur laufend „Vereinsabende“ abgehalten, sondern auch sozusagen Tag für Tag über Marktfahrer aus Westungarn Kontakt mit der Heimat jenseits der Leitha gehalten wurde.<sup>58</sup> Ein kleines Vereinsblatt, das den Titel „Deutsch-Ungarn“ trug, bemühte sich möglichst viel Information über die Vereinstätigkeit aber auch über das Geschehen in Westungarn weiterzutragen.

Beide Vereine waren so eifrig bemüht, nicht nur den fachlichen Wissensstand und das politische Bewusstsein ihrer Mitglieder in Wien - die ja auf Grund der tristen Schulverhältnisse in ihrer Heimat unter starkem Bildungsmangel litten zu heben, sondern auch die Menschen in den deutschen Grenzdörfern Westungarns trotz größter Schwierigkeiten, die ihnen die ungarischen Behörden immer wieder bereiteten, zu ermutigen, an ihrem angestammten Volkstum festzuhalten. Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges und der Umstand, dass nach und nach immer mehr Männer zu den Fahnen gerufen wurden, ließ auch hier die Vereinstätigkeit zunächst fast vollständig erlahmen.

Ihre „große Stunde“ sollte dann erst im Herbst 1918 schlagen.

Aber alle diese Diskussionen und Publikationen berührten die breite Masse der Menschen in Deutsch-Westungarn wenig oder kaum.

Wie erwähnt, waren die westungarischen Städte und Dörfer seit dem Spätmittelalter über den Umstand hinaus, dass man hier überwiegend deutsch sprach, auch politisch und wirtschaftlich eng mit den benachbarten österreichischen Ländern Niederösterreich und Steiermark verbunden. Als die Habsburger nach 1526 auch die Krone von Ungarn erwarben, rückte man noch näher zusammen. Die blutigen Kriege, die jahrhundertlang die Menschen beiderseits der Leithagrenze hart getroffen und entzweit hatten, hörten nun auf, aber zur selben Zeit musste man in dem bald nur mehr schmalen Landstreifen des königlichen Ungarn den Kampf gegen die ins Herz Mitteleuropas vordringenden Türken aufnehmen. Als „Vormauer des christlichen Abendlandes“ musste man über 150 Jahre die Verteidigung einer neuen Grenze aufnehmen, die von der Donaufestung Komorn zum Plattensee und dann an Kanizsa vorbei zur Drau verlief. Eine Aufgabe, die höchste Anstrengungen kostete und nur mit Rückhalt durch die übrigen habsburgischen Erbländer zu erfüllen war. Mehr noch als der Umstand, dass man Untertan ein und desselben Monarchen war, verband die Angst vor dem ständig drohenden Angriff des Feindes und die schwere Last der Türkenabwehr die Menschen beiderseits der Leitha zu einer engen Schicksalsgemeinschaft. Auch als die Bedrohung nach Beendigung der Türken- und Kuruzzenkriege wegfiel, blieb ein Gefühl der Zusammengehörigkeit weiter bestehen. Es entwickelte sich auch in der Zeit des nun folgenden Aufbaues eine Art gemeinsamer Identität, wesentlich geprägt und getragen von der römisch-katholischen Kirche, die nach dem Sieg der Gegenreformation im 17. Jahrhundert auch in Westungarn eine barocke donauländische Kultur bis in die Dörfer trug. Es war nicht nur die großartige barocke Kunst, die Eingang bis in die Kirchen und Kapellen fand, es waren nicht nur dieselben Heiligen, zu denen man hier wie dort betete, und diesselben Wallfahrtsorte, in die man an hohen Marienfesten gemeinsam pilgerte, man hatte auch viele gleiche Sitten und Bräuche, Denkgewohnheiten und Technologien. In den Städten trug man weitgehend die gleiche Mode, las dieselben Bücher und sang und tanzte zu derselben Musik. Gleich, ob man in den Familien deutsch, kroatisch oder ungarisch redete, man sprach eine gemeinsame „Sprache“ nicht nur im engeren Sinn des Wortes sondern in einer gemeinsamen, ja fast einheitlichen Geistes- und Sinnesart.

Dass seit der „Reinkorporierung“ der westungarischen Herrschaften um die Mitte des 17. Jahrhunderts wieder Werbőczy's „Corpus iuris Hungarici“ als

Rechtsnorm galt und man sich letztlich und selbstverständlich als Untertan des Kaisers in Wien aber in seiner Funktion als „Apostolischer König von Ungarn“ fühlte, empfand man in keiner Weise als trennend oder als Gegensatz zu den engen Bindungen an das „Ausland“ Österreich. Dies sollte erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts im Zeichen eines wachsenden Nationalismus zum Problem werden. Während sich im Bürgertum der westungarischen Städte in den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts so etwas wie ein „aufgeklärter Staatspatriotismus“ entfaltete, der aber auch eher an der Dynastie hing als an der Zugehörigkeit zu dieser oder jener „Nation“, blieb für die Bauern der Grundherr zugleich auch der eigentliche Repräsentant der öffentlichen Macht. Es waren dies im Bereich des Wieselburger Komitats entweder Mitglieder des Kaiserhauses selbst in der Herrschaft Ungarisch-Altenburg, die niederösterreichischen Grafen Harrach, das Stift Heiligenkreuz und die Fürsten Esterházy, die fast das gesamte Ödenburger Komitat beherrschten und dort seit 1626 das Amt des Obergespans innehatten. Im Bereich des heutigen südlichen Burgenlandes, also im Komitat Eisenburg, gehörte ein Großteil der Grundherrschaften den Familien Erdödy und Batthyány; letztere waren ab 1761 Erbobergespans von Eisenburg und damit hier höchste Repräsentanten des Staates. Dass gerade diese Magnatenfamilien, die der magyarisch-nationalistische Adel Ostungarns neidisch-spöttisch als „bécsi magyarok“ (= „Wiener Ungarn“) bezeichnete, als Angehörige des Wiener Hofadels wie ihre österreichischen und böhmischen Standesgenossen eine übernational-europäische Sichtweise und Haltung an den Tag legten, wirkte bis zu ihren Untertanen hinab. Ihre westungarischen Hofhaltungen und Herrschaftsverwaltungen mit den aus „aller Herren Länder“ kommenden Beamten und Künstlern waren in ihrer Multikulturalität in einem gewissen Sinn Vorbild auch für die „kleinen Leute“ im Dorf und prägten bewusst oder unbewusst auch deren „Weltbild“ mit.

Alldem lagen vielfältige wirtschaftliche Verflechtungen zugrunde. Das Land lag an einer Kreuzung zweier wichtiger europäischer Verkehrslinien: an der Ost-West-Achse, die entlang des Donautales Westeuropa mit der pannonischen Ebene verband, und an dem uralten Nord-Süd-Weg entlang des Alpen-Ostrandes, der den mediterranen Raum mit den Ostseegebieten verband. Daneben liefen eine Unzahl von Nebenstraßen aus den Ebenen Ungarns nach Westen in die Täler der Alpen. Hier entwickelten sich naturgemäß schon früh dichte und enge Handelsbeziehungen. Auf ihnen basierte Wohlstand und ökonomische Weiterentwicklung. Auf den Austausch von Produkten, vor allem auf die Lieferung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen in die Metropole Wien, in die niederösterreichischen und steirischen Städte und in die westlich gelegenen Alpengebiete, orientierte sich die Wirtschaftsstruktur schon im Mittelalter. Es

war mehr als ein Symbol, dass Bildhauer-Sandstein aus dem Leithagebirge und vom Ruster Hügelland beim Bau des Stephansdomes dem Wahrzeichen Wiens und später bei den Prachtbauten der barocken Residenzstadt Verwendung fand.

Man trank „Ruster“ und „Ödenburger Wein“ am Wiener Hof und in den Adelspalais der Kaiserstadt, und nicht zuletzt überstanden tausende Pferde in der Reichshaupt- und Residenzstadt Jahr für Jahr den Winter nur dadurch wohlgenährt, da sie ihr Heu von den weiten Ebenen des Wieselburger Komitates bekamen. „Heanzen<sup>A)</sup> und Heidebauern<sup>B)</sup>“ gehörten zum Alltagsbild auf den Märkten in Wien und in den niederösterreichischen Grenzstädten. Bauern und Viehhändler aus dem Eisenburger Komitat fand man in Graz und auf allen Märkten der Oststeiermark.

Dies verdichtete sich noch viel mehr in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als zwei große wirtschaftliche und soziale Revolutionen die Welt auch im österreichisch-ungarischen „Zwischenland“ veränderten: Die „Bauernbefreiung“ des Jahres 1848 und der Beginn des Industriezeitalters.

Wenn auch die Revolution 1848 in ihren weitgesteckten politischen Zielen scheiterte, brachte sie doch mit der Aufhebung der feudalen Grundherrschaft, die eigentlich eine gewaltige Bodenbesitzreform war, eine epochemachende Veränderung. Nun bekamen die Bauern ein freies Verfügungsrecht über ihren Grund und Boden, sie konnten diesen kaufen und verkaufen, vererben und aufteilen. Und gerade Letzteres zeigte bald, dass die neue Freiheit auch eine Kehrseite hatte: War es bisher auf Grund der im Feudalsystem wurzelnden Gepflogenheiten die Regel, dass im Erbfolge der Stammbesitz eines Bauernhofes nicht geteilt werden konnte und so eine stabile Hofstruktur gewährleistet war, begann nun eine gerechte und peinlich gleichmäßige Aufteilung auf alle Kinder. Man teilte aus purer „Gerechtigkeit“ jedes Grundstück, was zusätzlich neue

---

A Der Name Heanzen (Hienzen) spätestens seit dem 18. Jahrhundert als Spottname bekannt dürfte von der mundartlichen Bezeichnung für Hühner = Heana (Hiena) kommen und somit „Hühnerhändler“ bedeuten. Tatsächlich war das agrarisch etwas ungünstige Hügel- und Berggebiet am Westrand der Komitate Ödenburg und Eisenburg ein Schwerpunktgebiet der Hühnerzucht und Eierproduktion. Hunderte von Wanderhändlern aus den Dörfern dieses Gebietes brachten diese Produkte mit Korbwägen oder sogenannten Kraxen vor allem nach Wien, wo sie auf Märkten oder auf Straßen und Gassen durch Kaufrufe („Heana zan kaffa“ = „Hühner zu (ver)kaufen“) ihre Ware anboten.

B Als Heidebauern bezeichnete man die deutschen Bewohner der Kleinen Ungarischen Tiefebene, also des Wieselburger (Mosoner) Komitates, die in erster Linie Heu, Gemüse und Gewürze auf den Wiener Markt brachten.



**Bild 11:** Ernte auf einem Großgrund-Besitz, um 1890

Grenzraine und damit unproduktive Streifen schuf. Die damals entstandenen „Hosenriemen-Äcker“ prägten bis tief ins 20. Jahrhundert die Landschaft.

Die Erbteilung hatte bald zur Folge, dass das bäuerliche Eigentum rasant zersplittert wurde und immer mehr Klein- und Kleinstbesitze entstanden, die oft schon nach einer Generation wirtschaftlich fast nicht mehr existenzfähig waren. Da zur selben Zeit die Kinderzahl in den Familien - durch eine rasche medizinische Entwicklung und insbesondere durch den starken Rückgang der Kindersterblichkeit - stieg und sich damit die Bevölkerungszahl in den Dörfern des späteren Burgenlandes zwischen 1850 und 1900 um über 23% erhöhte,<sup>59</sup> nahm die Erb- und Realteilung entsprechend gewaltige Formen an. Im selben Ausmaß, wie die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe stieg, kam es zur Verarmung der einzelnen Bauern. Schon durch die Ablösen vor allem der nicht-urbarialen Gründe von den ehemaligen adeligen Grundherrn und nunmehrigen Großgrundbesitzern waren sie in Schulden geraten. Dann nahmen viele Kredite auf, um Investitionen zu tätigen, mit deren Hilfe sie ihre Betriebe modernisieren wollten, oder - und dies war häufig der Fall - um einem anderen Erben dessen Anteil am Hof ablösen zu können. Verlockt durch steigende Lebensmittelpreise

um die Mitte des Jahrhunderts glaubten viele, dass es möglich sein werde, die finanziellen Verbindlichkeiten durch günstigen Verkauf der hergestellten Produkte bald zurückzahlen zu können. Doch zerschlugen sich diese Hoffnungen durch eine immer schlechter werdende Agrarkonjunktur, und viele Landwirte stolperten in den Ruin. Während nur wenigen Familien durch glückliche Umstände der Aufstieg zu Großbauern gelang, verarmten viele aber zusehends und sanken zu einem neuen, ländlichen Proletariat ab.

Ab den Siebzigerjahren des 19. Jahrhunderts verschlechterte sich die Rentabilität in der Landwirtschaft besonders dadurch, dass durch neue Transportmöglichkeiten die Segelschiffe wurden von Dampfschiffen mit gewaltigen Ladekapazitäten verdrängt billiges Getreide aus Übersee, vor allem aus den USA, auf den europäischen Markt kam und die Lebensmittelpreise in Europa zu sinken begannen.<sup>A)</sup> Infolge des billigen Transports und der niedrigen Selbstkosten konnten die amerikanischen Lieferanten mit großen Mengen auf dem westeuropäischen Markt erfolgreich konkurrieren und die ungarischen Agrarprodukte verdrängen.<sup>60</sup> Um 1870 war aus diesem Grunde der erste tiefe Sturz der Getreidepreise zu verzeichnen, der binnen einem Jahrzehnt bei Weizen bis zu 80 %, bei Roggen 65-70 %, bei Gerste und Hafer nicht viel weniger betrug.<sup>61</sup> Dies traf die ungarische Landwirtschaft und ihre Exporte nach Westen hart und löste einen ruinösen Konkurrenz- und Preiskampf aus, besonders nachdem das Deutsche Reich - bisher ein Hauptabsatzgebiet für ungarisches Getreide - ab 1880 seinen Markt zum Schutz der eigenen Landwirte mit hohen Zolltarifen abriegelte.

Während der Großgrundbesitz den Einkommensverlust relativ gut abfangen konnte, traf der Preisrückgang die kleinen Bauern schwer.<sup>62</sup> Nach der Grundentlastung war ein großer Teil des Bodens in der Hand der ehemaligen Grundherrschaft also der alten Aristokratenfamilien geblieben. Sie besaßen in den westlichen Grenzkomitaten ein Viertel bis ein Drittel der Gesamtfläche des

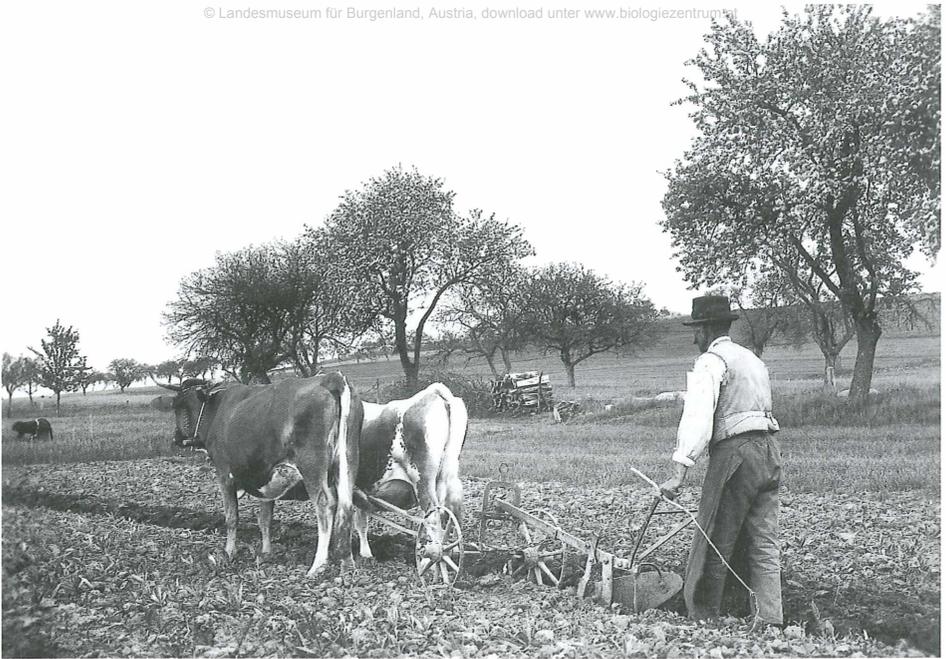
---

A) Zur Veranschaulichung der gewaltigen Steigerung des amerikanischen Weizenexports seien hier nur folgende Daten erwähnt: während 1850 nur 217.000 q ausgeführt wurden, betrug die Ausfuhr 1870 bereits 10,107.000 q und 1880 schon 41,783.000 q.

B) Es besaßen 1893 im heutigen Burgenland:

Fürst Nikolaus Esterházy	59.109 ha
Erzherz. Albrecht Habsburg-Lothringen	12.502 ha
Familie Batthyány	11.502 ha
Familie Erdödy	6.763 ha

Siehe: Eddie, Scott M.: Historisches Verzeichnis der Grundbesitzer des Burgenlandes. Bgld. Forschungen. 79. - Eisenstadt 1999



**Bild 12:** Pflügender Kleinbauer, um 1890

nutzbaren Bodens - meist sogar die fruchtbarsten Flächen.<sup>B)</sup> Diesen gelang es, mit den Ablösesummen, die sie von den Bauern erhielten, ihre Meierhofwirtschaften, die bereits weitgehend von an Agrarhochschulen ausgebildeten Fachleuten verwaltet wurden, zu modernisieren. Durch Maschineneinsatz (Saat- und Mähmaschinen, Dampfpflügen, Dreschmaschinen etc.) gelang es, die Arbeitskosten zu senken. Vor allem aber konnte man durch Verwendung von „Kunstdünger“ - also chemischem Dünger - den Hektarertrag beträchtlich erhöhen und so durch eine steigende Produktion, den Preisverlust wettmachen, ja man verstärkte nun durch Massenangebot zusätzlich den Konkurrenzkampf am einheimischen Markt. Auf den Latifundien stiegen die Erträge um das Zwei- bis Dreifache. So erhöhte sich die Weizenproduktion Ungarns bis 1910 von 14 Millionen auf 42 Millionen Doppelzentner<sup>A)</sup>, die Kartoffelernte von 8,5 auf 50 Millionen Doppelzentner und jene der Zuckerrüben von 2,3 auf 36 Millionen Doppelzentner.<sup>64</sup>

---

A) Ein Doppelzentner = 100 kg.

Die Ausdehnung des Eisenbahnnetzes in die Getreideanbauggebiete Ostungarns (1857 bis Temesvár und Debreczin, 1858 bis Großwardein und Arad) brachte zusätzlichen Druck, da nun auch von hier neue Anbieter auf die Märkte im Westen drängten. Das Land verbrauchte lediglich die Hälfte der Getreideproduktion, und folglich konnten und mussten um die Jahrhundertwende jährlich 15 bis 20 Millionen Doppelzentner Getreide auf ausländischen Märkten abgesetzt werden. Die Handelspreise - insbesondere für Getreide - fielen und verringerten dramatisch das Jahreseinkommen der kleineren Landwirte. Viele Bauern gerieten in Schulden, waren bald nicht mehr in der Lage ihre Höfe zu halten und verloren ihren Besitz in einer Zwangsversteigerung.

Wenig später wurde ein weiterer Zweig der westungarischen Landwirtschaft auf schwerste in Mitleidenschaft gezogen, als die Reblaus (Phylloxera) und die Peronospora weite Gebiete des Weinbaues fast vollständig vernichteten und in der arbeitsintensiven Weinwirtschaft eine große Anzahl von Menschen ihre wirtschaftliche Lebensgrundlage verlor. Viele sahen zuhause „keine Zukunft mehr“ Es kam zur Landflucht und zur Auswanderung gerade junger Leute nach Übersee, die in manchen Bezirken Westungarns beachtliche Ausmaße annahm.<sup>65</sup>

Es war ein Glück, dass zur selben Zeit die Industrie eine gewaltige Entwicklung erfuhr und in greifbarer Nähe der westungarischen Bauerndörfer in Wien, im niederösterreichischen „Industrieviertel“ zwischen Wien und dem Semmering, sowie in der Obersteiermark - viele neue Fabriken entstanden, die Arbeitskräfte suchten. Schon um 1810 arbeiteten hunderte junge Leute aus Westungarn - meist Frauen und Mädchen - in der damals im südlichen Wiener Becken entstehenden Textilindustrie.<sup>66</sup> Bald folgten diesen tausende Männer und Frauen und fanden Arbeit in der Metall- und Maschinenerzeugung, in der Nahrungsmittelindustrie (Zuckerfabriken, Brauereien und Großmühlen), den Wienerberger Ziegelwerken, in den Braunkohletagbauen von Zillingdorf-Neufeld und in der knapp vor 1900 beginnenden Rüstungsindustrie im benachbarten „Österreichischen“ Viele Männer fanden Arbeitsplätze im Baugewerbe und verwandten handwerklichen Berufen insbesondere in Wien, wo in der sogenannten „Gründerzeit“ eine gewaltige Bauwelle nicht nur die Prachtbauten an der Ringstraße entstehen ließ, sondern auch ausgedehnte neue Wohnviertel gebaut wurden, die die Stadt zu einer Großstadt mit über zwei Millionen Einwohnern anwachsen ließen. Viele junge Mädchen arbeiteten einige Jahre als Dienstmoten in den großbürgerlichen Haushalten Wiens, um so etwas zum Familieneinkommen beizutragen. So entwickelte sich in tausenden Familien eine Lebensform, bei der die alten Leute auf den kleinen Grundstücken mit meist nur ein oder zwei Kühen sowie einigen anderen Haustieren die Lebensmittellbasis des Haushaltes erzeugten, während die jüngeren Mitglieder „drüben in Österreich“ das notwendige Geld zu verdienen versuchten.



**Bild 13:** Fabrikshalle, um 1890 (Stahlwerk Schoeller-Bleckmann in Ternitz)

Die Zahl jener, die sich dabei gänzlich in den Orten ihrer Arbeitsplätze ansiedelten, war aber relativ gering. Die meisten von ihnen blieben Wanderarbeiter, die nur an den Wochenenden und während der Winterarbeitslosigkeit gänzlich bei ihren Familien im westungarischen Dorf lebten. Sie hatten in Österreich eine zweite Heimat, an die sie existenziell gebunden waren. Es entwickelte sich eine Lebensform, die zwar nach wie vor „mit einem Bein“ fest in der alten Heimat verankert war, aber „mit dem anderen Bein“ in Österreich stand. Die amtliche Statistik aus dem Jahre 1910 verzeichnet 40.219 Menschen aus den Komitaten Ödenburg und Eisenburg, und 9.744 aus dem kleinen Komitat Wieselburg, die in Wien und Niederösterreich zur Arbeit gingen.<sup>67</sup> Man kann aber sicher annehmen, dass zu diesen Zahlen noch viele hunderte - wenn nicht tausende - hinzukamen, die ohne amtlich erfassbar zu sein als „Gelegenheits- oder Schwarzarbeiter“ jenseits der Leitha ihr Brot verdienten.

Aber auch jene Bauern, die noch aus der Landwirtschaft allein leben konnten, waren in ihrer sozioökonomischen Existenz mit dem Nachbarland entscheidend verbunden. Sie fanden nämlich in den dortigen industriellen Ballungszentren einen neuen Absatzmarkt, den sie als Direktvermarkter beliefern konnten und so

relativ günstige Preise für ihre Produkte bekamen, die weit über den üblichen Großmarktpreisen lagen. Selbst jene, die nur wenig aus ihrer eigenen Produktion auf den österreichischen Markt bringen konnten, fanden im Produktenhandel einen zusätzlichen Nebenerwerb, wobei sie vor allem Vieh und Wein in Innerungarn kauften und diese nach Westen brachten, während sie auf der Rückreise Holz - meist Bauholz und Weingartenstecken - aus den Alpengebieten in die relativ waldarmen Ebenen im Osten transportierten.

Als Ungarn 1905 mit dem Gedanken spielte, sich von Österreich durch eine Zollgrenze zu trennen, ahnten viele zum ersten Mal, was es bedeuten könnte, wenn vielleicht eines Tages eine exakte wirtschaftliche Trennung zwischen den beiden Reichshälften eintreten würde. In den westungarischen Zeitungen wurden besorgte bis alarmierende Stimmen laut und niemand geringerer als der Obergespan des Komitates Ödenburg und Enkel des „großen Stephan Széchenyi“, Graf Emil Széchenyi, meinte im Reichstag: „...70% der Landbevölkerung wäre von materiellem Ruin bedroht... Das separate Zollgebiet bedeutet eine Katastrophe für das Land.“<sup>68</sup>

Treffend schrieb Adam Müller-Guttenbrunn in seiner Flugschrift „Wohin gehört Westungarn?“: „Mit Wien trieben die Heanzen beständig Handel, nach Wien liefen die Heidebauern ihre Feldfrüchte, nach Wien ziehen Tausende von uns zur Arbeit, die über den Sonntag stets heimkehren, in Wien sind viele Tausende aus unseren Grenzländern sesshaft, die meisten wohlhabend geworden. In allen Betrieben jenseits unserer Grenze arbeiten unsere Leute. Nach Wien zogen auch unsere Studenten, so lange dies nicht durch die Forderung, alle Prüfungen magyrisch ablegen zu müssen, unterbunden wurde. Mit Pest haben wir keine direkte Fühlung, von dort kam nie etwas Gutes, auch wirtschaftlich hatten wir nie einen Vorteil von der fernen Hauptstadt Ungarns. Selbst Graz hatte für das Komitat Eisenburg immer mehr Bedeutung als Budapest. Wie schnell ist man mit der Bahn von Preßburg oder Ödenburg in Wien! Von Bruck in einer Stunde! Und Wiener-Neustadt ist nur eine Viertelstunde von unserer Grenze entfernt, Graz eineinhalb Stunden. Drei- und viermal so weit dagegen ist es bis nach Budapest, und nur selten verirrt sich ein Deutscher aus Westungarn dorthin. Die Arbeitskraft zieht den höheren Löhnen nach und die zahlt man drüben in Österreich. Das war immer so. Und es hat nichts mit unserem Patriotismus zu tun, wenn wir dorthin gehen, wo man uns zu schätzen weiß. An der politischen Zugehörigkeit zu Ungarn haben wir nie gemäkelt, die Treue haben wir den Herren, die man uns ungefragt gegeben hat, immer gehalten, aber unsere wirtschaftlichen Interessen haben immer ihre bessere Befriedigung von Wien her erhalten und unsere geistigen erst recht. Das weiß der Preßburger Weingärtner so gut wie der Ödenburger Bohnenzüchter, diese volkstümlichen Grundsäulen

*städtischen Deutschtums. Der Heidebauer in Wieselburg rechnete stets mit dem Wiener Markt, der rührige Heanze, der hundertfältigen Kleinhandel treibt, geht die Straße nach Wien. Der Lohn- und Industriearbeiter sucht sein Brot jenseits der ungarischen Grenze, und die daheim überzähligen Mädchen sind das tüchtigste Element im Wiener Dienstbotenstand. Alles, was der Heideboden und das Heinzenland abzugeben haben, zieht die große Stadt an der Donau an sich. Die patriotische Mode, auch nach Pest zu gehen, hat sich nie einbürgern wollen, der Zug nach dem näheren deutschen Wien war eben auch ein unbewußter Zug des Herzens. Und der beständige, jahrzehntelang geführte politische Kampf der Magyaren gegen „Wien“ und seine böse „Kamarilla“ hat daran nichts geändert.“<sup>69</sup>*

Je näher aber die Menschen beiderseits der Leithagrenze zusammenwuchsen, umso mehr bemühte sich der ungarische Staat gerade hier, seine Magyarisierungspolitik durchzudrücken, wollte man doch dieses Gebiet nicht eines Tages gänzlich an Österreich verlieren. So sagte der neue Obergespan der Stadt und des Komitates Ödenburg, Dr. Andreas von Báán, bei seiner Inauguralrede am 26. Juni 1906: „...Die erste Aufgabe der Politik an der Landesgrenze ist, daß die ungarische Sprache und der ungarische nationale Geist in je breiterem Kreise sich verbreite und zur Geltung komme. Innerhalb vierzig Jahren hat die ungarische nationale Kultur auch hier Wurzeln gefaßt und die ungarische Sprache okkupiert immer mehr Terrain. Nichtsdestoweniger ist noch sehr Vieles zu tun! Wir dürfen uns mit dem bisherigen Resultat nicht begnügen, sondern müssen mit voller Hingebung und unermüdlichem Eifer jedes Mittel benützen, um rascher vorwärts zu schreiten. Nicht nur in den Schulen, sondern auch in der Familie, in den Vereinen, mit einem Wort auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens verbreiten und gebrauchen wir die ungarische Sprache, damit wir auch äußerlich zeigen und es zum Ausdruck komme, daß wir Ungarn sind...“<sup>70</sup>

Das wichtigste Instrument der nach dem Ausgleich 1867 verstärkt einsetzenden Magyarisierung ihre Anfänge reichten bis ins letzte Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts zurück war die Schule, deren Modernisierung und Neuregelung nun eines der wichtigsten Ziele des ungarischen Staates wurde. Bis dahin standen die Schulen ausschließlich unter der Leitung und Aufsicht der Konfessionen in Westungarn in erster Linie der katholischen Kirche<sup>A)</sup> Nun sollte zumindest eine einheitliche Lehrplangestaltung durch den Staat erfolgen.

---

A) 1921, als das Burgenland zu Österreich kam, bestanden hier 365 Volksschulen. Davon waren 305 in konfessioneller Hand (83,3%) 231 römisch-katholisch (63,3%), 66 evangelische (18,1%) und 7 israelitische (1,9%) - für 47 kam der Staat zur Gänze auf (12,9), 14 gehörten Gemeinden (3,8%).

Zunächst wurde im Schulgesetz von 1868 (Gesetzartikel XXXVIII und XLIV) - eine Konzeption des liberalen Unterrichtsministers Baron József Eötvös das Elementar-Schulwesen neu geordnet und dabei formalrechtlich den Minderheiten weitgehende Zugeständnisse in der Unterrichtssprache gesichert. Doch schon 1879 ordnete Eötvös Nachfolger und Schwager, August Trefort, an, dass in allen Volksschulen die magyarische Sprache verpflichtend gelehrt und gelernt werden müsse. Gleichzeitig wurde das Magyarische in allen Lehrerbildungsanstalten verstärkt eingeführt, und seit 1882 konnte niemand mehr eine Lehrbefugnis erhalten, der nicht die magyarische Sprache perfekt beherrschte; bereits im Dienst stehende Lehrer sollten entsprechende Sprachkurse besuchen. Schließlich wurde 1891 angeordnet, dass auch in den nichtmagyarischen Kindergärten Elementarkenntnisse der ungarischen Sprache zu vermitteln seien.<sup>71</sup>

Zunächst konnten diese Maßnahmen in der Praxis allerdings nur langsam durchgesetzt werden. Die Pfarrherrn und sie bestimmten im Dorf letztlich über den Unterricht - waren in ihrer Mehrzahl kaum bereit, die althergebrachten religiösen Unterrichtsziele zu ändern. Diese erreichte man aber am raschesten in der Muttersprache der Kinder. Erst als viele kleinere Orte ihre Schule nicht selbst finanzieren konnten und auf staatliche Subventionen angewiesen waren, nützte dies die Regierung, um im Gegenzug die betreffende Gemeinde zu zwingen, die Schule der staatlichen Schulaufsicht unterzuordnen. Natürlich wurde dann hier sofort Magyarisch als wichtigstes Unterrichtsfach eingeführt, wenn man nicht überhaupt die Dorfschule gleich in eine „Staatsvolksschule“ umwandelte, wo die „Staatsprache“ auch Unterrichtssprache war.

Größeren Druck auf die konfessionellen Schulen generell auszuüben, versagte man sich zunächst, da dies möglicherweise zu Konflikten mit den Kirchen geführt hätte und man in keinen Kulturkampf schlittern wollte. Man entschloss sich an Stelle von Verboten und Verordnungen zu positiv werbenden Maßnahmen und entwickelte eine Palette von Fördermöglichkeiten für Kinder und Lehrer, die sich den Magyarisierungszielen des Staates verschrieben. So förderte man einen Schüleraustausch von nichtmagyarischen Kindern während der Ferien nach Innerungarn und schuf wie z.B. das Eisenburger Komitat im Jahre 1884 Fonds, aus denen Lehrer Prämien bekamen, wenn sie in Schulen der Minderheiten alle Pflichtgegenstände in ungarischer Sprache unterrichteten und so den Schülern in möglichst hohem Ausmaß das Ungarische beibrachten.

Schließlich bemühte man sich unter dem Vorwand, dass es für Einheimische problematisch sein könnte, in ihrer Heimatgemeinde eine „Respektstellung“ einzunehmen, junge Lehrer und auch Priester „von auswärts“ also aus magyarischsprachigen Gebieten in die deutschen Dörfer an der Grenze zu schicken.

Umgekehrt versetzte man im deutschen Sprachraum aufgewachsene Leute auf Dienstposten in Innerungarn.

Alle diese Maßnahmen fanden schließlich einen Höhepunkt im sogenannten „Apponyischen Schulgesetz“<sup>A)</sup> vom Jahre 1907 „über die Rechtsverhältnisse der nichtstaatlichen Volksschulen und über die Gehälter der Volksschullehrer in Gemeinde- und Konfessionsschulen“ Diesem zufolge mussten alle Schüler bereits am Ende des vierten Schuljahres die magyarische Sprache in Wort und Schrift möglichst perfekt beherrschen. Außerdem durften ab nun nur vom Unterrichtsministerium genehmigte Lehrbücher - bisher waren in den deutschen Gemeinden vielfach noch österreichische benützt worden - im Unterricht verwendet werden.

Die gleichzeitig vorgenommene Erhöhung der Gehälter der Lehrer sollte nicht nur die Sympathie derselben gewinnen, sondern auch die Kirchengemeinden, die nun ihr Schulwesen kaum mehr finanzieren konnten, zwingen, die Schulen der staatlichen Oberaufsicht auszuliefern. Lehrern wurde mit Disziplinarstrafen gedroht, wenn sie Schritte setzen sollten, die „gegen die Einheit des Staates“ oder gegen den im Gesetz festgelegten Gebrauch der „Staatssprache“ gerichtet waren. Damit sollte möglichst total das Ziel erreicht werden, *„den Geist der Anhänglichkeit an das ungarische Vaterland und das Bewußtsein der Angehörigkeit zur ungarischen Nation“* durchzusetzen.<sup>73</sup>

Um das von den Schulbehörden vorgeschriebene Ergebnis zu erreichen, mussten die Lehrer derart viel Unterrichtszeit für den magyarischen Sprachunterricht aufwenden, dass ihnen kaum Zeit blieb, den Kindern auch nur die elementarsten Grammatik- und Rechtschreibkenntnisse in ihrer Muttersprache oder auch nur geringes Wissen in anderen Lernfächern beizubringen. Da die Kinder aber zuhause selten oder überhaupt nie ungarisch sprachen, reichten die sechs Jahre Pflichtschule in Ungarn bestand noch immer die seit Maria Theresia festgesetzte Schulpflicht vom sechsten bis zum zwölften Lebensjahr - nicht aus, die Staatssprache gut zu erlernen. Umgekehrt hatten sie viel zu wenig Unterricht in ihrer Muttersprache, sodass sich deren Kenntnis und Gebrauch kaum über den Dorfdialekt erhob. Naturgemäß führte dies zu einem drastischen Absinken der Allgemeinbildung. Dazu kam noch, dass viele Kinder aus bäuerlichen Familien während der Ernte, der Weinlese und anderen arbeitsintensiven Zeiten am Hof mitarbeiten mussten und nicht zum Unterricht erschienen. Alles das bewirkte schließlich, dass sich zwar die heranwachsende Generation in zwei, in kroatischen Dörfern sogar in drei Sprachen recht und schlecht verständigen konnte,

---

A) Benannt nach dem Minister für Unterricht und Kultus Graf Albert Apponyi (1846-1933).

aber der sonstige Bildungsstand breiter Schichten in eine Art Halb-Analphabetentum absank.<sup>74</sup>

Das Wiener Witzblatt „Die Posaune“ veröffentlichte am 1. Mai 1910 den Brief eines deutschen Bauernsohnes aus Westungarn an einen „Khabral beim k.u.k. Khorbskomando“: *„Lieber Bruder ! ich duje dir czuwiszen dasz wir noh kotlob gezunt szint. File grüszä fon Fater varum du niht sreibeszt bisz tu filejht beleidikt veil mir dir nitmer kem ham mir heten tir mer gem aber uncz iszt svah kanken, esz var ajuh die gancze vohe czuhasz, hab niht können.“*<sup>A)</sup> Dieses Beispiel zur Belustigung der Wiener Leserschaft gedacht - zeigte typisch die erschütternde Sprach- und Bildungsnot dieses Landes. Was besonders tragisch für jene war, die dann nach Österreich zur Arbeit gehen wollten und mussten. Sie hatten mit ihrer mangelnden Schulbildung kaum je die Chance, qualifizierte Arbeit zu bekommen und über schlecht bezahlte Hilfsarbeiterposten hinauszukommen.

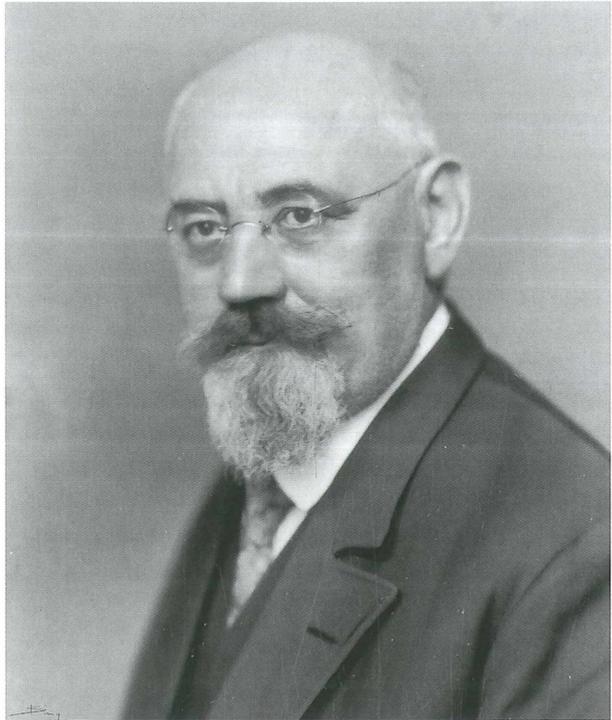
Natürlich bereitete sich unter solchen Folgen Unzufriedenheit und Widerstand gegen die Schulpolitik aus und bewirkte, dass sich immer mehr Menschen in den deutschen und kroatischen Dörfern, für die bisher der Zwiespalt zwischen Volks- und Staatszugehörigkeit kein Problem war, von Ungarn innerlich abwandten. Eine anfänglich sicherlich vorhandene Bereitschaft zur Assimilation verkehrte sich ins Gegenteil. Selbst Graf István Tisza erkannte dies, wenn er in einer aufsehenerregenden Rede im ungarischen Abgeordnetenhaus am 25. Juni 1917 den kulturellen Verfall des ungarländischen Deutschtums ansprach und den Unterrichtsminister Graf Apponyi vor weiteren chauvinistischen Übertreibungen seiner Schulpolitik warnte. Er nannte die „Schwaben“<sup>B)</sup> eine Säule der ungarischen Nation und sprach von ihrer tiefen Erbitterung über die Schulverhältnisse, und wie gefährlich es sei, diese in die Opposition zu treiben.<sup>77</sup> - Eine Erkenntnis, die allerdings angesichts der bereits eingetretenen Entwicklung viel zu spät kam.

Selbstverständlich gab es etliche Kinder und Jugendliche aus bäuerlichen Familien, die den Weg zur Weiterbildung einschlugen und nach der Volksschule eine Bürgerschule, vielleicht auch ein Gymnasium besuchten oder in ein Priesterseminar eintraten. Diese Bildungsanstalten lagen meist im magyarischen Sprachraum oder in Städten wie Pressburg, Raab, Ödenburg und Güns, wo das „gehobene Bildungsbürgertum“ - und dieses galt den einfachen aber aufstrebenden Bauernbuben als Vorbild - in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts schon stark magyarisiert war, sodass die Schüler ab nun meist in einer magyarischen

---

A) Der junge Schreiber verwendete die ungarischen Lautwerte und Buchstaben, die er in der Schule lernte, und übertrug sie auf seine „hienzische“ Sprache.

B) „Schwaben“ war eine volkstümliche Bezeichnung für die ungarländischen Deutschen mit Ausnahme der „Siebenbürger Sachsen“



**Bild 14:**  
*Staatskanzler*  
*Dr. Karl Renner*  
*(1870 – 1950)*

Umwelt lebten. In den Schulen und Internaten selbst herrschte die magyarische Unterrichts- und Umgangssprache; Deutsch wurde nur mehr als Fremdsprachen-Fach unterrichtet. Dies hatte nachhaltige Auswirkung, und so war es fast natürlich, dass die meisten Absolventen der Mittelschulen zu überzeugten Trägern des großungarischen Gedankens eines einheitlichen „Reiches der Heiligen Stephanskronen“ und vielfach auch glühende „Magyaronen“ wurden.

Ein äußeres Zeichen dieser Haltung war die große Zahl der Namensmagyarisierungen, wobei man prominenten Beispielen folgte: So hießen z.B. der wohl berühmteste Dichter Ungarns Sándor Petőfi (1823-1849) ursprünglich Petrovics, der bekannte Opernkomponist und Schöpfer der ungarischen Nationalhymne Ferenc Erkel (1810-1893) Franz Erkl, sein berühmter aus Frauenkirchen stammender Kollege Mihály Mosonyi (1815-1870) Michael Brand und der vielgelesene Schriftsteller Géza Gárdonyi (1863-1922) Ziegler. Der bekannteste ungarische Maler des 19. Jahrhunderts Mihály Munkácsy (1844-1900) wurde als Michael Lieb geboren, der Wegbereiter der literarischen Erneuerung und „Begründer der ungarischen Literaturgeschichte“, Ferenc Toldy (1805-1875), führte ursprünglich den Namen Schedel, wie die bekannten Wissenschaftler Pál und János Hunfalvy (1820-1888) vorher Hundsdorfer hießen. Die Reihe ließe

sich über den gefeierten Bühnenautor Ferenc Herczeg (1863-1954) und den brillanten Journalisten Jenő Rákosi (= Kremsner), der in seiner Zeitung „Pesti Hirlap“ sogar zu den fanatischsten Verfechtern der Magyarisierung der nationalen Minderheiten wurde, willkürlich bis zum späteren Erzbischof und Kardinal József Mindszenty, der seinen deutschen Namen Pehm nach seinem Geburtsort magyarisieren ließ, fortsetzen. Die Kosten, seinen Familiennamen gegen einen wohlklingenden ungarischen zu vertauschen, die ursprünglich fünf Gulden betragen, wurden übrigens auf 50 Kreuzer herabgesetzt, was den Trägern der neuen Namen die spöttische Bezeichnung „50-Kreuzer-Magyaren“ eintrug.<sup>78</sup> Die satirisch-humoristische Zeitschrift „Die Lupe“ schrieb noch 1919: „*Ging da eines Tages ein kleinwinziges deutsches Schneiderlein durch das Mittelschultor, zerriß kaum einige Hosen auf den Schulbänken, und siehe da, es kam ein ausgewachsener Snájder zurück, um bald darauf als leibhaftiger Szábo auf den ungarischen Globus zu schwören....Wer sagt sie hätten sich vergewaltigt gefühlt?..Die glänzende Politur an der Außenseite des ungarischen Wesens, die elegante Gebärde seines Herrentums, war der Erreger des Wunsches, zu sein wie sie.*“<sup>79</sup> Aber wie auch immer, man stieg auf der gesellschaftlichen Leiter höher.

Der spätere Staatskanzler Dr. Karl Renner schilderte in seinen „Erinnerungen“ sehr eindrucksvoll ein typisches Beispiel aus dem kleinen Städtchen Güssing, der Heimat seiner Frau: „*Die städtische und bäuerliche Bevölkerung war rein deutsch. Über ihr stand die magyarische oder magyarisierte staatliche Beamtenschaft, Lehrerschaft und Gutsverwaltung... Die erwähnte Herrenschaft sprach magyarisch, verkehrte übrigens mit dem übrigen Volk nur von oben herab. Davon bekam ich am ersten Tag eine bezeichnende Probe: Ich lustwandelte mit meiner Frau im hellen Julisonnenschein auf dem Krottendorfer Dammweg, Bauern gingen zur Stadt, von dorthier aber stolzierte ein feiner Herr mit aufgespanntem Sonnenschirm, und Krottendorfer Bauersfrauen küßten ihm die Hand ich erfuhr, daß dieser Gentleman der Schreiber des táblabiró, also des Stuhlrichters, war! Ich überzeugte mich, wie streng die soziale und nationale Scheidung dortzulande durchgeführt war. Die magyarische Sprache hat für diesen Unterschied eine feine Bezeichnung: Sie gebraucht für die Oberschicht das besondere Wort „Urember“<sup>A)</sup>, das ist „Herren-Mensch“, zum Unterschied vom gewöhnlichen Menschen...Die Guts- und Staatsbürokratie übte dort Gewalt und verzehrte dort ihre Gehalte so wie etwa die Beherrscher in einer Kolonie, völlig von den Einheimischen abgesondert und an ihnen gar nicht interessiert. Dieser Gleichgültigkeit ist es wohl zu danken, daß das ganze Gebiet seine Ursprünglichkeit und damit auch das Volk seinen rein deutschen Charakter durch Jahrhunderte fremder Herrschaft bewahren konnte“<sup>80</sup>*

---

A) Eigentlich.: „úriember“ = Herrenmensch

Der Umstand, dass eine spätere erfolgreiche Karriere in Verwaltung, Justiz oder Geschäftswelt vielfach mit einem offenen Bekenntnis zur ungarischen Nation und damit mit Aufgabe der alten Identität verbunden war, bewirkte, dass sich zumindest unter den Deutschen Westungarns kaum eine intellektuelle Führungsschicht entwickelte, die bereit gewesen wäre sich in der Öffentlichkeit für Minderheiten politisch zu engagieren. Die wenigen, die es dennoch taten, liefen ununterbrochen Gefahr als „Pangermanen und Vaterlandsverräter“ angeprangert und behördlichen Schikanen ausgesetzt zu werden. Waren dies Priester, Lehrer oder Beamte, wurden sie gemäßregelt und sofort in entfernte Dienstorte abgeschoben, ja selbst bei Privatangestellten erwirkten die Komitatsbehörden mit entsprechend „sanftem Druck“ deren Versetzung. Auch wenn kaum jemand in den Dörfern vor 1918 daran dachte, sich von Ungarn zu lösen und bei den Abgeordnetenwahlen in den deutsch-westungarischen Bezirken brav und folgsam die jeweiligen Kandidaten der Regierungsparteien gewählt wurden,<sup>81</sup> waren die Behörden hier im Grenzbereich besonders allergisch gegen jeden Hauch einer „pro-österreichischen Irredenta“

So verliefen auch die Bemühungen der 1906 in Südungarn gegründeten „Ungarländischen Deutschen Volkspartei“, in Westungarn Fuß zu fassen, im Sand. Hier hatte man in Karl Wollinger, einem Mühlen- und Gutsbesitzer in Heiligenkreuz im Lafnitztal, einen aktiven Mitarbeiter gefunden, der Kontakte zu weiteren Personen in den Komitaten Eisenburg, Ödenburg und Wieselburg schloss. Noch im Frühjahr 1907 nützte der prominente ungarndeutsche Nationalitätenpolitiker Edmund Steinacker die Gelegenheit, um bei einem Geheimtreffen in Heiligenkreuz die erste Ortsgruppe (St. Gotthard) seiner Partei in Deutsch-Westungarn zu gründen. Weitere Verbindungen nach Güns und Ödenburg bahnten sich an, und der Redakteur und Herausgeber der in Ödenburg erscheinenden Zeitung „Radikal“, Géza Zsombor<sup>A)</sup>, wurde für die Sache gewon-

---

A) Géza Zsombor (geb. 1871 in Ödenburg, gest. 1930 in Budapest) Friseur (um 1900 eröffnete er ein eigenes Geschäft). Mitglied des „Vereins der Oedenburger Wirtschaftsbürger, Weinbauern und deren Hilfsarbeitern“ und Herausgeber der Wochenzeitung „Oedenburger Rundschau“ (1895), die 1900 in „Radikal“, 1913 in „Grenzpost“ umbenannt wurde. 1896 gründet er die „Oedenburger radikale Volkspartei“, die sich 1898 an die „Radikal-demokratische Partei“ (Budapest) anschloss. Als Mitglied der Ödenburger Gemeinderepräsentanz verfolgte er eine radikale Politik und war häufig in Ehrenbeleidigungs- und Presseprozesse verwickelt. 1907 arbeitete er mit Edmund Steinacker und dessen „Ungarländischen Deutschen Volkspartei“ zusammen und kandidiert vergeblich in Nagy-Komlos für die Reichstagswahlen. Während des Ersten Weltkrieges gab er als Mitbesitzer der Druckerei „Corvina“ die Monatsschrift „Der Weltkrieg“, die Wochenschriften „Westungarischer Volksfreund“ und „Népakarat“ heraus. 1918 Gründer und Vorsitzender des „Deutschen Volksrates für Westungarn“

nen, zumal man sich ideologisch mit dessen Partei, der „Radikal-Demokratischen Partei“, in der Forderung nach einem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht traf.

Für die Wahlen im Juli 1910 sollte eine rege Wahlkampagne entfaltet werden, bei der neben Steinacker und Wollinger auch der junge Neusiedler Rechtsanwalt Dr. Karl Amon<sup>A)</sup> vor allem in den „rein deutschen“ Wahlbezirken Neusiedl am See, Zurndorf und Ungarisch Altenburg auftreten sollte.<sup>82</sup> Doch wurde dies schon in den Anfängen unterbunden: In Ungarn waren zwar öffentliche Volks- und Wählerversammlungen auf Grund des Vereinsgesetzes von 1869 erlaubt, wenn die Veranstalter sie unter Angabe der Tagesordnung rechtzeitig beim zuständigen Stuhlrichter anmeldeten, doch fanden die Behörden immer wieder Gründe, diese zu verhindern. Man begründete dies mit „Formfehlern“, wie mangelhafte Angaben über Ziel und Inhalt der Veranstaltung, mit der Verbreitungsgefahr von ansteckenden Krankheiten, wenn nur irgend jemand in dem betreffenden Ort eine solche hatte, oder mit dem Verdacht, dass die Bevölkerung durch die Reden „verhetzt“ werden könnte. So wurden immer wieder Werbeveranstaltungen der Ungarländischen Deutschen Volkspartei mit Gendarmerieeinsatz verhindert und Edmund Steinacker, der im Wahlbezirk St. Gotthard kandidieren wollte und dort in vielen deutschen Gemeinden begeisterten Zuspruch erhalten hatte, musste schließlich dieses Vorhaben aufgeben. Er und Wollinger wurden auf das Oberstuhlrichteramt des Bezirkes zitiert, wo man ihnen erklärte, dass gegen sie wegen einzelner Äußerungen bei öffentlichen Versammlungen eine gerichtliche Voruntersuchung wegen des Verbrechens der „Aufreizung gegen die ungarische Nation“ eingeleitet werden müsse. Gleichzeitig wurden alle weiteren Wahlkundgebungen verboten, da die politischen Rechte eines Menschen, gegen den gerichtliche Voruntersuchungen im Gange sind, ausgesetzt seien. Der Berufung gegen diesen Bescheid musste zwar wegen unhaltbarer Behauptungen - stattgegeben werden, doch hatte man damit viel wertvolle Zeit verloren. Nun versuchten Anhänger des Gegenkandidaten, der seit mehreren Wahlen gewohnt war hier sein sicheres Abgeordnetenmandat zu gewinnen, mit Provokationen und brutalen Überfällen Unruhe zu schaffen, um der Exekutive den gewünschten Anlass zu bieten, weitere Wahlkundgebungen zu verhindern.<sup>83</sup> Steinackers Gegenkandidat war übrigens niemand Geringerer als Koloman Széll,

---

A) Dr. Karl Amon (geb. 1880 in Neusiedl a. See, Todesdatum unbekannt) Dr. iur. (Budapest), Rechtsanwaltsanwärter in Pressburg, ab 1908 Rechtsanwalt in seiner Heimatgemeinde. Er schloss sich noch in seiner Pressburger Zeit der „Ungarländischen Deutschen Volkspartei“ an, seine Kandidatur für die ungarischen Reichstagswahlen 1910 misslang am Widerstand der ungar. Behörden. Kurzbiographie siehe in: Schlag, Gerald: Burgenland...in Biographien. 20. Jh. - Eisenstadt 1991.

der ehemalige Ministerpräsident und Schwager Ferenc Deáks, ein reicher Grundbesitzer und Präsident einer Bank, der dann auch prompt wieder zum Abgeordneten des Wahlkreises St. Gotthard gewählt wurde. Es war übrigens ein kleiner Triumph für die Unterlegenen, dass Koloman Széll zum ersten Mal persönlich in seinem Wahlkreis erschien und nicht nur fast jedes Dorf besuchte, sondern auch einen deutschsprachigen Aufruf mit der Anrede „Deutsche Brüder!“ verbreiten ließ. Auch wenn so die Bemühungen der deutschnationalen Kreise Westungarns, eine Vertretung im ungarischen Parlament zu erringen, scheiterten, wurden damals doch jene Verbindungen geknüpft, die im Herbst 1918 von großer Bedeutung werden sollten.

Die territoriale Integrität Ungarns, seine politische Einheit, der magyarische Charakter des Staates und die Hegemonie der Magyaren waren für sämtliche Richtungen und Parteien der ungarischen Führungsschicht im 19. Jahrhundert ein „kategorischer Imperativ“, wie Gusztáv Beksics, der einflussreiche Theoretiker des ungarischen Liberalismus, schrieb. Auch die neuen Parteien, wie die 1895 entstandene „Katholische Volkspartei“ (Katolikus Néppárt), aus der sich später die „Christlichsoziale Partei“ (Kereszténypárt) entwickelte und die 1900 gegründete „Bürgerlich-Demokratische Partei“ (Polgári Demokrat Párt) bewegten sich in diesem Fahrwasser. Selbst die „Sozialdemokratische Partei“ (Szociáldemokrata Párt), die in den unteren Schichten eine starke Basis hatte und in den Krisenjahren 1905/06 eine nicht mehr zu übersehende außerparlamentarische Kraft geworden war, konnte sich anders als ihre österreichische Schwesterpartei schon beim Brünner Parteitag 1899 - ebenfalls nicht für ein eigenes Nationalitätenprogramm erwärmen. Sie sah alle Probleme Ungarns als eine „Frage der Klassengegensätze“, die sich nur durch ein allgemeines, gleiches und geheimes Wahlrecht lösen ließe.<sup>84</sup> Noch 1905 schrieb das Parteiorgan „Népszava“: *„Wir brauchen wohl gar nicht zu betonen, daß es für die Sozialdemokratie keine Nationalitätenfrage gibt. Denn wir kennen nur zwei Nationalitäten: Die Ausbeuter und die Ausgebeuteten!“*<sup>85</sup>

Erst gegen Ende der Doppelmonarchie begann man sich auch in sozialdemokratischen Kreisen Ungarns mit der Umgestaltung des Gesamtstaates nicht nur in demokratischer Hinsicht, sondern auch aus nationalem Blickwinkel auseinanderzusetzen. So schrieb Zsigmond Kunfi, einer der prominentesten Führer der Sozialdemokratie Ungarns, im Frühjahr 1914: *„Es ist sicher, daß das Bestehen des österreich-ungarischen Reiches von den ringsum lautstark verkündeten nationalen Ambitionen ernsthaft gefährdet wird. Doch diese können von keinen Waffen, Kanonen oder Kriegsschiffen zu Schweigen gebracht werden. Aber sie können dadurch abgeschafft werden, wenn das Volk hier im Lande zufrieden sein wird, wenn die Struktur des Gesamtreiches von der Wurzel aus und gründlich*

*umgestaltet wird, wenn die Zugehörigkeit zur Monarchie nicht den Zwang des Verzichts auf ein nationales Leben, kulturellen Fortschritt und soziale Existenz bedeutet. Demokratie, nationale Selbstregierung, soziale Reformen, Bodenbefreiung - sind die Waffen, mit deren Hilfe die Herren der österreich-ungarischen Monarchie die Schlacht gewinnen können, die die welthistorischen Kräfte wahrscheinlich für sie unabwendbar machen.”<sup>86</sup>*

Aber die ideologisch-theoretischen Überlegungen der ungarischen Sozialdemokratie, die in erster Linie in links-intellektuellen Akademikerkreisen diskutiert wurden,<sup>87</sup> berührten die Menschen im Dorf kaum, wenn sie diese überhaupt zur Kenntnis bekamen. Dennoch verbreitete sich die sozialdemokratische Bewegung auch in Westungarn, aber hier von Österreich her. Schon früh waren nämlich die vielen Wanderarbeiter aus diesem Gebiet auf den Baustellen, in den Fabrikhallen und den Arbeiterquartieren der Industriezentren mit dem Gedankengut der Gewerkschaften und der eigentlich im westungarischen Dörfchen Neudöfl 1874 gegründeten - „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs“ in Verbindung gekommen. Viele der späteren Burgenländer arbeiteten in deren Organisationen mit und bekamen so vielfältige und enge Kontakte mit Arbeiterführern, die 1918 wichtige und führende Positionen in der neuen Republik Österreich einnehmen sollten.<sup>88</sup>

## **„Eine Welt bricht zusammen ...“ (1914 – 1918)**

Später haben Historiker festgestellt, dass der Erste Weltkrieg schon viele Jahre vorher unausweichlich war: Wegen der imperialistischen Politik der europäischen Staaten und der daraus resultierenden Rivalitäten um die Gewinnung von Kolonien und Wirtschaftsräumen, wegen der Aufrüstung von Armeen und Flotten der Großmächte, wegen der Spaltung Europas in zwei sich konkurrierende Machtblöcke, die in vielerlei Konflikte verstrickt waren, und immer wieder wegen des „Pulverfasses Balkan“

Auf der Balkanhalbinsel hatte die zerfallende osmanische Herrschaft in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein Machtvakuum geschaffen, das nicht nur erfolgreiche Unabhängigkeitsbestrebungen der Balkanvölker auslöste, sondern auch die seit Jahrhunderten bestehenden und nie ganz erloschenen Expansionsbestrebungen der benachbarten Großmächte Russland und Österreich-Ungarn neu entfachte. Während die Donaumonarchie durch die Okkupation Bosniens und der Herzegowina 1878 und dann durch deren endgültige Annexion im Oktober 1908 tief in den Balkanraum vorstieß, erwachte

Russlands alter Traum, durch die Beherrschung der Meerengen am Bosphorus und den Dardanellen freien Zugang zum Mittelmeer und damit zu den Weltmeeren zu haben. Der Weg nach Konstantinopel führte über die um ihre Unabhängigkeit vom türkischen Joch kämpfenden orthodoxen Balkanslawen, als deren Schutzmacht sich Russland fühlte, und damit über die jungen, emporstrebenden Kleinstaaten Serbien, Montenegro und Bulgarien.

Zum Angelpunkt des Balkanproblems wurde dabei immer mehr Serbien. Nach einem blutigen Militärputsch im Jahre 1903, der die habsburgfeindliche Dynastie Karadjordjević auf den Thron in Belgrad brachte, wurde die serbische Hauptstadt das Zentrum einer nationalistisch-großserbischen Bewegung. Diese träumte von einem südslawischen Großreich unter serbischer Führung, das von Istrien und der dalmatinischen Küste bis an die bulgarische Grenze und vom serbisch-orthodoxen Siedlungsgebiet in der südungarischen Vojvodina bis Saloniki reichen sollte. Die Agitation der Geheimgesellschaften in Serbien selbst, in den südslawischen Gebieten der Donaumonarchie und in dem noch osmanischen Mazedonien nahm immer größere Ausmaße an. Am bekanntesten wurde dabei die Organisation „Vereinigung oder Tod“ (Ujedinjenje ili smrt), auch „Schwarze Hand“ (Crna ruka) genannt, die, 1911 ins Leben gerufen, kein Mittel der Propaganda und des Terrors zur Durchsetzung ihrer Ziele scheute. Naturgemäß vergifteten solche Pläne und Aktionen, auch wenn sie nur in nichtoffiziellen Kreisen diskutiert und propagiert wurden, die Beziehungen der beiden Nachbarstaaten zutiefst und bewirkten, dass Wien - wo es nur konnte - serbischen Expansionsplänen schon in den Anfängen entgegenzuwirken trachtete. Als dann die Doppelmonarchie am Ende der Balkankriege 1913 entscheidend mithalf, den südslawischen Kleinstaat durch die Gründung eines selbständigen Albanien von der Adriaküste abzudrängen, wurde Serbien endgültig deren erklärter Todfeind, der nun alles unternahm, um die „österreichische Fremdherrschaft auf dem Balkan“ zu destabilisieren und womöglich zu stürzen. Fast unverblümt drohten serbische Kreise, dass ihr nächstes Opfer nach der Zerschlagung der türkischen Macht auf dem Balkan das „morsche“ Habsburgerreich sein müsse. Um sich dabei gegen die verhasste Großmacht Österreich-Ungarn Schutz und Rückendeckung zu verschaffen, warf sich Belgrad, das sich schon vorher an das französisch-russische Bündnis angelehnt hatte, auf Gedeih und Verderb in die Arme des Zarenreiches, der „mächtigen Schutzmacht aller Slawen“

Dies veranlasste umgekehrt Österreich-Ungarn, sich in Bulgarien seit dem zweiten Balkankrieg 1913 ebenfalls ein Gegner Serbiens einen neuen Verbündeten zu schaffen. Deutschland, das eine Koalition der konservativen Monarchien Rumäniens, Griechenlands und der Türkei „als Bollwerk gegen den russisch geführten Panlawismus“ anstrebte und seine Wirtschaftsmacht in den

Orient ausdehnen wollte, stand „in unverbrüchlicher Nibelungentreue“ hinter Wiens Balkanpolitik, was schließlich im Sommer 1914 nicht unwesentlich dazu führen sollte, dass aus einem ursprünglich begrenzten Konflikt ein Weltkrieg entstand.

Der Funke, der das „Pulverfass Balkan“ zur Explosion brachte, zündete am 28. Juni 1914, dem emotionsgeladenen Vidovdan<sup>A)</sup>, als Erzherzog Franz Ferdinand d'Este und seine Gemahlin, Gräfin Sophie geb. Chotek und nunmehrige Herzogin von Hohenberg, in Sarajevo durch den bosnisch-serbischen Studenten Gavrilo Princip, einem Mitglied des Aktionsbundes „Schwarze Hand“, ermordet wurden. Wie viel die Belgrader Regierung mit der Terrortätigkeit der geheimen ultranationalistischen Organisationen zu tun hatte und ob dabei der russische Geheimdienst Ochrana seine Hand im Spiel hatte, wird sich letztlich nie klären lassen. Aber dass die Attentäter von der „Schwarzen Hand“ betreut und die Terrortätigkeit von Belgrad aus gelenkt wurde, stand außer Zweifel.

Der Doppelmord von Sarajevo löste in ganz Europa Betroffenheit und im Habsburgerreich helle Empörung aus. Jene Kreise in Wien, die schon seit Jahren eine Ausschaltung des Unruheherdes Serbien durch einen Präventivschlag gefordert hatten, sahen sich darin bestätigt, dass „jetzt oder nie“ die ständige Bedrohung aus Belgrad „ein für alle Mal“ zu beseitigen. Zusätzlich bestärkt durch eine bedingungslose Rückendeckung aus Berlin entschloss man sich am 23. Juli, Serbien ein unangemessen hartes Ultimatum zu stellen, dessen Annahme tiefe Eingriffe in die Souveränität dieses Staates gebracht hätte. Im Bewusstsein, dass Russland fest hinter Serbien stehe, wurde das Ultimatum von Belgrad brüsk zurückgewiesen, was Österreich-Ungarn keine andere Wahl ließ, als dem Balkanstaat am 28. Juli 1914 den Krieg zu erklären.

Zunächst hatte man am Ballhausplatz zuversichtlich geglaubt, dass die europäischen Monarchien und hier rechnete man fest auf den Zaren und das britische Königshaus - einer gebührenden Bestrafung von Königsmördern sicherlich nicht in den Weg treten würden und eine österreichische „Strafexpedition“ - wenn auch

---

A) Der Vidovdan (=St. Veits-Tag) war der nationale Trauertag Serbiens in Erinnerung an die verlorene Schlacht auf dem Amselfeld (Kosovo polje) von 1389, wo die Türken dem mittelalterlichen serbischen Königreich ein Ende bereiteten. So wurde der Besuch Franz Ferdinands, der für viele serbische Nationalisten in Bosnien als ein Symbol der neuen Fremdherrschaft war, als besondere Provokation empfunden. Zudem fürchtete man, daß der Erzherzog nach seiner Thronbesteigung seine Pläne wahr machen werde, mit den Kroaten zu einem Ausgleich zu kommen und damit alle Hoffnung auf eine revolutionäre Herauslösung der südslawischen Gebiete aus dem Verband der Monarchie zugunsten eines großserbischen Reiches schwinden könnte.



**Bild 15:** Karikatur zum Kriegsausbruch Juli 1914

unter Protest in beschränktem Maße dulden würden. Schließlich glaubte man auch fest daran, dass das Bündnissystem der Großmächte, das in den Jahrzehnten davor ähnliche Krisen relativ gut hatte überstehen lassen, auch diesmal durch ein Gleichgewicht der Kräfte letztlich einen Kompromiss herbeiführen und damit einen großen Krieg verhindern würde. Doch nun lösten gerade die gegenseitigen Bündnisverpflichtungen eine Kettenreaktion an Kriegserklärungen aus und stürzten Europa in eine Katastrophe von bisher ungeahntem Ausmaß. „Der jetzige Krieg“, notierte der französische Botschafter in Petersburg, Maurice Georges Paléologue, über ein Gespräch mit dem russischen Außenminister schon am 20. August 1914, „gehört nicht zu denjenigen, die durch einen politischen Vertrag bald beendet werden, wie nach einer Schlacht bei Solferino<sup>A)</sup> oder Sadowa<sup>B)</sup>; es ist ein Krieg auf Leben und Tod, in welchem jeder Kämpfende seine nationale Existenz aufs Spiel setzt.“<sup>90</sup>

- 
- A) Die Schlacht bei Solferino in Oberitalien am 24. Juni 1859 endete mit einer Niederlage Österreichs gegen französisch-sardinische Truppen und brachte in weiterer Folge den Verlust der Lombardei, Modenas und der Toskana an das entstehende Italien.
- B) "Schlacht bei Sadowa" ist eine in Frankreich übliche Bezeichnung für die von Österreich gegen Preußen verlorene Schlacht bei Königgrätz am 29. Juni 1866.

Tatsächlich stellte dieser Krieg alle bisherigen weit in den Schatten. Schon 1914 mobilisierten die Ententemächte (Großbritannien, Frankreich und Russland) einschließlich ihrer kleineren Verbündeten rund 5,8 Millionen Mann, die Mittelmächte über 3,7 Millionen, darunter Österreich-Ungarn etwa 1,4 Millionen. Im Laufe des Krieges stieg die Zahl der Soldaten einschließlich jener, der inzwischen hinzugetretenen Staaten - auf 74 Millionen, davon rund 25 Millionen bei den Mittelmächten. Die Zahl der Toten des furchterlichen Ringens betrug weltweit 9,5 Millionen Mann, ca. 20 Millionen kamen als Krüppel nach Hause. Der Anteil Österreich-Ungarns an Gefallenen war über eine Million, außerdem starben fast eine halbe Million in Gefangenschaft; an Kriegsgefangenen verlor die Monarchie von 1914 bis 1918 insgesamt 1,7 Millionen Soldaten. Zerstörung, Not und Elend in weiten Teilen Europas stiegen im Laufe der vier Kriegsjahre ins Unermessliche.

Wie in allen Teilen der Habsburgermonarchie löste der Mord von Sarajevo auch in Westungarn tiefe Empörung, Trauer und Besorgnis aus. Es gab in vielen Dörfern Trauersitzungen der Gemeindevertretungen mit Beileidsadressen, feierliche Requien in den Kirchen und da und dort sogar größere Trauerkundgebungen, in die sich patriotisch-nationalistische Töne und zunehmende Empörung mischten, die nach Bestrafung jener *„finsteren Mächte, die an unseren Grenzen lauern, die über unsere Grenzen Mörder mit Bomben und Revolvern senden“* riefen.<sup>91</sup> Fieberhaft diskutierte man jede neue Zeitungsmeldung. Cafés und Gasthäuser, wo sich erregte Gesprächsrunden trafen und Informationen und Gerüchte ausgetauscht wurden, waren nie so gut besucht wie in diesen Tagen. Eine unglaubliche Welle von Patriotismus erfasste auch die einfachen Leute in Stadt und Land. Man war sich einig, dass die Großmacht Österreich-Ungarn keine weiteren Demütigungen hinnehmen dürfe, wenn sie sich nicht von selbst aufgeben wollte. Viele befürworteten offen härteste Maßnahmen, wenn es sein müsse auch einen Krieg, den ja die Feinde offensichtlich schon längst im Geheimen vorbereitet hätten. Man fühlte sich bedroht, rückte über alle bisherigen politischen und gesellschaftlichen Gräben hinweg zusammen und witterte plötzlich da und dort fast hysterisch Verräter und Spione.<sup>92</sup> Im ganzen weiten Reich kam es zu einem innenpolitischen „Burgfrieden“ zwischen Regierung und Opposition und weitgehend zu einem „nationalen Schulterschluss“ aller,<sup>93</sup> *„denn“* - so schrieb Kardinal-Erzbischof János Csernoch in seinem Hirtenbrief - *„die Ziele dieses Krieges sind absolut heilig und fußen auf unzweifelhaftem Recht und Gerechtigkeit“*.<sup>94</sup>

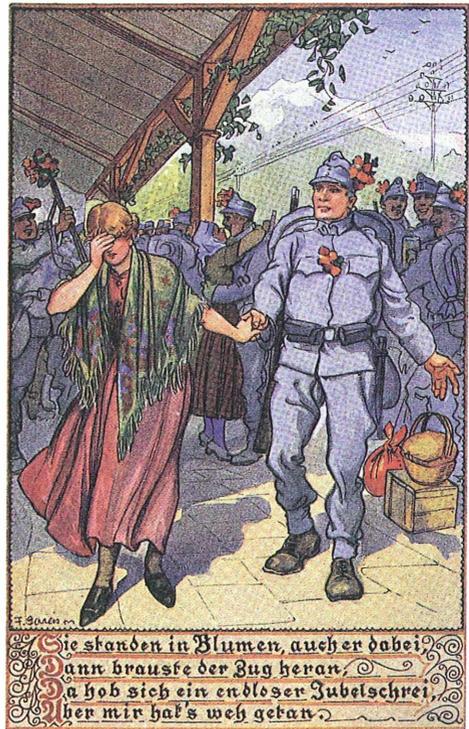
Als dann die allgemeine Mobilmachung verkündet wurde, stieß dies auf weitgehende Zustimmung und Genugtuung. So berichtete z.B. die „Ödenburger Zeitung“ am 28. Juli: *„Vorwärts ! Die eisernen Würfel sind geworfen. Der*



Voll Optimismus ging man im Sommer 1914 in den Krieg:

**Bild 16:** Bestickter Wandschoner (1914) mit der Aufschrift: „Lieber Ehemann, wenn Du in die Ferne ziehst, denke gelegentlich an mich!“ (70 cm x 140 cm)

**Bild 17:** Postkarte aus dem Jahre 1914 (10,5 cm x 14,8 cm)



*Monarch ruft. Die Armee, die zweimal in schweigendem Gehorsam das halbgezückte Schwert in die Scheide gestoßen hat, folgt jubelnd diesem Rufe des obersten Kriegsherrn. Der Bestand und die Ehre Österreich-Ungarns, durch den Gang der Ereignisse ihr anvertraut, stehen unter Habsburgs alten Fahnen in sicherer Hut. Mag der Gegner Übermut auf jüngst erfochtene Siege pochen; auf Waffen, die vom Königsmord befleckt sind, kann Gottes Segen nicht ruhen. Unsere Armee, getragen von den Überlieferungen der durch Jahrhunderte bewährten Soldaten- und Bürgertugenden, zieht frischen Geistes in Gottvertrauen hinaus und wird den Erwartungen ihres Monarchen und ihrer Mitbürger voll entsprechen. Hierin, in der treuen Hingebung und Opferwilligkeit der Wehrmacht, in dem festen Zusammenstehen der Bürger beider Staaten, möge unser heißgeliebter Monarch, den die Welt als Hort des Friedens preist, Trost finden für den Schmerz, den ihm dieser freventlich aufgezwungene Krieg bereitet. Gottes Schutz geleite unsere Truppen und knüpfe Sieg an unsere Fahnen!"*

Alle - und hier unterschied man sich nicht vom übrigen Europa - waren von dem festen Glauben durchdrungen, ihr Vaterland, ihre Familien und ihre Freiheit in einem gerechten Krieg gegen einen hinterhältigen Angriff der Feinde verteidigen zu müssen und zogen mit enthusiastischer Begeisterung in die Kasernen und an die Front. Die „Ödenburger Zeitung“ berichtete am 1. August: „Wer hätte es geglaubt? - Sopron, diese ernste Stadt, der die Kühnheit - nicht ganz zu Unrecht - als Beinamen zugefügt wird, war gestern wie von einer einzigen mächtigen Welle himmelstürmender Begeisterung ergriffen und diese Welle toste über die Gassen alles mit sich reißen. Eine Menschenmenge, welche in ihrer Schlagkraft, in ihrer spontanen Entladung sogar den Millenniumsumzug unserer Stadt im Jahre 1896 weit hinter sich ließ, ein wahrer Orkan der Begeisterung ließ die Herzen in einem mächtigen Akkord zusammenschlagen...Wahrlich, ein göttlicher Anblick: Zivil und Militär, Soldat und Offizier, einfache Männer und führende Persönlichkeiten in einer großen Aufflackerung des Ideals der Verbrüderung so eng Brust an Brust, Herz an Herz zu sehen...Von allen Richtungen, aus Fabriken, Kanzleien, Werkstätten, Familienheimen strömten sie herbei...In den Fenstern der Gassen, welche der Umzug immer mehr durch neue Massen anschwellend wie eine Hochflut durchzog, sah man Taschentücher schwenken, die Begeisterung tosen und die Gesichter in fiebrhafter Erregung großer Augenblicke aufglühen. Einfache Frauen und Damen hochgesellschaftlicher Kreise ließen die Tücher mit gleichen in heiligsten Wünschen erzitternden Händen flattern, als wäre dieses Tücherschwenken nicht bloßer Gruß, sondern eine Fahne, die in die Schlacht der Ehre führt..."

Aber in die Euphorie mischte sich da und dort auch schon Sorge und Abschiedsschmerz als die ersten Soldaten - noch blumengeschmückt und unter

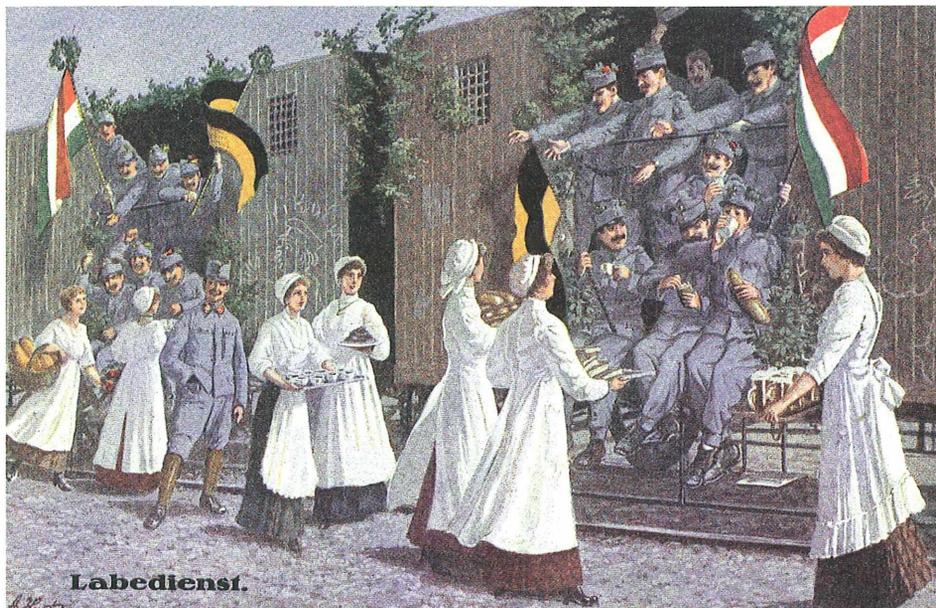


*Bild 18: Postkarte mit dem Motiv der Waffenbrüderschaft zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn (14,8 cm x 10,5 cm)*

anfeuernden Militärmärschen – die Züge an die Front bestiegen und die „Ödenburger Zeitung“ sah sich veranlasst zu mahnen: *„Mütter Ungarns, haltet eure Tränen zurück! Nicht gerötete Augen, vor Begeisterung gerötete Wangen sollen eure Söhne vor ihrem Abzug in den heiligen Kampf für das Vaterland sehen!“*<sup>95</sup> - Und die zu ihren Regimentern einrückenden Männer trösteten ihre besorgten Frauen, dass die „Strafexpedition“ gegen Serbien bald vorüber sei und sie sicherlich zur Weinlese im Oktober rechtzeitig zu Hause sein würden. Als bekannt wurde, dass es auch Krieg mit Russland und Frankreich gab, revidierte man zwar den Zeitpunkt, meinte aber nach wie vor zuversichtlich, dass man spätestens zu Weihnachten nach einem Sieg wie gewohnt zusammen feiern werde. Dass man vielleicht im Kampf fallen könnte, dachten offenbar wenige, bis in den Zeitungen die ersten Verluste aus den Kämpfen in Serbien und von der russischen Front erschienen und immer längere Listen jener brachten, die *„in treuer Pflichterfüllung für Gott, Kaiser und Vaterland“* ihr Leben gelassen hatten. Schon in den ersten fünf Kriegsmonaten betrug die Verluste an Toten bei der K. u. K. Armee die erschreckend hohe Zahl von 155.000 Mann (andere Berechnungen sprachen sogar von 189.000). Das war fast die Hälfte des stolzen Friedensheeres und - was noch mehr wog - der hochausgebildeten Berufsoffiziere.

Dass nach diesem Krieg wie immer er ausgehen würde - vieles nicht mehr so sein würde wie bisher, konnte man schon ahnen, wenn z.B. die Ödenburger Zeitung „Grenzpost“ am 9. August 1914 schrieb: *„Ihr Großen und Mächtigen, die ihr aus der Macht des Volkes Weltgeschichte lenkt, vergesset auch nach dem Krieg des treuen opferwilligen Volkes nicht! Fragt beim Wahlrecht nicht, wer 30 Jahre alt geworden ist, sondern haltet jeden für würdig, in die Geschicke des Landes dreinzureden, der jetzt dafür sein Leben in die Schanze schlägt! Nun zeigt es sich, daß alle Macht, Kraft, Fortschritt und Entwicklung einzig und allein in den Volksmassen ruht. Die heiligste Aufgabe des Staates muß also für die Zukunft sein, diesem Volk Brot und Rechte, Glück und Wohlergehen zu bieten. Ehre und Ruhm den wackeren Verteidigern des Vaterlandes, aber auch Brot für ihre Familien und sichere Aussicht auf eine bessere Zukunft.“*

Ende August sah man dann zum ersten Mal hautnah die Folgen des Krieges, als am Bahnhof von Ödenburg ein Lazarettzug mit 377 Verwundeten, darunter 51 schwerverwundeten Soldaten, eintraf und diese in den Spitälern bzw. Hotels und Pensionen der Region, die man als Rot-Kreuz-Stellen anmietete, untergebracht werden mussten.<sup>96</sup> Neben Ödenburg selbst wurden die Verwundeten auch nach Eisenstadt, Bad Sauerbrunn und Lockenhaus, wo Fürst Nikolaus Esterházy in einem Teil seines dortigen Schlosses verwundete Offiziere aufnahm, gebracht. Fürst Ladislaus Batthyány-Strattmann stellte sein Privatspital in Kittsee ebenfalls voll zur Verfügung und behandelte selbst - er war ein hervorragender Arzt und



**Bild 19:** Postkarte „Labedienst“, 1915.  
(10,5 cm x 14,8 cm)

**Bild 20:** Notgeld des K. u. k.  
Kriegsgefangenenlagers Neckenmarkt  
(Bezirk Oberpullendorf), 1916.  
(12 cm x 5,5 cm)

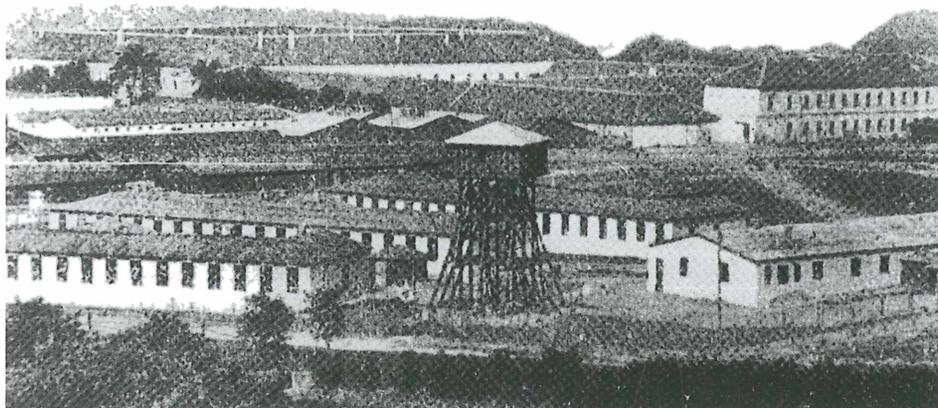


Augenspezialist bis Kriegsende viele hunderte Verwundete; seine berühmte Augenklinik sollte vor allem in der zweiten Hälfte des Krieges, als im Stellungskrieg Giftgas in hohem Maße eingesetzt wurde, wegen seiner Heilerfolge zur Berühmtheit gelangen. Weiter südlich wurden die Krankenhäuser von Pinkafeld und Güssing sowie die Kuranstalten von Bad Tatzmannsdorf weitgehend zu Reservelazaretten.

Noch wetteiferten die einzelnen Gemeinden im freiwilligen zivilen Kriegseinsatz, indem sie Rot-Kreuz-Stationen für Verwundete errichteten, entsprechendes Pflegepersonal stellten, Unterkünfte für Flüchtlingsfamilien hergaben und durch Sammlung freiwilliger Spenden für die Kosten dieser Betreuung aufkamen. Bis Kriegsende hatte jede größere Gemeinde ein Aushilfs-Lazarett, wo meist mehrere Dutzend Verwundete, Kranke oder Rekonvaleszente gepflegt wurden. Viele Privatleute spendeten Nahrungsmittel, Wäsche, Geld und Schmuck in der Aktion „Gold für Eisen“ und trugen stolz statt ihrer goldenen nun eiserne Eheringe.

Bald kamen auch Flüchtlinge aus den Gebieten im Osten, die vor den vordringenden Russen evakuiert worden waren und nun in Notunterkünften untergebracht werden mussten, sowie russische und serbische Kriegsgefangene, die man in unbewohnten Nebengebäuden von einigen Schlössern und Meierhöfen, die rasch zum Gefangenenlager umgebaut wurden, internierte. Da diese bald nicht reichten, errichtete man zusätzlich große Barackenlager. Die größten davon entstanden auf dem Gebiet des heutigen Burgenlandes in Bruckneudorf, Frauenkirchen, Neusiedl am See und Neckenmarkt-Haschendorf; im Schloß Lockenhaus und in Burg Schlaining wurden serbische und russische Offiziere interniert. Auch die Nahrungsmittel für diese hunderte, dann tausende Kriegsgefangenen mussten seitens der Landbevölkerung aufgebracht werden. Aber all das wurde bald überschattet vom Zusammenbruch der bisherigen Wirtschaft und damit auch der gewohnten Lebensform.

Niemand hatte noch zu Beginn des Sommers mit dem Ausbruch des Krieges gerechnet und schon gar nicht damit, dass dieser viele Monate und schließlich Jahre dauern würde. So gab es bei Kriegsausbruch weder genügend Vorräte noch kriegswirtschaftliche Organisationspläne, um wenigstens die vorhandenen Güter gleich von Anfang an entsprechend einzuteilen. Schon nach wenigen Wochen brach ein versorgungstechnisches Chaos aus. Da ein Großteil der Eisenbahnkapazität für Militärtransporte herangezogen werden musste, gab es im Hinterland bald schmerzliche Engpässe an Rohstoffen, Handelsprodukten, ja selbst die Lebensmittelversorgung der Städte bekam überraschend früh ernste Probleme. Schon am 16. August 1914 schrieb Hans Loewenfeld-Russ, Sektionsrat im Handelsministerium und damit einer der informiertesten Männer in



**Bild 21:** Das Internierungslager in Neusiedl am See. 1915

Wirtschaftsfragen, an seine Frau: „*Es mangelt an Kohle, an Rohstoffen, an Waggons, an Arbeitern, an Zahlungsmitteln und das ein paar Wochen nach Ausbruch des Krieges!...Wer, wie ich einen kleinen Einblick in die wirtschaftlichen Verhältnisse hat, dem beginnen vor den wirtschaftlichen Folgen des Krieges langsam die Graubirnen aufzusteigen.*“<sup>97</sup>

Besonders rasch und hart von der Lebensmittelknappheit wurden die dichtbevölkerten Industriegebiete und teilweise auch die Alpenregionen Österreichs betroffen. Es fehlte vor allem an Brotgetreide. Galizien, das ein Drittel der Ackerfläche der österreichischen Reichshälfte besaß und wo ein Viertel der Körnerfrucht Cisleithaniens geerntet wurde, war durch den Krieg, die Flucht der Bevölkerung und den Umstand, dass die dort operierenden Armeen ihren täglichen Bedarf unmittelbar aus dem Land zu decken versuchten, als Lieferant für das Hinterland so gut wie ausgefallen. Dazu kam, dass die Heeresverwaltung auch in anderen Teilen des Reiches alles Getreide aufkaufte, was zu bekommen war, zumal man mit Bestürzung registrieren musste, dass die zwei Millionen Soldaten wesentlich mehr Brot verbrauchten als geplant. Der Pro-Kopf-Verbrauch stieg an der Front durch den Umstand, dass andere, leichter verderbliche Nahrungsmittel nicht immer zur kämpfenden Truppe gebracht werden konnten, gigantisch an und machte ein Vielfaches von dem aus, was üblicherweise ebenso viele Zivilisten an Brot aßen. Ungarn, das die Balkanarmeen zu versorgen hatte, kapselte sich sofort

von der österreichischen Reichshälfte ab. Mit der Begründung, dass in Ungarn die Getreideernte 1914 schlecht ausgefallen sei<sup>A)</sup> und man einen größeren Abfluss von Agrarprodukten aus Transleithanien nicht verantworten könne, verhängte die Budapester Regierung eine weitgehende Exportbeschränkung für Lebensmittel.

Dies ließ die Getreide- und Mehlpreise in Österreich innerhalb weniger Wochen gewaltig steigen, was besonders die Konsumenten in den Städten traf. So war z.B. Weizen in Wien im Dezember 1914 um 47% teurer als im Juli, in Prag um 61% und in Linz gar um 71%.<sup>98</sup> Die Regierung reagierte noch im Dezember 1914 mit einer gesetzlichen Festlegung von Preishöchstgrenzen für Getreide und Mehl, bald darauf auch für Kartoffeln. Dies geschah aber viel zu spät, da auch die Bauern aus Angst vor weiterer Verknappung ihre Agrarprodukte für sich selbst zurückhielten oder nur vermindert auf den regulären Markt brachten, um sie auf dem sich rasch entwickelnden „Schwarzmarkt“ teurer zu verkaufen. So kam es, dass man in Österreich zu strengen Rationierungsmaßnahmen und zur Ablieferungspflicht greifen und im April 1915 Brot- und Mehlbezugsscheine ausgeben musste. Ein Jahr später wurden auch schon Milch, Kaffee, Zucker, Fett, Tabak und Zigaretten, Kleider und Schuhe rationiert. Da diese Maßnahmen aber halbherzig und immer erst dann erfolgten, wenn die betreffenden Vorräte fast erschöpft waren, hatten sie keine vorsorgende Wirkung.

Der Nahrungsmittelmangel wurde im benachbarten Ostösterreich um so prekärer, als bald nach Kriegsausbruch im Steinfeld um Wiener Neustadt und Wöllersdorf ein riesiges Ballungszentrum an Waffen- und Munitionsfabriken sowie anderen militärischen Einrichtungen entstand. In den Bezirken Neunkirchen, Wiener Neustadt und Baden wuchsen riesige Munitionsfabriken aus dem Boden, für die aus allen Teilen der Monarchie Arbeitskräfte herangebracht wurden. Wiener Neustadts Bevölkerung stieg auf 70.000 Menschen an, in geradezu atemberaubendem Tempo wurden Werkshallen und Unterkünfte errichtet. Die Daimlerwerke hatten die Motorisierung der Skoda-Mörser zu besorgen und schufen Motorzüge, Lastwagen und andere motorisierte Betriebsmittel. Die Munitionsfabrik in Wöllersdorf breitete sich mit unheimlicher Schnelligkeit aus und beschäftigte bald 50.000 Menschen, darunter sehr viele Frauen und Mädchen, und im Jahre 1915 wurde eine Flugzeugfabrik gegründet, die 1917 monatlich bereits 170 Maschinen herstellte. Ähnlich ging es in anderen Betrieben der Umgebung, wie den Patronenfabriken in Hirtenberg, wo ein gewaltiges Barackenlager entstand, dem Metallwerk Enzesfeld, den Gusswerken in

---

A) Laut Meldung der „Reichspost“ vom 2. Dezember 1914 hatte die Weizenernte Ungarns einen Ausfall von 10 Millionen Meterzentner.

Traisen, bei Krupp in Berndorf, in St. Veit und in Blumau. Dort wurde die Schießpulverproduktion vertausendfacht. Von der Heeresverwaltung wurden 20.000 Menschen in die Fabriken kommandiert und viele Fabriken in militärische Verwaltung übernommen, was den Unternehmen die nötigen Arbeitskräfte sicherte, die Arbeiter aber unter Kriegsrecht stellte.<sup>99</sup> Unter ihnen waren auch mehrere tausend Männer und Frauen aus den Dörfern Westungarns. Sie waren zunächst wegen der höheren Löhne, die die Rüstungsindustrie zahlte, gekommen, später folgten tausende Männer, die zum Militär eingezogen und hierher kommandiert wurden, wo sie unter militärischem Kommando von invaliden oder frontdienstuntauglichen Offizieren bis zu wöchentlich 80 Stunden arbeiteten. Selbst immer mehr Frauen wurden in die gewaltige Kriegsindustrie eingespannt und mussten nicht nur in der Textilindustrie und Monturenerzeugung, sondern auch in Waffen- und Munitionsfabriken „ihren Mann stellen“ Die Versorgung der Arbeitermassen stellte ein großes Problem dar. In den Städten, insbesondere in den Arbeitervierteln herrschte ab dem Winter 1916/17 trotz der Lebensmittelkarten - Hunger.

Westungarn selbst war anfangs von dieser Entwicklung weniger betroffen. Im Gegenteil: die bisher eher darbende, kleinstrukturierte Landwirtschaft erlebte einen ungeahnten Aufschwung. Da der Großgrundbesitz in erster Linie für die Heeresversorgung herangezogen wurde, brachten den Kleinbauern die steigenden Preise auf dem Privatmarkt beachtliche Chancen, die nicht nur im legalen Bereich lagen. Die wirtschaftlichen Grenzsperrn zwischen Cis- und Transleithanien für verschiedene Waren hatten naturgemäß bewirkt, dass die entsprechenden Preise in den beiden Reichshälften bald große Unterschiede aufwiesen. So war es nicht verwunderlich, dass sich an der Grenze bald eine rege Schmuggler- und Schwarzmarktätigkeit entwickelte, die für die Beteiligten zunächst große Gewinne abwarf. Nacht für Nacht brachten ganze Kolonnen Mehl, Fleisch, Fett und Milchprodukte nach Westen und auf dem Retourweg verschiedene Industriewaren zurück, die in Ungarn - durch entsprechende Ausfuhrverbote Österreichs bereits Mangelware waren und jenseits der Leitha hohe Preise erzielten. Es kamen beachtliche Geldsummen und manchmal kuriose Sachgüter, ja Luxusgüter, die die Städter am Schwarzmarkt in den niederösterreichischen und steirischen Grenzorten gegen Schinken oder Schmalz eintauschten, in die Bauernhäuser. So mancher Kleinbauer, der in der Vorkriegszeit drückende Schulden angehäuft hatte, konnte mit dem rasch verdienten Geld einen Teil seiner Belastungen abbauen. Einzelne Bauern entwickelten sich zu professionellen Schwarzhändlern. Sie machten weite „Handelsfahrten“ bis tief nach Innerungarn, um begehrte Lebensmittel aufzukaufen, die sie dann „bei Nacht und Nebel“ nach Österreich brachten und um ein Vielfaches weiterverkauften. Nicht zuletzt sollte diese Schmuggeltätigkeit, die nicht nur während des Krieges, son-

dem auch noch in die Nachkriegszeit 1918/19 hinein nachwirkte, den Eindruck erwecken, dass Westungarn über riesige Lebensmittelressourcen verfüge. Tatsächlich setzten dann weite Kreise in Wien an die Gewinnung dieses Gebietes die übertriebene Hoffnung, dass damit die Lebensmittelversorgung der Millionenstadt entscheidend gesichert werden könnte.<sup>100</sup>

Doch zeigte die „Kriegskonjunktur“, die dem Grenzgebiet kurze Zeit überraschende Gewinne brachte, bald auch ihre Schattenseiten. Da immer mehr Männer an die Front geschickt oder als „militärverpflichtete Arbeiter“ in die Rüstungsindustrie eingezogen wurden, trat zu Hause in der Landwirtschaft bald empfindlicher Arbeitskräftemangel ein. Selten konnten die zurückgebliebenen Familienmitglieder die bisher gewohnte Produktionsleistung aufrechterhalten, zumal auch vielfach die nötigen Zugtiere fehlten, da das Militär immer mehr Pferde für sich beschlagnahmte. Kriegsgefangene, die man nach den Siegen im Sommer 1915 in größerer Zahl zur Verfügung hatte und zur Arbeitsleistung zugeteilt bekam, halfen nur etwas über das Problem hinweg. Im Vertrauen, dass der Krieg bald zu Ende gehen werde und man die so unerwartet günstige Gelegenheit, zu Geld zu kommen, optimal nützen müsse, hatten viele Bauern auf dem Schwarzmarkt in den ersten Monaten verkauft und verkauft und standen bald selbst ohne Reserven da. Sie verschacherten einen Großteil ihres Viehbestandes und ihrer Getreidevorräte, bis sie oft nicht einmal mehr genügend Saatgut hatten. Die Hektarerträge sanken, und somit sanken auch jene Mengen, die auf den Markt gebracht werden konnten, von Jahr zu Jahr.

Konnte Österreich-Ungarn 1916 noch 63% seines Normalverbrauchs sicherstellen, so betrug der Wert 1918 nur mehr 53%.<sup>101</sup> So kam es mit fortschreitender Dauer des Krieges auch in den Dörfern und Kleinstädten Westungarns zu großen Engpässen, entsprechenden Preissteigerungen und vor allem in Arbeiterfamilien auch schon zu Hunger und Unterernährung. Dies machte die Leute gegen Krankheiten anfällig und warf viele immer wieder aus dem Arbeitsprozess. Es kam sogar zu schweren Epidemien, wie Typhus und der berüchtigten „spanischen Grippe“, die gegen Kriegsende vielen tausenden durch mangelhafte Ernährung geschwächten Menschen das Leben kostete.

Selbst jene, die zunächst vom schwungvollen Schwarzmarkt profitiert hatten, begannen den allgemeinen Mangel zu spüren, zumal die anfänglichen Geldgewinne durch eine immer größere Inflation<sup>A)</sup> rasch dahinschmolzen. Der

---

A) Die Monarchie konnte den Krieg vielfach nur über eine laufende Notenpresse finanzieren. So stieg der Geldumlauf von 100 (Index 1914) auf 977 (1918). Vgl. März, Eduard: Österreichische Bankpolitik in der Zeit der großen Wende 1913 – 1923. Wien 1981

**Unsere Armee braucht  
Metalle!**

**Kriegsmetall-Einkauf**  
**REINNICKEL • KUPFER • MESSING**  
werden zur Munitionserzeugung dringend benötigt und zu  
behördlich genehmigten Preisen gegen Barzahlung angekauft

Reichenberg: Joh. Andreas Frank. — Roubitschek & Fischl. —  
Ch. Linser. — Kratzau: Bernhard Beuer. — Liebenau: Anton Frimmel.  
— Neupaulsdorf: Willibald Breuer. — Crottau: Karl Klindert.

*Bild 23: Plakat mit dem Aufruf, kriegswichtige Metalle zu sammeln. 1916*



**Bild 22:** Glocken der Kirchen wurden abgeliefert und eingeschmolzen. Feierliche „Verabschiedung“ der Glocken von Hornstein 1916.

Verbraucherpreisindex sollte schließlich zwischen Juli 1914 und Kriegsende im November 1918 auf das Fünfzehnfache steigen.

Wie groß die Not im Laufe der Jahre war, zeigte der Fortschritt der Zwangsbevirtschaftung nicht nur von Lebensmitteln, sondern auch von fast allen, insbesondere lebenswichtigen Industriewaren. In den Zweigen der Konsumgüterindustrie, deren Rohstoff- und Energieversorgung zu Gunsten der Kriegsindustrie gedrosselt worden war, konnte im Jahre 1918 ein Produktionsrückgang von 60 bis 70% beobachtet werden. Auch die für Industrie und Transportwesen entscheidende Kohleförderung sank bereits 1917 um 17% und bis 1918 fiel die Eisen- und Stahlproduktion auf die Hälfte der Vorkriegswerte. Einen besonderen Engpass gab es natürlich bei Rohstoffen, die man früher aus den jetzt verfeindeten Staaten bzw. aus Übersee bezog. Hier nützten auch rigorose Sparmaßnahmen wenig, man musste bald neue, drastische Wege beschreiten. So wurden z.B. schon 1916 alle Gegenstände aus Kupfer, Messing, Zinn und Bronze mit Ausnahme künstlerisch wertvoller Stücke gesammelt und eingeschmolzen, da diese Metalle in der Rüstungsindustrie schmerzhaft fehlten. Aus den Häusern verschwanden Kessel, Mörser, Bügeleisen, Tür- und Fensterschnallen aus Buntmetall, in den Kirchen hatte man längst Leuchter und anderes Metallgerät,

Und  
Ihr?

Zeichnet  
**7. Kriegsanleihe**  
bei der  
**Creditanstalt** f.H.u.G.  
k.k.pr.öst. I. Am Hof 6 und VII. Mariahilferstr. 60

**Bild 24:** Plakat zur Zeichnung der 7. Kriegsanleihe. 1917 Entwurf Alfred Roller (95 cm x 63 cm)

das nicht unbedingt zum Gottesdienst gebraucht wurde, hergegeben. 1916 wurden auch die meisten Kirchenglocken abgenommen und die Türme ihrer Kupferdächer entkleidet, um ihr Metall wieder verwerten zu können. Auch an Kleidungsstoffen herrschte bald größter Mangel, da seit Kriegsbeginn die Einfuhr von Schaf- und Baumwolle aus Übersee ausfiel. Man musste zu schlechtem, sogar aus Brennesseln hergestelltem Ersatz greifen, obwohl schon lange jedes alte Kleidungsstück möglichst wiederverwertet wurde. Schuhe für Zivilisten wurden schon längst nur mehr aus Kunstleder ausgegeben. Die zunehmende Knappheit an allem Lebensnotwendigen machte nicht einmal vor den Toten halt. So empfahl die Regierung, um Textilien zu sparen, die Toten unbekleidet zu begraben. Das Straßenbild zeigte einen erschreckenden Niedergang, ja Armut weitester Kreise. Da und dort sah man bereits bettelnde Invalide und total abgemagerte Flüchtlingsfrauen mit ihren Kindern.

Trotz aller Anstrengungen und Requirierungen unter Gendarmerie- und Militäreinsatz sank die Lebensmittelversorgung weiter. Selbst im „reichen Agrarland“ Ungarn sank die Getreideaufbringung von 71 Millionen Doppelzentner im Jahre 1913 auf 42 Millionen Doppelzentner im Jahre 1918, der Mais von 48 Millionen auf 24 Millionen. Dementsprechend sank die Versorgung der Soldaten an der Front, aber noch drastischer wirkte sich der Krieg auf die Versorgungslage der Zivilbevölkerung in den Städten aus. Die Regierung verlor Schritt für Schritt die Schlacht gegen den Hunger. Hatte man z.B. in Wien vor Kriegsausbruch im Durchschnitt noch einen täglichen Verbrauch von 2.000 Kalorien, fiel derselbe kontinuierlich bis 1918 auf 831 Kalorien; die Lebensmittelkarten konnten täglich nur 18 dkg Brot, 5 dkg Mehl, 7 dkg Kartoffeln, 1,5 dkg Fleisch garantieren. Es war symptomatisch, dass der Chef des Ernährungsausschusses, General Ottokar Landwehr, am 30. April 1918 deutsche Getreideschiffe auf der Donau stoppen und ihre Ladung beschlagnahmen ließ, um Wien für einige Tage versorgen zu können.

Bei der Armee, die allerdings noch tief im Feindesland stand - in der Ukraine, in Albanien und an der Piave - stand es nicht besser. Es fehlte an allem, was ein Heer zum Kämpfen brauchte: an Menschen, Waffen, Munition, Bekleidung und Lebensmitteln. Es gab Divisionen, in denen das durchschnittliche Körpergewicht des Mannes nur noch 55 Kilogramm betrug, Regimenter, bei denen kein Mann mehr eine vollständige Wäscheausrüstung hatte. Die Soldaten hockten apathisch in zerfetzten und zusammengewürfelten Uniformstücken in ihren Stellungen, die Lazarette hatten keine Krankenkleidung mehr. Unter den unterernährten Soldaten begannen epidemische Erkrankungen in einem erschreckenden Maß zuzunehmen. Ein zynischer „Witz“, über den allerdings niemand mehr lachen konnte, kursierte unter den Leuten: *„Treffen sich zwei Zivilisten auf der Straße.*

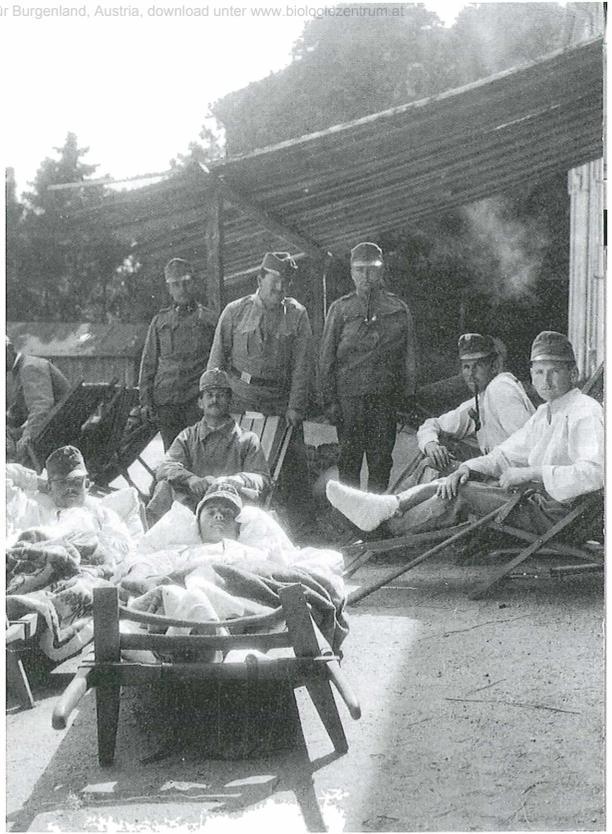
*Fragt der eine: Was meinst du, wie lange der Krieg noch dauern wird? Antwortet der andere: Das ist schwer zu sagen. Die wirklichen Helden sind schon längst gefallen, die cleveren Typen haben sich schon längst gedrückt oder vom Militärdienst befreien lassen und Gott weiß, wie lange die Idioten, die noch draußen liegen, kämpfen können".*<sup>102</sup> Immer klarer wurde es den leitenden Männern, dass eine Fortsetzung des Krieges kaum mehr möglich und schon längst unverantwortlich war. Kein Wunder, dass sich bald überall Resignation und Hoffnungslosigkeit, aber auch stille Wut und Widerstand in der Bevölkerung gegen den Krieg und jene, die ihn „verschuldet“ hatten, ausbreitete.

Ein erstes Beben des kommenden Zusammenbruches brachten die Jännerstreiks des Jahres 1918.<sup>103</sup> Auslösend war, dass die Regierung am 14. Jänner die Mehlrationen in der österreichischen Reichshälfte neuerlich, und zwar um 200 g auf 165 g pro Tag verringern musste. Die durch diese Maßnahme schwer getroffenen Arbeiter antworteten auf ihre Art: Am selben Tag verließen alle Beschäftigten der Daimler-Automobilwerke in Wiener Neustadt ihre Arbeitsstätte und belagerten das Rathaus der Stadt. Explosionsartig griffen die Hungerdemonstrationen sofort auf die übrigen Industrieorte entlang der Südbahn über, erfassten auch Wien und die steirischen Industriegebiete und schließlich auch Budapest und andere ungarische Städte, so auch Raab (Győr), Ungarisch Altenburg (Magyaróvár) und Steinamanger (Szombathely), obgleich die Ernährungslage in Ungarn unvergleichlich besser war. In Westungarn streikten auch die Eisenbahner, sodass tagelang fast jeder Verkehr stockte. Am Höhepunkt der Bewegung standen in Niederösterreich 153.000, in Wien 113.000 und in der Steiermark über 40.000 in der gesamten Monarchie fast eine halbe Million Arbeiter im Ausstand. Sie forderten nicht nur soziale Maßnahmen zur Beendigung des Hungers und der unmenschlichen Arbeitsbedingungen in den Betrieben, sondern in erster Linie den sofortigen Beginn von Friedensverhandlungen und ein Ende des Krieges, wobei man durchaus bewusst das Beispiel Russlands und der revolutionären Ereignisse im Oktober 1917 vor Augen hatte. Da und dort bildeten sich spontan „Arbeiterräte“ nach russisch-sowjetischem Muster. Mit Erschrecken mussten die Behörden registrieren, dass sich offensichtlich durch frontuntaugliche Soldaten der Ostfront, die man nach ihrer Genesung der Industrie als Arbeitskräfte zugeteilt hatte, der „Bazillus der Revolution“ schon weit verbreitet hatte. Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ vom 16. Jänner 1918 fasste in einem Aufruf die politischen Forderungen der Arbeiterschaft zusammen: *„Für die schleunigste Beendigung des Krieges! Für den Frieden ohne offene und ohne verhüllte Eroberungen! Für den Frieden auf der Grundlage des unverfälschten Selbstbestimmungsrechtes der Völker!“*

Aber es hätte dieses Anlasses nicht bedurft. Kaiser Karl hatte bald nach seiner Thronbesteigung Ende November 1916 damit begonnen - natürlich ohne dass die Öffentlichkeit davon erfuhr - Friedensfühler auszustrecken, die aber letztlich alle im Sande verliefen.<sup>104</sup> Parallel dazu machte man sich aber auch Gedanken, wie es mit der Donaumonarchie nach einem Friedensschluss weitergehen sollte. Der Kaiser hatte sich schon als junger Erzherzog mit der Nationalitätenproblematik auseinandergesetzt und sich bereits 1908 weitgehend für eine Föderalisierung des Habsburgerreiches eingesetzt, wobei nun zusätzlich eine Demokratisierung der Länder als verstärktes Element ins Auge gefasst wurde. Obwohl der Monarch dabei durchaus auch Ungarn einbeziehen wollte, und entsprechende Sondierungsgespäche nicht nur mit Regierungsvertretern, sondern auch mit Oppositionellen, wie dem Grafen Mihály Károlyi, geführt hatte, musste er bald erkennen, dass Budapest starr auf der Unverrückbarkeit seiner Grenzen bestand. So kam die Deutsch-Westungarnfrage, obwohl die Pläne von Karls Beraterstab vielfach auf den Ideen des Belvedere-Kreises Franz Ferdinands basierten, nirgends vor, um nicht die Empfindlichkeit der Ungarn zu reizen und sofort alle Brücken zu Verhandlungen über eine große Verfassungsänderung abzurechen. Noch am 2. Oktober 1918, als man im Kronrat das berühmte Oktober-Manifest diskutierte, das der letzte Rettungsanker der zerfallenden Donaumonarchie sein sollte und dann am 16. Oktober veröffentlicht wurde, deponierte der ungarische Ministerpräsident Wekerle energisch seinen Widerstand gegen eine Einbeziehung Ungarns in eine Reform, die eine Umwandlung des Reiches in einen „nationalen Bundesstaat“ gebracht hätte.<sup>105</sup>

Inzwischen war aber alles durch den beginnenden militärischen Zusammenbruch der Mittelmächte anders geworden. Mitte September 1918 brachen die türkische Palästinafront und die bulgarische Front vor Saloniki zusammen. Am 29. September schied Bulgarien aus dem Krieg und öffnete eine breite Lücke in der bis dahin zumindest nach außen noch haltenden Abwehrfront. Am selben Tag begann ein Großangriff der Alliierten an der deutschen Westfront in Frankreich, der bereits die Schwäche des deutschen Heeres allzu deutlich zeigte. Österreich-Ungarn und jetzt auch Deutschland sandten verzweifelte Ersuchen an den Präsidenten der USA, Waffenstillstandsverhandlungen einzuleiten. Doch der Entente war die Not der Mittelmächte nur zu genau bekannt, als dass sie Anlass gehabt hätte, mit den Gegnern über Fragen zu verhandeln, die sie selbst in Kürze nach eigenem Ermessen lösen konnten.

Anfang Oktober trat die innere Auflösung der Habsburgermonarchie in ihre letzte Phase. Die 14 Punkte des US-Präsidenten Thomas W. Wilson besaßen große werbende Wirkung, vor allem der zehnte, der folgenden Wortlaut hatte: *„den Völkern Österreich-Ungarns, deren Stellung unter den anderen Nationen wir*



**Bild 25:** Lazarett in einem westungarischen Dorf.

*sichergestellt und gewahrt zu sehen wünschen, soll die freieste Gelegenheit zu einer autonomen Entwicklung geboten werden*”, was dann später unter dem Begriff „Selbstbestimmungsrecht der Völker” subsumiert wurde. Dieser Passus gab den letzten Anstoß für die - eingangs geschilderte - Loslösung der einzelnen Nationen aus dem jahrhundertealten Staatsgefüge, an dessen Ende ein Konglomerat von sechs selbständigen Kleinstaaten stand, die entweder ganz oder teilweise aus dem Territorium entstanden waren.

Auch in Wien war man sich darüber klar, dass das Ende des altherwürdigen Habsburgerreiches gekommen war. Schon am 4. Oktober schrieb die „Reichspost” in ihrem Leitartikel „Das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen”:  
*„...Das Wort vom absoluten Selbstbestimmungsrecht der Völker hat die Geister ergriffen und schüttelt sie im Fieber...Die Deutschen Österreichs können dem allgemeinen Drang nicht mit Gewalt gebieten. Das Schlagwort hat auch die politischen Führer österreichischer Nationen ergriffen und noch träumen ...Tschechen, Südslawen und Polen...von einem Fest nationaler Befreiung und*

*Herrlichkeit. Der tschechische, der jugoslawische, der polnische Chauvinist verkündet den Willen nach eigener Staatlichkeit, er glaubt, in dem alten Gefüge, in dem unzählige Geschlechter vor ihm ihre staatliche Befriedigung, kulturellen Fortschritt und Wohlstand fanden, nicht mehr aushalten zu können. Das feindliche Ausland gaukelt ihm einen blendenden Film ...angeblicher künftiger Größe vor...So bleibt den Deutschen in Österreich nichts übrig, als die anderen die Probe auf das Exempel machen zu lassen. So erwächst auch für die Deutschen Österreichs das Selbstbestimmungsrecht.*

*Der Klub der deutschen Sozialdemokraten hat heute<sup>A)</sup> bereits in einer EntschlieÙung, die nun den anderen deutschen Parteien zur Beratung vorliegt, den Versuch gemacht, die Forderungen nach dem nationalen Selbstbestimmungsrecht der Völker zu formulieren und mit dem Rahmen Österreichs in der Gestalt einer Föderation in Einklang zu bringen...Die EntschlieÙung sagt: „Wir verlangen, daß alle deutschen Gebiete Österreichs zu einem deutschösterreichischen Staate vereinigt werden, der seine Beziehungen zu den anderen Nationen Österreichs und zum Deutschen Reiche nach seinem eigenen Bedürfnis regeln soll. Wir sind bereit, mit den Vertretern des tschechischen und des südslawischen Volkes auf dieser Grundlage über die Umwandlung Österreichs in eine Föderation freier nationaler Gemeinwesen zu verhandeln.“*

Noch hoffte man, wenigstens eine Föderation in Form einer Personalunion demokratischer Staaten unter einem gemeinsamen Monarchen oder einer Wirtschaftsgemeinschaft halten zu können, und der Schreiber des Artikels in der „Reichspost“ meinte fast seherisch: „...Es wird sich zeigen, wer hier mehr zu verlieren hat, die österreichischen Deutschen oder die anderen, und dann wird man finden, daß die gegenseitigen Verluste nur durch einen Zusammenschluß aufgehoben werden können, zu dem die Weisheit der Natur und Geschichte seit altersher die österreichischen Nationen solidarisch verbunden hat. Es gibt für diese Solidarität verschiedene Formen, aber sie selbst ist untrennbar vom Wohlergehen der einzelnen Völker.“<sup>106</sup> Doch die Entwicklung war bereits zu weit fortgeschritten, der endgültige und totale Zerfall nicht mehr aufzuhalten. Der Wunsch des anonymen Artikelverfassers nach einer Föderation der Völker Ostmitteleuropas sollte erst - nach einem weiteren schrecklichen Weltkrieg, nach Diktatur und Knechtschaft, nach entbehnungsreichen Wirtschaftskrisen am Ende des 20. Jahrhunderts heraufdämmern.

Noch am 24. Oktober 1918 errang die K. u. K. Armee - bereits eine „Reichsarmee ohne Reich“ - an der italienischen Front einen letzten Abwehrerfolg. Doch schon

---

A) 3. Okt. 1918

in den nächsten Tagen verweigerten viele nichtdeutsche Truppenkörper, nachdem die neue ungarische Regierung „ihre“ Soldaten zur Verteidigung der engen Heimat zurückberufen hatte, zuerst in der Etappe, dann auch an der Front den Gehorsam und begannen in ihre Heimatländer zurückzuströmen. Die Front löste sich auf. Am 3. November 1918 wurde in der Villa Giusti bei Padua ein Waffenstillstand unterzeichnet, der dem vierjährigen blutigen, mit ungeheuren Opfern geführten Krieg ein Ende setzte.

Die Dynastie überlebte die Katastrophe nur wenige Tage, denn schon am 11. November sah sich Kaiser Karl gezwungen, in Schönbrunn ein Manifest zu unterzeichnen, in dem er „...auf jeden Anteil an den Staatsgeschäften“ verzichtete und im voraus „die Entscheidung, die Deutschösterreich über seine zukünftige Staatsform trifft“ anerkannte, worauf schon am nächsten Tag die provisorische Nationalversammlung in Wien einmütig die Republik Deutschösterreich proklamierte.

Zwei Tage später unterschrieb Karl als König Karl IV. nach stundenlangen Verhandlungen im niederösterreichischen Jagdschloss Eckartsau eine ähnliche Erklärung für die transleithanische Reichshälfte<sup>A)</sup>. Am 16. November folgte nun auch in Budapest die feierliche Proklamation Ungarns zur demokratischen Volksrepublik.

## Kriegsende und Revolution 1918 in Westungarn

Im Sommer 1918 war die allgemeine Lage in den Dörfern und Städten Westungarns ebenso trist und hoffnungslos wie in den meisten Teilen des zerfallenden Habsburgerreiches. Aber noch standen die Fronten, noch funktionierten die k.u.k. Behörden, noch versuchten die unter Zensur stehenden Zeitungen Optimismus auszustrahlen und von einem baldigen, positiven Kriegsende zu reden. Doch im Inneren war gerade das Gegenteil der Fall.

---

A) Das Handschreiben des Königs hatte folgenden Wortlaut: „Seit Meiner Thronbesteigung war Ich jederzeit bestrebt, Meine Völker je früher von den Schrecknissen des Krieges zu befreien, an dessen Ausbruch Ich keinen Anteil hatte. Ich will nicht, daß Meine Person der Entfaltung der ungarischen Nation, gegen welche Ich von unwandelbarer Liebe erfüllt bin, zum Hindernis werde, infolgedessen verzichte Ich auf jeden Anteil an den Staatsgeschäften und Ich erkläre schon im Vorhinein die Entscheidung anzunehmen, womit Ungarn seine zukünftige Staatsform bestimmt. Gegeben Eckartsau, am 13. November 1918 Karl m. p.“

Zitiert in: Preßburger Zeitung, Pozson. 15. Nov. 1918. S. 1

Nach außen waren die Jännerstreiks zumindest optisch weitgehend ergebnislos zu Ende gegangen, im österreichisch-ungarischen Umland hatten sie jedoch eine tiefe Wirkung: Wie erwähnt, waren viele Arbeiter aus diesen Landstrichen in der Rüstungsindustrie des Wiener Beckens beschäftigt und hatten so an allen politischen Bewegungen, die hier immer radikalere Formen annahmen, regen Anteil. Da nun diese - allein schon um sich mit Lebensmitteln zu versorgen - immer wieder in ihre Heimatdörfer zurückkehrten, brachten sie die in den Fabrikhallen und Arbeiterquartieren diskutierten revolutionären Ideen und sozialdemokratischen Programme mit nach Hause, wo man ohnehin erbittert war über die rücksichtslosen Hausdurchsuchungen und Requirierungen, die die Behörden unter Gendarmerie- und teilweise sogar unter Militäreinsatz durchführen ließen, um die staatliche Ablieferungspflicht durchzusetzen.

Bald zeigte es sich, dass auch diese letzten Stützen des Staates teilweise zutiefst morsch waren. So ließ eine Meldung in den Zeitungen vom 25. September aufhorchen, die besagte, dass in Neudörf ein großer Schmuggelskandal aufgefliegen war, an dem Zollbehörde und ungarische Grenzwaiche in hohem Ausmaß beteiligt waren und man zwischen den Zeilen erfuhr, dass diese Beamten aus Verzweiflung diese Schritte gesetzt hatten, da ihre Gehälter aufgrund der galoppierenden Teuerung nicht mehr ausreichten, ihre Familien zu ernähren.<sup>107</sup> Auch las man zunehmend von Deserteuren, die einfach aus den Kasernen davonliefen. Es waren dies meist Männer, die nach dem Friedensschluss von Brest-Litovsk (3. März 1918) im Laufe des Frühsommers von der Ostfront und auch schon aus russischer Kriegsgefangenschaft heim gekommen waren und nun nach einer kurzen Erholungsphase zu Hause wieder an die Front, in einen „sinnlosen Krieg“ nach Italien, gehen sollten. Sie versteckten sich in den Dörfern oder sammelten sich - im Volksmund als „grüne Kader“ bezeichnet - zu hunderten in den Wäldern, insbesondere im österreichisch-ungarischen Grenzgebiet. Sie lebten von der stillen Unterstützung durch die Zivilbevölkerung, vom Schmuggel, ja von Raub und Gewalttätigkeiten. Militäreinheiten mussten immer wieder gegen sie eingesetzt werden, ohne ihrer jedoch ganz habhaft zu werden. So brachte allein am 25. September 1918 eine berittene Patrouille des K.u.k. Husarenregiments Nr. 9, dessen Ersatzkader in Ödenburg stationiert war, in den Wäldern um Wandorf Agendorf Loipersbach 40 fahnenflüchtige Soldaten auf.<sup>108</sup>

Bedrohlicher als die Fahnenflucht waren aber die in manchen Kasernen auftauchenden revolutionären Ideen, die die heimkehrenden Kriegsgefangenen aus Russland mitbrachten und nun verbreiteten. Sie hatten mit eigenen Augen erlebt, wie die russischen Soldaten den Krieg einfach dadurch beendet hatten, dass sie ihren Offizieren den Gehorsam verweigerten, die Gewehre einfach wegwarfen,

# An Meine getreuen österreichischen Völker!

Seitdem Ich den Thron bestiegen habe, ist es Mein unentwegtes Bestreben, allen Meinen Völkern den ersehnten Frieden zu erringen, sowie den Völkern Oesterreichs die Bahnen zu weisen, auf denen sie die Kraft ihres Volkstums, unbehindert durch Hemmnisse und Reibungen, zur segensreichen Entfaltung bringen und für ihre geistige und wirtschaftliche Wohlfahrt erfolgreich verwerten können.

Das furchtbare Ringen des Weltkrieges hat das Friedenswerk bisher gehemmt. Heldennut und Treue, opferwilliges Ertragen von Not und Entbehrungen haben in dieser schweren Zeit das Vaterland ruhmvoll verteidigt. Die harten Opfer des Krieges mußten uns den ehrenvollen Frieden sichern, an dessen Schwelle wir heute, mit Gottes Hilfe, stehen.

Unnütz mehr ohne Säumnis der Neuaufbau des Vaterlandes auf seinen natürlichen und daher zuverlässigsten Grundlagen in Angriff genommen werden. Die Wünsche der österreichischen Völker sind hiebei sorgfältig miteinander in Einklang zu bringen und der Erfüllung zuzuführen. Ich bin entschlossen, dieses Werk unter freier Mitwirkung Meiner Völker im Geiste jener Grundsätze durchzuführen, die sich die verbündeten Monarchen in Ihrem Friedensangebote zu eigen gemacht haben. Oesterreich soll, dem Willen seiner Völker gemäß, zu einem Bundesstaate werden, indem jeder Volkstamm auf seinem Siedlungsgebiete sein eigenes staatliches Gemeinwesen bildet. Der Vereinigung der polnischen Gebiete Oesterreichs mit dem unabhängigen polnischen Staate wird hiedurch in keiner Weise vorgegriffen. Die Stadt Triest samt ihrem Gebiete erhält den Wünschen ihrer Bevölkerung entsprechend, eine Sonderstellung.

Diese Neugeschaltung, durch die die Integrität der Länder der ungarischen heiligen Krone in keiner Weise berührt wird, soll jedem nationalen Einzelstaate seine Selbständigkeit gewährleisten; sie wird aber auch gemeinsame Interessen wirksam schützen und überall dort zur Geltung bringen, wo die Gemeinsamkeit ein Lebensbedürfnis der einzelnen Staatswesen ist. Insbesondere wird die Vereinigung aller Kräfte geboten sein, um die großen Aufgaben, die sich aus den Rückwirkungen des Krieges ergeben, nach Recht und Billigkeit erfolgreich zu lösen.

Als diese Umgestaltung auf gesetlichem Wege vollendet ist, bleiben die bestehenden Einrichtungen zur Wahrung der allgemeinen Interessen unverändert aufrecht. Meine Regierung ist beauftragt, zum Neuaufbaue Oesterreichs ohne Verzug alle Arbeiten vorzubereiten. An die Völker, auf deren Selbstbestimmung das neue Reich sich gründen wird, ergeht Mein Ruf, an dem großen Werke durch Nationalräte mitzuwirken, die – gebildet aus den Reichsratsabgeordneten jeder Nation – die Interessen der Völker zueinander, sowie im Verkehre mit Meiner Regierung zur Geltung bringen sollen.

So möge unser Vaterland gefestigt durch die Eintracht der Nationen, die es umschließt, als Bund freier Völker aus den Stürmen des Krieges hervorgehen. Der Segen des Allmächtigen sei über Unserer Arbeit, damit das große Friedenswerk, das Wir errichten, das Glück aller Meiner Völker bedeute.

Wien, am 16. Oktober 1918.

**Karl** m. p.

**Suffareit** m. p.

*Bild 26: Das Manifest Kaiser Karl I. vom 16. Oktober 1918.*

und wie ein geplagtes Volk von sich aus durch Revolution die Macht im Staate übernahm. Nun tauchten auch in Westungarn Flugblätter auf, in denen es hieß: *„Arbeiterbrüder! Wir hungern, wir kommen um! Unsere Söhne und Brüder fallen seit Jahren zu Tausenden auf den Schlachtfeldern, während zu Hause die Geldbeutel der Kriegslieferanten, der Grafen und Bankdirektoren immer dicker werden. Und warum das alles?...Unser Außenminister hat den Beweis erbracht, daß er vom Frieden nur reden kann, aber nichts für ihn tun will. Wie lange laßt ihr euch noch hinhalten, Arbeiterbrüder? Solange gibt es keinen Frieden, bis wir ihn nicht selbst erringen wie unsere russischen Klassenbrüder! Sie bereiteten dem Krieg ein Ende und rechneten mit den Unterdrückern ab...Ungarische Brüder! Die Stunde des Handelns ist gekommen. Handeln auch wir russisch! Proletarier! Schließt euch alle den Soldaten der Revolution an!“*<sup>109</sup>

Solche und ähnliche Aufrufe trafen immer mehr auf aufmerksame Ohren und bald entwickelte sich auch in den äußerlich noch ruhigen Landgemeinden eine grollende Stimmung, die nach Veränderung der untragbaren Zustände rief. So erschien in der „Grenzpost“ am 30. Juli 1918 ein kleiner Artikel eines Korrespondenten aus Mattersburg, der trotz Zensur offen schrieb: *„Bei uns sind durch den lebhaften Schmuggel von Lebensmitteln die Verhältnisse unhaltbar geworden. Die Behörde ist diesem schändlichen Treiben gegenüber, worunter die ganze Bevölkerung leidet, geradezu machtlos. Die eigenen Landsleute schädigen ihre Mitbürger durch unerhörte Preistreiberei. Hunderte von Arbeitskräften fehlen, weil sie sich mit Schmuggel und Schleichhandel nach Österreich befassen und wegen der Rentabilität der Sache von einer Heimarbeit nichts wissen wollen. Tausende und aber Tausende werden verdient, ohne daß diese gewissenlosen Ausbeuter und Blutsauger einen Heller Steuer bezahlen. Höchst an der Zeit wäre es, daß die maßgebenden Faktoren gegen dieses Schundludertreiben endlich mit aller Energie und allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln vorgehen würden.“* Unter diesen „maßgebenden Faktoren“ verstand man jetzt nicht mehr die bestehende - oder besser gesagt - die von Tag zu Tag schwindende Autorität des alten k. u. k. Machtapparates, dessen Verfall eine beängstigende Zunahme an Kriminalität und Gewalt drastisch demonstrierte.

Schon seit Jahren war es zunehmend zu Flurdiebstahl gekommen, und man musste in den meisten Dörfern zur Zeit der Ernte zu den bis dahin üblichen Flur- und Weingartenhütern zusätzliche „Feldpolizei“ aufstellen.<sup>110</sup> Dann mehrten sich Einbruchsdiebstähle in Stallungen und Wohnhäusern in so erschreckendem Ausmaß, dass man da und dort begann, bei Nacht bewaffnete Zivilstreifen durchs Dorf patrouillieren zu lassen. Aus ihnen sollten dann zum „Schutz der Heimat“ im Oktober und November 1918 regelrechte „Bürgerwehren“ und „Nationalgarden“ erwachsen, die aus Trümmern der alten Ordnungskräfte und Freiwilligen hastig zusammengestellt wurden.



**Bild 27:** Herbst 1918: Einheiten der „aufgelösten“ k. u. k. Armee auf dem Rücktransport in die Heimat.

In dem zunehmenden Chaos des Sommers 1918 tauchte wieder die Frage der zukünftigen Staatszugehörigkeit Deutsch-Westungarns auf. Die neue Debatte - die allerdings zunächst in erster Linie in Wien geführt wurde - wurde indirekt von den Bemühungen des damals nicht mehr im Amt befindlichen ungarischen Ministerpräsidenten Graf István Tisza ausgelöst, der - wieder einmal - eine völlige Einverleibung von Bosnien-Herzegowina in die ungarische Reichshälfte forderte. Dies erweckte die schon vor 1914 besonders in großdeutschen Kreisen Österreichs gewälzten Pläne zu neuem Leben, einen Tausch dieses Landes gegen Deutsch-Westungarn vorzunehmen. So veröffentlichten die „Südmährischen Mitteilungen“ Ende Juni 1918 einen Artikel unter der Überschrift „Das Heanzenland“, in dem man auf die bereits bekannten „historischen Rechte“ Österreichs auf dieses Gebiet einging, und meinte, „daß bei dem großen Reinemachen des Friedensschlusses das ganze Heanzenland von seiten der Ungarn den Österreichern angeboten wird: als Tauschstück gegen Dalmatien oder Bosnien...Das Heanzenland umfaßt etwa 350.000 Deutsche, ein Zuwachs, der den Österreichern aus völkischen Gründen sehr willkommen sein würde.“<sup>111</sup>

Doch Ungarn war natürlich gegen jede Abtretung ungarischen Bodens und gegen „jedwede Grenzberichtigung in Westungarn, durch welche es einen kulturell hochentwickelten Landteil verlieren würde, in welchem die Magyarisierung zweifellos schon bedeutende Fortschritte zu verzeichnen hat.“<sup>112</sup> Man versuchte vielmehr Österreich für die gewünschten südslawischen Gebiete einschließlich der Adria Häfen Dalmatiens, ein Königreich Polen unter dem Szepter Habsburgs als Kompensation schmackhaft zu machen.<sup>113</sup>

Der Zusammenbruch der Saloniki-Front Mitte September 1918 und der nachfolgende Vorstoß der Entente-Truppen nach Norden bis nach Mittelserbien, ließ alle diese Pläne, die ja angesichts der allgemeinen Lage der Mittelmächte ohnehin fast frivol waren, wie ein Kartenhaus zusammenbrechen nicht jedoch die Debatten über Westungarn. Diese bekamen neue Aktualität, als bekannt wurde, dass es tschechische Pläne gebe, weite Teile des fraglichen Gebietes einem zukünftigen tschechoslowakischen Staat anzuschließen. Wie die „Grenzpost“ zu wissen glaubte, sollten „Entente-Diplomaten bereits Landkarten haben, die Pressburg, aber auch Gebiete südlich der Donau bis zu den kroatischen Dörfern um Parndorf“ zu diesem neuen Staat zählten, und die Zeitung meinte, dass man „insgesamt auf die in Westungarn zerstreut wohnenden Kroaten als slawischer Stamm“ Anspruch erheben, und „die im Eisenburger Komitat wohnenden Wenden<sup>A)</sup> sicherlich auf der anderen Seite durch die Südslawen“ beanspruchen werde.<sup>114</sup> Drei Wochen später erhärtete sich das Gerücht, und die „Grenzpost“ berichtete: „Dadurch, daß Wilson die Selbständigkeit des tschechoslowakischen, sowie des südslawischen Staates anerkannt hat, beginnen sich auch schon die Umrisse jenes Ungarn zu zeigen, welches die Entente und die vereinigten Slawen der Monarchie schaffen wollen. Dabei soll natürlich auch Westungarn empfindlich in Mitleidenschaft gezogen werden. Der früher oft betonte deutsche Charakter dieser Gebietsteile tritt immer mehr in den Hintergrund und selbst der österreichische Nationalrat läßt scheinbar diese Landesteile aus der Kombination. Dafür kombinieren nun die Slawen von Tag zu Tag lebhafter auch über diese Gebiete. Sie wollen von Preßburg bis Esztergom die Donau als Grenze gelten lassen, in Preßburg eine slawische Universität errichten und auch diese Stadt dem neuen tschecho-slowakischen Staat einverleiben. Dabei berufen sie sich darauf, daß ein ansehnlicher Teil der Bewohner Preßburgs und das ganze Hinterland dieser Stadt slowakisch sei. Das übrige Westungarn fordert man deshalb, da die beiden neuen Slawenstaaten - schon allein wegen dem Zugang zum Meer - durch einen sogenannten „Korridor“ verbunden sein sollen. Dieser ginge

---

A) Gemeint ist das überwiegend slowenisch bewohnte Gebiet im Umkreis von Muraszombat (Murska Sobota).

*von Preßburg bis zur Mur, wäre etwa 150 km lang und 20 – 30 km breit...Diese Kombinationen werden vorläufig natürlich vielfach als „Phantasien“ bezeichnet, aber wir leben zweifellos in einer Zeit, wo schon viele „Phantasien“ von heute auf morgen zu realen Wahrheiten geworden sind“ .<sup>115</sup>*

Der Umstand, dass bald bekannt wurde, dass in nächster Zukunft Friedensgespräche mit den Entente-Mächten unter Vermittlung des US-Präsidenten Wilson anlaufen würden, heizte die Frage über „das Schicksal Westungarns“ weiter an. Man war sich klar darüber, dass der Punkt 10 von Wilsons Friedensprogramm mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker Österreich-Ungarns nicht nur Sprengkraft für die slawischen und rumänischen Siedlungsgebiete Ungarns bringe, sondern auch für die Deutschen Westungarns schicksalhafte Bedeutung habe. Es war mit Sicherheit anzunehmen, dass man von österreichischer Seite einen Anschluss dieses geschlossenen deutschen Gebietes, das unmittelbar an Deutsch-Österreich grenzte, zur Sprache bringen werde und dieses bei den Friedensverhandlungen „einen Zankapfel bilden dürfte.“ <sup>116</sup>

Auch wenn man wie die „Grenzpost“ richtig bemerkte - von offizieller Seite zunächst keine öffentliche Stellungnahmen über das Deutschwestungarn-Problem hörte, wurde in verschiedenen Kreisen Wiens die Frage eines Anschlusses dieses Gebietes an Österreich hitzig diskutiert. Ein treibender Faktor war dabei wieder der „Verein zur Erhaltung des Deutschtums in Ungarn“ bzw. dessen Zweigverein „Deutsche Landsleute in Ungarn“ Diese hatten bald nach Ausbruch des Krieges ihre volkspolitische Tätigkeiten sehr reduzieren müssen, und sich in erster Linie auf karitative Tätigkeiten, wie die Betreuung von deutschen Flüchtlingsfamilien aus dem Kriegsgebiet, beschränkt. Nun, im Spätsommer 1918, erwachte der „Schutzverein“ zu neuem Leben. Sein neuer Vorstand, der sich nach dem Ausscheiden von Josef Patry zu Jahresbeginn 1917 um den aus Siebenbürgen stammenden Fabrikanten Josef Breitenstein<sup>A)</sup> sammelte, sah es angesichts der politischen Ereignisse und des sich abzeichnenden Zerfalls der Donaumonarchie als Gebot der Stunde an, den alten Traum einer Eingliederung Deutsch-Westungarns in ein „Deutsch-Österreich“ Wirklichkeit werden zu lassen. Allerdings übersah man dabei nicht, dass der Verlust von über 300.000 Deutschen für das weiterhin unter magyarischer Herrschaft verbleibende innerungarische Deutschtum eine arge Schwächung bedeuten würde. So war eine Gruppe, der sich anfangs auch Edmund Steinacker zugesellte, dafür, sich der

---

A) Josef Breitenstein (geb. 1868 in Hermannstadt, gest. 1951 in Wien), Seidenwarenfabrikant in Wien, unterstützte vor allem finanziell den „Verein zur Erhaltung des Deutschtums in Ungarn“

Politik und Meinung von Jakob Bleyer<sup>A)</sup> anzuschließen, der sich immer mehr als der zukünftige Führer der Deutschen Ungarns profilierte. Bleyer, ein aus einer donauschwäbischen Familie stammender Professor an der Budapester Universität, hatte 1917 mit einer Reihe von kulturpolitischen Aufsätzen und Zeitungsartikeln Aufsehen erregt, in denen er eine Brücke des Verständnisses zwischen Magyaren und Deutschen schlagen wollte. Dabei setzte er sich kompromisslos für die territoriale Unversehrtheit des „ungarischen Vaterlandes“ ein, die er durch eine echte Demokratisierung Ungarns und durch großzügige Zugeständnisse an die nichtmagyarischen Volksgruppen zu erhalten hoffte. Den einzelnen Nationalitäten sollte, wie schon der jetzt in der Regierung Károlyi zu Ministerehren gelangte Oszkár Jászi verlangt hatte, eine weitgehende kultur- und bildungspolitische Autonomie zugestanden werden, und alle Magyarisierungsmaßnahmen, die bis dahin das Verhältnis zwischen Nationalitäten und Staat vergiftet hatten, eingedämmt bzw. zurückgenommen werden. Am 1. November 1918 gründete Bleyer in Budapest einen „Deutsch-ungarischen Volksrat“, der Vertreter aller ungarländischen Deutschen von Siebenbürgen bis Westungarn, von der Zips bis in die Batschka zusammenführen und eine breite Plattform für die Erreichung von mehr nationalen Rechten für die Deutschen sein, aber unbedingte Loyalität gegenüber dem ungarischen Staat zeigen sollte. Den „Autonomisten“ so wurde diese Gruppe genannt - stand eine immer größere Gruppe von Männern gegenüber, die aus schmerzlicher Erfahrung keiner ungarischen Regierung mehr trauten und die Meinung vertraten, dass zu einem Zeitpunkt, wo die meisten Nationen Mitteleuropas dabei seien, ihre staatliche Zukunft auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker in die Hand zu nehmen, auch den Deutschen Westungarns der Weg zu einem zukünftigen „Deutsch-Österreich“ eröffnet werden sollte. Die prominentesten Vertreter dieser Richtung waren der schon erwähnte Adam Müller-Guttenbrunn, der Bankfachmann Dr. Ernst Friedrich Beer<sup>B)</sup>, der Wiener Rechtsanwalt Dr. Walter Riehl<sup>C)</sup> und der

- 
- A) Dr. Jakob Bleyer (geb. 1874 in Dunacséb, gest. 1933 in Budapest) aus einer wohlhabenden donauschwäbischen Familie stammend, studierte er in Budapest Germanistik, war dann Gymnasiallehrer in Budapest und Ödenburg und schließlich ab 1908 Univ. Prof. an den Universitäten Klausenburg und Budapest. Am 1. Nov. 1918 stellte er sich an die Spitze des „Deutschungarischen Volksrates“ und wurde, nachdem er sich aktiv an der Gegenrevolution und am Sturz der Räterepublik beteiligt hatte, am 15. August 1919 Nationalitätenminister, ein Amt, das er bis 1920 bekleidete.
- B) Dr. Ernst Friedrich Beer (geb. 1887 in Bistritz/Siebenbürgen, gest. 1952 in Wien), Jurist und seit 1912 Rechtskonsulent, ab 1918 Prokurist bei der Österr. Central-Boden-Creditanstalt in Wien.
- C) Dr. Walter Riehl (geb. 1881 in Wiener Neustadt, gest. 1955 in Wien), studierte Volkswirtschaft und Jus in Wien, Berlin und Leipzig, Rechtsanwalt in Wien. 1919 deutschnationaler Landtagsabgeordneter (Wahlkreis Wien-Innen-Ost) und prominenter Mitbegründer der frühen NSDAP.



**Bild 28:** Dr. Jakob Bleyer  
(1874 – 1933)  
siehe Seite 102

christlichsoziale und später deutschnationale Reichsratsabgeordnete Raimund Neunteufel.<sup>A)</sup> Letzterer war, da ab 21. Oktober 1918 Mitglied der provisorischen Nationalversammlung, ein wichtiges Bindeglied zu den „neuen politischen Kräften“ Deutsch-Österreichs. Er schuf in leeren Büros des Parlamentsgebäudes am Ring eine inoffizielle Zentralstelle für alle Westungarn betreffenden Fragen und Aktivitäten. Durch diese persönlichen Beziehungen vor allem zu deutschnationalen Politikern und Abgeordneten, wurde dann rasch erreicht, dass die Pläne und Forderungen eines Anschlusses Deutsch-Westungarns an Österreich schon in der Gründungsphase des neuen deutsch-österreichischen Staates auf die Tagesordnung kamen.

---

A) Raimund Neunteufel (geb. 1872 in Japons, gest. 1937 in Graz) Journalist und Schriftsteller, Obmann der Parteileitung der Christlich-sozialen Volkspartei für Steiermark. Herausgeber des „Österreichischen Staatsbürgers“ in Graz. Seit 1911 Reichsratsabgeordneter (Wahlkreis Judenburg), schloss sich 1913 dem „Deutschen Zentrum“, einer christlich-nationalen Vereinigung an. 1918/19 Mitglied der Prov. Nationalversammlung

Obwohl diese „Westungarische Kanzlei“ weder im Auftrag der Staatsregierung arbeitete, noch von dieser finanziert wurde, bekam sie allein auf Grund ihrer Lage im Parlamentsgebäude einen „offiziösen“ Anstrich, was ihr einerseits in Österreich ein gewisses Prestige verlieh, andererseits dem Staatsamt für Äußeres immer wieder Ärger bereitete, da die oft gewagten Aktionen Neunteufels und seiner Freunde heftige diplomatische Reaktionen Ungarns auslösten.

## **Deutschösterreich erhebt Anspruch auf das Land der „Heanzen und Heidebauern“**

Wie bekannt, hatten sich am Nachmittag des denkwürdigen 21. Oktober 1918 die Reichsratsabgeordneten der deutschen Wahlkreise der österreichischen Reichshälfte im niederösterreichischen Landtagssitzungssaal in der Wiener Herrengasse versammelt, mit dem Ziel, dass *„sie auch für das deutsche Volk in Österreich als seine gewählte Gesamtvertretung das Recht auf Selbstbestimmung in Anspruch nehmend ...grundlegende Beschlüsse fassen“* Man konstituierte eine „Provisorische Nationalversammlung“<sup>A)</sup> für den erst zu gründenden Staat „Deutsch-Österreich“, dessen Konturen zum Teil klar, zum Teil - zumindest was die Regierungsform und internationale Stellung betraf - noch nicht ganz erkennbar waren. Die Bandbreite der Meinungen in den einzelnen Parteien reichte von einem Bundesstaat mit den anderen „Nationalstaaten“ Österreich-Ungarns, über die Alternative eines Staatenbundes mit diesen, oder einer Angliederung als „Sonderbundesstaat“ an das Deutsche Reich, bis hin zur totalen Eingliederung in einen „deutschen Einheitsstaat“. Eindeutig war, dass der künftige Staat der „Staat für Österreichs Deutsche“, also aller Deutschen der „im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder“, sein und somit die österreichischen Alpen- und Donauländer und die deutschen Siedlungsgebiete Böhmens und Mährens umfassen sollte.

Schon bei der Sitzung am 21. Oktober forderte der Abgeordnete der Deutschösterreichischen Unabhängigkeitspartei, Ferdinand Freiherr von Pantz<sup>118</sup>, dass auch *„alle in der vormaligen Donaumonarchie diesseits und jenseits der Leitha*

---

A) Die Provisorische Nationalversammlung bestand aus 208 Mitgliedern. Es waren dies die Reichsratsabgeordneten aller Wahlkreise in Vorarlberg, Salzburg, Oberösterreich, Niederösterreich, sowie nur der deutschen Wahlkreise von Tirol, Kärnten, Steiermark, Böhmen, Mähren und Schlesien. Es waren dies 65 christlich-soziale, 37 sozialdemokratische und 106 deutschnationale und liberale Abgeordnete.



*Bild 29: Die Ausrufung der Republik Deutsch-Österreich am 12. November 1918*

*befindlichen deutschen Gebiete*” diesem Staat zugehören sollten.<sup>119</sup> Und die Deutschradikale Reichsparteileitung sprach in ihrem am 26. Oktober 1918 veröffentlichten Programm ebenfalls davon, dass *„mit Rücksicht auf das Selbstbestimmungsrecht der Nationen und mit Rücksicht auf die Notwendigkeit der Schaffung eines deutschen Hinterlandes im Osten für Wien, die Heimholung der deutschen Grenzbezirke Ungarns”* in die Wege zu leiten sei.<sup>120</sup>

Präzisiert wurden diese Forderungen durch den Wiener Abgeordneten Dr. Alois Heilinger<sup>A)</sup> in der folgenden Sitzung der Provisorischen Nationalversammlung, die am 30. Oktober stattfand. Heilinger stellte - wie er ausdrücklich betonte - *„in Vertretung des ungarischen Deutschtums, das einer eigenen politischen Vertretung entbehrt,”* den Entschließungsantrag, dass Österreich darauf drängen sollte, den *„Bewohnern der westungarischen Komitate Eisenburg, Wieselburg, Ödenburg und der Stadt Preßburg, die einen Teil des geschlossenen deutschen Sprachgebietes bilden,”* ein *„freies Selbstbestimmungsrecht einschließlich des Rechtes, sich für den Anschluß an den deutschösterreichischen Staat zu entscheiden”* zu gewähren.<sup>121</sup> Der Antrag wurde mit Applaus zur Kenntnis genommen und zur Weiterbehandlung an den Vollzugsausschuss der Nationalversammlung, der sich in eben dieser Sitzung als *„Deutschösterreichischer Staatsrat”<sup>B)</sup>* gebildet hatte, überwiesen.

Im Staatsrat erarbeitete man in den folgenden Tagen einen Entwurf einer *„Staatserklärung über Umfang, Grenzen und Beziehungen des Staatsgebietes von Deutschösterreich”*, der mit drei ausführlichen Beilagen zur weiteren Beratung im Plenum der Nationalversammlung am 12. November 1918 vorgelegt werden sollte. Hier hieß es: *„Das in den bisherigen Ländern der ungarischen Krone gelegene geschlossene deutsche, dem deutschösterreichischen Staate unmittelbar angrenzende Siedlungsgebiet ist dem deutschösterreichischen Staatsgebiet einzuverleiben”*.<sup>122</sup> Im Anhang III. wurde dieses Gebiet näher umschrieben: *„Das an den Staat Deutschösterreich anzugliedernde Gebiet Deutsch Westungarn besteht aus folgenden Teilen der Gespanschaften Preßburg, Wieselburg, Ödenburg und Eisenburg:*

- 
- A) Dr. Alois Heilinger (geb.1859 in Wien, gest. 1921 in Wien) Jurist und Lehrer am Technischen Gewerbemuseum Wien. Deutschnationaler Abgeordneter im Nö. Landtag und 1901 – 1918 im Reichsrat. 1918/19 Mitglied der Prov. Nationalversammlung
- B) Der *„Deutschösterreichische Staatsrat”* bestand aus den drei Präsidenten, dem deutschnationalen Politiker Dr. Franz Dinghofer, dem christlich-sozialen Prälaten Johann Hauser und dem Sozialdemokraten Karl Seitz, sowie 20 Mitgliedern. Ihm wurde sozusagen die volle Regierungsgewalt, soweit sie sich zu diesem Zeitpunkt überhaupt durchsetzen ließ, übertragen.



**Bild 30:** Die provisorische Nationalversammlung der Republik Deutsch-Österreich (Oktober 1918).

*Von der Gespanschaft Preßburg:*

*Die Freistadt Preßburg und die Gemeinden Engerau [Petržalka/Sk], Oberufer [Prievoz/Sk.], Theben [Devin/Sk]<sup>A)</sup> des Bezirkes Preßburg.*

*Von der Gespanschaft Wieselburg:*

*Alle Gemeinden des Bezirkes Neusiedl. Aus dem Bezirk Ragendorf alle Gemeinden außer Frauendorf [Dunakiliti/H]. Aus dem Bezirk Ungarisch-Altenburg die Gemeinden Andau, Gahling [Máriafalva/H], Kaltenstein [Levél/H], Kroatisch-Kimling [Horvátkimle/H], St. Johann bei Wieselburg [Mosonszentjános/H], St. Peter [Mosonszentpéter/H], Thaden [Tadten/Ö], Ungarisch-Altenburg [Magyaróvár/H], Ungarisch-Kimling [Magyarkimle/H], Wieselburg [Moson/H], Wüst-Sommerein [Hegyeshalom/H], Zanegg [Mosonszolnok/H].*

---

A) Die im Originaltext nicht enthaltenen modernen Ortsbezeichnungen wurden vom Autor hinzugefügt und unter [...] gesetzt.

*Von der Gespanschaft Ödenburg:*

*Die Freistädte Eisenstadt, Ödenburg und Rust. Alle Gemeinden der Bezirke Eisenstadt, Mattersdorf [Mattersburg/Ö] und Oberpullendorf. Aus dem Bezirk Ödenburg die Gemeinden Agendorf [Ágfalva/H], Baumgarten, Deutschkreutz, Frauenhaid, Harkau [Harka/H], Haschendorf, Holling [Fertőboz/H], Horitschon, Kalkgruben, Kierm [Gierm/Ö], Klingenbach, Kobersdorf, Kohlnhof [Kopháza/H], Kroisbach [Fertőrákos/H], Loipersbach, Mörbisch, Neckenmarkt, Oberpetersdorf, Raiding, Lackenbach, Lackendorf, Ritzing, Schattendorf, Tschurndorf, Unterpetersdorf, Wandorf [Bánfalva/H], Weppersdorf, Wolfs [Balf/H]. Aus dem Bezirk Tschapring [Csepreg/H] die Gemeinden Bleigraben [Olmod/H], Prössing [Peresznye/H], Roggendorf [Kisczenk/H], Siegersdorf [Horvátzsidány/H].*

*Von der Gespanschaft Eisenburg:*

*Die Freistadt Güns. Alle Gemeinden der Bezirke Güssing und Oberwarth. Aus dem Bezirke Güns die Gemeinden Allersdorf, Althodis, Bernstein, Bubendorf, Deutschgerisdorf, Dreihütten, Dürnbach, Glashütten bei Langeck, Glashütten bei Schlaining, Günseck, Hammer, Hodisch, Holzschlag, Kogl, Langeck, Lebenbrunn, Liebing, Lockenhaus, Mönchmeierhof, Oberkohlstätten, Podler, Pilgersdorf, Podgora, Rattersdorf, Rauriegl, Rechnitz, Redlschlag, Rettenbach, Rumpersdorf, Salmansdorf, Schachendorf, Steinbach, Stuben, Unterkohlstätten, Weiden, Zuberbach. Aus dem Bezirk Körmend: die Gemeinden Deutschbieling, Gaas, Hagensdorf, Luising, Moschendorf. Aus dem Bezirk Ölsnitz [Murska Sobota/Slo] die Gemeinden Fülxlintz [Fikšinci/Slo], Guitzenhof [Ocinje/Slo], Sinnersdorf [Kramarovci/Slo]. Aus dem Bezirk St.Gotthard die Gemeinden Bonisdorf, Deutsch-Kaltenbrunn, Deutsch-Minihof, Dobersdorf, Doiber, Eltendorf, Gertsch [Gritsch/Ö], Heiligenkreutz, Henndorf, Jakobsdorf [Jakobháza/H], Jennersdorf, Kalch, Königsdorf, Krieselstein [Grieselstein/Ö], Kroboteck, Krottendorf, Minihof, Mogersdorf, Mühlgraben, Neuhaus, Oberdrosen, Oberradling [Felsőrönök/H], Poppendorf, Potschendorf [Rosendorf/Ö], Raabfidisch [Ráabafüzes/H], Raabneumarkt [Neumarkt a.d.Raab/Ö], Rax, Rohrbrunn, Rudersdorf, St.Gotthard [Szentgotthárd/H], St.Martin, Tauchen, Unterradling [Alsórönök/H], Unterzeming [Alsószölnök/H], Weichselbaum, Wallendorf, Welten, Windisch-Minihof, Zahling. Aus dem Bezirk Steinamanger die Gemeinden Deutsch-Großdorf [Vaskeresztes/H], Deutsch-Schützen, Eberau, Edlitz, Großnahrung [Nagynárda/H], Höll, Kathrein, Kleinnahrung [Kisnárda/H], Kroatisch-Schützen [Horvátlövvő/H], Kulm, Oberbildein, Oberschilding [Felsőcsatár/H], Pernau [Pornóapáti/H], Prostrum [Szentpéterfa/H], Schandorf, Schauka, Ungarisch-Großdorf [Vaskeresztes/H], Unterbildein, Unterschilding [Alsócsatár/H], Winten.*

*Die angeführten Gebietsteile der Gespanschaften Preßburg, Wieselburg und Ödenburg sind an Niederösterreich, jene der Gespanschaften Eisenburg an Steiermark anzugliedern.*

*Das an Deutschösterreich anzugliedernde Gebiet Westungarns wird gegen Ungarn durch einen Grenzzug abgeschlossen, der folgendermaßen verläuft: Von der Stadt Preßburg zur großen Donau, längs dieser bis zur Abzweigung des die Kleine Schütt einschließenden Donauarmes und an diesem entlang bis südlich von Wieselburg, dann in südwestlicher Richtung zum Waasen (Hanság) und zur Südostecke des Neusiedlersees; vom Südwestwinkel des Sees in südlicher Richtung über Güns zum Knie der Pinka westlich von Steinamanger und längs dieses Flusses beinahe bis zu seiner Einmündung in die Raab knapp westlich von Körmend, sodann zur Raab bei St. Gotthard und diese überschreitend in südwestlicher Richtung zur steirischen Grenze nordöstlich von Radkersburg. Das so abgegrenzte Gebiet umfaßt das geschlossene deutsche Sprachgebiet Westungarns (über 300.000 deutsche Einwohner in mehr als 300 Gemeinden) mit Einschluß der darin verstreuten kroatischen Siedlungen, deren Bevölkerung zum großen Teil auch deutsch spricht, einiger am Ostrande dieses Sprachgebietes gelegener, erst in allerjüngster Zeit in künstlicher Magyarisierung begriffener Gemeinden (Ungarisch-Altenburg, Wieselburg, Güns und St. Gotthard) sowie ganz vereinzelter magyarischer Sprachinseln. Hingegen sind in der Nähe der deutschen Sprachgrenze gelegene deutsche Sprachinseln im magyarischen oder slowakischen Gebiete nicht einbezogen worden."*

Schon die oben angeführte Aufzählung der Orte - wo Dörfer mit nur wenigen Häusern erwähnt, aber große Marktorte fehlen - zeigt, wie wenig vorbereitet und informiert man in Wien über das neu zu erwerbende Gebiet im Detail war. Es war dies aber kein Wunder, denn zu diesem Zeitpunkt waren die Probleme, die die neue „Regierung“ in Wien zu bewältigen hatte, chaotisch und von gigantischem Ausmaß: Ein neuer Hungerwinter stand vor der Tür, aus Kohlemangel standen viele Fabriken still und die Eisenbahnen verkehrten nur mehr unregelmäßig. Weite Gebiete des Territoriums, das - da von Deutschen bewohnt - zu Deutsch-Österreich gehören sollte, wurden in Böhmen und Mähren von den Tschechen, in Kärnten und Südsteiermark von den Slowenen und in Südtirol von den Italienern besetzt. Der Kurs der Kronen-Währung verfiel dramatisch und weite Teile der Wirtschaft zerfielen durch die neuen Grenzen, die die Nachfolgestaaten der Donaumonarchie gegeneinander aufzurichten begannen.

In der Debatte der provisorischen Nationalversammlung über die „Staatserklärung“ am 14. November 1918 erneuerte Alois Heilingner seine seinerzeitige Forderung und meinte, dass es einerseits die katastrophale Ernährungssituation von Wien, andererseits die Ereignisse in Westungarn, wo immer mehr Leute den

Anschluss an Österreich erwarten und teilweise bereits die ungarischen Behörden abgesetzt hätten, erfordern, dass man das Gebiet für Österreich in Besitz nehme, oder zumindest in der „Staatserklärung“ gesetzlich als bereits zu Deutsch-Österreich gehörig festlege. Sein Vorschlag wurde von mehreren Rednern, darunter den beiden christlichsozialen Abgeordneten Franz Parrera) und Gruberb), die die niederösterreichischen Wahlkreise Bruck an der Leitha und Wiener Neustadt vertraten und so ein großes Nahverhältnis zu Westungarn hatten, sowie von Raimund Neunteufel unterstützt.<sup>123</sup> Parrer formulierte schließlich einen Wortlaut, in dem es heißen sollte: *„Zu Deutschösterreich gehören auch die deutschen Gebiete in Ungarn, und zwar die Komitate Ödenburg, Wieselburg, Eisenburg und die durch ein späteres Gesetz zu bestimmenden Teile des Komitates Preßburg“* Diese Formulierung stieß, da sie weit über die deutschen Gebiete hinausgriff, auf berechtigte Bedenken, wobei der Leiter der Staatskanzlei Dr. Karl Renner darauf hinwies, dass die vorgeschlagene Formulierung eine förmliche Annexion des Gebietes bedeute und einer Kriegserklärung an den Nachbarstaat gleichkäme. Zwar seien die Tschechen gerade dabei oberungarische Gebiete mit Militärgewalt zu besetzen, doch könne sich dies Österreich aus vielerlei Gründen nicht leisten, man müsse das Problem auf einem Friedenskongress lösen. Auch in der nächsten Sitzung warnte Renner wörtlich: *„Das lebhafteste Gefühl für die nationale Eigenart und für das nationale Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in Westungarn darf uns nicht dazu verleiten, hier wo wir für die ganze Nation und mit auch für die Deutschen Westungarns verantwortlich handeln sollten, uns selbst an schönen Worten zu berauschen, zu berauschen an Vorstellungen, daß man zur Waffengewalt greifen müsse, wo doch jedermann weiß, daß die anderen die Waffen in der Hand haben und nicht wir.“* Um die Lage nicht weiter aufzuheizen, wurde die Angelegenheit an die entsprechenden Ausschüsse zurückverwiesen.

Natürlich reagierte Ungarn auf diese Debatten. Während aber die westungarischen Zeitungen eher zurückhaltend bis sachlich reagierten, und hinter den Schlagzeilen wie *„Österreich will Westungarn annektieren!“*<sup>124</sup>, oder *„Der österreichische Staatsrat fordert die Einverleibung Westungarns“*<sup>125</sup> nur kurze, lapidare Berichte folgten, erhob sich in Budapest eine Welle der Empörung. Die ungarische Regierung verhängte demonstrativ härtere Grenzkontrollen und - was

---

A) Franz Benedikt Parrer (geb. 1875 in Mauer bei Wien, gest. 1944 in Küb) Bauer, Gastwirt und Bürgermeister von Mannersdorf in NÖ. Seit 1911 Reichsratsabgeordneter des Wahlkreises Bruck a.d.L. der Christlich-sozialen Partei.

B) Rudolf Gruber (geb. 1864 in Sollenau, gest. 1926 in Sollenau) Bauer, Gastwirt und Bürgermeister von Sollenau. Obmannstellv. des Nö. Bauernbundes. Seit 1907 christlich-sozialer Reichsratsabgeordneter des Wahlkreises Wiener Neustadt.

noch schmerzlicher war – man drosselte drastisch die Lebensmittelausfuhr nach Österreich. So sah sich das Staatsamt für Äußeres in Wien veranlasst, nachfolgende beruhigende Erklärung zu veröffentlichen: *„Die Erklärung des Staatsrates vom 17. November 1918 erfolgt als Antwort auf Ansuchen, welche Deputationen der westungarischen deutschen Bauernschaft dem Staatsrat vorgelegt hatten. Dem Staatsrat selbst liegt es ferne, in dieser Frage die Initiative zu ergreifen und agitatorisch vorzugehen. Er erhebt aber Anspruch darauf, auf der Friedenskonferenz für das Recht der Bevölkerung dieser Gebiete, selbst über ihre staatliche Zugehörigkeit zu entscheiden, einzutreten. Was die Lebensmittelversorgung aus diesen Gebieten anbelangt, liegt es dem Staatsrat ferne, das Verfügungsrecht der ungarischen Regierung über die Lebensmittelüberschüsse ihres Verwaltungsgebietes zu bestimmen. Er will daher Lebensmittel aus diesen Gebieten nur mit Zustimmung der ungarischen Regierung beziehen. Der Staatsrat spricht jedoch den Wunsch aus, daß es die ungarische Regierung ermögliche, daß die Lebensmittelüberschüsse der deutschen Gebiete Westungarns den notleidenden Gebieten Deutsch-Österreichs zugeführt werden.“*<sup>126</sup>

Wie oben angedeutet, hatte man sich in den Parteigremien in Wien auf einen, der schwierigen außenpolitischen Lage entsprechenden Kompromiss geeinigt und beschloss am 22. November 1918 mehrheitlich das „Gesetz über Umfang, Grenzen und Beziehungen des Staatsgebietes von Deutschösterreich“, womit die Republik Deutschösterreich die Länder Niederösterreich einschließlich des Kreises Deutsch-Südmähren und des deutschen Gebietes um Neubistritz (Nová Bystrice), Oberösterreich einschließlich des Kreises Deutsch-Südböhmen, Salzburg, Steiermark und Kärnten mit Ausschluss der geschlossenen jugoslawischen Siedlungsgebietes, die Grafschaft Tirol mit Ausschluss des geschlossenen italienischen Siedlungsgebietes, Vorarlberg, Deutschböhmen und Sudetenland, sowie die deutschen Siedlungsgebiete von Brünn (Brno), Iglau (Jihlava) und Olmütz (Olomouc) umfassen sollte.<sup>127</sup> Von Deutsch-Westungarn war hier nicht mehr die Rede. Dieses forderte man in einer gleichzeitig beschlossenen „Staatserklärung“, wo es im Punkt 5 hieß: *„Die geschlossenen deutschen Siedlungsgebiete der Komitate Preßburg, Wieselburg, Ödenburg und Eisenburg gehören geographisch, wirtschaftlich und national zu Deutschösterreich, stehen seit Jahrhunderten in innigster wirtschaftlicher und geistiger Gemeinschaft mit Deutschösterreich und sind insbesondere der Stadt Wien zur Lebensmittelversorgung unentbehrlich. Darum muß bei den Friedensverhandlungen darauf bestanden werden, daß diesen deutschen Siedlungen das gleiche Selbstbestimmungsrecht zuerkannt werde, das nach wiederholten Erklärungen der ungarischen Regierung allen anderen Völkern Ungarns eingeräumt ist.“*<sup>128</sup>

Mit dieser Forderung nach einer Volksabstimmung hatte das deutschösterreichische Parlament den grundsätzlichen Gebietsanspruch gewahrt, die Entscheidung

darüber aber der Friedenskonferenz anheim gestellt, somit diese Frage zu einem internationalen Problem erhoben und ihr vorläufig die Schärfe genommen. Mit dieser Formulierung war aber auch der offizielle außenpolitische Kurs abgesteckt, den die deutschösterreichische Regierung bis zu Beginn der Friedensverhandlungen zu beschreiten hatte.<sup>129</sup>

Auf unterer Ebene arbeitete man aber unverdrossen, ja mit steigendem Einsatz weiter, das Ziel zu erreichen. Den Mittelpunkt bildete dabei nach wie vor der „Verein zur Erhaltung des Deutschtums in Ungarn“, zu dem immer mehr Leute aus Westungarn selbst stießen. Als Thomas Polz Mitte November 1918 von der russisch-ukrainischen Front zurückkehrte, widmete er sich sofort wieder dieser Vereinsarbeit.<sup>130</sup> Da aber im Laufe der Wochen im Verein die Debatten mit den „um das ganze ungarländische Deutschtum“ besorgten „Autonomisten“ nicht nachließen, und es auch zu Spannungen mit einzelnen „Vereinsgrößen“ kam, die wie Polz in seinen Memoiren schrieb - „*sich in die Mentalität unseres Volkes nicht hineinpassen konnten*“ verlegte Polz die Aktionen immer mehr in die „landsmannschaftliche“ Ortsgruppe „Deutsche Landsleute aus Ungarn“ Hier gewann er bald in dem jungen, aus Ödenburg stammenden Mittelschullehrer Dr. Alfred Walheim einen wertvollen, engagierten Mitarbeiter. Auch Josef Reichl arbeitete wieder mit und schrieb eine Reihe von Zeitungsartikeln, die beachtliches Echo besonders bei seinen in Wien und in anderen Städten Österreichs lebenden Landsleuten auslösten. Er sprach den Menschen so richtig aus der Seele, wenn er in der „Ostdeutschen Rundschau“ vom 21. November 1918 schrieb: „*Selbstbestimmungsrecht, die heutige Übersetzung des alten Spruches: „Volkes Stimme ist Gottes Stimme“, ist ein Wahrwort, das in diesem Weltkrieg geschaffen und bis zu einer Reife ausgestaltet wurde, die seine praktische Verwirklichung und die Umsetzung ins Volksleben ermöglicht und gestattet!...Wir dürfen nicht immer die Langsamten, die Duldsamen, die Letzten sein, wir müssen mit kraftvollen, mit freudezitternden Händen, mit entschlossenem Sinn schnell und bewußt dieses heilige Recht, welches uns die Geschichte heute entgegenstreckt, ergreifen, das Recht unseres freien Entschlusses, unsere Selbstbestimmung. Heute schlägt unsere Entscheidungsstunde für Jahrhunderte hinaus... Der Augenblick ist gekommen, den wir uns nicht durch ein zauderndes Überlegen und schwächliches Handeln verscherzen dürfen, den wir nützen müssen als freie und mutige Männer.*“<sup>131</sup>

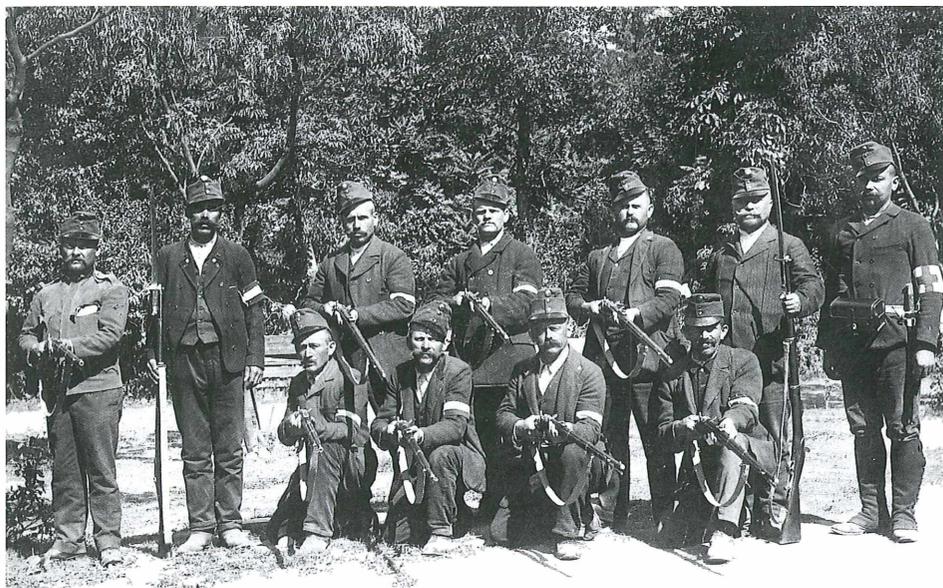
Inzwischen hatte die Revolution auch die Dörfer von Westungarn längst erreicht. Schon im Spätsommer hatten sich in den Zeitungen, die damals infolge Transportproblemen nur mehr unregelmäßig in die Dörfer kamen, Hiobsbotschaft auf Hiobsbotschaft gehäuft. Man hörte von Abwehrschlachten, Rückzügen an der Front und dem Scheitern einer deutschen Offensive im Westen, von sozialen

Unruhen und Hunger-Demonstrationen in den Industriegebieten und in den Großstädten. Seit Monaten erlebte man drastisch den rapid fortschreitenden Verfall der nur unter äußerster Kraftanstrengung laufenden Kriegswirtschaft und der inneren staatlichen Ordnung und Sicherheit. Im Hinterland zerbröckelte und zerfiel nun auch schon die einst stolze Armee, jetzt die letzte Klammer, die Österreich-Ungarn bis dahin noch zusammengehalten hatte. Man erlebte, wie die Zahl der Deserteure trotz verschärftem Kriegsrechts lawinenartig zunahm, man hörte von Meutereien in den Kasernen, die man nur mehr mit brutaler Härte oder mit Versprechungen notdürftig dämpfen konnte. So meuterte eine tschechische Einheit im Minenwerfer-Ausbildungslager von Hornstein. Eiligst brachte man einige loyale Kompanien aus Ödenburg, die man mit blutjungen Kadetten der Militäroberrealschule verstärkt hatte, heran. Sie umzingelten das Lager und gingen kriegsmäßig in Stellung. Um ein Blutvergießen zu vermeiden, gaben die Meuterer zwar auf, nicht jedoch ohne vorher Straffreiheit zugesichert zu bekommen. Aber auch in den Kasernen von Ödenburg und Steinamanger gährte es. Es wurden auch hier bereits Soldatenräte - also eine Art von Soldaten-Gewerkschaft gegründet, und der Ödenburger Stadtkommandant wurde gezwungen, drei „missliebige“ höhere Offiziere aus der Garnison weg zu versetzen.<sup>132</sup>

In den letzten Oktobertagen erfuhr man, dass im benachbarten Wiener Neustadt Eisenbahnzüge voll mit Soldaten eintrüfen, die sich bereits in größeren Einheiten selbständig von der Front gelöst hätten und nun auf eigene Faust ihrer Heimat zustrebten. Sie hatten die Züge teilweise unter Androhung von Waffengewalt in die Hand genommen und fuhren nun nach Polen, Böhmen und Ungarn zurück. Dabei ließen sie - da ihre Versorgung mit Lebensmitteln total zusammenbrach - eine Spur von Plünderung in den Bahnhöfen und in den wenigen noch vorhandenen militärischen, aber auch zivilen Lebensmitteldepots zurück. Unter sie mischten sich Kriegsgefangene, da manche Wachabteilung sich ebenfalls verlaufen und das Lager seinem Schicksal überlassen hatte. Unter der Zivilbevölkerung verbreitete sich Schrecken, und da und dort begannen sich die Einheimischen zu bewaffnen. So brach auch in Ödenburg Panik aus, als sich das Gerücht verbreitete, dass die Kriegsgefangenen des Neckenmarkter Lagers die Dörfer der Umgebung plünderten. Mit großer Erleichterung stellte man aber bald fest, dass nur kleinere Gruppen von Russen in die Dörfer gegangen waren, um dort von den Bauern Brot zu erbetteln. Auch die Alarmmeldung, dass sich eine große Anzahl von Arbeitern der Wöllersdorfer Rüstungsfabriken anschicke, „drüben im Ungarischen“ mit Gewalt Lebensmittel aufzutreiben, erwies sich glücklicherweise als falsche Nachricht.<sup>133</sup> Dennoch stellte man eiligst in Ödenburg und bald darauf auch in anderen Orten - eine „Nationalgarde“ (Nemzetőrség) zum Schutz der eigenen Stadt und Heimat auf, die dem inzwischen gebildeten Ödenburger „Nationalrat“ unterstellt wurde.

Schon wenige Tage später konnte die „Grenzpost“ berichten: *„Die ganze Garnison mit ihren Offizieren an der Spitze habe das Gelöbnis als Armee des Nationalrates abgelegt, und steht zu erwarten, daß der ganze militärische Apparat, aus durchaus verlässlichen Elementen gebildet, schon in den nächsten Tagen entsprechend fungieren wird. Auch die Organisation der Bürgerschaft zum Sicherheitsdienst macht erfreuliche Fortschritte...Daß dies dringend nötig war, beweisen die traurigen Vorgänge bei der Turnhalle auf der Pfarrwiese, wo lichtscheues Gesindel Sonntag früh das militärische Magazin zu plündern begann. Mehrere wackere Militärs, sowie die Nationalgarde machten dem schmählichen Treiben ein radikales Ende. Gegen die Plünderer wird energisch eingeschritten und die Namen derselben durch Plakatierung an den Pranger gestellt...[Die Nationalgarde] organisiert nicht nur in der Stadt den Dienst der öffentlichen Sicherheit, sondern leistete auch dem Komitat in mehreren Fällen Hilfe und entsendete unter anderem nach Csorna und Kapuvár, von wo Unruhen gemeldet wurden, bewaffnete Abteilungen...“*<sup>134</sup> Doch so einfach und locker, wie es der Artikel der „Grenzpost“ darstellte, war die Sache nicht: In vielen Dörfern kam es zu Ausschreitungen und Plünderungen, ja in einigen, wie z.B. Hornstein, Pötsching, Steinberg, Nikitsch, Mannersdorf an der Rabnitz oder Neudorf bei Parndorf, kam es sogar zu bewaffneten Kämpfen; in letzterem Ort wurde dabei der Notär tödlich verwundet. Die eingesetzten Ordnungskräfte, die Ödenburg schicken konnte, waren auch nicht so „großartig“, wenn man hört, dass z.B. zur Niederschlagung des „Aufstandes von Pötsching“ nur mit Mühe eine zusammengewürfelte Ordnungstruppe von etwa 50 Gendarmen, 20 Soldaten des Inf. Reg. Nr. 76 und einigen Studenten und Bürgern der Stadt zusammengestellt und dorthin entsandt werden konnte.

Die sich explosionsartig verbreitenden Unruhen und Exzesse waren ausgebrochen, als die ersten Soldaten und Kriegsgefangenen in ihre Dörfer heimkehrten und dort einen schmerzlichen Schock erlebten. Sie hatten oft viele Jahre lang an der Front ärgste Entbehrungen auf sich genommen, mit dem Bewusstsein, dass sie das tun müssten, um ihr Vaterland, ihr Heimatdorf, ihre Familien zu schützen. Wenn sie in den Kampfpausen in den Schützengräben Italiens oder halb erfroren beim Wachestehen in den eiskalten Winternächten der Karpaten an zu Haus dachten, hatten sie unbewusst die heile Welt, die sie vor Jahren zu Hause verlassen hatten, vor Augen. Als sie nun zurückkehrten und die ungeheure Not ihrer Familien sahen, wie abgehärmt ihre Frauen, wie unterernährt ihre Kinder waren und erfuhren, dass Haus und Hof bei den Kaufleuten verschuldet seien, entlud sich ihre bittere Enttäuschung und Wut auf jene, „die schuld an diesem Krieg waren“ und die sich „als Kriegsgewinnler“ noch an der Not der anderen Menschen bereichert hatten. So wandte man sich gegen die Symbole der alten Macht, zererschlug die Wappen der Monarchie, zerfetzte die Kaiserbilder, beschimpfte und



*Bild 31: Die „Nationalgarde“ von Loretto (November 1918).*

verprügelte die Dorfnotäre - sie waren ja vielfach die einzigen Beamten im Dorf und somit die übrig gebliebenen Repräsentanten des nun gehassten alten Regimes. Man vertrieb in etlichen Dörfern die meist schwach besetzten Gendarmerieposten, und in einigen Gemeinden wurden sogar die Pfarrer angepöbelt und ihre Pfarrhöfe angegriffen. Man plünderte natürlich auch die noch vorhandenen Vorratslager des Staates, deren Inhalt ja ohnehin „von der Bevölkerung erpresst worden war.“ Man beraubte auch vereinzelt Gutshöfe des Adels und da und dort die Läden jüdischer Kaufleute jenen „Kriegsgewinnlern“, die man im Dorf zur Hand hatte. So kam es zu den ersten unheilvollen antijüdischen - damals noch durchaus rein „antikapitalistischen“ Wellen auch im Bereich des späteren Burgenlandes, denen leider noch mehrere folgen sollten.

Der Vizespan des Ödenburger Komitates, Antál Hajas, erließ einen Aufruf, in dem er die Verhängung des Ausnahmezustandes androhte. Er forderte in einem weiteren Rundschreiben alle Gemeinderepräsentanzen auf, in ihren Gemeinden selbst durch eine eigene „Nationalgarde“ (Népország) die öffentliche Ordnung wiederherzustellen und zu sichern. Die Gemeinden leisteten dem weitgehend Folge, und bald gründete man, um überregional schlagkräftig zu sein, Bezirkskommandos, die die Tätigkeit der Selbstschutzformationen leiten und koordinie-

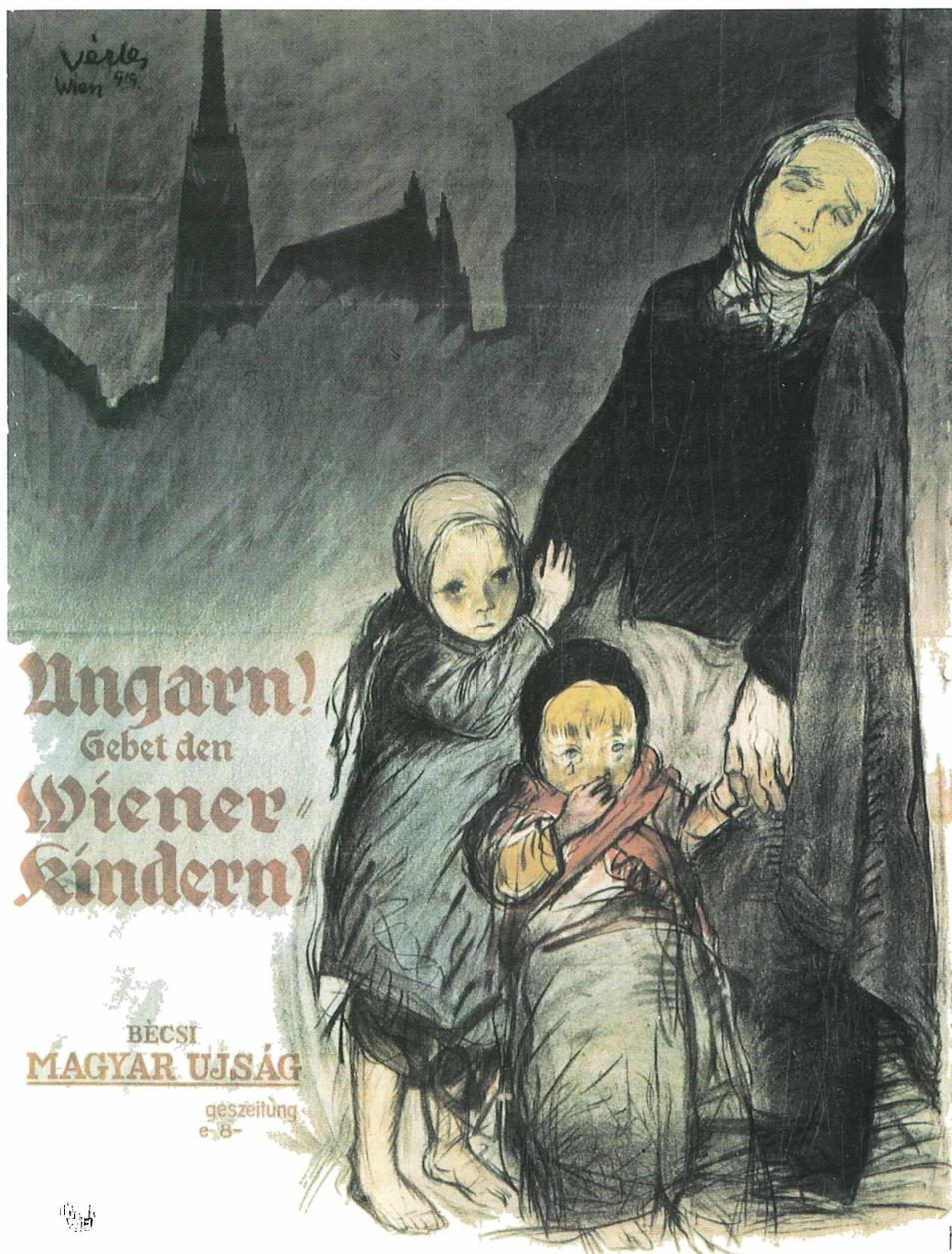
ren sollten. So übernahm z. B. der Hauptmann der Reserve und Walbersdorfer Ziegeleibesitzer, Anton Schreiner<sup>A)</sup>, das Oberkommando über alle Garden des Bezirkes Mattersburg<sup>135</sup> und der Oberstuhlrichter von Oberpullendorf, Josef Pleininger, nahm in seinem Wirkungsbereich mit Hilfe einiger gerade aus dem Krieg zurückgekehrten Offiziere eine ähnliche Position ein.<sup>136</sup>

Zunächst hatte man die Nationalgarden aufgefordert, sich die notwendigen Waffen „durch verlässliche Leute“ aus den Kasernendepots in Ödenburg abzuholen. Doch dann zögerte man diese Waffenausgabe hinaus, da man, durch mehrere Vorfälle gewarnt, fürchten musste, dass bewaffnete Dorfmilizen gerade hier im Grenzgebiet ein Risikofaktor für den ungarischen Staat werden könnten. Aus vielen Teilen des deutschen Siedlungsgebietes – besonders aus den Bezirken Neusiedl am See, Eisenstadt und Mattersburg, aber auch aus dem Süden des Landes – mehrten sich nämlich Meldungen, die die Gefahr eines Abfalles dieser Gebiete von Ungarn befürchten ließen.

Glücklicherweise hörten die schlimmen „revolutionären“ Exzesse bald auf, und allmählich kehrte bis Anfang Dezember etwas mehr Ruhe im Land ein. Es gelang sogar die Bewachung der großen Gefangenenlager von Neckenmarkt, Frauenkirchen und Neusiedl am See, wo noch immer mehrere tausend Kriegsgefangene interniert waren, durch verlässliche Leute in die Hand zu nehmen und deren Heimtransport in die Wege zu leiten.<sup>137</sup> Doch waren damit die brennenden Fragen der materiellen und sozialen Zukunft des Landes bei weitem nicht geklärt. Die „Grenzpost“ fasste in ihrem Leitartikel am 3. November 1918 die Situation klar zusammen: *„Noch steht die Entscheidung über Grenzberichtigungen und Gebietsfragen in weite Ferne gerückt, denn erst die Friedensverhandlungen werden darüber ernstlich zu entscheiden haben. Aber alle beteiligten Kreise beschäftigen sich naturgemäß immer lebhafter mit dieser Sache, welche ihre Lebensinteressen und ganze Zukunft empfindlich berührt. Auf Grund der Wilson'schen Formeln, sowie auf Grund der Forderungen verschiedener Nationalitäten gelangten bekanntlich für Westungarn drei Eventualitäten ihre zukünftige Gestaltung betreffend in Umlauf. Die erste und kräftigste, also jene die man offen propagieren kann, ist vorläufig der Plan, bei Ungarn zu verbleiben. Alle leitenden Personen der Politik treten dafür natürlich mit großer Entschiedenheit ein, und besonders Graf Károlyi mit Anhang verharren unent-*

---

A) Anton Schreiner (geb. 1873 in Neudörfel, gest. 1932 in Walbersdorf). Offizier, dann Betriebsleiter in der Ziegelei seines Schwiegervaters in Walbersdorf. Mitarbeiter beim Aufbau der Christlichsozialen Bewegung in Burgenland. Abgeordneter zum Bgld. Landtag 1927-1930, 1928/29 und 1930/31 Landeshauptmann des Burgenlandes.



**Bild 32:** Plakat mit dem Aufruf, die ungarischen Lebensmitteltransporte für Wien weiterzuführen. 1919. Entwurf Marcell Vértés (126 cm x 95 cm)

wegt auf ihrem Standpunkt der Unversehrtheit des ganzen Gebietes der ungarischen Krone. Demgegenüber wird in Österreich die Forderung immer lauter, Westungarn an die benachbarte deutsch-österreichische Republik anzugliedern. Der dritte Plan stammt von slawischer Seite und ist jener unglücklichen geographischen Lage entsprungen, welche den neuen tschecho-slowakischen Staat vom Meere trennt. Um diesem Mangel abzuhelpfen, haben tschechische Politiker die Forderung erhoben, einen Gebietskorridor in Westungarn zu schaffen, der eine Verbindung der Südslawen und dem Meere einerseits, und dem tschechoslowakischen Staat andererseits schließt...Bei der Entscheidung dieser Streitfrage aber hat selbst nach der Wilsonschen Formel die Bevölkerung Westungarns zu entscheiden, auf Basis des allgemein anerkannten Selbstbestimmungsrechtes der Völker und Nationen. Eine Umfrage der „Grenzpost“ in den verschiedenen Bevölkerungsschichten läßt folgendes Resultat erkennen: Ein großer Teil des deutschsprachigen Bauernstandes hat gegen den Anschluß an Österreich gewisse Bedenken, weil dort, einem Industrieland, die Verordnungen über Requirierungen der Lebensmittel viel strenger gehandhabt werden, als im Agrarstaat Ungarn. Hingegen sympathisieren weite Kreise des Gewerbe-, Kaufmanns- und Arbeiterstandes mit der Republik Österreich...Man hofft vom republikanischen Österreich mehr Demokratie und Sozialpolitik, als vom leider noch immer rückständigen Ungarn, das bei seiner demokratischen Neuordnung das letzte Land im Weltkriege war. In allen Bevölkerungsschichten greift aber ohne Unterschied eine Forderung immer mehr um sich: Mehr Raum und Geltung für die deutsche Sprache! So besonders in der Schule, Gerichtsbarkeit und dem Verkehr mit den Ämtern. Diese Bewegung nimmt immer mehr politische Formen an und tritt auch schon offen auf...Noch gärt und brodeln es also in der Volksseele, aber die Zeit ist nicht mehr fern, wo auch die deutschsprachigen Bürger in Westungarn ihre Wünsche offen zum Ausdruck bringen werden.“<sup>138</sup> Schon drei Tage später veröffentlichte die „Grenzpost“ einen Artikel eines anonymen, aber offensichtlich prominenten Schreibers aus Pressburg, in dem es hieß: „Wenn heute in Ungarn bereits die Slowaken, Rumänen und sogar die Serben sich rühren, wenn man bereits gezwungen ist, mit deren Führern zu verhandeln, so dürfen die Deutschen West- und Südungarns selbstverständlich nicht zurückbleiben! Wir werden ganz einfach erklären: Wir sind treue Bürger dieses Staates, wir fordern auch ein selbständiges, unabhängiges Ungarn, wir wollen aber hier diesselben Rechte haben, wie die Magyaren. Wir wollen erreichen, daß die deutsche Muttersprache frei und unbeschränkt in allen Institutionen des Staates, wie auch im privaten Leben zur vollen Geltung kommt und gebraucht werden darf, wir fordern mit einem Wort ganz entschieden das Selbstbestimmungsrecht, die Autonomie der Nationalitäten.“<sup>139</sup>

Die Regierung in Budapest war bereit einzulenken und bemühte sich schon

Anfang November durch eine Reihe von Maßnahmen, die ihren aufrichtig gemeinten Willen zur Verständigung mit den Nationalitäten demonstrieren sollten, eine günstige Atmosphäre für die bevorstehenden Verhandlungen zu schaffen. So wurde vor allem das bei den nichtmagyarischen Nationalitäten verhasste Apponyische Schulgesetz aufgehoben. In den Grundschulen wurde erlaubt, ab nun die jeweilige Volkssprache als Unterrichtssprache zu verwenden und der Zwang aufgehoben, schon in der ersten und zweiten Volksschulklasse ungarisch zu unterrichten. Auch wurde in den Gymnasien erlaubt, die Minderheitensprachen als Unterrichtsfach einzuführen.<sup>140</sup> Leider wurden diese Verordnungen teilweise von den lokalen Behörden boykottiert oder hintertrieben. Man erklärte, dass es keine entsprechenden Lehrbücher gebe und dass man für eine rasche Umsetzung der Neuerungen keine entsprechenden Lehrkräfte besitze. Viele deutsche Gemeinden beschlossen schließlich aus eigener Machtvollkommenheit, die deutsche Unterrichtssprache in ihrer Volksschule einzuführen und sich in Schulfragen nicht mehr an die staatlichen Behörden zu halten.

## **Westungarn zwischen „Autonomie in Ungarn“ und „Anschluss an Österreich“**

Da viele der ungarischen Beamten schon zu Beginn der revolutionären Ausbrüche in den Dörfern fluchtartig ihre Einsatzorte verlassen hatten, und vor allem auch die Spitzen der regionalen Behörden, wie etliche Stuhlrichter, es vorgezogen hatten, sich in ihre innerungarischen Heimatorte „auf Urlaub zu begeben“, war es dringend notwendig, neue örtliche Ordnungskräfte und Autoritäten einzusetzen. Das Signal dazu hatte schon am 31. Oktober die Zentralregierung in Budapest selbst gegeben, als man aufrief, lokale Nationalräte zu bilden und örtliche Sicherheitskräfte zum Schutz des öffentlichen und privaten Eigentums zu organisieren. Schon tags darauf konstituierte sich - wie übrigens in den meisten Komitatsvororten Ungarns - auch in Ödenburg ein solcher Nationalrat mit dem Führungsanspruch über das ganze Komitat, dem sich die alten Komitatsbehörden zögernd fügten. Zu „konstituierenden“ Präsidenten dieses „Nationalrates für Stadt und Komitat Sopron“, der seinen Sitz im Ödenburger Rathaus nahm, wurden der allseits angesehene, gemäßigte Sozialdemokrat Ladislaus Fischl und Prof. József Faragó, ein „linksintellektueller“ Lehrer am Realgymnasium von Ödenburg, gewählt. Der dritte Vorsitzende und eigentliche Führer wurde aber Géza Zsombor. Er war eine schillernde Persönlichkeit, die sich vom Friseurmeister zum Journalisten und Zeitungsherausgeber und schließlich zum lokalen

Führer der „Bürgerlich-Radikalen Landespartei“ (Országos Polgári Rádikalís Párt) entwickelte. Fast zwei Jahrzehnte lang war er als radikaler Außenseiter, der enorme kämpferische und demagogische Fähigkeiten an den Tag legte, der Führer des Ödenburger Kleinbürgertums und als solcher Mitglied des städtischen Gemeinderates. 1914 schloss er sich der neugegründeten Bürgerlich-Radikalen Partei Oszkár Jászis an, die eine durchgreifende Demokratisierung Ungarns zum Ziel hatte. Sie forderte vor allem die rasche Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes, weiters tiefgreifende soziale Reformen, wie eine großzügige Bodenreform zugunsten der Kleinbauern, freie Wirtschaft mit Förderung der Privatinitiative und der Verantwortung des Individuums, eine totale Verstaatlichung aller Schulen, wie auch die Trennung von Kirche und Staat. Den einzelnen Nationalitäten sollte man - den Vorstellungen Jászis entsprechend nach dem Vorbild der Schweiz weitgehende kulturelle Autonomie gewähren. Und man sollte endlich das Nationalitätengesetz von 1867 verwirklichen, um damit die Integrität Groß-Ungarns zu sichern, das von Österreich völlig unabhängig, aber mit diesem in einer Personalunion verbunden bleiben sollte.

Da die Bürgerlich-Radikale Partei jetzt eine der Stützen der Regierung Károlyi war, und deren Chefideologe, Oszkár Jászi, als Nationalitätenminister - genau gesagt „der mit der Vorbereitung des Selbstbestimmungsrechts der in Ungarn lebenden Nationen beauftragte Minister ohne Portefeuille“ - im Kabinett saß, hatte der ehrgeizige Zsombor beste Beziehungen in die Hauptstadt, die er auch sofort weidlich nützte. Ebenso hatte Zsombor nach wie vor beste Verbindungen zu verschiedenen deutschen Nationalitätenpolitikern, insbesondere zu dem siebenbürgisch-sächsischen Reichstagsabgeordneten Rudolf Brandsch. Ständig an allem interessiert wirkte er von Anfang an an der Schaffung des „Deutschen Volksrates für Ungarn“ mit. Da er jedoch bald einsah, dass die Probleme des gesamten ungarländischen Deutschtums zu vielfältig und zerspalten seien, um sie politisch „unter einen Hut“ bringen zu können, entwickelte er bald den Plan, einen eigenen „Deutschen Volksrat für Westungarn“ zu gründen, der sich in erster Linie nur um die speziellen Anliegen seiner Landsleute in der engeren Heimat kümmern sollte.

Da Zsombor wahrscheinlich mit Recht befürchtete, dass dieses Vorhaben in Ödenburg, dessen Bevölkerung schon sehr magyarisiert war, und wo die alte Bürokratie noch großen Einfluss hatte, nicht ganz so leicht über die Bühne zu bringen wäre, lud er für den 10. November 1918 zu einer konstituierenden Sitzung dieses Volksrates nach Mattersburg ein. Aus der geplanten Sitzung im Saal des Hotels „Zur Post“ wurde unerwartet eine riesige Volksversammlung von vielen hunderten Menschen aus der ganzen Umgebung, sodass man diese auf den Platz vor dem Hotel verlegen musste. Zsombors Rede, in der er „die Sünden des

alten Regimes“ geißelte und das Volk aufrief „im Geist der Völkerfreiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit der Nationen“ sein Schicksal nun selbst in die Hand zu nehmen, wurde mit Begeisterung aufgenommen und dem Forderungsprogramm einer „deutschen Autonomie“ zugestimmt. Es wurden hier aber auch Stimmen laut, die stürmisch den Anschluss Deutsch-Westungarns an Österreich forderten. Per Akklamation wurde schließlich der „Deutsche Volksrat für Westungarn“ konstituiert und Géza Zsombor zu dessen Präsident gewählt.<sup>141</sup>

Schon am nächsten Tag, dem 11. November 1918, kam es ob mit Zsombor abgesprochen, oder rein zufällig zu einer weiteren Volksversammlung in St. Margarethen, die vom dortigen Kaufmann Michael Unger, der ebenfalls schon in der Vorkriegszeit rege Kontakte zu deutschnationalen Politikern hatte, einberufen worden war. Hier zeigte sich noch deutlicher als in Mattersburg der Wille zum Anschluss an Österreich, „denn davon hänge die Existenz und Zukunft dieser und der nachfolgenden Generationen ab, wie auch in der Vergangenheit nur die engen wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen zum Nachbarland den Wohlstand in den Städten und Dörfern Westungarns gebracht hätten“ Ein Aufruf wurde formuliert, der als Flugblatt verbreitet wurde: „Liebwerte Volksgenossen in Westungarn! Folget unserem Beispiel, gründet in jeder Gemeinde einen Volksrat und vergesst nicht, daß ihr Deutsche seid. Und Ihr kroatischen Brüder in Westungarn, schließt Euch auch unserer Bewegung an, denn wir kämpfen für unser Recht und unsere Existenz! Das Präsidium: Mathias Kugler (Gastwirt und Grundbesitzer), Anton Pascher (Zimmermeister und Wirtschaftsbesitzer) und Michael Unger (Kaufmann und Wirtschaftsbesitzer).“<sup>142</sup>

Die Nachricht von der Gründung des „Deutschen Volksrates für Westungarn“ verbreitete sich durch Zeitungen und Flugblätter wie ein Lauffeuer in ganz Westungarn, und allein in den nächsten zwei Wochen wurden in mehr als hundert deutschen Gemeinden Volksräte gebildet, die sich voll dem Unternehmen anschlossen; bis Jahresende sollten es über zweihundert werden. Darunter waren nicht nur alle wichtigen Städte und Markorte des Gebietes, wie Pressburg, Wieselburg, Eisenstadt, Ödenburg, Rust, Mattersburg, Deutschkreutz, Güns, Oberwart, Rechnitz und Güssing, sondern auch so entfernte Orte wie Tyrnau (Trnava /Slowakei) oder Neuhaus ganz im Südwesten des Eisenburger Komitats<sup>A)</sup>. Bemerkenswert war dabei, dass auch kroatische Dörfer, wie Steinbrunn, Zillingtal, Hornstein, Wulkaprodersdorf, Trausdorf, Parndorf, Sigleß, Draßburg, Zagersdorf, Kohlnhof und Kaisersdorf dem „deutschen Volksrat“ beitraten. Es waren dies in erster Linie sogenannte Wanderarbeitergemeinden, deren Bewohner zu einem hohen Prozentsatz ihren Broterwerb im

---

A) siehe Seite 122 A)

benachbarten Österreich hatten und daher besonders an einem Anschluss ihrer Heimat an dieses Nachbarland - wie immer dieses aussehen würde - interessiert waren. Es zeigte sich ganz deutlich, dass bei der Bevölkerung in erster Linie wirtschaftlich-soziale Interessen auch im Bereich der Schul- und Bildungspolitik - im Vordergrund standen und auch nationale Forderungen vielfach aus dem Blickwinkel der praktischen Alltagsprobleme beurteilt wurden. So war es erklärlich, dass sich nur wenige Gemeinden dem „Kroatischen Volksrat“ (Hrvatski Narodni Tanač) anschlossen, den eine Gruppe proungarisch eingestellter Intellektueller um den Ödenburger Rechtsanwalt Stefan Pinezich<sup>143</sup> zwei Wochen später sozusagen als nationales Gegengewicht gründen wollte. Die genannten Gemeinden änderten aber ihren Beitritt zum „Deutschen Volksrat für Westungarn“ nicht mehr, ja einige erklärten dezidiert, dass sie ihre Interessen bei dem bereits funktionierenden „Deutschen Volksrat“ bestens vertreten sähen.<sup>144</sup>

Dass die in Mattersburg und St. Margarethen am 10./11. November gehörten Rufe nach einem Anschluss an Österreich nicht zu unterschätzen waren, erkannte man bald, da immer häufiger in Dorfversammlungen die Absicht, „nur“ eine kulturelle Autonomie zu fordern, sonst aber weiterhin innerhalb des ungarischen Staates zu verbleiben, als unzulänglich abgetan wurde. Flugblätter und Wandplakate tauchten vor allem in den nördlichen Bezirken des späteren Burgenlandes auf, und bei mehreren Kundgebungen traten auch Redner aus Österreich auf, die ganz offen für einen Anschluss des „deutschen Gebietes Westungarns“ an die Nachbarrepublik warben. So berichtete die Gendarmerie aus Ödenburg, dass am 15. November im Wald bei Zillingdorf eine große Volksversammlung mit besonders zahlreichen Teilnehmern aus Neudörfl,

---

A) Die „Grenzpost“ veröffentlichte am 13. Nov. 1918 nachfolgende Liste der damals bereits beigetretenen Gemeinden [in der Schreibweise des Zitats angeführt]: Agendorf, Wolfs, Weiden, Stinkenbrunn, Kaisersdorf, Tschurndorf, Zinkendorf, Draßburg, Raiding, Dobersdorf, Purbach, Oberbildein, Oberwart, Oberradling, Hirm, Holling, Mörbisch, Kroißbach, Breitenbrunn, Forchtenau, Gols, Harkau, Limbach, Straß-Sommerein, Wulkaprodersdorf, Zemendorf, Zurndorf, Illmitz, Kobersdorf, Kleinhöflein, Eisenstadt, Güns, Kohlnhof, Frauenkirchen, Brennborg, Neufeld, Stooß, Neudörfl, St.Johann, Ödenburg, Preßburg, Baumhagen, Rudersdorf, Pöttelsdorf, Pöttsching, St.Andrä, Zanegg, Lesing, Pinkafeld, Kaltenbrunn, Okau, Sauerbrunn, Deutschkreutz, Neuberg, Neustift, Zahling, Neuhaus, Willersdorf, Wimpaß, Lackenbach, Lutzmannsburg, Kaltenstein, Loretto, Mühlgraben, Rohrbach, Rettenbach, Wieselburg, Andau, Taden, Rohr, Stegersbach, Großhöflein, Mattersdorf, Tyrnau, Edelstal, Deutschjahrdorf, Güssing, Neusiedl, Olbendorf, Eltendorf, Parndorf, Prodersdorf, Poppendorf, Ragendorf, Steinberg, Wiesen, Rosalia, Winden, Rust, Wandorf, Neckenmarkt, Sigleß, St.Martin, Müllendorf, Hornstein, Zillingtal, St.Margarethen, Wittmansdorf und Zagersdorf.

**Entwurf**  
über die Errichtung der  
**Landes-Autonomie**  
(Selbstverwaltung)  
für  
**Deutschwestungarn**

Von Dr. jur. et pol.

**Karl Amon**

Rechtsanwalt  
in Neusiedl am See.

**Was wollen wir?**

Neusiedl a/See.

Verlag: Dr. K. Amon  
und A. Wolf dipl. Apotheker

Preis K 1.—

Der Reinertrag dient zur Gründung  
eines Deutschen Werbefondes für unser  
Vierburgenland.  
(Prestburg, Wieselburg, Ledenburg, Eisenburg)

*Bild 33: Deckblatt der Broschüre „Was wollen wir?“ von Dr. Karl Amon mit dem Entwurf einer „Autonomie für Deutschwestungarn“*

Sauerbrunn und Pötttsching stattgefunden habe, bei der der sozialdemokratische Vizebürgermeister von Wiener Neustadt, Anton Ofenböck<sup>B)</sup>, sprach und den Leuten im Falle eines Aufstandes in Westungarn Hilfe und sogar Waffen versprochen habe.<sup>145</sup> Wenige Tage später verbreiteten die „Wiener-Neustädter Nachrichten“ die Meldung, dass eine massenhaft besuchte Volksversammlung im sogenannten „Waldheim“ bei Sauerbrunn stattgefunden habe, wo Dr. Walter Riehl im Namen des „Vereins zur Erhaltung des Deutschtums in Ungarn“ sprach und die Leute zu einem Anschluss an Österreich aufrief, denn *„es sei selbstverständlich, daß sich die westungarischen Deutschen nicht so wie die mitten im magyrischen Gebiet wohnenden Schwaben mit einer Autonomie begnügen können, sondern selbstverständlich den Anschluß an Niederösterreich und im Süden an Steiermark verlangen müssen. So werde eine jahrhundertealte Gemeinschaft, die durch Fürstenwillkür zeitweilig aufgehoben worden ist, wieder erneuert, die nie unterbrochenen engsten wirtschaftlichen Beziehungen nunmehr auch in eine verfassungsrechtliche Gemeinschaft gebracht und die 370.000 deutschen Bewohner des westungarischen Landes endlich einer entwürdigenden Fremdherrschaft entzogen. Der westungarische deutsche Bauernstand werde sich als Glied des hochindustriellen Deutsch-Österreich glänzend entwickeln, als Randgebiet des agrarischen Magyariens wäre er der Verkümmern preisgegeben...“*<sup>146</sup> Die „Grenzpost“ wusste sogar zu berichten, dass man an die dort anwesenden Vertreter westungarischer Gemeinden vorgefertigte Anschluss-Erklärungen verteilte, mit der Aufforderung, diese in ihren Heimatdörfern von möglichst vielen Mitbürgern unterfertigen zu lassen. Auch hätten etliche Leute Waffenkäufe in Niederösterreich getätigt. Besorgt meinte die „Grenzpost“, dass *„von Kennern der Verhältnisse und der Volksstimmung eine baldige Insurrektion vorhergesagt werde.“*<sup>147</sup>

Tatsächlich bereitete sich eine solche Aktion in deutschnationalen Kreisen um Raimund Neunteufel, bzw. in dessen „Propagandaausschuss für den Anschluss Westungarns an Deutsch-Österreich“ oder „Westungarischer Kanzlei“ im Wiener Parlament vor. Übertriebene Berichte aus und über Westungarn hatten hier den Eindruck erweckt, dass das ganze deutsche Siedlungsgebiet Westungarns knapp vor einer großen Volkserhebung stünde, um sich Österreich anzuschließen. Schon seit Wochen hatten sowohl Einzelbesucher, als auch Delegationen aus einzelnen Dörfern von jenseits der Leitha berichtet, dass die Menschen ihrer Heimatdörfer nichts sehnlicher erwarten, als endlich zu Österreich zu gehören.

---

A) Anton Ofenböck (geb. 1874 in Wiener Neustadt, gest. 1952 in Wiener Neustadt). Tischler und sozialdemokratischer Funktionär. Redakteur der „Gleichheit“ (Wiener Neustadt). 1913 Vizebürgermeister, ab 29. Nov. 1918 Bürgermeister von Wiener Neustadt.



**Bild 34:** Staatssekretär  
Julius Deutsch  
(1884 – 1968)

Sie hätten die magyarischen Beamten abgesetzt und vertrieben und wären bereit, auch mit der Waffe in der Hand für ihre Freiheit und ihr Selbstbestimmungsrecht zu kämpfen. Ungarn sei kaum in der Lage - so meinte man - ernsthaften Widerstand zu leisten, da zur selben Zeit die Serben dabei seien, ganz Südungarn bis tief in die Baranya und Vojvodina in Besitz zu nehmen, außerdem Siebenbürgen im Begriff sei an Rumänien verloren zu gehen und die Tschechen unter teilweise heftigen Kämpfen bereits große Teile Oberungarns, d. h. der Slowakei, unter ihre Herrschaft brächten. So sei auch für Österreich der günstige Augenblick gekommen, das deutsche Siedlungsgebiet Westungarns seinem Staatsgebiet einzuverleiben und ohne entsprechende Bestimmungen eines vielleicht noch fernen Friedensschlusses abzuwarten, auch hier dem Selbstbestimmungsrecht der Völker durch eine spontane Volksabstimmung genüge zu tun. Rudolf Brandsch berichtete später in einem Schreiben an die Deutsche Botschaft in Budapest über eine geheime Unterredung in Wien Ende November 1918:<sup>148</sup> *„Ich hatte Ende November [1918] über diese Frage eine Besprechung in Wien mit Staatskanzler Dr. Renner, Staatssekretär Dr. Bauer und dem ehemaligen Staatsrat Neunteufel, der die westungarische Frage von amtlicher Seite führte. Wir einigten uns bald auf folgenden Plan: Wir verlangen für Westungarn eine weitgehende Autonomie.*

*Wird uns diese Autonomie nicht gegeben, wählen wir auf eigene Faust eine Nationalversammlung und beschließen den Anschluß an die Deutsche Republik. Wird uns diese Autonomie gewährt, so weisen wir diese als ungenügend zurück, fordern die sofortige Durchführung unserer Wünsche, erklären unser Mißtrauen gegenüber der Ehrlichkeit der ungarischen Regierung und beschließen in der Nationalversammlung den Anschluß an die Deutsche Republik. Sollten kritische Augenblicke eintreten, die ein militärisches Eingreifen notwendig machen, so soll das von österreichischer Seite augenblicklich geschehen. Der Oberbefehlshaber der deutsch-österreichischen Streitkräfte, Exzellenz von Boog<sup>A)</sup>, war mit dem Plan einverstanden. In Ausführung dieses Planes hielten wir am 1. Dezember in mehreren Hauptorten Deutsch-Westungarns große Volksversammlungen ab, in denen wir die Autonomie Westungarns forderten. Diese Autonomie ist dann, wie bekannt, gewährt worden. Von diesem Augenblick an setzte die fehlerhafte Behandlung der Frage ein...Statt nämlich in Durchführung unseres Planes die sofortige Durchführung der Autonomie zu fordern und weitgehende Forderungen zu verlangen, ließ man sich von Ofen-Pest hinhalten und am Narrenseile führen, wodurch die vorzügliche Stimmung zermürbt wurde. Freilich muß gesagt werden, daß die österreichische Regierung, von sozialistischen Parteigesichtspunkten beeinflusst, nichts tat, um die Frage günstig zu beeinflussen."*

Es war vor allem der damalige Unterstaatssekretär für Heerwesen, Julius Deutsch, der ein Eingreifen des Militärs in Westungarn verhinderte. In seinen Memoiren „Aus Österreichs Revolution“ erinnert sich dieser: „Schon zur Zeit der Karolyi-Regierung im Winter 1918/19 hatten deutschnationale Kreise für eine militärische Aktion zur Eroberung Westungarns Propaganda gemacht. Die deutschfühlenden Bauern dieses Gebietes sollten einen Aufstand versuchen, dem wir dann militärisch zu Hilfe kommen sollten. Deputationen von Heinzen und Heidebauern kamen nach Wien, die versicherten, daß es in Westungarn nur eines kleinen Anstoßes bedürfe, um eine mächtige Bewegung zu entfachen. Diese Deputationen haben auch auf sonst sehr kühl urteilende Männer in führender Stellung Eindruck gemacht. Solange von Deutsch-Österreich die Anschlußbewegung als eine politische Propaganda betrachtet wurde, bin ich ihr sympathisch gegenübergestanden. Als aber eine militärische Aktion daraus werden sollte, habe ich mich entschieden dagegen gestellt. Wir duften nach meiner

---

A) Adolf v. Boog (geb. 1866 in Belluno, gest. 1929 in Wien) Bis Juli 1918 als Feldmarschallleutnant Kommandant der 4. Infanteriedivision an der oberitalienischen Front, dann Chef des Präsidialbüros im k.u.k. Kriegsministerium. Stellte sich der republikanischen Regierung zur Verfügung und wurde am 5. November 1918 zum militärischen Oberkommandierenden der deutsch-österreichischen Volkswehr ernannt.

~~Ansicht um Westungarns willen nicht in ein kriegerisches Abenteuer verwickelt werden. Der Oberbefehlshaber, Feldmarschalleutnant Boog, nahm einen anderen Standpunkt ein, weil er die Anschlußbewegung der Westungarn für tatkräftiger und kampfbereiter erachtete als ich. Der Gegensatz unserer Anschauungen trat in den Auseinandersetzungen über die westungarische Frage oft zutage, ohne daß er aber solche Formen angenommen hätte, daß das Zusammenarbeiten wesentlich gestört worden wäre.~~ So setzte sich letztlich der Politiker Deutsch durch und verhinderte von allem Anfang an die entscheidende militärische Unterstützung, wie auch Staatskanzler Dr. Karl Renner und der Staatssekretär für Äußeres, Dr. Otto Bauer, von einer österreichischen Militäraktion entschieden abrückten. Letzterer schrieb an den neuen österreichischen Gesandten in Budapest, Baron Johann Cnobloch: „Laut mehrfacher, dem Staatsamt für Äußeres zukommender Mitteilungen scheint in den deutschen Grenzgebieten zwischen Österreich und Ungarn, usw. zu beiden Seiten der Grenze, eine große Erregung und Spannung bezüglich der künftigen staatlichen Zugehörigkeit der deutsch-ungarischen Gebiete zu bestehen. Von vielen Seiten werden Klagen darüber erhoben, daß die ungarischen Behörden jedweder politischen Kundgebung durch Gewaltanwendung entgegengetreten; so sollen in der Gemeinde Pöttsching 150 Gendarmen eingerückt sein, die die Bevölkerung bedrohten, allen Äußerungen zu Gunsten des Anschlusses an Deutschösterreich durch Waffengewalt entgegenzutreten. Angeblich seien auch Mißhandlungen vorgekommen und Schüsse gefallen. Euer Hochwohlgeboren wollen bei der ungarischen Regierung in geeigneter Weise zur Geltung bringen, daß österreichischerseits in den Grenzorten alle Verfügungen getroffen sind, um durch die Behörden auf die Bevölkerung beruhigend einzuwirken und politische Kundgebungen zu vermeiden. Die deutschösterreichische Regierung dürfe daher erwarten, daß ein gleichartiges Vorgehen auch auf ungarischer Seite eingehalten werden wird, zumal die Anwendung von Gewaltmaßnahmen gerade in der gegenwärtigen Zeit gewiß nicht geeignet ist, die nationalen Bewegungen niederzuhalten und die im beiderseitigen Interesse gelegene Wahrung von Ruhe und Ordnung zu sichern“.<sup>149</sup> Es wäre auch fatal gewesen, sich in Westungarn zu einem Zeitpunkt in ein militärisches Abenteuer verwickeln zu lassen, wo italienische Truppen das deutsche Südtirol und das deutsch-slowenische Kärntner Kanaltal besetzten, von den Alliierten als Verbündete anerkannte tschechische Truppen in die deutschen Gebiete Böhmens, Mährens und Schlesiens einrückten und die Landesregierungen von Deutschböhmen und Sudetenland aus Reichenberg (Liberec) und Troppau (Opava) zum Rückzug nach Wien zwangen. Gleichzeitig besetzten slowenische Truppen Südost-Kärnten und die Untersteiermark mit Marburg (Maribor), wobei am 5. Dezember 1918 Kämpfe im Gail-, Rosen- und Lavanttal ausbrachen. Allerdings ließ auch diese prekäre Situation gewisse Kreise in Wien und in Westungarn nicht davor zurückschrecken, die oben erwähnten Pläne weiter zu verfolgen.

Die Agitation für den Anschluss breitete sich immer weiter aus, und es kam in den letzten Novembertagen zu zahlreichen Versammlungen und Demonstrationen in westungarischen Gemeinden, wobei meist neben einheimischen Sprechern auch - wie die ungarische Gendarmerie berichtete - „Agitatoren“ aus Österreich auftraten. Unter diesen befanden sich in erster Linie Leute aus dem Kreis des „Vereins zur Erhaltung des Deutschtums in Ungarn“, aber auch sozialdemokratische Funktionäre aus dem benachbarten niederösterreichischen Industriegebiet, insbesondere aus Wiener Neustadt. Letztere hatten seit Jahrzehnten engste Kontakte zu vielen Menschen aus den westungarischen Dörfern, da hunderte von Arbeitern schon seit den Anfängen der niederösterreichischen Gewerkschaftsbewegung und der sozialdemokratischen Partei diesen angehörten und in den entsprechenden Lokalorganisationen mitarbeiteten.<sup>150</sup>

Im Herbst 1918 litt die Arbeiterschaft der Industriegebiete im südlichen Wiener Becken besonders hart unter dem totalen Zusammenbruch der staatlichen Lebensmittelversorgung. Da die offiziellen Lieferungen aus Ungarn seit Wochen durch eine rigorose Grenzsperrung total ausgefallen waren, hungerte man. Einzelne Gruppen, meist sozialdemokratische Funktionäre, versuchten nun ihre Verbindungen zu westungarischen Arbeitskollegen zu nützen, um „im kleinen Grenzverkehr“ Lebensmittel zu besorgen, bzw. gegen Industrieprodukte zu tauschen. In den ersten Dezembertagen kam es sogar zu einem Treffen von Vertretern der jeweiligen Arbeiter- und Soldatenräte von Ödenburg und Wiener Neustadt, wo ganz offen über eine direkte Zusammenarbeit in politischen, aber vor allem in wirtschaftlichen Angelegenheiten gesprochen wurde,<sup>151</sup> so als gäbe es keine Staatsgrenze und keine Grenztruppen an der Leitha. Fast schien es so, als würden die Grenzregionen ohne großen Staatsakt nur durch den Willen der Menschen, die die Not aneinander band, zusammenwachsen.

Allein am Sonntag, dem 1. Dezember 1918, kam es in sechs Orten rund um den Neusiedlersee zu großen Kundgebungen in denen die Zukunft Westungarns diskutiert wurde. Die größte davon fand in Neusiedl am See statt, wo Vertreter aus den meisten deutschen Gemeinden des Wieselburger Komitats anwesend waren. Als Redner traten neben Rudolf Brandsch, dem Vertreter des „Deutschen Volksrates in Ungarn“, zwei örtliche Prominente auf, die sich schon vor dem Weltkrieg für die „deutsche Sache“ exponiert hatten: der Apotheker Mag. Adalbert Wolf<sup>A)</sup> und der Rechtsanwalt Dr. Karl Amon. Unter allgemeinem Beifall wurde hier eine „Deutsche Volkspartei“ eine Wiederbelebung der

---

A) Mag. Adalbert Wolf (geb. 1879 in Neusiedl a. See, gest. 1950 in Wien) Nach dem Studium der Pharmazie in Wien Assistent an der Hochschule für Bodenkultur in Wien. Nach Kriegsdienst 1918 und Heimkehr nach Neusiedl a. See Eintritt in die Politik (Vertreter seines Bezirkes im "Deutschen Volksrat für Ungarn" in Budapest).



**Bild 35:** Dr. Karl Amon  
(1880 – Todesdatum unbekannt) und Mag. Adalbert  
Wolf (1879 – 1950).  
siehe Seite 70 und 128

„Ungarländischen Deutschen Volkspartei“ gegründet und als deren Minimalforderung folgende EntschlieÙung angenommen: *„Den Deutschen Westungarns ist auf ihrem Siedlungsgebiet die volle Selbstverwaltung zu verleihen; sie sind in einem Verwaltungsgebiet zu vereinigen, an dessen Spitze ein deutscher Volksbeauftragter stehen soll. Die Versammelten beschließen die Einberufung einer deutschen Nationalversammlung für Westungarn zur Besprechung über die Einrichtung der Selbstverwaltung. Gleichzeitig fordert die Versammlung im Interesse der Freiheit des Handels die sofortige Aufhebung der Grenzsperrung gegen Deutsch-Österreich.“*<sup>152</sup>.

Wenige Tage später kam es in StraÙsommerein (Hegyeshalom) zu einer noch größeren Kundgebung, wobei Vertreter von 31 Orten teilnahmen. Hier wurde man in den Forderungen schon konkreter: Man verlangte ultimativ das Recht, die deutsche Muttersprache in Kirche, Schule, Verwaltung und Rechtsprechung innerhalb eines bald zu schaffenden autonomen Verwaltungsgebietes „Deutsch-Westungarn“ uneingeschränkt verwenden zu dürfen. Nur unter solchen Bedingungen wollte man weiterhin bei Ungarn bleiben.

Doch immer mehr Gemeinden erklärten, dass ein Anschluss an Österreich die beste und alleinige Alternative sei, und in zahlreichen Kundgebungen wurden Sprecher, die für einen Verbleib bei Ungarn eintraten, niedergeschrien bzw. niedergestimmt. So erklärten sich fast alle Gemeinden des Mattersburger und des Eisenstädter Bezirkes für diese Lösung, mit Ausnahme von Eisenstadt selbst, wo durch die zahlreichen Beamten der Fürstlich-Esterházy'schen Domänenverwaltung eine starke magyarisches Lobby gegeben war.<sup>153</sup>

Natürlich versuchte die neue, kaum mehr als einen Monat im Amt befindliche republikanische Regierung in Budapest dieser Entwicklung entgegenzusteuern, doch waren ihre Machtmitteln sehr beschränkt und reichten nur mehr sehr eingeschränkt bis in die Randzonen des schon auf allen Seiten gefährdeten Reiches. Die lokalen, vielfach noch in der Tradition der gestürzten Monarchie verwurzelten Behörden waren durch die politischen Umwälzungen weitgehend desorientiert. Neben die alten, noch immer amtierenden Gremien traten neue selbsternannte, oder von Kleingruppen gewählte demokratische „Räte“ und „Exekutivkomitees“, die teilweise widersprüchliche Aktionen setzten bzw. anordneten. Es kam zu sich überschneidenden Kompetenzen, was vielfach verwirrende Zustände schaffte. Die Polizei und Gendarmerie war nur mehr bedingt aktionsfähig und bei der Aufgabe, die auf breiter Ebene ausbrechenden Demonstrationen und Kundgebungen einzudämmen, total überfordert. Sie verhaftete zwar da und dort einzelne „Agitatoren und Unruhestifter“, riskierte es aber nur in seltenen Fällen gegen größere politische Volksbewegungen einzuschreiten.

Um die Lage etwas zu beruhigen, ließ der „Vollzugsausschuß des Oedenburger Komitatsvolksrates“<sup>A)</sup> ein Flugblatt mit folgendem Text zu tausenden Exemplaren verbreiten:

*„Deutsche Westungarns!*

*Wie überall im Lande, so hat sich auch in unserem Komitate ein Volksrat gebildet, der die edlen Vorsätze der neuen Volksregierung ins Leben übertragen will. In diesem Volksrat sind nun die Magyaren, die Deutschen und die Kroaten im Verhältnis zur Seelenzahl vertreten und darin soll sich auch noch jede Gemeinde durch einen vom Ortsvolksrat gewählten Delegierten vertreten lassen. Begründet daher überall den Ortsvolksrat und entsendet vertrauenswürdige Vertreter in den Komitatsvolksrat, die dann vereint mit uns sowohl in den uns allen gemeinsamen Angelegenheiten, z.B. in der Volksernährung mitbestimmen, als auch die berechtigten Interessen und Rechte des deutsch-ungarischen Volkes vertreten sollen.*

---

A) Der Vollzugsausschuss bestand aus 16 Personen (neun Vertretern der magyarischen, vier der deutschen und drei der kroatischen Volksgruppe).

*Und haltet in jedem Ort Volksversammlungen ab, in welchen ihr eure etwaigen Beschwerden dem Volksrate zur Kenntnis bringt, damit denselben abgeholfen werde, zugleich aber eure Treue und Anhänglichkeit zum ungarischen Vaterlande aussprecht und dem Komitatsvolksrate ebenfalls mitteilt!*

*Deutsch-Ungarn!*

*Wenn euch jemand fragen möchte: Ist es euch in Ungarn jemals schlecht ergangen, so müßt ihr, wenn ihr aufrichtig sein wollt, antworten: Nein, niemals nicht! Nun, und wenn euch jetzt auch noch die Rückgabe aller Rechte, die euch im Laufe der Zeit vielleicht verloren gingen, nicht nur versprochen, sondern auch gesetzlich zugesichert werden, wollte da auch nur einer von uns diesem seinem Vaterlande untreu werden? Das wäre Verrat. Das sei von uns allen ferne. Darum sei unsere Losung: Wir Deutsch-Ungarn sind und bleiben treue Söhne unseres tausendjährigen Vaterlandes, des neuen freien Ungarns! Wozu uns Gott helfe!"<sup>155</sup>*

Die neuen politischen Kräfte, so auch der „Nationalrat für Stadt und Komitat Ödenburg“, versuchten erst Tritt zu fassen. Doch war dies nicht leicht. Als der neue, von Budapest ernannte Regierungskommissär für das Komitat Ödenburg, der Großgrundbesitzer Dr. Ernst Mesterházy, der nun den abgetretenen Obergespan Graf József Cziráky ersetzte, seine Antrittsrede wie gewohnt in ungarischer Sprache hielt und sich außer Stande erklärte, diese in deutscher Sprache zu wiederholen, kam es zu wilden Schreiduellen zwischen deutschen und magyarischen Delegierten. Es wurden Rufe laut wie: „*Gebt dem Volk Recht und Boden!*“ und „*Wir wollen einen deutschen Nationalrat haben und unser Selbstbestimmungsrecht!*“ sowie „*Wir sind Deutsche und wollen zu unseren Brüdern!*“ Als sich dann - wie ebenfalls bisher üblich - Mesterházy anschickte, einen Präsidenten und vier Vizepräsidenten der Komitatsversammlung zu ernennen, erzwangen die deutschen Abgeordneten unter Führung von Michael Unger unter Berufung auf die neuen demokratischen Rechte deren freie Wahl. So wurden für jeden Bezirk je ein Vizepräsident gewählt, wobei nur mehr der Csornaer und Kapuvárer Bezirk einen Magyaren als Vertreter bekamen. In den Bezirken Eisenstadt (Michael Unger), Mattersdorf (Anton Schreiner), Rust (Dr. Gustav Ratz), Oberpullendorf (Georg Nagy), Csepreg (Josef Karner) und Ödenburg (Josef Genzlinger und Josef Kontór) wurden „Deutsche“, oder solche die „deutschstämmig“ waren, gewählt. Der neue Präsident des Gremiums, Dr. István Tálos, war froh, die konstituierende Sitzung ohne größeren Eklat schließen und alles weitere auf eine spätere Session vertagen zu können.<sup>156</sup> - Es herrschte also nach wie vor „*Sturm in Westungarn*“ wie die „Grenzpost“ auf ihrer Titelseite schrieb.

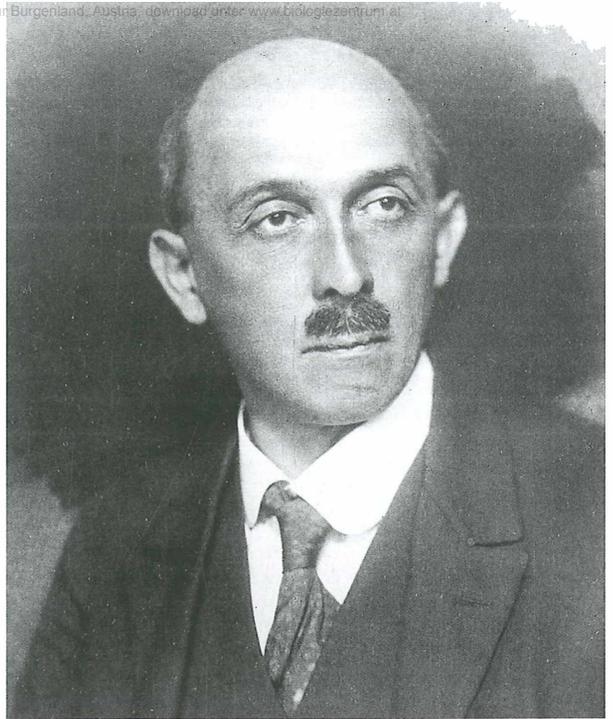
All das ließ bei einer Gruppe von westungarischen Aktivisten und einer Reihe von sympathisierenden deutschnationalen Offizieren in Wien den Entschluss rei-

fen, ein fait accompli zu setzen und in Westungarn eine selbständige Republik „Heinzenland“ zu schaffen, die sich dann in einer Volksabstimmung als eigenes Bundesland der Republik Deutschösterreich anschließen sollte.

### a) Die Ereignisse im Eisenburger Komitat

Die revolutionären Umwälzungen des Herbstes 1918 erfolgten im Eisenburger Komitat ähnlich wie in den beiden nördlicheren Gespanschaften Ödenburg und Wieselburg. Schon am 31. Oktober 1918 riefen aus Budapest ankommende Soldaten in Körmend die Revolution aus und vereidigten die örtliche Garnison auf den neuen Budapester Nationalrat. Am nächsten Tag kam es sowohl in der Komitathauptstadt Steinamanger, als auch in Güns zu großen Massenversammlungen von Bürgern, meist Arbeitern und Soldaten, bei denen lokale Nationalräte gebildet wurden. Am 3. November wurde ein Nationalrat für das gesamte Komitat Eisenburg (Vas megyei Nemzeti Tanács) konstituiert, zu dessen Präsident Graf Rezső Széchenyi gewählt wurde. Auf Weisung des Budapester Innenministeriums unterstellte sich die Komitatsverwaltung an der Spitze der Obergespan Lajos Ostffy und der Vizegespan Géza Herbst diesem neuen Gremium, das allerdings zunächst kaum Exekutivgewalt besaß, da auch hier die schon erwähnten revolutionären Ereignisse eintraten und in den Bezirken und Dörfern teilweise chaotische Entwicklungen Platz griffen.

Wie im Norden kam es auch hier zu spontanen „revolutionären“ Ausschreitungen, so zu besonders schweren in Oberwart, wo die Unruhen zwei Tage andauerten. Erst als Militär aus Steinamanger - sogar mit Maschinengewehren ausgerüstet - auftauchte, konnte dem Treiben ein Ende bereitet werden. In Ollersdorf, Litzelsdorf, Allhau und Rotenturm kam es ebenfalls zu Exzessen durch Heimkehrer und Bauern, die Notäre wurden vertrieben, Geschäfte geplündert. In Güssing gelang es dem Bezirksrechnungsführer des dortigen Oberstuhlrichteramtes, dem ehemaligen Major Eduard Kreutz-Korponay, eine schlagkräftige Nationalgarde aufzustellen, der es dann gelang, in der Region wenigstens teilweise die Ruhe und Ordnung zu sichern und Unruhen und Plünderungen in Stegersbach und Stinatz in kürzester Zeit zu beenden.<sup>157</sup> Allerdings dauerte die Unsicherheit noch Monate weiter an und die „Oberwarther Sonntags-Zeitung“ sah sich noch am 26. Jänner 1919 veranlasst, besorgt zu melden: *„Die Sicherheitsverhältnisse in einem Teile unseres Bezirkes und den Gemeinden der angrenzenden Bezirke sind, wie die Berichte aus den Gemeinden Vasfarkasfalva<sup>A)</sup>, Vaskomjárt<sup>B)</sup>, Lödös<sup>C)</sup>, Pásztorháza<sup>D)</sup>, Barátfalva<sup>E)</sup>, Wörthegey<sup>F)</sup>, Sámfalva<sup>G)</sup>, Pinkaóvár<sup>H)</sup>, Várujfalu<sup>I)</sup> und Borostyánkő<sup>J)</sup> beweisen, nicht die*



**Bild 36:** Karl Wollinger  
(1877 – 1945)

*besten. Es vergeht kein Tag ohne Raub und Überfall. Die Verbrechen gegen das fremde Eigentum mehren sich täglich in erschreckender Zahl, von Diebstählen an Geflügel und Kleinvieh schon gar nicht zu sprechen.*

*Wozu ist denn eigentlich die Gendarmerie, Grenzpolizei und Grenzschutzwache da? ...Auf den Straßen der erwähnten Ortschaften gibt es trotz mehrfacher Anzeigen keine Sicherheitspatrouillen, zur Anzeige gelangte Fälle von Raub und Diebstahl werden nicht mit der nötigen Energie untersucht, es vergehen Tage, oft eine ganze Woche, bis die Untersuchungsorgane am Tatort erscheinen. Bis dahin ist der Raub längst in Sicherheit gebracht, oder über die Grenze geschafft. Bei solchen Zuständen ist es selbstverständlich, daß das Verbrechergesindel, welches*

- 
- |                            |                            |
|----------------------------|----------------------------|
| A) Vasfarkasfalva = Wolfau | F) Wörthegey = Wörtherberg |
| B) Vaskomját = Kemeten     | G) Sámfalva = Hannersdorf  |
| C) Lödös = Litzelsdorf     | H) Pinkaóvár = Burg        |
| D) Pásztorháza = Stinatz   | I) Várújfalu = Woppendorf  |
| E) Barátfalva = Ollersdorf | J) Borostyánkő = Bernstein |

*über diese Verhältnisse unterrichtet ist, diesen Zustand ausnützt....Unsere Bevölkerung, welche treu und fest am Mutterlande, an Ungarn, hängt, erwartet von der Regierung Schutz gegen diese Räuberbanden, deren Taten und Umtriebe dem benachbarten Österreich ein erwünschtes Agitationsfeld gegen Ungarn an die Hand geben.“<sup>158</sup>*

Die Frage der zukünftigen Staatszugehörigkeit des „deutschen Gebietes“ am westlichen Rand des Eisenburger Komitats wurde wie angedeutet - natürlich auch hier mit ähnlicher Vehemenz diskutiert, wie im Norden. Auch hier tauchten Flugblätter auf, die zum Anschluss an Österreich aufriefen. So hieß es z.B.: *„Deutsche Bauern in Westungarn! Im neuen selbständigen Ungarn würdet Ihr verarmen. Ihr würdet durch Zollgrenzen abgesperrt sein von Eurem Absatzgebiete. Das kleine, industrieschwache Ungarn wird überhaupt wirtschaftlich sich in der schwierigsten Lage befinden. Ihr müßt Euch an ein großes Wirtschaftsgebiet anschließen, an ein Industrieland, das Euch Euer Getreide, Euer Vieh, alle Eure Erzeugnisse stets zu den besten Preisen abkaufen kann. Erklärt einhellig Euren Anschluß an Deutschösterreich, das sich mit Deutschland vereinigt hat. Ihr werdet in diesem Staat von 80 Millionen den besten Ackerboden besitzen und den Ertrag dieses Bodens verdoppeln können. Deutsche Bauern der Komitate Oedenburg, Wieselburg, Preßburg und Eisenburg, beschließt sogleich in allen Gemeinden und Körperschaften die Lostrennung von Ungarn und die Vereinigung des deutschen Westungarn mit Deutschösterreich!“<sup>159</sup>*

Wie bereits erwähnt, gab es vor allem im St. Gottharder Bezirk eine deutschnationale Bewegung, die sich schon um 1910 um den Heiligenkreuzer Mühlenbesitzer Karl Wollinger gruppiert hatte. Dieser war es auch, der nun im Spätherbst 1918 an die Spitze jener trat, die einen Anschluss ihrer Heimat an die Steiermark anstrebten.

Nur wenige Jahre zuvor war sein Versuch noch gescheitert, in seiner Heimat eine „deutsche Partei“ bzw. eine deutschnationale Bewegung zu etablieren. Der entschiedene Widerstand und Druck der ungarischen Behörden konnten damals ohne besondere Kraftanstrengung schon in den Anfängen verhindern, dass die einfachen, meist bäuerlichen Dorfbewohner ihre Wünsche öffentlich artikulieren und zu einer politischen Bewegung formen konnten. Inzwischen hatte aber das Überstehen eines schrecklichen Krieges, das Erleben einer Revolution und der Zusammenbruch des alten Regierungssystems das Selbstbewusstsein des „kleinen Mannes“ auch auf dem Land gewaltig entfacht. Jetzt fühlte man sich mutig und stark genug, um „die Zukunft“ selbst in die Hand zu nehmen. Der Deutsche Generalkonsul und spätere Geschäftsträger in Budapest, Graf Egon Fürstenberg-Stammheim, der ein aufmerksamer und interessierter Beobachter des Geschehens war, berichtete Anfang Jänner 1919 nach Berlin: „...*Die deutsche*

*Bevölkerung Ungarns... ist aus ihrer nationalen Apathie insbesondere durch die Berührung mit deutschen Soldaten im Kriege und durch die nationale Rührigkeit der mit ihnen wohnenden anderen Völkerschaften aufgerüttelt worden und hat schon im letzten Kriegsjahr wiederholt deutlich erkennen lassen, daß auch sie in Zukunft ihr Recht auf eine völlig freie nationale Entwicklung in Anspruch nehmen wolle. Diesen Umschwung der Stimmung erkannte auch die Schicht der deutsch-ungarischen Intelligenz, die sich völlig an das Magyarentum anlehnt und sich im allgemeinen auch nicht wirklich deutsch fühlt, und machte sich, um zu verhüten, daß die insbesondere von einzelnen siebenbürgisch-sächsischen Politikern schon vor dem Kriege entwickelte deutschnationale Propaganda in der deutschen Bevölkerung Ungarns festen Boden fasse, zum Fürsprecher gewisser nationaler Wünsche der Deutschen. Insbesondere nahmen auch katholische Geistliche gegen die bisherige magyarische Schulpolitik, wenn auch in maßvoller Weise, Stellung und forderten, daß der deutschen Sprache in den Schulen der deutschen Siedlungsgebiete wenigstens bis zu einem gewissen Grade wieder Eingang verschafft werde. Die Geistlichen auf dem Lande waren sich dessen wohl bewußt, daß die nationale Bewegung nicht mehr zu verhindern sei und daß, wenn sie sich nicht zum Fürsprecher der nationalen Wünsche machten, ihr ganzer Einfluß auf die Bevölkerung verloren gehen würde...Die westungarischen Deutschen aber, die einzigen deutschen Irredentisten Ungarns, sind entschlossen, sich mit Österreich zu vereinigen. Diese Bewegung ist gegenwärtig etwas eingedämmt worden...Im übrigen soll auch das ungarische Militär, das in die Westkomitate angeblich deshalb entsandt worden ist, nur die Vereinigung der Tschechen und Südslawen zu verhindern, die deutsche Agitation niederhalten. Unter den Deutschen wird aber an dem Anschluß der Westkomitate an Österreich nicht gezweifelt.”<sup>160</sup>*

Als nun Wollinger in den einzelnen Dörfern Versammlungen einberief, kam man in Scharen und war auch bereit sich politisch zu organisieren. Am 4. Dezember trafen sich Vertrauensmänner aus diesen Gemeinden in Eltendorf zur Erarbeitung eines Programms, in dessen Mittelpunkt die Forderung nach einem Anschluss an das deutsche Siedlungsgebiet im Westen jenseits der Grenze stand.

Um aber die deutsche Bewegung nicht zu zersplittern, entschloss man sich enge Kontakte mit den Freunden im Norden zu halten, und weitere Schritte möglichst gemeinsam zu unternehmen. So kam es auch hier bald zur Diskussion über die Frage: Anschluss an Österreich, oder weitgehende kulturelle und wirtschaftliche Autonomie im Rahmen eines umgestalteten demokratischen Groß-Ungarn. Man überlegte dabei anfangs das deutsche Siedlungsgebiet Westungarns aus dem bisherigen Komitatsverband zu lösen und hier zwei neue „deutsche Komitate“ zu schaffen, wobei eines im Norden mit der Hauptstadt Ödenburg, ein zweites im

Süden mit dem Zentrum Güns errichtet werden sollte. Im „Günser Komitat“, zu dem man auch etliche deutsche und kroatische Gemeinden der südlichen Ödenburger Gespanschaft hinzuschlagen wollte, sollte der bisherige Vizegespan des Eisenburger Komitates, Géza Herbst, als Obergespan fungieren. Doch bald sah man die Gefahr, dass dies möglicherweise zu einer Spaltung des westungarischen Deutschtums führen und dies dann von ungarischer Seite leicht ausgenützt werden könnte, beide Regionen gegeneinander auszuspielen. So entschied man sich nach einiger Diskussion in einer Delegiertenversammlung in Güns gegen die Weiterführung solcher Pläne.<sup>161</sup> Man entschloss sich, noch engeren Kontakt zu den Freunden und Gesinnungsgenossen im Ödenburger und Wieselburger Komitat zu halten, was aber unter den schwierigen Verkehrsverhältnissen oft nur mit Mühe und großem Zeitaufwand möglich war. Durch den Umstand, dass fast alle Beamten und höheren Post- und Telegraphenbediensteten - sie kamen ja zum Großteil aus dem magyarischen Umfeld - den „sezessionistischen Zielen der Deutschen“ gegenüber ablehnend bis feindlich gegenüberstanden, waren persönliche Gespräche und Begegnungen die einzig zuverlässigen Kontakte zwischen den einzelnen Landesteilen. Da aber alle Bahnlinien des Grenzraumes Ost-West gerichtet waren und somit eine Reise vom Süden in den Norden nur mit weiten Umwegen über Innerungarn oder über Österreich möglich war, gab es immer wieder lästige Zeitverzögerungen bei der Kooperation, ja es kam sogar zu so manchen Missverständnissen und daraus resultierenden Missstimmungen, wie dies z.B. auch in der Aktion der Ausrufung der „Republik Heizenland“ der Fall sein sollte.

## **b) Die Aktion „Republik Heizenland“**

Wie erwähnt entstand im November 1918 in deutschnationalen Kreisen in Wien der abenteuerliche Plan, eine eigene selbständige Republik - sie sollte den Namen „Republik Heizenland“ führen - im westungarischen Grenzraum auszurufen. Es ist heute schwer feststellbar, wer die eigentlichen „Köpfe und Drahtzieher“ des Unternehmens waren, da die Sache geheim vorbereitet und nach Scheitern der Aktion alles abgeleugnet bzw. alle Spuren verwischt wurden. Eine nicht unbedeutende Rolle dürfte jedoch Raimund Neunteufel und seine „Westungarische Kanzlei“ gespielt haben,<sup>162</sup> wie auch sicherlich weitere Leute aus dem „Verein zur Erhaltung des Deutschtums in Ungarn“ und etliche sozialdemokratische Politiker aus dem südlichen Niederösterreich ihre Hände mit im Spiel hatten. So gehörten auch jene Männer, die dann in Westungarn als politische Exponenten des Unternehmens auftraten bzw. nach dem Scheitern der Aktion als Hauptverantwortliche übrig blieben, wie die Mattersdorfer Arbeiterführer Viktor Kräftner und die Brüder Josef und Hans Suchard, dem sozialdemokratischen Lager an.

Ungarische Quellen<sup>163</sup> sprechen davon, dass die Idee für das Unternehmen auf einen Hauptmann Arnold Weigert, der der „Leiter der militärischen Abteilung der Westungarischen Kanzlei“ gewesen sein soll, zurückging. Er wollte ursprünglich mit einem in der Steiermark aufgestellten Freikorps von Fürstenfeld aus nach Güssing vorstoßen, um dort eine Republik „Heanzenland“ (Heinzenland) auszurufen und dann als nächsten Schritt deren Anschluss an die Republik Österreich erklären. Doch dann entschied man offensichtlich nach einigen Debatten in Wien, dass es sinnvoller wäre, als Hauptziel Ödenburg ins Auge zu fassen, da dieses die Hauptstadt der neuen Republik werden sollte. Außerdem, so meinte man, hätten die Vorfälle in den deutschen Gemeinden rund um diese Stadt gezeigt, dass man hier auf größte Zustimmung und Mitwirkung stoßen werde.

Betrachtet man diese Überlegungen und das weitere Geschehen, muß man heute sagen, dass alle Beteiligten wenig wirklich zuverlässige Informationen aus dem Lande selbst hatten, sich vielfach von Gerüchten und Wunschdenken leiten ließen, und mit erschreckend wenig politischem Gespür und mit einem, mit unglaublicher Naivität verbundenen Optimismus an die Sache herangingen. Man besaß weder die organisatorischen Fähigkeiten, die ein solcher Putsch gebraucht hätte, noch den nötigen Weitblick, die Sache vorher politisch bei der Regierung in Wien, oder diplomatisch bei den dortigen Vertretern der Ententemächte abzusichern. Man glaubte sich lediglich auf die wage Hoffnung verlassen zu können, dass die Siegermächte, allen voran die USA, das propagierte Selbstbestimmungsrecht der Völker so ernst nehmen würden, dass sie eine demokratische Volksbewegung sofort und spontan akzeptieren und unter ihren Schutz nehmen würden.

Man bereitete Erklärungen für die Presse vor, druckte Propagandamaterial, das man teilweise in die Dörfer in Westungarn bringen ließ, dort geheim unter die Leute brachte oder „bei Nacht und Nebel“ affichierte und hatte da und dort vertrauliche Gespräche mit einzelnen „Vertrauensmännern“ im betreffenden „Aufstandsgebiet“ So bewog man z.B. die Steinbrucharbeiter von St. Margarethen „zum gegebenen Zeitpunkt“ geschlossen nach Rust zu marschieren, die dortigen ungarischen Beamten zu verjagen und den Anschluss an Österreich zu proklamieren.<sup>164</sup> Die Begeisterung, die in einzelnen Orten den österreichischen „Agitatoren“ - es waren dies meist ehemalige Offiziere - entgegenschlug, ermutigte diese so rasch wie möglich eine Aktion zu setzen.

Schon in den letzten Novembertagen 1918 waren in einigen Kasernen des südlichen Niederösterreichs, durch mehrere abgerüstete Offiziere unter der Führung des Hauptmannes a.D. Dr. Albert Ritter, der übrigens aus Vorarlberg stammte und wie die meisten seiner Mitarbeiter kaum Kenntnisse von der Situation in Westungarn hatte, eine große Menge von Waffen und Munition für die westun-

garischen „Aufständischen“ besorgt und im Wiener Neustädter Zeughaus gelagert worden.<sup>165</sup> Im Morgengrauen des 5. Dezember wurden nun diese Waffen auf Lastwagen verladen und in drei Expeditionsgruppen über die Grenze gebracht, um die bisher nur spärlich und aus privaten Waffenbeständen ausgerüsteten örtlichen Nationalgarden und Bürgerwehren, die eine Art Volksarmee des neuen „Landes“ bilden sollten, entsprechend zu bewaffnen. Neben diesen Waffen führte jede Gruppe auch Aufrufe mit, die folgende Erklärung brachten:<sup>166</sup>

*An die Deutschen Ungarns ! An alle Völker und Staaten !  
Wenn irgend ein Volksstamm Europas Ursache hat, das Selbstbestimmungsrecht, das Wilson als Grundgesetz der neuen Weltordnung verkündet hat, zur Errettung aus tiefster Not in Anspruch zu nehmen, so ist es das deutsche Volk in Ungarn, das seit Jahrzehnten von den Magyaren um alle seine nationalen Rechte betrogen wurde. Fast 300.000 deutsche Kinder mußten Jahr für Jahr ohne Unterricht in ihrer Muttersprache aufwachsen, von höheren Schulen mit deutscher Unterrichtssprache war überhaupt keine Rede, Verwaltung und Gericht redeten mit zwei Millionen Deutschen Ungarns nur in magyarischer Sprache, der ganze gebildete Nachwuchs dieser Deutschen wurde seinem Volke entfremdet und zu Magyaren, zu Verächtern und Feinden ihres eigenen Volkstumes gemacht. Das solle nun anders werden, versprechen die Magyaren. Aber sie haben schon die schönen Gesetze von 1868 nicht eingehalten und würden ebenso sicher ihre neuen Versprechungen und Zusagen brechen, wenn die Deutschen des Landes nicht selbst die beste Schutzwehr gegen jede neue Vergewaltigung schaffen würden, dadurch, daß die Kraft ihres Selbstbestimmungsrechtes ein für allemal das Joch der Magyaren abwerfen und sich wie die anderen Völker Ungarns selbständig einrichten.*

*Vor allem kommt es den 309 Gemeinden Westungarns, die an das geschlossene deutsche Sprachgebiet grenzen, zu, nicht länger die unnatürliche Verbindung mit dem Feinde ihres Volkstums aufrecht zu erhalten. Sie gehören zum Westen, in die Kulturgemeinschaft des großen deutschen Gesamtvolkes. Es ist nicht an der Zeit, daß sie sich mit dem deutsch-österreichischen Nachbarstaate politisch verbinden, das verbietet die allgemeine politische Lage, aber sie wollen mit ihm vorläufig in Wirtschaftsgemeinschaft treten und die Zollschränken gegen Deutsch-Österreich niederlegen. Und sie wollen in staatlicher Hinsicht ein eigenes Gemeinwesen bilden, die selbständige neutrale Republik Heizenland mit der Hauptstadt Ödenburg.*

*Die Errichtung dieses Staates wird am 6. Dezember 1918 in Ödenburg verkündet, und es werden alle 309 Gemeinden Westungarns aufgefordert, ihren Anschluß an die Republik Heizenland öffentlich zu erklären.*

*Gleichzeitig tritt in Ödenburg die vorläufige Regierung des Heizenlandes zusammen. Die Namen ihrer Mitglieder werden gesondert bekanntgegeben. Diese Regierung wird Wahlen zu einer Nationalversammlung des Heizenlandes ausschreiben, der die weiteren Beschlüsse und Arbeiten zur Errichtung des neuen Staates obliegen werden.*

*Gott segne und schütze das freie deutsche Heizenland !  
Der vorbereitende Ausschuß*”

Schon nach wenigen Stunden scheiterte das Unternehmen, das mit unglaublicher Sorglosigkeit und Unüberlegtheit gestartet worden war. Es scheint so, dass in zahlreichen Orten zwar viele Leute bereit waren mitzumachen, doch hatte man diese offensichtlich nicht im Geringsten informiert was sie unternehmen sollten, geschweige denn Einsatzpläne vorgesehen. Niemand dachte daran, die Bahnhöfe sowie die Post- und Telegraphenämter zu besetzen und deren leitende Beamte, die fast durchwegs Magyaren und selbstverständlich dem ungarischen Staat gegenüber absolut loyal waren, auszuschalten. So kam es, dass im entscheidenden Augenblick durch deren Sabotage und Widerstand nicht nur die Verbindungen zwischen den einzelnen Dörfern und Gruppen unterbrochen wurden, sondern auch die ungarischen Zentralbehörden sofort von dem Unternehmen unterrichtet waren und entsprechende Gegenmaßnahmen einleiten konnten.

Die österreichischen Waffentransporte, die von Offizieren organisiert und durchgeführt wurden, erreichten mit einer Ausnahme nicht ihr Ziel. Die Kolonne, die bei Neufeld über die Leithabrücke fuhr, konnte zwar die dortige ungarische Zollwache gefangen setzen und den Gendarmerieposten entwaffnen, doch schon kurz darauf griff - alarmiert vom Bahnhofsvorstand der Grenzstation - eine starke Einheit der ungarischen Grenzwehr, die sich zufällig am Bahnhofsgelände befand, ins Geschehen ein. Die Österreicher wurden nach einem kurzen Feuerwechsel umzingelt und bis auf einen Fähnrich und drei Unteroffiziere, denen die Flucht gelang, verhaftet. Die Autos, die neben Propagandamaterial über 300 neue Gewehre und eine Menge Munition geladen hatten, wurden natürlich samt Inhalt konfisziert.<sup>167</sup> Fast ganz gleich erging es der Expedition, die ins Wieselburger Komitat unterwegs war. Auch sie kam bei Bruck an der Leitha zunächst unangefochten über die Grenze und besetzte die Gendarmeriekaserne von Bruckneudorf. Da aber auch hier überraschend schnell eine Gegenaktion von überlegenen ungarischen Kräften erfolgte, mußte die kleine Gruppe von österreichischen Soldaten kapitulieren. Die nach Kobersdorf geschickte Waffenlieferung erreichte ebenfalls nicht ihren Bestimmungsort; sie wurde allerdings schon in der niederösterreichischen Grenzgemeinde Schwarzenbach von der dortigen Gendarmerie angehalten und als „illegaler Waffentransport“ beschlagnahmt und kam so nicht einmal bis zur ungarischen Grenze.

Lediglich die Hauptkolonne, die von Hauptmann Ritter selbst geführt wurde und über Mattersburg nach Ödenburg fahren sollte, erreichte zumindest teilweise ihr Ziel. Sie kam nach Entwaffnung der Grenzwache in Neudörfl und einigen Aufhalten in Orten, wo man unterwegs feierliche Reden hielt sowie Propagandamaterial und Waffen verteilte, relativ spät nach Mattersburg. Hier hatten schon Tage vorher sozialdemokratische Arbeiter unter Führung von Josef Suchard die Macht ergriffen und die Bezirksverwaltung in eigene Hände genommen. Jetzt wurde die örtliche Nationalgarde mit den herbeigebrachten Waffen ausgerüstet und Vorposten bis Marz und Walbersdorf vorgeschickt. Den ursprünglich vorgesehenen Vormarsch bis Ödenburg, in die Hauptstadt der neuen Republik, verschob man - wegen der bereits fortgeschrittenen Tageszeit - in sorgloser Unbekümmertheit auf den nächsten Tag. Da man infolge der unterbrochenen Telephonverbindungen vom Scheitern des Unternehmens in den übrigen Orten nichts wusste, wurde allerdings noch am Abend des 6. Dezember 1918 in Mattersburg die Republik Heizenland feierlich ausgerufen.

Doch auch hier ließ der ungarische Gegenschlag nicht lange auf sich warten. Bereits in der Nacht vom 6. auf den 7. Dezember wurde in Ödenburg eine Alarmeinheit aus 136 Honvéds, 90 Nationalgardisten und 25 Mann Bahnhofswache aufgestellt und mit einem, mit schweren Maschinengewehren bestückten Panzerzug nach Mattersdorf gebracht. Noch im Morgengrauen wurde der Ort umzingelt. Da infolge der Übermacht an Widerstand nicht zu denken war, ließ sich die teilweise noch im Schlaf überrumpelte Garde kampfflos entwaffnen. Die örtlichen „Rädelsführer des Putsches“ den österreichischen Offizieren gelang es unterzutauchen wurden verhaftet und von einem improvisierten Standgericht, das unter dem Kommandanten der Einsatztruppe, Oberleutnant Dezsider Entzbruder<sup>A)</sup>, im Bahnhofsgebäude zusammentrat, wegen Hochverrats und Aufruhrs zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde jedoch nicht vollstreckt. Die Delinquenten wurden nach Ödenburg gebracht, dort eingekerkert, dann aber neuerlich vor ein ordentliches Gericht gestellt und nach achtzehntägiger Haft am 25. Dezember durch eine Art „Weihnachtsamnestie“ aus dem Gefängnis entlassen. Da der in Neufeld gefangengenommene Leutnant, Franz Tremmer, bei seiner Einvernahme davon sprach, dass schon in nächster Zukunft ein neuerlicher Einfall eines österreichischen Volkswehr-Bataillons mit einem Panzerzug erfolgen würde, stationierten die Ungarn noch am 8. Dezember je eine Kompanie Infanterie auf den Bahnhöfen in Neudörfl und in Neufeld.<sup>169</sup> Tremmer, der ins Militärgefängnis nach Raab gebracht wurde, war übrigens der einzige, der das Abenteuer „Republik Heizenland“ mit dem Leben bezahlen musste, da er nach

---

A) Hans Suchard erinnerte sich in seinen Memoiren an diesen Namen. Siehe: Suchard, Hans: Die Republik Heizenland. In: Burgenländisches Leben. Mai 1951. S. 15 f.



**Bild 37 und Bild 38:** Banknoten 1918/19:  
oben: mit Abstempelung: Deutschösterreich  
unten: mit Abstempelung: Magyarország

einigen Wochen Haft – wahrscheinlich infolge von Verletzungen - dort verstarb. Parallel zu den Ereignissen im Norden sollte von der Steiermark aus ein ähnlicher Vorstoß in den westlichen von Deutschen bewohnten Teil des Eisenburger Komitats erfolgen. Jedenfalls fand man in einigen Orten von Hauptmann Weigert unterzeichnete Flugblätter, in denen angekündigt wurde, dass in Ödenburg eine unabhängige Republik „Heinzenland“ ausgerufen werde und es wörtlich hieß: *„Die Grenzen nach Österreich haben aufgehört, der freie Verkehr mit Österreich ist gesichert!“* Die deutschen Gemeinden wurden aufgerufen, sich der Republik „Heinzenland“ mit einer entsprechenden Erklärung anzuschließen und diesen Beschluss telegraphisch an die „Wiener Neustädter Nachrichten“ zu melden.<sup>170</sup> Allerdings kam es hier zu keinerlei sichtbaren Reaktionen. Es scheint so, dass die Aktion zeitlich mit jener im Norden nicht genau abgestimmt war und – als man vom dortigen unglücklichen Verlauf des Geschehens erfuhr - rasch abgeblasen wurde.

Obwohl so das Unternehmen „Republik Heinzenland“ schon nach wenigen Stunden kläglich scheiterte, verkündeten Wiener Zeitungen sicherlich auf Grund von vorher zugesandten Preetexten - noch am 7. Dezember die erfolgte Gründung des „Freistaates“ in Ödenburg.<sup>171</sup> Dies war letztlich für die ungarische Seite ein Argument mehr, offizielle Wiener Kreise der Mitwirkung an dem Anschlag gegen Ungarn zu beschuldigen.

Natürlich war man in Ungarn empört über den Vorfall in Westungarn. Die ungarische Regierung protestierte energisch beim österreichischen Gesandten, Johann Cnobloch, über die Grenzverletzung durch österreichische Soldaten und die fortgesetzte Einmischung in innerungarische Angelegenheiten durch Angehörige offizieller Stellen Österreichs. Verärgert schrieb der Staatssekretär für Äußeres, Otto Bauer, über das dilettantische Unternehmen: *„...Angesichts unserer Verpflegslage und der Notwendigkeit der Versorgung mit unentbehrlichen Lebensmitteln aus Ungarn brauche ich nicht näher zu begründen, daß gerade jetzt alles vermieden werden muß, was auch nur den Anschein haben könnte, wie wenn unsererseits von amtlichen Stellen eine Agitation nach Ungarn getragen werden würde. Ohne jede Rücksicht hierauf wird aber von Lokalfaktoren in Niederösterreich in den ungarischen Grenzgebieten agitiert und dieser Agitation geradezu der Anschein amtlicher Verfügung gegeben. So werden unter Leitung von Offizieren in Uniform Gewehre und Munition mittels Automobilen über die Grenze geschafft. Wenn solche Maßnahmen als notwendig erachtet werden, so ließen sie sich zweckmäßiger und erfolgversprechender auf anderem Weg durchführen. Bürgermeister Ofenböck wäre in der Lage gewesen, die Waffen durch Maurer und Arbeiter, die in Wiener Neustadt arbeiten und jenseits der Grenze wohnen, ganz unauffällig hinüber schaffen lassen zu können. Die Verwendung*



**Bild 39:**

Anton Ofenböck  
(1874 – 1952)

siehe Seite 124

*von Offizieren und militärischen Autos zu diesem Zweck muß aber geradezu den Eindruck wachrufen, wie wenn amtliche Stellen in Österreich offiziell mit der Bewaffnung und der Aufwiegelung der deutschen Bevölkerung jenseits der Grenze befaßt wären. Hieraus könnten sich Komplikationen mit der ungarischen Regierung ergeben, deren Rückwirkungen sich schon in allernächster Zeit auf die Lebensmittelversorgung fühlbar machen würden und die auch für die weitere Zukunft meinerseits nicht verantwortet werden können.”<sup>172</sup>*

Wie erwähnt distanzieren sich nun alle von dem verunglückten Unternehmen und bemühen sich um Schadensbegrenzung: Raimund Neunteufel erklärte, dass er von der Sache eigentlich nichts wusste, ja sogar - aber das schon vor Wochen die beiden Offiziere Ritter und Mühlhoffer vor einem solchen Vorhaben gewarnt hätte, und Bürgermeister Ofenböck verschickte folgende Erklärung an österreichische und westungarische Zeitungen: „*Ich betone, daß mit dieser Aktion, die von unverantwortlichen Kreisen in vollständiger Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse unternommen wurde, weder ich, noch sonstige offizielle Stellen der Stadt Wiener Neustadt etwas zu tun hatten und zeichne mit der Bitte, diesen unsinnigen Gerüchten in geeignet erscheinender Weise entgegnet zu wollen.* - Anton Ofenböck.”<sup>173</sup> Selbst Josef Suchard, Präsident des Volksrates von

Mattersburg und Kommandant der dortigen Nationalgarde, der als einer der Führer des neuen Freistaates ausersehen und nur durch einen Zufall der Verhaftung entgangen war, schrieb in einem offenen Brief: „*Ich wurde mit der Ankunft des Autos in Mattersdorf vor eine Tatsache gestellt von welcher weder ich, noch sonst jemand vorher Wissenschaft hatte und da ich von den Gardisten immer gedrängt wurde zur Bekämpfung der Schmugglerbanden Gewehre zu besorgen, griff ich zu und übernahm die Gewehre. Auch bat ich um Überlassung des Autos, daß im Falle der Eisenbahnverkehr infolge Kohlenmangels unterbunden werden sollte, Hilfsmittel zur Lebensmittelzufuhr vorhanden wären. Dies wurde mir auch zugesichert und ich fuhr diesbezüglich mit dem Auto nach Wiener Neustadt ab. In Krensdorf mußten wir aber das Auto einstellen und mittels Wagen die Fahrt fortsetzen, da wir kurz vor Krensdorf einen Autodefekt erlitten. Als ich am nächsten Vormittag nach Mattersdorf kam, wollte mich eine Patrouille am Betreten des Ortes hindern...Ich wollte den Fall sofort aufklären, doch wurde ich über Bitten mehrerer Bewohner veranlaßt den Ort wieder zu verlassen, was ich nur mit schweren Herzen tat; wußte ich doch bereits, daß das von Stuhlrichter Krutz ohne Grund herbeigerufene Militär im Orte an mehreren Stellen offen Diebstahl beging und daß der Bevölkerung hiedurch schweres Los wartete...Ich richte an Eure Hochwohlgeboren die höflichste Bitte dahin wirken zu wollen, daß die schuldlosen Opfer dieser Geschichte ehestens befreit werden, ferner daß mir das ungehinderte Betreten meines Heimatortes gesichert werde.*“<sup>174</sup>

## **Auf dem Weg zu Demokratie und Autonomie 1918/19**

Obwohl die „Republik Heinenland“ als solche nur etwas mehr als 24 Stunden existierte und letztendlich zu einer hilflosen Groteske wurde, war die Fernwirkung dieses Unternehmens doch beachtlich: Man erkannte endlich auch in Budapest, dass die deutschwestungarische Frage rasch gelöst werden müsse und man die Sezessionsbemühungen weiter Bevölkerungskreise so rasch wie möglich abfangen und in jene Kanäle leiten müsse, die das Gebiet bei Ungarn behalten wollten. Dazu schienen zwei Mittel besonders geeignet: Die Gewährung von Autonomie und die rasche Durchführung der von der Regierung versprochenen Bodenreform. Mit letzterer hoffte man vor allem die Bauern fest an Ungarn zu ketten. In Ungarn - und damit auch in Westungarn - gab es trotz Aufhebung der Grundherrschaft nach 1848 nach wie vor eine ungelöste Agrarfrage. Den riesigen Latifundien einiger weniger Magnatenfamilien und der Kirche standen viele Tausende von Kleinbauern gegenüber, deren soziale Lage sich wie schon erwähnt - durch eine fortlaufende Erbteilung dramatisch verschlechterte. Der Krieg hatte die Lage auf die Spitze getrieben und selbst in dem

# Deutsche Brüder!

**Gebt acht! Laßt euch nicht betrügen! Die Wiener wollen jetzt, daß wir zu Österreich gehören sollen. Aber warum wollen sie das? Wollen sie uns befreien? Nein! In der jetzigen Volksrepublik sind wir ohnehin frei und haben vollkommenes Selbstbestimmungsrecht. Was wollen sie also?**

**Sie wollen unsere Lebensmittel billiger bekommen! Sie gestehen es selbst ein. Wir sollen Wien verköstigen. Das haben wir auch im Frieden getan und tun es weiterhin gerne. Sie wollen aber, daß wir zu Österreich gehören, damit sie uns die Preise diktieren können.**

**Deutsche Brüder!**

**Fabriks- und Landarbeiter!**

**Die ungarische Regierung wird in Kürze die Parzellierung vieler Millionen Joch des Großgrundbesitzes vornehmen und unter uns verteilen. Laßt euch nicht betrügen.**

**Gebt acht!**

Museums- u. Kunstverlag

*Bild 40: Ungarisches Plakat gegen die deutsch-westungarischen Anschlussbestrebung an Österreich (92 cm x 60 cm).*

„reichen und fruchtbaren Agrarland“ Ungarn auch auf dem Lande Lebensmittelknappheit gebracht. Der Ruf nach einer radikalen Bodenreform, in der Land an die Kleinbauern und an die besitzlosen Landarbeiter verteilt werden sollte, wurde immer stärker und fand Eingang in die Programme aller Parteien, die nun die Führung der Republik in Händen hatten. Mit großer Genugtuung wurden auch in Westungarn Stimmen in den Medien registriert, die in diesem Zusammenhang vom schuldigen „Dank des Vaterlandes“ gegenüber jenen vielen tausenden Kriegsheimkehrern und Kriegsoptionen sprachen, die im Krieg Leib und Leben für das Vaterland riskiert und geopfert hatten und nun in Armut gefallen waren. Ihnen und ihren Familien sollte wenigstens eine kleine Entschädigung für die erlittene Not und Entbehrung und Hilfe für den Start in eine bessere Zukunft zukommen. Geschickt stellte man dabei immer wieder die bessere Situation in Ungarn den tristen Verhältnissen in Österreich gegenüber. Ein immer wieder verwendetes Argument war dabei die schlechte wirtschaftliche Lage des Nachbarstaates: Deutsch-Österreichs Lage sei nicht nur zur Zeit katastrophal, sondern auch in Zukunft ziemlich hoffnungslos. Die Industrie bisher ein Schwerpunkt des Landes - habe durch den Zerfall der Donaumonarchie nicht nur ihre wichtigsten Rohstofflager, sondern auch ihr Absatzgebiet verloren. Es herrsche z.B. so großer Kohlemangel, dass viele Fabriken stillstünden und auch der Eisenbahnverkehr nur eingeschränkt funktioniere. Auch in Zukunft werde man Kohle nur mehr um teure Devisen aus dem Ausland kaufen müssen. Bisher habe die österreichische Industrie ihre Produkte in einem von Schutzzöllen protektionierten Wirtschaftsraum von 50 Millionen Menschen abgesetzt, jetzt sei dieser zerfallen, und die österreichische Wirtschaft sei einer harten Konkurrenz aus den westlichen Staaten ausgesetzt, die infolge reicher Rohstoffreserven insbesondere von Kohle - billiger produzieren könnten. Österreichs Unternehmen seien in Zukunft nur dadurch existenz- und wettbewerbsfähig, wenn sie niedrige Löhne zahlten. Schon jetzt seien viele Betriebe zugrunde gegangen und hunderttausende Arbeiter seien arbeitslos. Zu diesen gesellen sich in Wien tausende Angestellte des Hofes, der Staatsverwaltung und des Militärs, sowie der Zentralbüros von Banken und Wirtschaft, die nun auf die Maße eines Kleinstaates schrumpfen müssten. Zudem müsse Österreich sicherlich die Steuern drastisch erhöhen, um die Kriegsfolgen überwinden zu können. Dies bringe große soziale Spannungen und instabile politische Verhältnisse. Um wenigstens die einfachste Lebensgrundlage für diese verarmten Schichten zu sichern, werde der Staat noch lange zu Zwangsbewirtschaftung der Nahrungsmittel mit amtlich geregelten Preisen greifen müssen. Ein Anschluss Deutsch-Westungarns würde da nur wenig helfen und nur diese Gebiete auch noch in den Ruin stürzen. Westungarns Landwirte würden ihre Produkte, wenn sie zu Österreich kämen, zu niedrigen Preisen abgeben müssen, die Arbeiter würden arbeitslos bleiben.

Ungarn sei hingegen ein landwirtschaftlich starkes und stabiles Land. Seine Bauern - besonders jene im Westen - könnten durch freie Marktpreise im Export gut verdienen. Auch könne man erwarten, dass die westungarische Industrie nach Wegfall der österreichischen und böhmischen Konkurrenz auf dem ungarischen Markt beste Absatzchancen haben und einen glänzenden Aufschwung erleben werde. In Zukunft würden hier in der unmittelbaren Heimat viele neue Arbeitsplätze entstehen. Schließlich sei die neue ungarische Regierung gerade dabei große wirtschaftliche Verbesserungen, wie die Bodenreform, in Angriff zu nehmen und auch auf dem Gebiet der politischen Rechte des einfachen Volkes, der Schulreformen und der Autonomie der Nationalitäten entscheidende Schritte zu unternehmen.

Der „Präsident der Volksregierung“, Graf Mihály Károlyi, erließ einen Aufruf, in dem es unter anderem hieß: „...*Jedes Volk soll auf dem eigenen Gebiet, im Komitat, Bezirk, Dorf, selber entscheiden, in welcher Sprache es lernen, mit seinem Richter und Notär sprechen will. Darum gibt die Regierung der Volksrepublik jedem Manne und jeder Frau das Wahlrecht, damit sie alle auf die Angelegenheiten des Landes, des Komitats, der Gemeinde Einfluß nehmen. Jedermann wird fortab mit-sprechen in den Fragen, wieviel Steuer einer zu zahlen hat, wohin Eisenbahn, Landstraßen und Brücken führen sollen. Auch in der Frage: wem der Grund und Boden gehören und wieviel Lohn der Fabriksarbeiter bekommen soll. Jeder Ackerbautreibende in Ungarn bekommt ehestens ein Stück Grund und Boden, das er mit seiner Familie bearbeiten kann. Dazu volle Freiheit der Inanspruchnahme eines ausgiebigen Schulunterrichtes nach allen Richtungen und auf allen Stufen der Geistesbildung, sowie Ausübung der Religion.*“<sup>175</sup>

Man überschlug sich geradezu in neuen Forderungen, Plänen und Versprechungen, die im Detail bis zu großzügigen Industrie- und Bahnbauten, oder z.B. zur Trockenlegung des Neusiedlersees und Gewinnung von bestem Ackerland reichten.<sup>176</sup>

Eine besonders vordringliche Frage war jene, endlich demokratische Wahlen vorzubereiten, um eine endgültige Legitimierung der neuen demokratischen Kräfte durch das Volk aufweisen zu können. Davon versprach man sich zu Recht oder Unrecht einen großen Vertrauensschub im Land, von dem man sich erhoffte, dass er viele Probleme des jungen demokratischen Staates zu beseitigen helfen werde. Man ermunterte die Gemeinden, zunächst Wahlen in ihrem engeren Bereich abzuhalten, um neue Gemeinderepräsentanzen aufzustellen und Delegierte zu wählen, die in den Volksräten an Stelle der oft selbsternannten Vertreter repräsentativ und legitim für die einzelnen Dörfer sprechen könnten. Jeder Gemeindebürger, egal ob Mann oder Frau, über 24 Jahren sollte wahlberechtigt sein, wobei man dann das Wahlrecht auch auf jüngere Männer ausdehnte, die im

Weltkrieg an der Front gewesen waren.<sup>177</sup> Tatsächlich erfolgten in den nächsten Wochen in zahlreichen Dörfern und Städten solche Wahlen, wobei allerdings die „Wahlbewegung“ da und dort zu weiteren Kundgebungen für oder gegen den Anschluss an Österreich führte.

Es war ein kluger Schachzug der Regierung, Géza Zsombor zum Volkskommissar mit besonderen Vollmachten für das deutsche Siedlungsgebiet der vier westungarischen Komitate „wegen einheitlicher Leitung der gegen die Deutschen Westungarns geführte Agitation seitens Deutschösterreichs“ zu machen. Dieser hatte - wie wir gesehen haben - die Welle der Revolution genützt, um politisch hochzukommen und war inzwischen mit Hilfe seiner Zeitung „Grenzpost“ zu einem einflussreichen Meinungsmacher in Westungarn geworden. Mit Scharfblick erkannte man auch in Budapest, dass man den ehrgeizigen Mann rechtzeitig für sich gewinnen müsse, um rasch einen Stimmungsumschwung in den bereits sehr bedenklich zu Österreich tendierenden Grenzgebieten herbei zu führen. Dies umso mehr als man einsah, dass der Einsatz von staatlicher Gewalt bereits mehr als riskant, wenn nicht ohnehin schon unmöglich sei. Tatsächlich fühlte sich Zsombor ganz offensichtlich durch die neue Stellung so geschmeichelt, dass er vollends auf die Regierungslinie einschwenkte, und die „Grenzpost“ sich voll in jene Publikationen, Artikeln und Flugblätter einreihete, die heftig Polemik gegen Österreich machten und nun um die Jahreswende 1918/19 - das Land förmlich überschwemmen.

Um sich über die wahre Stimmung im Lande ein zuverlässiges Bild zu verschaffen, lud Nationalitätenminister Jászi Mitte Dezember führende Vertreter der westungarischen Deutschen zu Gesprächen nach Budapest. Nachdem er bereits am 16. Dezember mit Mag. Adalbert Wolf und Karl Wollinger, in denen er mit Recht Schlüsselfiguren der deutschen Bewegung sah,<sup>178</sup> zusammengetroffen war, kam es am 28. Dezember zu einem neuerlichen Treffen in der Ofener Burg, wo neben den beiden bereits Erwähnten auch Géza Zsombor und weitere sechs Delegierte aus den Komitaten Pressburg, Wieselburg, Ödenburg und Eisenburg teilnahmen<sup>A)</sup>. Die Gespräche verliefen für beide Seiten unbefriedigend und brachten kaum eine Annäherung der Standpunkte, doch setzte sich nun endlich auch in den Budapester Regierungskreisen die Einsicht durch, dass nur ein rasches Eingehen auf den Wunsch nach einer „deutschen Autonomie“ weitere Sezessionsbestrebungen eindämmen könnte. Noch in der Nacht des selben Tages wurde die Frage der „deutschen Autonomie“ im Ministerrat behandelt.<sup>179</sup>

---

A) An dem Gespräch nahmen Géza Zsombor und Friedrich Gottschalk aus Ödenburg, Gustav Kraft und Alois Zalkay aus Preßburg, Julius Fischl und Karl Wollinger aus dem Eisenburger und Mag. Adalbert Wolf aus dem Wieselburger Komitat teil.

Unter dem Eindruck der Debatten in Regierungskreisen einigten sich die bisher teilweise rivalisierenden deutschen Gruppen – so auch der von Jakob Bleyer geführte „Deutsch-ungarische Volksrat“ und der „Deutsche Volksrat für Ungarn“, dessen Führer Rudolf Brandsch, Edmund Steinacker und Heinrich Kalmár waren – und bildeten einen „Zentralausschuß der Deutschen Ungarns“. Dieser verlor jedoch bald einen Teil seiner Mitglieder, als sich die Siebenbürger Sachsen am 8. Jänner 1919 in der „Nationalversammlung von Mediasch“ für die Zugehörigkeit zu Rumänien entschieden. Die Rechtfertigung von Brandsch, dass man bisher durch die ungarischen Regierungen nur schlecht behandelt worden sei und die vagen Rechte, die man jetzt vielleicht der deutschen Volksgruppe gewähren wolle, zu spät kämen, und dass man zur königlich-rumänischen Regierung mehr Vertrauen habe,<sup>180</sup> ließ viele in Budapest nachdenklich und den Forderungen der Deutschen Westungarns gegenüber nachgiebiger werden.

Unter teilweiser Zuhilfenahme der Entwürfe von Dr. Karl Amon, die dieser im Auftrag des Deutschen Volksrates erarbeitet hatte,<sup>181</sup> und dem Vorbild eines schon am 24. Dezember 1918 erlassenen Autonomie-Gesetzes für die Ruthenen der Karpato-Ukraine erarbeitete man noch um die Jahreswende 1918/19 einen entsprechenden Gesetzentwurf. Schon bei seinen Neujahrsempfängen verkündete Ministerpräsident Károlyi stolz, dass es sein Wunsch sei, „*daß sämtliche in Ungarn lebenden Nationalitäten auf Grund der Wilsonschen Prinzipien ihre Autonomie erhalten und eine östliche Schweiz zustandekommt.*“<sup>182</sup>

Trotz einer schweren Regierungskrise in Budapest bei der auch Oskár Jászi sein Ministeramt verlor, wurde schließlich das „Autonomiegesetz“ im Parlament verabschiedet und am 29. Jänner 1919 als „VI. Volksgesetz aus dem Jahre 1919 über die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes in Ungarn“ durch das neugebildete Kabinett Dénes Berinkey<sup>A)</sup> erlassen. Es hatte folgenden Inhalt:

*” § 1 Die in Ungarn wohnenden ungarischen Staatsbürger deutscher Zunge bilden eine einheitliche Nation, die ihr Selbstbestimmungsrecht durch die in diesem Gesetz umschriebene Selbstverwaltung ausübt.*

*§ 2. In den deutschen Siedlungsgebieten werden, insofern sie zusammen hängen, im Einvernehmen mit den dort wohnenden anderssprachigen Nationen autonome Rechtsgebiete (Gaue) gebildet.*

*§ 3. Dem deutschen Volk gebührt im Rahmen dieses Gesetzes in der inneren Verwaltung, der Rechtspflege, im Unterrichtswesen, in den Kultur- und*

---

A) Am 19. Jänner 1919 wurde in Budapest eine neue Koalitionsregierung aus der Sozialdemokratischen Partei, der Kommunistischen Partei und der Nationalen bürgerlich-radikalen Partei unter Ministerpräsident Dr. Dénes Berinkey gebildet; sie blieb bis 21. März 1919 im Amt. (Kaser, Karl: Handbuch der Regierungen Südosteuropas 1833-1980. Bd. 3. - Graz 1984. S. 185

*Kirchenangelegenheiten dieser autonomen Rechtsgebiete hinsichtlich der Gesetzgebung und Verwaltung volle Autonomie.*

*§ 4. Die autonomen Angelegenheiten werden durch eigene, die mit der ungarischen Volksrepublik gemeinsamen Angelegenheiten durch gemeinsame Organe versehen. Gemeinsame Angelegenheiten sind: Auswärtige Angelegenheiten, Heerwesen, Finanzwesen, Staatsbürgerschaft, privat- und strafrechtliche Gesetzgebung, Volkswirtschaft, Volkswohlfahrt und Sozialpolitik, sowie Verkehrswesen. In den autonomen Rechtsgebieten wird den ungarischen Staatsbürgern deutscher Zunge gewährleistet, daß die Verkehrssprache mit ihnen auch in den gemeinsamen Angelegenheiten deutsch sein wird.*

*§ 5. Die gesetzgebenden Organe der deutschen Nation sind:*

- 1. In autonomen Angelegenheiten die deutsche Nationalversammlung.*
- 2. In den mit der ungarischen Volksrepublik gemeinsamen Angelegenheiten der gemeinsame ungarische Reichstag. In diesem Reichstag muß die deutsche Nation ihrer Volkszahl entsprechend vertreten sein.*

*§ 6. Die deutsche Nationalversammlung ist in Übereinstimmung mit dem Volksgesetz I: 1918 durch allgemeine, geheime, gleiche und unmittelbare Abstimmung zu wählen.*

*§ 7. Die Regierungsorgane der deutschen Nation sind: Das deutsche Ministerium und die Gauverwaltung. Amtssitz des deutschen Ministeriums ist Budapest. An der Spitze steht ein der deutschen Nationalversammlung und dem gemeinsamen ungarischen Reichstag in gleichem Maße verantwortlicher deutscher Minister, der in gemeinsamen Angelegenheiten gleichberechtigtes Mitglied der ungarischen Volksregierung ist.*

*§ 8. Der in den deutschen Gauen wohnenden nichtdeutschen Bevölkerung sowie den außerhalb der Gaue wohnenden deutschen Minderheiten wird die kulturelle Autonomie, ferner die lokale Selbstverwaltung bzw. das Recht der verhältnismäßigen Teilnahme daran, schließlich das Recht der Vertretung in der eigenen Nationalversammlung gewährleistet.*

*§ 9. Dieses Gesetz wird im Einvernehmen mit dem deutschen Minister durch die ungarische Volksregierung durchgeführt. Für die mit der Durchführung dieses Gesetzes verbundene finanzielle Deckung sorgt, solange ein staatliches und autonomes Budgetgesetz diesbezüglich nichts verfügt, der Finanzminister, der im Einvernehmen mit dem deutschen Minister den Kostenvoranschlag feststellt.*

*§ 10. Die Übergangsbestimmungen werden im Einvernehmen mit dem deutschen Minister durch die ungarische Volksregierung getroffen. Bis zur Konstituierung der ersten deutschen Nationalversammlung wird übergangsweise der deutsche Landesregierungsausschuß gebildet, der aus je 4 Mitgliedern des deutschen Volksrates für Ungarn und des deutsch-ungarischen Volksrates, sowie aus zwei Vertretern der deutschen Siedlungsgebiete besteht. Dieser Regierungsausschuß*



kontrolliert den deutschen Minister und gibt ihm seine die deutsche Selbstverwaltung betreffenden Vorschläge bekannt.

§ 11. Dieses Gesetz tritt am Tage seiner Kundmachung in Kraft.

*Der Präsident der ungarischen Volksrepublik: Michael Károlyi m.p.*”

Inzwischen war jedoch in Westungarn die Bewegung für einen Anschluss an Deutsch-Österreich weiter fortgeschritten. Im Süden kam es über Anregung von Wollinger, der durch seine Begeisterung und Rednergabe die Menschen aus ihrer Hoffnungslosigkeit riss und dabei in der aus St. Martin a. d. Raab stammenden Rosa Werner eine hervorragende Unterstützung fand, vornehmlich im Güssinger und St. Gottharder Bezirk zu Volksabstimmungen in denen sich über 40 Gemeinden - darunter auch einige kroatische Dörfer - für einen Anschluss an die Steiermark aussprachen; lediglich vier Gemeinden stimmten mehrheitlich für den Verbleib bei Ungarn.<sup>183</sup> Die „Abstimmungslisten“ wurden an die Staatsregierung nach Wien geschickt, entsprechende Erklärungen auch an die dortigen Vertreter der Alliierten Siegermächte. Es ist natürlich problematisch auf Grund dieser „Abstimmungen“ und den dabei geschriebenen Listen, die nur durch das persönliche Engagement Einzelner zustande kamen, eine objektiv-quantifizierende Aussage zu machen, doch kann man sicherlich sagen, dass sie weitgehend die Stimmung und Meinung eines Großteils der Menschen in dieser Region widerspiegeln. Seit Jahrhunderten hatten ja die Dörfer im weiten Lafnitz- und Raabtal enge Verbindungen zu den steirischen Grenzstädten und als in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Neudau, Burgau, Fürstenfeld und Fehring zahlreiche Industrieunternehmen entstanden, nahmen diese einen beträchtlichen Teil ihrer Arbeiterschaft aus den ungarischen Nachbargebieten und verschafften so zahlreichen Familien eine bessere Existenzmöglichkeit. Zudem hatten vor allem die evangelischen Orte wie Deutsch-Kaltenbrunn, Eltendorf, Kukmirn und Neuhaus am Klausenbach u.a. enge geistige Bindungen an das protestantische Deutschland und waren so naturgemäß großdeutsch eingestellt. Um sich besser organisieren zu können und vor allem für die in wenigen Wochen bevorstehenden Parlamentswahlen gerüstet zu sein, gründete man nun hier eine „Deutsche Freiheitspartei“, an deren Spitze Karl Wollinger stand.<sup>184</sup> Sie gab ab dem 7. März 1919 die halbwöchentlich erscheinende Zeitung „Deutsche Freiheit“ heraus, die größtenteils von österreichischen Kreisen finanziert wurde; sie erschien allerdings nur siebenmal, da sowohl ihr als auch der Partei die Ausrufung der Räterepublik Ende März 1919 ein jähes Ende brachte. Neben den bisher schon oftmals zitierten Forderungen verlangte diese Partei, dass *„Deutsch-Westungarn auf der Friedenskonferenz durch eine eigene, vom freien Landtag gewählte Vertretung sein Selbstbestimmungsrecht zu Gehör und Anerkennung bringen*

kann" denn niemand habe das Recht „auf der Friedenskonferenz im Namen Deutsch-Westungarns zu sprechen, ohne hiezu vom Volke beziehungsweise vom freien Landtag ein rechtlich unanfechtbares Mandat zu haben.“<sup>185</sup> Das wichtigste Anliegen blieb also nach wie vor die Durchsetzung des Rechtes auf Selbstbestimmung bei der Friedenskonferenz und daraus resultierend eine Volksabstimmung über die zukünftige Staatszugehörigkeit Deutsch-Westungarns unter der Kontrolle der Entente.

Hatte sich Wollingers Wirken bis dahin auf den südlichen Landesteil beschränkt, so wurde mit der „Deutschen Freiheitspartei“ der Wirkungskreis - teilweise mit beachtlichem Erfolg - auch auf den Norden bis ins Wieselburger Komitat ausgedehnt. Parallel zum Aufbau der Partei erfolgte in der engeren Heimat Wollingers nun auch die Gründung von „Bauern-, Gewerbe- und Arbeiterbünden“.<sup>186</sup> Diese Organisationen griffen Wollinger'sche Aktivitäten aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, wie die Schaffung von Raiffeisenkassen, Konsumvereinen und Verwertungsgenossenschaften, wieder auf, um die wirtschaftliche Situation der Bevölkerung durch „Selbsthilfe“ entscheidend zu verbessern.

In der Steiermark hatten sich inzwischen eine Reihe von Gruppierungen - so z.B. die Vereinigung „Deutschösterreichische Vaterlandsfreunde“ - zusammengefunden, die ihre „deutschen Brüder in Westungarn“ nach Kräften unterstützen wollten.<sup>187</sup> Sie veranstalteten in mehreren Grenzorten der Steiermark also auf „sicherem Gebiet“ - Kundgebungen, wo auch zahlreiche Leute aus den Gemeinden jenseits der Grenze teilnahmen. Ob in diesen Tagen die ungarischen Behörden aber überhaupt in der Lage gewesen wären, örtliche Versammlungen mit einer Massierung von Sicherheitskräften zu verhindern, sei dahingestellt, denn zur selben Zeit beschäftigte sie eine andere weit drohendere Gefahr: der Einmarsch slowenischer Freischaren im Übermurgebiet (Prekmurje), also im südöstlichen Teil des Eisenburger Komitats.

In den letzten Dezembertagen 1918 stießen die Slowenen bis Murska Sobota (Muraszombat) vor und vertrieben teilweise nach Kämpfen - die ungarischen Behörden. Die Versprechungen, dass man den Slowenen in einem eigenen „Wenden-Komitat“, das die Bezirke Muraszombat (im Komitat Eisenburg), Lendava und Belatincz (beide im Komitat Zala) weitgehende nationale Autonomie geben werde, und die Ernennung von Dr. Béla von Ostffy, einem Professor der Rechtsakademie von Eperjes mit slowenischer Abstammung, zum neuen Obergespan von Eisenburg, waren nur ein hilflose Versuche dem Verlust des Gebietes entgegenzuwirken. Nur mit Mühe konnten ungarische Einheiten den Vormarsch der Slowenen stoppen, wobei der bereits bei der Niederschlagung der „Republik Heizenland“ erfolgreich eingesetzte Ödenburger Panzerzug unter dem Kommando von Dezsider Entzbruder Murska Sobota zunächst von den süd-

slawischen Freischärlern befreien konnte. Bei den dabei geführten Gefechten starben - wie die Zeitungen aufgeregt zu berichten wussten - 22 Menschen. Mitte Jänner 1919 überflogen jugoslawische Flugzeuge die Dörfer des umstrittenen Gebietes bis tief in den Bezirk St. Gotthard und warfen Flugblätter ab, in denen sie vor allem die slawische Bevölkerung aufforderten, sich dem neuen SHS-Königreich anzuschließen.<sup>188</sup> Wieder einmal tauchte das Gespenst des „Slawischen Korridors“ drohend und handgreiflich auf.

In der Steiermark dürfte man sogar daran gedacht haben, mit Waffengewalt einzugreifen, oder zumindest pro-österreichisch eingestellten Teilen der westungarischen Bevölkerung Waffen für den Fall des Falles zur Verfügung zu stellen. In Wien sah man abermals die Gefahr, in eine unüberlegte und gefährliche Lage zu schlitern. Staatssekretär Otto Bauer fühlte sich veranlasst, in einem chiffrierten und als „dringend“ bezeichneten Telegramm an den Landeshauptmann der Steiermark, Wilhelm Kaan, zu warnen: *„daß gegen die Förderung und Unterstützung der [Anschluss-]Bewegung innerhalb des deutschösterreichischen Staatsgebietes solange nichts einzuwenden wäre, als...nicht unmittelbar die Lostrennung von Gebieten des ungarischen Staates, sondern nur die Einräumung des Selbstbestimmungsrechtes der Deutschen in Ungarn angestrebt wird...und es sich keinesfalls aber um die Förderung von Gewaltanwendungen, um die Zufuhr von Waffen oder um die Widerstandsleistung gegen gesetzliche Verfügungen der ungarischen Staatshoheit handelt“* Und er meinte weiter: *„Schwerwiegende wirtschaftliche und für die Zukunft auch politische Interessen lassen es geboten erscheinen, dass wir unsere guten und freundschaftlichen Beziehungen mit Ungarn aufrechterhalten. Wir können die momentanen Lebensmittelzufuhren aus Ungarn nicht entbehren...Einen durchaus anderen Charakter würde die Frage der Unterstützung der Freiheitsbewegung der westungarischen Deutschen gewinnen, sobald sich diese Bewegung nicht mehr gegen Ungarn, sondern gegen die Verwirklichung der slawischen Absichten auf Herstellung des sogenannten Korridors zwischen Nord- und Südslawen richtet...Derzeit aber kommen Maßnahmen gegen den erwähnten slawischen Gewaltakt überhaupt noch nicht in Frage.“*<sup>189</sup>

Im Norden war die Situation ähnlich. Auch hier ließ man sich von den „schönen Reden der ungarischen Regierung“ nur wenig beeindrucken, zumal man schon böse Erfahrungen mit Versprechungen hatte, die dann doch nicht gehalten und von den Lokalbehörden einfach boykottiert wurden. Man hatte noch drastisch das Schulgesetz vom November 1918, das den Minderheiten das Recht auf muttersprachlichen Unterricht verbürgte, vor Augen, bei dessen Durchführung die regionalen Schulbehörden mit Ausreden, dass keine geeigneten Lehrer und keine Schulbücher in den entsprechenden Sprachen vorhanden seien, die Reform ver-



**Bild 42:** Das Komitatshaus in Ödenburg (Hauptplatz)

schleppten und verwässerten. Ähnliches wollte man in Zukunft nicht mehr dulden und stellte Budapest ein Ultimatum: Entweder ein entsprechendes Autonomiegesetz innerhalb kürzester Zeit zu erlassen, oder in Kauf zu nehmen, dass sich Deutschwestungarn an Österreich anschließe. In Ödenburg und anderen zentralen Orten kam es fast Woche für Woche zu Sitzungen und Kundgebungen für die „deutsche Autonomie“ mit der deutlichen Drohung, sich bei deren Nichtgewährung Österreich anschließen zu wollen.

In die Anschlusskundgebungen mischten sich bald Stimmen, die ihre Heimat nicht nur an die benachbarten österreichischen Bundesländer heranbringen, sondern mit dem Anschluss an Deutsch-Österreich, das sich in seiner Staatserklärung am 12. November 1918 selbst als „ein Bestandteil der deutschen Republik“ bezeichnet hatte, gleichzeitig ein Teil des Deutschen Reiches werden wollten. Nicht der Kleinstaat Österreich, an dessen Existenzfähigkeit nur wenige glauben konnten, sondern ein großes, wirtschaftlich starkes Deutschland, das entsprechend dem Selbstbestimmungsrecht der Völker alle Deutschen in einem Staat zusammenführen sollte, war für viele das Endziel aller Bemühungen. Die Entthronung der Habsburger und der Hohenzollern, die dies - so meinten viele -

bisher aus dynastischer Machtpolitik vereitelt hätten, eröffne nun endlich die Verwirklichung des deutschen Einheitsgedankens von 1848 nach dem Willen des Volkes in einer demokratischen Republik. Nachdem die Donaumonarchie zerfallen war und sich die neuen Nachfolgestaaten teilweise hermetisch von Österreich abgrenzten, war der wirtschaftliche Anschluss an den deutschen Großraum für viele die einzige Möglichkeit aus der derzeit herrschenden Not zu entkommen. Im Zusammenhang mit dieser Bewegung kam es in Neusiedl am See Ende Dezember 1918 zu einem folgeschweren Eklat: Eine Gruppe von Bürgern des Ortes hisste auf dem Rathaus eine Fahne mit den Farben des Deutschen Reiches (schwarz-rot-gold), die der dortige Oberstuhlrichter, Elemér Németh, herunterreißen und „in den Kot treten“ ließ. Diese „freche Verhöhnung der deutschen Volksseele“ wie die Grenzpost schrieb<sup>190</sup> - löste Demonstrationen und riesige Aufregung aus. Als zwei Tage später bei einem Zusammenstoß zwischen einigen Männern aus Parndorf und Gendarmeriebeamten ein Mann erschossen wurde, gelang es dem Obergespan des Wieselburger Komitats nur durch die rasche Abberufung des Oberstuhlrichters und eines zweiten höheren Beamten die Situation wenigstens halbwegs zu beruhigen. Dieser Vorfall zeigte überdeutlich, wie gespannt bereits die Situation in Westungarn war.

Um endlich aus der bereits gefährlich zugespitzten Lage herauszukommen und aus den spontanen und damit unkontrollierbaren Bewegungen der Deutschwestungarn eine funktionierende Organisation zu schaffen, wurde am 19. Jänner im Prunksaal des Ödenburger Komitatshauses unter dem Vorsitz des Volkskommissars Géza Zsombor ein „Deutscher Volkstag für Westungarn“, an dem 250 Vertreter aus 37 deutschen und kroatischen Gemeinden teilnahmen, abgehalten. Auch hier ging es überaus stürmisch zu. Fast alle Redner betonten, dass sie sich nicht länger durch die Budapester Regierung hinhalten lassen würden, denn - so führte ein Delegierter aus - *„es sei durch den großen Umsturz zum Vorschein gekommen, was schon lange im Herzen der Menschen verwahrt gelegen sei, nämlich: Das Recht auf Muttersprache...Das Volk, das durch Jahrhunderte hindurch geknechtet war, habe die Freiheit am ehesten verdient, denn kein Volk habe seine Pflicht so treu erfüllt, als der deutsche Volksstamm Westungarns. Die Politiker aus dem früheren Regime, aus der Zeit der Korruption und des Chauvinismus seien ebenfalls nur eine Schwindelbande gewesen, welche das ganze Volk unterdrückt habe. Die bisherigen Regierungen seien nicht Regierungen des Volkswillens gewesen. Diesen Herren sei es nicht um das Vaterland zu tun gewesen, sondern um ihren eigenen Säckel und die eigene Macht...Wir wollen nicht dem ungarischen Staat schaden, sondern nur unsere politischen Rechte fordern.“*<sup>191</sup> Man fasste einen „Beschlussantrag“, in dem man die rascheste Durchführung der Autonomie forderte und wählte einen sogenannten „20-er



**Bild 43:** Das Széchenyi-Palais in Ódenburg; Sitz der Verwaltung des „Gaus Deutsch-Westungarn“, im Volksmund „Deutsches Haus“ genannt.

Ausschuß<sup>A)</sup>, der im Namen aller Deutschen der Komitate Pressburg, Wieselburg, Ódenburg und Eisenburg sprechen und deren Interessen gegenüber der Zentralregierung in Budapest vertreten sollte. Noch nominierte man hier ausdrücklich auch Vertreter des Komitates Pressburg ins Gremium, obwohl diese Stadt um die Jahreswende von tschechischen Truppen besetzt worden und die ganze Region - dies konnte man bereits absehen für Deutsch-Westungarn verloren war.

---

A) Neben Géza Zsombor gehörten dem "20-er Ausschuß" die Herren Mr. Adalbert Wolf und Dr. Karl Amon aus Neusiedl a. See, Paul Holzzapfel aus Straß-Sommerein, Dr. Gustav Szovijak aus Güns, Julius Fischl aus Güssing, Josef Suchard aus Mattersdorf, Michael Unger aus St. Margarethen, Friedrich Gottschalk, Gottlieb Holzmann, Adolf Berczeller, Karl Amtmann, Ferdinand Pinn, Johann Fiala aus Ódenburg, Gustav Kraft aus Pressburg, Andreas Schmid aus Neufeld, Karl Wollinger aus Heiligenkreuz, Stefan Hafner aus Deutsch Tschantschendorf, Franz Schlögl aus St. Michael und Dr. Johann Wurditsch aus Mörbisch an. Grenzpost, Ódenburg. 22. Jan. 1919. S. 2

Nach Herausgabe des oben erwähnten Autonomiegesetzes am 29. Jänner 1919 ging der Ausschuss daran, die Gauverwaltung des autonomen Gaus Deutschwestungarn einzurichten, an dessen Spitze der Gaupräsident oder Gouverneur<sup>A)</sup> Géza Zsombor stehen sollte<sup>B)</sup>. Deutsch wurde allgemeine Amtssprache, wenn auch die in den nächsten Wochen herausgegebenen offiziellen Verlautbarungen häufig zwei- oder dreisprachig erschienen. Sitz der „Gauregierung“ wurde das Széchenyi-Palais in Ödenburg, das damit im Volksmund die Bezeichnung „Deutsches Haus“ erhielt. Gerade in Ödenburg, das in seinem angestammten Bürgertum und den Handwerkern und Weinbauern der Vorstadt noch eine starke deutsche Mehrheit besaß, hatte sich aber in den letzten Wochen um Bürgermeister Dr. Michael Thurner eine starke nationalistische Bewegung aus magyarischen Beamten und Wirtschaftskreisen formiert. Diese stand unverrückbar treu zu Ungarn, bezeichnete die deutschen Autonomiebestrebungen als Hochverrat am Vaterland und versuchte jetzt mit allen Mitteln, die Stadt nicht in den Wirkungsbereich des autonomen Gaus Deutsch-Westungarn kommen zu lassen. Die Abgrenzung des Gaus war überhaupt ein Problem, da man von Seiten der deutschen Politiker mit Recht die ihrer Meinung nach unter starkem Magyarisierungsdruck zustandgekommenen Volkszählungsergebnisse von 1910 nicht als Basis der Volkszugehörigkeit einzelner Orte nehmen wollte. Auf alle Fälle sollten auch die Städte Ungarisch Altenburg und Wieselburg, sowie Ödenburg und Güns in den Gaubereich fallen, während man auf St. Gotthard verzichten wollte. Zur endgültigen Klärung dieser Frage wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, der u.a. der evangelische Pfarrer von Kaltenstein (Levél), Roland Steinacker, der Redakteur Odo Röttig aus Ödenburg, der Kaufmann Michael Unger aus St. Margarethen, der Hauptmann-Auditor Stefan Hafner aus Güssing und Gustav Kraft aus Pressburg angehörten. Man hoffte damals immer noch, dass Pressburg mit den deutschen Dörfern seiner Umgebung bei den Friedensverhandlungen von den tschechischen Besatzungstruppen

- 
- A) Der Titel "Gouverneur" wurde von einigen Delegierten abgelehnt; man wollte lieber die Bezeichnung "Landeshauptmann" verwenden. Grenzpost, Sopron. 2. Feb. 1919. S. 3
- B) Friedrich Gottschalk, der Herausgeber der Zeitschrift "Weckruf", schrieb später in einem Artikel am 19. März 1919 "Wie wird man Gouverneur?", dass Zsombor, nachdem Minister Jakob Bleyer aus Protest gegen das Autonomiegesetz zurückgetreten war, den Posten eines deutschen Ministers in Budapest angestrebt habe. Als aber dieser Plan misslang, habe er durch Freunde in den verschiedenen Orten Westungarns Telegramme an die Regierung absenden lassen, die ihn zum Gouverneur von Westungarn forderten, worauf dann tatsächlich seine Ernennung erfolgt sei. (Schlereth, Ludmilla: Die politische Entwicklung des Ungarländischen Deutschtums während der Revolution 1918/19. S. 73)

geräumt werden müsse und in den Gau Deutsch-Westungarn kommen würden.<sup>192</sup> Bald tauchte auch der Plan auf, parallel und flächengleich mit dem „deutschen Gau“ ein „deutsches Vikariat“ einzurichten, das aus den Diözesen Raab und Steinamanger als gesonderter Körper ausgegliedert und unter die Führung des Raaber Domherren Dr. Alexander Gießwein<sup>A)</sup> gestellt werden sollte.

Aber wie schon vorher sooft blieben alle diese Vorhaben in den Anfängen stecken oder wurden von der nach wie vor fest im Sattel sitzenden magyarischen Bürokratie hintertrieben. Da viele Beamte, vor allem auch im Bereich der Bezirksbehörden und der Exekutive im Zuge der Magyarisierungsbestrebungen bewusst aus Innerungarn hierher versetzt worden waren und oft nur äußerst mangelhaft deutsch sprachen, hätte die rasche Einführung der deutschen Amtssprache die Versetzung dieser Leute bedeutet. Dies hätte nicht nur soziale Probleme sondern auch empfindliche Störungen in der Verwaltung bedeutet. Diese war gerade in diesen Monaten durch die Ausarbeitung und Durchsetzung zahlreicher anderer Reformen, die die Demokratisierung des Staates und die Neuorganisation der Wirtschaft erforderte, ohnehin bis an den Rand ihrer Kapazität angespannt. So unterblieben, gezielt oder schlicht aus Zeitmangel, viele der im Gesetz angeführten Maßnahmen.

Lediglich im Schulbereich machte man sichtliche Fortschritte. Dies allerdings auch meist nur durch lokale Eigeninitiative, wo man die schon teilweise im Vorjahr begonnene Umwandlung des Unterrichts in Richtung deutsche Unterrichtssprache fortsetzte. Einzelne Dörfer erarbeiteten dabei beachtliche „Schulprogramme“ Welche Vorstellungen man dabei hatte, zeigt uns z. B. ein am 14. Februar 1919 in Neudörf a. d. Leitha verfasstes Protokoll in dem es hieß:

*„1. Die Schulpflicht möge unbedingt bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres erweitert werden. Sollte dies nicht einheitlich durchgeführt werden können, so möge dies wenigstens hier an der österreichischen Grenze entlang geschehen*

---

A) Alexander Gießwein (geb. 1856 in Tata, gest. 1923 in Budapest). Theologiestudium in Wien und Budapest. Priesterweihe 1878, anschließend Kaplan in Eisenstadt, dann Professor an der kath. Lehrerbildungsanstalt in Raab, später Schulinspektor der röm. kath. Volksschulen und seit 1909 Prälat. Mitbegründer der "Katholischen Volkspartei" 1895, 1909 der Christlichsozialen Partei, wobei sein besonderes Interesse der Gewinnung der "unteren Schichten", also der Bauern- und Arbeiterschaft, galt. Mit seiner Schrift "Arbeiterschutz und die Tätigkeit des Christlichen Sozialismus" (1901) erregte er großes Aufsehen. Prominenter Pazifist und Vertreter eines christlichen Internationalismus, als solcher für eine Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie. 1905 Abgeordneter des Ungarischen Reichstages. 1918/19 Mitglied des Deutschen Volksrates und Abgeordneter der Ungarischen Nationalversammlung ab 1920.

*und zwar schon anschließend an das Schuljahr 1918/19, weil hier die Bevölkerung es selber wünscht, und es wäre ein nicht gutzumachender Fehler, würde man sich vor diesem edlen Wunsche des Volkes verschließen. Diese Reform würde auch die Erweiterung der Schulen nach sich ziehen. Das Maximum der Schüler in einer Klasse soll in Zukunft nur 40 sein. Selbstverständlich wird dann die ohnehin nicht sehr erfolgreiche Wiederholungsschule überflüssig sein. An solchen Orten, wo wenigstens 20 Lehrjungen sind, soll eine Lehrlingsschule errichtet werden.*

*2. Auch im Unterrichtsgeiste möge eine gründliche Änderung eintreten. Pflanzen wir nicht schon in der Schule Rassenhaß in die Seele des Kindes, sondern seien wir bestrebt, dahin zu wirken, daß das Kind den Charakter und Fleiß des Menschen schätze, welcher immer einer Nation derselbe angehöre. Verbannen wir die schowinistische [sic!], kriegerische Geschichte aus unserem Unterrichte, trete an deren Stelle Kulturgeschichte. Pflanzen wir dem Kinde zu seiner engsten Heimat die Liebe ins Herz, denn diese Liebe ist der Keim, welcher jede Gattung von Liebe in sich schließt. Eine in diesem Sinne gehaltene Umänderung der Geschichte, Geografie [sic!] und besonders Lesebücher für die Volksschulen ist unbedingt notwendig.*

*3. Für Deutsch-Westungarn mögen einheitliche Lehrbücher verfaßt werden und der Unterricht schreite auf der Basis eines einheitlichen Lehrplanes. Zu diesem Zweck sei eine allgemeine Versammlung der deutsch-westungarischen Volksschullehrer einzuberufen, um diesen Punkt gründlich zu besprechen und klarzulegen.*

*4. In dem Besitze jeder Schule sei eine der Unterrichtssprache angemessene Jugendbibliothek, für die Lehrer in selber Sprache gehaltene Lehr- und Unterrichtsfachbücher.*

*5. Zum Zweck einer gewissenhaften Kontrolle der Schulversäumnisse, sei diese Angelegenheit aus den Händen der Gemeindevorsteherung zu nehmen und dem Bezirksschulrate zu überreichen, welcher auch mit dem Bestrafungsrecht betraut werden müßte.*

*6. Die Verstaatlichung aller Schulen wäre wegen dem einheitlichen Unterrichte je früher durchzuführen. Als unzeitgemäße Institution sind abzuschaffen die Schulkuratorien und Schulstühle. Die örtliche Schulbehörde sei der Schuldirektor, und solcher könne nur ein dessen würdiger Lehrer sein. Der Verkehr mit Eltern der Schüler wäre in Form von Elternkonferenzen durchzuführen.*

*7. In disziplinar Vergehen [sic!] möge eine aus Lehrpersonen bestehende Kommission die Untersuchung einleiten und über den Befund derselben ein unabhängiges Gericht urteilen.*

*8. Der Lehrer sei in keiner Beziehung der Untergebene des Pfarrers. Auch der Lehrer-Kantor sei in seinem kantoralen Wirken nur ein beigeordneter Faktor. Sämtliche diesbezügliche veraltete und erniedrigende Verträge mögen außer*

*Kraft treten. Der Pfarrer soll im Lehifache kein maßgebender Faktor sein, in dem er kein Fachmann ist. Dies ist zum Schutze und zur Bewahrung der Unabhängigkeit des Lehrers unumgänglich notwendig.*

*9. Der Lehrer sei zum Religionsunterrichte nicht verpflichtet.*

*10. In jeder Gemeinde, wo wenigstens 40 anderssprachige Schulpflichtige sind, sei im Sinne des Selbstbestimmungsrechtes eine ihrer Muttersprache entsprechende Klasse zu errichten.*

*11.*

*12.*

*13. Die notwendigen Drucksorten - wie Schulnachrichten, Übersiedlungsanzeigen, Schlußzeugnisse u.s.w. sollen in drei Sprachen verfaßt sein: deutsch, ungarisch und kroatisch.*

*14. Zur Fortbildung der Lehrer mögen deutschsprachige Ferienkurse errichtet werden.*

Die wichtigste Frage dieser Wochen war aber die Vorbereitung der Wahlen, die die ersten demokratischen Wahlen in Ungarn werden sollten und von denen dann auch die endgültige Zusammensetzung des Gaurates abhing. Die „alten“ Parteien, die auch schon bisher Abgeordnete in den Ungarischen Reichstag entsandt, oder sich bei Wahlen zumindest darum beworben hatten, waren kaum mehr präsent - mit Ausnahme der beiden neuen Regierungsparteien, der „Károlyi-Partei“ und der Bürgerlich-Radikalen Partei, die - wie erwähnt - in der Person von Géza Zsombor einen führenden Vertreter hatte. Aber schon drängten zwei andere Parteien oder Gruppierungen an die Macht, die sich dann als die politischen Kräfte der Zukunft entwickeln sollten.

Schon in den letzten Monaten des Jahres 1918 hatten sich die Sozialdemokratische Partei und die Christlichsoziale Partei auch in Westungarn verbreitet. Erstere hatte sich schon in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts vor allem in den Wanderarbeitergemeinden des nordwestlichen Grenzgebietes - damals noch „illegal“ - etabliert und trat nun breit in die Öffentlichkeit.<sup>193</sup> Um die Jahreswende 1918/19 war sie bereits in zahlreichen örtlichen Nationalräten und Gemeindevertretungen die führende Kraft.

Die Christlichsoziale Volkspartei bzw. frühere Katholische Volkspartei hatte erst knapp nach 1900 begonnen, in Westungarn Fuß zu fassen. Mit den beiden populären Priestern und Domherren Dr. Alexander Gießwein und Adolf Mohl<sup>A)</sup> besaß

---

A) Adolf Mohl (geb. 1855 in Lövő, gest. 1939 in Raab). Priesterweihe 1878. Kaplan und Pfarrer in mehreren deutsch-westungarischen Pfarren, 1938 Prälat. Publiizierte zahlreiche historische Abhandlungen. Politisch Mitarbeiter von Alexander Gießwein. Siehe: Kiss, Tamás: Mohl Adolf. Élete és munkássága.- Győr 1999.

sie zwei prominente Führer, und durch die tatkräftige Unterstützung durch den jüngeren katholischen Klerus hatte sie bald in fast jedem Dorf eine mehr oder minder starke Basis. Ähnlich war es auch im Süden, wo sich der Diözesanbischof von Steinamanger, Graf Johann Mikes, persönlich um den Aufbau der Christlichsozialen Partei kümmerte und diese im Journalisten und Zeitungsherausgeber Albin Lingauer einen weiteren attraktiven Führer hatte. Allerdings verstanden sich sowohl die Sozialdemokratische, als auch die Christlichsoziale Partei in Westungarn als nur regionale Zweige der Budapester Parteizentralen, und beschäftigten sich somit in ihrer Programmatik nur sehr eingeschränkt mit den speziellen „nationalen Problemen“ Westungarns.

Neben diesen entstand im Jänner 1919 eine ganze Reihe von Parteien, die jedoch auf Grund der folgenden Ereignisse nie über ihre Anfänge hinaus kamen, wie z.B. die „Republikanische freie Bürgerpartei“, die in Eisenstadt von einer Gruppe angesehener Honoratioren ins Leben gerufen wurde, oder die in Ödenburg gegründete „Deutsch-Westungarische Landwirtepartei“.<sup>194</sup> Die sicher bedeutendste unter diesen Neugründungen war die „Vierburgenländische Autonome Deutsche Volkspartei“, an deren Spitze die beiden Neusiedler Politiker Dr. Karl Amon und Mag. Adalbert Wolf standen. Im Programmentwurf, den Amon verfasste, erklärte man sich als *„auf der Basis des Volksgesetzes VI/1919 stehend“* forderte aber weit darüber hinausgehende Rechte.<sup>195</sup> So wollte man nicht nur deutsche Beamte, eine eigene Gendarmerie und Polizei, sondern auch eine eigene Volksmiliz mit deutscher Kommando- und Dienstsprache aufstellen, die außerdem auch *„im Falle einer kriegerischen Verwicklung des engeren Ungarn in den Krieg nur nach einer allgemeinen Volksabstimmung mitgehen sollte oder nicht“* Man verlangte einen Völkerbund, sowie *„im Falle eines Völkerzwistes die Zwangsanzufung eines zwischenstaatlichen Schiedsgerichtes.“*

Natürlich forderte man für das „Vierburgenland“ volle wirtschaftliche Autonomie mit offenen Wirtschaftsgrenzen nach Österreich *„und sollte Ungarn eine andere Geldwährung wie Deutschösterreich einführen, so muß es dem Vierburgenlande wegen des regen Verkehrs mit Deutschösterreich freistehen, deutsch-österreichische Währung anzunehmen“* Eine Schlüsselrolle spielte dabei auch hier die eheste Aufteilung des Großgrundbesitzes, wobei in erster Linie Kriegsinvalide, Kriegerwitwen und -waisen und heimkehrende Soldaten Berücksichtigung finden sollten; die Verteilung sollte durch die Autonomiebehörden erfolgen. Überhaupt sollte die Landwirtschaft besonders gefördert werden, wobei man landwirtschaftliche Schulen, eine Weinbauakademie in Ödenburg und die Errichtung einer eigenen Landwirtschaftskammer plante. Dies sollte durch eine progressive Steuer finanziert werden, wobei jedes arbeitslose Einkommen besonders besteuert werden sollte. Eine allgemeine Alters-,

**Der Gouverneur  
für  
Deutsch-Westungarn.**

**Einladung.**

**Mittwoch, den 5. März l. J., 3 Uhr nachm., findet im grossen Saale des Komitats-  
hauses ein Kongress in Angelegenheit der Bodenreform statt. Es werden die Volksräte,  
bezw. Gemeindevorstellungen jener Gemeinden, welche an der Grundreform (Grundver-  
teilung, Enteignung von Weingärten und Grund zum Hausbau) interessiert sind, hiermit  
eingeladen, sich durch ein oder zwei Vertreter an dem Kongresse zu beteiligen.**

**Oedenburg, am 26. Feber 1919.**

**Géza Zsombor  
Gouverneur.**

NÖTTIG-SOMWALTER DRUCKEREI-A.-G., SOPRON. 1919—1264.

***Bild 44:** Einladung des Gouverneurs von Deutsch-Westungarn, Géza Zsombor, zu Beratungen über die geplante Bodenreform in Westungarn (26. Feber 1919).*

Kranken-, Unfall-, Mutterschafts-, Witwen- und Waisenversicherung für das ganze Volk sollte verhindern, dass Menschen durch Schicksalsschläge auf die Almosen von anderen angewiesen wären.

Der Programmentwurf wurde am 11. Februar 1919 auf einer zahlreich besuchten Vertrauensmännerkonferenz des Wieselburger Komitats feierlich angenommen und in der Folgezeit in tausenden Flugblättern im Lande verbreitet. Längere Debatten löste übrigens der Name der Partei aus, wobei auch „Deutsche Volkspartei“, „Deutsch-christliche Volkspartei“, „Deutsch-radikale Volkspartei“, „Deutsch-soziale Volkspartei“ genannt wurden.<sup>196</sup> Um sozusagen alle „Interessen“ unterzubringen, einigte man sich schließlich auf den etwas langatmigen Namen „Vierburgenländische Autonome Deutsche Volkspartei“

## **Der Name „Burgenland“ taucht auf**

Der zunächst verwendete Begriff „Deutschwestungarn“, der für das umstrittene, deutschbesiedelte Grenzgebiet im Westen Ungarns zunächst verwendet wurde, schien vielen Zeitgenossen, die einen Anschluss des Landes an Österreich, oder zumindest eine weitgehende Unabhängigkeit des Gebietes anstrebten, aus politischen und programmatischen Gründen unpassend. Vielen war die darin enthaltene Betonung von „Ungarn“ zu stark und im internationalen Gebrauch auch viel zu missverständlich. So hatten deutschnationale Kreise in Wien den Namen „Heinzenland“ eingeführt, der aber wieder vielen insofern nicht gefiel, als der Begriff „Heinzen“ als Spottname empfunden wurde und außerdem nur auf einen Teil des deutschen Siedlungsgebietes mit Recht anwendbar war. So suchte man eine neue „unbelastete“ Landesbezeichnung und fand schließlich 1918/19 den Namen „Burgenland“ Dieser ging auf eine Anregung von Mag. Adalbert Wolf zurück, der - sicherlich angeregt durch die enge Zusammenarbeit mit siebenbürgen-deutschen Politikern wie Rudolf Brandsch und Edmund Steinacker in der Volkstumsfrage - in Analogie zum Namen „Siebenbürgen“ (als „Land der sieben Burgen“) für den neuen autonomen, aus dem deutschen Siedlungsgebiet der vier Komitate Pressburg, Wieselburg, Ödenburg und Eisenburg gebildeten „Gau“ den Namen „Vierbürgen“ vorschlug.<sup>197</sup> Bald darauf entwickelte sich aus dieser etwas holprig klingenden Bezeichnung der Name „Vierburgenland“, der dann am 11. Feber 1919 einer Wieselburger Vertrauensmännerkonferenz vorgelegt wurde und in dem Parteinamen „Vierburgenländische Autonome Deutsche Volkspartei“ erste Verwendung fand. Mit Flugschriften und Zeitungsartikeln verbreitete sich der Name rasch, fand bald weite Akzeptanz, sodass der Ödenburger Zeitungsherausgeber Odo Röttig seine populäre Zeitschrift „Die Lupe“<sup>198</sup> im Juni 1919

als „Vierburgenland“<sup>199</sup> wiedererstehen ließ. Trotz ihrer „Kurzlebigkeit“ hatte die Zeitung durch ihr hohes literarisches Niveau - es arbeiteten neben Adam Müller-Guttenbrunn z. B. der später berühmte Romancier Friedrich Schreyvogel, die Schriftstellerin Grete von Urbanitzky und der Novellist und spätere Direktor der Ravag-Wien, Hans Nüchtern, mit einiger Beachtung auch in Intellektuellenkreisen Wiens.<sup>200</sup>

Die erste offizielle Akzeptanz auch von namhaften Kreisen Österreichs finden wir in einem Telegramm, das Staatskanzler Renner am 16. August 1919 aus Paris an den Staatssekretär für Inneres und Unterricht, Matthias Eldersch, schickte und unter anderem meinte: „...*Name des Landes empfiehlt sich „Dreiburgenland“ , da es sich einschließlich Preßburg schon selbst Vierburgenland genannt hat.*“<sup>201</sup> Tatsächlich verwendete das österreichische Außenministerium bereits vier Tage später in einer Note an Budapest den Namen „Dreiburgenland“.<sup>202</sup> Man ließ dann immer häufiger die Zahl „Vier“ bzw. „Drei“ in der Landesbezeichnung weg und im September 1919 erschien dann in Wien ein „Verzeichnis der Gemeinden des Burgenlandes“ im Druck. Am 8. Oktober 1919 verwendete schließlich die österreichische Bundesregierung in einem offiziellen Schreiben, uzv. an den Heiligen Stuhl in Rom, den sich endgültig durchgesetzten Landesnamen Burgenland.<sup>203</sup> In den Zwanzigerjahren, als - ausgelöst durch einen Artikel Dr. Alfred Walheims - um die Urheberschaft des Landesnamens eine rege Diskussion ausbrach, nahm Gregor Meidlinger für sich in Anspruch, bei einer Vorsprache einer „burgenländischen“ Delegation bei Staatskanzler Renner im September 1919 allerdings nur durch einen Zwischenruf den Namen in seiner endgültigen Form „Burgenland“ ins Spiel gebracht zu haben. Renner so behauptete Meidlinger später immer wieder - habe von da an diesen Namen verwendet und so habe sich dieser im Herbst 1919 allgemein eingebürgert.<sup>204</sup>

## Die Frühjahrswahlen 1919

Schon im Dezember 1918 drängte man darauf, so schnell wie möglich demokratische Wahlen abzuhalten, um ein durch den Willen des Volkes legitimes Parlament und in weiterer Folge eine Staatsregierung zu erhalten. Die dann erfolgten lokalen Wahlen zur Errichtung demokratischer Gemeinderepräsentanzen bzw. Nationalräten konnten nur eine provisorische Zwischenlösung sein. Wie bereits erwähnt, war es naturgemäß für die weitere Entwicklung der Autonomie in Deutsch-Westungarn von besonderer Bedeutung, einen frei gewählten Landtag so rasch wie möglich zu erhalten. Man war sich spätestens nach der Volksratssitzung am 22. Dezember 1918 darüber einig, die Wahlen möglichst

früh, zweckmäßigerweise für die erste Januarhälfte, auszuschreiben. Bald musste man aber erkennen, dass dies völlig illusorisch war. Die jungen Parteien waren nicht in der Lage so rasch zu reagieren, noch konnte - was viel gravierender war - der Verwaltungsapparat die entsprechenden Wahlunterlagen erarbeiten, zumal durch den Aufschub des Autonomiegesetzes auch noch die gesetzliche Grundlage, wie zum Beispiel die Abgrenzung des Gaugebietes und damit der Wahlkreise, fehlte. Man war sich einig, dass 50 Abgeordnete gewählt werden sollten, doch schon bei der Funktionsdauer des Landtages schieden sich die Geister. Der Kompromissvorschlag, zunächst die Volksvertretung nur für zwei Jahre zu wählen, um so Erfahrungen für ein weiteres Vorgehen zu gewinnen, war nur ein unzureichender Ausweg und zeigte letztlich nur die Hilflosigkeit der verantwortlichen Männer. Schließlich wurde auf einer Sitzung des Zwanzigerausschusses am 1. März der Wahltermin für den 30. März 1919 festgelegt und Gouverneur Géza Zsombor mit der Durchführung der Wahl beauftragt. Dieser war jedoch mit der Aufgabe total überfordert, zumal ihn ein Großteil der meist aus Magyaren bzw. Magyaronen bestehenden Beamenschaft dabei kaum unterstützte, ja allen diesen „revolutionären Neuerungen“, die jetzt auf sie zukamen, ablehnend bis feindlich gegenüberstand. In seiner Loyalität, die er seit seiner Ernennung zum Gouverneur zu Budapest empfand, scheute er davor zurück, einzelne als „fanatische Magyaren“ bekannte Beamte innerhalb seines neuen Wirkungsbereiches durch „deutsche Bedienstete“ zu ersetzen, was ihm bald das Misstrauen und die Feindschaft zahlreicher seiner bisherigen Mitstreiter eintrug. Sie beschuldigten ihn, „von den Magyaren gekauft zu sein“ und nannten ihn einen „Volksverräter“, während ihn die „alte Führungsschicht“ als „gewissenlosen Karrieristen“ betrachtete und letztlich nicht ernst nahm. Als dann der Zeitungsherausgeber Friedrich Gottschalk, der in seiner Zeitschrift „Weckruf“ sehr engagiert die deutsche Autonomie gefordert hatte, am 22. Februar 1919 wegen Hochverrats<sup>A)</sup> verhaftet wurde, und Zsombor diesen Schritt der Behörden verteidigte, war der Bruch vollkommen. Schon bei den nächsten Sitzungen des Führungsgremiums am 21. März wurde klar, dass Zsombor die Vorbereitungen der Wahlen so lax betrieben hatte, dass sie „aus technischen Gründen“ auf unbestimmte Zeit verschoben werden mussten.<sup>205</sup> Man entschloss sich, die Landtagswahlen gemeinsam mit den allgemeinen ungarischen Parlamentswahlen im April abzuhalten, um dem Land mehrere Wahlgänge zu ersparen.

Um die unruhige Stimmung in Westungarn zu entspannen und dem Gouverneur moralisch beizustehen, hatte man sich in Budapest inzwischen zu einem demon-

---

A) Der dehnbare Paragraph des Pressegesetzes, der die "Aufreizung zum Haß gegen andere Nationen" unter schwere Strafe stellte, war ein ideales Mittel zur Maßregelung unbequemer Publizisten.

## Berehrte Wähler und Wählerinnen!

Von den Vertrauensmännern der meisten Gemeinden dieses Wahlbezirkes als Wahlwerber aufgestellt, bin ich diesem Rufe pflichtgemäß gefolgt und stelle mich Ihnen zur Verfügung. Nicht Eigennuß und Stellenjägerel, sondern die Liebe zu meinen Volksgenossen und der innere Trieb, Ihnen ein wahrer und echter Freund zu sein, Ihre Interessen in jeder Hinsicht nach allen Seiten zu wahren und Ihnen ein wirklicher Volksvertreter in dieser schweren Zeit zu sein, haben mich bewogen, dem Wunsche der Vertrauensmänner zu entsprechen. Ich weiß sehr wohl, welche schwere Arbeit ich auf mich nehme, wenn ich um Ihr Vertrauen bitte. Wer mich kennt, weiß, daß ich immer ein Freund des Bauernstandes, der Kleingewerbetreibenden und auch des Arbeiters war und daß ich das Leid und die Not des kleinen Mannes, wo ich nur konnte, zu lindern mich bestrebt. Offen und ehrlich, als ein Mann der Tat, abhold jeder Heuchelei, in dem Bewußtsein der Pflichten gegenüber meinem Volke, will ich den geraden Weg weitererschreiten und hoffe, daß ich das Vertrauen, welches Sie mir entgegenbringen, auch in der Zukunft durch die gerechte Vertretung Ihrer Interessen mir erringen werde.

Es soll endlich auch einmal die bäuerliche und arbeitende Bevölkerung zur Geltung kommen und jene Stellung im Staate einnehmen, welche ihr durch ihre so wichtige Tätigkeit zukommt. Selbst Landwirt und durch den jahrelangen, innigen Verkehr mit der bäuerlichen Bevölkerung habe ich die Forderungen und ungerechte Zurücksetzung des kleinen Mannes kennen gelernt und gebe ich die Versicherung, daß ich, im Falle meiner Wahl, Ihre Interessen zu den meinen machen werde.

Sellingkreuz, im Februar 1919.

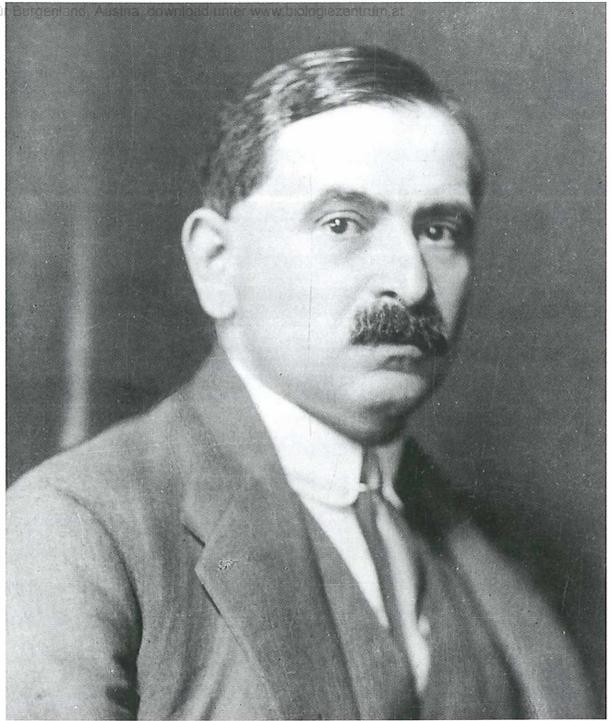
Karl Wollinger.

*Bild 45: Karl Wollingers Bekanntgabe seiner Kandidatur für die ungarischen Wahlen im Frühjahr 1919.*

strativen Schritt bereitgefunden, der die ernsthafte Entschlossenheit, die deutsche Autonomie ehebaldigst Wirklichkeit werden zu lassen, betonen sollte: Der erst seit einigen Tagen im Amt befindliche Deutsche Minister Dr. Johann Junker und sein Staatssekretär, der in Westungarn bekannte sozialdemokratische Politiker Heinrich Kalmár, bereisten gemeinsam mit Zsombor in einer Goodwill-Tour das Land. Die Route der Werbefahrt, die am 14. März in Ödenburg begann, führte durch die deutschen Gemeinden des Heidebodens über Wieselburg und Ungarisch Altenburg nach Norden, wo man demonstrativ Engerau gegenüber von Pressburg besuchte, wo bereits tschechisches Militär die Donaubrücke bewachte. Über Neusiedl und die Gemeinden am Nordufer des Neusiedlersees erreichte man Eisenstadt, besuchte den besonders heiklen Industrieort Neufeld, dann Mattersburg und reiste schließlich durch den Oberpullendorfer Bezirk in den Süden nach Güns und Rechnitz. In zahlreichen Orten wurden Volksversammlungen abgehalten, die manchmal stürmisch verliefen, wie z. B. in Mattersburg, wo „*Chauvinisten von den Automobilen der Minister die ungarischen Fähnchen abrisen und bei der Rede von Staatssekretär Kalmár proösterreichische Rufe laut wurden,*“ oder in Rechnitz, wo man den „Herren aus Budapest“ unmissverständlich erklärte: „*Wir Deutsche haben uns 1868 einmal zum Narren halten lassen ein zweites Mal nimmer!*“<sup>206</sup> Auch wenn regierungstreue Blätter den Erfolg der Reise hochlobten und „*die überall gezeigte Treue der Deutschen zum ungarischen Vaterland*“ betonten, sah man mit Sorge auf die immer mehr eskalierende Stimmung im Land. Schließlich erübrigte aber dann die Ausrufung der Räterepublik am 21. März 1919 alle weiteren Überlegungen.

## **Deutsch-Westungarn in der Räterepublik (21. März – 1. August 1919)**

Im Winter 1918/19 zeigten sich die Spätfolgen des Weltkrieges für Ungarn in ihrer vollen katastrophalen Tragweite. In weiten Teilen des Landes herrschte drückender Mangel an Industrieprodukten, in den Städten gab es - in dem einst reichen Agrarland bei inflationär steigenden Preisen große Probleme bei der Lebensmittelversorgung. Die Auswirkung der alliierten Blockade, der Zusammenbruch der vielfältig verflochtenen Wirtschaftsbeziehungen zu den anderen Teilen der bisherigen Donaumonarchie und schließlich die bereits erwähnte militärische Besetzung weiter Landstriche im Norden, Osten und Süden hatten jeweils ihren Teil dazu beigetragen, dass die Produktion in den Fabriken weitgehend zum Erliegen gekommen war. Rohstoff- und Brennstoffmangel führten



**Bild 46:** Staatssekretär  
Dr. Otto Bauer  
(1881 – 1938)

zusammen mit immer wieder zusammenbrechenden Verkehrsverbindungen zu einem Wirtschaftschaos größten Ausmaßes. Die Zahl der Arbeitslosen nahm täglich zu und wurde durch die von den Fronten und später aus der Gefangenschaft zurückkehrenden Soldaten bedrohlich vermehrt. Scharen von Flüchtlingen und Vertriebenen aus den von den neuen Nachbarstaaten besetzten Gebieten, die früher zur dortigen Oberschicht gehörten, jetzt aber meist ihr gesamtes Hab und Gut verloren hatten, landeten obdachlos in den Städten Innerungarns. Die Staatsfinanzen waren durch den Krieg völlig zerrüttet und konnten die Not der vielen Tausenden, die in bittere Armut gefallen waren, nicht lindern.

In dieser Atmosphäre gewann die radikale Linke immer mehr an Boden. Die Kommunistische Partei formierte sich unter der Führung von Béla Kun, einem engen Mitarbeiter von Lenin und Mitkämpfer in den Reihen der russischen Roten Armee, und gewann vor allem unter Industriearbeitern und Soldaten der Hauptstadt Anhänger. Bald formierten sich auch in den Provinzstädten Revolutionäre Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte und organisierten Demonstrationen und Streiks, wobei aufgebrachte Arbeiter neben ihren Betrieben auch

Verkehrs- und Nachrichtenzentralen unter ihre Kontrolle brachten. Als die Regierung Militär einsetzte, um die Ordnung wiederherzustellen, kam es Anfang Jänner 1919 zu noch größeren Protesten. Ganze Industrieregionen kamen unter die Kontrolle der von den Kommunisten gelenkten Arbeiterräte, da sich das Militär da und dort mit den Demonstranten solidarisierte. Mit den bewaffneten Kräften übernahmen die Arbeiterräte in immer mehr Provinzstädten Mittel- und Ostungarns die Macht und setzten die bisherigen Obergespane, Bürgermeister und bürgerlichen Regierungskommissare ab.

Die Regierung zeigte sich diesem elementaren Aufbegehren nicht mehr gewachsen. Ihr Versuch, wenigstens die bäuerliche Landbevölkerung durch eine schon lange fällige Bodenreform für sich zu gewinnen, scheiterte ebenfalls. Zwar erließ man schon am 16. Februar 1919 ein Gesetz, das die Enteignung des adeligen Großgrundbesitzes über 300 Hektar und der kirchlichen Besitzungen über 120 Hektar gegen eine Entschädigung nach den Bodenpreisen von 1913 vorsah, und Graf Károlyi - damals bereits Präsident der Republik - ging wenige Tage später mit gutem Beispiel voran und begann auf seinen Latifundien in Kápolna persönlich mit der Landverteilung, doch war die weitere Fortgangsweise für die darbenenden und ungeduldigen Kleinbauern und Tagelöhner viel zu schwerfällig, um die Ungeduld der Massen zu dämpfen und diese zu gewinnen. Für die Großgrundbesitzer, die nun ihrerseits begannen, rechtsradikale Widerstandsgruppen aufzubauen<sup>A)</sup>, war die Maßnahme „ungerecht, ruinös und unannehmbar“. Etliche protestierten öffentlich gegen diesen „Raub“ und erklärten, keinen Quadratmeter Bodens hergeben zu wollen. So kam es, dass schon Ende Februar da und dort Landarbeiter mit Streiks, ja mit gewaltsamen Besetzungen von Boden versuchten, die Durchführung des Gesetzes zu erzwingen. Auch in Westungarn kam es zu solchen Aktionen, wie z. B. zu jener von Rotenturm im Bezirk Oberwart, wo im Zuge eines Streits zwischen der Graf Erdödy'schen Domänenverwaltung und der örtlichen Landarbeitergewerkschaft letztere den Abtransport von Bauholz durch die Herrschaft - „da der Wald jetzt verstaatlicht sei“ - mit Gewalt verhinderte und die gegen sie eingesetzte Gendarmerie mit Waffengewalt vertrieb.<sup>207</sup>

In diese durch nationale Erniedrigung, soziale Verelendung und grenzenlose Demagogie aufgepeitschte Stimmung schlug am 20. März 1919 als letzter Funke zur endgültigen „Revolution“ - die berühmt-berüchtigte „Vix-Note“ ein.

---

A) Markgraf György Pallavicini gründete eine "Partei der Landwirte", eine Vorläuferpartei der "Partei der Kleinen Landwirte und Landarbeiter" (Országos Kisgazda és Földműves Párt), Graf István Bethlen die "Partei der Nationalen Einigung" und der Hauptmann i.G. Gyula Gömbös den Ungarischen Landesverteidigungsverein (MOVE = Magyar Országos Véderő Egyesülete).

In diesem Schreiben, das der französische Oberstleutnant und Leiter der Budapester Ententemission, Fernand Vix, der ungarischen Regierung überreichte, ordneten die Alliierten einen weiteren Rückzug der ungarischen Demarkationslinie im Südosten um etwa 100 km an. Den östlichen Teil des zu räumenden, vorwiegend von Magyaren bewohnten Gebietes würde die Königlich-rumänische Armee besetzen, während im westlichen Teil in einer Breite von 40 - 50 km eine neutrale Zone entstehen sollte. Zur Durchführung der Evakuierung war in der Note eine Frist von 10 Tagen, beginnend am 23. März, festgelegt. Über den Eindruck dieses Schrittes schrieb später Oszkár Jászi: „Wir haben uns nicht nur als Besiegte, Niedergebrochene, Ausgeplünderte, sondern, was massenpsychologisch noch viel schlimmer ist, als Beschwindelte, Aufgessene und Betrogene gefühlt!“<sup>208</sup>

In aussichtsloser innenpolitischer Lage mit dem Scheitern seiner gesamten, auf Entente-Freundschaft gebauten außenpolitischen Konzeption konfrontiert, beschloss Károlyi zu demissionieren und am 21. März 1919 die Macht einem inzwischen von den vereinigten Sozialdemokraten und Kommunisten gegründeten Revolutionsrat zu übertragen. Regierungschef wurde der Vorsitzende der Bauarbeitergewerkschaft, der Sozialdemokrat Sándor Garbai, doch war wie sich bald herausstellte der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Béla Kun, die eigentlich bestimmende Kraft des neuen Regimes. Am nächsten Morgen verkündete ein in den Zeitungen veröffentlichter Aufruf :<sup>209</sup>

*An Alle!*

*Das Proletariat Ungarns nimmt mit heutigem Tage jede Gewalt in seine Hand. Der vollständige Zusammenbruch der bürgerlichen Welt, der Bankrott der Koalitions-Regierung zwingt die Arbeiter- und Bauernschaft Ungarns zu diesem entscheidenden Schritt. Die Produktion des Kapitalismus ist zusammengebrochen, die Arbeiterschaft ist nicht mehr geneigt, den Kopf unter das Joch der Großkapitalisten und Großgrundbesitzer zu beugen. Nur die Schaffung des Sozialismus, des Kommunismus kann das Land vor der Anarchie des Zusammenbruches bewahren.*

*Die ungarische Revolution steht auch außenpolitisch vor einer vollkommenen Katastrophe. Die Pariser Friedenskonferenz hat so beschlossen, daß fast das ganze Gebiet Ungarns militärisch besetzt werde, sie betrachtet die Demarkationslinie als endgültige politische Grenze und hierdurch macht sie die Verpflegung und Kohleversorgung des revolutionären Ungarns endgültig unmöglich.*

*Der ungarischen Revolution bleibt in dieser Lage zu ihrer Befreiung das einzige Mittel: die Diktatur des Proletariats. Die ungarische Partei der Kommunisten und die ungarische sozialdemokratische Partei haben daher, dem Befehl der geschichtlichen Notwendigkeit folgend, ihre vollkommene Vereinigung ausge-*

sprochen. An Stelle dieser zwei Parteien nimmt von jetzt an eine einzige Proletarierpartei jeden arbeitenden Mann und jede arbeitende Frau in sich auf: die ungarische Sozialistenpartei.

Im Auftrag dieser Partei übernimmt die ungarische Räteregierung die Regierungsgewalt.

Diese Regierung ist verpflichtet, die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte im Lande auszubauen. Die Diktatur der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte übt die gesetzgebende, durchführende und richterliche Gewalt aus. Ungarn konstituiert sich als Räterepublik.

Die revolutionäre Räteregierung beginnt sofort die Serie der großen Schöpfungen, zur Vorbereitung und Verwirklichung des Sozialismus, des Kommunismus. Sie spricht die Sozialisierung der Großgrundbesitze, der Bergwerke, der Großbetriebe, der Banken und Verkehrs-Unternehmungen aus. Die Bodenreform wird nicht durch eine Kleinbetriebe schaffende Bodenverteilung, sondern durch Schaffung von sozialisierten Produktionsgenossenschaften durchgeführt.

Sie verfolgt die Preistreiberei, die Lebensmittelwucherei, die Nutznießer des Hungers und des zerlumpten Zustandes der Massen mit unbarmherziger Schonungslosigkeit. Sie verlangt eiserne Disziplin. Sie bestrafte mit dem Tode sowohl die Banditen der Gegenrevolution als auch die Briganten des Plünderns.

Sie schafft ein mächtiges Proletarierheer, mit welchem sie die Diktatur der Arbeiterschaft und der Bauern zur Geltung bringt, sowohl gegen die ungarischen Kapitalisten und den Großgrundbesitz als auch gegen die rumänischen Bojaren und tschechischen Bourgeois.

Sie erklärt ihre vollkommene Idee- und Seelengemeinschaft mit der russischen Räteregierung, sie trägt den Proletariern Rußlands die Waffenbrüderschaft an.

Ihren brüderlichen Gruß sendet sie der Arbeiterschaft Englands, Frankreichs, Italiens und Amerikas und fordert dieselbe gleichzeitig auf, daß sie nicht mehr eine Minute den schurkischen Räuberkrieg ihrer kapitalistischen Regierungen gegen die ungarische Räterepublik dulde. Zur Waffenbrüderschaft ruft sie auf die Arbeiter und Bauern Böhmens, Rumäniens, Serbiens und Kroatiens gegen die Bourgeois, die Bojaren, die Großgrundbesitzer und die Dynastien. Die Arbeiter Deutschösterreichs und Deutschlands fordert sie auf, dem Beispiel der ungarischen Arbeiterschaft zu folgen, mit Paris endgültig zu brechen und sich mit Moskau zu vereinigen, die Räteregierung zu errichten und mit dem Gewehr in der Hand den unterjochenden Imperialisten entgegenzutreten.

Die ungarische sozialistische Partei und die revolutionäre Räteregierung ist sich dessen bewußt, mit wieviel Mühe und Opfer die ungarische Arbeiterschaft kämpfen muß, wenn sie diesen kühnen und großartigen Weg betritt.

Wir müssen Krieg führen zur Befreiung unserer Felder und unserer Bergwerke, wir müssen einen Kampf ausfechten für die Freiheit unserer proletarischen Brüder und um unsere eigene Existenz. Entbehrungen, Elend, Leid erwarten uns



*Bild 47: Plakat der Ungarischen Räterepublik mit der Aufschrift „Zögere nicht! Stell Dich neben uns in die Rote Armee.“ (84 cm x 60 cm), Budapest 1919.*

*auf diesem Wege. Und doch müssen wir ihn betreten und doch wagen wir ihn zu betreten, weil wir der Tapferkeit und Opferbereitschaft des ungarischen Proletariats vertrauen. Wir müssen ihn betreten, weil wir nur so die Sache des die Welt erlösenden Sozialismus zum Siege führen können.*

*Wir fordern jeden Arbeiter und Bauern auf, daß er arbeite, produziere oder in das Proletarierheer eintrete, mit seinem Schweiß oder mit seinem Blute dem Triumph der Idee opfere. Was auch immer auf uns warte, die Sache des Sozialismus muß siegen! Es lebe die Proletarierdiktatur! Es lebe die ungarische Räterepublik!*

*Budapest, den 21. März 1919      Die ungarische sozialistische Partei  
Die ungarische Räteregierung"*

In den Kabinetten der europäischen Hauptstädte läuteten die Alarmglocken: Es schien sich zu bewahrheiten, dass Lenins Ziel einer Weltrevolution des Proletariats gar nicht so utopisch sei, wie man anfangs gemeint hatte, und dass die Russische Oktoberrevolution im Begriff war, nach Westen auszugreifen. Doch zunächst war man nicht in der Lage gegen diese Entwicklung entscheidend vorzugehen und sah gebannt auf die weiteren Ereignisse in Budapest.

Die Umwandlung der Ungarischen Republik in eine Räterepublik nach russisch-sowjetischem Muster erfolgte in Westungarn in erstaunlicher Ruhe und Ordnung. Nachdem die Meldungen von den Ereignissen in Budapest hier eingelangt waren, fanden am 22. März morgens in Ödenburg vertrauliche Verhandlungen zwischen den Führern der Sozialdemokraten und dem linksradikalen Soldatenrat statt, die die Schaffung eines gemeinsamen Direktoriums zum Ergebnis hatten. Dieses, dem die gemäßigten Sozialdemokraten Adolf Berczeller<sup>A)</sup>, Gabriel Knapp und Ladislaus Fischl sowie der Vorsitzende des örtlichen Soldatenrates, Oberstleutnant Géza Faragó, und Oberleutnant Deszider Entzbruder angehörten, übernahm sofort alle Regierungsgewalt in Stadt und Komitat Ödenburg und somit - zumindest indirekt - auch in dem sich gerade formierenden autonomen „Gau Deutschwestungarn“ Entscheidend war, dass sich sowohl die gesamte Beamtenschaft - mit Ausnahme einiger Spitzenfunktionäre, die in den Ruhestand versetzt wurden - als auch das Militär, die Grenzschutzeinheiten und die Polizei, die nun in eine „Rote Garde“ umgewandelt wurden, dem Direktorium unterstell-

---

A) Adolf Berczeller (geb. 1877 in Gács, gest. 1966 in New York) entstammte einer jüdischen Familie. Wegen sozialdemokratischer Betätigung vom Gymnasium in Budapest relegiert, erlernte er das Buchdruckergewerbe. 1896 kam er nach Ödenburg, wo er zu den Mitbegründern der Sozialdemokratischen Partei und der "Ödenburger Kreis-Arbeiterversicherungskasse" gehörte. 1911 erster Gemeinderat der SP in Ödenburg. Ausführlichere Biografie siehe: Schlag, Gerald: Burgenland. Geschichte, Kultur und Wirtschaft in Biographien. - Eisenstadt 1991. S. 34 f.



**Bild 48:** Alexander Kellner  
(1887 – 1919)  
siehe Seite 176

ten, das seinen Sitz im Komitatsgebäude von Ödenburg nahm. Gewohnt, alle Direktiven aus der Hauptstadt zu befolgen, traten die bisherigen lokalen und regionalen Behörden, die schon vorher teilweise „demokratisiert“ worden waren, von ihren Ämtern zurück oder bildeten „befehlsgemäß“ neue „Direktorien“ und „Arbeiter- Bauern- und Soldatenräte“ Die „Grenzpost“, die wenige Tage später ihren Titel in „Der Proletarier“ änderte, begrüßte begeistert die „Proletarierdiktatur“ und meinte: „...*Uns Deutsche Westungarns freut besonders die Kunde, daß der bisherige Deutsche Staatssekretär Kalmár Mitglied der Volksräteregierung wurde. Er und Zsombor erklärten immer wieder, daß sie mit der Autonomie der Deutschen stehen und fallen. Wir Deutsche können auch sonst mit Beruhigung der Räteregierung unsere Mitarbeit weihen, denn schon vor Wilson und Jászi war ein Hauptpunkt des Sozialistenprogramms das freie Selbstbestimmungsrecht der Völker.*“<sup>210</sup>

In Steinamanger wurde ebenfalls im Auftrag des Revolutionären Regierungsrates ein „Direktorium“ gebildet, das für das Eisenburger Komitat zuständig war und dem der bisherige Régierungsbeauftragte bzw. Obergespan Dr. Béla Obál, der sich voll auf die Seite der neuen Kräfte gestellt hatte, sowie die beiden führenden

Sozialdemokraten Kálmán Henz und József Kovács angehörten. Ihnen stand als Sekretär Emil Gyulai zur Seite sowie unter dem Titel von Stellvertretern die Bezirksbeauftragten; so für die später zum Burgenland kommenden Bezirke Johann Mödly für Güns, Dezső Kiraly für Körömend, Stephan Varga für St.Gotthard, Kálmán Kohn für Güssing und Eduard Hafner für Oberwart.<sup>211</sup>

Die „Diktatur des Proletariats“ begann Wirklichkeit zu werden, als am 28. März der mit diktatorischer Gewalt ausgestattete „Bevollmächtigte Volkskommissar“ Alexander Kellner<sup>A)</sup> aus Budapest eintraf und in Stadt und Komitat Ödenburg - also im „Unruhegebiet“ an der heiklen Grenze zu Österreich - die oberste Macht übernahm. Bei seiner Ankunft erklärte er: *„...Der Stadt Ödenburg harren große Aufgaben. Wir sind an der Grenze des Landes der Freiheit und uns blüht die Aufgabe, die hehren Ideen der Proletarierfreiheit nach Österreich zu verpflanzen. Ist es doch unser aller Interesse, die revolutionären Gedanken so schnell als möglich auf der Welt zu verbreiten. Die alte Weltordnung muß untergehen und dem von der Bourgeoisie geknechteten Proletariat muß die Morgensonne der Freiheit aufgehen. Es ist unsere dringendste und wichtigste Aufgabe vor allem darauf zu sehen, daß die revolutionäre Weltauffassung so schnell wie möglich in Österreich siege. Ich habe festes Vertrauen zum Proletariat der Stadt Ödenburg und bin davon überzeugt, daß das Proletariat seiner Aufgabe gerecht wird. Wir brauchen eine disziplinierte starke Rote Armee...Ich will hoffen, daß die Bürgerschaft der Stadt Ödenburg die geschichtlichen Zeiten, die wir erleben, versteht und mich in ihrem eigenen Interesse in meiner schweren Aufgabe unterstützt...Sollte sich aber die Bürgerschaft auf einen anderen Standpunkt stellen und mich nicht unterstützen, dann schrecke ich vor nichts zurück. Im Interesse des hohen Zieles werde ich jede Waffe zu nützen wissen, und jeden, wer immer es auch sei, der sich den Proletarierideen widersetzt, zermalmen.“* In einer einführnden Sitzung entwickelte Kellner dann sein „revolutionäres Programm“ *„Die Macht halten wir in unseren Händen. Sie ist uns nicht in den Schoß gefallen, sondern wir mußten uns dafür männlich schlagen und Wunden davontragen. Die Diktatur ist nicht unser Hauptziel. Übergangsweise können wir ihrer jedoch nicht*

---

A) Alexander (Sándor) Kellner (geb. 1887 in Tiszaeszlár, erschossen 1919 bei Sopronkőhida) Er erlernte in Budapest das Buchdruckergewerbe und trat schon dort der Gewerkschaftsbewegung bei. Nachdem er einige Jahre in Westeuropa gearbeitet hatte, arbeitete er ab 1912 als Schriftsetzer in der Röttig-Romwalter Druckerei in Ödenburg. 1914 mußte er einrücken und geriet ein Jahr später an der Ostfront in russische Kriegsgefangenschaft. Hier nahm er 1917 an der Roten Oktoberrevolution teil und war Mitglied der Roten Garde in Saratow. In Moskau lernte er Béla Kun und Tibor Számuelly kennen. 1918 trat er nach seiner Rückkehr nach Ungarn in Budapest - sozusagen als "Kommunist der ersten Stunde"- der neugegründeten KPU bei.

*entbehren. Wir haben die Rohstoffe, fertige Waren und Lebensmittel beschlagnahmt. Die Großbetriebe werden wir kommunisieren. Die Kleinbetriebe werden vorderhand belassen, da diese ihrem Wesen nach unproduktiv sind. Der freie Handel wird ausgeschaltet, denn den Handel wird der Staat übernehmen. Der freie Handel erwies sich ja als Erpressung und Raub. Auch die Frauenfrage muß gelöst werden, da die Frauen am meisten unter der Folter der früheren Ordnung gelitten haben. In Fabriksbetrieben werden besondere Gesellschaftszimmer für Frauen eingerichtet, wo die Frauen mit ihren Kindern beisammen sein können. Die Wöchnerinnen werden 16 Wochen hindurch der Arbeit enthoben sein; sie erhalten jedoch auch für diese Zeit ihre volle Entlohnung.*

*Wahlrecht wird nur jenem zustehen, der arbeitet. Die Bauernräte werden nur aus solchen zusammengesetzt, die keinen eigenen Boden haben. Die Mittelgrundeigentümer haben keinen Platz in diesen Räten. Die Wahl in den Soldatenrat werden Mitglieder der Roten Garde vornehmen. Nächste Woche wird bereits die Wahl der Soldaten- und Bauernräte angeordnet werden.*

*Das Flachland kann aus der Produktion nur soviel zurückhalten, wieviel zum eigenen Gebrauch unbedingt erforderlich ist. Die Stadtbevölkerung wird die Überschüsse an landwirtschaftlichen Produkten mit Industrieartikeln rekompensieren. Die Produktion werden Produktionsgenossenschaften leiten. Auch die Polizei wird einer Sichtung unterliegen. Männer, die dem alten Regime mit Leib und Seele ergeben waren, werden entfernt. Auch die Gendarmerie muß neu organisiert werden. Nur so viele Gendarmen werden verbleiben, wie viel zur Aufrechterhaltung der Ordnung unerlässlich ist. Das Erscheinen klerikaler Blätter wird eingestellt. Damit aber in den Druckereien dieser Blätter beschäftigte Setzer u.a. nicht brotlos werden, werden wir ein großes, den kommunistischen Grundsätzen dienendes Tagblatt herausgeben. Nur dem Proletariat steht die Autonomie zu, der früheren besitzenden Klasse keine.*

*Gärten, Bäder werden in den Besitz der Allgemeinheit übergeben. Museen und Kirchengüter werden unter Sperre genommen. Wir werden es nicht dulden, daß mancher Privilegierte eine Wohnung mit 8-10 Zimmern bewohne, wogegen arme Proletariatkinder in luftlosen Schlupfwinkeln verkommen. Eine Familie kann höchstens 3 Zimmer bewohnen. Eine Ausnahme können nur kinderreiche Familien und Ärzte bilden. Zur Durchführung dieses Programmes benötigen wir eine disziplinierte, klassenbewußte Rote Garde.”<sup>212</sup>*

Kellner schuf sofort ein neues Direktorium, wobei Berczeller den pompösen, aber politisch inhaltslosen Titel eines „Stellvertreters des Bevollmächtigten politischen Beauftragten“ erhielt, Oberstleutnant Faragó als neuer Distrikts-Kommandant der Roten Armee nur mehr auf rein militärische Aufgaben beschränkt wurde, die

obendrein durch den ebenfalls neuernannten Militärkommissar Dezsider Entzbruder<sup>A)</sup> stark eingeschränkt waren. Alle politischen Ämter, deren Kompetenzbereiche sich oft arg überschneiden, besetzte er mit über einem Dutzend persönlicher Freunde, die nun unter dem Titel von „Volksbeauftragten“ teils miteinander, teils gegeneinander „regierten“.<sup>213</sup> Um Kellner die nötige Rückendeckung zu geben, wurde schon am 30. März ein Bataillon der Budapester Roten Garde (730 Mann mit einigen Maschinengewehren) nach Ödenburg verlegt,<sup>214</sup> die die Bewachung der wichtigsten Gebäude der Stadt übernahm - eine Maßnahme, die sich schon wenige Tage später als sehr nützlich erweisen sollte.

In den nächsten Tagen erschienen Volksbeauftragte aus den Komitatshauptstädten in den Landgemeinden, riefen die dortigen Gemeindeverwaltungen zusammen und schufen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte. Da es in fast ganz Westungarn, außer in wenigen größeren Städten, kaum kommunistische Organisationen gab, noch die bürgerlich-konservative Schicht genügend organisiert war, um es wagen zu können, gegen die hereinbrechende Umwälzung Widerstand zu leisten, verlief der Umschwung relativ ruhig und bedeutete eigentlich nichts anderes als die staatliche Institutionalisierung eines schon vielfach bestehenden Zustandes, nämlich der Herrschaft der Sozialdemokraten. Die SdP, die gemäß einer Weisung ihrer Budapester Zentrale das Rätssystem unterstützte und mit den Kommunisten zu einer Einheitspartei zusammengeschlossen wurde<sup>B)</sup>, ergriff nun in allen Orten, wo es keine Kommunisten gab - und dies war in fast allen Dörfern Westungarns der Fall - die Macht. Hinter dem Titel sozialistischer Räte saßen aber oft Arbeiter und Bauern, die ohne recht zu wissen wie, jetzt nur auf Grund ihrer sozialen Stellung „in die Partei gelangt“ waren und meist recht wenig Beziehungen zum Rätssystem hatten. In vielen Gemeinden blieben sogar die alten konservativ bäuerlichen Elemente am Ruder, wie auch die alte Beamtschaft, da sie durch die meist

---

A) Dezsider Entzbruder (geb. 1894 in Sárvár, erschossen 1919 in Szombathely) absolvierte nach dem Besuch des Gymnasiums in St. Gotthard 1913 die Lehrerbildungsanstalt in Pápa. 1914 rückte er zum Honvéd-Inf. Reg. Nr. 18 ein und geriet 1916 als Oberleutnant in russische Kriegsgefangenschaft. Hier schloss er sich der kommunistischen Bewegung an. Zum Agitator ausgebildet, wurde er im Jänner 1918 nach Ungarn eingeschleust und kam zu seinem Regiment nach Ödenburg zurück, wo er unter den Soldaten eine kommunistische Zelle gründete.

B) Am 21. März 1919 hatten sich in Budapest die Sozialdemokratische Partei (Szociáldemokrata Párt) und die Kommunistische Partei Ungarns (Kommunisták Magyarországi Pártja) zur sog. Sozialistischen Partei Ungarns (Magyarországi Szocialista Párt) zusammengeschlossen. Durch eine Verordnung im Amtsblatt des Gouvernements Deutsch-Westungarn vom 1. April 1919 wurde diese Vereinigung auch auf Westungarn ausgedehnt. Die übrigen Parteien waren verboten worden. (Bgl. Landesarchiv, Eisenstadt. Anschlußarchiv, Fasz. 4 C/I/5 Folio 1).

wenig gebildeten Arbeiter und Bauern nicht ersetzbar war und meist in ihrem Amt bleiben musste. Tatsachen, die zum Verständnis der Entwicklung in Westungarn während der Herrschaft der Räteregierung von fundamentaler Bedeutung sind und schließlich erklären, warum dann im August 1919 die Räterediktatur in Westungarn wie ein Kartenhaus zusammenbrach.

Die vom 7. bis 10. April abgehaltenen Rätewahlen, wo neue Dorf- und Stadträte gewählt wurden, sollten dem System die notwendige Legitimation durch die Bevölkerung geben und stabile politische Verhältnisse bringen. Die örtlichen Räte sollten dann aus ihren Reihen Mitglieder in die Kreisräte, diese weiter Mitglieder in die Komitats- bzw. Gauräte entsenden und diese wieder durch mittelbare Wahl die Landesversammlung der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte - also ein gesamtungarisches Parlament - wählen. Es war dies übrigens die erste allgemeine, gleiche und geheime Wahl im Gebiet des späteren Burgenlandes, an der alle Männer und erstmals auch Frauen und Jugendliche über 18 Jahren wahlberechtigt waren; ausgeschlossen von der Wahl waren *„diejenigen, die zur Erzielung eines Gewinnes Lohnarbeiter anstellen, von arbeitslosem Einkommen leben, Kaufleute, Geistliche, Geisteskranke, sowie Personen, deren politische Rechte infolge eines gemeinen Verbrechens suspendiert wurden.*

Da es aber bei den „Wahlen“ nur eine politische Liste gab, konnte naturgemäß der Regierende Revolutionsrat eine Mehrheit für sein Programm verbuchen. Sogar der Minister bzw. Volkskommissär für Landesverteidigung, Wilhelm (Vilmos) Böhm, gab später in seinen Erinnerungen *„Im Kreuzfeuer zweier Revolutionen“* zu, *dass „selbst die Kommunisten inoffiziell zugaben, daß diese Wahl eine Komödie sei“*.<sup>215</sup>

Das Programm der Räteregierung war inzwischen teilweise schon im Begriff, in Gesetzesform Wirklichkeit zu werden: Bereits am 25. März 1919 wurde die Reorganisation der Streitkräfte zur ungarischen Roten Armee bekanntgegeben, in der vor allem neue zu den Einheiten delegierte Politikommissare die bisherige uneingeschränkte Befehlsgewalt der Offiziere paralyisierten und eine ideologische Umerziehung der Soldaten vorantreiben sollten. Anstelle von Polizei und Gendarmerie sollten die Roten Garden, in denen die Kommunisten die Schaltstellen besetzten, für die innere Ordnung sorgen. Die Gerichte wurden von Revolutionstribunalen, die die Bezeichnung „Volksgerichtshöfe“ erhielten und in entscheidenden Positionen Laienrichter umfassten, abgelöst.<sup>A)</sup>

---

A) Dem Ödenburger Revolutionstribunal gehörten die beiden Soldaten Ludwig Zsitvay als Präsident und Thomas Preschitz (aus Baumgarten) als Vizepräsident, sowie der Journalist Ladislaus Bors und der Buchdrucker Josef Walter als Anklagekommissäre (=Staatsanwälte) an. Ödenburger Zeitung, Sopron. 30. März 1919. S. 1

Am 26. März wurden alle Industrie- und Gewerbebetriebe, die mehr als 20 Mitarbeiter hatten, sowie alle Bergwerke, Bahnen und Verkehrsbetriebe, Spitäler, Kuranstalten und Apotheken verstaatlicht. Banken, Versicherungen, Warenhäuser, Hotels und Pensionen, sowie größerer Hausbesitz - dabei selbstverständlich alle Palais und Schlösser des Adels - wurden ebenfalls sozialisiert. Dabei wurden in Städten größere Wohnungen und auf dem Lande Teile von großen Bauernhöfen beschlagnahmt und in Teilen derselben bedürftige und kinderreiche Arbeiterfamilien einquartiert, um eine „gerechte“ Wohnsituation vor allem in den größeren Städten zu erreichen.

Die äußerst schlechte Versorgungslage wollte der Regierende Rat durch radikale Maßnahmen beheben. Der Großhandel, insbesondere der Außenhandel, wurde verstaatlicht und ein Bezugsscheinsystem für Lebensmittel und alltägliche Gebrauchsgüter unter Aufsicht der Gewerkschaften eingeführt. Im Laufe des April wurde sämtliches kirchliches Vermögen beschlagnahmt mit Ausnahme der Kirchen, Kapellen und Bethäuser, sowie sakraler Gegenstände, die unmittelbar der Abhaltung des religiösen Kultes dienten. Über den gesamten kirchlichen Besitz mussten von den örtlichen Organen des Staates genaue Inventarlisten angefertigt werden. Dasselbe galt auch für den adeligen Kunstbesitz; so wurden z.B. das Schloss Esterházy in Eisenstadt und die Burg Forchtenstein von der örtlichen Roten Garde besetzt, wie auch das erzherzoglich-habsburgische Schloss Halbturn, um zu verhindern, dass Teile des dortigen Inventars „ins Ausland verschoben“ werden.

Die Verordnung Nr. 11 vom 26. März 1919 proklamierte das Recht auf Arbeit und führte gleichzeitig einen allgemeinen Arbeitszwang ein. *„Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen!“* verkündeten die Propagandisten der Regierung. Eine ganze Reihe von Verordnungen diente der Regelung von Arbeitszeit und Arbeitslohn für Arbeiter und Angestellte. So wurde z.B. der Achtsturentag gesetzlich eingeführt und die Löhne der Frauen nach dem Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ an jene der Männer angehoben. Dabei wurden per Dekret die Löhne der unteren Arbeiterschicht um 10-20%, jene der Frauen oft um 30-80% erhöht, wenngleich auch damit das Realeinkommen der Industriearbeiterschaft im Durchschnitt noch immer um 21,5% unter jenem von 1914 lag. Die Eingriffe in die Wirtschaft sollten jedoch nicht den erhofften Erfolg bringen, und schon am 20. Juni 1919 musste der Volkskommissar für Soziale Produktion, Jenő Varga, in einer Rede vor dem Landeskongress der Räte eingestehen: *„Die Arbeitsleistung hat sich im großen und ganzen vermindert. In der Landwirtschaft hat sie etwas weniger abgenommen, bedeutend mehr in vielen Zweigen der Industrie. In den Kohlenbergwerken hat sich zum Beispiel das Ergebnis verglichen mit der Károlyi-Ära um 10 bis 38% vermindert. Ich meine*

*nicht die Gesamtproduktion des Betriebes, ich meine die individuelle Arbeitsleistung. Verglichen mit den Friedenszeiten beträgt deren Rückgang 50%.”<sup>216</sup> Varga meinte, dass sicherlich Rohstoffmangel verbunden mit der Blockade durch die Siegermächte, Verkehrsschwierigkeiten etc. der Grund dafür seien, aber: „.Ein zweiter Grund ist der Bruch mit dem System der Akkordlöhne und der Übergang auf die Zeitlöhne. Durch ihn hat sich die Arbeitsleistung gerade der besten Arbeiter vermindert. Denn bemerkt ein Arbeiter, dass ein anderer Arbeiter nur 4 Stück fertig bringt, während er selbst 8 Stück verfertigt, so denkt er sich, warum soll ich so viel arbeiten, wenn ich keinen höheren Lohn bekomme? Auf die Höhe des sozialistischen Selbstbewusstseins, das in der kommenden Generation gewiß bereits vorhanden sein wird, können sich die Leute von heute noch nicht emporschwingen. Es fehlt die Erkenntnis, dass trotz verschiedener Körperkraft und Geschicklichkeit der einzelnen, jeder soviel zu arbeiten hat, wie er arbeiten kann, und dass selbst dann, wenn er von der Gesamtproduktion nur den gleichen Anteil erhält. Das ist wahrer Kommunismus, die wahre Brüderlichkeit.”<sup>217</sup>*

Arbeitslosen und Behinderten wurde eine angemessene soziale Unterstützung und arbeitenden Frauen im Falle der Schwangerschaft eine Karenz von zwölf Wochen bei vollem Lohnausgleich gewährt. Am 25. März erschien eine Verfügung, die alle Nachteile, die bisher uneheliche Kinder gegenüber ehelichen hatten, beseitigte.

Schließlich sollte eine große Reform des Bildungswesens Ungarn zu einem der fortschrittlichsten Staaten Europas machen. So wurden am 29. März alle Schulen, die bisher im Grundschulbereich über 80% und bei den Mittelschulen zu 65% unter kirchlicher Aufsicht gestanden waren, zum Eigentum des Staates erklärt. Die Pflichtschulen, deren Besuch nach österreichischem Muster in acht Klassen bis zum 14. Lebensjahr verpflichtend vorgeschrieben wurde, sollten in Zukunft schulgeldfrei sein. Arbeiterkinder sollten Studienbeihilfen zum Besuch von Mittel- und Hochschulen bekommen.

Der bisher zwingend eingeführte Besuch des Religionsunterrichtes wurde freigestellt, wie Religion überhaupt zur reinen Privatangelegenheit des Einzelnen erklärt wurde. Wie kaum in einer anderen Frage löste diese Bestimmung nicht nur den vehementesten Widerstand der Kirchen aus, sondern auch weitere Kreise innerhalb der Landbevölkerung. Noch ein Jahrzehnt nach dem Sturz der Räteregierung empörte man sich über die „gott- und schamlosen“ Bestimmungen der kommunistischen Unterrichtsverwaltung, die z. B. „in den Schulen die Koedukation eingeführt, Knaben und Mädchen gemeinsam unterrichtet und sie angehalten habe, zusammen zu spielen und Sport zu treiben. Um die Naivität und das den Kindern ursprünglich innewohnende Schamgefühl zu untergraben und für die destruktiven

*kommunistischen Ideen einen günstigen Boden zu schaffen, wurden in den Schulen beider Geschlechtern, doch hauptsächlich den Mädchen unter Vorführung anatomischer Figuren und Abbildungen Vorträge über sexuelle Aufklärung gehalten...Unter dem Deckmantel naturwissenschaftlicher Vorträge sind eigens Filme hergestellt worden, um der Jugend von der Teilung der Zellen bis zu nicht zu beschreibenden Détails das Problem der Fortpflanzung zu demonstrieren.”<sup>218</sup>*  
Viele Zeitgenossen - und nicht nur das konservative Bürgertum, sondern auch einfache Bauern und Arbeiter - waren zutiefst empört und verstört.

Demgegenüber wog es wenig, dass der neue Volkskommissar für Bildungswesen, der später berühmte Philosoph und Literaturhistoriker György Lukács<sup>A)</sup>, eine weitgehende Reform des Universitätswesens mit vielen Verbesserungen auch für die Lehrer entwickelte. Er ließ alle Bibliotheken und Museen der breiten Öffentlichkeit zum Nulltarif öffnen; alle Privatsammlungen, die bisher in den „Palästen der Reichen angehäuft worden waren“, sollten unter staatliche Aufsicht gestellt und ebenfalls dem interessierten Publikum zugänglich gemacht werden. - Doch all die schönen Vorhaben und Ideen blieben schon in den Anfängen stecken, da die der Regierung zur Verfügung stehenden finanziellen aber auch personellen Mittel bei weitem nicht ausreichten, um die Reformen zu finanzieren. Letztlich blieb ihr nur das unglückselige Mittel, die Notenpresse anzukurbeln, was die ohnehin schon galoppierende Inflation nur noch mehr anheizte, bald einen seriösen Waren- und Leistungstransfer fast unmöglich machte und zu einem wirtschaftlichen Chaos führen sollte.

Die lokalen und regionalen Räte, meist einfache Arbeiter und Bauern, waren natürlich überfordert, die Woche für Woche auf sie lawinenartig hereinbrechenden Neuerungen bzw. Gesetze durchzuführen bzw. in Kraft zu setzen. Sie ließen einfach eine Kurzfassung der „von oben“ einlaufenden Gesetze und Verordnungen mit Wandplakaten veröffentlichen, wobei sie oft recht eigenwillige Kurztexte wählten und diese dann mit ebenso eigenmächtigen Sanktionen nach örtlichem Gutdünken versahen. Hier sei ein solches Beispiel, die „Kundmachung des Polizeihauptmanns der Freistadt Eisenstadt vom 25. März 1919“ wörtlich zitiert:<sup>219</sup>

---

A) György (Georg) Lukács (geb. 1885 in Budapest, gest. 1971 in Budapest) Philosoph und Literaturhistoriker. Studierte in Heidelberg, Paris und Berlin. 1919 Volksbeauftragter für das Bildungswesen während der Rätediktatur. Anfang August 1919 Flucht nach Wien, später nach Berlin. Seine Werke trugen wesentlich zur Linksorientierung der europäischen Intellektuellen in den Zwanzigerjahren bei. 1929 - 1945 in Moskau, hier erarbeitete er die Grundlagen einer marxistischen Ästhetik. 1945 - 1958 Professor für Philosophie an der Universität Budapest, einer der führenden marxistischen Literaturhistoriker.

*Ich gebe kund, daß der Proletariats-Regierungsrat folgende Verordnungen herausgegeben hat:*

### **I.**

- 1.) Alle die sich den Befehlen der Räte-Republik bewaffnet widersetzen oder gegen die Räterepublik Aufstand unternehmen sind mit dem Tode zu bestrafen.*
- 2.) Alle die Rauben oder Plündern sind mit dem Tode zu bestrafen.*

### **II.**

- 1.) Der Ausschank, das Konsumieren und das im Verkehrsetzen aller Alkohol-Getränke ist verboten.*
- 2.) Wer gegen dieses Verbot Alkohol-Getränke ausschenkt, oder im Verkehr setzt, ist mit Confiscierung seines Geschäftes und mit einer Geldstrafe bis zu 50.000 Kronen zu bestrafen.*
- 3.) Wer Alkohol-Getränke gegen dieses Verbot konsumiert, ist mit einer Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr und mit einer Geldstrafe bis zu 10.000 Kronen zu bestrafen.*

### **III.**

- 1.) Waffen aller Gattungen können nur Mitglieder des Militärs, der Polizei, der Gendarmerie, der Volkswehr und Volkswache und sonstigen anerkannten Formationen der Brachialgewalt tragen, so auch die Fabrikwachen und die Mitglieder der Arbeitergarden.*
- 2.) Die Giltigkeit aller Waffentragungsbewilligungen ist erloschen.*
- 3.) Das Vergehen gegen dieses Waffentragungsverbot wird mit einer Kerkerstrafe bis zu 5 Jahren und mit einer Geldstrafe bis zu 50.000 Kronen bestraft.  
Über den Schuldtragenden urteilt der Revolutionsgerichtshof.  
Ich gebe weiters kund, daß der Vollzug obiger Verordnungen durch die constituirte Rote Garde kontrolliert wird.*

*Kugler m.p.*

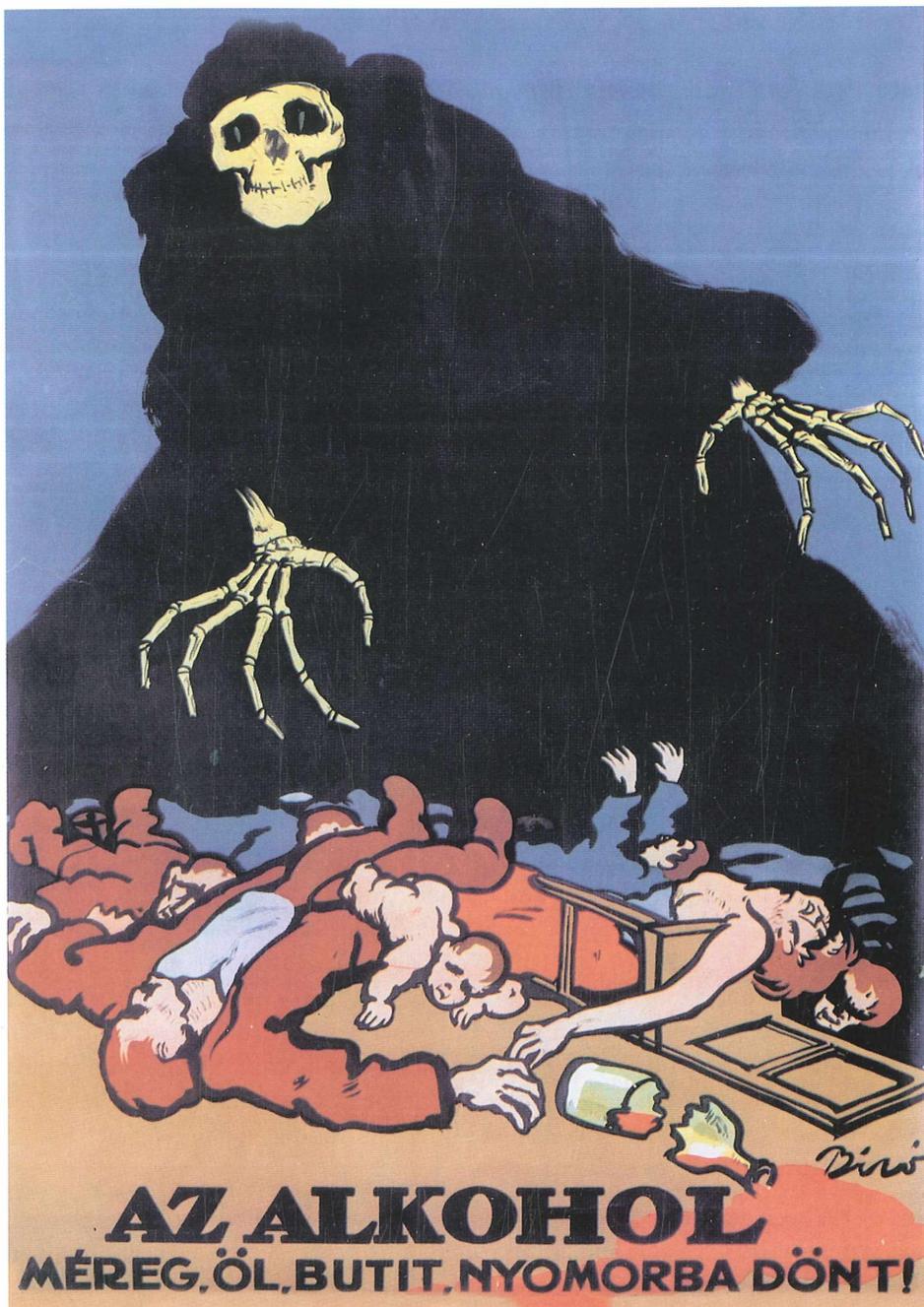
*Stadthauptmannstellvertreter*

Am radikalsten fielen die am 3. April bekannt gegebenen Verordnungen über die Bodenreform aus, die den Mittel- und Großgrundbesitz „mit allem Zubehör, dem lebenden und toten Inventar“ ohne Entschädigung in Staatseigentum überführten, da „der Boden in Ungarn der Gesellschaft der Werktätigen gehört: Wer nicht arbeitet, darf auch keinen Boden behalten.“ Eine kurz darauf erlassene Verfügung zog die Grenze der Enteignung bei 100 Joch (= 57 ha), wobei allerdings das Volkskommissariat für Landwirtschaft da und dort auf die lokalen Verhältnisse Rücksicht nahm und Sonderregelungen ermöglichte. Auf den be-

schlagnahmten Gütern wurden Produktionsgenossenschaften gegründet, deren Mitglieder Männer und Frauen über 16 Jahren, meist Landarbeiter und Kleinbauern, werden konnten, die sich zur Verrichtung einer bestimmten Arbeitsleistung (die Norm wurde später mit mindestens 120 Tagen festgesetzt) verpflichteten. Ihr Einkommen wurde dann aus dem Ertrag entsprechend der geleisteten Arbeit, bzw. dem erzielten Gewinn genommen.<sup>220</sup>

Um aber die Aufbringung der notwendigen Lebensmittel möglichst ungestört weiter gewährleisten zu können, wurden häufig die enteigneten Eigentümer oder deren Gutsverwalter und Großpächter gezwungen, ihre bisherigen Funktionen beizubehalten und als „Produktionsbeauftragte“ die Verantwortung für einen möglichst funktionierenden Weiterbetrieb der Güter zu übernehmen. Die Kontrolle derselben sollte ein „Arbeiter- und Bauernrat“, der aus den Reihen der Landarbeiter gewählt wurde, übernehmen. Der später berühmte österreichische Schriftsteller Joseph Roth, der im Sommer 1919 im Auftrag mehrerer Wiener Zeitungen als Journalist Westungarn bereiste, schilderte in einer Anekdote eine damals nicht untypische Situation: Als ein aus Budapest kommender Volkskommissar einen westungarischen Gutshof inspizierte und voll Genugtuung den musterhaft arbeitenden Betrieb sah, fragte er den ihn führenden Vorsitzenden des örtlichen Arbeiter- und Bauernrates, wer denn diesen Gutshof so hervorragend leite. Worauf ihm dieser - sichtlich stolz über das Lob des hohen Herrn aus der Hauptstadt - strahlend antwortete: „Der Herr Baron!“, sich jedoch, als er die erstaunte und verärgerte Miene seines Gegenübers sah, rasch verbesserte: „Der Genosse Baron!“

Aber das System funktionierte nicht überall so klaglos, da man in zahlreichen Gutbesitzungen die früheren „Ausbeuter“ verjagt hatte, oder diese es vorgezogen hatten, von sich aus ins Ausland zu flüchten. Immer wieder rückten dann einfache, am Rand des Analphabetismus stehende Landarbeiter in Führungspositionen, denen sie nicht gerecht werden konnten. Es half auch nicht viel, dass man dann von Regierungsstellen junge, aber in der Landwirtschaft total unerfahrene Intellektuelle aus der Stadt aufs Land schickte, um der Misere abzuhelpfen. Der Mattersburger Bezirksbeauftragte und dann Abgeordnete zum Rätekongress in Budapest und damit selbst hoher Funktionär der Räterepublik, Hans Suchard, schrieb später in seinem Tagebuch: *„Wir hatten gegen Budapest einen schweren Kampf zu führen, da die Zentralstellen die Ungeschicklichkeit begingen, uns jeden Tag ein Dutzend Volkskommissare zu senden...Das brachte uns zur Verzweiflung. Wir halfen uns so, dass wir alle Kommissäre, die sich zum Dienst meldeten, zurückschickten. Als ich im ungarischen Parlament gelegentlich zu Wort kam, sagte ich ganz offen heraus: ‚Das ist keine Proletarier-Diktatur, wenn man in unser Gebiet täglich fünf bis sechs mit Ringen geschmückte jüdische*



*Bild 49: „Alkohol ist Gift, er tötet, macht dumm und stürzt in Not!“ Entwurf Mihály Biró. (98 cm x 67 cm)*

*Kommissäre schickt. Dadurch wird die Bevölkerung angeekelt und gegenrevolutionär gemacht! Zum Glück sprachen alle deutschen Delegierten so, sonst hätte ich sicherlich Unannehmlichkeiten gehabt” .<sup>221</sup>*

Die Räterepublik wählte die Weiterführung der landwirtschaftlichen Großbetriebe bzw. Neuschaffung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in der nicht unberechtigten Erwartung, dass diese effektiver produzieren und den Lebensmittelbedarf des Landes - insbesondere der bald wieder steigenden Soldatenzahl - eher decken könnten, als kleinbäuerliche Wirtschaften, denen es in der Regel an Kapital, Maschinen und gutem Saatgut mangelte. Auch sahen die kommunistischen Theoretiker, die nun an den Hebeln der Zentralmacht saßen, in der kleinbäuerlichen Einzelwirtschaft eine kapitalistische Institution, die mit dem Endziel der totalen Verstaatlichung der Landwirtschaft in Widerspruch stand. Die meisten Mitglieder der Räteregierung waren außerdem städtische Intellektuelle, die das Agrarproblem in der Praxis nicht kannten und zur Dorfbevölkerung keine Beziehung hatten.<sup>222</sup> So wurden viele Bauern tief enttäuscht, die gehofft hatten, ihre Wirtschaftsflächen durch großzügige Zuteilungen aus den Latifundien des Adels und der Kirchengüter vergrößern zu können. Ja es kam sogar dazu, dass einzelne bereits an Landarbeiter und landlose Dorfbewohner erfolgte Bodenaufteilungen wieder zurückgenommen wurden. Es sollte sich bald als ein entscheidender Fehler des Regimes erweisen, dass man den Großgrundbesitz nur theoretisch in das „Eigentum des werktätigen Volkes“ überführte und das „ländliche Proletariat“, das ja davon träumte „Grundbesitzer“ im herkömmlichen Sinn zu werden und so zu persönlichem Wohlstand zu kommen, vor den Kopf stieß. So verlor das Regime Béla Kuns letztlich die breite Masse der Landbevölkerung, die bald nur mehr die negativen Seiten des neuen Systems sah: Die Versorgungs- und Wirtschaftslage Ungarns verschlechterte sich von Woche zu Woche, da die inzwischen in Paris tagenden Siegermächte am 28. März beschlossen, die Wirtschaftsblockade gegen Ungarn nicht nur beizubehalten, sondern um die als gefährlich eingestufte ungarische Räteregierung unter Druck zu setzen - noch zu verschärfen. Ein neuer Krieg um die Grenzen im Osten und Norden rief ab Mitte April Tausende und Abertausende Männer, die gerade die Schrecken des Weltkrieges hinter sich hatten, wieder zu den Waffen. Der Staat musste bald zu Terrormaßnahmen greifen, um die Versorgung der Städte und der Roten Armee zu sichern.

Es waren aber dann die „kleinen Dinge des Alltags“, die die Bevölkerung gegen das kommunistische Regime aufbrachten und schließlich sogar zu blutigen Aufständen führten.

So gab es in Ödenburg eine gewaltige Aufregung, als das Räteregime das schon erwähnte absolute Alkoholverbot erließ und sich das Gerücht verbreitete, dass

alle Weingärten, von deren Ertrag ja ein großer Teil gerade der ärmeren Bauern der Stadt lebte, enteignet würden. So rotteten sich bereits am 3. April mehrere hundert Menschen am Rathausplatz zusammen und zogen über die Grabenrunde zum Kasino am Széchenyi-Platz, wo die neue Stadtregierung residierte. An der Spitze der Demonstranten marschierte auch Géza Zsombor, der von den Kommunisten zwar formell nicht abgesetzt aber politisch total kaltgestellt worden war. Vor dem Postgebäude kam es schließlich zum Zusammenstoß mit der dort stationierten Roten Wache: Die Demonstranten bewarfen die Schutzorgane mit Steinen, worauf diese das Feuer eröffneten. Vier Tote und acht Schwerverwundete lagen in wenigen Augenblicken auf der Straße, die Menschenmenge floh in die angrenzenden Häuser und Gassen. Mehr als zwanzig Demonstranten wurden verhaftet, darunter auch Géza Zsombor, der von den wütenden Rotgardisten misshandelt und fast gelyncht worden wäre, wenn ihn nicht der prominente kommunistische Funktionär, Lászlo Bors<sup>A)</sup>, im letzten Augenblick gerettet hätte. Man brachte ihn übrigens nicht wie die anderen in das Ödenburger Gefängnis, sondern überstellte ihn dem Budapester Revolutionstribunal. Wütend schrieb der „Ödenburger Arbeiterrat“, das Sprachrohr des neuen Regimes<sup>B)</sup> das die Demonstranten als „*schwer alkoholisierte Randalierer*“ bezeichnete, wenige Tage später: „...*Aber hütet euch vor Wiederholungen! Hütet euch vor neuen Randalierungen! Denn dann wird das Proletariat keine Gnade kennen. Es wird unerbittlich sein und das Blut der Bourgeoisie wird die Straßen Ödenburgs rot färben. Und wehe, tausendmal wehe den Bourgeois! Schuldigen und Unschuldigen, Alten und Jungen, Mann und Weib! Der rote Terror ist dann unausbleiblich und Galgen, Schaffot und Gewehr werden die Diktatur des Proletariats zu einer fürchterlichen Strafe gestaltet...Der rote Terror aber, der in Rußland die Aufstände der Menschewiki gegen die Diktatur des Proletariats in kurzer Zeit in Strömen von Blut erstickte, ist die unausbleibliche Folge des Versuchs der Bourgeoisie, sich dem kommunistischen Grundgedanken zu widersetzen...*“<sup>223</sup> Damit herrschte in Ödenburg nach außen hin Ruhe, wenn auch der Hass gegen die Räteherrschaft unterschwellig weiter gloste. Es nützte nur wenig, dass Sándor Kellner, der nicht nur den Alkoholgenuss, sondern zwei Wochen später auch das Kartenspielen verboten hatte, nun einlenkte und versprach, dafür zu sorgen, dass der im Inland nicht mehr konsumierte Wein nach Österreich exportiert werden könne.

- 
- A) Lászlo Bors (geb. 1885 in Budapest, erschossen 1919 in Tücsökmajor bei Steinamanger). Nach dem Abitur arbeitete er zunächst als Praktikant bei den Ungarischen Staatseisenbahnen, dann als Journalist in Szeged und Klausenburg (Kolozsvár) und schließlich ab 1918 bei der Zeitschrift "Soproni Tükör" in Ödenburg.
- B) Wenige Tage nach der Etablierung des Räte Regimes wurden sämtliche Zeitungen verboten bis auf die absolut linientreuen Blätter "Ödenburger Arbeiterrat", "Soproni Munkástanács", "Der Proletarier" und "Soproni Vörös Újság"

Schon wenige Tage später kam es wieder zu blutigen Zusammenstößen: diesmal im kroatischen Dorf Nikitsch. Hier hatte die Enteignung der konfessionellen Schulen - wie übrigens in vielen Orten - helle Empörung bei der Dorfbevölkerung ausgelöst und man weigerte sich, angeleitet durch den Ortspfarrer, die entsprechenden Anordnungen aus Ödenburg zu befolgen. Als am 6. April der zuständige Bezirkskommissär von Oberpullendorf, Hermann Váradi, in Nikitsch erschien, um eine „Aufklärungskampagne“ durchzuführen, kam es zu einem Tumult, in dessen Verlauf sich etliche Bauern auf ihn stürzten und ihn sowie die zwei Gendarmen, die ihn begleiteten, verprügelten. Als eine telefonisch aus Ödenburg herbeigerufene Abteilung der Roten Garde aus Ödenburg 30 Mann unter dem Kommando des Leutnants Gantner - das Dorf betreten wollte, wurde sie von Schüssen empfangen. Dennoch gelang es den Rotarmisten, das Dorf zu besetzen und bei nachfolgenden Hausdurchsuchungen Waffen zu beschlagnahmen. Da die Männer, die Váradi missandelt hatten, ebenso geflüchtet waren wie jene, die auf die Rotgardisten geschossen hatten, wurden Ortsbewohner, meist Frauen, verhaftet und verhört, um die „Rädelsführer“ der Unruhen zu eruieren. Sie wurden ins Schloss des Grafen Zichy gebracht, wo die Rote Garde Quartier bezog. Dies verursachte weitere Aufregung. Als eine Gruppe von Bauern versuchte, in der Nacht zum 9. April die Rote Garde zu überrumpeln, um ihre Familienangehörigen zu befreien, kam es erneut zu einer Schießerei. Bewaffnete aus dem benachbarten Kroatisch-Minihof kamen den Nikitschern zu Hilfe, worauf das Gefecht Stunden später neu entflammte, in dessen Verlauf ein junges Mädchen tödlich und ein Knabe durch Schüsse aus den MGs, die die „Roten“ in Stellung gebracht hatten, schwer verletzt wurden. Erst das Eingreifen einer mehrere hundert Mann starken Einheit der Ödenburger Roten Garde, die das Dorf umzingelte, beendete den Belagerungszustand. Der Kommandant der Roten, Dezsider Entzbruder, ließ das Standrecht verkünden und nahm sechs Söhne der reichsten Bauern des Dorfes als Geiseln. Er drohte, diese erschießen zu lassen, wenn nicht die Rädelsführer des Aufstandes genannt würden. Schließlich wurden 15 Bauern in Haft genommen und schon in den nächsten Tagen vom Ödenburger Revolutionstribunal zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Der ebenfalls verhaftete Pfarrer des Dorfes, Anton Semeliker, wurde als Hauptschuldiger *„des Verbrechens des Aufruhrs und der Verleitung zum Mord schuldig gesprochen“*, zum Tode verurteilt und noch am 10. April im Hof des Ödenburger Justizpalastes erschossen.<sup>224</sup> Am selben Tag kam es im Dorf Szill, im Bezirk Csorna, ebenfalls zu einem bewaffneten Zwischenfall, bei dem ein Rotgardist getötet wurde.

Damit kehrte zunächst in Westungarn Ruhe ein, wenn dies auch eine „Kirchhofsruhe“ war und man vorsorglich weiter Verstärkungen an Roter Garde aus innerungarischen Industriestädten in einzelne zentrale Orte der Grenzregion verlegte. Im Komitat Eisenburg nahm man zusätzlich Geiseln, deren sofortige Erschießung man im Falle von Unruhen androhte. Unter diesen waren viele als



**Bild 50:** Ludwig Leser  
(1890 – 1946)

siehe Seite 193

Gegner des Kommunismus bekannte Persönlichkeiten, wie z.B. Bischof Johann Mikes und Karl Wollinger. Letzterer wurde nach Budapest gebracht, dort eingekerkert, dann aber nach einer Intervention der österreichischen Bundesregierung und des italienischen Vertreters bei der Budapester Entente-Mission, Oberstleutnant Guido Romanelli, nach vier Wochen entlassen und nach Österreich abgeschoben.

Die Unruhen bewirkten, dass nun Sondergerichte geschaffen wurden, welche Urteile nicht mehr aufgrund bisheriger Rechtsnormen (Strafgesetzbuch von 1878), sondern kraft „revolutionärer Gesetzlichkeit“ und ohne Verfahrensregeln fällten. Für diese „Gerichte“ gab es keine Strafprozessordnung und keine ordentliche Beweisführung. Oft war die subjektive Einschätzung der „Gefährlichkeit für die Gesellschaft“ durch die Richter maßgebend, um die grausamsten Urteile zu fällen und Unschuldige zu liquidieren. Neben diesen Sondergerichten wurden „Einheiten mit Sonderaufgaben“ errichtet, deren Ziel die Bekämpfung der „Konterrevolution“ ohne Gerichtsverfahren oder andere behördliche Formalitäten war. Diese schwerbewaffneten und gefürchteten Einsatzkommandos wurden vom Volksmund in Anlehnung an die berüchtigte russische Geheimpolizei

„Tschekisten“ genannt. Innerhalb dieser operierte eine besonders brutale Gruppe, die unter dem persönlichen Kommando von Tibor Szamuely stand und den Spitznamen „Lenin-Buben“ (Lenin-fiuk) bekam. Ihr standen Autos und ein Panzerzug, der bald einen negativ-legendären Ruf bekam, zur Verfügung. Der „Befehl Nr.1“, den Szamuely bei der Gründung der Truppe am 23. April 1919 erließ, umriss klar deren Zielsetzung: *„Wer seine Hand gegen die Macht des Proletariats erhebt, wer offen oder getarnt eine Konterrevolution entfacht, oder ihr Vorschub leistet bzw. seine diesbezüglichen Kenntnisse verschweigt, wer nicht jede Verfügung des Revolutionären Rates der Volkskommissare und des Oberkommandos der Armee durchführt, der unterzeichnet seinen eigenen Tod. Die Vollstreckung des Urteils ist unsere Aufgabe. Ich werde vor keinem Mittel zurückschrecken, um die Ordnung aufrechtzuerhalten und jede konterrevolutionäre Regung im Keim ersticken!“*<sup>225</sup>

### **a) Die Errichtung des autonomen Gaues Deutsch-Westungarn.**

Um dem Widerstand im Land, der erstaunlicherweise nicht von Seiten der ehemaligen herrschenden Klasse, sondern gerade von den unteren Schichten des Volkes kam, nicht nur mit Brachialgewalt und Terror, sondern auch durch positive Signale wenigstens etwas entgegenzuwirken, drängte der Volkskommissar für die Deutschen, Heinrich Kalmár, auf die Weiterentwicklung des schon von der „bürgerlichen“ Regierung Károlyi versprochenen Autonomie für Deutsch-Westungarn. Er berief sich dabei auf das von Lenin proklamierte „Selbstbestimmungsrecht der Nationen“ bzw. die „nationale und kulturelle Autonomie“ die dieser den nichtrussischen Nationen in der gerade entstehenden Sowjetunion in Aussicht gestellt hatte<sup>226</sup> und auf den § 2 der am 2. April 1919 provisorisch erlassenen Verfassung Räteungarns, in dem es hieß: *„...In der ungarischen Republik bildet jede Nationalität, wenn sie auf einem größeren zusammenhängenden Gebiet lebt, einen besonderen Nationalen Rat und einen leitenden Ausschuss. Die Bildung der verschiedenen Nationalen Räte, ihr Verhältnis zu einander, die endgiltige Verfassung der auf föderalistischer Grundlage stehenden Ungarischen Räterepublik wird der Landeskongreß der Räte feststellen“*.<sup>227</sup> Nun wurde wenn auch nur provisorisch das Territorium des „Gau Deutschwestungarn“ festgelegt. Mit „Verordnung des deutschen Volksbeauftragten der Ungarischen Räterepublik Nr. I/649. D.V.“ wurden folgende Gemeinden diesem Gau zugeteilt<sup>A)</sup>:

1. Aus dem Bezirk Ungarisch-Altenburg [Mosonmagyaróvár] diese Stadt selbst und die Gemeinden Leiden [Lébény], Kaltenstein [Levél], Wieselburg [Moson], St. Johann [Mosonszentjános], St. Peter [Mosonszentpéter], Zanegg [Mosonszolnok], Andau, Tadtén, Wüstsommerein [Pusztasomorja], Kroatisch-Kimling [Horvátkimle], Gahling [Máriakálnok], Klein-Bodacken [Kisbodak], Dornau [Mosondarnó], Schwarzwald [Feketeerdő] und Schöllern [Zseli].
2. Aus dem Bezirk Ragendorf [Rajka] diese Gemeinde selbst und die Gemeinden Paltersdorf [Bezenye], Straßsommerein [Hegyeshalom], Kittsee, Gattendorf, Nickelsdorf, Deutsch-Jahrdorf, Zurndorf, Pama, Edelstal, Sarndorf [Dunacsun/Cunovo], Kroatisch-Jahrdorf [Horvátjáfalu/Jarovce] und Karlbürg [Oroszvár/Rusovce].
3. Aus dem Komitat Raab [Győr] die Gemeinde Plankenhaus [Győr-sövényház].
4. Der gesamte Bezirk Neusiedl a. See.
5. Aus dem Bezirk Ödenburg die Gemeinden Mörbisch, Kroisbach [Fertőrákos], Wandorf [Sopronbánfalva], Deutschkreutz, Girm, Agendorf [Ágfalva], Loipersbach, Holling [Fertőboz], Oberpetersdorf, Kobersdorf, Wolfs [Balf], Harkau [Harka], Kohlnhof [Kopháza], Lackenbach, Ritzing, Raiding, Lackendorf, Unterfrauenhaid, Klingenbach, Schattendorf, Baumgarten, Unterpetersdorf, Horitschon, Haschendorf, Neckenmarkt, Tschurndorf, Kalkgruben und Weppersdorf.
6. Der gesamte Bezirk Mattersdorf.
7. Der gesamte Bezirk Eisenstadt.
8. Der gesamte Bezirk Oberpullendorf.
9. Aus dem Bezirk Csepreg die Gemeinden Rockendorf [Németzsidany], Bleigraben [Olmod], Prössing [Peresznye] und Siegersdorf [Horvátzsidany].
10. Aus dem Bezirk Güns [Köszeg] die Gemeinden Rechnitz, Unterkohlstetten, Oberkohlstetten, Günseck, Glashütten, Holzschlag, Weiden, Mönchmeierhof, Rauhriegel-Allersgraben, Podgoria, Allersdorf, Podler, Rumpersdorf, Bernstein, Stuben, Dreihütten, Rettenbach, Redlschlag, Schachendorf, Inzenhof, Zackenbach, Hammerteich, Langeck, Glashütten b. Langeck, Lockenhaus, Liebing, Rattersdorf, Klein-Csemeten [Kiscsömötő], Steinbach, Kogl, Bubendorf, Lebenbrunn, Deutsch Gerisdorf, Pilgersdorf, Sallmannsdorf, Althodis, Zuberbach und Neuhodis.
11. Der gesamte Bezirk Oberwart.

---

A) Bei den heute nicht im Burgenland befindlichen Orten wird in Klammer [ ] der heute gültige Name angeführt.

12. Aus dem Bezirk Steinamanger [Szombathely] die Gemeinden Unterschilding [Alsócsatár], Schandorf, Oberschilding [Felsőcsatár], Kleinnahrung [Kisnarda], Deutsch-Großdorf [Németkeresztes], Edlitz, Eisenberg, Kroatisch-Schützen, Deutsch-Schützen, Höll, Pernau, St.Kathrein, Unterbildein, Oberbildein, Kulm, Eberau, Winten und Prostrum [Szentpéterfa].
13. Der gesamte Bezirk Güssing.
14. Aus dem Bezirk Körmend die Gemeinden Hagensdorf, Luising, Moschendorf, Deutsch-Bieling und Gaas.
15. Aus dem Bezirk St.Gotthard [Szentgotthárd] diese Stadt selbst und die Gemeinden Henndorf, Grieselstein, Rax, Windisch Minihof, Minihof-Libau, Oberdrosen, Tauka, Weichselbaum, Krobotek, Mogersdorf, Deutsch-Minihof, Wallendorf, Rosendorf, Königsdorf, Eltendorf, Poppendorf, Zahling, Oberradling [Felsőrönök], Unterradling [Alsórönök], Jakobshof [Jakabháza], Raabfidisch [Rábafüzes], Heiligenkreuz, Doiber, Gritsch, St.Martin a.d.Raab, Neumarkt a.d. Raab, Jennersdorf, Welten, Unterzeming [Alsószölnök], Dobersdorf, Rohrbrunn, Deutsch Kaltenbrunn, Rudersdorf, Krottendorf, Bonisdorf, Mühlgraben, Kalch und Neuhaus a. Klausenbach
16. Aus dem Bezirk Olsnitz [Muraszombat /Murskasobota] die Gemeinden Füchselsdorf [Kismáriahavas/Fikšinci], Guizenhof [Gedődvar/Ocinje], Sinnersdorf [Határfalva/Kramarovci] und [Seregháza/Serdica].
17. Aus dem Bezirk Pressburg [Pozsony/Bratislava] die Stadt Pressburg und die Gemeinden Theben [Devin], Theben-Neudorf [Devinska Nova Ves], Kaltenbrunn [Dúbravka], Bisternitz [Záhorska Bystrica], Blumenau [Lamac], Ratzersdorf [Raca], Weinern [Vájnyor] und Oberufer [Prievoz].<sup>228</sup>

Damit traf sich diese Abgrenzung im Wesentlichen mit jenem Gebiet, das auch schon die Provisorische Nationalversammlung Deutschösterreichs in ihrer „Staatserklärung“ vom 12. November 1918 gefordert hatte.

Zur endgültigen Festlegung der Grenzen des „Gaes Deutsch-Westungarn“ sollte es aber erst nach Verabschiedung der Verfassung durch den Landeskongress der Räte am 23. Juni 1919 mit Verordnung CXXIX/1919 der Räteregierung kommen. Da inzwischen Pressburg und das deutsche Siedlungsgebiet nördlich der Donau an die Tschechoslowakei verloren gegangen war, konnte man jetzt nur mehr Engerau für den Gau Deutsch-Westungarn reklamieren. Südlich davon zog man die Grenze entlang der Kleinen Donau (Mosoni-Duna) und verzichtete auch auf die Gemeinden Kroatisch-Kimling (Kimle) und Leiden (Lébény), da beide keine deutschsprachige Mehrheit hatten. Auch das noch weiter südlich gelegene Plankenhaus (Győrsövényház) klammerte man aus und zog die Grenze entlang des Einserkanals. Im Bereich der Komitate Ödenburg und Eisenburg ließ man

alles so, wie man es bereits in der Verordnung vom April fixiert hatte, ja man teilte auch die Städte Güns und St. Gotthard dem Gau Deutsch-Westungarn zu.<sup>229</sup> Inzwischen wurden Mitte April auf Grund der Wahlen, die da und dort nicht ohne Probleme und in den von den Tschechen besetzten Gebieten überhaupt nicht durchgeführt wurden, die neuen Komitatsräte konstituiert, aus denen ein 25 Mitglieder umfassender Vollzugsausschuss gewählt wurde. Am 22. April folgte dann die Gründung des „Gaurates des Gau Deutsch-Westungarn“ in Ödenburg, bei der auch der Volkskommissar für Justiz, Dr. Zoltán Rónai, und der Volkskommissar für die Deutschen, Heinrich Kalmár, anwesend waren. An die Spitze des Gaurates wurden drei Gaukommissäre gewählt: Adolf Berczeller, Alexander Kellner und Nikolaus Lazarowitsch. Diesen stand ein Direktorium, dem die Genossen Ludwig Leser, Josef Breithofer, Rudolf Teffer, Georg Elend, Ferdinand Eidler, Hans Suchard und Josef Reithofer angehörten, zur Seite. Jeder von ihnen bekam die Leitung eines bestimmten Fachressorts zugeteilt.

Im Komitat Eisenburg bzw. in Steinamanger, wo man von diesem Schritt erst durch eine Zeitungsmeldung erfuhr, war man überrascht und verärgert. Erst nach mehreren Verhandlungen einigte man sich über eine Mitarbeit, sodass es erst am 20. Mai zur Konstituierung des Gaurates kommen konnte, an der auch Delegierte aus den südlichen „deutschen Bezirken“ teilnahmen. Als „Gaubeauftragte“ kamen nun je ein Vertreter des Bezirkes von Güns (Dr. Josef Halász), Oberwart (Johann Wallner), Güssing (Eduard Krojherr) und St. Gotthard (Dr. Koloman Kohn) zusätzlich in den Verwaltungsausschuss des Gau Deutsch-Westungarn hinzu. Zum Präsidenten dieses Ausschusses wurde übrigens der junge kaufmännische Angestellte Ludwig Leser<sup>A)</sup> aus Neufeld gewählt. Es wurden auch Unterausschüsse für die Bereiche Allgemeine Verwaltung, Finanzverwaltung, Unterrichtswesen, Kriegs- und Polizeiwesen und für Volkswohlfahrt gebildet.

Zu dieser Sitzung war übrigens Béla Kun persönlich nach Ödenburg gekommen. Er bereiste in der Folge mehrere Orte Westungarns, um die Menschen hier an der Grenze für die Ungarische Räterepublik zu gewinnen und gegen die besorgniserregende Zunahme der Anschlussbewegung an Österreich zu wirken.<sup>230</sup> Der deutsche Geschäftsträger in Budapest, Graf Fürstenberg-Stammheim, schrieb

---

A) Ludwig Leser (geb. 1890 in Neufeld, gest. 1946 in Wien) Handelsakademiematura 1910 in Ödenburg. Nach Rückkehr aus dem Krieg 1918 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Im April 1919 in den Komitatsrat von Ödenburg gewählt, dann als Delegierter zum Sowjetkongress nominiert und Gaukommissär für Kultur und Unterricht im „Gau Deutschwestungarn“ Nach Sturz des Räteregimes Flucht nach Österreich. 1922–1934 Landeshauptmannstellvertreter des Burgenlandes. Kurzbiographie in: Schlag, Gerald: Burgenland. A. a. O. S. 183

darüber nach Berlin: „Die deutsche sozialdemokratische Partei und Volksbeauftragter Kalmár sind entschlossen, den berechtigten Forderungen der Deutschen Geltung zu verschaffen. Vor allem leistet der Deutsche Kulturbund durch Verbreitung deutscher Zeitschriften, Errichtung deutscher Bibliotheken, Gründung deutscher Gesangsvereine usw. eine intensive Aufklärungs- und Propagandaarbeit. Allerdings nimmt die deutsche Landbevölkerung dem bolschewistischen Regime gegenüber eine feindliche Haltung ein, infolgedessen auch die Anschlussbewegung an Deutschösterreich in Westungarn trotz dem Terror der magyarischen Roten Soldaten immer mehr erstarkt. Zur Eindämmung dieser Bewegung haben die Volksbeauftragten Kun und Kalmár vor einiger Zeit Westungarn bereist und in allen größeren Orten Volksversammlungen abgehalten, in denen sie der Bevölkerung weitgehende Rechte, so die Aufhebung der alten Komitatsverfassung und die Bildung einheimischer Roten Garden, in Aussicht gestellt haben. Der deutsche Volksbeauftragte war jedoch von dem Erfolg dieser Versammlung nicht durchaus befriedigt, da die Landbevölkerung, die ungefähr 80 % der Gesamtbevölkerung ausmacht, sich sehr passiv verhalten hat und völlig unter dem Einfluss der österreichischen Propaganda stehen soll.“<sup>231</sup>

In Ödenburg ging man nun mit Schwung daran, den autonomen Gau Wirklichkeit werden zu lassen. Natürlich tauchte dabei sofort die Frage auf, wie man in Zukunft die Kompetenzen zwischen den neuen Gau-Organen und den bestehenden Komitatsverwaltungen abgrenzen könnte. Besonders im Komitat Eisenburg erregte diese Frage zahlreiche Gemüter, da man nicht ganz zu Unrecht fürchtete, dass mit der Gründung des Gau es ein großer Teil des Komitates abgetrennt und unter die „Herrschaft“ von Ödenburg, der zukünftigen „Gau-Hauptstadt“ gestellt werde.

Tatsächlich erklärte bei einer der nächsten Sitzungen Heinrich Kalmár ganz offen: „Mit dem Rätssystem fällt ebenfalls eine der raffiniertesten Organisationsformen, die die Ungarn so stark gemacht haben: Das Komitat! Das Komitat werden wir, so oft und schnell wir können, in tausend Trümmer schlagen...Freilich, wir sind noch nicht fertig, in der Schnelligkeit konnte nichts anderes gemacht werden, als die Komitatseinteilung beibehalten. Glauben Sie nicht, daß die Regierung erpicht ist, dieses aufrecht zu erhalten. Beim nächsten Rätekongreß werden Sie Gelegenheit haben, einen solchen Beschluß zu sehen, der klar aussprechen wird, daß diese Komitate keine Existenzberechtigung mehr haben. Wir hier in Westungarn sind um eine Nasenlänge voraus, indem wir uns über die Grenzen der Komitate hinweggesetzt haben..Wenn wir das Komitat nicht mehr haben werden, dann haben wir das freie Rätssystem, von dem ich sage, daß es das idealste ist.“<sup>232</sup> Zunächst beließ man aber den bestehenden Zustand,

## Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

 <h1 style="font-size: 2em; margin: 0;">Amtsblatt</h1> <h2 style="font-size: 1.5em; margin: 0;">für den Gau Deutsch-Westungarn.</h2>			
Erscheint am 1. und 15. jeden Monats. Bezugspreis: Ganzjährig 24 Kronen. — Einzelblatt: 1 Krone.	Verlag: Gauamt Deutsch-Westungarn. Präsidial-Sektion: Oedenburg, Székényiplatz 2, I. Stock. Telefon Nr. 259, 303, 439 und 470.		

1. Jahrgang.

Oedenburg, am 22. Juni 1919.

Nr. 10.

### Wiso!

Das Deutsche Volksamt benötigt gelegentlich des Ansehens der deutschen Gemeindeverwaltung eine Uebersicht berechtigten Arbeitskräfte, welche für die Stelle eines Gemeinderatssekretärs als Fachorgan der lokalen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte geeignet sind.

Aufnahmen finden Genossen deutscher Muttersprache mit entsprechender Fachkenntnis (Gemeindeverwalter und Notare, Finanz-, Rechnungs- und Steuerbeamte, junge Juristen, usw.), welche der deutschen Sprache in Wort und Schrift vollkommen mächtig sind. Anmeldungen mit Angabe der Personalnoten, Fachbildung und bisherigen Dienstleistung werden beim Deutschen Volksamt (Budapest, V. Klotildgasse Nr. 15, II. St. 32) entgegengenommen. Persönliche Vorstellung mit Dokumenten erwünscht.

Budapest, im Juni 1919.

Das Deutsche Volksamt.

### Verordnung Nr. 7/1919 D. B. des Deutschen Volksamtes.

#### Uebernahme des Kirchenermögens.

##### § 1.

Zur Uebernahme des kirchlichen, konfessionellen und des durch die Kirche verwalteten Stiftungsermögens in Gemeinbesitz, entsendet jeder lokale Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat eine Liquidierungskommission.

##### § 2.

Die Aufgabe der Liquidierungskommission ist, alles was zu kirchlichen, konfessionellen und durch die Kirche verwalteten

Stiftungsermögen gehört hat, inventarisch in Gemeinbesitz zu übernehmen.

Eine Ausnahme bilden die Kirchen, öffentlichen Kapellen und die zum regelmäßigen Gebrauch bestimmten Bethäuser, Skulpturen, Statuen, Glockenstühle, sowie deren bei kirchlichen Zeremonien benötigten Ausstattungsgegenstände, die in das Inventar nicht aufzunehmen sind.

##### § 3.

Die Liquidierungskommission übergibt sämtliche übernommenen Gegenstände (Grundbesitz, Häuser) mit dem dazugehörigen lebenden und toten Inventar dem lokalen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat, der für die weitere Verwaltung und Aufzuchtung — bei unbedingter Wahrung der ungestörten Kontinuität der Produktion — Sorge zu tragen hat.

##### § 4.

Die Liquidierungskommission hat die übernommenen Gelder und Wertpapiere an die nächstgelegene Staatskassa (Steneramt) abzuliefern und die Staatskassa (Steneramt) aufmerksam zu machen, daß die abgeführten Werte in ein besonderes, mit der Bezeichnung „In Gemeinbesitz übernommene Werte der Kirchen, Konfessionen und Stiftungen“ versehenes Kassa-Journal in Einnahme zu stellen seien.

Gleichzeitig sind die Staatskassen (Stenerämter) anzuweisen, die übernommenen Werte an die Zentralkassa abzuführen. Ausgenommen werden die bei den landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen oder fabriksbetriebenen vorgefundenen Geld- und Wertpapiere, welche zur ungestörten Fortsetzung des Betriebes notwendig sind. Diese Werte sind dem lokalen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat als Uebernehmer an Ort und Stelle zu übergeben.

##### § 5.

Alle sonstigen, durch die Liquidierungskommission übernommenen Mobilien (Kunstschätze, Bibliotheken etc.) sind zwecks Aufbeahrung dem lokalen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat zu übergeben. Der Ortsrat trägt für die ihm zur Aufbeahrung inventarisch übergebenen Gegenstände die volle Verantwortung.

##### § 6.

Bei der Inventaraufnahme sind nach beigeschlossenen Muster die Inventare „A“ und „B“ anzulegen.

Bild 51: Amtsblatt des autonomen Gaues „Deutsch-Westungarn“

zumal sich die Räterepublik gerade in diesen Tagen durch den Kriegsverlauf im Osten in einer existenzbedrohenden Krise befand. So entwickelte sich eine Art Doppelherrschaft zwischen den weiterhin amtierenden Komitatsbehörden, die nicht besonders geneigt waren, auch nur Teile ihrer Macht abzugeben, und den neuen Organen der deutschen Selbstverwaltung, was allzu oft zu lästigen Schwierigkeiten und Konflikten führte. Eine endgültige Lösung dieser Probleme sollte die Verfassung der Räterepublik, die vom Landeskongress der Räte erst am 23. Juni 1919 beschlossen wurde, zumindest theoretisch bringen. Allerdings verhinderte die damals bereits sehr verfahrenere Allgemeinsituation dieses Staates jede durchgreifende Reform.

Schon im April waren Gerüchte aufgetaucht, dass der Gau Deutsch-Westungarn später in eine eigene Räterepublik - mit noch mehr Selbständigkeit - umgewandelt werde, die sich in einer Föderation mit anderen Teilrepubliken zu einem ungarischen Bundesstaat zusammenschließen werde. In der Konzeption der Räterepublik zur Lösung der nationalen Frage spielte tatsächlich der Gedanke einer Föderation von Anfang an eine bedeutende Rolle. Man wollte sich auf föderativer Basis - als „freie Föderation freier Völker“ konstituieren, was auch im offiziellen Namen der Räterepublik „Ungarische Sozialistische Föderative Räterepublik“ zum Ausdruck kam. Dabei hatte man weitreichendere, fernere Ziele vor Augen und rechnete fest damit, dass sich die Weltrevolution weiter nach Westen ausbreiten werde. Die Führer der Räterepublik sprachen immer wieder von einem föderativen Bündnis mit Deutsch-Österreich, der Tschechoslowakei oder mit „Ukraine-Rußland“ Ereignisse in Deutschland, wie die Ausrufung einer Räterepublik in München am 7. April 1919, ließen die Hoffnung aufkeimen, dass es bald zu einer breitflächigen Revolution kommen werde, die dann auch Wien mitreißen könnte, wo die Not unter den Arbeitslosen und notleidenden Kriegsteilnehmern sehr groß war.

## **b) Die ungarische Räterepublik und Österreich**

Einer jener Politiker, die es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben sahen, die Weltrevolution weiterzutreiben und nach Westen zu tragen, war Alexander Kellner, der schon in den ersten Tagen seiner Herrschaft in Ödenburg mittels eines Flugzeuges, dessen Pilot ein KP-Mitglied war, Flugzettel über Wien und Wiener Neustadt abwerfen ließ. In diesen forderte er die Arbeitermassen dieser Städte auf, dem Beispiel Ungarns zu folgen. Und es schien als sei sein Aufruf auf offene Ohren gestoßen, als aus Wiener Neustadt folgendes Telegramm eintraf, das vom dortigen sozialdemokratischen Arbeiterführer Oskar Helmer unterzeichnet war: *„Die Wienerneustädter Parteiorganisation grüßt ihre in schwerem*



**Bild 52:** Béla Kun spricht vom Balkon des Széchenyi-Palais in Ödenburg (20. Mai 1919).

*Kampf stehenden ungarischen Brüder. Wir versichern Euch unserer innigsten Anteilnahme. Unsere Gefühle und Gedanken sind an Eurer Seite. Mit ganzem Herzen begleiten wir Euch in Eurem Kampf und stehen ständig bereit, mit Euch Schulter an Schulter zu kämpfen. Es lebe die Arbeitersolidarität! Es lebe der Sozialismus!”<sup>233</sup>*

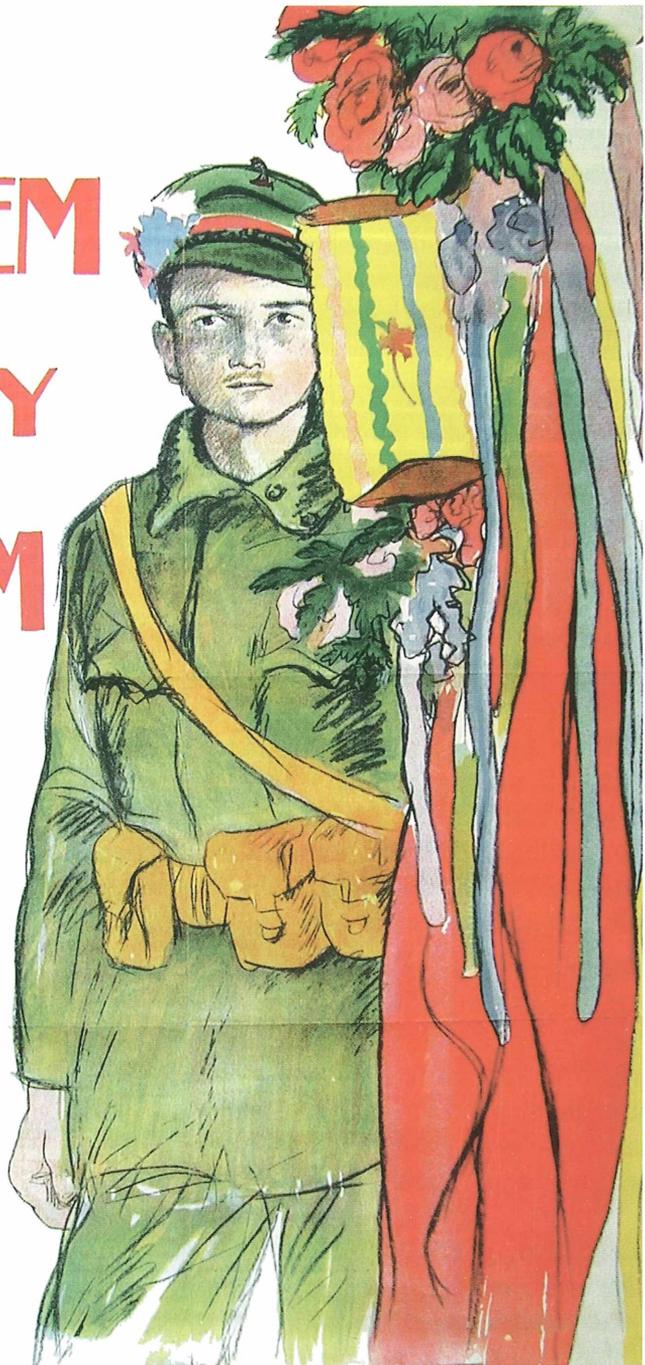
Tatsächlich blieb es nicht nur bei Worten: In den nächsten Wochen entwickelte sich ein reger - allerdings weitgehend geheimer - Tauschhandel, wo man aus den im südlichen Niederösterreich liegenden Armeedepots, die jetzt vielfach unter der Kontrolle von Arbeiterwehren standen, und aus dem Wiener Arsenal, wo kommunistische Mitglieder der Volkswehr großen Einfluss hatten, Waffen und Munition gegen Lebensmittel tauschte.<sup>234</sup> Auf Weisung des Kommandanten der Wienerneustädter Arbeiterwehr, Josef Püchler, fuhren Lastwagen nach Wien und brachten aus den reichhaltigen Wiener Arsenalen Rüstungsmaterial, das man eigentlich an die Italiener abliefern sollte, in großer Menge in die Grenzstadt. Von hier wurde es mit Zügen, Lastkraftwagen und Flugzeugen nach Ödenburg bzw. Budapest gebracht. Voll Genugtuung konnte der ungarische Volkskommissar für das Kriegswesen, József Pogány, bereits am 2. April 1919 seinen Regierungskollegen berichten: „Es mangelt uns an Maschinengewehren,

*Kanonen, Kleidung und technischer Ausrüstung. Wir betreiben mit Einverständnis des österreichischen Verteidigungsministers, Julius Deutsch, mit Österreich Schmuggel, bei welchem Waffen und militärische Ausrüstungen aus dem Wiener Arsenal gegen Lebensmittel geliefert werden.*"<sup>235</sup> Um den Ungarn noch wirksamere militärische Hilfe zukommen zu lassen, entstand sogar der Plan, Wiener Volkswehrverbände, reichlich ausgerüstet mit Kriegsmaterial, an die Leithagrenze zu kommandieren, dort einen Scheinangriff zu machen, sich von ungarischen Truppen vereinbarungsgemäß zurückwerfen zu lassen und diesen dabei das Kriegsgerät zu überlassen. So sollte das Auftauchen österreichischer Waffen bei der ungarischen Roten Armee maskiert und die militärischen Vertreter der Siegermächte in Wien getäuscht werden. Allerdings wurde dieses Abenteuer auf höchster Ebene schon frühzeitig abgeblasen.

Wenn man auch den Waffenschmuggel sorgfältig zu tarnen trachtete, traten bei öffentlichen Veranstaltungen der Sozialdemokratie sowohl in Ödenburg, als auch in Wiener Neustadt Vertreter des jeweils anderen Landes auf und demonstrierten Solidarität. Schon am 27. März hatte Béla Kun in der Sitzung der Räteregierung sozusagen als Zielvorgabe berichtet, dass in der österreichischen Arbeiterschaft eine hohe revolutionäre Stimmung und in ganz Süddeutschland Hochspannung herrsche und letztlich in Berlin ein Angriff der Arbeiter von Spandau aus auf die Hauptstadt bevorstehe. Wenn in Österreich die Revolution ausbreche, werde sie auf die Tschechoslowakei übergreifen und in der Folge über ganz Deutschland bis an die französische Grenze vorgetragen werden können. Man müsse Lebensmittel aus den an Österreich angrenzenden vier Komitaten für den Export freigeben, damit dieses der österreichischen und deutschen Revolution als Ernährungshinterland dienen könnte.

Doch bald wendete sich das Blatt. Ungarn musste seine nach Westen gerichteten Ambitionen weitgehendst aufgeben und sich selbst auf die Verteidigung seines Territoriums einstellen: Am 16. April 1919 griffen rumänische Armeen in Siebenbürgen an und stießen in den folgenden zwei Wochen bis an die Theiß vor. Gleichzeitig okkupierten tschechoslowakische Einheiten unter dem Kommando italienischer und französischer Offiziere die Karpathoukraine, nahmen bei Munkacs Verbindung mit den Rumänen auf und eroberten bis 2. Mai weite Gebiete Nordostungarns einschließlich Miskolc. Gleichzeitig bedrohten sie Salgotárján, eines der wichtigsten Bergwerksreviere Ungarns. In den letzten Apriltagen wurde die Räterepublik schließlich auch noch von Süden her angegriffen. Französische und serbische Verbände besetzten unter anderem Makó und Hódmezővásárhely. Der Feind kam im Nordwesten bis auf 70 km und im Süden bis auf 100 km an Budapest heran. In der Hauptstadt rekrutierte man eiligst

**VELEM**  
**VAGY**  
**ELLENEM**



DADÓ  
BUDAPEST  
V. SZÉKELY U. 11.

Vertes

**Bild 53:** Plakat der Ungarischen Räterepublik „Mit mir oder gegen mich.“ 1919.  
Entwurf Marcell Vértés. (95 cm x 63 cm)

Fabrikarbeiter in sogenannte Arbeiterbataillone und bereitete sich auf eine Belagerung vor.

Auf den Hilferuf Budapests waren schon Mitte April 400 freiwillige Soldaten und etwa 100 Angehörige des Volkwehrebataillons 41 unter Führung von Leo Rothziegel in Ödenburg angekommen, um sich dann weiter an die rumänische Front einwagonieren zu lassen. Dort gerieten sie als 2. Internationales Regiment der Roten Armee, dessen Stärke bald 1.200 Mann erreichte, bei Debrecen in heftige Kämpfe und wurden fast zu Gänze aufgerieben, wobei auch ihr Kommandeur Rothziegel fiel.

Da trotz aller Geheimhaltung dieser illegale „Grenzverkehr“ auch den Alliierten Vertretern nicht ganz unbekannt blieb, verstärkten sie den Druck auf die österreichische Regierung, die von den Siegermächten gegen Ungarn verhängte Wirtschaftsblockade einzuhalten bzw. deren Durchführung rigorosier durchzuführen. Die Siegermächte hatten nämlich beschlossen, nachdem man eine direkte Militärintervention durch Ententetruppen ausgeschlossen hatte, die ungarische Rote Armee im Bereich ihres Rüstungspotentials „auszuhungern“ und so ihre Schlagkraft gegen die von der Entente protektionierten Nachbarstaaten zu minimieren. So war man besonders bei Lieferungen von militärischen Ausrüstungsmaterial, Waffen und Munition aus und über Österreich besonders heikel. Schon im April hatte der britische Konsul Philpotts im Wiener Außenamt um Aufklärung ersucht, wieso zwei Lastkraftwagen mit Maschinengewehren nach Ungarn gelangen konnten, und der Chef der italienischen Waffenstillstandskommission forderte ebenfalls Auskunft über die Kontrolle der Waffenbestände, da angeblich Waffen nach Ungarn geschmuggelt würden.<sup>236</sup> Österreich sah sich gezwungen, die Grenzkontrolle gegen Ungarn zu verschärfen.

Dies hatte natürlich bald Auswirkung auf die legalen Handelsbeziehungen zwischen beiden Nachbarstaaten. Ihr reibungsloser Ablauf war nicht nur für die hungernden Großstädte Ostösterreichs, sondern bei zahlreichen Industrieartikeln - auch für Ungarn lebenswichtig. Österreich war der einzige Nachbar mit dem Ungarn nicht im Krieg lag und daher das einzige offene Tor durch das man bitter notwendige Waren beziehen konnte. So lieferte Österreich Artikel der chemischen Industrie, Bauholz, Papier, landwirtschaftliche Geräte wie Sensen, Sichel und Pflüge, aber auch Maschinen und Verkehrsmittel bzw. deren Ersatzteile, Bekleidung und Textilien und nicht zuletzt Salz, das schon in erschreckendem Ausmaß zur Mangelware geworden war. Da auch die ungarische Rote Armee größtenteils mit Waffen und Fahrzeugen ausgestattet war, die noch aus k.u.k. Beständen stammten und vielfach in Österreich produziert worden waren, war man bei Ersatzteilen vollkommen von Nachlieferungen aus diesem Nachbarland

abhängig. Dafür gab es aus Ungarn - sozusagen als Kompensation - Lebensmittel aller Art, vor allem Schlachtrinder, Schweine und Pferde, sowie Kartoffeln, Mais und Zuckerrüben.

Am 3. April 1919 hatte man zwischen den beiden Staaten einen Handelsvertrag abgeschlossen, der für beide Seiten immense wirtschaftliche Vorteile brachte und in einigen Bereichen für die Menschen lebensnotwendig war. Allerdings bremste die von den Alliierten verhängte Blockade, die als „Intervention ohne Waffen“ angewendet wurde, auch hier. Die im österreichischen Finanzministerium tätige Ententekommission, ohne deren Zustimmung keine Ausfuhrgenehmigung gegeben werden durfte, gab nämlich diese mitunter nicht einmal für Waren, die keinerlei militärische Bedeutung hatten. So stoppten sie z. B. mehrmals aus Ungarn kommende Weintransporte und aus Österreich geschickte Papierlieferungen. Ab Mai stand der reguläre Handelsverkehr immer wieder für Tage und Wochen still. Am 29. Juni teilte z. B. die Kommandant der Roten Garde in Bruckneudorf (Királyhida) mit, dass *„auf Weisung der Amerikanischen Mission die österreichischen Grenzbehörden eine Grenzsperr für alle Waren verhängt haben, sodass alle jene, die die Grenze passieren, keinerlei Industrieartikel mitführen dürfen. Ich bitte um Drahtvollmacht zur Verhängung einer ähnlichen Maßnahme, insbesondere alle Lebensmitteltransporte sofort zurückhalten zu dürfen.“* Am 1. Juli überreichte dann die ungarische Botschaft in Wien eine Protestnote an Außenminister Otto Bauer unter Berufung auf den bestehenden bilateralen Handelsvertrag gegen die Grenzsperr, ohne wirklich entscheidende Verbesserungen erreichen zu können.

Unter diesem Aspekt entwickelten sich - fast könnte man sagen „folgerichtig“ viele „privaten“ Handelsbeziehungen auf unterer Ebene. So entwickelten einzelne Städte und Komitate direkte Wirtschaftskontakte über die Grenze. Unter den Grenzkomitaten hatte besonders Ödenburg gute Verbindungen zu „Freunden jenseits der Grenze“ Die Wirtschaftsbeauftragten des Ödenburger Direktoriums stellten für ungarische Händler entsprechende Grenzübertrittsscheine aus und verhandelten persönlich oder telefonisch mit Eisenbahnern in Wiener Neustadt oder Ebenfurt Zugtransporte, die nicht immer in offiziellen Listen aufschienen. Ähnlich ging es auch im Wieselburger und Eisenburger Komitat zu. Besonders intensiv war der Warenaustausch mit der Steiermark insbesondere mit Graz, von wo man Kleider, Leder und Autoersatzteile bezog und im Austausch Zucker und andere Lebensmittel lieferte.<sup>237</sup>

Alle diese Waren liefen teils legal, teils illegal über Deutsch-Westungarn, das im Frühsommer 1919 wieder ein „Eldorado der großen und kleinen Schieber und Schmuggler“ wurde. Um die „Schlupflöcher“ für den illegalen Waffentransport im Raum Wiener Neustadt zu schließen, teilte die Interalliierte Handelsmission

am 21. Mai 1919 mit, „daß Oberleutnant Donist von der amerikanischen Armee demnächst mit Leutnant Stuart, acht Unteroffizieren und Soldaten nach Wiener Neustadt kommen wird. Er hat den Auftrag, namens der Interalliierten Handelsmission den Transitverkehr der Bahnhöfe Wiener Neustadt und Ebenfurth, sowie den Durchgangsverkehr an der Grenze zu überwachen“. Auch die österreichischen Grenzorgane erhielten den Befehl genauere Kontrollen zu machen, was - wie erwähnt - manchmal den Zusammenbruch des Verkehrs an der Grenze zur Folge hatte. Außenminister Otto Bauer bemühte sich sogar, seine Parteifreunde zu bewegen, ihre Kontakte zu Räteungarn einzustellen, „denn“ - so schrieb er z.B. an Bürgermeister Ofenböck von Wiener Neustadt - „die internationale Blockadekommission, welche ihren Sitz hier in Wien hat und die Ausfuhr nach Ungarn streng kontrolliert, hat...mit den schlimmsten Konsequenzen gedroht. Es besteht die Gefahr, daß die Blockade wieder über Deutschösterreich verhängt wird oder daß die Lebensmittelzufuhr eine Einstellung erfährt. Es geht wohl nicht an, daß wegen irgendeines lokalen Interesses ganz Deutschösterreich in derartige Gefahr gebracht werde“.<sup>238</sup> Dass die österreichische Regierung so prompt auf die Démarchen der Siegermächte reagierte, lag sicherlich daran, dass man in der breiten Öffentlichkeit ohnehin nicht große Sympathie für das Räteregime hegte, vor allem aber auch daran, dass man zur selben Zeit in Kärnten einen schweren Abwehrkampf gegen südslawische Truppen führen musste und in Paris die Friedensverhandlungen für Österreich in eine entscheidende Phase getreten waren. Sich unter solchen Umständen die möglichen Sympathien in Paris, Rom oder London zu verschmerzen, konnte man sich unter keinen Umständen leisten.

Da Österreich - und so auch die regierende Sozialdemokratische Partei - in diesen Monaten in seiner Haltung zur Räterepublik gespalten war, betrieb man eine „doppelbödige Politik“ Während linksgerichtete Kreise durchaus mit stillschweigender Duldung von Regierungsmitgliedern, wie insbesondere dem Staatssekretär für Heerwesen, Julius Deutsch, die Räteregierung unterstützten, stellte man gleichzeitig - schon am 28. April 1919 - an der niederösterreichischen und steiermärkischen Grenze einen „Grenzschutz Ost“ auf, der aus ehemaligen Offizieren und Gendarmen bestand und dem Staatsamt für Inneres unterstellt wurde, um ein Übergreifen des Kommunismus auf Wien und Graz, wo es bereits mehrfach zu linksradikalen Unruhen und gefährlichen Zusammenstößen mit Polizei und Militär gekommen war, von Ungarn her zu verhindern.<sup>239</sup> Die Aktivität „bolschewistischer Agitatoren“ in Ostösterreich dauerte aber trotz der inneren und äußeren Schwierigkeiten des Räteregimes unvermindert an, und Konfidenten berichteten, dass Kellner im Raum Ödenburg begonnen hätte, eine besondere Einheit der Roten Garde aufzustellen, die im Falle eines kommunistischen Putschversuches in Wien, den dortigen Genossen „brüderlich zur Seite ste-

# 1919 MÁJ. 1.

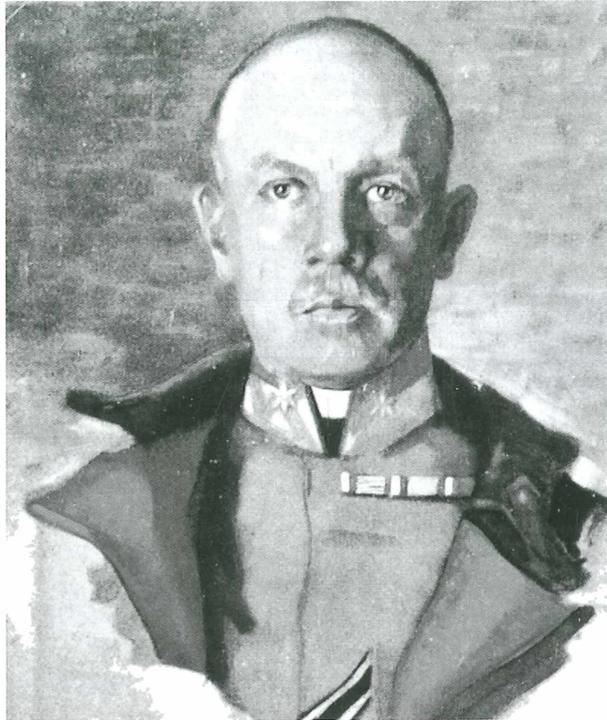


**Bild 54:** Westungarisches Plakat zum 1. Mai 1919. (gedruckt in Steinamanger)

hen sollte“ So verstärkte man nach einigen Wochen den Grenzschutz besonders im Raum Wiener Neustadt und Bruck a. d. Leitha durch verlässliche Bataillone der Volkswehr.

Am 9. Mai erörterte Staatskanzler Dr. Karl Renner mit dem Oberbefehlshaber der Volkswehr, Feldmarschallleutnant Adolf von Boog, *„die zu einer wirksamen Hilfeleistung für die deutsche Bevölkerung in Westungarn erforderlichen Maßnahmen“* Den unmittelbaren Anlass für dieses Gespräch hatte eine westungarische Abordnung gegeben, die zwei Tage zuvor beim Präsidenten der Nationalversammlung, Dr. Karl Seitz, und bei Renner vorgesprochen hatte und über eine Zuspitzung der Lage in ihrer Heimat, sowie über Ausschreitungen und arge Bedrückung durch das Räteregime berichtete und letztlich Hilfe von Österreich erbat.<sup>240</sup> Zudem hatten, zwar „inoffiziell“ und darauf wird noch zurückzukommen sein<sup>241</sup> mehrere Vertreter der Alliierten Siegermächte schon seit Tagen Österreich ermutigt, in Westungarn militärisch einzumarschieren. Schließlich erging am 14. Mai im Auftrag des Staatskanzlers und des Staatssekretärs für Äußeres, Dr. Otto Bauer, die Weisung „Orientierung über Maßnahmen zur Besetzung des deutschen Gebietes in Westungarn“ mit folgendem Wortlaut an das Staatsamt für Heerwesen: *„Angesichts der Ereignisse in Ungarn, die einen Sturz der Räte-Regierung möglich machen und es nicht ausgeschlossen erscheinen lassen, daß Räte-Truppen auf deutschösterreichisches Gebiet verschlagen werden, da weiters immer mehr Hilferufe aus dem westungarischen Gebiete kommen, ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß Deutschösterreich ein Mandat erhält, in den deutschen Gebieten von Westungarn die Anarchie zu verhüten, oder daß sich Deutschösterreich gezwungen sieht, dort einzugreifen, um einer Bedrückung und Ausplünderung der deutschen Bevölkerung vorzubeugen.*

*Daher hat das Staatsamt für Heerwesen alle Maßnahmen, die zur Besetzung des deutschen Gebietes von Westungarn erforderlich wären, unauffällig vorzubereiten. Es muß selbstverständlich ausgeschlossen bleiben, daß Deutschösterreich sich in die innere Entwicklung Ungarns einmenge oder gar in einen Krieg mit der Räte-Regierung verwickelt werde. Das Staatsamt für Heerwesen muß sich immer den Zweck vor Augen halten, bei einem allfälligen Zusammenbruch der Räte-Regierung ein Überschlagen der Anarchie auf unseren Boden zu verhindern und der deutschen Bevölkerung von Westungarn ihr Selbstbestimmungsrecht zu sichern.“*<sup>242</sup> Da Boog angesichts der politischen Stimmung vieler Volkswehr-angehörigen die meisten Volkswereinheiten, die ihm in Ostösterreich zur Verfügung standen, nicht für einen solchen Einsatz als geeignet erachtete, plante er die Aufstellung von sieben „politisch zuverlässigen“ Freikorps. In einem mit „Geheim!“ bezeichneten Schreiben an die zukünftigen Führer der Freikorps, das der Oberbefehlshaber mit seinem Stabschef, Oberstleutnant Karl Gerold entwarf,



**Bild 55:** Feldmarschall-  
leutnant Adolf von Boog  
(1866 – 1929)  
siehe Seite 126

hieß es: „...Seien Sie peinlich genau bei der Anwerbung Ihres Freikorps; was ihm an Zahl mangelt, muß die Tüchtigkeit des Einzelnen wettmachen. Die von Ihnen zu bewaffnenden deutsch-ungarischen Bauern werden Ihnen eine werktätige Hilfe sein. Nehmen sie keine Juden, keine Soldatenräte. Jene sind ein zersetzendes Element, diese unnötig, wenn die Führer am Platze sind. Stellen Sie auch Offiziere und Berufsunteroffiziere als Gewehrträger und Maschinisten ein. Wer sich nicht fügt, den schieben Sie sofort mit der Gendarmerie über die Grenze zurück, dulden Sie keine unlauteeren Elemente in Ihrer Umgebung. Nur begeisterte deutsche Männer sollen um Sie sein!

Die politische Gesinnung der Angehörigen Ihres Freikorps ist Nebensache. Doch ist die Aufnahme von Kommunisten und Monarchisten nicht statthaft, denn wir wollen keine Partei-, sondern eine Regierungstruppe sein. Im Dienst ist also alles Politisieren fehl am Platze, außer Dienst kann jeder denken, was ihm beliebt. Dulden Sie daher keine Parteiabzeichen, denn Rot-Weiß-Rot ist einzig und allein unsere republikanische Losung.“<sup>243</sup> Es kam aber nicht soweit, denn Staatssekretär Deutsch, der sicherlich auch durch die oben angeführte antisemitische Bemerkung persönlich gekränkt war, verweigerte aus begrifflicher Angst vor

selbständigen und damit unkontrollierbaren Freikorps dem Unternehmen seine Zustimmung, worauf Generalleutnant Boog am 27. Mai seinen Abschied vom Militärdienst nahm. Julius Deutsch schrieb später in seinen Erinnerungen „Aus Österreichs Revolution“<sup>244</sup>: „Wir durften nach meiner Ansicht um Westungarns willen nicht in ein kriegerisches Abenteuer verwickelt werden. Der Oberbefehlshaber, Feldmarschalleutnant Boog, nahm einen anderen Standpunkt ein, weil er die Anschlussbewegung der Westungarn für tatkräftiger und kampfbereiter erachtete als ich. Der Gegensatz unserer Anschauungen trat in den Auseinandersetzungen über die westungarische Frage oft zutage, ohne daß er aber solche Formen angenommen hätte, daß das Zusammenarbeiten wesentlich gestört worden wäre. Der von mir geachtete General war von vornehmer, entgegenkommender Art und pflegte keineswegs unter allen Umständen seine Meinung durchsetzen zu wollen.

Schwieriger wurde es erst, als in Ungarn die Räterepublik proklamiert wurde. Sowjetungarn geriet sofort in einen Krieg mit der Tschechoslowakei und die gesamten ungarischen Streitkräfte schienen durch ihn gebunden zu sein. Die nationalistisch gesinnten Kreise Deutschösterreichs drängten nun, die Gelegenheit zu nützen und sich mittels eines raschen Überfalls Westungarns zu bemächtigen. Auch diesmal wehrte ich ab. Fürs erste gebot mir mein proletarisches Gewissen der ungarischen Arbeiterschaft, wenn sie sich auch im Augenblick auf einem von mir nicht gebilligten Weg befand, die ihrer harrenden Schwierigkeiten nicht noch zu vermehren. Ferner schätzte ich die Kampfkraft der ungarischen Roten Armee nicht so gering ein wie die nationalistischen Angriffsfreunde. Die Erfahrung, die die Tschechen gegen die ungarische Rote Armee machen mußten, gaben mir ja bald recht. Hätten wir uns aber zu einem Angriff zur Eroberung Westungarns verleiten lassen und eine Niederlage wie die Tschechen erlitten, dann wären die innenpolitischen Rückwirkungen unermesslich gewesen. Schließlich war auch zu bedenken, daß uns die Friedensbedingungen der Entente noch nicht bekannt waren, wir also nicht wissen konnten, ob ein österreichischer Vorstoß die westungarische Frage tatsächlich zu unseren Gunsten zu entscheiden vermochte. Freilich bemühten sich die in Wien weilenden Ententemissionen, unsere Bedenken in diesem Punkt zu zerstreuen. Schon Mitte April hatte der Chef der englischen Militärmission, Oberst Cuninghame, meinem Verbindungsoffizier, Oberstleutnant Seiller, gesagt, daß er glaube, Österreich könne Westungarn, Südtirol und Teile des Sudetenlandes zugesprochen erhalten, wenn es auf den Anschluß an Deutschland verzichte....Auf solche inoffizielle Bemerkungen, die noch dazu in diesem Falle gar nicht an die Regierung selbst, sondern nur an einige ihrer sozialdemokratischen Mitglieder als die hauptsächlichsten Träger des Anschlußgedankens gerichtet waren, konnten wir aber unsere auswärtige Politik in einer so heiklen Situation nicht aufbauen. Das galt auch von einer späteren Mitteilung, die Cuninghame an den Oberstleutnant



**Bild 56:**

Gendarmerieoberinspektor  
Georg Ornauer, Kommandant  
des „Gendarmerie-  
grenzschutzes Ost“

*Seiller gelangen ließ. Am 16. Mai berichtete mir der Verbindungsoffizier, daß ihm dieser unter der Hand und vertraulich habe wissen lassen, daß die Entente einen eventuellen Einmarsch Österreichs in Westungarn dulden würde. Die Vermutung war naheliegend, daß weit weniger die Sorge um eine Vermehrung des österreichischen Landbesitzes als der Wunsch, den von der Roten Armee bedrängten Tschechoslowaken zu helfen, die fremden Offiziere zu ihren vertraulichen Mitteilungen veranlaßte. Deutschösterreich sollte durch sie bewogen werden, Räteungarns Verlegenheit zu vermehren und zu diesem Zweck an die Seite der CSR treten.*

*Als Söldner der kapitalistischen Entente gegen das sozialistische Ungarn durften wir uns natürlich erst recht nicht mißbrauchen lassen! Wozu aber noch kam, daß wir nicht einmal eine offizielle Verständigung erhalten hatten, sondern eben nur die genannten vertraulichen Mitteilungen, die die Entente, wenn es ihr später paßte, ebensogut wieder verleugnen konnte. Der Oberbefehlshaber Boog sah die westungarische Frage, was von seinem Standpunkt aus nur natürlich war, nur mit den Augen des Soldaten. Als er sah, daß wir es nicht zum Einmarsch kommen lassen wollten, gab er seine Demission.*

*Nach meiner Ansicht war an eine Besetzung Westungarns erst im Augenblick des zu erwartenden Sturzes der Räteregierung zu denken und auch dann nur, wenn die Entente Österreich ausdrücklich mit einem Mandat betraute. Bis dahin hieß es zuwarten. Dann fielen auch die proletarisch-sozialistischen Bedenken, die bis dahin unsere Entschlüsse beeinflusst hatten. Es schien mir eine Lebensfrage der Republik zu sein, daß sie sich nicht als Handlanger der Entente oder vielleicht gar nur als ein Werkzeug einer seiner Offizierskoterien gebrauchen ließ."*

Der Grenzschutz gegen Ungarn blieb weiterhin in erster Linie Aufgabe der Gendarmerie. Schon im Februar 1919 war Gendarmerieoberinsprktor Georg Ornauer beauftragt worden, die Posten an der Grenze zu verstärken. Er meister-te diese Aufgabe unter Hinzuziehung von „deutschen“ Gendarmen, die aus den Nachfolgestaaten vertrieben worden und nun „heimatlos“ waren. Sie wurden den bestehenden Posten im Grenzgebiet als Verstärkung zugeteilt, wobei auch neue Stützpunkte in einzelnen Dörfern errichtet wurden. Da aber die Bedrohung durch die innere Entwicklung Ungarns im Sommer 1919 für das österreichische Grenzgebiet weiter stieg, wurde am 9. Juli 1919 in Wiener Neustadt ein eigenes Kommando, die „Gendarmeriegrenzschutzleitung Ost“, aufgestellt. Ihr Wirkungsbereich wurde im zweiten Halbjahr 1919 auch auf das steirische Grenzgebiet erstreckt, da sich der bis dahin bestehende steiermärkische Offiziersgrenzschutz von selbst auflöste. Der Mannschaftsstand von 400 Beamten erhöhte sich im Laufe der Monate auf fast 1.000 Mann.

Die Hauptaufgabe der Gendarmen bestand in der Eindämmung des Schmuggels, der durch die großen Preisunterschiede in den beiden Nachbarstaaten riesige Ausmaße angenommen hatte. Dies war durch den vielfach unübersichtlichen Verlauf der Grenze äußerst schwer, wobei noch hinzukam, dass der Schmuggel und Schwarzhandel hauptsächlich durch die einheimische Bevölkerung betrieben wurde, die durch ihre Ortskenntnisse den „ortsfremden“ Beamten an Tricks und Kenntnissen von Schleichwegen turmhoch überlegen war. Somancher Gendarm, der sich um ein gutes Arbeitsklima in seinem neuen Wohnort bemühte, stand vor dem Gewissenskonflikt hier immer hart durchzugreifen. Dennoch betrug die Zahl jener, die in den folgenden zwei Jahren verhaftet wurden, fast 12.000 Personen. Die beschlagnahmten Waren gingen in die Millionenwerte. Dass es bei der Bekämpfung des Schmugglerunwesens mit oft gut bewaffneten Schmuggelbanden immer wieder zu Feuergefechten auch mit einigen Toten kam, erschwerte natürlich den Dienst an der Grenze ungemein.<sup>245</sup>

Inzwischen erlebte die Kriegslage in Ostungarn eine Wende: Die reorganisierte und durch Mobilmachungen verstärkte Rote Armee drängte in einer überraschenden Gegenoffensive die Tschechen aus der Mittel- und Ostslowakei, eroberte Altsohl (Zólyom/ Zvolen) und Kaschau (Kassa/Košice) und besetzte in

der ersten Junihälfte 1919 das Zipser Land bis zu den Karpathen. Mit dem Sieg der Roten gewann die kommunistische Bedrohung Österreichs zumindest fürchtete man dies in Wien - neue Aktualität, wie gleichzeitig jede militärische Aktion in Westungarn von Österreich aus noch riskanter wurde. So war es erklärbar, dass man auch nicht helfend eingriff, als in der ersten Juniwoche an vielen Stellen Deutsch-Westungarns spontan Aufstände gegen die Räterediktatur ausbrachen.

### c) Der Widerstand gegen die Räterediktatur

In Westungarn hatte sich die wirtschaftliche Lage von Woche zu Woche verschlechtert, obwohl es von den unmittelbaren Auswirkungen des Krieges verschont blieb. Doch wurden auch hier immer mehr junge Männer zur Roten Armee eingezogen und an die Front geschickt. Hunderte, die ohnehin nicht mehr so recht wussten, ob sie diesem Staat und seinem Regime noch loyal sein sollten, zogen es jedoch vor, „bei Nacht und Nebel“ über die Grenze nach Österreich zu fliehen, um sich so dem verhassten Militärdienst zu entziehen. Als Deserteure konnten sie zumindest für die nächste Zeit an eine Rückkehr in ihre Heimatdörfer nicht denken. In zahlreichen Orten Österreichs bildeten sich zum ersten Mal weitere sollten noch in den nächsten Jahren folgen - ganze Kolonien von burgenländischen Flüchtlingen.

Zu Hause stiegen infolge der dichten Grenzsperrungen die Preise für Waren, die aus dem Ausland kamen, ins Astronomische. Viele zum Teil lebenswichtige Produkte, wie z. B. Salz, waren auf regulärem Weg kaum oder nur sporadisch erhältlich. Schmuggel und Schwarzmarkt blühten.

Da der Staat - wie bereits erwähnt - seine erhöhten Kosten durch die Notenpresse finanzierte, entwickelte sich eine uferlose Inflation. Das „weiße Geld“<sup>A)</sup>

---

A) Als "weißes Geld" wurden im Volksmund die nur einseitig bedruckten Banknoten bezeichnet, die die Räterepublik herausgab. Nach dem Zerfall der Österreichisch-ungarischen Monarchie blieben zunächst die Banknoten der Oesterreichisch-ungarischen Bank ohne zusätzliche Kennzeichnung in den Nachfolgestaaten im Umlauf. Im Jänner/Februar 1919 begannen einzelne Staaten durch "Abstempelungen" der alten Banknoten nationale Währungen zu schaffen. So wurden ab 12. März 1919 die in Österreich in Umlauf befindlichen Scheine mit dem Stempel bzw. Aufdruck "Deutschösterreich" versehen. Da die Oesterreichisch-ungarische Bank den Ungarn erst nach langwierigen Verhandlungen nur jeweils die ungarischsprachige Seite der Druckplatten zur Verfügung stellte und man bei der Banknotenproduktion unter enormen Zeitdruck stand, sah man sich in Budapest gezwungen nur einseitig bedruckte Geldscheine herauszugeben.

der Räterepublik wurde bald von vielen als Zahlungsmittel nicht mehr akzeptiert. Viele Landwirte reagierten auf die Entwicklung, indem sie ihre Lebensmittel zurückhielten, oder nur gegen Tausch von „Realwerten“ abgaben. Die Regierung musste zu gewaltsamen Requirierungen greifen, um die Versorgung der Städte und des Militärs auch nur halbwegs gewährleisten zu können. Als dann nicht nur Getreide und Schlachtvieh beschlagnahmt, sondern den Bauern auch noch die Pferde für die Rote Armee weggenommen wurden, war die Erbitterung über die Regierung ungeheuer. Viele waren zum offenen Widerstand bereit. Ermuntert wurden solche Gedanken durch mehrere österreichische Zeitungsartikel, insbesondere durch eine Meldung der „Reichspost“ vom 15. Mai 1919, die besagte, dass der Chef der britischen Militärkommission in Wien, Oberst Cuninghame, schon am 16. April österreichischen Offizieren berichtet habe, dass die Siegermächte in Paris – sozusagen als Tausch für einen österreichischen Verzicht auf den Anschluss an Deutschland – bereit wären, neben anderen umstrittenen Gebieten auch Deutsch-Westungarn an Österreich zu geben.<sup>246</sup> Zusätzlich tauchten Gerüchte auf, dass die Entente beabsichtige, auch von Österreich aus gegen die Räterepublik militärisch vorzugehen, oder zumindest einer solchen Aktion wohlwollend gegenüberstehe. Solche Meldungen und Gerüchte wirkten natürlich beflügelnd auf all jene, die lieber heute als morgen den „kommunistischen Spuk“ in Ungarn verjagen wollten.

Schon Anfang Mai gab es da und dort „gegenrevolutionären“ Widerstand, wie z.B. in Pötsching und in St. Margarethen. Beide Orte konnten allerdings in kurzer Zeit von der Ödenburger Roten Garde bzw. Grenzschutzeinheiten unter Kontrolle gebracht werden, die „Rebellen“ flohen nach Österreich.<sup>247</sup> Gefährlicher war ein Aufstand, der im Süden des Landes Ende Mai in der Region zwischen St. Gotthard und der Mur ausbrach, zumal dieses Gebiet auch von Slowenien beansprucht wurde und teilweise bereits zu Jahresbeginn 1919 - allerdings nur vorübergehend - von südslawischen Freischaren besetzt gewesen war.<sup>248</sup> Initiiert wurde die Aktion vom lokalen Klerus, einigen Beamten und Gendarmen, finanziert von mehreren Großgrundbesitzern und ungarischen Emigranten in der Steiermark und nicht zuletzt ermutigt von einigen offiziellen französischen Vertretern in Jugoslawien. An der Spitze der Bewegung, die etwas über 1.000 bewaffnete Männer stellen konnte, stand der junge Gymnasiallehrer und Journalist, Vilmos Tkalecz. Dieser war Ende März von der Räterepublik zum Stellvertreter des Volkskommissars für das slowenische Gebiet ernannt worden mit der Absicht einen „autonomen slowenischen Gau“ zu schaffen. Enttäuscht von der Entwicklung der Räterepublik wandte er sich der „nationalen Opposition“ zu, die bald Leute der verschiedensten ideologischen Herkunft unter einem alles überragenden

„Slowenentum“ vereinigte. Diese an sich heterogene Gruppierung gewann die Unterstützung von einigen Leuten aus dem Kreis der gegenrevolutionären Offiziere um den Grafen György Szmercsányi<sup>A)</sup> und Oberst Anton Lehár<sup>B)</sup> in Graz, die über das gut gerüstete südsteirische „Bauernkommando Straden“ Waffen für die Putschisten besorgten. Das Unternehmen, dem sich auch der Kommandant des in Murska Sobota stehenden „roten“ Grenz-Bataillons, Eugen Pernetzky, mit seiner Truppe anschloss<sup>249</sup>, startete am 29. Mai und hatte zunächst überraschenden Erfolg, der schon zwei Tage später am 31. Mai 1919 - in der Ausrufung einer selbständigen „Murska Republika“ ihren Höhepunkt fand. Diese erhob Anspruch auf alle slowenischen Gemeinden in den Komitaten Eisenburg und Zala, erklärte sich zur selbständigen sozialistischen Republik und forderte die Anerkennung ihrer Unabhängigkeit durch Ungarn, mit dem man auch weiterhin in „brüderlicher Zusammenarbeit“ bleiben wollte. Gerüchte besagten, dass sogar österreichische Volkswereinheiten die „Gegenrevolutionäre“ unterstützten. Jedenfalls ließ Béla Kun eine scharfe Protestnote im österreichischen Außenamt überreichen, in der er anfragte, *„ob die deutschösterreichische Regierung Kenntnis von dieser Sache habe und welche Stellung sie dazu einzunehmen gedenkt. Wir“* - so ließ er mitteilen - *„machen aber schon im vorherein darauf aufmerksam, daß wir das eingedrungene Militär nicht als reguläre Soldaten betrachten, sondern als gewöhnliche Banditen...und mit ihnen auch in diesem Sinne verfahren werden.“*<sup>250</sup> Aber schon wenige Tage später wurde diese Schattenrepublik, deren Hoffnung auf Hilfe von südslawischer Seite sich nicht erfüllte, von Einheiten der Roten Armee beseitigt und „Präsident“ Tkalecz floh mit den Resten „seiner Armee“ in die Steiermark. Hier legten sie ihre Waffen nieder und reisten nach Slowenien weiter.

---

A) György Szmercsányi (geb. 1876 in Felsőkubin, gest. 1932 in Budapest) 1917/18 Obergespan des Komitates Pressburg, 1919 Mitglied der Anti-Bolschewistischen Comitees (ABC) in Wien. 1920/21 Vizepräsident der Ungarischen Nationalversammlung. Legitimist.

B) Baron Anton Lehár (geb. 1867 in Ödenburg, gest. 1962 in Wien) Älterer Bruder des Operettenkomponisten Franz Lehár. Berufsoffizier und Kommandant des Inf.Reg. Nr. 106 im Ersten Weltkrieg. 1918 mit dem Militär-Maria Theresia-Orden ausgezeichnet und Erhebung zum Baron. 1919 Mitglied der ungarischen gegenrevolutionären Bewegung in Österreich. Erobert und besetzt im August 1919 mit seinem "Lehár-Detachement" Westungarn, dann Oberkommandierender aller Truppen in Westungarn. Legitimist und glühender Anhänger König Karls, dessen beide Restaurationsversuche er 1921 tatkräftigst unterstützt. Nach Mislingen derselben Flucht nach Deutschland. Von den Nazis dort ausgewiesen kam er 1933 nach Österreich zurück. Kurzbiographie siehe in: Schlag, Gerald: Burgenland. A.a.O. S. 179

Auch im Bezirk Oberwart gäbe es. Hier hatte sich nach den Wahlen ein gemäßigtes Direktorium gebildet, das die radikalen Verordnungen aus Budapest und Steinamanger weitgehend missachtete und unausgeführt ließ. So schicke man aus der Komitatshauptstadt Ferenc Szöcs als Sonderbeauftragten nach Oberwart, damit er mit starker Hand endlich „Ordnung mache“ Nun regnete es Anordnungen, und um diesen entsprechenden Nachdruck zu verleihen, wurde nicht nur ständig mit drakonischen Strafen gedroht und die Rote Garde eingesetzt, es wurden auch aus 16 „bürgerlichen“ Familien Geiseln ausgehoben, die im Falle eines „gegenrevolutionären Widerstandes“ erschossen werden sollten. Das brutale Vorgehen von Szöcs stieß bald auf Widerspruch im Direktorium, der am 18. Mai schließlich zu offenen Auseinandersetzungen führte. Als Szöcs dabei die Gemeindeverwaltung mit Waffengewalt auflösen wollte, ließ ihn der Kommandant der Roten Garde, Johann Posch, durch „seine“ Soldaten verhaften, und der ebenfalls in den Coup eingeweihte Kommandant der Oberwarter Gendarmerie, György Czeiner, ließ Szöcs mit zwei seiner engsten Mitarbeiter unter der Anschuldigung, dass sie „gemeingefährliche Gegenrevolutionäre“ seien, vor das Revolutionsgericht in Budapest bringen. Bis sich dort der Irrtum aufklärte, dauerte es Wochen, in denen sich das politische Bild in Westungarn wesentlich verändert hatte und Posch und Czeiner nur mehr eine scharfe Rüge einbrachte.<sup>251</sup>

Inzwischen begann sich aber der Widerstand gegen das Räteregime im Bezirk Oberwart auch auf anderer Ebene zu formieren. Verschiedene Gruppen, meist ehemalige Offiziere, hatten Kontakt zu den „weißen Detachements“ gefunden, die sich jenseits der Grenze, in der Steiermark, zu versammeln begannen. Unter der Führung des späteren Ministerpräsidenten Graf István Bethlen<sup>A)</sup> sowie des Grafen György Szmrecsányi und des Markgrafen György Pallavicini<sup>B)</sup> hatten sich in Österreich verschiedene Gruppen antikommunistischer Emigranten aus Ungarn vereinigt, um gemeinsam gegen die Räterediktatur zu kämpfen. In mehreren steirischen Orten, vor allem in Feldbach, wurden in Zusammenarbeit mit den steirischen Heimwehren und unter wohlwollender Duldung von Landes-

---

A) Graf István Bethlen (geb. 1874 in Gernyeszég, gest. 1946 in einem sowjetischen KZ bei Moskau) Siebenbürgischer Großgrundbesitzer. 1921–1931 ungarischer Ministerpräsident.

B) Markgraf György Pallavicini (geb. 1881 in Budapest, gest. 1946 in Budapest) Großgrundbesitzer und Mitglied des Magnatenhauses. 1919 einer der Führer der ungarischen Gegenrevolutionäre in Wien, dann Mitglied der Zentralkommission in Siófok. Legitimist. 1919/20 Regierungskommissär im Dunántul und führendes Mitglied der Christlich-nationalen Partei bzw. der Vereinigten Christlich-nationalen Partei der Kleinen Landwirte und Landarbeiter.

hauptmann Dr. Anton Rintelen<sup>A)</sup> bewaffnete Verbände aufgestellt, die bald Bataillonsstärke erreichten. In einer geheimen Sitzung dieser Emigranten in Pingau Anfang Mai, an der auch mehrere Oberwarter teilnahmen, wurden detaillierte Pläne für einen Sturz des kommunistischen Regimes im Komitat Eisenburg ausgearbeitet. Es sollten von der steirischen Heimwehr etwa 70.000 Gewehre - auf mehrere Grenzorte verteilt - für das Unternehmen bereitgestellt werden, was sich später als unmachbar erwies. Als Termin für die Aktion wurde die zweite Julihälfte 1919 ins Auge gefasst, da man hoffte, bis dahin eine mehrere tausend Mann starke Truppe aus ungarischen gegenrevolutionären Soldaten aufstellen zu können .<sup>252</sup>

Doch dann traten Ereignisse ein, die die „Verschwörer“ in Westungarn bewegten, schon früher und allein loszuschlagen: In den ersten Junitagen 1919 brach in weiten Teilen Westungarns ein Streik der Eisenbahner aus. Selbst die „roten“ Eisenbahner, die noch vor Monaten als eine der verlässlichsten Stützen der Revolution galten, waren durch den galoppierenden Wertverlust ihrer Gehälter erbittert und nicht mehr bereit, die zunehmende Arbeitsbelastungen widerspruchslos hinzunehmen, die durch die laufenden Einberufungen von Arbeitskollegen zum Militär auf jeden Einzelnen zukamen. Ihr Streik legte die wichtigste Verkehrsverbindung lahm, und plötzlich entstand das Gerücht, dass in weiten Teilen des Landes zum Angriff gegen die Herrschaft Béla Kuns geschritten werde. So schlug man am 5. Juni auch in Oberwart los, nachdem aus Güns in den frühen Morgenstunden eine Telefonnachricht eingegangen war, die von einem unmittelbar bevorstehenden Sturz der Regierung sprach. Eine Gruppe von „Gegenrevolutionären“ verhaftete den neuen Politischen Bezirksbeauftragten, Karl Kovács, und der Vorsitzende des Direktoriums, Hauptmann a. D. Dr. Karl Fuith, der ebenfalls in die Pläne eingeweiht war, verkündete unter dem Beifall einer eilig einberufenen Volksversammlung, dass man sich mit den Bestrebungen der Eisenbahner solidarisch erkläre und das „blutige Regime Béla Kuns“ überall beseitigt werden sollte. Bezirkskommandant Czeiner instruierte alle Gendarmerieposten seines Wirkungsbereiches, dass ab sofort nur mehr Befehle aus Oberwart zu empfangen seien und jede Aktion der „Roten“ sofort an ihn zu melden sei.

---

A) Prof. Dr. Anton Rintelen (geb. 1876 in Graz, gest. 1946 in Graz) Universitätsprofessor für Zivilrecht in Graz. 1918 von der Christlichsozialen Partei zum stellv. Landeshauptmann der Steiermark gewählt. 1919 - 1933 Landeshauptmann, unterbrochen durch kurze Amtszeiten als Unterrichtsminister. 1933 kurzzeitig Unterrichtsminister, dann Gesandter in Rom. Beim Nazi-Putsch am 25. Juli 1934 sollte er zum Bundeskanzler ernannt werden. Nach Scheitern desselben wegen Hochverrats zu lebenslanger Haft verurteilt, nach dem Anschluss 1938 aus dem Gefängnis entlassen, spielte er keine politische Rolle mehr.

Vom „Hartberger Komitee“ wurden inzwischen aus dem Lager von Sinnersdorf 200 neue Mannlicher-Gewehre, zwei schwere MGs und zwei Wagen Munition und Handgranaten nach Pinkafeld gebracht und davon 60 Gewehre sowie Munition nach Oberwart weitertransportiert, wo auch sofort eine entsprechende Anzahl von Männern bewaffnet wurde. Meldungen trafen ein, dass sich neben Pinkafeld auch die Orte Ober- und Unterschützen, Bad Tatzmannsdorf, Stadtschlaining, Altschlaining, Allhau, Buchsachen und Großpetersdorf der Bewegung angeschlossen hätten. Man erfuhr auch, dass in Güns die „Kommunisten-Herrschaft“ ebenfalls gestürzt worden sei, und dass zahlreiche Orte des dortigen Bezirkes, wie Lockenhaus und Rechnitz, bereits in Händen von Gegenrevolutionären seien. So war man voll Siegeszuversicht. Nach Eintreffen der versprochenen Unterstützung durch die Offizierskompanien aus Hartberg und Feldbach sowie weiterer Waffen wollte man per Bahn gegen Rechnitz und Schachendorf vorstoßen und nach Bewaffnung der kleineren Orte im östlichen Teil des Bezirkes die Komitatshauptstadt Steinamanger angreifen. Wie man wusste, standen hier nur schwache Kräfte der Roten Armee, sodass bald das ganze Komitat erobert wäre. Doch die Hilfe kam nicht.

Tatsächlich war man in Steinamanger nur langsam in der Lage, zum Gegenangriff zu schreiten und musste erst Verstärkung aus Stuhlweißenburg heranziehen. Dann aber holte die Staatsgewalt mit 24 Stunden Zeitverlust zum Gegenschlag aus: Am 6. Juni meldete man um 7 Uhr früh aus Rechnitz aufgeregt nach Oberwart, dass ein „roter Panzerzug“ im Anmarsch sei. Man habe die Schienen aufgerissen, brauche aber dringend Unterstützung, um sich verteidigen zu können. Vergeblich forderte das Oberwarter Kommando die versprochene Hilfe der „Feldbacher Offizierskompanie“ oder wenigstens die angeblich in Hartberg gelagerten 7.000 Gewehre. In der Steiermark wusste man jedoch inzwischen, dass der Aufstand weitgehend fehlgeschlagen war, dass sich die Nachricht vom Sturz Béla Kuns als falsch erwiesen habe und riet auch den Freunden in Oberwart zum Abbruch des Unternehmens. Als am Morgen des 7. Juni, nachdem auch von Pinkafeld, Großpetersdorf und anderen Orten des Bezirkes Ähnliches gemeldet worden war, die Meldung eintraf, dass die Gegenrevolution in Güns und Rechnitz niedergebrochen sei, gab man auch in Oberwart auf. Die Führer, die sich während der Aktion hervorgetan hatten, flohen in die Steiermark, wo sie sich meist ins Feldbacher Offiziersbataillon Oberst Anton Léhars einreiheten. Der verhaftete Kommunistenführer Kovács wurde freigelassen, nachdem er versprochen hatte, keinerlei Vergeltung zu üben.<sup>253</sup>

So ging die „Oberwarter Gegenrevolution“ erstaunlich glimpflich vorbei, denn auch die wieder zur Macht gelangten Kommunisten ließen das befürchtete Strafgericht nicht folgen. Angesichts der sich schon abzeichnenden allgemeinen

Schwäche des Regimes glaubten zumindest ihre örtlichen Vertreter, durch positive Politik mehr zu erreichen als durch den vielerorts geübten Terror.

Im Raum von Güns, einem weiteren Schwerpunkt der Gegenrevolution, ging die Aktion nicht ganz so „harmlos“ vorüber. Hier hatten sich einige örtlichen Führer, enttäuscht von der Entwicklung der ungarischen Revolution, innerlich immer mehr vom Räteregime distanziert. Sie besaßen einen starken Rückhalt in der „Roten Wache“ (Vörös Örség), die ursprünglich an Stelle der alten Polizei treten und später „ein ergänzender Teil“ der Roten Armee werden sollte<sup>254</sup>, aber dann im Bereich des Gaues Deutschwestungarn zu einer Grenzschutzmiliz ausgebaut wurde.<sup>255</sup> Als nun der Eisenbahnerstreik begann, solidarisierte sich sofort ein Teil der Günsler „Roten Wache“ unter Führung ihres Kommandanten Dr. Miklós Nagy-Ebeling mit den Streikenden und besetzte am 5. Juni morgens das Rathaus sowie einige strategische Punkte der Stadt. Unter dem Jubel einer spontan zusammengekommenen Massenversammlung von Bürgern verkündete der seinerzeit von den „Roten“ abgesetzte Bürgermeister Lajos Jambrits, dass die Räteregierung gestürzt sei. Im Laufe des Tages trafen immer mehr Bauern aus der Umgebung - teilweise mit Waffen versehen - ein und wurden in die gegenrevolutionäre Truppe, die sich aus einer Kaserne mit Gewehren und Handgranaten bewaffnete, eingegliedert.

Als die Nachricht von diesen Ereignissen durch den Esterházy'schen Forstmeister Majthenyi nach Lockenhaus überbracht wurde, bewaffneten sich auch dort eine Reihe von Leuten, entwaffnete die Gendarmerie und die Rote Garde, verhaftete die Mitglieder des Direktoriums und pflanzte zum Zeichen des Sieges auf dem Esterházy'schen Schloss, das das Hauptquartier der „Roten“ gewesen war, eine weiße Fahne auf. Auch hier war die Begeisterung des Volkes groß und eine sich spontan bildende Truppe, die mit den erbeuteten Gewehren bewaffnet wurde, stieß auf mehreren Pferdewagen nach Pilgersdorf und Steinbach bis an die österreichische Grenze vor. Die dort stehenden Roten Garden bzw. Grenzschutzeinheiten schlugen sich teilweise auf die Seite der Aufständischen oder ergaben sich ohne Widerstand.

In Güns hatte man inzwischen eine ganze Reihe von prominenten Kommunisten verhaftet, konnte jedoch des Bezirksbeauftragten Dr. Josef Halász (Heimler) nicht habhaft werden. Diesem gelang es noch am Abend des 5. Juni ein Arbeiterbataillon, das erst wenige Tage zuvor in der Stadt aufgestellt worden war, sowie die Soldaten der Günsler Pionierkaserne davon zu überzeugen, dass der Sturz der Räteregierung in Budapest nur ein Gerücht sei. Zugleich schaffte er es auch, diese Soldaten zu einem Gegenschlag zu mobilisieren. Den „Roten“ gelang es, binnen kurzer Zeit das Stadtzentrum zu besetzen. Die gegenrevolutionäre Truppe löste sich nach kurzem Widerstand in alle Richtungen auf, wobei etwa

100 Mann gefangen genommen wurden. Die Führer des Aufstandes - unter ihnen auch Nagy-Ebeling - tauchten unter und flohen noch in der Nacht über die österreichische Grenze. Als dies in Lockenhaus bekannt wurde, geschah hier das Gleiche. Die am nächsten Tag hier auftauchenden „roten Kräfte“ aus Güns konnten widerstandslos den Ort, sowie Langeck und Deutsch-Gerisdorf besetzen. Es kam zu Verhaftungen, die aber mehr Geiselnahmen glichen. Unter dem Vorwand, nach Waffen suchen zu müssen, drang man in Häuser ein, wobei so manche Wertsachen verschwanden.

Am 6. Juni traf schließlich Tibor Szamuely<sup>A)</sup> mit seinem gefürchteten Panzerzug in Güns ein und hielt strenges Strafgericht: einer der Offiziere der Günser Roten Wache, Jenő Waisbecker, und der Vorsitzende des Direktoriums von Velem, György Herics, wurden zu Tode verurteilt und sofort erschossen, weitere sechs Personen zu langjähriger Kerkerhaft verurteilt. Über die Stadt Güns wurde eine Geldbuße von 1 Million Kronen verhängt. Auch aus Lockenhaus wurden Leute vors Sondergericht nach Güns gebracht, jedoch da alle „Schuldigen“ des Aufstandes nach Kirchschatz entkommen waren - nach einigen Tagen voll böser Schikanen nach Hause geschickt. Hier wurde ebenfalls eine harte Geldstrafe über den ganzen Marktort verhängt und Vieh und Lebensmittel in großen Mengen weggebracht.<sup>256</sup>

Blutiger gestalteten sich die Ereignisse, die sich zur selben Zeit im Ödenburger Komitat abspielten.<sup>257</sup> Hier gab es in der Stadt Ödenburg selbst schon seit Monaten eine Gruppe von entschiedenen Antikommunisten unter Führung des ehemaligen Obersten Pál Bozó und dem abgesetzten Stuhlrichter Ferenc Márkus. Diese hatten enge Kontakte zu ungarischen Emigrantenkreisen, die in Wien unter dem Decknamen ABC (= Anti-Bolschewistisches Comité) operierten. Als wegen des Kriegsausbruch im Osten fast alle Einheiten der Roten Armee aus dem Raum Ödenburg an die Front abgezogen werden mußten, war für die Antikommunisten die Zeit gekommen, einen Putschversuch in Westungarn zu wagen. Angehörige des „ABC“ hatten bereits am 2. Mai durch einen Überfall auf die Ungarische Gesandtschaft in Wien 135 Millionen Kronen erbeutet, die dort für kommunistische Propagandazwecke in Österreich bereitgestellt worden

---

A) Tibor Szamuely (geb. 1890 in Nyiregyháza, gest. 1919 durch Selbstmord in Lichtenwörth /NÖ) Sohn eines reichen jüdischen Getreidehändlers. Journalist. 1915 in russische Kriegsgefangenschaft geraten, lernt er 1918 Béla Kun kennen, dessen enger Mitarbeiter er als "Kommissär für militärisch-organisatorische Angelegenheiten" wird. 1919 kurz Volkskommissar für Unterricht, dann als Chef der "Kommission zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Disziplin" hauptverantwortlich und mit allen Vollmachten ausgestattet für die Niederschlagung aller gegenrevolutionären Bewegungen in Ungarn.



**Bild 57:** Werbeplakat für die Rote Armee „Hinein in die Rote Armee!“ 1919.  
(92 cm x 60 cm)

waren. Mit diesem Geld sollte nun eine „Streitmacht“ ausgerüstet werden, die die Gegenrevolution über die Grenze nach Ungarn tragen sollte. Dort - darüber war man sich sicher - würde durch das Erscheinen der Gegenrevolutionäre sofort ein Flächenbrand ausgelöst werden, der die kommunistische Herrschaft binnen weniger Tage hinwegfegen würde. Das Unternehmen, an dessen Spitze sich die Grafen József Palfy-Daun, György Szmrecsányi und Antal Sigray<sup>A)</sup> stellten, wurde viel zu ungeduldig schon am 6. Mai in Szene gesetzt. Man schickte Offiziere nach Ödenburg und Csorna, die die dortigen unzufriedenen Bauern und Bürger für die Aktion mobilisieren sollten, und gewann den Kommandanten der bei Bruck a. d. Leitha stehenden Roten Garde, der angeblich mit 200 bis 300 Mann bereit war, zu den Gegenrevolutionären überzugehen.

Man rechnete schließlich damit, 200 Mann aus den Reihen der Emigranten in Wien aufbringen zu können, die den Stoßtrupp des Unternehmens bilden sollten. Doch als es schließlich so weit war, trafen lediglich 33 Mann im Grenzbahnhof von Bruck ein, die beim Versuch nach Ungarn zu gelangen, sofort in das Kreuzfeuer von ungarischen Grenzwachen und österreichischer Volkswehr gerieten, zumal ihr Vorhaben wahrscheinlich durch Verrat oder eher durch unbedachtes Gerede in Wiener Cafés schon längst den dortigen Stellen bekannt war. Nach kurzer Zeit brach der Versuch, der später spöttisch als die „Schlacht bei Bruck“ bezeichnet wurde, zusammen, und die Putschisten ergaben sich den Österreichern, um nicht in „bolschewistische Gefangenschaft“ zu geraten.<sup>258</sup> Gegen „Rückgabe“ eines Teiles der geraubten „Bankgassen-Millionen“, die der Wiener Polizei in die Hände gespielt wurden, kamen die Putschisten dann bald wieder in Freiheit.<sup>259</sup>

---

A) Graf Antal Sigray (geb. 1879 in Iváncz, gest. 1947 in New York) Studierte in Budapest und in England. Großgrundbesitzer im Eisenburger Komitat und Mitglied im Oberhaus des ungarischen Parlaments. Kriegsdienst 1914-1918. 1919 Emigration nach Österreich und führende Mitarbeit in der gegenrevolutionären Bewegung, Nach Rückkehr nach Westungarn im August 1919 mit den "weißen Detachements" Regierungskommissär für Westungarn. Abgeordneter des Körmender Wahlkreises. 1921 Teilnahme an den Restaurationsversuchen König Karls, wobei ihn seine Immunität als Mitglied des Parlaments vor der Verhaftung bewahrt. Legitimist und Mitbegründer der "Christlich-nationalen Bauern- und Bürgerpartei" 1920 - 1939 einer der prominentesten oppositionellen Abgeordneten im Unterhaus, dann Mitglied im Oberhaus. 1943 tritt er Vehement für den Austritt Ungarns aus dem Zweiten Weltkrieg ein. Sein antideutsches Engagement bringt ihm 1944 Verhaftung und Einlieferung ins KZ Mauthausen. 1945 schwer krank und Auswanderung in die USA, der Heimat seiner Frau.



**Bild 58:**

*Graf Antal Signay  
(1879 – 1947)*

*siehe Seite 218*

Obwohl man so von den „Wiener Ungarn“ letztlich im Stich gelassen wurde, entschlossen sich die westungarischen „Gegenrevolutionäre“, allein loszuschlagen, als in Ödenburg am 4. Juni der erwähnte Streik der Eisenbahner, dem sich auch die Postbediensteten und etliche Beamte anschlossen, losbrach. Den Anfang des Aufstandes machte eine Gruppe von Eisenbahnern in Lövő, denen sich bald bewaffnete Bauern aus Und [Undten], Völcselj, Nemeskér, Sopronkövesd [Gissing], Fertőboz [Holling], Hidegség [Kleinandrä], Kopháza [Kohlhof], Balf [Wolfs], Hegykő und Nagycenk [Großzinkendorf] anschlossen. Geführt von ehemaligen Offizieren unter dem Oberkommando des Husaren-Rittmeisters Martin Türk kam binnen weniger Stunden eine „weiße Armee“ von etwa 3.000 - 4.000 Mann zusammen, wobei jedoch für nur etwa 600 Leute moderne Militärgewehre und einige MGs vorhanden waren. Von Nagycenk aus marschierten sie gegen Ödenburg. Hier hatte Entzbruder sofort nach Bekanntwerden der Ereignisse das Standrecht und den verschärften Belagerungszustand über die Stadt und das Komitat verhängt und starke Patrouillen aus Studenten der früheren Schemnitzer und jetzigen Ödenburger Berg- und Forstakademie (Bányászati és Erdészeti

Főiskola)<sup>A)</sup>, die eine Woche zuvor zur Roten Armee rekrutiert worden waren, ausgesandt, um einen Putschversuch in der Stadt selbst zu verhindern. Eine von Oberstleutnant Faragó eilig zusammengestellte Truppe aus Roter Garde, einem rasch bewaffneten Arbeiterbataillon und freiwilligen Studenten ging bei Harka [Harkau] in Verteidigungsstellung. Hier entwickelte sich ein stundenlanges Feuergefecht, das schließlich, nachdem es den „Roten“ gelungen war, Minenwerfer und Artillerie heranzubringen, in einer Niederlage der Angreifer endete. Diese zogen sich nach einigen Verlusten an Toten teilweise fluchtartig nach Kópháza zurück, wo sie eingekreist wurden, da überraschend von Osten her Szamuely's berücktigter Panzerzug mit einer schwer bewaffneten Einsatztruppe von angeblich zwei Arbeiterbataillonen aus dem Csepel-Industrieviertel herankam und mit überlegener Macht in den Kampf eingriff. Die „Weißen“ mussten sich, soweit sie sich nicht rasch in die Wälder retten konnten, ergeben, als im Dorf bereits einige Häuser durch Artilleriebeschuss in Brand geraten waren und man die Aussichtslosigkeit jedes weiteren Widerstandes einsehen musste. Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“, die üblicherweise über die Vorgänge in der Räterepublik gut informiert war, berichtete sogar, dass „*Kohlhof in Flammen stehe, im Sturm genommen und ein entsetzliches Blutbad angerichtet*“ wurde.<sup>260</sup> Auch hier wurden zwei der aufständischen Führer nach kurzem Prozess hingerichtet. Zahlreiche Bauern wurden zu schweren Kerkerstrafen verurteilt und schwere Kontributionen den „aufständischen Dörfern“ auferlegt. Dies geschah allerdings erst Tage später, da Szamuely mit seinen Truppen zunächst eilig nach Kapuvár und Csorna zurückfahren musste, um Aufstände niederzuwerfen, die dort am 6. und 7. Juni aufgeflammt waren.

Widerstandsgruppen in den Dörfern des Mattersdorfer und Eisenstädter Bezirkes blieben, da sie erst zu spät von den Ereignissen erfuhren, inaktiv, oder zogen sich wie z.B. in Mörbisch wieder zurück, bevor sie in Gefechte gerieten.<sup>261</sup> Um mögliche weitere Aufstandsversuche gleich von Anfang an im Keime zu ersticken, wurden am 8. Juni ein mit einer Minenwerfer-Abteilung verstärktes Bataillon Roter Garde und ein Bataillon der Eisenbahnerwehr aus Budapest nach Ödenburg transferiert und in die dortige Karl Marx-Kaserne (die frühere 48-er Kaserne) gelegt. Erst nach der gewaltsamen Beendigung der oben erwähnten „Rebellion“ im Eisenburger Komitat kehrte Szamuely am 7. Juli wieder nach Ödenburg zurück, wo inzwischen wieder alles in sicherer Hand der Kommunisten war, nachdem viele „potentielle Gegner des Regimes“, die es nicht

---

A) In der oberungarischen Bergwerkstadt Schemnitz (Selmecebánya/Banská Stiavnica) wurde 1763 von Maria Theresia eine Bergbauakademie gegründet, die 1808 mit einer Forstakademie erweitert wurde. Als die Tschechen 1919 die Mittelslowakei besetzten, wurde die Hochschule im März 1919 von den Ungarn nach Ödenburg evakuiert.



**Bild 59:**

*Tibor Samuely*

*(1890 – 1919)*

*siehe Seite 216*

auf eine „vorbeugende Verhaftung“ ankommen lassen wollten, bereits die Stadt in Richtung Österreich verlassen hatten. Optisch hatte damit die Räteregierung wieder einen Sieg errungen, doch wusste man spätestens jetzt, wie dünn das Eis war, das das Regime noch trug.

Spätestens zu diesem Zeitpunkt also im Sommer 1919 dürfte eine große Mehrheit der westungarischen Bevölkerung bereits im Lager jener gestanden sein, die einen Anschluss an Österreich herbeisehnten. Ein vertrauliches Exposé von Rudolf Brandsch an den Deutschen Generalkonsul in Budapest von 12. Juni 1919 berichtete: *„Die Stimmung des ganzen Volkes in Westungarn ist für den Anschluß an Deutschösterreich und an die Deutsche Republik und zwar so sehr, daß auch die im deutschen Sprachgebiet wohnenden etwa 60.000 Kroaten vollständig unter dem Einfluß dieser Stimmung stehen. Alle Nachrichten, die das Gegenteil behaupten, beruhen auf Unwahrheit. Daß diese Anschlußstimmung nicht in einheitlichen mächtigen Kundgebungen zum Ausdruck kommt, hat seine Gründe in folgenden Tatsachen: Die Organisation der westungarischen Deutschen steht in den Anfängen und ihr Weiterbau ist von der Regierung in Pest und vor allen Dingen von der jetzigen Sowjetregierung vollständig unterbunden worden. Es fehlt weiterhin an der genügenden Anzahl von Führern, die auf der*

Höhe ihrer Aufgabe stehen. Der deutsche Volksrat in Ofen-Pest hat in der Anschlußbewegung nicht nur vollständig versagt, sondern teilweise sogar mit dazu beigetragen, diese Bewegung zu bekämpfen. Es tritt weiterhin die Tatsache hinzu, daß die sozialistisch beeinflusste Regierung in Deutschösterreich sich im Großen und Ganzen dieser Frage gegenüber passiv verhält. Trotz dieser Hindernisse und trotzdem von allen Seiten versucht worden ist, die Stimmung für den Anschluß zu zermürben und die Köpfe der Volksmassen zu verwirren, ist heute der Wille zum Anschluß lebendiger denn je, und heute könnte man mit tausend Mann disziplinierter Soldaten das ganze Gebiet erobern und einen allgemeinen Aufstand der deutschen Bauernschaft zu ihrer Befreiung entfachen. Es muß nachdrücklich betont werden, daß es heute noch Zeit ist, diese Frage zu unseren Gunsten zu entscheiden und dadurch nicht nur dem deutschen Wien sein wirtschaftlich notwendiges Hinterland zu verschaffen, sondern auch für ewige Zeiten ein Stück Land mit einer halben Million Einwohnern für unser Volk zu retten.”<sup>262</sup> Auch Joseph Roth registrierte Ähnliches, wenn er in der Zeitung „Der Neue Tag“ in dem ihm eigenen flotten Stil schrieb: „Der Kommunismus fand gerade in Deutsch-Westungarn am spätesten Eingang, und der zähe Konservativismus der westungarischen Bauernschädel machte der Budapester Räteregierung mehr zu schaffen als die politischen Umtriebe der gestürzten Magnaten und Junker..Der Terror der in der Gegend herumvagabundierenden Räuber, die die Organisation der „Leninbuben“ bildeten, die ewigen Requisitionen, Alkohol- und Tanzverbote der Räteregierung, nicht zum geringsten Teil auch ihre Geldmüßwirtschaft erweckten in den Bauern das Verlangen, Ungarn Lebewohl zu sagen und den Anschluß an das stammverwandte Deutsch-Österreich zu suchen. Selbst die magyarischen Bauern Westungarns antworteten, als man ihnen vorhielt, daß sie der deutsch-österreichischen Regierung die gesamten Viehbestände würden ausliefern müssen, daß sie lieber den Deutsch-Österreichern ihre Kühe als an Béla Kun ihren ganzen Besitz geben wollten.”<sup>263</sup>

Schon im April 1919 hatten sich - und dies war die Folge der immer schlechter werdenden Situation in Deutschwestungarn - mehrere Führer der Deutschen, wie Hans Suchard, der damals bereits zu den populärsten sozialdemokratischen Arbeiterführern gehörte, aber das Räteregime innerlich ablehnte, Mag. Adalbert Wolf aus Neusiedl und Michael Unger aus St. Margarethen, in einer streng geheimen Sitzung im Gasthof Schindler in Ödenburg getroffen. Sie berieten über die weitere Vorgangsweise und beschlossen, „zunächst in der Räteregierung mitzuarbeiten, um den geeigneten Moment umso besser wahrnehmen zu können, den Anschluss an Österreich erfolgreich durchzuführen.”<sup>264</sup> Der Beschluss, die Arbeit für den Anschluss zunächst einmal zurückzustecken und nur im Geheimen weiterzuführen - denn dies brachte „die Mitarbeit im Räteregime“ zwangsläufig mit sich - wurde schweren Herzens gefasst, doch war man zur Einsicht gelangt,

dass man einen Anschluss ohne massive Hilfe von Seiten des österreichischen Staates nicht durchführen konnte, zumal man erleben musste, mit welcher brutaler Härte das herrschende Regime jede Regung von Widerstand niederzuschlagen bereit war. Da man glaubte, berechnete Hoffnung haben zu dürfen, dass die Siegermächte in Paris das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ in Deutsch-Westungarn anwenden würden und man dann unter der Ägide der Großmächte den Anschluss an Österreich werde vollziehen können, war man zuversichtlich, dass die Zeit ohnehin für die „Anschlussfreunde“ arbeite. Ein undatiertes Schreiben von Soldatenräten aus dem Eisenburger Komitat an die österreichischen Delegierten bei der Friedenskonferenz in Paris zeigt, dass selbst untere Organe der Räterepublik geschlossen für den Anschluss eintraten. Hier hieß es:

*„Bitte an die Delegierten bei der Friedenskonferenz das Programm an den Präsidenten Willson über die Ursache vorzulegen: dass das Deutsche Volk von Deutschwestungarns von die (vier) Komidaten Durchschnittlich Willig und Dreue Einstimmig sein für Deutsch-Österreichischen Republik anzuschließen und dabei zu Überprüfungs-komision Stellen bei der Friedenskonferenz. Das Programm wurde von der Soldatenrath-Ausschuß mit 20 Mittklieder der Komidat Eisenburg Geschlossen und Gefertigt.“* (Es folgen dieser handschriftlichen Resolution 20 Unterschriften der Ausschussmitglieder, wobei ein gewisser Franz Pilz aus Neumarkt a. d. Raab als Obmann des Soldatenrats-Ausschusses des Komitats zeichnete.)

Eine andere Gruppe der lokalen Führer, die nach wie vor mit tiefer Überzeugung am Ideal einer großen proletarischen Revolution in ganz Mitteleuropa festhielt, widmete sich mit Eifer dem Ausbau der Autonomie im Gau Deutsch-Westungarn. Hier hatte sich im Juni in der obersten Führungsspitze eine Änderung ergeben, da Alexander Kellner als Abgeordneter des Sowjet-Kongresses immer mehr in Budapest tätig war. Er sollte Anfang Juli durch Béla Wajdits, der schon um die Jahrhundertwende zu den ersten Arbeiterführern in Ödenburg gehört hatte und dort noch immer beliebt war, ersetzt werden. Doch war Wajdits bei seiner Reise nach Ödenburg von den „Kohlhofer Aufständischen“ gefangen genommen worden und nach seiner Befreiung so schwer mitgenommen, dass er zunächst amtsunfähig war. So kam - fast könnte man sagen „zufällig“ - der bisher ziemlich einflusslose Stellvertreter Kellners, der eher gemäßigte Sozialdemokrat Gabriel Knapp, „an die Macht“ und neben ihm der Leiter der Gau-Kultursektion, Ludwig Leser. Letzterer hatte dadurch einen guten Ruf erlangt, dass er so ziemlich als Einziger im Regierungsteam des „Gaus“ sichtbare Erfolge beim Ausbau der deutschen Autonomie vorweisen konnte. In seinem Amtsbereich war es mit Hilfe einer engagierten Gruppe von Pädagogen unter Leitung des Lehrers und nunmehrigen Schulinspektors Josef Kath gelungen, eine

tiefgreifende Reform des gesamten Schulwesens einzuleiten. Dabei wurden alle Schulen unter staatliche Schulaufsicht gestellt und Inspektoren aus den Reihen der Lehrer gewählt bzw. bestellt. Im Laufe des Juni 1919 lösten die in jedem Dorf gewählten „Kultursektionen“ die „Schulstühle“ ab, die konfessionellen Schulen wurden in Gemeindeseigentum übernommen, der Pflichtschulbesuch bis zum 14. Lebensjahr ausgedehnt. In den Volksschulen wurde jene Sprache, die von der Mehrheit der jeweiligen Gemeindebevölkerung gesprochen wurde, als Unterrichtssprache eingeführt.<sup>265</sup> Allerdings war dies alles nur möglich, weil es - mit Ausnahme der Bestimmung über die Ausgrenzung des Religionsunterrichtes - auf breite Zustimmung der Menschen stieß und in jedem Dorf von den örtlichen Kräften freiwillig durchgeführt wurde. Natürlich gab es da und dort Widerstand des Klerus über die Enteignung der Kirche im Schulbereich, doch hielt sich dieser mit offener Gegnerschaft zurück, seit das Beispiel von Nikitsch blutig geendet hatte.

Obwohl auch die neue Verfassung der Räterepublik die Autonomie der Nationalitäten schützte und die Räteregierung am 16. Juli 1919 in ihrer Verordnung Nr. CXXIX den „Gau Deutsch-Westungarn“ erneut bestätigte, unterblieben alle weiteren Schritte zum Ausbau der Autonomie des Gaues oder gerieten schon in den Anfängen ins Stocken, da das Land wie bereits mehrfach erwähnt - zunehmend in Not und Chaos versank. Versuche, wenigstens einen Teil der Bauern durch eine Bodenreform mit Aufteilung des Großgrundbesitzes wiederzugewinnen, scheiterte am nach wie vor harten ideologischen Kern der Kommunisten.

In Österreich sah man natürlich mit Sorge auf die verschärfte Lage in Westungarn. War schon der Umstand, dass hier gekämpft wurde und Menschen starben Grund zur äußersten Sorge, so bestand doch auch die Gefahr, dass Kämpfe wie sie anfangs Juni im Grenzgebiet ausgebrochen waren, irgendwann einmal auch auf niederösterreichisches oder steirisches Gebiet überspringen und eine direkte Konfrontation von ungarischem und österreichischem Militär nach sich ziehen könnten. Staatskanzler Renner, der zu diesem Zeitpunkt bei den Friedensverhandlungen in Paris weilte, sah sich veranlasst, am 18. Juni 1919 ein geheimes Schreiben an den Vorsitzenden der Friedenskonferenz, Ministerpräsident Georges Clemenceau, zu richten und zu bitten, Österreich in dieser bedrohlichen Situation dadurch beizustehen, dass rasch eine Zuteilung Deutsch-Westungarns an Österreich erfolge, um das grenznahe niederösterreichische Industriegebiet zu schützen.<sup>266</sup>

## Friedensverhandlungen in Paris

### a) Die Vorverhandlungen 1918/19

Wie erwähnt hatte sich die österreichische Regierung im Dezember 1918 darauf festgelegt, die Frage eines Anschlusses Deutsch-Westungarns an Österreich im zukünftigen Friedensvertrag zu lösen. Wie überall in Europa setzte man auch in Wien und ganz Österreich auf die am 18. Jänner 1919 in Paris offiziell eröffneten Verhandlungen die große Hoffnung, dass hier ein Frieden auf Basis eines gerechten Ausgleichs - was immer man sich darunter vorstellte - gezimmert werden könnte, der den Menschen eine so schreckliche Katastrophe wie den Ersten Weltkrieg in Zukunft möglichst ersparen würde. Eine dieser Hoffnungen, die gerade in der „Burgenlandfrage“ eminent wichtig war, betraf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das in den letzten Kriegsmonaten in Anlehnung an die legendären „Vierzehn Punkte“ des amerikanischen Präsidenten lautstark propagiert wurde. Doch schon vor Beginn der Verhandlungen ahnte man, dass die Verwirklichung vieler der guten Vorsätze und Ideen weitgehend illusorisch war und an den vielfach kontroversiellen Vorstellungen und Machtansprüchen der einzelnen Staaten scheitern würde, ja musste.

Während an den Fronten des Weltkrieges in Nordfrankreich und Belgien, in Oberitalien, am Balkan und im Vorderen Orient der Lärm der Waffen verstummte, flammten neue Kämpfe in Gebieten auf, die entweder bisher von unmittelbaren Kriegshandlungen verschont geblieben waren, oder in denen die Glut früherer Kämpfe bereits als verloschen angesehen wurde. Es schien, als könnte Europa - nach vier langen Kriegsjahren - einfach nicht von heute auf morgen zur Ruhe übergehen, als müsse das Fieber dieses langanhaltenden und stellenweise bis zur Erschöpfung geführten „Völkerringens“ erst langsam abklingen. Die Ursachen dafür lagen aber nicht darin, dass sich etwa die Besiegten nicht - mehr oder weniger bedingungslos in die Niederlage gefügt hätten. Vielmehr bestand das Problem darin, dass sich gegen Ende des Krieges eine tiefgreifende Änderung der Staatenstruktur in Mittel- und Osteuropa, aber auch in Kleinasien, ergeben hatte, die eine klare und auch nur annähernd „gerechte“ Aufteilung der zusammengebrochenen alten Großreiche auf ihre Nachfolgestaaten unmöglich machte.

Die erste Erschütterung der Vorstellungswelt der jetzt siegreichen Ententemächte war schon durch die Rote Oktoberrevolution 1917 und den Zusammenbruch des

russischen Zarenreiches erfolgt. Anfangs auf der Seite der nunmehrigen Sieger stehend, war der „Koloss im Osten Europas“ durch innere Revolutionen zusammengebrochen, aus dem Kriegsbandnis der Entente ausgeschieden und in einen blutigen Bürgerkrieg geschlittert. Eine Reihe von Randprovinzen des Zarenreiches hatte sich losgelöst. Die Kämpfe in Finnland, im Baltikum, in Polen und der Ukraine, aber auch die Einfälle der Japaner in Ostsibirien waren gleichsam der glühende Saum eines Brandherdes, der das Innere Russlands noch jahrelang verheeren und in seiner revolutionären Ausstrahlung auch den Rest Europas bedrohen sollte.

Die Haltung der westlichen Alliierten dieser Entwicklung gegenüber war zwiespältig und endete, nachdem der von Militärkreisen um Marschall Ferdinand Foch, dem französischen Oberbefehlshaber der alliierten Armeen, gepredigte „Kreuzzug gegen den Bolschewismus“ nach der Anlandung eher unbedeutender westlicher Interventionstruppen stecken geblieben war, in der Idee der Schaffung eines „Cordon sanitaire“, dessen Pfeiler die neuentstandenen Kleinstaaten Ostmitteleuropas sein sollten. Ihnen gedachte man in Paris - natürlich unter französischer Vorherrschaft - eine doppelte Funktion zu: Schutzschild zu sein gegen den revolutionären Kommunismus und zugleich Bollwerk Frankreichs zu sein gegen ein womöglich wiedererstarkendes Deutschland, das seine wirtschaftliche und politische Macht wieder nach Osten und Südosten ausstrecken könnte. Ein Bündnis Deutschlands mit der unberechenbaren Sowjetmacht, die zum Sturm gegen die kapitalistische Weltordnung des Westens aufrief, sollte unter allen Umständen verhindert werden.

In Mitteleuropa hatte gleichzeitig der Zusammenbruch der Habsburgermonarchie ein Machtvakuum hinterlassen, das sofort eine Reihe von bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den Nachfolgestaaten um Grenzen und Territorien auslöste. Wenn auch die neuen Grenzen erst durch Friedensverträge, die die Siegermächte vorbereiteten, geregelt werden sollten, so waren sich alle Beteiligten darüber im Klaren, dass nichts so suggestiv wirkte, wie vollzogene Tatsachen. Aus diesen Erwägungen entwickelte sich fast automatisch zwischen Polen und Ukrainern, Tschechen und Ungarn, Ungarn und Rumänen, Österreichern und Südslawen ein in blutigen Kämpfen ausgetragener Streit um Gebiete und Zonen.

Schließlich warf auch der Zusammenbruch des Osmanischen Reiches eine Fülle von Problemen auf, die zwar aus der Sicht Mitteleuropas „hinten in der Türkei“ passierten, jedoch in ihrer geopolitischen Bedeutung - immerhin ging es um die Neugestaltung der Machtverhältnisse im gesamten Vorderen Orient die Kabinette in London und Paris zeitweise weit mehr beschäftigten als so mancher Streit um einen verhältnismäßig geringen Gebietsstreifen zwischen dem einen oder anderen europäischen Kleinstaat - wie z. B. die Burgenlandfrage.



**Bild 60:** Karrikatur: Das kleine Deutsch-Österreich (Staatskanzler Renner) „verhandelt“ mit den mächtigen Siegerstaaten (v.l.n.r.: Clemenceau, Wilson, Lloyd Georges)

Dies war der Hintergrund, vor dem die Verhandlungen in Paris begannen, an denen Vertreter von siebenundzwanzig „alliierten und assoziierten Staaten“ teilnahmen. Auf der Londoner Konferenz im November/Dezember 1918 war man übereingekommen, dass zuerst eine Vorfriedenskonferenz der verbündeten Mächte abgehalten werden sollte, ehe man Gespräche mit den besiegten Staaten einberufen würde. Alle Beratungen, die vom Jänner 1919 bis zum Überreichen der Friedensbedingungen an die Besiegten - beginnend mit Deutschland im Mai 1919 durchgeführt wurden, waren also „Vorkonferenzen“, die ein möglichst

exaktes Vertragswerk erarbeiten sollten. An diesen durften die besiegten Staaten Deutschland, Österreich, Ungarn, Bulgarien und die Türkei nicht nur nicht teilnehmen, sie hatten auch keinerlei offizielle Einflussmöglichkeiten, ja wurden meist über die Details der zunächst geheimen Debatten und Vertragsvorlagen monatelang vollkommen im Unklaren gelassen. Dies war umso bitterer, als man wusste, dass neben den eigentlichen Siegermächten auch die inzwischen „auf der Siegerseite sitzenden“ Nachbarstaaten Polen, Tschechoslowakei, Rumänien und das eben vereinigte SHS-Königreich (Kraljevstvo Srba, Hrvata i Slovenaca = Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen) bei diesen Vorverhandlungen voll eingebunden waren und dort ihre Vorstellungen, die meist zu Lasten der Besiegten gingen, vortragen konnten. Hingegen hatten die betroffenen Länder zunächst nur geringe und indirekte Möglichkeiten, ihre Stimme dagegen zu erheben.

Um sich das Ausmaß der Pariser Verhandlungen vor Augen zu führen, sei hier der französische Verhandlungsteilnehmer André Tardieu zitiert, der in seinem Buch „La paix“ genau registrierte, dass in der Zeit vom 18. Jänner bis zum 28. Juni 1919 insgesamt 58 Kommissionen nicht weniger als 1646 Sitzungen abhielten. Der sogenannte „Rat der Zehn“, das Hauptberatungsgremium, in dem die Regierungschefs der USA, Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und Japans, assistiert von ihren Außenministern, die Weltprobleme diskutierten, tagte insgesamt 72-mal und der Rat der Außenminister allein 39-mal<sup>A)</sup>. Die wichtigsten Entscheidungen wurden allerdings in noch kleinerem Rahmen, nämlich von dem im März 1919 geschaffenen „Rat der Vier“, getroffen. Ihm gehörten der US-Präsident Thomas Woodrow Wilson, der britische Premierminister David Lloyd George, der französische Ministerpräsident Georges Clemenceau und der italienische Ministerpräsident Vittorio Emanuele Orlando an, die sich in der Zeit von drei Monaten nicht weniger als 145-mal trafen.<sup>267</sup>

Der später oft verbreiteten Meinung, dass die Pariser Vororteverträge von den Siegermächten oberflächlich und leichtfertig gemacht wurden, widersprechen allein schon diese Zahlen. Meist hatte man sich - von Delegation zu Delegation verschieden - schon vor Kriegsende gründlich auf die Verhandlungen vorbereitet. So hatte US-Präsident Wilson bereits im Herbst 1917 eine Kommission, die „Inquiry“, gegründet, die für alle wirtschaftlichen, strategischen, territorialen und

---

A) Die Mitglieder des "Rates der Zehn" waren Präsident Thomas Woodrow Wilson und Außenminister Robert Lansing (USA), Premierminister David Lloyd George und Außenminister Sir Arthur James Balfour (Großbritannien), Ministerpräsident Georges Clemenceau und Außenminister Etienne Pichon (Frankreich), Ministerpräsident Vittorio Emanuele Orlando und Außenminister Baron Sidney Sonnino (Italien), sowie Ministerpräsident Nobuaki Makino und Außenminister Keishiro Matsui (Japan).

ethnischen Probleme Europas, die bei einer zukünftigen Friedenskonferenz und damit in gewissem Sinne bei einer Neugestaltung Europas eine Rolle spielen könnten, Lösungsmodelle entwerfen bzw. Entscheidungsgrundlagen erarbeiten sollte. Diese stand unter Führung des persönlichen Vertrauten Wilsons, Oberst Edward M. House<sup>A)</sup>, der später in Paris den amerikanischen Präsidenten in dessen Abwesenheit vertrat. Da House in mancher Hinsicht weit mehr Einfluss hatte als selbst Außenminister Robert Lansing, verhandelte hier ein Mann, der sich nicht nur über eineinhalb Jahre lang intensiv mit den europäischen Problembereichen auseinandergesetzt hatte, sondern dieses Wissen auch effektiv einsetzen konnte. Bei Verhandlungsbeginn verfügten die Amerikaner über eine solche Informationsmenge, dass wie der britische Delegierte Harold Nicolson<sup>B)</sup> bemerkte - das Passagierschiff „George Washington“, das die Amerikaner über den Ozean brachte, unter „der Last ihrer Gelehrsamkeit knarrte und stöhnte“<sup>268</sup>. Die amerikanische Delegation hatte durch ihre Expertenkommissionen, die sie während der Verhandlungen 1918/19 in zahlreiche Hauptstädte und Länder entsandte, zusätzliche aktuelle Entscheidungshilfen.

Die Friedensvorbereitungen der Engländer und Franzosen waren weit nicht so tiefgründig und materialreich. Die Briten hatten aber ebenfalls schon Monate vor Verhandlungsbeginn Spezialkommissionen für verschiedene Fragen eingesetzt, die in den sogenannten „Peace Handbooks“ gründliche Unterlagen lieferten, und die Franzosen besaßen mit dem „Comité d'Étude“ eine ebenfalls schon mehrere Monate intensiv arbeitende Informationsquelle. Nur von den Italienern meinte Nicolson etwas abwertend, dass sie fast nur spontan und meist nur ihre unmittelbaren Interessen betreffende Informationen sammelten.

Auch in Wien bereitete man sich auf die Friedensverhandlungen in Paris vor und schuf bereits am 26. November 1918 im Staatsamt für Äußeres einen „Vorbereitungsdienst für die Friedensverhandlungen“, mit dessen Leitung der frühere k.k. Justizminister Franz Klein<sup>C)</sup> betraut wurde. Dieses Gremium, das Experten

- 
- A) Edward Mandell House (geb. 1858 in Houston, gest. 1938 in New York) als "Colonel House" persönlicher Berater von US-Präsident Wilson, obwohl er offiziell nie ein politisches Amt bekleidete. Ab 1917 Vertreter des Präsidenten im "Supreme War Council" und Leiter der "Inquiry"
- B) Sir Harold George Nicolson (geb. 1886 in Teheran, gest. 1968 in Schloss Sissinghurst/Kent) Sohn des Politikers Arthur Nicolson, Lord Carnock. Berufsdiplomat 1909 - 1929, dann Schriftsteller und Autor historischer Werke. 1935 - 1945 Abgeordneter der Labour Party im Brit. Unterhaus.
- C) Dr. Franz Klein (geb. 1854 in Wien, gest. 1926 in Wien) Jurist, Prof. des Zivilprozeß-, Handels- und Wechselrechts an der Konsularakademie in Wien. 1891 Ministerialsekretär im k.k. Justizministerium, 1905 - 1908, dann 1916 Justizminister. 1919 Stellvertreter Renners in der Friedensdelegation in Paris.

aus mehreren Staatsämtern sowie aus Wissenschaft und Wirtschaft heranzog, beschäftigte sich natürlich auch mit der „Frage Deutschwestungarn“ Wie zu allen wichtigen Fragen, von denen man annehmen konnte, dass sie in Paris auftauchen konnten, sammelte man auch zu diesem Problemkreis alles nur denkbar wichtige Material und nahm natürlich auch Kontakt zum „Verein zur Erhaltung des Deutschtums in Ungarn“ bzw. dessen Ortsgruppe „Deutsche Landsleute aus Ungarn“ auf. Dieser war nach dem Scheitern des Abenteuers „Republik Heizenland“ vorübergehend in eine innere Krise geraten, hatte sich aber dann der Aufgabe zugewandt, das Deutsch-Westungarn-Problem verstärkt in der österreichischen – speziell in der Wiener - Öffentlichkeit präsent und vor allem die Vertreter der Entente-Mächte in Wien immer wieder auf diese Frage aufmerksam zu machen. Es galt, diese zu bewegen, positive Stellungnahmen „zum Anschlussstreben der Deutschen in Westungarn“ an ihre Regierungen weiterzuleiten. Man etablierte in Neunteufels Büro im Parlamentsgebäude am Ring einen „Arbeitsausschuss für Westungarn“, der nun eifrig Versammlungen in mehreren Wiener Bezirken abhielt und insbesondere versuchte, in Zeitungsartikeln und Plakataktionen an die Öffentlichkeit zu treten. Hier engagierte sich auch wieder der durch seine Romane und seine Theaterstätigkeit in Wien sehr populäre Adam Müller-Guttenbrunn, der inzwischen als großdeutscher Abgeordneter in den Nationalrat eingezogen war. Er war auch gemeinsam mit Dr. Walter Riehl einer der Hauptredner bei einer Massenversammlung, die man unter dem Motto „Was sagt Wien zu Deutschwestungarn?“ am 2. März 1919 im „Kolosseum“-Theater (im IX. Wiener Gemeindebezirk) als Höhepunkt einer mehrwöchigen Werbekampagne abhielt. Die Versammlung gestaltete sich zu einer begeisterten Kundgebung, bei der mehrere tausend Menschen über die Ringstraße zum Schwarzenbergplatz zogen und für den Anschluss Deutsch-Westungarns an Österreich demonstrierten.

Diesen erfreulichen Achtungserfolg konnte man jedoch nicht weiter ausbauen, da inzwischen der innere Konflikt zwischen Neunteufel, der immer engagierter für einen neuerlichen Aufstand in Westungarn und eine bewaffnete Besetzung des Grenzgebietes eintrat, und einer gemäßigten Gruppe um Josef Breitenstein erneut ausbrach und sich lähmend auf die weitere Arbeit auswirkte. Nun entschlossen sich die meist im Zweigverein „Deutsche Landsleute aus Ungarn“ vertretenen „Burgenländer“, die Sache selbst in die Hand zu nehmen. Sie waren vielfach in tiefer Sorge über die unrealistischen bis abenteuerlichen Ideen so mancher Spitzenvertreter im Verein, die das Land jenseits der Leitha nicht persönlich kannten und die dortige Situation immer wieder falsch einschätzten. So kam es bereits am 9. März zu dem Entschluss, die westungarische Ortsgruppe, an deren Spitze nun Dr. Alfred Walheim, Thomas Polz und Gregor Meidlinger traten, weitgehend zu verselbständigen. Sie schufen ein „Aktionskomitee für die

# Was sagt Wien zu Deutschwestungarn?

Können wir Wiener gleichgültig bleiben, wenn über unsere Stammesbrüder in Westungarn, die **wackeren deutschen Heerzugen und Heidebauern**, entschieden wird?

Es gilt, uraltes arbeitsleißiges Deuschtum zu retten, ihm deutsche Kultur zu geben. **Die Westungarn wollen Deutsche bleiben und von uns nicht getrennt sein.** Sie wollen, wie seit Jahrhunderten, täglich ihren reichen **Überschuß von Lebensmitteln nach Wien** bringen.

Wien wird darüber sprechen in einer

## Massenversammlung

am Sonntag, den 2. März 1919, im Kolosseum,  
10 Uhr vormittags.

**Erscheinet in Massen!** Saget der Welt, daß Wien der Hüter der nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Volksinteressen sein will. **Auch Wien will sich von den Deutschen Westungarns nicht trennen lassen.**

Wir wollen auch aller unrechtmäßig besetzten Gebiete Deutschösterreichs gedenken.

## Erscheinet darum in Massen!

Vertreter des Vereines zur Erhaltung des Deuschtums in Ungarn:

**Jos. Breitenstein.**

**R. Neunteufel.**

**Adam Müller-Guttenbrunn,**  
Nationalrat.

Bild 61: Plakat einer Deutschwestungarn-Kundgebung in Wien (2. März 1919)

Befreiung Westungarns“, dem als prominenteste Mitglieder Adam Müller-Guttenbrunn, die hohen Ministerialbeamten Ruppert Rottensteiner und Dr. Eduard Stepan, der Bankexperte Dr. Ernst Beer, der wieder in den Verein zurückgekehrte alte Vorkämpfer des „Anschlussgedankens“ Josef Patry und als Sprecher der westungarischen Kroaten - Josef Vukovits angehörten.<sup>269</sup>

Da bald darauf in Ungarn die Räterepublik ausgerufen wurde und immer mehr Flüchtlinge aus Ungarn in Wien eintrafen, entwickelte man für diese so gut es ging Betreuungseinrichtungen und sammelte Geld in der Aktion „Hilfe für Westungarns Deutsche“ Durch die turbulente Entwicklung in Ungarn und den Umstand, dass rigorose Grenzsperrn die Verbindungen ins Land jenseits der Leitha erschwerten, ja zeitweise sogar unterbrachen, sahen sich die „Emigranten“ in Wien zusätzlich legitimiert, als Sprecher ihrer Landsleute aufzutreten. Man sammelte zuverlässige Informationen über die Situation und Vorfälle in Ungarn und unterstützte Delegationen „von drüben“, die bei verschiedenen Regierungsstellen und Politikern in Wien vorsprechen wollten. Unermüdlich versuchte man, Österreich und die Welt auf die „Landsleute im Osten“ aufmerksam zu machen. Und man fand tatsächlich nicht nur bei österreichischen Regierungsstellen, sondern auch bei verschiedenen Entente-Vertretern in Wien, die die Entwicklung in Budapest mit wachsender Sorge sahen, ein offenes Ohr.

Da mit Ausbruch des Krieges 1914 alle diplomatischen Beziehungen zu den Ententemächten abgebrochen worden waren und diese eine völkerrechtliche Anerkennung der Republik Deutschösterreich erst nach Abschluss eines Friedensvertrages aussprechen wollten, war eine Kontaktnahme zu den Siegermächten nur indirekt über die noch bestehenden österreich-ungarischen Botschaften in den neutralen Ländern Schweiz, Holland und Schweden und die dortigen Botschaften der Siegermächte möglich. Erst als die großen Siegermächte um die Jahreswende 1918/19 militärische Sondermissionen nach Wien schickten, war eine raschere Kontaktnahme möglich.

Die ersten, die in Wien auftauchten, waren die Italiener. Schon am 28. Dezember 1918 erschien eine Militärkommission unter Führung des Generalmajors Roberto Segré<sup>A)</sup> in der alten Kaiserstadt und bezog im feudalen Hotel „Imperial“ Quartier. Die ursprüngliche Aufgabe der Mission, die Durchführung des Waffenstillstandes zu kontrollieren - also die Abrüstung der k.u.k. Armee und die Rückführung der Kriegsgefangenen in die Wege zu leiten wurde bald durch

---

A) Roberto Segré (geb. 1872 in Turin, gest. 1936 in Mailand) Artillerieoffizier und militärwissenschaftlicher Schriftsteller. 1915 - 1918 Chef des Generalstabes der italien. 3. Armee und zuletzt Artilleriekommandant der 6. Armee. 1918/19 Chef der italienischen Militärmission in Wien.

„zivile“ Aufgaben überlagert, die einen breiten Bogen spannten von der „Rückführung italienischer Kunstwerke und Kulturgüter“ aus den ehemaligen kaiserlichen Museen und Archiven nach Italien bis zur Sorge um Verkehrsverbindungen für Lebensmitteltransporte in die hungernde Millionenstadt Wien. So war es nicht verwunderlich, dass die „Königlich italienische Militärmission“ (Regia Missione militare italiana), die anfangs nur aus 18 Offizieren und einem Zug Carabinieri bestand, bis zum August 1919 auf einen Stand von 125 Offizieren und Zivilbeamten, sowie weiteren 400 Soldaten wuchs. Obwohl den Italienern in der österreichischen Öffentlichkeit wegen ihres Frontwechsels 1915 und vor allem wegen des „Raubes von Südtirol“ alles andere als Sympathie entgegengebracht wurde, entwickelten sie sich bzw. ihre Delegierten nicht nur in Wien und in Kärnten, sondern auch in Paris wie wir noch sehen werden direkt oder indirekt zu einer wertvollen und wichtigen Stütze Österreichs. Rom hatte massives Interesse, den Kleinstaat Österreich lebensfähig zu halten und - hier traf man sich mit dem Bestreben Frankreichs - einen Anschluss des Landes an Deutschland zu verhindern. Man war sich vollkommen im Klaren, dass die kleine Republik Österreich auch in Zukunft kaum je in der Lage sein werde, die Brenner-Grenze wirklich bedrohend in Frage zu stellen und die deutschen Gebiete Südtirols nördlich der Salurner Klause zurückzufordern. Ein unmittelbar angrenzendes Deutschland war da schon eine viel größere Gefahr.

So bemühte sich Italien nicht nur bei der Lebensmittelversorgung der Alpenrepublik und ihrer überdimensionalen Hauptstadt, sondern engagierte sich auch wie wir noch hören werden - außerordentlich in der Abwehr jugoslawischer Ansprüche auf Südkärnten und bei der Verhinderung des „tschechischen Korridors“

Nicht minder wichtig war die US-Mission in Wien. Schon am 26. Dezember 1918 erschien im Auftrag von US-Außenminister Lansing der Mitteleuropaspezialist Archibald Cary Coolidge mit einer „Fact-finding-Mission“ der „American Commission to Negotiate Peace“ und dem Auftrag „...to observe political conditions in Austria-Hungary and neighbourhood countries“<sup>270</sup> in der österreichischen Hauptstadt. Coolidge kannte seinen Aufgabenbereich wie kaum ein anderer: Er hatte in Freiburg, Paris und Berlin studiert und war seit 1908 Professor für mittel- und osteuropäische Geschichte an der Harvard University (Cambridge, Mass.). Er hatte weite Teile Österreich-Ungarns bereist und dabei mehrmals Wien besucht. Hier war er einige Zeit auch als Attaché der Botschaft der USA tätig. Dabei hatte er nicht nur mehrere Sprachen dieses Raumes erlernt, sondern auch zahlreiche Freunde gewonnen, wie z.B. den berühmten Historiker Oswald Redlich, die ihn jetzt mit vielfältigen Informationen versorgten. In seiner Aufgabe in Wien, wo er sein „Hauptquartier“

aufschlug, wurde Coolidge von fünfzehn Mitarbeitern teils Offizieren, teils Wissenschaftlern unterstützt, die er zum Teil nach Warschau, Prag, Budapest und Agram detachierte. Sie alle schickten ihre Berichte unmittelbar an ihn, die er dann in zusammenfassenden Schreiben, mit seinen persönlichen Kommentaren versehen, an das Außenministerium bzw. direkt an die US-Delegation in Paris schickte. Der britische Verhandler in Paris, Harold Nicolson, schrieb später: *„Es gab Augenblicke, wo dieser wohlwollende und hervorragende Mann die einzige Quelle verlässlicher Information war, die der Friedenskonferenz zur Verfügung stand. Es scheint heute unglaublich, daß weder die amerikanischen Delegierten noch die Konferenz als Ganzes den vernünftigen und mäßigen Worten von Archibald Coolidge wesentliche Beachtung schenkten...Ich habe nie mit einer intelligenteren, gelehrteren, unvoreingenommeneren und gründlicher unterrichteten Körperschaft zu tun gehabt, als die amerikanische Friedensdelegation es war. Noch jedesmal, wenn ich von ihrer Meinung abwich, ist mir nachher klar geworden, daß ich unrecht hatte und sie recht. Wäre der Friedensvertrag nur von den amerikanischen Sachverständigen entworfen worden, so wäre eines der weitesten sowohl wie wissenschaftlichsten Dokumente zustande gekommen, die je erdacht wurden. Leider verlor die amerikanische Kommission schon in den ersten paar Wochen ihr Selbstvertrauen und somit auch die Autorität, die ihr mit Recht zugekommen wäre.“*<sup>271</sup>

In Wien setzte man nach wie vor große Hoffnungen auf Wilson und die Amerikaner. Coolidge wurde mit Briefen, Denkschriften und persönlichen Vorsprachen überhäuft, obwohl er immer wieder betonte, dass seine Mission keine diplomatische sei und er nur Unterlagen über die Lage in Mitteleuropa sammle.<sup>272</sup> Schon in seinem ersten Bericht, den er am 29. Jänner 1919 an die American Commission nach Paris sandte, beschäftigte er sich mit der Frage Deutsch-Westungarn und meinte, dass diese einen schweren Konfliktstoff für die künftigen Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn in sich bergen könnte. Schon dieser erste kurze Bericht, der wie noch zahlreiche andere aus seiner Feder später entscheidend für die Meinungsbildung in Paris werden sollte, zeigt in seiner Kürze, dass der amerikanische Delegationsleiter für die Situation in Westungarn einen schärferen Blick hatte, als so mancher europäische Politiker. So berichtete Coolidge, dass der westliche Streifen Ungarns südlich von Wien zwar seit Jahrhunderten ein Bestandteil des Königreiches Ungarn war, jedoch *„überwiegend von Deutschen - vermischt mit Magyaren und Kroaten bewohnt sei.“* Früher hätte es für diese Menschen keinen Grund gegeben, die politische Situation zu ändern, doch hätte sich dies seit dem Zerfall der Doppelmonarchie geändert. Nun gebe es eine breite Bewegung mit dem Wunsch, sich Österreich anzuschließen, ein Verlangen, das man auch in Österreich als natürlich und legitim im Sinne des Selbstbestimmungsrechtes der Völker betrachte. Österreich sei

auch aus wirtschaftlichen Gründen an diesem Gebiet interessiert, sei doch bisher ein Großteil der Lebensmittel für Wien - insbesondere Gemüse - von hier gekommen. Die Unterbrechung dieser Verbindung in letzter Zeit sei sicher ein Grund für den derzeitigen katastrophalen Nahrungsmittelmangel in dieser Stadt. Die Ungarn spielten dies jedoch herab, obwohl sie die pro-österreichische Bewegung in ihrem Grenzgebiet registrieren, und erklären die verworrene Situation nur als Ausfluss einer kurzfristigen Versorgungskrise in Wien, die sich bald lösen werde. Sie erklären, dass die Deutschen in Westungarn im allgemeinen loyale Bürger der neuen Ungarischen Republik seien und es vorzögen, weiterhin Staatsangehörige Ungarns zu bleiben, zumal hier ihre nationalen Rechte gesichert seien. In Anerkennung dieser Rechte habe die Budapester Regierung gerade ein entsprechendes Gesetz verabschiedet, das die Nationalitäten Ungarns beruhigen werde. Es werde interessant sein - so fügt Coolidge etwas skeptisch hinzu - den Effekt dieses Gesetzes zu beobachten. Er meinte auch weiter, dass die Österreicher betonten, dass der Anschlusswille der Bevölkerung nur durch ungarisches Militär verhindert werde, was die magyarische Seite jedoch bestreite. Es betonten aber beide Seiten laut den Willen, das Selbstbestimmungsrecht zu respektieren und gerade das wäre - so empfahl der Berichterstatter - eine gute Gelegenheit, dieses Prinzip Wirklichkeit werden zu lassen. Es müsse jedoch diese Abstimmung unter unparteiischer Kontrolle passieren, zumal es in früheren Zeiten in Ungarn so etwas nicht gegeben habe.<sup>273</sup>

Anfang Februar erschien bei Coolidge so berichtete er in einem weiteren Schreiben eine aus drei Leuten bestehende Delegation aus Westungarn, die ihren vehementen Wunsch nach einem Anschluss ihrer Heimat an Österreich sowohl aus nationalen, als auch aus wirtschaftlichen Gründen betonte. Die Besucher erklärten, dass zwar zahlreiche Bewohner der Städte Sympathien für die Magyaren hätten, aber die Bauernschaft in ihrer breiten Masse für einen Anschluss an Österreich sei. „*Ich befragte sie*“ so berichtet Coolidge wörtlich „*was das neue Gesetz ihrer Meinung nach den Deutschen in Ungarn bringen werde. Sie antworteten, dass dieses nicht weit genug gehe, und die Menschen der ungarischen Regierung nicht trauten, denn das berühmte Nationalitätengesetz von 1868 sei ja im Prinzip auch liberal gewesen, es sei aber nie wirklich angewendet worden*“ Die Delegierten berichteten weiter, dass die Situation in Westungarn unhaltbar sei, da das Militär die Bevölkerung bedrücke und bei jeder Gelegenheit von der Waffe Gebrauch mache. Es würde eine kleine alliierte Besatzungstruppe genügen, um das Leben und die Freiheit der Menschen, vor allem aber eine freie Volksabstimmung über die zukünftige Staatszugehörigkeit zu sichern, da unter ungarischer Hoheit keine seriöse Abstimmung durchgeführt werden könne.<sup>274</sup>

Auch Major Lawrence Martin, der als Geograph<sup>A)</sup> im Auftrag von Coolidge seriöses statistisches Material und entsprechende Landkarten besorgen sollte, äußerte sich in seiner umfangreichen Studie in ähnlicher Form über das „Heinzenland“. Er stellte fest, dass der überwiegende Teil der dort wohnenden Bevölkerung Deutsche seien und dass ein Drittel bis zur Hälfte der in Niederösterreich und Wien benötigten Lebensmittel aus diesem Agrargebiet kämen, was er auf Grund der Zahlen aus dem Jahre 1913 detailliert belegte. Fast beschwörend betonte er, dass *„das ungarische Gebiet südöstlich von Wien ...ein wichtiges Hinterland für Wiens Lebensmittelversorgung ist. Jetzt kommt aber nichts dorthin außer durch Schleichhandel. Wenn wir die Zahl der Kranken in Wiens Spitäler, die täglich an Erschöpfung sterben, die Zahl der Armen in Wien, die akut an Unterernährung leiden, vermindern können und für die Babys in Wien wenige tausend Liter Milch, von den 150.000 Litern, die vor dem Kriege täglich nach Wien kamen, durch rasche Öffnung der Grenze aus diesem Gebiet besorgen könnten, dann würden wir eine Großtat an Humanität leisten. Ich glaube nicht, dass die Armen von Preßburg, Raab oder Budapest Not leiden würden, wenn diese Notmaßnahmen gesetzt werden würden. Übrigens würde eine solche versuchsweise gezogene Demarkationslinie ohnehin mit jener Grenze übereinstimmen, die nach dem Prinzip der Selbstbestimmung von der lokalen Bevölkerung gefordert wird.“*<sup>275</sup>

Martins umfangreiche Studie, die also eine vorläufige Verschiebung der österreichisch-ungarischen Staatsgrenze<sup>B)</sup> und zunächst befristete Unterstellung der nördlichen Teile des „Heinzenlandes“ unter österreichische Verwaltung bis zu einer endgültigen Entscheidung durch die Friedenskonferenz vorschlug, wurde eine der wesentlichsten Grundlagen für die amerikanische Haltung in den Pariser Verhandlungen. So waren „seine“ statistischen Zahlen über die ethnische Zusammensetzung der westungarischen Bevölkerung bzw. der wirtschaftlichen

---

A) Major Lawrence Martin (geb. 1880, gest. 1955) war im Zivilberuf Professor für Physische Geographie an der Wisconsin University in Madison. Mitglied der Coolidge-Mission und Leiter der Geographischen Abteilung der Military Intelligence Division der US-Army.

B) Lawrence Martin legte seiner Studie eine Karte bei, wo er diese von ihm vorgeschlagene Grenzlinie einzeichnete: Sie verlief von Pressburg kurz entlang der Donau nach Süden, ließ die Städte Ungarisch Altenburg und Wieselburg bei Ungarn, und wandte sich dann am Einser-Kanal nach Westen. Am Neusiedlersee bog die Demarkationslinie abermals nach Süden, womit Ödenburg zum "österreichischen Gebiet" kam. Im weiteren Verlauf verlief sie ziemlich genau entlang der Grenze des deutschen Siedlungsgebietes wobei sie aber die Städte Güns, Steinamanger, Körmend und St.Gotthard bei Ungarn beließ, um dann in etwa wie die heutige österreichische Staatsgrenze bis Slowenien zu verlaufen. Siehe: Berlin, Jon: Akten und Dokumente... a.a.O. Kartenbeilage

Situation des Gebietes sowohl für die Ablehnung des „tschechischen Korridorplanes“, als auch für die noch später erfolgte positive Beurteilung der österreichischen Wünsche das Burgenland betreffend in weiten Zügen entscheidend. Allerdings muss betont werden, dass wahrscheinlich weder die Wünsche der burgenländischen Bevölkerung, noch die Forderungen Wiens und sicherlich auch nicht die Berichte der Coolidge-Commission für den Verlauf der „Burgenlandfrage“ ins Gewicht gefallen wären, wenn nicht eine andere Frage dieses Gebiet schon längst auf den Verhandlungstisch in Paris gelegt hätte: Der schon erwähnte „Tschechische Korridorplan“

## b) Der tschechische Korridorplan

Die Idee eines „slawischen Korridors“, der quer durch Mitteleuropa die Nordslawen mit den Südslawen, also einen tschechischen Staat und einen südslawischen Staat, territorial verbinden sollte, geht mit großer Wahrscheinlichkeit auf die Zeit um die Mitte des 19. Jahrhunderts zurück. Jedenfalls erwähnen eine Reihe von Persönlichkeiten, dass im Zuge der damals entstehenden panslawistischen Ideen und Diskussionen in akademischen Zirkeln und studentischen Kreisen vor allem dann im Dunstkreis der 1882 in Prag errichteten tschechischen Universität - solche Gedanken aufgetaucht sind und lebhaft diskutiert wurden. Man träumte in Rückblicken auf das Großmährische Reich des frühen Mittelalters oder in Reminiszenz auf das große ostmitteleuropäische „Imperium“ Přemysl Ottokars II., das von Polen bis an die Gestade der Adria reichte, von einem großen slawischen Reich oder Staatenbund in Ostmitteleuropa unter dem Protektorat des mächtigen Zarenreiches Russland. Man beschwor eine „große slawische Solidarität“, die schon der große slawische Philologe Josef Dobrowský<sup>A)</sup> am Ende des 18. Jahrhunderts propagiert und der slowakische Dichter und Literaturwissenschaftler Jan Kollár<sup>B)</sup> mit seinem Werk „Über die lit-

---

A) Josef Dobrowský (geb. 1753 in Gymeret bei Raab, gest. 1829 in Brünn) studierte in Prag und trat in den Jesuitenorden ein, wandte sich dann dem Studium des Kirchenslawischen und der Literaturgeschichte zu. Mit seinen Hauptwerken "Scriptores rerum bohemicarum" (Prag 1783-1785) und "Geschichte der böhmischen Sprache und älteren Litteratur" (Prag 1792) wurde er zum "Wiederentdecker der böhmischen Literatur und tschechischen Sprache"

B) Jan Kollár (geb. 1793 in Mossoc/Ungarn, gest. 1852 in Wien) studierte in Pressburg und Jena. Evang. Theologe. 1849 Professor für Archäologie an der Universität Wien. Sammler von "slawischen Altertümern", vor allem slowakischer Lieder und Dichtung. Sowohl seine Gedichte, als auch seine literaturwissenschaftlichen Werke machten ihn - obwohl er dies persönlich ablehnte - zum Mittelpunkt einer studentischen, slowakisch-panslawistischen Bewegung.

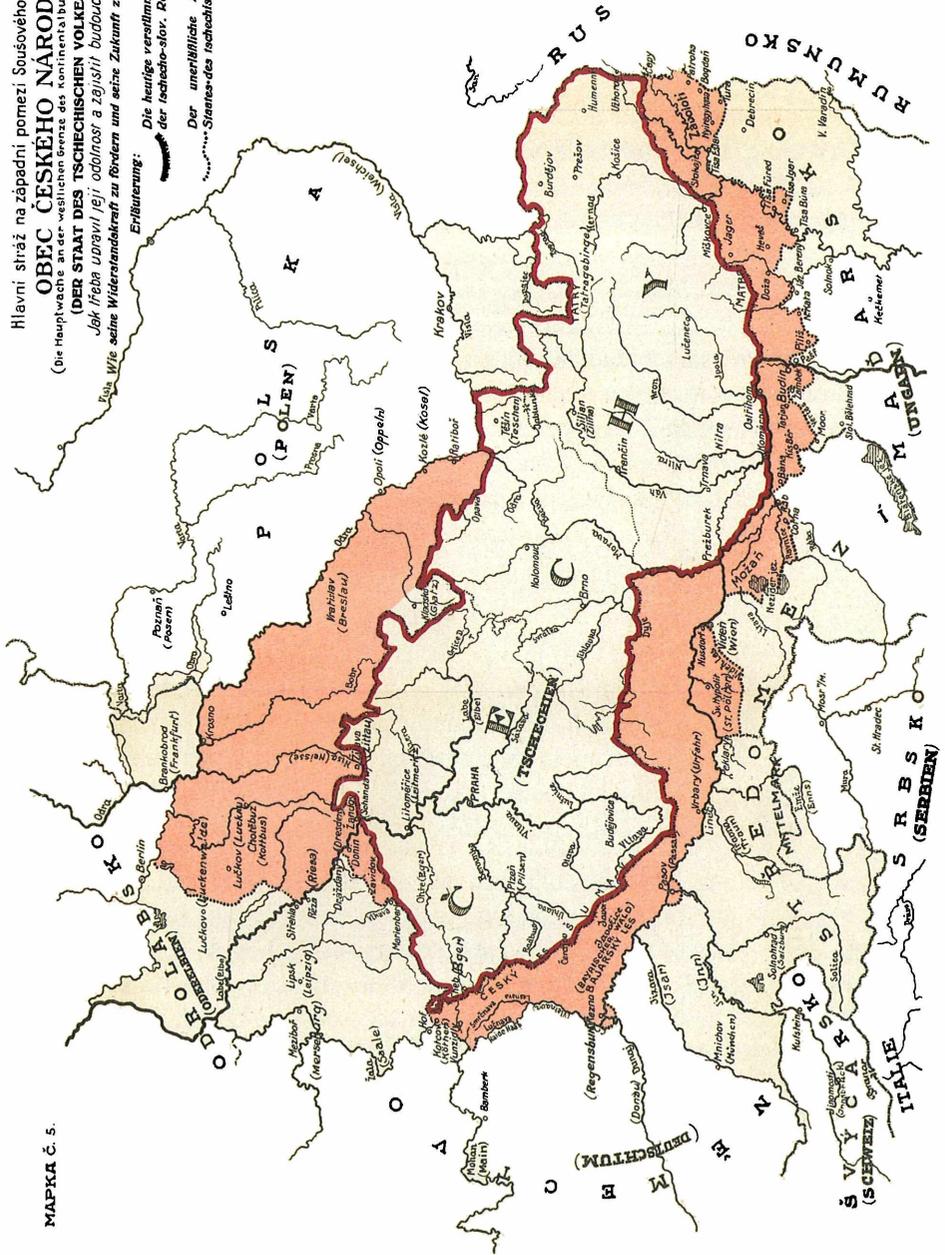
terarische Wechselseitigkeit zwischen den Stämmen und Mundarten der slawischen Nation" (Wien 1837) weiter untermauert hatte. Zu den tschechischen Studenten und Intellektuellen gesellte sich vor der Jahrhundertwende eine Gruppe von etwa 40 Studenten aus Kroatien, die 1895 wegen nationalistischer und antiungarischer Betätigung von der Agramer Universität relegiert worden waren und nun in Prag weiterstudierten. Sie schlossen sich in der Studentenverbindung „Omladina" zusammen und gaben mit Unterstützung tschechischer Freunde die Zeitschriften „Hrvatska misao" [Kroatischer Geist] und „Nova doba" [Neue Zeit] heraus, wo Gedanken einer „großslawischen Einheit" lebhaften Widerhall fanden. Diesem Kreis gehörten unter anderen auch Stjepan Radić, Ivan Lorković, Svetimir Korporić und Živan Bertić an, die nach 1918 als Politiker in Kroatien bzw. Jugoslawien eine bedeutende Rolle spielen sollten.<sup>276</sup>

Die unter den slawischen Intellektuellen und Politikern wachsende Erkenntnis, dass man die erhoffte nationale Gleichberechtigung im gemeinsamen Vaterland Österreich-Ungarn wahrscheinlich nie erlangen werde, ließ immer mehr den revolutionären Gedanken einer Zerstörung dieses von Deutschen und Magyaren beherrschten „Völkerkerkers" wachsen. Freie, demokratisch regierte Staaten sollten in einem slawischen Staatenbund zusammengeschlossen werden. Im Konzert der neugeschaffenen slawischen Nationalstaaten sollte vor allem „Großböhmen" ein Bollwerk des Slawentums in Mitteleuropa bilden und den „deutschen Drang nach Osten" stoppen und zurückdrängen.

Als sich 1918 allmählich der Zusammenbruch der Doppelmonarchie abzuzeichnen begann, bekamen diese Gedanken - unter ganz anderen Voraussetzungen und völlig geänderten Verhältnissen - neue Aktualität. Die Grenzen des jetzt in greifbare Nähe gerückten, weit nach Westen ragenden tschechischen Großstaates sollten, wie wir in der vom Schriftsteller Hannuš Kuffner im Jahre 1918 in Prag erstellten Broschüre „Naš stát a světový mír" [Unser Staat und der Weltfrieden] ersehen können, im Norden fast bis Berlin und Frankfurt an der Oder (in der Kuffner-Karte als „Brankobrod" genannt) reichen. Die südliche Begrenzung sollte die Donau von Regensburg bis Budapest bilden, wobei man sogar an einigen Stellen - so auch im Tullnerfeld und im Bereich des Komitates Wieselburg - südlich der Donau gelegene Gebiete einschließen wollte.<sup>277</sup> (Siehe Abb. 62) Kuffner verwendete bei dieser Broschüre übrigens jene Landkartenskizzen, die der böhmische Reichsratsabgeordnete und namhafte Führer der tschechischen Nationalsozialisten Václav Klofáč bereits im Mai 1914 - im Hinblick auf einen voraussichtlichen Krieg und die daraus folgende Zerstörung Österreich-Ungarns - dem russischen Gesandten in Wien zur Weiterleitung nach St. Petersburg übergeben hatte. Wenn auch diese Entwürfe 1914 - wie viele andere ähnlicher Art - nach Ausbruch des Krieges in irgendwelchen Schreibtischladen wirkungslos ver-

Hlavní stráž na západní pomezí Sousedního svazu:  
**OBEC ČESKÉHO NÁRODA . . .**  
(Die Hauptwache an der westlichen Grenze des Kontinentalbundes : )  
**(DER STAAT DES TSCHECHISCHEN VOLKES.)**

Jak třeba upravit její odlinost a zřejmou budoucnost  
Jaké bude její osud a její budoucnost  
Erhellung: Die heutige vermittelte Grenze der tschecho-slav. Republik.  
Der unerfüllte Ausbau des Staates-des tschechischen Volkes.



MAPKA č. 5.

Bild 62: Die tschechischen Gebietsforderungen nach Hannuš Kuffner. 1918

schwanden, so bekamen sie beim Zerfall des Habsburgerreiches im Herbst 1918 wieder neue Aktualität. In Kuffners Broschüre wurden sie in hoher Auflage verbreitet, und im Dezember 1918 ließ der gerade zum Außenminister der Tschechoslowakischen Republik ernannte Edvard Beneš 150 Stück davon in Paris unter die Mitglieder der Friedenskonferenz verteilen, um diese auf die tschechischen Gebietsansprüche aufmerksam zu machen.<sup>278</sup>

Fast gleichzeitig mit Klofáč legte der prominente tschechische Reichstagsabgeordnete Karel Kramář<sup>A)</sup> am 7. Juni 1914 - also noch vor den verhängnisvollen Schüssen von Sarajevo - einen ähnlichen Plan dem russischen Botschafter in Paris, Alexander P. Iswolsky<sup>B)</sup>, vor. In dem 40 Seiten umfassenden Memorandum, das den Titel „Entwurf des Slawischen Reiches“ trug, war von einem slawischen Großreich die Rede, das Russland, Polen und die Länder der Wenzelskrone einschließlich des slowakischen Oberungarn unter der Zarenkrone vereinigen sollte. Dieses Großreich sollte dann mit Bulgarien und einem unter Führung der serbischen Dynastie stehenden „südslawischen Staat“ eine „Allslawische Föderation“ bilden. Beide Staatengruppen sollte im Westen ein „Korridor“ verbinden, der zugleich die deutsch-magyarische Allianz in Mitteleuropa sprengen sollte.

Das „Großtschechische Reich“ sollte also durch eine breite Landverbindung mit dem „stammverwandten“ südslawischen Staat verbunden werden, um so dem Binnenstaat unmittelbare und ungestörte Verkehrsverbindungen zu den „südslawischen Adria Häfen“ Triest (Trst) und Fiume (Rijeka) zu sichern. Zugleich wollte man dadurch die Deutschen von den Magyaren trennen und so „dem deutschen Imperialismus“ den Zugang zum Balkan und damit zum Orient versperren. Man spekulierte mit solchen Aussagen ganz offensichtlich auf die Zustimmung und Unterstützung durch Frankreich, dem „Erbfeind“ Deutschlands, und Kramář war sich auch der absoluten Zustimmung Russlands sicher, das massive Interessen

---

A) Karel Kramář (geb. 1860 in Hochstadt/Böhmen, gest. 1937 in Prag) seit 1891 Führer der Jungtschechen und Panslawist, wurde 1916 wegen Hochverrats zum Tode verurteilt, ein Jahr später begnadigt. 1918/19 erster Ministerpräsident der Tschechoslowakei.

B) Alexander Petrowitsch Iswolsky (geb. 1856 in Moskau, gest. 1919 in Paris) war 1906-1910 russischer Außenminister, dann 1910-1917 Botschafter des Zarenreiches in Paris und einer der Schmiede des russisch-französischen Bündnisses gegen den Dreibund Deutschland - Österreich-Ungarn - Italien. Mit Recht konnte sich Kramář die Unterstützung gerade dieses Politikers erwarten, der seit der Zeit wo er als Außenminister des Zarenreiches nicht nur einer der Protektoren der panslawistischen Bewegung, sondern in der sogenannten Annexionskrise von Herzegowina-Bosnien im Jahre 1908 zu einem der schärfsten Feinde Österreich-Ungarns geworden war.

am Balkan hatte und eines ihrer wichtigsten geopolitischen Ziele in der Gewinnung eines freien Ausgangs aus dem Schwarzen Meer durch die Meerengen des Bosphorus und der Dardanellen sah. Wären Deutschlands Wege zur Türkei versperrt, dann könnte sich dieser „schon morsche Staat“ nicht lange gegen den Druck des Zarenreiches halten.

Interessanterweise richtete man bei diesem „Korridorplan“ den Blick nicht in erster Linie - wie dies später der Fall sein sollte - auf westungarische Gebiete und die dort liegenden kroatischen Siedlungen, sondern auf Wien und das Industriegebiet im Osten Niederösterreichs. Man stützte sich dabei auf die demographische Entwicklung in diesem Raum in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts, wo es gerade in diese Gebiete eine große tschechische Zuwanderung gab. Tschechische Soziologen und Nationalisten behaupteten, dass Niederösterreich insbesondere das Industriegebiet im Viertel unter dem Wienerwald bereits zu einem Viertel von Zuwanderern aus den böhmischen Kronländern bewohnt werde und Wien mit seinen 1,6 Millionen Einwohnern davon 400.000 bis 600.000 Tschechen - bereits „die größte tschechische Stadt“ der Habsburgermonarchie sei.<sup>279</sup> Man wies darauf hin, dass nicht nur der Name der Stadt von der altslawischen Bezeichnung „Videň“ käme und viele topographische Bezeichnungen in Niederösterreich slawischen Ursprungs seien, sondern dass auch das moderne kulturelle und gesellschaftliche Leben in der städtischen Mittel- und Unterschicht, aber auch in intellektuellen Kreisen, stark von den tschechischen, slowakischen und südslawischen Neubürgern geprägt werde. Viele Vereine und Bildungsvereinigungen, die stolz die Beifügung „slovansky“ trugen, signalisierten dies deutlich, und nicht zuletzt hätte der nationalistische Turn- und Leibeserziehungsverband „Sokol“ seine mitgliederstärkste Sektion nach Prag in Wien. Ein Freundeskreis junger Intellektueller um den späteren tschechoslowakischen Finanzminister Dr. Alois Rašín sprach schon um 1900 davon, dass der einmal zu errichtende tschechische Staat seinen Weg zum Meer über Wien und sein Umland finden müsse. Die Ende 1918 in Wien erschienene Schrift „Česká Videň“ [Das tschechische Wien] meinte ganz offen, dass „*die Tschechen Wiens die kulturelle und wirtschaftliche Brücke des slawischen Nordens mit dem slawischen Süden vom Baltischen Meer bis zur Adria bilden*“.<sup>280</sup> Erst in den Zwanzigerjahren verstummten allmählich solche Gedanken, auch wenn sich die Tschechen von Wien nach wie vor als „Wacht an der Donau für die Tschechoslowakei“ empfanden.<sup>281</sup>

Thomas G. Masaryk, der dann die „Korridor-Frage“ auf der Pariser Friedenskonferenz 1918/19 für Ungarn und Österreich gefährlich ernsthaft in Diskussion brachte, stand diesen Ideen wie überhaupt den radikalen und manchmal schon verschrobenern Zielen von Kramář anfangs skeptisch bis

ablehnend gegenüber. Ihm bereitete vor allem eine enge Anlehnung an Russland, dessen Herrschaftssystem er kategorisch ablehnte, Unbehagen.<sup>282</sup> Masaryk suchte als Realpolitiker eine Lösung der nationalen Probleme eher innerhalb der Donaumonarchie - in Form einer Föderation von gleichberechtigten und autonomen Ländern bzw. Provinzen.

Erst der Ausbruch des Weltkrieges, der ihn ahnen ließ, dass Österreich-Ungarn diesen Krieg nicht gewinnen und somit nicht überleben werde, änderte seine Einstellung. Schon im Oktober 1914 besprach er in Rotterdam bei einem Treffen mit dem einflussreichen Historiker und Experten der Nationalitätenfrage im Donauraum, Robert W. Seton-Watson<sup>A)</sup>, die politische Lage in Österreich-Ungarn und insbesondere die Lage und Haltung der Tschechen, wobei auch Zukunftspläne erörtert wurden.<sup>283</sup> Hier sollen schon jene Grundzüge skizziert worden sein, die Masaryk in den nachfolgenden Jahren auch im Zusammenhang mit einer territorialen Verbindung zwischen einem unabhängigen tschechischen Staat und „Serbo-Kroatien“ - vertrat.

Die Ereignisse der ersten Kriegsmonate bestärkten Masaryk in seiner Meinung, dass von Russland nicht viel zu erwarten sei, und man nur mit Hilfe der westlichen Ententemächte seine Ziele erreichen könne. Er entschloss sich daher, im Dezember 1914, seine politische Arbeit im westeuropäischen Exil fortzusetzen. Noch vor seiner Abreise ins Ausland - ins damals noch neutrale Italien - traf er sich in Prag mit Dr. Ivan Lorković, einem Freund aus Studententagen und nun Abgeordneten im kroatischen Landtag, mit dem er unter anderem auch die „Korridorproblematik“ eingehend erörterte. Jetzt war bereits von einem Gebietsstreifen östlich der österreichisch-ungarischen Reichsgrenze die Rede, der zwischen Donau und Drau - also zwischen Pressburg und Varaždin durch die Komitate Wieselburg, Ödenburg, Eisenburg und Zala verlaufen und die Tschechei mit Kroatien verbinden sollte. Bei einem weiteren Treffen der beiden Gesprächspartner in Wien, wo Masaryk auf seiner Reise nach Rom am 17. Dezember 1914 Halt machte, übergab ihm Lorković eine Kartenskizze mit seiner Vorstellung über das Ausmaß des Korridors und statistische Unterlagen über die kroatischen Dörfer in Westungarn.

---

A) Robert William Seton-Watson (geb. 1879 in London, gest. 1951 in Isle of Skye) Historiker, beschäftigte sich seit 1905 intensiv mit der Geschichte Österreich-Ungarns. 1915 Dozent, 1922 Professor für osteuropäische Geschichte in London, dann in Oxford (1945 -1949). Er schrieb zahlreiche Werke, in denen er zunächst für die Föderalisierung, seit 1915 für die Auflösung der Habsburgermonarchie eintrat. Sowohl als Berater des Foreign Office wie auch als Publizist übte er in Großbritannien großen Einfluss aus.

In Rom traf Masaryk mehrere südslawische Exilpolitiker, die die Korridor-Idee begrüßten, wie der dortige Vertreter der russischen Telegraphenagentur, Vsevolod Swatkowski, der ebenfalls mit Masaryk vertrauliche Gespräche führte, nach St. Petersburg meldete.<sup>284</sup> Allerdings begegnete gerade Ante Trumbić<sup>A)</sup>, der spätere Präsident des Jugoslawischen Nationalrates in Paris, den Plänen eher kühl und regte an, die ganze „Korridorfrage“ den Tschechen zu überlassen.<sup>285</sup> Er sollte übrigens diese Haltung auch später als Außenminister des SHS-Staates nicht ändern.

Interessant ist es, dass auch Serbien, dem in den Plänen Masaryks als führende Macht des zukünftigen südslawischen Großstaates der südliche Teil des Korridors zufallen sollte, diese Idee kaum beachtete. So war im Memorandum des Ministerpräsidenten und Außenministers der serbischen Exilregierung in Korfu, Nikola Pašić<sup>B)</sup>, vom 2. April 1917 an das Alliierte Oberkommando in Saloniki vom Korridor keine Rede. Pašić umriss hier die Nordgrenze eines serbokroatischen Staates „nach dem Endsieg der Entente“ und zog dabei eine Linie, die von Subotica über Baja und dann - in Westungarn - nördlich von Fünfkirchen (Pécs) entlang der Wasserscheide des Mecsekgebirges bis zur Mündung der Mur in die Drau verlaufen sollte. Dann sollte die Grenze die Mur entlang bis südlich von Leibnitz gehen, um dann weiter westlich ganz Südkärnten für Jugoslawien einzuschließen. Wörtlich meinte Pašić, dass damit die „Vaser-Kroaten“ (= „Wasser-Kroaten“)<sup>C)</sup>, deren Siedlungen sich bis Pressburg im Norden erstrecken sowie die Slowenen nördlich der Mur bei Ungarn verbleiben würden.<sup>286</sup> Wahrscheinlich erfuhr aber Masaryk nichts von dieser Haltung und verfolgte

---

A) Ante Trumbić (geb. 1864 in Split, gest. 1938 in Zagreb) Rechtsanwalt, 1894 Mitglied des Dalmatinischen Landtages, 1897 des Reichsrates in Wien. Emigrierte bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges nach Italien. 1915 zum Präsidenten des Jugoslawischen Nationalrates in Paris gewählt, unterzeichnete er 1917 mit Pasic den "Pakt von Korfu", der die Gründung eines gemeinsamen Staates der Kroaten und Serben begründete. Von Dezember 1918 bis November 1920 erster Außenminister des SHS-Königreiches.

B) Nikola Pašić (geb. 1846 in Zajecar, gest. 1926 in Belgrad) gründete 1881 die Radikale Partei Serbiens und lebte als Gegner König Milans 1883 -1889 im Exil. 1891/92 und dann 1906 -1918 leitete er als Ministerpräsident die Politik Serbiens in enger Anlehnung an Russland und als Verfechter des großserbischen Gedankens. Im "Pakt von Korfu" (1917) bereitete er die Errichtung des SHS-Königreiches vor, das er 1919/20 bei den Pariser Friedensverhandlungen vertrat. 1921 bis zu seinem Tod abermals Ministerpräsident.

C) Pašić verwendet kurioserweise die im Volksmund übliche deutsche Bezeichnung "Wasser-Kroaten" für die kroatische Bevölkerung Westungarns und erklärt diesen Begriff in serbischer Sprache als "Hrvato-Dalmata"

daher ungebrochen seine Korridorpläne weiter. Der sozialdemokratische Abgeordnete Gustav Habrman, der Masaryk im Frühling 1915 in Genf besuchte, berichtet, dass dieser in seinem Hotelzimmer eine große Karte der von ihm geplanten Tschechoslowakei hängen hatte, wo dieser neue Staat durch einen breit gezeichneten Landstreifen mit einem dort ebenfalls eingezeichneten südslawischen Staat verbunden war.<sup>287</sup>

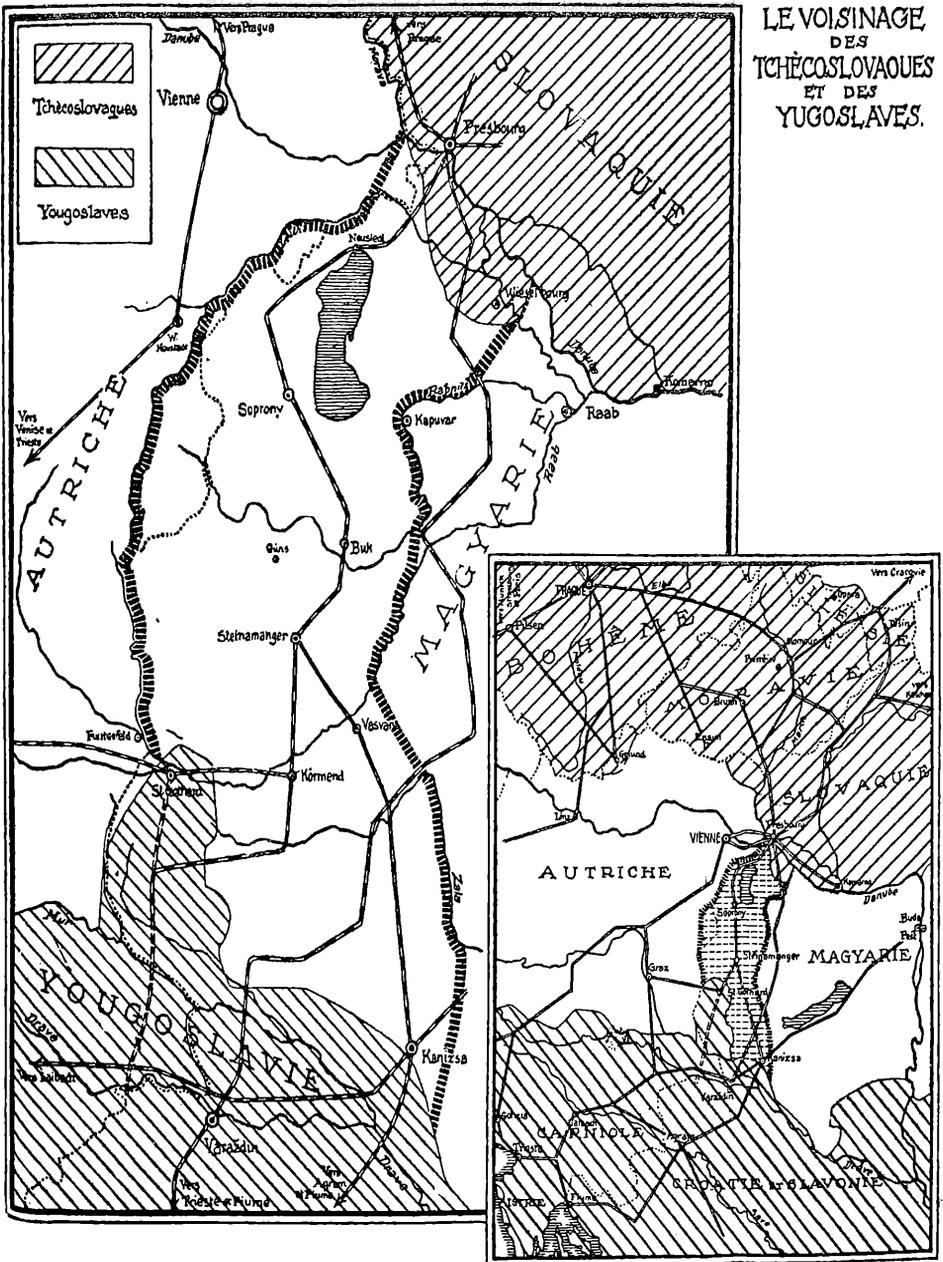
Im April 1915 reiste Masaryk nach London, wo er wieder Robert W. Seton-Watson und den Mit-Herausgeber der Londoner „Times“, Henry Wickham Steed, traf. Über deren Vermittlung hatte er nun Gelegenheit, erstmals mit einem der obersten Vertreter der Westmächte in Verbindung zu treten und ein vertrauliches Memorandum, das den Titel „Independent Bohemia“ [Das unabhängige Böhmen] trug, an den britischen Außenminister, Sir Edward Grey, zu senden bzw. mehrere Gespräche mit dessen Sekretär Sir George Clark zu führen. In diesem Memorandum fixierte der tschechische Politiker im Großen und Ganzen alle jene territorialen Ziele, die er bis zum Kriegsende 1918 in zahlreichen Gesprächen immer wieder vorbrachte. Bezüglich des Korridors meinte er, dass dessen nördlicher Abschnitt „an Böhmen“, der südliche an Serbien fallen sollte und dass „der serbisch-böhmische Korridor den wirtschaftlichen Verkehr beider Länder erleichtern – also des industriellen Böhmen und des ackerbauenden Serbo-Kroatien – und von Böhmen zu den serbo-kroatischen Häfen führen“ sollte.<sup>288</sup> In der Folgezeit unterstützte vor allem Henry W. Steed Masaryks Bemühungen in mehreren Artikeln seiner Monatsschrift „New Europe“, in denen er über die Problematik der Nationalitäten - insbesondere der Tschechen - in der Habsburgermonarchie schrieb, auch wenn diese zunächst nur ein bescheidenes Echo in der politischen Öffentlichkeit auslösten.<sup>289</sup>

Auch die gleichgerichteten Bemühungen von Edvard Beneš, der im September 1915 aus Böhmen mit einem falschen Pass in den Westen geflohen war, hatten nur bescheidenen Erfolg, obwohl seine Schrift „Détruisez l’Autriche-Hongrie!“ (Paris 1916)<sup>A)</sup> in Paris für einigen Diskussionsstoff sorgte. Beneš appellierte hier geschickt an die in Frankreich weit verbreitete Angst vor Deutschland, dessen Truppen zu diesem Zeitpunkt noch tief in Nordfrankreich standen. Er meinte, dass man dem deutschen Imperialismus nur durch ein Bündnis mit den „vom deutschen Joch zu befreienden“ slawischen Nationalstaaten im Osten wirksam entgegentreten könne. Dies sei natürlich nur nach Zerstörung des Habsburger-

---

A) Die Anfang 1916 in Paris erschienene, von Edvard Beneš verfasste Werbeschrift "Détruisez l'Autriche-Hongrie! Le martyre des Tchéco-Slovaques à travers l'histoire" wurde auch ins Englische und Italienische übersetzt. (Vgl.: Fischel, Alfred: Das tschechische Volk. - Breslau 1928. S.82)

LE VOISINAGE  
DES  
TCHÉCOSLOVAQUES  
ET DES  
YUGOSLAVES.



Beilage zu Memorandum Nr. 2

Karte Nr. 5

Bild 63: Der tschechische „Korridor“-Plan 1918/19.

reiches möglich, denn „...es gibt kein anderes Mittel, den preußischen Drang nach Osten und die deutsche Hegemonie in Europa endgültig zu brechen, als die Vernichtung Österreich-Ungarns. Es muss ein unüberwindlicher Damm gegen Preußen aufgerichtet werden, um dieses von möglichen anderen Verbündeten zu trennen und seinen eigenen Kräften zu überlassen. Dieser Damm ist ein unabhängiges Böhmen, das im Norden auf ein vereinigtes und autonomes Polen gestützt, durch einen Korridor mit Jugoslawien verbunden ist, der die Deutschen und Ungarn längs der Leitha trennt. Dies würde eine unüberwindbare slawische Schranke bilden. Die sich daraus ergebende Zerstörung Österreichs und die Zurückdrängung der Ungarn auf ihre ureigenen Siedlungsgebiete mit 8 Millionen ausschließlich magyarischen Einwohnern, die durch slawische Gebiete von den Deutschen getrennt wären, würde eine Wiederholung der gegenwärtigen Katastrophe für immer bannen. Dies ist es, wovon wir die Ententemächte überzeugen möchten.“<sup>290</sup>

Ausführlicher und mit einer breit unterlegten historischen Begründung argumentierte schließlich Masaryk in seinem Werk „The New Europe. The Slav Standpoint.“, das 1918 in London erschien, wobei auch er den deutschen Imperialismus als Grund für viele europäische Kriege bezeichnete und schließlich ebenfalls den Gedanken eines „Cordon sanitaire“ als Bollwerk gegen Deutschland propagierte, wobei er wieder auf den Korridor hinwies. Er meinte, dass nach einer Neugestaltung Europas, die auf den Zerfall der Monarchien mit ihren multinationalen Großreichen folgen müsse, ein Bündnis demokratischer Republiken in Osteuropa genügend stark sei, „ihre Existenz selbst zu sichern.“ Dann könne man vielleicht auf den Korridor verzichten, es müsse aber dann „die Bahn von Pressburg zum Meere internationalisiert werden.“<sup>291</sup>

Es war für beide tschechischen Exilpolitiker enttäuschend, dass man zunächst in keiner Weise auf ihre Ideen einging. Noch am 5. Jänner 1918 erklärte der Premierminister Großbritanniens, David Lloyd George, in einer öffentlichen Rede in London, dass die Zerschlagung Österreich-Ungarns nicht zu den alliierten Kriegszielen gehöre, man aber auf „eine Beseitigung der Unruheherde in diesem Teil Europas erst dann hoffen könne, wenn den österreichisch-ungarischen Nationalitäten die wahre Selbstregierung nach echt demokratischen Grundsätzen gewährt werde“ also offensichtlich nur eine innere Reform der Donaumonarchie anstrebe. Auch in den wenig später veröffentlichten 14-Punkten des US-Präsidenten Wilson war von einer Auflösung des Vielvölkerreiches nicht die Rede, sondern nur davon, dass „den Völkern Österreich-Ungarns, deren Stellung unter den anderen Nationen wir sichergestellt und gewahrt zu sehen wünschen,...die freieste Gelegenheit zu einer autonomen Entwicklung geboten werden“ sollte.<sup>292</sup>

Erst im Sommer 1918 wendete sich das Blatt, als alle Geheimverhandlungen um einen Sonderfrieden mit Österreich-Ungarn scheiterten, und Frankreich am 9. Juni das Recht der Tschechoslowaken auf Unabhängigkeit und den tschechischen Nationalrat in Paris als „erste Grundlage einer künftigen Regierung“ anerkannte. Am 14. August akzeptierte auch Großbritannien die Tschechen als verbündete Nation und ihre militärischen Verbände in Russland, Frankreich und Italien als „verbündetes Heer, das regelrecht Krieg gegen Österreich-Ungarn und Deutschland führt.“ Am 3. September folgte die Regierung der Vereinigten Staaten und erkannte die Vertretung der Tschechen in Paris als eine „de facto kriegführende Regierung“ an. Am 14. Oktober bildete sich in Paris eine provisorische Regierung der Tschechoslowakei, die damit - wenn auch territorial noch nicht existent - als Staat auf Seite der baldigen Siegermächte auftrat.

Inzwischen war der innere aber auch der militärische Zusammenbruch Österreich-Ungarns nicht mehr aufzuhalten, sodass das Armeeoberkommando in Baden am 28. Oktober 1918 beschloss, an das italienische Commando supremo mit der Bitte um einen Waffenstillstand heranzutreten. Am 31. Oktober reagierte der Alliierte Oberste Kriegsrat in Versailles und übersandte den in der Villa Giusti bei Padua wartenden Unterhändlern die Bedingungen über die Einstellung der Kämpfe. Darin wurde die bedingungslose Kapitulation der k.u.k. Armee gefordert und neben anderen Details Besatzungsrechte für die Alliierten bzw. volle Bewegungsfreiheit für deren Streitkräfte innerhalb des besiegten Staates verlangt. Diese Bedingung resultierte aus der Annahme, dass das Deutsche Reich trotz der Kapitulation ihrer Verbündeten weiterkämpfen werde und man nun die Möglichkeit sah, über österreichisches Gebiet von Süden und von Osten her in den Rücken der deutschen Truppen vorzustoßen und einen Zangenangriff gegen diesen letzten Feind zu führen.<sup>293</sup> Beneš, der als Vertreter der nun ebenfalls gegen die Mittelmächte kriegführenden Tschechoslowakei teilweise an den operativen Planungen teilnahm, sah die Chance gekommen, den Alliierten einen Vorstoß vom Raum Triest über Slowenien in Richtung Pressburg und weiter nach Böhmen vorzuschlagen. Italienische und amerikanische Truppen sollten gemeinsam mit der an der oberitalienischen Front stehenden tschechischen Legion möglichst rasch per Bahn nach Mähren und Böhmen vorstoßen, wo man sich die Unterstützung der dortigen Bevölkerung erwartete. Der tschechische Politiker versprach sich dabei nicht nur eine wirksame militärische Absicherung seines neuen Heimatstaates, sondern – sozusagen im Vorbeigehen – auch die Schaffung des slawischen Korridors.<sup>294</sup> Die weitere Entwicklung an der Westfront und die ebenfalls bald darauf erfolgte Kapitulation Deutschlands erübrigte jedoch die Verwirklichung eines solchen Feldzuges.

Der „tschechische Korridorplan“ war natürlich in den betroffenen Staaten, Österreich und Ungarn, nicht unbemerkt geblieben. Wie wir schon erwähnt haben, verursachte er hier bereits im Herbst 1918 einige Aufregung. Als dann südslawische Truppen am 24. Dezember die Drau nach Norden überschritten, das Zwischenmurg-Gebiet mit Čakovec besetzten und dann noch weiter bis Lendava und Olsnitz (Muraszombat/Murska Sobota) vorstießen, schien der „Korridorplan“ für viele Wirklichkeit zu werden.<sup>295</sup> Gerüchte, dass die unter dem Kommando des italienischen Obersten Riccardo Barecca stehenden tschechischen Truppen, die Pressburg um die Jahreswende 1918/19 besetzt hatten, weiter nach Süden marschieren werden, sorgten für weitere Aufregung nicht nur bei der betroffenen Bevölkerung, sondern auch in Budapest und Wien. Erst als nach einigen Wochen klar wurde, dass weder die Tschechen die Donau überschreiten würden und die Serben ebenfalls nicht wie befürchtet nach Nagykanizsa vorstießen, sondern ihre Truppen sogar etwas nach Süden zurückzogen, beruhigte sich die Situation, und man glaubte den Beteuerungen jugoslawischer Politiker, dass sie keineswegs an eine militärische Aktion in Richtung „Korridor“ dächten.

Auch die Tschechoslowakei, die ab Jänner 1919 im Kreis der „alliierten und assoziierten Mächte“ bei den Friedensverhandlungen in Paris saß, versagte sich jedes gewaltsame Vorgehen in dieser Richtung. Allerdings betonte der nunmehrige Außenminister der Tschechoslowakischen Republik, Edvard Beneš, schon bei seinem Treffen mit Harold Nicolson, dem britischen Delegierten bei der Friedensverhandlung, am 16. Jänner 1919, die Notwendigkeit einer territorialen Verbindung seines Landes mit Jugoslawien.<sup>296</sup> Zwei Wochen später traten Beneš und Karel Kramář, letzterer bereits als Ministerpräsident der Tschechoslowakei, vor den „Rat der Zehn“, um die Territorialansprüche ihres Landes offiziell zu präsentieren. Schon vorher hatte Beneš mehrere Denkschriften an die übrigen Verhandlungsteilnehmer versandt, wo meist von territorialen Ansprüchen die Rede war. Das Mémoire No. 2, das die Überschrift „Les revendications territoriales de la république Tchèque“ [Die territorialen Forderungen der tschechoslowakischen Republik] trug, behandelte die „Korridorfrage“ ausführlich, wobei die schon bekannten politischen Begründungen dieser selbst von den Tschechen zumindest aus militärischer Sicht als gewagt bezeichneten Konstruktion wiederholt wurden.<sup>297</sup> In einer überaus „kühnen“ Geschichtsdarstellung wurde behauptet, dass seit Jahrhunderten der magyarische Staat nur ein Herrschaftsinstrument in der Hand der Deutschen gewesen sei; nur dank ihrer Verbindung mit den Magyaren hätten die Deutschen eine Expansionspolitik auf dem Balkan und in den nahen Orient hinein treiben können. Der tschechoslowakische Staat habe die „europäische“ Aufgabe und Möglichkeit, diese Verbindung zu sprengen und eine Barriere gegen den „deutschen Imperialismus“ zu errichten, wenn man ihn territorial entsprechend ausstatte - und dazu gehöre eben auch

der „Korridor“ Wörtlich hieß es: „Es gibt dort ein gemischtes Gebiet, das von Magyaren, Deutschen und einer Mischung von Slowaken und Jugoslawen bewohnt ist. Die Slawen erreichen nahezu 25 bis 30 % trotz des sehr heftigen Druckes der magyarischen Behörden...Sie sitzen längs der alten Grenze zwischen Österreich und Ungarn von Pressburg im Norden, gegen Mur und Drau im Süden. Es ist ein Gebiet, das in nordsüdlicher Richtung eine Länge von 200 km erreicht, und wo die Bevölkerungszahl sich auf 700.000 Einwohner beläuft, davon 200.000 Slawen (Kroaten, Slowenen und Slowaken), 300.000 Deutsche und 200.000 Magyaren. Die Nachbarschaft der Tschechoslowaken mit den Jugoslawen könnte verwirklicht werden, wenn dieses Gebiet... der tschechoslowakischen Republik (die Komitate Wieselburg und Ödenburg) und dem jugoslawischen Staat (die Komitate Eisenburg und Zala) zugeteilt würde.“<sup>298</sup>

Dass alle tschechischen Memoranden und Schriften zu dieser Zeit immer nur von Deutschen und Deutschland sprachen und Österreich nicht erwähnten, hatte nicht nur damit zu tun, dass man mit den antideutschen Ressentiments in London und Paris und der Furcht breiter Kreise Frankreichs vor dem jetzt besiegten, aber nach wie vor mächtigen Nachbarn jenseits des Rheins kokettierte, sondern vielmehr mit der Tatsache, dass man zu diesem Zeitpunkt in Prag mit einem Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich rechnete. Sollte dieser Fall Wirklichkeit werden und viele Erklärungen und Beschlüsse in Wien aus den letzten Monaten des Jahres 1918 ließen diese Annahme zu - sah sich die Tschechoslowakei in einem weiten Bogen zwischen Schlesien und Niederösterreich - von Deutschland umringt. Angesichts der Tatsache, dass die neue tschechoslowakische Republik nun in ihren Grenzen über 3,5 Millionen Deutsche hatte, die zu einem großen Teil im Grenzgebiet wohnten und da sowohl Deutschland als auch Österreich auf diese Gebiete Anspruch erhoben, war es ein existenzielles Trachten Prags, Deutschland in dem kommenden Friedensvertrag möglichst klein zu halten, um jeglichen „deutschen Revisionismus“ für die Zukunft wirksam abzublocken. Man war sich klar, dass dies nur im Rahmen des kommenden Friedensvertrages möglich sein werde und dass der wirksamste Schutz der neuen tschechischen Grenzen nur durch eine dort erfolgte Garantieerklärung der Großmächte auf Dauer gesichert sei. Die Angst vor Deutschland sollte übrigens auch nach dem Friedensvertrag von Versailles die Politik an der Moldau weiter beherrschen. „Denn...“ so donnerte und prophezeite Karel Kramář, der nicht müde wurde, die „deutsche Gefahr“ an die Wand zu malen, in seiner Rede vor der Prager Nationalversammlung noch am 20. Jänner 1920: „Ich kenne die Stärke der Deutschen. Sie werden nicht weniger gefährlich, wenn wir ihnen nachgeben....Sie werden nie vergessen, was passiert ist. Und ich sage frei und offen - ich als Nationalist würde es nicht verstehen, wenn sie es täten. Ich bin überzeugt, dass was immer die Entente in Wien erreicht, welch immer geartete Verträge

*man mit Renner schließt für Böhmen, wenn die deutschen Fanfaren erschallen, alle Deutschen in unserer Republik, alle Deutschen in Österreich und alle Deutschen in Deutschland gemeinsam aufstehen werden. Wir müssen dies immer in unserem Gedächtnis behalten und unsere Politik danach richten.”<sup>299</sup>*

Um eine breite internationale Öffentlichkeit zu informieren und die damals bereits laufenden Friedensverhandlungen zu beeinflussen, erschien 1919 ein Buch des bisher unbekanntem Autors Arthur Chervin mit dem Titel „De Prague à l’Adriatique. Considérations géographiques, ethniques et économiques sur le Territoire (Corridor) faisant communiquer les Tchéques avec les Yougoslaves.” (Paris 1919), von dem man vermutete, dass es von Beneš angeregt worden war. Dieses stellte eine neue Maximal-Variante des Korridors vor, die im Westen von der alten Reichsgrenze, im Osten aber von einer Linie begrenzt wurde, die die Stadt Raab (Győr) in den Korridor einschloss. Entlang der Flüsse Raab und Marcal sollte die Grenze dann nach Süden und weiter entlang der Zala westlich des Plattensees in Richtung Nagykanizsa und der Mündung der Mur in die Drau verlaufen - also einen 80 bis 100 km breiten Streifen mit einer Länge von mehr als 200 km durch Westungarn ziehen.

Viele Anzeichen und spätere Aussagen weisen allerdings darauf hin, dass zumindest Masaryk und Beneš den Korridor nie als Forderung betrachteten, die man mit allen Mitteln durchsetzen müsse. Es scheint, als ob man ihn - mit der ständigen Beschwörung der „deutschen Gefahr“ - nur als Mittel zum Zweck benutzte, um andere Ziele umso leichter zu erreichen. Nicht zuletzt wollte man damit auch gewissen panslawistischen Kreisen um Kramář keine unnötigen innenpolitischen Reibungsflächen bieten. So erklärt sich auch die verhandlungsbereite Haltung, die die beiden genannten Spitzenverhandler in Paris an den Tag legten und sich letztlich dann den Korridor „wegverhandeln“ ließen.<sup>300</sup> Davon wusste man allerdings um die Jahreswende 1918/19 nichts, sodass der „slawische Korridor“ nicht wenig Besorgnis bei den betroffenen Staaten Österreich und Ungarn und nicht zuletzt – wie bereits erwähnt – auch bei der betroffenen Bevölkerung in Westungarn selbst auslöste.

In Paris stießen die tschechischen Forderungen gleich zu Beginn der Friedensverhandlungen lediglich bei Frankreich auf Wohlwollen und Unterstützungsbereitschaft. Die Vertreter Großbritanniens und der USA waren sehr skeptisch über die Machbarkeit und Sinnhaftigkeit des Korridors, während Italien diesen rundweg ablehnte. Trotz positiver Reaktionen von südslawischen Zeitungen, wie des kroatischen Blattes „Obzor“<sup>301</sup>, oder des Laibacher Korrespondenzbureaus „Slovenec“,<sup>302</sup> blieb auch die erhoffte südslawische Unterstützung auf diplomatischer Ebene aus. In Belgrad konzentrierte man ganz offensichtlich alle Bemühungen auf die Gewinnung Ostmazedoniens, des Banats, der Vojvodina und

der Baranya, Süd- und Mittelkärntens sowie auf die Abwehr italienischer Gebietsforderungen in Istrien und Dalmatien. Außenminister Ante Trumbić, der selbst aus Dalmatien stammte, blockierte alle „abenteuerlichen Randideen“, die für die Hauptanliegen seines Staates – und dazu gehörte nun einmal die gesamte Adriaküste von Istrien bis Albanien - nur hinderlich sein konnten.

Mitte Jänner 1919 berichtete US-Oberstleutnant Sherman Miles, ein Mitglied der Coolidge-Mission, der in Slowenien die dortigen Grenzfragen studierte, dass die slowenischen Politiker ihm gegenüber den Korridor – selbst auf seine Fragen hin - nicht einmal erwähnenswert fanden und diesen als ein Problem der Tschechen bezeichneten. Auch das zur selben Zeit - am 18. Jänner - der Friedenskonferenz vorgelegte jugoslawische Memorandum Nr. 8, das unter anderem die vom SHS-Staat geforderte Nordgrenze beschrieb, zog die Grenze wie folgt, ohne den „Korridor“ zu erwähnen: „...[die Grenze] folgt weiterhin der Mur bis zur Mündung des Flusses Lendava. Von diesem Punkt wendet sich die Grenze nach Norden, passiert die Koten 328, 165, 218 und erreicht etwas weiter nördlich den Fluss Raab östlich von St. Gotthard. Dann wendet sie sich flussaufwärts entlang der Raab bis zur gegenwärtigen Grenze zwischen Österreich und Ungarn...“<sup>303</sup> - Man ging also kaum über das tatsächlich slowenische Siedlungsgebiet im Übermurgebiet (Prekmurje) hinaus.

Der bald zunehmende Widerstand Italiens, der USA und Großbritanniens gegen den Korridor ließ Prag einlenken, und Außenminister Beneš erklärte bei den nächsten Verhandlungen, die am 5. Februar 1919 im französischen Außenministerium am Quai d'Orsay stattfanden, dass man nach wie vor den Korridor als notwendig erachte, aber „den Fortgang der Gespräche durch diesen Punkt nicht gefährden wolle.“<sup>304</sup> In einem neuen Vorschlag, dem Memorandum Nr. 5 (La Slovaquie. Le territoire revendiqué de la Slovaquie), das sich in erster Linie mit den Grenzen der Slowakei befasste, wurde der Korridor nicht mehr wörtlich erwähnt, jedoch - sozusagen als eine verkleinerte Variante desselben - eine bedeutende Ausweitung des tschechoslowakischen Staatsgebietes südlich von Pressburg in das Wieselburger Komitat hinein gefordert: „Die Südgrenze der Slowakei beginnt bei Petronell an der Donau, verläuft direkt nach Süden gegen die Leitha, wo sie die niederösterreichisch-ungarische Grenze erreicht, entlang dieser Linie in südwestlicher Richtung bis Bruck an der Leitha, so daß Petronell, Hollern, Pandorf [sic!] und Királyhida<sup>A)</sup> in der Slowakei verbleiben. Westlich von Bruck wendet sich die Linie nach dem Süden bis zum Neusiedlersee, wobei sie den Altenberg schneidet. Die Gemeinden Winden (Sasony) und Goysz [sic!]<sup>B)</sup>

---

A) Királyhida = Bruckneudorf

B) Goysz = Jois

*bleiben in der Slowakei. Von hier aus überquert die Grenze in gerader Linie das Nordufer des Neusiedlersees und erreicht sein östliches Ufer bei Kote 113 beim Sibenmodehügel [sic!] wobei folgende Gemeinden zur Slowakei fallen: Neusiedl, Weiden, Gols, Mönchhof, Halbthurm [sic!], Zanegg, Strassomerein, Paltersdorf, Schwarzwald, Serfonyösziget, Czokolasziget und Kis-Bodak. Östlich von Kis-Bodak erreicht die Linie den Hauptarm der Donau.”<sup>305</sup>*

Um über die tschechischen Forderungen entscheiden zu können, wurde eine Kommission, die „Commission des Affaires Tchéco-Slovaques“, eingesetzt, der von Seiten der USA Charles Seymour, Allen W. Dulles und Archibald C. Coolidge, von Großbritannien Sir Joseph Cook und Harold Nicolson, von Frankreich Jules Cambon und Jules Laroche und schließlich von Italien Marquis Giuseppe Salvago-Raggi und Augusto Stranieri angehörten. Hier zeigte sich bereits Italiens entschiedene Gegnerschaft gegen jede Stärkung der jugoslawischen Position im Adria-raum, was durch die enge Anbindung der CSR an das SHS-Königreich auf jeden Fall eingetreten wäre.

Italien hatte im Londoner Vertrag vom 26. April 1915 für seinen Eintritt in den Krieg auf der Seite der Entente von Großbritannien, Frankreich und Russland das Trentino und Südtirol also die Brennergrenze – Triest, Istrien, Görz und Gradiska, die Inseln Cherso (Cres), Lussin (Lošinj), den nördlichen Teil Dalmatiens bis zum Kap Palanka südlich von Sebenico (Šibenik) einschließlich der vorgelagerten Inseln und den albanischen Hafen Valona mit seinem Hinterland versprochen bekommen. Schon bei den Gesprächen Außenminister Sonninos mit seinem serbischen Kollegen Pašić in Rom am 2. August 1918 - also noch mitten im Krieg - war es klar, dass - sollte es zu einem Sieg über die Donaumonarchie kommen - es zu schweren Konflikten zwischen den jetzt noch verbündeten Mächten um den Besitz der östlichen Adriaküste kommen würde.<sup>306</sup> Viele sahen es dann als ein Symbol eines neu ausbrechenden Konfliktes, dass am 1. November 1918 ein italienisches Kommando in den jetzt nur mehr mit geschwundener Wachsamkeit gesicherten Kriegshafen Pola eindrang und mittels Unterwasserminen das Flaggschiff der k. u. k. Flotte, den Panzerkreuzer „Viribus Unitis“, versenkte wobei nicht nur ein großer Teil der Besatzung, sondern auch der erste jugoslawische Flottenkommandant, Janko von Vuković, der das Schlachtschiff bereits übernommen hatte, den Tod fanden<sup>A)</sup>. Sofort nach dem Waffenstillstand von Villa Giusti (3. November 1918) nützten die Italiener den Zusammenbruch der k. u. k. Armee um möglichst noch vor den Serben weite Teile des umstrittenen Küstenlandes in die Hand zu bekommen. Sie rückten bis

---

A) Auf Befehl des Kaisers war die k. u. k. Kriegsflotte bereits am 31. Oktober durch den Marinekommandanten Admiral Nikolaus Horthy v. Nagybánya dem Agramer Nationalrat übergeben worden.

Laibach (Ljubljana) vor, wo sie auf die ersten serbischen Einheiten trafen, besetzten weite Teile Istriens und brachten Truppen in Sebenico (Šibenik), Zara (Zadar) und Fiume (Rijeka) an Land.

Serbien protestierte natürlich gegen das italienische Vorgehen und forderte vehement im Namen des gerade gegründeten SHS-Königreiches alle von mehrheitlich slawischen Einwohnern besiedelte Gebiete für sich. In dem nun in den nächsten Wochen aufkommenden Konflikt besaß Italien zwar nach wie vor – allerdings nur mehr kleinlaut – das Wort der Briten und Franzosen, doch stellte sich die USA strikt an die Seite Jugoslawiens mit der Begründung, dass man die eindeutige südslawische Mehrheit in dem nun umstrittenen Gebiet nicht einfach ignorieren könne und erzwang sogar die Räumung Fiumes, das die Italiener schon in Besitz genommen hatten. In Italien war man enttäuscht und wütend. Viele meinten, dass die italienischen Kriegsanstrengungen, die das Land unter schweren Opfern bis an den Rand der Leistungsfähigkeit gebracht hätten, weitgehend vergeblich gewesen wären, wenn die Regierung jetzt weniger erreichte, als im Londoner Vertrag zugesichert worden war. Italien sah sich um sein historisches Recht auf Dalmatien geprellt, das ja seit dem Mittelalter bis 1797 bzw. 1813 zu Venedig – also den Italienern – gehört hatte, bis es ihnen die Habsburgermonarchie entrissen hatte. Der alte Traum des Risorgimento, die Adria als „mare nostrum“ – also als italienisches Binnenmeer – dem Vaterland einzuverleiben, dessen Verwirklichung schon so nahe war, werde nun durch die eigenen Verbündeten zunichte gemacht. In Rom sprach man ganz offen vom „gewonnenen Krieg und verlorenen Frieden“ und viele meinten, dass der nächste Krieg wieder auf dem Balkan gegen Jugoslawien – ausbrechen werde. Der Fiume-Konflikt, der dann am 12. September 1919 ausbrach, als der gefeierte Dichter und nationalistische Volksheld, Gabriele d'Annunzio, mit einer Freischar diese Stadt neuerlich besetzte und es fast um ein Haar zu Kämpfen mit serbo-kroatischen Truppen gekommen wäre, schien diese Theorie gefährlich zu bestätigen. In Rom begann man neue Verbündete zu suchen und glaubte sie in Österreich und Ungarn zu finden, die ebenfalls wegen verlorener Gebiete und ungelöster Grenzfragen in der Sicht Italiens „natürliche Feinde“ des südslawischen Staates waren. Obwohl die öffentliche Meinung in Österreich - wie bereits oben erwähnt bei weitem noch nicht reif für solch ein Bündnis war, begann bereits 1919 in Rom eine Politik einer behutsamen Annäherung an den ehemaligen Feindstaat. Dies zeigte sich deutlich in der Unterstützung Österreichs in Kärnten, wo Italien unter allen Umständen ein Ausbreiten seines „neuen Feindes“ noch weiter nach Norden verhindern wollte, wie auch in der strikten Ablehnung einer unmittelbaren Landverbindung zwischen der ČSR und dem SHS-Staat bei den Verhandlungen in Paris.

Aber nicht nur die „italienischen“ Kommissionsmitglieder opponierten scharf gegen den Korridorplan, sondern auch die amerikanischen Verhandler, die vor allem auf den Umstand hinwiesen, dass der für den slawischen Korridor vorgesehene Gebietsstreifen überwiegend von Deutschen bewohnt sei, die eindeutig Österreich angeschlossen werden wollten. Um das Vorgehen ihrer beiden Länder abzustimmen, trafen sich schon am nächsten Tag – also am 6. Februar 1919 – Harold Nicolson (Großbritannien) und Charles Seymour (USA) zu einem eingehenden Gespräch. Sie stellten fest, dass der „Korridor“ durch nichts zu rechtfertigen sei und daher entschieden abgelehnt werden müsse. Seymour sah in den tschechischen Plänen einen scharfen Gegensatz zu den von „seinem Präsidenten“ festgelegten Prinzipien, Nicolson hielt den Plan für unrealistisch und als Ausdruck eines mehr oder minder verworrenen Panlawismus. Es dürften die Briten, die damals ihr Augenmerk hauptsächlich auf die Kolonien und den Orient gerichtet und zunächst weniger Interessen im Donaauraum hatten, bald Bedenken bekommen haben, eine Stärkung der slawischen Staaten in Mitteleuropa weiter zu unterstützen. So schrieb Harold Nicolson in seinem „Pariser Tagebuch“ am 25. April 1919: „...*Ich habe auch das unbehagliche Gefühl, dass es ein Fehler wäre, die Slawen an der Adria allzu festen Fuß fassen zu lassen. Was würden wir anfangen mit einem slawischen Block von Wladiwostok bis Fiume, von Danzig bis Samarkand? Les Scythes ont conquis le monde... Was wird sich Rußland um den Völkerbund scheren? Sie werden sagen, er sei nur ein Schwindel der Siegermächte.*“<sup>307</sup>

So kamen die Verhandlungspartner bei der entscheidenden Sitzung am 8. März 1919 überein, die „Korridorlösung“ nicht dem „Rat der Zehn“ vorzulegen, was praktisch das Ende des Plans einer territorialen Verbindung zwischen der ČSR und dem SHS-Staat bedeutete. Man hatte sich nach längeren Debatten zu diesem Beschluss durchgerungen, da man den Tschechen ohnehin in Südböhmen und Südmähren alle Forderungen erfüllte und durch die Zuteilung der Großen Schüttinsel (Csallóköz) an die Slowakei weitgehend entgegengekommen war. Noch weiter über die Donaugrenze nach Süden auszugreifen und Ungarn weitere Gebiete in diesem Raum wegzunehmen, fand man als ungerechtfertigt. Die Frage eines Zuganges zum Meer wurde der „Commission du Regime International des Ports, Voies d'Eau et Voies Ferrées“ – also einer Art „Verkehrskommission“ – überantwortet, um dort der Tschechoslowakei durch im Friedensvertrag festgeschriebene Garantien geeignete Zugänge zu Häfen an der Adria zu sichern. In dieser Kommission wurde den Tschechen am 7. April 1919 das Recht zuerkannt, Züge über zwei internationalisierte Eisenbahnlinien zu den Häfen Triest und Fiume führen zu können. Eine davon sollte von Budweis (Česke Budějovice) über Linz, St. Michael an der Mur, Villach und Assling (Jesenice) nach Triest, die andere auf ungarischem Boden von Pressburg über

Csorna, Nagykanizsa, Murakeresztúr und Pragerhof (Pragersko) nach Fiume laufen. Um letztere Linie zwischen Pressburg und Csorna nicht ebenfalls über österreichisches Gebiet führen zu müssen, wurde dann die österreichisch-ungarische Grenze östlich des Neusiedlersees so gezogen, dass das fast rein deutsche Siedlungsgebiet entlang und östlich dieser Bahnlinie bei Ungarn belassen wurde.

Da auch der Versuch des französischen Verhandlers im Obersten Rat (Conseil Supreme des Alliés), André Tardieu, den „Korridor“ in Form der ursprünglichen tschechischen Forderungen - sozusagen „auf höherer Ebene“ - erneut ins Spiel zu bringen am 28. März 1919 abermals am italienischen und amerikanischen Widerstand gescheitert war, blieb man bei dieser Kompromisslösung. Dies wurde schließlich auch in den Friedensverträgen von Saint Germain (Artikel 322) und von Trianon (Artikel 306) bestätigt und völkerrechtlich verbrieft.

Als es im April 1919 in Paris in der Adria-Frage zu einer schweren Krise kam, und die italienischen Verhandler, Ministerpräsident Vittorio Emanuele Orlando und Außenminister Sidney Sonnino, vorübergehend die Friedenskonferenz aus Ärger über die Haltung ihrer westlichen Alliierten verließen, sah man in Belgrad bereits die Gefahr eines Krieges heraufdämmern und wandte sich um Hilfe an Prag. In einem Geheimvertrag, der am 24. Mai 1919 in Prag abgeschlossen wurde, verpflichtete sich die CSR im Falle eines italienisch-jugoslawischen Krieges dem SHS-Staat militärisch zu Hilfe zu kommen. Dabei sollten tschechische Truppen im österreichisch-ungarischen Grenzgebiet nach Süden vorstoßen. Der dabei automatisch entstehende „Korridor“ sollte ohne weitere Umstände unter tschechische Staatshoheit gestellt werden, um weiteren Nachschub an Menschen und Material dem Verbündeten im Süden zukommen zu lassen.<sup>A)</sup> Glücklicherweise unterblieb der befürchtete Kriegsausbruch, sodass der Plan nie zum Tragen kam.

Im Sommer 1919 kam es zu einem eigenartigen Zwischenspiel, in dessen Mittelpunkt der ehemalige Gouverneur von Deutsch-Westungarn, Géza Zsombor, stand.<sup>308</sup> Nach seinem gescheiterten Putschversuch in Ödenburg im April 1919 war er nach Wien geflohen. Von dort nahm er Kontakte zu seinen ehemaligen Parteifreunden in Pressburg auf - vor allem aber zu dem slowakischen

---

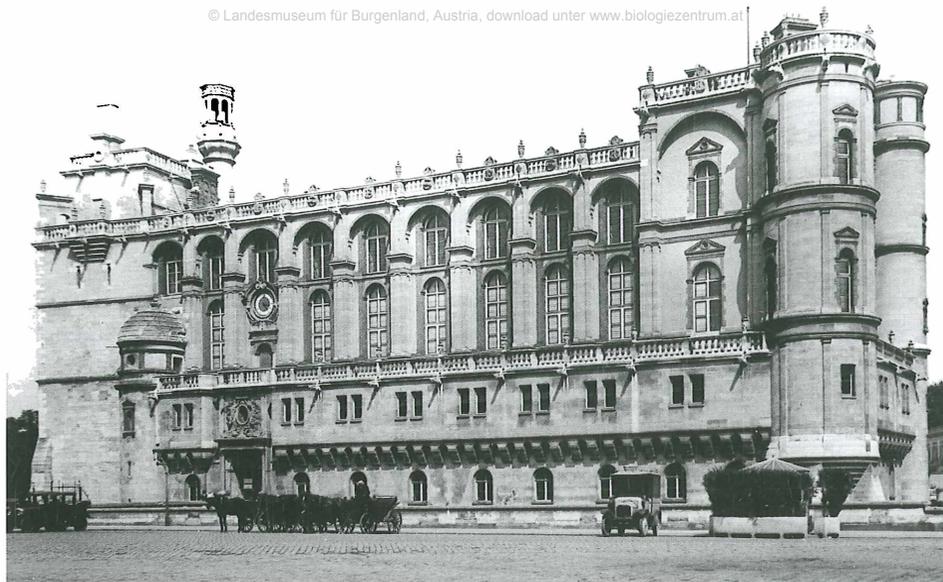
A) Der Vertrag dürfte dem italienischen Geheimdienst in die Hände gefallen sein. Eine italienische Übersetzung des Papiers befindet sich jedenfalls im Staatsarchiv in Rom, Carte Sforza, Scatola 10 (Commissariato politico presso la Missione Italiana per l'Armistizio, Vienna 28. 6. 1919). Siehe: Lindeck-Pozza, Irmtraut: Zur Vorgeschichte des Venediger Protokolls. In: Bgld. Forschungen. Sonderheft III. Eisenstadt 1971. S. 38 Anm. 4

Politiker Milan Hodža, den er schon aus der Zeit vor 1918 kannte. Er bot sich hier als „Mitkämpfer gegen die bolschewistische Diktatur“ in Ungarn an und bat um Unterstützung von tschechischer bzw. slowakischer Seite bei seinen Bemühungen um die Befreiung Westungarns. In mehreren Memoranden entwickelte er den Plan, mit Hilfe der Tschechen bzw. der Entente die kommunistische Herrschaft in Westungarn zu stürzen. Er meinte, dass „eine rasche militärische Besetzung des Grenzgebietes vielleicht sogar ohne besonderes Blutvergießen möglich wäre“, da 90 Prozent der Bevölkerung gegen den Bolschewismus seien. Für die Kosten der Okkupation könne das autonome Gebiet selbst aufkommen. In diesem Zusammenhang bemühte er sich sogar um ein Gespräch mit dem in Pressburg weilenden Entente-General Eugène Mittelhauser, den er um militärische Intervention und Einrichtung einer geordneten Zivilverwaltung ersuchte.

Prag kam diese Initiative sehr gelegen. Als Schutzmacht einer westungarischen Volksbewegung sah man eine Chance, den Korridorplan in einer neuen Variante doch noch zu verwirklichen. So unterstützte Masaryk dann auch Zsombor Ende Juli bei dessen Reise nach Paris, wo dieser sich als „legaler Sprecher und Vertreter der westungarischen Bevölkerung“ zu präsentieren versuchte. Dabei wurde er von dem in Paris weilenden tschechischen Außenminister Beneš unterstützt, der es ihm ermöglichte, seine Memoranden Prof. Archibald Coolidge, dem britischen General Spears und dem französischen General LeRond vorzulegen.

Im letzten Memorandum, das Zsombor wahrscheinlich noch in Paris verfasste, protestierte der „Gouverneur des neutralen autonomen Gebietes Westungarn“ gegen die Entscheidung der Friedenskonferenz Deutsch-Westungarn - und das sogar ohne Volksabstimmung - Österreich anzuschließen. Er schloss sich dabei indirekt der tschechischen Argumentation an, dass nun die bedeutende slawische Minderheit dieses Gebietes, die jahrhundertlang ihre nationale Eigenart bewahren konnte, einer brutalen Germanisierung preisgegeben werde und deutlich auf die Empfindlichkeit Frankreichs schielend - dieser Anschluss an Österreich letztlich nur eine Stärkung Deutschlands bedeuten werde. Nur wenige Wochen später kehrte Zsombor - da inzwischen die Räterepublik gestürzt worden war - nach Ungarn zurück und vollzog eine neuerliche Wende hin zu einem glühenden ungarischen Patrioten und somit entschiedenen Verfechter der territorialen Integrität Ungarns.

Schließlich wurden von dem geplanten „slawischen Korridor“ nur geringe Ansätze verwirklicht. Kleinere Grenzverschiebungen, wie die Zuerkennung des Brückenkopfes von Engerau (Petržalka) bei Pressburg an die ČSR und des Gebietes um Murskasobota an Slowenien im Juli 1919 waren nur mehr Marginalien des ursprünglichen „tschechischen Korridorplans“, der damit Geschichte war, auch wenn er noch - wie wir sehen werden - bis 1921 immer wieder im Ringen um das Burgenland als drohendes Phantom auftauchte.



*Bild 64: Schloss Saint-Germain-en-Laye bei Paris, der Schauplatz des Friedensschlusses mit Österreich am 10. September 1919*

### **c) Frühjahr und Sommer 1919: Der Weg nach Saint-Germain-en-Laye**

Die Ausrufung der Räterepublik in Budapest am 21. März 1919 änderte die Lage im Donaauraum grundlegend. Von einem Tag auf den anderen war hier ein neues Problem ins Spiel gekommen, das gesamteuropäische Dimensionen haben konnte: Der Vormarsch des Kommunismus - in Form der bolschewistischen Revolution Russlands - nach Westen. Nicht nur in den Nachbarländern Ungarns, sondern auch in den Hauptstädten der Siegermächte war die Bestürzung groß. Über Nacht schien all das, was man gerade jetzt als „Neuordnung Europas“ in mühevollen Verhandlungen in Paris zusammensammelte, gefährdet, wenn nicht sogar schon durch eine Revolution, die sich wie ein Flächenbrand in den vom Krieg erschöpften Ländern Mitteleuropas ausbreiten könnte, überholt. Noch wenige Wochen zuvor hatte man warnende Stimmen aus Budapest und Wien missachtet. So hatte Archibald Coolidge schon nach seiner Reise nach Budapest Mitte Jänner gemeldet, dass hier eine verzweifelte Stimmung herrsche und ihm Minister Zsigmond Kunfi unverhohlen erklärt habe, Ungarn hätte nur zwei Alternativen: Entweder einen Frieden auf der Basis der Wilson'schen Prinzipien oder den Bolschewismus.<sup>309</sup> Jetzt - knapp zwei Monate später - richteten sich plötzlich alle

Augen auf den neuen Brandherd und damit automatisch auch auf Wien. Jetzt bekamen auch die Berichte aus dieser Stadt, die von Hungerdemonstrationen und von linksextremen Roten Garden sprachen, besorgniserregendes Gewicht. Aussagen von österreichischen Politikern und Diplomaten, dass der Kleinstaat Österreich in seiner jetzigen Situation nicht existenzfähig sei und sich entweder Deutschland anschließen müsse, oder dass es auch in Wien der Regierung Renner ähnlich ergehen würde, wie der Regierung des Ministerpräsidenten Károlyi in Budapest, die vergeblich auf die Unterstützung der Westmächte gehofft hatte, wurden plötzlich ernst genommen.

Die Räteregierung, das heißt der Volkskommissar für Äußeres, Béla Kun, nahm schon am 24. März 1919 über den kurzzeitigen Vertreter Italiens in Budapest, Prinz Livio Borghese, Kontakte zu den Ententemächten auf. Doch gerieten die kaum begonnenen Verhandlungen bald in eine Sackgasse, da die Mächte in Paris nicht bereit waren, die in der schon erwähnten Vix-Note verhängten Demarkationslinien wesentlich zurückzunehmen. Als dann die Gespräche, die der Sonderbeauftragte der Alliierten, der südafrikanische General Jan Christian Smuts, am 4./5. April in Budapest führte, ebenfalls scheiterten, setzte sich in Paris, wo durch die gleichzeitige Anwesenheit der Staatshäupter und Außenminister der wichtigsten Mächte für mehrere Monate lang das Zentrum der Weltpolitik lag, die Meinung der Militärs um Marschall Foch durch, die eine harte Behandlung des bolschewistischen Regimes in Budapest vertraten. Fast folgerichtig brach schon eine Woche später ein von der Königlich-rumänischen Armee ausgelöster Interventionskrieg los. Als dann auch noch tschechische Truppen im Norden und serbische Einheiten im Süden, die jeweils unter dem Kommando von Entente-Offizieren standen, gegen Ungarn voringen, wurden das neutrale Österreich und Wien zum wichtigen Umschlagplatz zwischen den „beiden Welten“ So war es natürlich, dass nun auch die Briten, die zwar schon seit November 1918 in Wien eine Militärmission hatten, aber sonst kein gesteigertes Interesse am Geschehen in diesem Teil der Welt zeigten, ihren dortigen Vertreter, Oberst Sir Thomas Cuninghame, auch mit politisch-diplomatischen Aufgaben betrauten.<sup>310</sup> Es war für Österreich ein Glücksfall, dass gerade er in diesen entscheidenden Monaten in Wien saß, pflegte er doch ausgesprochen freundschaftliche Beziehungen zu zahlreichen österreichischen Persönlichkeiten aus der Vorkriegszeit, als er Militärattaché in Wien gewesen war. Er sah es als eine seiner Hauptaufgaben an, einen Beitrag zum Sturz des kommunistischen Regimes in Budapest zu leisten, aber vor allem Österreich mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln vor einem ähnlichen Schicksal, wie es Ungarn erlebte, zu bewahren. In mehr als 70 Telegrammen, Noten und umfangreichen Berichten versuchte er, seine Regierung davon zu überzeugen, dass allzu harte Friedensbedingungen dieses Land in Verzweiflung und damit in die Hände des Kommunismus treiben wür-

den. Er meinte, dass eine Verschlechterung der Lage Österreichs nicht nur einem Umsturz durch linksgerichtete Kräfte in Wien Tür und Tor öffnen, sondern sogar den Beginn einer Auflösung des Staatsgebietes auslösen könnte. Einzelne Provinzen insbesondere in den bäuerlich geprägten Alpengebieten würden einem kommunistisch regierten Wien nicht mehr Folge leisten. Es käme zu einem Zerfall Österreichs, wobei ein Krieg der Nachbarstaaten um die „Beute“ nicht auszuschließen wäre.

Cuninghame versuchte auch - obwohl dazu in keiner Weise befugt - direkt auf den politischen Kurs Österreichs einzuwirken. So berichtet der damalige Staatssekretär für Heerwesen, Julius Deutsch, in seinen Memoiren, dass der Brite schon Mitte April 1919 über seinen österreichischen Verbindungsoffizier Oberstleutnant Viktor Seillern die österreichische Regierung vertraulich wissen ließ, dass sie, wenn sie auf den Anschluss an Deutschland verzichte, „Westungarn, Südtirol und Teile des Sudetenlandes“ zugesprochen erhalten könnte.<sup>311</sup> Auch Cuninghame bestätigte in seinen Erinnerungen „Dusty Measure“ (London 1939)<sup>312</sup>, dass er Seillern den Hinweis gab, dass Österreich „vielleicht jenen Teil Ungarns bei den Friedensverhandlungen erhalten könne, an dem Deutsch besonders interessiert war, nämlich das Burgenland.“ Wenn auch diese Aktion, wie viele in jenen turbulenten Tagen, ohne weitere Folgewirkung blieb und möglicherweise wirklich nur ein ehrliches Bemühen mit untauglichen Mitteln war, so dürften Cuninghames Meldungen aus Wien doch etwas in London bewegt haben. Insbesondere die englischen Wirtschaftskreise begannen damals in jenes Vakuum zu stoßen, das der Zerfall der Doppelmonarchie in Südosteuropa hinterlassen hatte. Da während des Krieges den Briten bedeutende Märkte in Übersee an die USA und Japan verlorengegangen waren und nun gegen diese übermächtige Konkurrenz nicht mehr ganz zurückerobert werden konnten, schienen die neuen mitteleuropäischen Märkte vor der Tür interessant zu werden. Hier konnte die englische Industrie die Vorteile geringerer Transportwege und -kosten wahrnehmen. Englische Waren, aber auch britische Kredite zum Aufbau der am Boden liegenden Wirtschaft, wurden im Donauraum dringend gebraucht, wobei es galt, so rasch wie möglich deutschen Kapitalinteressen zuvorzukommen.<sup>313</sup> Wien war infolge seiner Infrastruktur nach wie vor ein wichtiger Umschlagplatz für wirtschaftliche und finanzielle Transfers im gesamten Donauraum. Ein Zusammenbruch des dortigen Bankwesens hätte zusätzlich den seit vielen Jahrzehnten hier engagierten britischen Finanzkreisen erheblichen Schaden zugefügt.

So war es nur natürlich, dass der Board of Trade in London ebenso Interessen an der Entwicklung in Österreich hatte wie das British Foreign Office und der militärische Nachrichtendienst. Dies kam darin zum Ausdruck, dass schon Mitte Mai 1919 der Finanzexperte Sir Francis Oppenheimer in Wien erschien, um die wirt-

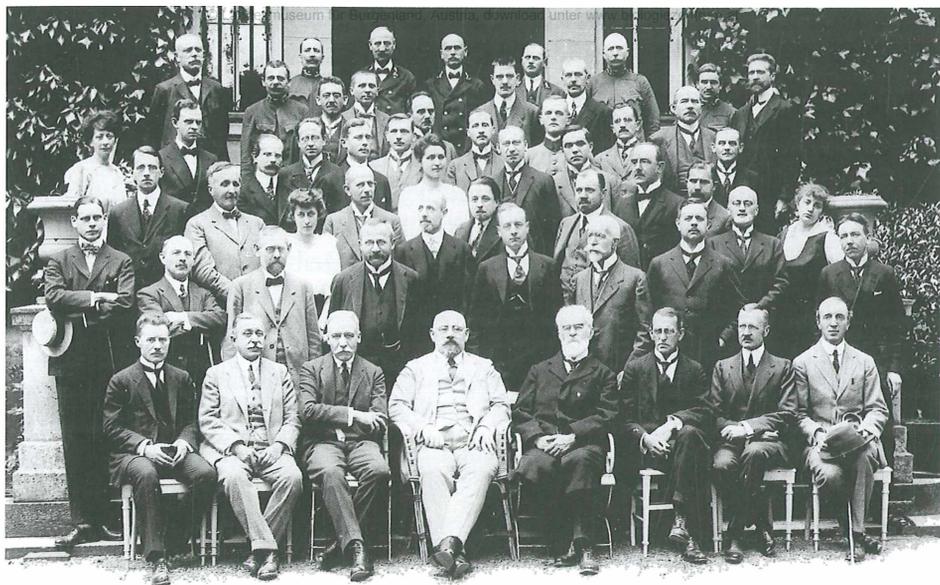
schaftspolitische Situation an Ort und Stelle zu sondieren. Seine Berichte, die er teilweise auch an den britischen Sonderbeauftragten für Finanzfragen bei der Friedensdelegation, den später weltberühmten Volkswirtschaftler John Maynard Keynes<sup>A)</sup>, schickte, waren ebenso wie jene des Militärs Cuninghame nicht unwesentlich für die Haltung bzw. den Wandel der britischen Außenpolitik im Laufe des Jahre 1919. Insbesondere seine Analysen über die katastrophale Wirtschaftslage Österreichs, das jetzt auf seine landwirtschaftlich mageren Alpengebiete und auf eine für den verbleibenden Kleinstaat übergroße Hauptstadt zusammengedrängt wurde, sollten sich letztlich bei den Friedensverhandlungen im Sommer 1919 in der Frage der Reparationen und bei der „Zuteilung“ des Agrargebietes Burgenland an Österreich positiv auswirken. So betonte Oppenheimer in seinem Bericht vom 27. Mai 1919 unter den Maßnahmen, die seiner Meinung nach unbedingt notwendig wären, um Österreichs Existenzfähigkeit zu sichern, die Wichtigkeit „der Kornkammer Deutsch-Westungarn“ für Wien. Diese müsse so rasch wie möglich Österreich angefügt werden, da bilaterale Verhandlungen über Lebensmittellieferungen derzeit nur schleppend vor sich gingen und ihr Erfolg so unsicher sei, dass sie keine rasche, aber wahrscheinlich auch keine dauerhafte Sanierung des Problems böten.<sup>314</sup>

Mit einiger Verspätung entschloss sich auch Frankreich, seine Vertretung in Wien entsprechend auszubauen und entsandte Ende März 1919 den mit den mitteleuropäischen Verhältnissen vertrauten Diplomaten Henri Allizé<sup>B)</sup>, den man von Den Haag hierher versetzte, an der Spitze einer „Mission d'information et d'enquete“ in die österreichische Hauptstadt. Ihm zur Seite stand die französische Militärmission, an deren Spitze General Henri Hallier, ein früherer Militärattaché in Wien, und daher Kenner des Landes, stand. Die Entsendung des Berufs-

---

A) John Maynard Keynes, seit 1942 Lord Keynes of Tilton (geb. 1883 in Cambridge, gest. 1946 in London), Professor für Nationalökonomie an der Cambridge University und Wirtschaftsberater beim Finanzministerium. Trat als Sachverständiger bei der Pariser Friedenskonferenz 1919 zurück, da er die Reparationsforderungen an die Besiegten für wirtschaftlich nicht vertretbar sah. In seinem Hauptwerk "The general theory of imployment, interest and money" (1936; deutsch "Die allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes") stellte er die Volkswirtschaftslehre auf eine neue Grundlage und untersuchte insbesondere die Probleme der Vollbeschäftigung sowie die Zusammenhänge zwischen Sparen und Investieren. Als Berater der britischen Regierung arbeitete er im Zweiten Weltkrieg einen Vorschlag für den Internationalen Währungsfonds aus.

B) Henri Allizé (geb. 1860, gest. 1934) Diplomat, seit 1902 Gesandter in Sofia, Stockholm und Den Haag. März 1919 Sondermission in Wien (nach dem Friedensvertrag: Gesandter).



*Bild 65: Die österreichische Verhandlungsdelegation in Saint-Germain (Frühjahr 1919)*

diplomaten Allizé nach Wien noch bevor man die Republik Österreich formell anerkennen und offizielle diplomatische Beziehungen aufnehmen konnte, sollte ganz offensichtlich eine erkennbar positive Einstellung Frankreichs zu diesem neuen Staat signalisieren. Allizés Hauptauftrag bestand darin, Wege zu suchen, die sowohl den drohenden Anschluss Österreichs an Deutschland verhindern, als auch ein Übergreifen der ungarischen kommunistischen Revolution auf Wien unmöglich machen könnten. Für ihn war es klar, dass es dafür nur eine Chance gäbe: Österreich zu helfen, als Kleinstaat in Mitteleuropa existieren zu können und seiner Bevölkerung möglichst rasch und unmissverständlich die Hoffnung zu geben, dass dies wirtschaftlich möglich sei. So setzte er sich schon in den ersten Tagen mit Erfolg für Lebensmittellieferungen aus Frankreich ein<sup>315</sup> und versuchte auch die tschechischen Nachbarn zu bewegen, ihre rigorose wirtschaftliche Abschottung gegen Österreich zu lockern um, insbesondere Kohlelieferungen zu ermöglichen, die für Österreichs Bahnen und Industrie lebenswichtig waren. In zahlreichen Schreiben wies er auf die katastrophale Wirtschaftslage hin, die durch den Zusammenbruch vieler traditioneller Verbindungen im Donauraum entstanden sei und die Gefahr, dass die Regierung Renner vor all den riesigen Schwierigkeiten kapitulieren könnte, wenn man ihr

nicht wenigstens einen Prestigeerfolg bei den Friedensverhandlungen gönne. Eine Entwicklung wie in Budapest wäre dann auch in Wien zu erwarten. Um dies zu verhindern, empfahl Allizé sogar die Besetzung von Wien durch Entente-truppen, da er nicht ganz zu unrecht fürchtete, dass die dort stehenden Volkswereinheiten schon auf Grund der politischen Einstellung der meisten Soldaten nicht absolut verlässlich wären. Erst die Ereignisse in Wien Mitte April, wo klar wurde, dass die österreichische Regierung nicht nur willens, sondern auch in der Lage war, linksextreme Bewegungen im Zaume zu halten, beruhigten Allizé,<sup>316</sup> der aber die Entwicklung im Osten weiterhin scharf im Auge behielt.

Anfang Mai empfingen die Franzosen mehrere Delegationen aus Deutsch-Westungarn und berichteten in Schreiben an Ministerpräsident Georges Clemenceau und an Außenminister Stéphane Pichon über die bedrohliche Situation in diesem Grenzgebiet, wobei sie dafür plädierten, dieses Gebiet dem Wunsch der Bevölkerung entsprechend an Österreich anzuschließen. Dieses „an landwirtschaftlichen Produkten reiche Land“ würde abgesehen von einer Schwächung der Räterepublik die Versorgung Wiens sichern und dem Gesamtstaat ein größeres Gleichgewicht verleihen. Und wenn man Österreich schon andere Zugeständnisse verwehren müsse, könne man ihm doch zumindest in diesem Punkt eine gewisse Kompensation einräumen.<sup>317</sup> Hallier ließ dies auch die österreichische Regierung wissen und deutete an, dass eine Erwerbung Deutsch-Westungarns das nationale Selbstbewusstsein der kleinen Republik stärken und gleichzeitig mithelfen könnte, Österreichs territoriale Verluste im Westen wenigstens etwas auszugleichen.<sup>318</sup>

Es zeigte sich auch hier, dass die örtlichen Vertreter der Siegermächte - tief beeindruckt von der Not und den Schwierigkeiten Österreichs in weit größerem Ausmaß bereit waren, diesem Staat zu helfen, als die „großen Staatschefs“ in Paris, für die zunächst andere Fragen wie die Friedensverhandlungen mit Deutschland, die Probleme am Balkan und in der Türkei - im Vordergrund standen. So war Allizé tief bestürzt, als er vom Inhalt des ersten Friedensvertragsentwurfes mit Österreich erfuhr. Voll Sorge schrieb er an den Quai d'Orsay, dass die Idee des Anschlusses an Deutschland ungemein an Terrain gewonnen habe und selbst jene, die bisher nur mit Widerwillen an eine Vereinigung mit Berlin dachten, nun offen darüber sprächen, dass dies wahrscheinlich der einzige Weg aus Not und Hoffnungslosigkeit sei.<sup>319</sup> Wie wir sehen werden, scheinen dann aber solche Berichte in Paris nicht ohne Wirkung geblieben zu sein, denn wie der zweite Entwurf des Friedensvertrages zeigte, war man in den folgenden Wochen eher geneigt, Österreich einige Zugeständnisse zu machen, um dessen Lebensfähigkeit zu sichern. Nicht zuletzt resultierte daraus auch der Anschluss des Burgenlandes an Österreich durch den Friedensvertrag von Saint-Germain.

Erst sechs Monate nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages in der Villa Giusti übermittelte Henri Allizé am 2. Mai 1919 dem österreichischen Staatssekretär für Äußeres, Otto Bauer, die Einladung des Obersten Rates der alliierten und assoziierten Mächte in Paris mit dem Inhalt, eine mit entsprechenden Vollmachten versehene Verhandlungsdelegation am Abend des 12. Mai nach Saint-Germain-en-Laye „zur Prüfung der Friedensbedingungen zu schicken“ Nach einigen Diskussionen in und zwischen den Parteien sowie im Hauptausschuss der Nationalversammlung wurde Staatskanzler Renner zum Leiter der österreichischen Delegation ernannt. Ihm wurden als politische Berater die beiden Mitglieder der Nationalversammlung, die Universitätsprofessoren Dr. Alfred Gürtler und Dr. Ernst Schönbauer, der Stellvertreter des Staatssekretärs für Äußeres, Minister a. D. Universitätsprofessor Dr. Franz Klein, sowie eine Reihe von Experten aus mehreren Staatsämtern beigegeben. Weiters befand sich eine Reihe von Sachverständigen in der Delegation, unter denen der berühmte Völkerrechtler und letzte k. k. Ministerpräsident, Dr. Heinrich Lammasch, und der ehemalige General der Anglo-ägyptischen Armee im Sudan, Rudolf Slatin der legendäre Slatin-Pascha die prominentesten waren. Unter den Experten befand sich auch Dr. Ernst Beer, den der „Verein zur Erhaltung des Deutschtums in Ungarn“ als Vertreter für Deutsch-Westungarn nominiert hatte.

Inzwischen hatte man im Staatsamt für Äußeres ein viele Druckseiten umfassendes Papier erarbeitet, in dem Generallinien festgeschrieben waren, nach denen die Delegation in Paris zu handeln hatte. Diese „Instruktion“, die nicht unterschrieben war, aber wahrscheinlich in seiner Letztfassung aus der Feder von Otto Bauer selbst stammte, umfasste einen weiten Bogen.

Hinsichtlich der Sudetengebiete wollte man volles Selbstbestimmungsrecht und, falls das nicht erreichbar wäre, Autonomie, Währungsunion mit Österreich und völkerrechtliche Neutralisierung fordern.

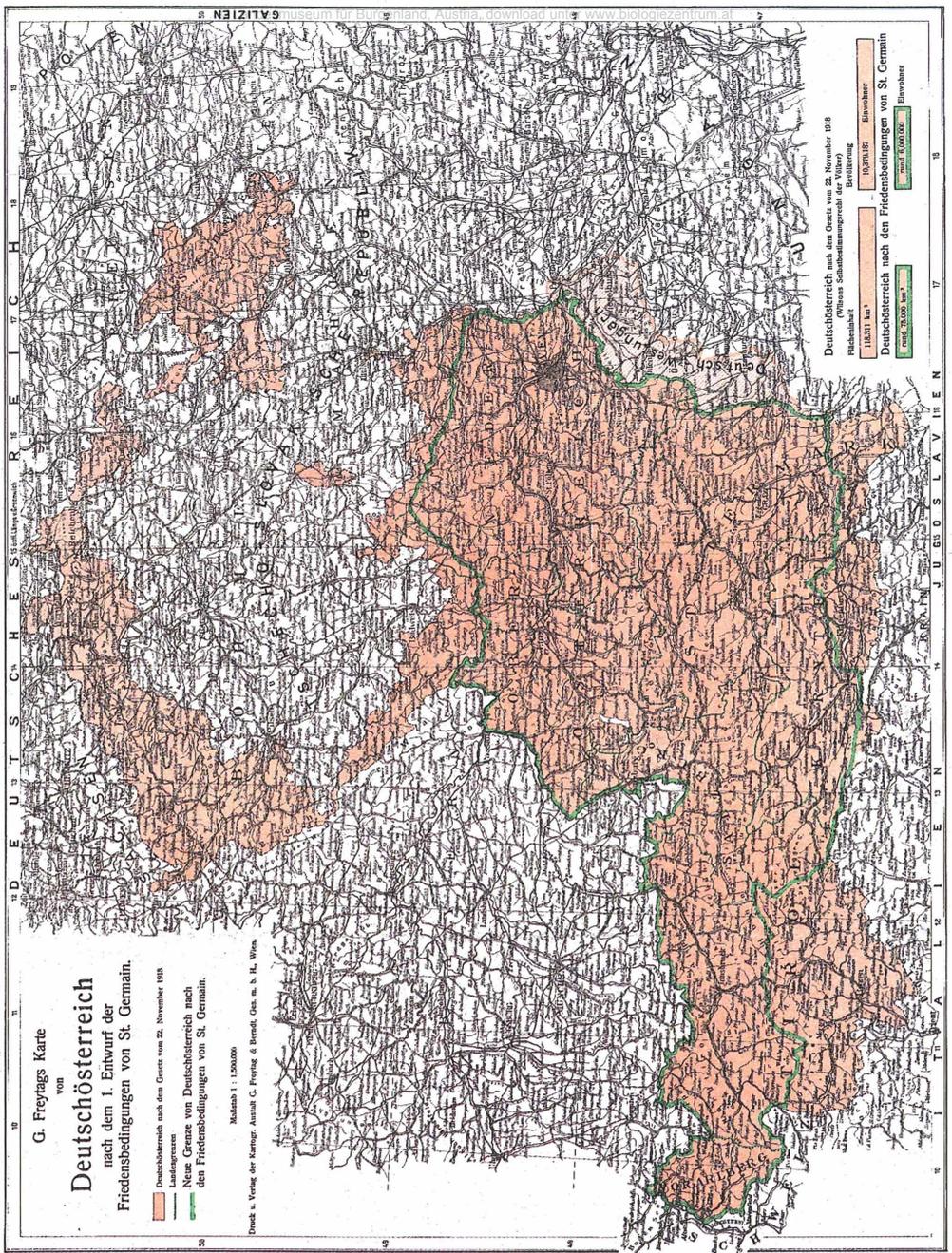
Bezüglich Südtirols wusste man nur zu gut, dass die Entente durch den Londoner Vertrag seit 1915 gegenüber Italien gebunden war. Darum dachte man bloß an eine Neutralisierung ganz Tirols oder an die Möglichkeit, den Süden des Landes staatsrechtlich bei Österreich zu belassen, Italien aber das Recht einzuräumen, dort Garnisonen zu halten. Am ehesten erwartete man aber, dass die Italiener auf eine Zoll- und Wirtschaftsgemeinschaft Südtirols mit Österreich eingehen würden.

Musste man Italien als Feind in Tirol sehen, so wusste man aber auf der anderen Seite, dass sich die italienische Politik für Kärnten und Steiermark günstig auswirken würde. Man beschloss daher, für Kärnten auf jeden Fall die

Landesgrenzen zu verlangen und nur im Notfall den Vorschlag auf eine Volksabstimmung zu machen. Die italienischen Interessen an den Verkehrslinien würden, wie man glaubte, das Verbleiben Marburgs bei Österreich ermöglichen.

Schließlich hieß es das „Burgenland“ betreffend: *„Für Westungarn ist mit großer Entschiedenheit einzutreten. Es ist klar, dass das der einzige Punkt ist, wo wir für Verluste an anderer Seite eine Kompensation bekommen könnten, und dass die wirtschaftliche Zukunft Wiens in hohem Maße von der Entscheidung darüber abhängt. Der Reichtum des deutschwestungarischen Gebietes an Lebensmitteln ist so groß, dass unsere ganze Handels- und Zahlungsbilanz anders aussehen würde, wenn wir das Land bekämen. Zu verlangen ist, dass Deutsch-Westungarn nicht anders behandelt werde als die slowakischen und rumänischen Teile Ungarns, denen die Vereinigung mit ihren Volksgenossen zugestanden wurde. Eine Annexion ohne Volksabstimmung ist nicht zu fordern, aber mit größtem Nachdruck muss hervorgehoben werden, dass diese Volksabstimmung nur erfolgen kann unter neutralem Schutz und Kontrolle, nachdem die ungarischen Truppen aus dem Land entfernt sind und nachdem die Möglichkeit einer Agitation für beide Teile hergestellt ist. Es ist hervorzuheben, dass Deutsch-Österreich, obwohl das zuweilen sehr leicht gewesen wäre, auf ein bewaffnetes Eingreifen in Deutsch-Westungarn verzichtet hat, im Vertrauen auf die seinerzeitige Erklärung der Entente, dass der zeitweilige Besitz eines Landes nicht über eine endgültige Zugehörigkeit entscheiden werde. Es wäre eine Enttäuschung unseres Vertrauens, wenn man uns, weil wir das Land nicht besetzt haben, den Anspruch verweigert. Da das Problem in der Entente wenig bekannt ist, ist es notwendig, dass sich die Delegation nicht nur mit dem wirtschaftlichen, sondern auch mit dem historischen Material ausrüstet. Der Anspruch auf Pressburg kann in diesem Zusammenhang theoretisch auch gestellt werden, ist aber praktisch wirkungslos. Im wesentlichen wird man sich auf das Gebiet südlich der Donau bescheiden müssen.“*<sup>320</sup>

Der Gedanke des Anschlusses an Deutschland gehörte zu den Hauptzielen der von Otto Bauer bestimmten Außenpolitik. Zwar hatten die Ententemächte, besonders die Franzosen, Österreich immer wieder durch ihre Wiener Vertreter von diesem Weg abgeraten, doch glaubte man, hartnäckigen Widerstand nur bei ihnen, weniger bei den Italienern, Briten und Amerikanern zu finden. Man erwog die taktische Frage, ob man für den Anschluss bei den Friedensverhandlungen entschieden eintreten oder ihn mehr als Handelsobjekt betrachten solle. Es wurden daher Rückzugslinien auf eine zeitliche Verschiebung des Anschlusses, eine militärische Neutralisierung Österreichs, schließlich auf eine Zollunion mit Deutschland festgelegt.



*Bild 66: Das deutsche Siedlungsgebiet und die Grenzen Deutsch-Österreichs nach dem 1. Entwurf der Siegermächte (2. Juni 1919).*

Hinsichtlich der wirtschaftlichen Bedingungen setzte man sich das Ziel, die Leistung von Kriegsentschädigungen hintanzuhalten und den Standpunkt zu vertreten, dass alle Aktiva und Passiva des alten Reiches nach den völkerrechtlichen Normen quotenmäßig auf sämtliche Nachfolgestaaten übergehen müssten.

Wer tiefer sah, wusste, dass dieses Programm ein frommer Wunsch bleiben würde. Staatskanzler Renner sprach das auch aus, als er sich in der Sitzung der Nationalversammlung am 8. Mai 1919 nach Paris verabschiedete: *„Nach der Unglücksbotschaft von gestern“* - es handelte sich um den Text der Friedensbedingungen mit Deutschland *„wird der Gang, den die Friedensdelegation jetzt unternimmt, nicht sosehr einem Gang an den Beratungstisch als einem Bußgang gleichen.“*

Die österreichische Verhandlungsdelegation traf am 14. Mai 1919 in Paris ein, wo sie in der Nähe des Schlosses Saint-Germain-en-Laye in mehreren Villen, die hermetisch von der Umwelt abgesperrt worden waren, Quartier bezogen. Schon bei ihrer Ankunft mussten die Österreicher erkennen, dass sie ähnlich wie schon vorher die deutschen Friedensverhandler unter Missachtung aller traditioneller diplomatischer Gepflogenheit von allen Kontakten mit der Außenwelt mit Ausnahme einer Post- und Telegraphenverbindung nach Wien und Kontakten zu Vertretern der Siegermächte abgeschnitten waren. Den Verkehr mit der Friedenskonferenz vermittelte der Kommandant der französischen Militärkommission in Saint-Germain, der der österreichischen Delegation brüsk bedeutete, dass sie zunächst auf eine Einladung des Obersten Rates zur Vorlage ihrer Vollmachten abzuwarten hätten. Dies erfolgte dann in einer kurzen und kühlen Audienz am 19. Mai - und dann hieß es wieder warten, da die Alliierten und assoziierten Mächte ihre Friedensbedingungen noch nicht entsprechend vorbereitet hatten. Staatskanzler Renner ertrug die unerfreuliche Situation mit einer Mischung aus Humor, Verärgerung und Sarkasmus. So schrieb er am 21. Mai 1919 an seine Frau: *„Liebe Luise! Besten Dank für Deine lieben Zeilen. Mein Befinden ist geradezu ausgezeichnet. Ich lebe in der Villa eines der reichsten Pariser Geldmensen, von Paris etwa soweit entfernt wie Klosterneuburg, habe einen eigenen französischen Diener, übe mich im Französischen, halte mit meinen Delegationsmitgliedern Besprechungen ab, studiere Akten und gehe im Park spazieren. Das ist alles!...Mir hat man ein Auto und die Freiheit zum Ausfahren gelassen, aber ich mache bis jetzt absichtlich keinen Gebrauch davon. Bettlerstolz! Nächste Woche Montag, wenn Du diesen Brief in Händen hast, haben die Verhandlungen wahrscheinlich schon begonnen. Was wir so hören, zeigt, daß nichts Gutes zu erwarten ist und daß die Wiener sich in Hoffnungen wiegen, die enttäuscht werden. Die Sieger schreiten einfach über solche Zwergstaaten, wie wir es sind, hinweg ohne zu fragen. Sie glauben genug zu tun,*

wenn sie uns füttern, und am Ende muß man ihnen auch dafür noch danken...Aller Wahrscheinlichkeit wird der Aufenthalt etwas länger dauern als wir angenommen haben.“<sup>321</sup> Und Renner sollte recht behalten.

Wie Renner erwähnte, arbeiteten die Delegationsmitglieder, die sich teilweise erst in Paris an einen Tisch zusammensetzen konnten, Arbeitsunterlagen für die kommenden Verhandlungen aus. Dabei dürfte es gerade in der Deutschwestungarn-Frage zu unerfreulichen Spannungen gekommen sein. Dr. Ernst Beer beklagte sich später darüber bitter und gekränkt bei seinem Tiroler Kollegen in der Verhandlungsdelegation, Dr. Franz Schumacher: *„Ihnen [gemeint war ein Kreis um Minister a.D. Dr. Franz Klein] ist es nur um den Anschluß zu tun, den sie durchaus forcieren wollen. Westungarn wollen sie im Ernste gar nicht. Wenn man für den Anschluß arbeitet, ist klar, daß man nicht gleichzeitig für Westungarn tätig sein kann...Ich wurde hierher mitgenommen, nur um den Schein zu wahren. Schon vor dem Fortgehen sagte mir Bauer: „Die Hauptsache ist, daß sie fahren!“ Ich widersprach dieser Ansicht, aber ich fand die Auffassung Bauers hier bestätigt. Als ich meinen Bericht über Westungarn erstattete, hatte Klein tausend Bedenken wegen der ungarischen und kroatischen Minoritäten, die 350.000 Deutschen kümmerten ihn nicht.“*<sup>322</sup> Tatsächlich dürften Klein, der wie wahrscheinlich viele seiner Wiener Kollegen bis dahin keine Ahnung von den Verhältnissen in Westungarn hatte, plötzlich Bedenken wegen eines Anschlusses dieses Gebietes gekommen sein, denn er schrieb am 20. Mai offensichtlich unter dem Eindruck der Auseinandersetzung mit Beer - an Staatssekretär Otto Bauer: *„Die Besprechung des westungarischen Problems brachte zutage, daß wir dort nicht unerhebliche magyarische oder slowakische [sic!] Minderheiten in Kauf nehmen müssen und durch eine Zwischenfrage kam ich darauf, daß die in den ungarischen Schulen erzogenen jüngeren Leute der intellektuellen Mittelschichten, obwohl aus deutschen Familien stammend, keineswegs Freunde der Vereinigung mit Deutsch-Österreich sind. Deutsch-Westungarn wird demnach von vornherein als ein Land neuer Nationalitätenprobleme betrachtet werden müssen.“*<sup>323</sup> Klein, der sich übrigens als eine Art Sachwalter Otto Bauers fühlte und ein entschiedener Verfechter des Anschlusses an Deutschland war, äußerte sich noch am 24. Juli als man sich in der österreichischen Verhandlungsdelegation allgemein über die Gewinnung von Westungarn freute Schumacher gegenüber *„in abfälligem Sinn über diesen Gewinn.“*<sup>324</sup> Es war angesichts solcher Meinungen innerhalb der eigenen Verhandlungsdelegation sicherlich ein großes Glück, dass Staatskanzler Renner die Situation im Burgenland nicht nur sehr gut kannte, sondern auch aus persönlichen Gründen diesem Landstreifen verbunden war und so sicherlich entscheidend für den Anschluss des Landes an die Republik Österreich eintrat.

Als weitere Tage „ungenützt verstrichen“ und besorgniserregende Meldungen aus der Heimat über die Situation in Südkärnten und Westungarn, aber auch aus Wien eintrafen, entschloss sich der Staatskanzler am 24. Mai, der Militärmission in Saint-Germain eine Note zu überreichen, in der er auf die außerordentliche Dringlichkeit der Friedensverhandlungen für die innere und äußere Stabilität, ja weitere Existenz Deutsch-Österreichs hinwies. Er betonte, dass die Verzögerung des Verhandlungsbegins den Menschen in Österreich unverständlich sei und Gerüchte und Sorgen aller Art auslöse. Man habe ernste Besorgnis für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, namentlich in den industriellen Zentren sowie in den strittigen Bezirken, die von Nachbarländern besetzt und militärischen Angriffen ausgesetzt seien.<sup>325</sup>

Tatsächlich reagierten die Siegermächte: Präsident Clemenceau antwortete bereits drei Tage später und kündigte die Überreichung eines ersten Entwurfes der Friedensbedingungen für den 30. Mai an. Allerdings kam es dann zu einer weiteren Verschiebung des Termins bis diese Überreichung endlich am 2. Juni 1919 im „Saal der Steinzeit“ des Schlosses von Saint-Germain, das schon seit Jahrzehnten ein archäologisches Museum war, erfolgte. Eine Anekdote, die uns der britische Mitunterhändler Oberst R. H. Beadon überlieferte, symbolisierte treffend die Situation der österreichischen Delegation in diesen Wochen. Er schreibt: *„Die Österreicher wurden in einen Saal des Schlosses St. Germain vorgeladen, der vorher eine anthropologische Sammlung beherbergte. Obwohl man jetzt alle Exponate entfernt hatte, blieb an der Eingangswand die Aufschrift „Ausgestorbene Rassen der Menschheit“ bestehen. Als nun Clemenceau den Saal betrat, um den Vorsitz der Übergabezeremonie zu übernehmen, fiel sein Auge auf diesen Satz. Er lachte herzlich und meinte: „Ah, c’est très bien pour les Autrichiens!“* [Oh, das trifft die Österreicher gut].“<sup>326</sup>

Die in dem vorgelegten Entwurf enthaltenen Bestimmungen waren nicht nur niederschmetternd und von drakonischer Härte für Österreich, sondern in ihren Details unausgegoren und oberflächlich. Selbst der offizielle Sekretär des „Rates der Vier“, Maurice P. Hankey, bemerkte verärgert, dass man die Österreicher viel zu früh nach Paris geladen habe und nun der Friedensvertragsentwurf übereilt und noch immer unvollständig überreicht wurde.<sup>327</sup>

Wie wir schon im Zusammenhang mit der „Korridor-Frage“ gesehen haben, wurde die Frage „Österreich“ oder „Österreich-Ungarn“ bei den Vorverhandlungen der Friedenskonferenz zunächst in zahlreichen Kommissionen und Unterkommissionen behandelt. Allerdings geschah dies meist nicht unter einem Aspekt, der sich unmittelbar auf Österreich bezog oder unter diesem Blickwinkel betrachtet wurde. Nun wurden alle diese Aussagen in Eile zu einem zwar umfangreichen aber unausgeglichenen Papier zusammengestellt. Dieses umfasste so

ziemlich alle Problemkreise aus Politik und Wirtschaft, Staats- und Privatrecht, Verkehr und Finanzen, sowie Fragen der Rechtsnachfolge Österreich-Ungarns und der Kriegsgefangenen, der Errichtung des Völkerbundes und schließlich die grundlegende Frage der Grenzen der neuen Republik, war aber weder vollständig noch wirklich durchdacht. David Lloyd George bekannte später in seinen Memoiren, dass „der „Rat der Zehn“ und in weiterer Folge der „Rat der Vier“ damals so viel Zeit in die Frage des Friedens mit Deutschland und zahlloser anderer „difficulties and troubles“ investieren musste, dass man zu diesem Zeitpunkt unfähig war, mehr Aufmerksamkeit den Voruntersuchungen für die Friedensverträge mit Österreich und Bulgarien zu widmen.“<sup>328</sup>

So war auch das Problem Deutsch-Westungarn in den obersten Gremien nur oberflächlich behandelt worden. Zwar war die Thematik schon bei der Sitzung der Obersten Grenzkommission am 5. März 1919, an der Sidney E. Mezes (USA), Sir Eyre Crowe (Großbritannien), André Tardieu (Frankreich) und Marquis Giuseppe Salvago-Raggi (Italien) teilnahmen, auf der Tagesordnung, doch ging man über die Frage schon nach kurzer Debatte hinweg und entschied, dass „eine Änderung der Grenze zwischen Österreich und Ungarn nicht weiter in Erwägung gezogen werden müsse“.<sup>329</sup> Auch beim Treffen der Außenminister am 8. Mai 1919 wurde die Frage nur gestreift. Sonnino versuchte sie mit der Bemerkung beiseite zu schieben, dass „die Grenze in den letzten 50 Jahren von den beiden Nachbarstaaten nie in Frage gestellt worden war.“ Da jedoch der britische Außenminister Sir Arthur J. Balfour anmerkte, dass „es da eine deutsche Bevölkerung gäbe, die den Wunsch habe sich Österreich anzuschließen,“ wurde festgelegt, dass ein Komitee zur Bearbeitung dieser Frage eingesetzt werden sollte. Dieses sollte aber erst dann agieren, wenn die Frage von einer der beiden Parteien - also von Österreich oder von Ungarn - ins Gespräch gebracht werde.<sup>330</sup> Vier Tage später - am Abend dieses Tages traf die österreichische Verhandlungsdelegation in Paris ein - wurde diese Meinung auch im „Rat der Zehn“ wiederholt, obwohl Präsident Wilson, der über Coolidge entsprechende Informationen erhalten hatte, vorbrachte, dass die Österreicher die Forderung nach einem Anschluss Deutsch-Westungarns an Österreich stellen würden. Schließlich entschied man nach einigen Debatten, vorläufig die Grenze von 1867 zwischen Österreich und Ungarn unberührt zu lassen und diese Frage erst dann aufzugreifen, wenn Schwierigkeiten auftauchen sollten und die Alliierten und Assoziierten Mächte aufgerufen wären, vermittelnd einzugreifen.<sup>331</sup> Dem entsprechend hieß es dann auch im ersten Entwurf der „Bedingungen des Friedens mit Österreich“ vom 2. Juni 1919 im Kapitel „Grenzen Österreichs“, dass „die alte Grenze von 1867 zwischen Österreich und Ungarn“ beizubehalten sei.

Die österreichische Delegation und die Öffentlichkeit in der Heimat waren schockiert von der Härte der Vorgaben des Friedensvertragsentwurfes, vor allem von den territorialen Bestimmungen. Minister a.D. Dr. Franz Klein schrieb an eine Dame in Wien: „...*Nur der erste Teil der Friedensbedingungen, aber der schon reicht uns, um zu verzweifeln. Im Verhältnisse nimmt man uns noch mehr Land als Deutschland. Man zählt den Verlust auf etwa eine halbe Million Seelen...Der ganze Süden Tirols ist hin, die tschechische Grenze bis nach Niederösterreich vorgerückt. Das Märchen von Südmähren und Südböhmen sowie von Westungarn, mit denen man die Wiener Gernegroße geködert hat, ist zerflattert. Der Wörthersee südslawisch samt Klagenfurt kurz: ein wüster, unwahrscheinlicher Traum, wie man glauben möchte, wenn es nicht so entsetzlich wahr wäre...*“<sup>332</sup>

Das allgemeine Entsetzen war nicht zuletzt deshalb so groß, weil nun offenkundig wurde, dass man die Monate seit der Auflösung der Habsburgermonarchie in Illusionen gelebt hatte. Österreich wurde nun nicht nur weiter deutsch besiedelter Gebiete beraubt, es wurden ihm auch – durch das Anschlussverbot an Deutschland - eine nationale Illusion zerstört. Gerade dies sollte in den Köpfen der Zeitgenossen den Begriff „Diktatfrieden“ einzementieren und die Geschichte der jungen Republik als „Staat, den keiner wollte“ noch bis in das Jahr 1938 und in die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges hinein prägen.

Der österreichischen Delegation wurde eine Frist von 14 Tagen eingeräumt, in der sie schriftliche Stellungnahmen zu den einzelnen Teilen des Vertrages ausarbeiten konnte. War es zunächst als neuerlicher Affront betrachtet worden, dass man mit den „Besiegten“ nicht mündlich verhandelte und nur schriftlich verkehrte, erwies sich dies nun als unschätzbare Vorteil, da man so jede „Erwiderung“ wohlüberlegt und ausgefeilt vorbringen konnte.

Schon in seinem ersten Antwortschreiben an Clemenceau ging Renner auch auf Westungarn ein und gab seiner Enttäuschung Ausdruck, dass man „*den mehrfach geäußerten Wunsch der deutschen Bevölkerung Westungarns nach Zulassung zur Volksabstimmung über ihren Anschluß an Deutschösterreich mit entmutigendem Stillschweigen übergangen*“ habe. In der nachfolgenden „Note über die Grenzen Deutschösterreichs“ vom 16. Juni wurde dann eingehend erläutert, dass die „Grenze von 1867“ sowohl in politischer und nationaler, als auch in wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht längst überholt sei, wo doch „*diese Grenzlinie von Wien nicht weiter als die Tragweite eines schweren Geschützes, nämlich 48 km entfernt ist, von Wiener Neustadt aber nur in der Tragweite eines Gewehres und von Graz in der Entfernung eines Tagesmarsches liegt.*“ Man erklärte, dass die von Österreich angesprochenen Gebiete Westungarns „*seit dem Mittelalter überwiegend von Deutschen bewohnt und seit jeher in ununterbrochener und*

*direkter Handelsbeziehung mit Wien, Graz und Wiener Neustadt gestanden sind. Budapest dagegen, das von diesem Gebiet weit entfernt ist und überdies eine andere Sprache spricht, hat keinen Bedarf an seinen Erzeugnissen, da ihm die benachbarte ungarische Tiefebene viel reichlicher und besser das liefert, was es zu seiner Verpflegung benötigt.*

*Deutschösterreich hat aus geographischen, nationalen und wirtschaftlichen Gründen das Recht, dieses Gebiet zu beanspruchen; trotzdem strebt es aber nach keiner willkürlichen Annexion, sondern überläßt in dieser wie auch in allen anderen territorialen Fragen die Entscheidung ausschließlich der freien EntschlieÙung der Nationen. Aus diesem Grunde verlangen wir auch, daß den Bewohnern dieser Gebiete das Recht zugestanden werde, durch freie Volksabstimmung selbst darüber zu entscheiden, ob sie mit Deutschösterreich vereinigt werden wollen oder nicht.*<sup>333</sup> In der beigefügten „Denkschrift“ ging man noch einmal eingehender auf die wirtschaftlichen Gründe der Anschlussforderung ein und betonte, dass „das Gebiet mehr als 5.000 km<sup>2</sup> mit ungefähr 300.000 deutschen Bewohnern umfasse“ und dass insbesondere seine landwirtschaftlichen Produkte für die Versorgung Wiens, der Industriebezirke Niederösterreichs und von Graz absolut notwendig seien. Denn so wurde argumentiert, „die Komitate Ödenburg, Eisenburg und Wieselburg waren von jeher gewissermaßen der Gemüsegarten von Wien, indem sie letzterem überdies noch die nötige Versorgung mit Milch, Butter, Käse, Fleisch etc. sicherten. Andererseits bilden die erwähnten Kreise ein wichtiges Absatzgebiet für die österreichische Industrie“.<sup>334</sup> Im Anhang zu dieser Denkschrift wurde übrigens eine Liste all jener Gemeinden angefügt, die man beanspruchte und die im wesentlichen ident mit jenen Orten war, die man schon in der „Staatserklärung von Deutschösterreich“ vom 12. November 1918 aufgezählt hatte. Die nördlich der Donau gelegenen Gemeinden Pressburg, Oberufer und Theben erwähnte man nicht mehr, da man inzwischen aus Pressemeldungen wusste, dass diese schon längst der Tschechoslowakei zugesprochen worden waren.<sup>335</sup> Es wäre sinnlos gewesen, sich auch hier noch in Streit mit dem nördlichen Nachbarn zu begeben, der - wie man deutlich erkennen musste - in Paris ohnehin „die besseren Karten hatte“

Um dem österreichischen Parlament offiziell zu berichten und damit auch der breiten Öffentlichkeit, die bisher teilweise nur durch Horrormeldungen der Zeitungen vom Geschehen in Paris informiert worden war, seriösere Informationen zu geben, hielt Otto Bauer am 7. Juni 1919 eine ausführliche Rede in der Nationalversammlung. Er schilderte dabei nicht nur die bisherigen Ergebnisse der Friedensverhandlungen, sondern auch die Gegenvorstellungen Österreichs und brachte somit eine globale Zusammenfassung jener Grundsätze, die die Außenpolitik der Regierung bisher bestimmt hatten. Bauers Rede enthielt auch eine Passage über das Burgenland, die in komprimierter Form alle Grundsätze

dieser Frage aus österreichischer Sicht zusammenfasste und daher hier wörtlich zitiert werden soll. Er meinte: „Die Forderung, daß Deutschwestungarn mit Deutschösterreich vereinigt werde, ist nach der ersten ungarischen Revolution in Deutschwestungarn, insbesondere in der Bauernschaft des Heizenlandes spontan entstanden. Die Deutschen in Westungarn sahen, daß die anderen Nationalitäten Ungarns sich ihren Nationalstaaten anschlossen. Die Slowaken dem tschechischen, die Rumänen dem rumänischen, die Serben und die Kroaten dem jugoslawischen Staate.

Ganz natürlich mußte dieses Erlebnis die Forderungen wecken, daß nun auch die deutschen Bezirke Ungarns sich mit Deutschösterreich vereinigen sollen. Und wenn auch nicht die ganze Bevölkerung des Landes in diesem Willen einig sein mag, wenn es auch insbesondere in den halbmagyarischen Städten Gegenströmungen gibt, so zog doch vornehmlich innerhalb der Bauernschaft diese Vereinigungsbewegung immer neue Nahrung aus starken wirtschaftlichen Interessen; ist doch Wien der natürliche Markt, das natürliche Absatzgebiet der Agrarprodukte, der westungarischen Komitate. In unserem Land aber fand die Vereinigungsbewegung gleichfalls sowohl aus nationalen wie aus wirtschaftlichen Gründen lautes Echo. Man hat der Regierung oft den Vorwurf gemacht, daß sie die Anschlußbewegung in Deutschwestungarn nicht unterstützt, die Verlegenheit Ungarns nicht ausgenützt habe, um 300.000 Deutsche mit Deutschösterreich zu vereinigen und ein reiches, fruchtbares Agrargebiet, das hart vor den Toren Wiens liegt, zu gewinnen.

Indessen hatten wir für unsere vorsichtige Zurückhaltung gute Gründe. Deutsche und Magyaren werden immer Nachbarn bleiben, das deutsche Bergland und die ungarische Ebene immer auf den Austausch ihrer Produkte angewiesen sein. Freundschaft und Frieden zwischen Deutschösterreich und Ungarn ist beider Nationen dauerndes Interesse. Darum haben wir es abgelehnt, auch in Zeiten, in denen Ungarn militärisch viel schwächer war als heute, die deutschwestungarische Frage gewaltsam zu entscheiden.

Denn jede solche Entscheidung würde für Jahrzehnte einen Wall der Feindschaft und des Hasses zwischen Ungarn und uns auftürmen. Darum fordern wir auch heute nicht, daß ein Machtanspruch des Pariser Friedenskongresses uns Deutschwestungarn zuspreche; denn es widerspricht dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, auf dem unser Staatswesen gegründet ist, daß ein Gebiet ohne Befragung seiner Bevölkerung aus einer Souveränität in die andere verschoben werde. (Zustimmung)

Was wir von den assoziierten Mächten fordern, ist nur dies: daß Deutschwestungarn Gelegenheit geboten werde, selbst durch freie unbeeinflusste Volksabstimmung zu entscheiden, ob es zu Deutschösterreich oder zu Ungarn gehören will. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen) Der Entscheidung des

*deutschwestungarischen Volkes, wie immer sie ausfalle, wollen wir uns gerne unterwerfen, obwohl wir wissen, daß von dieser Entscheidung die wirtschaftliche Zukunft, die wirtschaftliche Lebensfähigkeit Deutschösterreichs in hohem Maße abhängig sein wird.*

*Denn die Gewinnung des fruchtbaren Landes würde unser Defizit an Getreide und an Zucker und damit auch das erschreckende Passivsaldo unserer Zahlungsbilanz wesentlich verkleinern, sie würde das hungernde Wien mit einem an Vieh und Milch reichen Produktionsgebiet vereinigen, sie würde den inneren Markt unserer Industrie um ein kaufkräftiges Gebiet vergrößern.*

*Der Friedensentwurf der assoziierten Mächte gewährt Deutschwestungarn das Recht der Selbstbestimmung nicht, aber er reißt im Norden und im Süden die wertvollsten Gebiete von uns los, so daß uns fast nichts bleibt als das felsige unfruchtbare Gebirgsmassiv der Alpen und die Hauptstadt Wien, deren Existenzbasis durch den Zerfall der österreichisch-ungarischen Monarchie zerstört ist. So wird Deutschösterreich zu einem wirtschaftlich schlechthin unmöglichen Gebilde. Die Zweimillionenstadt, deren Dasein auf ein Wirtschaftsgebiet von 50 Millionen Menschen gegründet war, kann in dem kleinen, unfruchtbaren Sechsmillionenstaat nicht bestehen, das arme Gebirgsland der Alpen kann die Riesenlast, die das Erbe der Großmachtpolitik eines Fünfzigmillionenreiches ist, nicht tragen. Auf uns selbst gestellt, lebensunfähig, können wir nur in einem größeren Verband die Möglichkeit erlangen, uns allmählich wieder emporzuarbeiten. Darum streben wir den Zusammenschluß mit dem großen deutschen Mutterlande an (Lebhafter Beifall und Händeklatschen), von dem uns vor einem halben Jahrhundert Preußens Streben nach der Vorherrschaft gewaltsam getrennt hat.”<sup>336</sup>*

Der zuletzt zitierte Absatz aus Bauers Rede alarmierte nicht nur - wie schon in Zusammenhang mit Allizé erwähnt - die Vertreter der Ententemächte in Wien, sondern erreichte mit seinen Wellen auch die obersten Verhandlungsgremien in Paris, denen nun endgültig klar geworden sein mag, dass ein Zusammenbruch Österreichs unweigerlich in einen Anschluss des Landes an Deutschland oder in einen mitteleuropäischen Krieg der Nachfolgestaaten um diesen „Rest des Habsburgerreiches“ münden könnte. Dass letzteres nicht ganz auszuschließen war, bewiesen gerade in diesen Tagen die Kämpfe um Südkärnten und der Krieg in Ostungarn. Hier hatten seit Mitte Mai die Tschechen eine militärische Niederlage nach der anderen einstecken müssen. Die ungarische Rote Armee eroberte große Teile der Mittelslowakei, befreite am 21. Mai die wichtige Industriestadt Miskolc und stieß bis 6. Juni bis Kaschau (Kassa/Košice) vor. Bis Mitte Juni eroberten die Ungarn Preschau (Eperjes/Prešov) und Bartfeld (Bártfa/Bardejov) und riefen am 16. Juni 1919 in Preschau eine „Slowakische Räterepublik“ aus. Die Niederlage der tschechischen Truppen, die von der

Entente reichlich mit Waffen und Offizieren unterstützt wurde, war in Paris ein Schock, zumal man sehen musste, dass tschechische und slowakische Soldaten in Scharen zu den „Roten“ übergelaufen waren und nun in eine „Slowakische internationale Rote Armee“ eingegliedert wurden. Hatten schon vorher die diplomatische Isolierung der Räterepublik und eine wirtschaftliche Blockade Ungarns das Regime in Budapest nicht in die Knie zwingen können, so schienen nun auch alle militärischen Maßnahmen zu scheitern. Wie dramatisch man damals die Lage sah, zeigte ein streng vertrauliches Gespräch, das Oberst Cuninghame mit Staatssekretär Bauer am 8. Juni führte. Der Oberst berichtete, dass tschechische Truppen in schmachlicher Weise davonliefen, Artillerie und Munition im Stiche ließen und man in Prag den Verlust der ganzen Slowakei befürchtete. Die tschechische Regierung mache die größten Gegenanstrengungen und habe über das ganze Staatsgebiet den Ausnahmezustand verhängt. In der Arbeiterschaft gäre es aber, weil die Leute wieder einrücken sollen. Der Bolschewismus sei in Prag näher als in Wien. Die italienischen Offiziere wurden aus der Tschechoslowakei abberufen, die ganze tschechische Armee einschließlich des Kriegsministeriums unter französisches Kommando gestellt. Die Entente sei jedoch nicht in der Lage, hier augenblicklich Truppen einzusetzen. Die Engländer seien in Russland, in Ägypten, in Afghanistan und am Rhein gebunden. Franzosen und Italiener könne man nicht mehr ausschicken, weil sie sonst selbst bolschewistisch würden. Erst wenn Deutschland den Friedensvertrag in Versailles unterschrieben habe, könne die alliierte Rheinarmee den Tschechen helfen.<sup>337</sup>

Am Wiener Ballhausplatz hatte man natürlich schon von allem Anfang an ganz genau die Entwicklung in Ungarn, aber auch die internationalen Reaktionen mitverfolgt. Dabei hatte man bald erkannt, dass bei aller Sorge, die man natürlich auch hier hegte, die Situation für Österreich auch eine positive Seite habe, die man nützen müsse. Solange nämlich Wien als Bollwerk gegen ein weiteres Vordringen des Bolschewismus nach Westen von den Mächten in Paris gebraucht würde, wären diese gezwungen, Österreich auch „zum eigenen Schutz“ existenzfähig zu halten. Dies drückte Staatssekretär Otto Bauer schon am 27. Mai 1919 in einer geheimen Weisung an „seinen“ Gesandten in Budapest, Baron Johann Cnobloch, unmissverständlich aus, wenn er meinte, dass die Regierung in Wien zur Zeit keinerlei Interesse an einem baldigen Sturz der Räteregierung habe, da „*die Aussichten in der deutsch-westungarischen Frage gegenüber Sowjet-Ungarn*“ günstiger seien, als sie es einem Ungarn gegenüber wären, das eine der Entente genehme Regierung hätte. Bauer wies daher Cnobloch an, alles zu meiden was der Räteregierung schaden könnte. Er solle zwar in Gesprächen mit Entente-Diplomaten keinerlei Sympathien für die Räteregierung erkennen lassen, doch diesen auch keinerlei Informationen oder sonstige Hilfen geben, die jener schaden könnten.<sup>338</sup>

Österreich entwickelte förmlich ein Doppelspiel, das bisweilen einem „politischen Seiltanz“ glich. Man konnte sich einerseits nicht genügen, den Ententevertretern gegenüber die bolschewistische Gefahr in den grellsten Farben zu malen<sup>A)</sup>, während andererseits namhafte sozialdemokratische Kreise, darunter auch der Staatssekretär für Heerwesen, Julius Deutsch, dem „um seine Freiheit kämpfenden Proletariat Ungarns“ nicht in den Rücken fallen wollten und offen oder geheim die Räterepublik – wie wir gesehen haben – mit wichtigen Warenlieferungen bis hin zum Waffenschmuggel unterstützten. Es war grotesk, ja beinahe frivol, dass einen Tag nachdem in Wien ein neuerlicher kommunistischer Putschversuch<sup>B)</sup> blutig niedergeschlagen wurde, Otto Bauer am 16. Juni 1919 ein „Privatschreiben“ an Béla Kun schickte, in dem er betonte, wie sehr er sich freuen würde, den „werten Genossen“ persönlich kennen zu lernen und sich mit ihm in diesem „*geschichtlich so entscheidenden Augenblick*“ beraten zu können. In einer eingehenden, mehrere Seiten umfassenden Lagebeschreibung legte dann Bauer seinem Briefpartner klar, warum man in Wien dem ungarischen Beispiel nicht folgen und eine Räterepublik ausrufen könne. Er versicherte aber, dass es *„zwischen uns trotz aller Verschiedenheit der Auffassungen und der Methoden, die sich meines Erachtens aus den Verschiedenheiten der wirtschaftlichen und militärischen Lage ergeben, eine weitgehende Solidarität der Interessen“* gäbe.<sup>339</sup>

Die Sorge, dass der Kommunismus in Wien Einzug halten könnte, erfuhr eine Verschärfung noch dadurch, dass die Situation in Deutschland ähnlich bedrohlich war. Die Friedensbestimmungen, die diesem Land auferlegt wurden, waren ungemein hart und man war sich Mitte Juni 1919 noch immer nicht sicher, ob die deutsche Regierung den vorgelegten Vertrag unterzeichnen werde. Harold Nicolson notierte noch am 18. Juni in sein Tagebuch: *„Immer noch ungewiß, ob die Deutschen unterzeichnen werden oder nicht. Es scheint sicher, daß Brockdorff-Rantzau selbst nicht dazu bereit sein wird. Die allgemeine Ansicht ist, daß ein Wechsel der Bevollmächtigten stattfinden wird, gleichzeitig mit einem Regierungswechsel in Berlin...Die ärgsten Schwarzseher glauben, sie werden es wie Karolyi machen: die Macht an die Bolschewiken übergeben, mit den Russen und Magyaren gemeinsame Sache machen und uns vor die Tatsache eines roten*

---

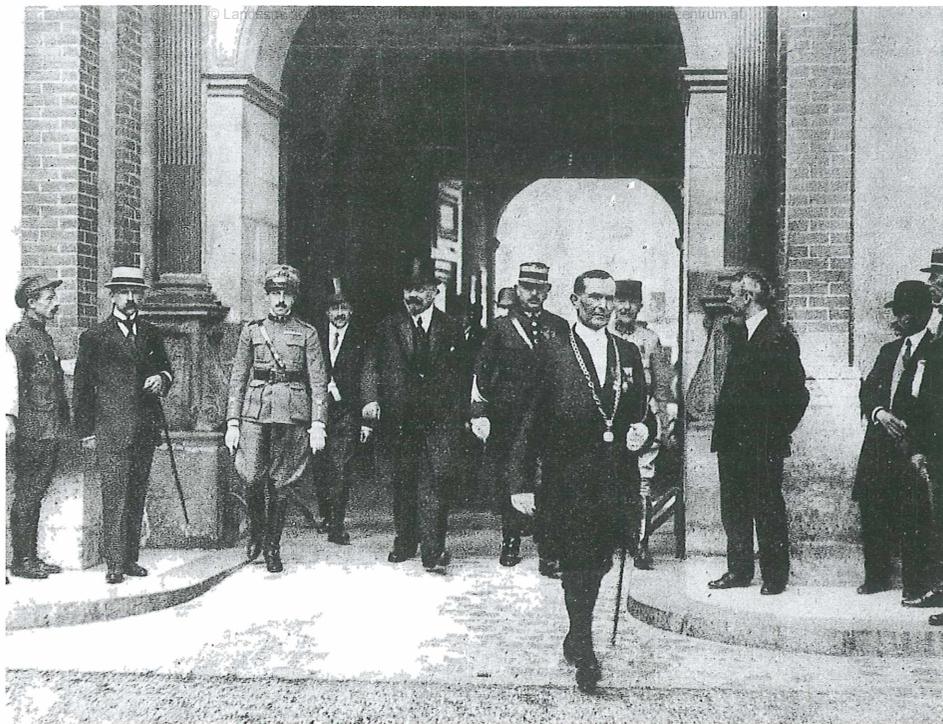
A) Nicht nur in Wien, auch in Paris versuchten die österreichischen Delegierten, z.B. Baron Johann Eichhoff, in Gesprächen mit westlichen Diplomaten mit Nachdruck auf die "Gefahr aus dem Osten" hinzuweisen.

B) Es war ziemlich eindeutig, dass hinter dem Unternehmen der erst Wochen davor in Wien eingetroffene ungarische Emissär Dr. Ernst Bettelheim stand und beachtliche Geldsummen aus Ungarn für den Putsch bereitgestellt worden waren, wie auch die Demonstranten ganz offen einen Anschluss an die ungarische Räterepublik forderten.

*Mitteleuropa stellen. Wenn sie das tun, so wäre es unsere Schuld, weil wir nicht den Bolschewismus in Ungarn niedergeworfen haben, als es noch ein leichtes gewesen wäre. Und auch, weil wir auf den unsinnigen Reparationsbedingungen bestanden haben.”*<sup>340</sup>

Während die obersten Gremien der Friedenskonferenz noch mit den letzten Vorbereitungen für die Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Deutschland, der dann am 28. Juni 1919 in Versailles unterschrieben wurde, beschäftigt waren, arbeiteten andere Kommissionen intensiv an der Neubearbeitung der Friedensbestimmungen mit Österreich. Hier zeigte es sich, dass man geneigt war, dem Kleinstaat an der Donau etwas entgegenzukommen. Es waren vor allem die Amerikaner, die bereit waren, den bisher eingeschlagenen harten Weg zu überdenken. So entwarf ein Ausschuss der „American Commission to Negotiate Peace“, dem Archibald C. Coolidge<sup>A)</sup>, Charles Seymour<sup>B)</sup>, Ellis Loring Dressel<sup>C)</sup> und Allen W. Dulles<sup>D)</sup> angehörten, am 17. Juni ein Memorandum, in dem sie gleich eingangs selbstkritisch bemerkten, dass Österreich durch das bisherige Ergebnis der Verhandlungen schlechter behandelt worden sei als Deutschland. Obwohl man sich bemüht habe, einen gerechten Frieden zustande zu bringen, habe man Freunde auf Kosten der ehemaligen Feinde belohnt. Man war z.B. auf Kosten Österreichs großzügig gegen Italien und habe auch Jugoslawien in der Steiermark und in Kärnten Gebiete als Ausgleich dafür gegeben, damit dieses an anderen Stellen dem Apenninenstaat Konzessionen mache. Österreich habe man den Zugang zum Meer geraubt, Bodenschätze und Gebiete, die für die Lebensmittelproduktion wichtig sind, entzogen, sodass das Land nicht mehr existenzfähig sei. Ohne lang über die Gerechtigkeit des bisherigen Vorgehens zu diskutieren, schlage man vor, sowohl die territorialen, als auch die wirtschaftlichen Bestimmungen neu zu überdenken und zugunsten Österreichs zu revidie-

- 
- A) Archibald C. Coolidge war seit 22. Mai 1919 in Paris als unmittelbarer Berater der US-Friedensdelegation. An seine Stelle in Wien folgte sein bisheriger Stellvertreter Albert Halstead (1867-1949); dieser war vorher Handelsattache an der US-Botschaft in Stockholm.
- B) Charles Seymour (1885-1963), Professor für Mitteleuropäische Geschichte an der Yale-University (New Haven, Conn.) war Leiter der Abteilung "Österreich-Ungarn" der "American Commission to Negotiate Peace"
- C) Ellis Loring Dressel (1865-1925) war Leiter des "US-Bureau of Diplomatic Correspondence"
- D) Allen W. Dulles (1893-1969), 1916 Sekretär an der US-Botschaft in Wien. Dann der "American Commission to Negotiate Peace" zugeteilt, im Oktober 1919 nach Berlin versetzt. Während des Zweiten Weltkrieges Leiter der US-Spionage gegen Deutschland mit Sitz in Bern. 1953-1961 Chef der CIA.



**Bild 67:** Staatskanzler Renner bei den Friedensverhandlungen in Saint-Germain.

ren. Namentlich sollte die Grenze gegen die Tschechoslowakei und in Tirol gegen Italien mehr den ethnischen Gegebenheiten angepasst werden und schließlich eine Volksabstimmung in Deutsch-Westungarn durchgeführt werden. Wenige Tage später wurde von Major Lawrence Martin eine Landkarte erarbeitet, die bei zukünftigen Gesprächen als Vorlage dienen sollte. Dabei zeigte es sich, wie gründlich das amerikanische Team in den letzten Monaten Material zum Fragenkomplex Deutsch-Westungarn gesammelt hatte. Man hatte historisch-politische Studien gemacht, möglichst aktuelle Bevölkerungsstatistiken und Wirtschaftsdaten erarbeitet und schließlich unzählige Informationen im Lande selbst oder von Menschen gesammelt, die aus dem umstrittenen Gebiet stammten. Dabei war man nicht nur sorgfältig, sondern auch sehr kritisch vorgegangen, da man erkennen musste, dass die einzelnen Parteien oft Daten lieferten, die sehr subjektiv ihr eigenes politisches Ziel untermauerten. Nun wurde dies in kurz zusammengefasster Form als Diskussionsgrundlage vor- bzw. der Grenzkarte zugrundegelegt. Die auf dieser Karte eingezeichnete neue Grenze

folgte angesichts der ursprünglich nur mangelhaft vorhandenen Unterlagen erstaunlich genau und objektiv - den ethnischen Gegebenheiten des Raumes, ließ aber die von Österreich reklamierten Städte Wieselburg und Güns bei Ungarn. In seinem Kommentar zu dieser Karte meinte Martin, dass damit ein Gebiet von etwa 22.000 Quadratmeilen mit 332.000 Deutschen und kleinen kroatischen Sprachinseln zu Österreich käme, das absolut für die Versorgung Wiens lebensnotwendig und auch strategisch vertretbar sei. Er meinte, dass Ungarn um dieses ländliche Gebiet nicht sonderlich kämpfen werde, sehr wohl aber um die dort liegenden gemischtsprachigen Städte, insbesondere um Ödenburg.<sup>341</sup>

Als sich am 3. Juli 1919 das „Comité de Réponse aux Notes Autrichiennes concernant les Clauses Territoriales“<sup>A)</sup> die inzwischen eingelangten österreichischen Einwände zu den anhängenden Territorialfragen diskutierte, brachte Coolidge im Namen der USA das Thema Deutsch-Westungarn auf den Plan und schlug die Übergabe dieser Region an Österreich vor.

Der Vorschlag wurde von Japan, insbesondere aber vom britischen Vertreter Nicolson vehement unterstützt, nicht jedoch von Italien. Da es klar war, dass die Mehrheit der Kommission ohnehin für den Anschluss Deutsch-Westungarns eintreten würde, entschlossen sich die Italiener ganz offensichtlich, durch ihren formalen Protest sie betonten demonstrativ die bevorstehenden ungeheuren Gebietsverluste Ungarns an allen Grenzen - weitere Sympathiepunkte in Budapest zu sammeln. Graf Louis Vannutelli-Rey meinte, dass man die Ernährungsfrage Wiens viel besser durch einen direkten Handelsvertrag mit Ungarn schließen könnte und dass Österreichs strategisches Sicherheitsbedürfnis effektiver durch eine breite entmilitarisierte Zone in Ungarn als durch einen relativ schmalen Landstreifen gesichert sei.

Frankreich äußerte sich zunächst positiv zum amerikanischen Vorschlag, wies aber schon in der nächsten Sitzung auf ein Schreiben hin, das die beiden tschechischen Delegierten bei der Friedenskonferenz, Kramář und Beneš, am 3. Juli Präsident Georges Clemenceau vorgelegt hatten. Unter Berufung auf ihre seinerzeitigen Memoranden wiesen die Tschechen darauf hin, dass ihr Land vehementeste Interessen in dem nun zur Debatte stehenden Gebiet habe und schlugen vor, dieses zu neutralisieren und unter die Verwaltung des Völkerbundes zu stellen. Letzteres wäre auch schon deswegen notwendig, um zu verhindern, dass beide

---

A) Die Mitglieder dieses Gremiums, das unter französischem Vorsitz vom 3. bis 10. Juli tagte, waren: Archibald C. Coolidge (USA), Harold Nicolson (GB), André Tardieu (F), Augusto Stranieri und Graf Louis Vannutelli-Rey (I), sowie Hikokichi Ijuin bzw. M. Kawai (Jap.). Ihnen stand fallweise eine Reihe von anderen, meist militärischen Experten zur Seite.

Bahnlinien, die man der ČSR zu den Adria Häfen Triest und Fiume zugesprochen habe, durch die neue Grenze über österreichisches Gebiet verlaufen würden und man so einseitig von diesem Staat abhängig wäre.<sup>342</sup> Um auch dieses Problem auszuräumen, entschloss man sich nach zähen mehrtägigen Verhandlungen, bei denen teilweise auch Kramář und Beneš persönlich anwesend waren, zu einem Kompromiss: Man zeichnete eine Linie, die von Radkersburg bis in die Gegend östlich des Neusiedlersees der ursprünglichen amerikanischen Vorlage folgte; lediglich St. Gotthard sollte bei Ungarn belassen werden. Im Bereich des Komitats Wieselburg zog man die Grenze jedoch wesentlich westlicher als es die von Österreich geforderte Linie vorgesehen hatte, um die Bahnlinie Pressburg - Karlburg Straßommerein St. Johann Csorna ohne Unterbrechung bei Ungarn zu belassen. Auf französisches Drängen wurde den Tschechen zusätzlich ein Brückenkopf südlich der Donau bei Pressburg - das deutsche Dorf Engerau - zugewiesen.

Dieses in der Kommission erst nach dringender Urgenz durch den britischen Außenminister Balfour zustande gekommene Ergebnis wurde dem „Rat der Fünf“, also dem Obersten Rat, vorgelegt. Mit Stimmenmehrheit - bei neuerlicher Gegenstimme Italiens - akzeptierte dieser am 11. Juli 1919 die neu vorgeschlagene österreichisch-ungarische Grenze und nahm diese Fassung der Grenzlinie - ohne auf die von Österreich mehrfach angeregte Volksabstimmung einzugehen - in die neuformulierten und ergänzten Friedensbedingungen auf. Offensichtlich durch eine Indiskretion informiert, berichtete die Pariser Zeitung „Temps“ schon zwei Tage vor der endgültigen Entscheidung, dass die deutschen Gebiete Südmährens und des Böhmerwaldes für Wien verloren seien, die Konferenz jedoch daran denke, Österreich „die gewünschten Gebiete in Westungarn“ zuzusprechen. Klein schrieb nach Wien: *„Statt Deutschmähren und Südböhmen ein Stück Westungarn - ein Danaergeschenk, weil wir es uns erobern werden müssen. Volksabstimmung dürfte verweigert werden. Mir scheint, daß dabei noch ein anderer Zweck mitspielt. Gestern brachte der „Temps“ einen Artikel, der - offenbar Allizéischen Ursprungs - in die unverhüllte Forderung ausgeht, Bauer müsse weg usw. im Zusammenhang auch mit Westungarn.“*<sup>343</sup> Tatsächlich trat Staatssekretär Dr. Otto Bauer, dessen starres Festhalten an einer Anschlusspolitik Deutschösterreichs an die Deutsche Republik völlig gescheitert war, am 27. Juli 1919 von seinem Amt zurück, womit Staatskanzler Renner nun endgültig auch die Leitung der österreichischen Außenpolitik übernahm.

Die neuen Friedensbedingungen wurden der österreichischen Delegation schließlich am 20. Juli 1919 vorgelegt. Da die hier festgelegte Grenzbeschreibung dann wörtlich in den Schlusstext des Friedensvertrages von Saint-Germain-en-Laye aufgenommen wurde, sei er hier vollständig zitiert: *„...ungefähr 2 km*

östlich von Toka [Tauka]<sup>A)</sup> dem Treffpunkt der drei Grenzen Österreichs, Ungarns und des serbisch-kroatisch-slowenischen Staates: eine im Gelände noch zu bestimmende Linie, welche zwischen den Dörfern Bonisfalva [Bonisdorf] und Gedöudvár verläuft

### 5. Gegen Ungarn

Von dem vorbezeichneten Punkte nordöstlich und bis zur Kote 353, ungefähr 6 km nordnordöstlich von Szentgotthárd: eine im Gelände noch zu bestimmende Linie, welche über die Kote 353 (Jankeberg), hierauf westlich der Straße Radkersburg-Szentgotthárd und östlich der Dörfer Nagyfalva [Mogersdorf], Németlak [Deutsch Minihof] und Rábakeresztur [Heiligenkreuz im Lafnitztal] verläuft;

von dort in einer im allgemeinen nordöstlichen Richtung und bis zur Kote 234, ungefähr 7 km nordnordöstlich von Pinkamindszent: eine im Gelände noch zu bestimmende Linie, die über die Koten 241, 260, 273, dann östlich von Nagynarda und Rohoncz [Rechnitz] und westlich von Dozmat und Butsching [Bucusu] verläuft;

von dort nordostwärts und bis zur Kote 265 (Kamenje), ungefähr 2 km südöstlich von Nikitsch: eine im Gelände noch zu bestimmende Linie, welche südöstlich von Liebing, Olmod und Locsmánd [Lutzmannsburg] und nordwestlich von Köszeg und der von diesem Orte nach Salamonfa [Sallmannsdorf] führenden Straße verläuft; von dort gegen Norden und bis zu einem auf dem Südufer des Neusiedlersees zwischen Holling [Fertöboz] und Hidegség zu wählenden Punkte: eine im Gelände noch zu bestimmende Linie, die östlich von Nikitsch und Zinkendorf und westlich von Kövesd und Németpereszteg verläuft;

von dort gegen Osten und bis zu der ungefähr 8 km südwestlich von St. Johann [Mosonszentjános] gelegenen Kote 115: eine im Gelände noch zu bestimmende Linie, die den Neusiedlersee kreuzt und südlich der Insel, auf der sich die Kote 117 befindet, verläuft, wobei die von der Station Mexiko nach Nordwesten führende Sekundärbahnlinie ebenso wie der ganze Einserkanal bei Ungarn verbleiben, und welche südlich von Pamhagen verläuft;

von dort nach Norden bis zu einem ungefähr ein Kilometer westlich von Antonienhof (östlich von Kittsee) zu wählenden Punkte, der den Treffpunkt der drei Grenzen Österreichs, Ungarns und des tschecho-slowakischen Staates bildet: eine im Gelände noch zu bestimmende Linie, welche die Eisenbahnlinie Csorna Karlburg [Rusovce] ganz auf ungarischem Gebiete läßt und westlich von Wüst-Sommerein [Hegyeshalom] und Kr. Jahrndorf [Jarovce] und östlich von Andau, Nickelsdorf, D. Jahrndorf und Kittsee verläuft.

---

A) Mit [ ] wurde der heutige Ortsname hinzugefügt

*Von dem vorbezeichneten Punkte bis zur Biegung der alten Grenze von 1867 zwischen Österreich und Ungarn, ungefähr 2,5 km nördlich von Berg: eine im Gelände noch zu bezeichnende Linie, welche die Straße von Kittse nach Preßburg ungefähr 2 km nördlich von Kittsee schneidet; von dort gegen Norden bis zu einem in der Hauptfahrrinne der Donau, etwa 4,5 km stromaufwärts von der Preßburger Brücke zu wählenden Punkte...”<sup>344</sup>*

Bei allen bedrückenden Vertragspunkten, die die Vorlage vom 20. Juli 1919 für Österreich brachte, waren diese Bestimmungen ein gewaltiger Lichtblick für Österreich. In der Antwortnote, die Staatskanzler Renner am 6. August 1919 überreichte, anerkannte man „mit aufrichtiger Dankbarkeit die Verfügung der Konferenz bezüglich der deutschen Gebiete Westungarns“ Man betonte jedoch die Notwendigkeit einer Volksabstimmung in diesem Gebiet „unter Leitung und Aufsicht der alliierten und assoziierten Hauptmächte“, um „von vornherein den Verdacht... zu zerstreuen“ dass dies „gegen den Willen des Volkes“ geschehen sei. Diese Volksabstimmung sollte auch unbedingt in jenen Gemeinden des Wieselburger Komitats erfolgen, die im vorliegenden Entwurf nicht an Österreich angeschlossen wurden<sup>A)</sup>. Gerade diese Gebiete so betonte man seien nämlich ernährungspolitisch besonders wichtig für Wien, käme doch von hier ein Großteil der Milch, die für die Spitäler Wiens und für die Bekämpfung der erschreckend hohen Kindersterblichkeit in der Millionenstadt notwendig sei<sup>B)</sup>. Um den tschechoslowakischen Forderungen nach einer freien Bahnlinie von Pressburg nach Csorna entgegenzukommen, erklärte man sich bereit, diesem

---

A) Nicht zum Burgenland kamen folgende Gemeinden: Karlburg (1.802 Einwohner, 70,4% deutsch), Kroatisch-Jahrndorf (674 Einwohner, 80,6% kroatisch), Pallersdorf (1.367 Einwohner, 69,9% deutsch), Ragendorf (2.682 Einwohner, 82,6% deutsch), Sarndorf (688 Einwohner, 66,9% deutsch), Straß-Sommerein (2.408 Einwohner, 67,5% deutsch), Gahling (857 Einwohner, 89,6% deutsch), Kaltenstein (1.556 Einwohner, 92,3% deutsch), Kroatisch-Kimling (991 Einwohner, 82,0% kroatisch), St. Johann (3.311 Einwohner, 75% deutsch), St. Peter (2.204 Einwohner, 78,9% deutsch), Ungarisch-Kimling (772 Einwohner, 53% deutsch) und Zanegg (2.778 Einwohner, 67,4% deutsch).

B) In einer Beilage (Nr. 71) brachte man ergänzend Statistiken über die Lebensmittelproduktion im Komitat Wieselburg. Hier führte man u.a. an, dass die Herrschaft Ungarisch Altenburg (Besitzung des Erzherzog Friedrich) in Friedenszeiten ca. 30.000 Liter Milch pro Tag nach Wien (= 4% des Gesamtverbrauchs der Stadt) lieferte. Da der tägliche Verbrauch nun infolge des furchtbaren Mangels auf 60.000 Liter herabgesunken sei, könnte das Gut Ungarisch-Altenburg die Hälfte des Verbrauchs sicherstellen.

Nachbarstaat entsprechende Garantien zu geben, wie man sie auch schon bei anderen zwei Linien zugesagt habe. Weiter im Süden forderte man auch die Aufnahme der Städte Güns und St. Gotthard, sowie die im Raab-Tal und im slovenischen Grenzgebiet gelegenen Gemeinden Ungarisch Bieling, Ginisdorf, Luising, Jakobshof, Oberradling, Raabfidisch, Unterradling, Unterzeming, Fückselsdorf, Guitzenhof und Sinnersdorf in das Volksabstimmungsgebiet.<sup>345</sup>

Als es dann durch vertrauliche Informationen aus Kreisen der Siegermächte klar wurde, dass der Ostteil des Wieselburger Komitates unwiederruflich verloren sei, versuchten die österreichischen Verhandler einen gewissen Ausgleich des Verlustes im Raum von Güns zu bekommen. Man forderte dabei nicht nur diese Stadt selbst, sondern auch die Dörfer Siegersdorf (Horváthzsidány), Roggendorf (Németzsidány) und Prössing (Peresznye). Vor allem hatte man aber die direkte Straßenverbindung zwischen Güns und Rechnitz im Auge, womit die Dörfer Szerdahely, Zackendorf (Cák), Velem und Poschendorf (Bozsok) zum Burgenland gekommen wären. Das Gebiet hätte ca. 13.000 Menschen (7.000 Magyaren, 4.000 Deutsche und 2.000 Kroaten) zu Österreich gebracht. Eine andere Korrektur der im Friedenspapier vorgeschlagenen Grenze verlangte man im Raabtal, wo man Hagensdorf, Luising, Ginisdorf (Nemesmedves), Unter- und Oberradling (Alsó- und Felsőrönök), Jakobshof (Jakabháza), Raabfidisch (Rábfüzés), St. Gotthard (Szentgotthárd), Mogersdorf, Windischdorf (Rábatotfálu), Eckersdorf (Szakonyfálu), Unterzeming (Alsószölnök), Bonisdorf, Kalch, Guitzenhof (Gedőudvár) und Sinnersdorf (Határfalva) für Österreich reklamierete. In beiden Fällen entschied man aber in Paris, dass die beiden zentralen Orte auf Grund ihres starken magyarischen Bevölkerungsanteils bei Ungarn bleiben sollten, womit teilweise auch die deutschen Orte der Umgebung bei Ungarn bleiben mussten.

Trotz des großen Erfolges war man in Österreich über die Entscheidung in Paris nicht restlos glücklich, ja man fühlte sich durch das Verfahren der Siegermächte auch hier gedemütigt, wie Vizekanzler Jodok Fink in seiner Rede im Parlament am 26. Juli bitter bemerkte, wenn er sagte: „...Als teilweisen Ersatz für den Raub an deutschem Boden und deutschem Volkskörper bietet uns die Entente einen Teil Deutschwestungarns an. Aber auch mit Deutschwestungarn verfährt sie, wie mit unseren anderen deutschen Gebieten, als wenn es sich nicht um lebendige Menschen handelt, sondern um Schafherden, die der Herr treiben läßt, wohin es ihm beliebt. Statt Deutschwestungarn in seiner Gänze selbst entscheiden zu lassen, wohin es gehören will, teilt sie es, wie es ihr beliebt. So weist sie Preßburg den Tschechen, Ödenburg uns, Wieselburg, Deutsch-Altenburg und Güns den Ungarn zu. Gegen diese Methode, die nach Erobererart über Länder und Völker verfügt, halten wir fest am demokratischen Prinzip der Selbstbestimmung, dem

*unser junges Staatswesen seine Entstehung verdankt, fest an dem Grundsatz, daß jedes Volk selbst das Recht hat, über seine staatliche Zugehörigkeit zu bestimmen.*"<sup>346</sup> Allerdings war es nicht nur gekränkter Stolz und der wahrscheinlich aussichtslose Versuch, doch noch den östlichen Teil des Wieselburger Komitats zu bekommen, der die österreichische Politik bewegte. Es war auch die Einsicht oder Ahnung, dass Ungarn wahrscheinlich bald versuchen werde, das „Diktat von Paris“ abzuschütteln und sich dabei dahinter verschanzen werde, dass die Abtretung Deutsch-Westungarns gegen den Willen der dortigen Bevölkerung erfolgt sei. Nur eine freie und unter internationaler Leitung und Kontrolle durchgeführte Volksabstimmung konnte dies vereiteln.

Die Alliierten und assoziierten Mächte behandelten nun abermals die Frage der österreichisch-ungarischen Grenze im „Comité de Réponse aux Notes Autrichiennes concernant les Clauses Territoriales“. Der Oberste Rat ging aber auf diese Wünsche Österreichs nicht mehr ein und betonte in seiner Begleitnote zur „endgültigen Fassung der Friedensbedingungen“ am 2. September 1919, dass man „es für richtig befunden [habe], Österreich jene Gebiete Westungarns anzugliedern, die von einer geschlossenen deutschen Bevölkerung bewohnt sind und deren landwirtschaftliche Produkte für die Ernährung Wiens und anderer Zentren einen wichtigen Bestandteil bilden.“ Diese Linie folge sehr eng der festgestellten Sprachgrenze, weiche allerdings im östlichen Teil des Komitats Wieselburg davon ab, um der CSR einen weiteren gesicherten Zugang zum Meer sicherzustellen. So habe man die Bahnlinie Pressburg - Hegyeshalom - Szent János - Csorna bei Ungarn belassen. Schließlich habe man sich entschlossen, von einer Volksabstimmung oder einer Mitwirkung an einer solchen abzusehen, da „innerhalb dieser so festgesetzten Grenze der Volkscharakter und das nationale Empfinden der Bewohner zu klareren Anschluß an Österreich empfehle“.<sup>347</sup> Selbst die amerikanische Delegation, die im Allgemeinen das Selbstbestimmungsrecht der Völker hochhielt wie kaum eine andere in Paris, hatte sich gegen eine Volksabstimmung im Burgenland ausgesprochen, da sie vollkommen überflüssig sei.

Obwohl die österreichische Nationalversammlung „den Frieden von Saint-Germain für national unrecht, politisch verhängnisvoll und wirtschaftlich undurchführbar“ hielt, gab sie am 6. September 1919 mit 97 gegen 23 Stimmen „grünes Licht“ für die Unterzeichnung des - wie man von österreichischer Seite betonte - „Staatsvertrages von Saint-Germain-en-Laye“ Diese erfolgte schließlich am 10. September 1919 um 11 Uhr vormittags im berühmten Schloss, das als Geburtsort des großen Gegners der Habsburgermonarchie, König Ludwig XIV., nicht ohne historische Symbolik war. Nach Staatskanzler Renner unterschrieben die Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte die Vereinigten Staaten von Amerika, das Britische Königreich, Frankreich, Italien, Japan,

Belgien, China, Cuba, Griechenland, Nikaragua, Panama, Polen, Portugal, Siam, und die Tschechoslowakei - den Vertrag; die jugoslawischen und rumänischen Delegierten waren ohne Angabe von Gründen der Zeremonie ferngeblieben.

Das Vertragswerk umfasste 381 Artikel, die in vierzehn Teile gegliedert waren. Das Burgenland betrafen im besonderen die Art. 27 und 29 im Teil II (Österreichs Grenzen) sowie die Art. 66 – 68, die Minderheitenschutzbestimmungen enthielten.

Die Ratifikation des Vertrages erfolgte in Paris am 16. Juli 1920, wobei nur mehr Vertreter der Staaten Frankreich, Großbritannien, Italien, Griechenland, Jugoslawien, Siam, China und Tschechoslowakei persönlich anwesend waren. Mit diesem Akt bzw. der Veröffentlichung des Vertrages im Staatsgesetzblatt (am 21. Juli 1920) erlangte der Friedensvertrag von Saint-Germain verfassungsmäßige Gesetzeskraft.

Nur am Rande sei abschließend bemerkt, dass die USA den Vertrag von Saint-Germain, obwohl ihre Vertreter – wie wir gesehen haben – intensiv an seinem Zustandekommen beteiligt waren, nicht ratifiziert haben. So musste ein eigener Friedensvertrag geschlossen werden, der dann am 24. August 1921 am Ballhausplatz in Wien von dem Vertreter der Vereinigten Staaten in Wien, dem Kommissär Arthur Hugh Frazier, und Bundeskanzler Dr. Johannes Schober als Minister für Äußeres unterzeichnet wurde. Obwohl sich dieser „Staatsvertrag zwischen der Republik Österreich und den Vereinigten Staaten von Amerika“ an jenen von Saint-Germain anlehnte, war er doch in einigen wesentlichen Punkten verschieden von diesem. So wurden die moralisch demütigenden Strafbestimmungen ebenso weggelassen, wie das erzwungene Bekenntnis über die österreichische Kriegsschuld. Es war auch aus der Sicht des Burgenlandes nicht unbedeutend, dass sich im Jahre 1921 die USA in keiner Weise mehr in sogenannte „innereuropäische Fragen“ einmischen wollte, und so auch keine Bestimmungen über die Grenzen Österreichs in den Vertrag aufnahm.



**Bild 68:** Staatskanzler Renner verläßt das Schloss Saint-Germain nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages am 10. September 1919

## Das Ende der Räterepublik und die „weiße“ Gegenrevolution in Westungarn

Während die Friedensverhandlungen in Saint-Germain in ihre Endphase gingen, lag die ungarische Räterepublik in ihren letzten Zügen. Mit steigender Besorgnis hatte man in Paris die erfolgreiche Offensive der ungarischen Roten Armee gegen die Tschechen registriert. Vor allem militärische Kreise forderten einen raschen Einsatz von alliierten Truppen, um die gefährdete tschechische Front zu stützen und General Pellé, der höchstkommandierende Ententeoffizier in Prag, warnte, dass bei einem weiteren Vormarsch der Bolschewiken nach Westen auch Wien und damit das wirtschaftlich und politisch ohnehin sehr labile Österreich in Gefahr sei, eine „Beute des Kommunismus zu werden“ Dass dies weitere Folgen für Bayern, ja sogar für Italien haben könnte, schloss man für einen solchen Fall ebenfalls nicht aus.<sup>348</sup> Obwohl man diese Alarmsignale äußerst ernst nahm, war aber keine der westlichen Regierungen bereit, erneut Soldaten zu mobilisieren, um diese in einem „antibolschewistischen Kreuzzug“ nach Mitteleuropa zu führen. Mit Recht fürchtete man unangenehme innenpolitische Reaktionen vor allem aus den Kreisen der Arbeiterschaft, die auch in den Siegerstaaten aufs Äußerste kriegsmüde war. Italien war überhaupt gegen eine militärische Intervention in Ungarn und lehnte - aus den schon erwähnten Überlegungen - ein weiteres Vordringen jugoslawischer, rumänischer und tschechischer Truppen über die seinerzeit gezogenen Demarkationslinien ab. Der britische Außenminister Balfour meinte außerdem, dass man nach einer totalen militärischen Niederlage Ungarns wahrscheinlich eine Regierung einsetzen müsste, die aber in den Augen der Menschen als „ausländische Marionette“ betrachtet werden würde. Dies könnte dazu führen, dass eine längere und damit kostspielige Stationierung von Entente-Truppen erforderlich wäre, um der im Volke nicht verankerten Regierung jene Unterstützung zu sichern, die diese bei der Schaffung von geordneten Verhältnissen brauche. Da dies keiner der Mächte angenehm war, entschied man sich, wie bisher nur diplomatische Druckmittel gegen die Räterepublik einzusetzen. Dabei wandte man einerseits Drohungen an, führte aber auch ins Treffen, dass man durchaus bereit sei, mit einer gemäßigten demokratischen Regierung Verhandlungen über einen baldigen Friedensschluss zu führen. So wurde Budapest bereits am 8. Juni 1919 in Aussicht gestellt, dass man schon in wenigen Wochen mit Friedensverhandlungen beginnen könnte, gleichzeitig jedoch angedroht, dass die Entente *„...unverzüglich die äußersten Maßnahmen ergreift, sollte die Budapester Regierung die Kriegshandlungen gegen die Tschechoslowakei nicht sofort einstellen“*

Acht Tage später wurde abermals eine Note des Vorsitzenden der Friedenskonferenz, Georges Clemenceau, an Béla Kun übersandt, in der ultimativ der Rückzug der ungarischen Truppen hinter eine in Paris festgesetzte Demarkationslinie gefordert wurde. Man versprach aber im Gegenzug, dass auch die rumänischen Truppen von der Theiß in ihre alten Ausgangsstellungen zurückgenommen werden würden.<sup>349</sup> Angesichts der problematischen Versorgungslage der Armee und der Hoffnung, dass die Republik Ungarn, vielleicht sogar eine etwas umgebaute Räteregierung, jetzt doch noch eine internationale völkerrechtliche Anerkennung erlangen könnte, akzeptierte man diesen Vorschlag in Budapest. Allerdings geschah dies erst nach einer stürmischen Diskussion im Zentralen Regierungsrat und anschließend im Sowjetkongress, wo man sich völlig im Klaren war, dass man mit dem Rückzug der Roten Armee ein möglicherweise wertvolles Faustpfand für weitere Verhandlungen verliere und sich so nur auf Treu und Glauben in die Hände seiner Gegner begeben.

Das Militär, das das ganze Ausmaß des katastrophalen Zerfalls der ungarischen Wirtschaft nicht kannte, war über diesen Entschluss entsetzt. Unter Protest traten sowohl der Oberbefehlshaber Vilmos Böhm, als auch sein Generalstabschef Aurel Stromfeld, die die ungarischen Truppen bisher ausgezeichnet geführt hatten, von ihren Ämtern zurück. Ihnen folgten zahlreiche Offiziere, die nie dem kommunistischen Lager angehört hatten, aber angesichts der Bedrohung des Vaterlandes freiwillig in die Rote Armee eingetreten waren und sich jetzt um „ihre Siege betrogen“ fühlten. Man musste ganze Regimenter, die sich nun „von oben verlassen“ sahen, ins Hinterland zurückführen, um die demoralisierten Soldaten moralisch und organisatorisch aufzufangen. Da man aber hier nur mehr mangelhaft in der Lage war, die plötzlich auftauchenden Soldatenmassen zu versorgen, entwickelten sich diese zu einer wahren Landplage. Um nicht hungern zu müssen, begannen immer mehr Soldaten unter Androhung von Waffengewalt, eigenmächtig zu requirieren. Der Staat wurde immer unregierbarer.

Als man schließlich am 2. Juli erkennen musste, dass die rumänischen Truppen die Theißlinie nicht räumten und Forderungen nach einer totalen Waffen-niederlegung der ungarischen Truppen gestellt wurden, entschloss sich Béla Kun, noch einmal das Ruder herumzureißen. Er befahl seiner bereits zerfallenden Armee, am 20. Juli einen verzweifelten Überraschungsangriff auf die Rumänen durchzuführen. Der Angriff, dessen Zeitpunkt und Stoßrichtung übrigens von Deserteuren verraten wurde, endete nach einigen Anfangserfolgen im totalen Zusammenbruch. Einzelne Truppenteile strömten fluchtartig zurück und die Rumänen überschritten in den letzten Julitagen in breiter Front die Theiß. Am 31. Juli standen sie nur noch einhundert Kilometer vor Budapest.

Mitten in diesen Ereignissen traf in Budapest die Hiobsbotschaft ein, dass die Siegermächte den Österreichern bei den Friedensverhandlungen in Saint-Germain Deutsch-Westungarn zugesprochen hätten. Man hatte sich zunächst in der Sicherheit gewiegt, dass die Siegermächte wie ja im ersten Entwurf der österreichischen Friedensbedingungen vom 2. Juni 1919 festgelegt - die Grenze von 1867 unangetastet lassen würden, und war nun über die unerwartete Wende in Paris, die am 20. Juli publik wurde, doppelt erschüttert und empört. Am 21. Juli berichtete Béla Kun darüber im Regierenden Rat und beantragte, nicht auch noch hier der Entente nachzugeben und den Österreichern nicht eine Handbreit Boden zu überlassen. Doch allen war klar, dass Ungarn nicht in der Lage wäre, jetzt auch noch Krieg gegen Österreich zu führen. So wurde beschlossen, Deutsch-Westungarn auf keinen Fall freiwillig abzutreten, allerdings auch keinen weiteren Krieg zu riskieren und bei den kommenden Friedensverhandlungen unbedingt eine Volksabstimmung über das umstrittene Gebiet zu verlangen.<sup>350</sup> Der Deutsche Generalkonsul in Budapest, Graf Fürstenberg, berichtete am 28. Juli 1919 nach Berlin: „Man hatte fast allgemein damit gerechnet, daß die Friedenskonferenz die deutschen Gebiete Westungarns Deutsch-Österreich zusprechen werde. Deshalb hat der diesbezügliche Beschluß auch keine größere Erregung hervorgerufen. Überdies ist zurzeit jeder mit seinen eigenen Sorgen so sehr beschäftigt, daß er dem Gesamtschicksal Ungarns erschreckend gleichgültig gegenübersteht...Allerdings dürfen solche Stimmungen nicht ernst genommen werden, denn im Grunde genommen wird, wie jede ungarische Regierung, auch die Bevölkerung eine Verstümmelung Ungarns mit allen Mitteln zu verhindern suchen, bzw. die Hoffnung auf Wiedergewinnung der abgetrennten Gebiete nie aufgeben.“<sup>351</sup>

Auch in Westungarn war man besorgt und verunsichert. Während alle, die für den Anschluss an Österreich waren, im Stillen jubelten, klammerte man sich in den offiziellen Gremien und nationalen Kreisen an die Hoffnung, dass der Vertragsentwurf in der vorliegenden Form von Österreich nicht angenommen werden könnte und somit auch der Passus über Deutsch-Westungarn wieder in Frage gestellt wäre. Der „Ödenburger Proletarier“ schrieb am 24. Juli 1919: „Aus dem vorgestern der deutschösterreichischen Friedensdelegation überreichten Friedensentwurf werden nähere Details bekannt. Die kapitalistischen Ententemächte haben sich wieder einmal ein Meisterstück des böswilligen Hasses, der gemeinsten Niedertracht geleistet. Sie haben einen Friedensvertrag ausgefertigt, den weder Deutschösterreich, noch Sowjet-Ungarn je annehmen können. Der dem Staatskanzler Dr. Renner übergebene Friedensvertrag muß geradezu als eine Verhöhnung der Wilsonschen Prinzipien bezeichnet werden. Er richtet Deutschösterreich wirtschaftlich völlig zugrunde und er vollzieht eine Beraubung Ungarns von dem er quasi als Entschädigung für die

# Munkások! Katonák! Elvtársak!

**A forradalmi kormányzótanács külső kényszerítő okok hatása alatt, az antanttal folytatott tárgyalás következtében lemondott. A kormányhatalmat a munkásszervezetek régi kipróbált vezetői vették át.**

Az új kormány a következőkép alakult meg:

<b>Peidl Gyula</b> <small>miniszterelnök</small>	
<b>Peyer Károly</b> <small>belügyminiszter</small>	<b>Takács József</b> <small>növényvédelem</small>
<b>Haubrich József</b> <small>hadügy</small>	<b>Miakics József</b> <small>pénzügy</small>
<b>Ágoston Péter</b> <small>külgügy</small>	<b>Dovcsák Antal</b> <small>ipari és kereskedelmi</small>
<b>Garbai Sándor</b> <small>közoktatásügy</small>	<b>Knittelhoffer</b> <small>közvetlenmunka</small>
<b>Garami Ernő</b> <small>igazságügy</small>	<b>Knakler</b> <small>nemzetiségi</small>

Minden munkástanács a helyén marad, minden öntudatos munkás és polgár örködiék a közrend és nyugalom fenntartása felett. Az antant után megtörténtek a lépések a fegyverszünet megkötése érdekében. Felkérjük a lakosságot, hogy nyugalmával és türelmével támogassa a kormányt rendfenntartó munkájában.

Az ezer sebből vérző ország rekonstruálását, a béke megteremtését, a lakosság életmezésének biztosítását a kormány első és legfontosabb teendői közé sorozta, éppen azért kérjük a lakosságot, hogy nyugalmát megőrizve várja a kormány további intézkedéseit.

Azzal a biztos tudattal, hogy megértő lelkekhez szólunk, fordulunk az ösztönmunkássághoz és arra kérünk mindenkit, aki szívén viseli a proletárok érdekeit, az általános jólétet és a közrendet, hogy teljesítse továbbra is vállalt kötelességét és viselkedjék úgy, ahogy az öntudatos proletárokhöz illik.

**Vasvármegye munkássága a diktatura alatt is előljárt a kötelességek teljesítésében, mutassuk meg, hogy a változott viszonyok alatt is megmaradunk becsületes dolgozó szociálistáknak.**

**Éljen a világot megváltó szocializmus, éljenek a proletár milliók!**

Szombathely, 1919. augusztus 2.

Testvéri üdvözléssel:

Vasvármegye és Szombathely város intézőbizottságai.

*Bild 69: Plakat mit der Ankündigung des Sturzes der Räteregierung und Ernennung der Regierung Gyula Peidl (2. August 1919)*

*Deutschösterreich diktierten unerhört grausamen Bedingungen einen Teil Westungarns mit Ödenburg rauben und ohne Volksabstimmung an Deutschösterreich anschließen will. Die Entente mag das ja wohl - allein da wird unsere brave Rote Armee ein noch ganz gewichtiges Wort mitzusprechen haben. Diesen Raub werden weder der Proletarierstaat Ungarn noch die Proletariermassen Europas je dulden”*<sup>352</sup>

In der „Gauhauptstadt“ Ödenburg organisierte man schon am 23. Juli eine Massenversammlung am Széchenyi-Platz, um gegen die Entscheidung von Paris zu demonstrieren und das Distriktkommando des Grenzmilitärs signalisierte Entschlossenheit zum Widerstand um jeden Preis: *„Wir erklären einstimmig, daß wir mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln verhindern werden, daß von der ungarländischen Räterepublik auch nur eine Spanne Boden dem kapitalistischen Österreich überlassen werde. Wir kämpfen nicht nur für das ungarische Proletariat, sondern auch im Bunde mit dem russischen Proletariat für die Freiheit des Proletariats aller Länder. Der Raubversuch der Entente, Deutschwestungarn wieder in die Knechtschaft zu stürzen, ist uns nur ein Ansporn dazu die Waffen noch fester zu umklammern und sie nicht solange niederzulegen, bis wir die Klasse der Unterdrücker nicht gänzlich vernichtet haben, um uns schließlich nicht nur mit dem österreichischen, sondern mit dem Proletariat der ganzen Welt zu vereinigen.”*<sup>353</sup> Verzweifelt versuchte man daran zu glauben, dass es in Österreich zu einem Aufstand der Proletariermassen kommen und dass mit dem Zusammenbruch des Kapitalismus eine neue Ordnung in Mitteleuropa entstehen würde, die auch die Ergebnisse der Friedensverhandlungen in Paris ad absurdum führen müsste. Aber selbst die Tageszeitung „Ödenburger Proletarier“ gab indirekt zu, dass die von ihr immer wieder wortreich beteuerte Einheit des deutschen Proletariats von Westungarn nicht ganz so geschlossen sei, wenn sie sich in ihrer Ausgabe vom 1. August darüber mokierte, dass *„sich just in Ödenburg Leute [finden], die nach der einstigen so gemütlichen Kaiserstadt pilgern und dort die Stirn haben, im Namen der westungarischen Bevölkerung um deren Einverleibung in das zermürbte Deutschösterreich zu betteln.”*<sup>354</sup>

Als dieser Artikel erschien, war die Räterepublik nach 133 Tagen Herrschaft zusammengebrochen. Verzweifelt hatte die Räteregierung nach der militärischen Katastrophe an der Theiß in den letzten Julitagen versucht, neue Truppen zu mobilisieren und in einem persönlichen Telegramm Lenin gebeten, der ungarischen Roten Armee durch einen Entlastungsangriff von russischen Sowjettruppen auf Bessarabien beizustehen. Auch die vereinzelt in Italien, Frankreich, England und anderen europäischen Ländern ausbrechenden Demonstrationen und Solidaritätsstreiks von Arbeitern, die ihre Regierungen aufforderten, die Interventionspolitik gegen Räte-Ungarn einzustellen, hatten

nicht mehr Wirkung als die einer freundlichen Geste. Als so alle Rettungsversuche scheiterten, zog Béla Kun die Konsequenzen und übergab am Nachmittag des 1. August 1919 die Regierungsgewalt an eine „Gewerkschaftsregierung“ unter der Führung des Sozialdemokraten Julius Peidl. Der gestürzte Diktator – denn das war Kun in den letzten Monaten geworden – floh wenige Stunden später mit zahlreichen seiner Getreuen nach Wien. Hier wurde den kommunistischen Führern und ihren Familien politisches Asyl gewährt, doch wurden sie sofort ins Waldviertel gebracht und interniert. Auch in den nächsten Tagen hielt Österreich als einziges unmittelbares Nachbarland seine Grenzen offen und rettete damit viele ungarische Sozialisten und Kommunisten vor der Rache der „weißen“ Konterrevolution, die bald das ganze Land überschwemmte.

Die neue Regierung, die nur von den Sozialdemokraten getragen wurde, bemühte sich verzweifelt, die um sich greifende Anarchie einzudämmen. Sie versuchte durch ein rasches Aufheben der unpopulären Maßnahmen der gestürzten Räteregierung, das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen. Doch als am 4. August die Rumänen in Budapest einrückten, konnte sich auch Peidl nicht mehr halten. Dem italienischen Vertreter in Budapest, Oberstleutnant Guido Romanelli, der nicht nur gute Kontakte zur Räteregierung aufrechterhalten hatte, sondern auch Verbindungen zur rechtsgerichteten Gegenregierung in Szeged<sup>A)</sup> besaß, gelang es, zwischen den Sozialdemokraten und den immer stärker werdenden „konterrevolutionären“ nationalistischen Rechtsgruppen Gespräche einzuleiten. Sie führten dazu, dass am 6. August eine Konzentrationsregierung unter dem Industriellen Stephan Friedrich in den Sattel gehoben wurde. Die gegenrevolutionäre Rechte bekam die Übermacht.

Das Ende der Räteregierung wurde in Westungarn mit Freude, aber in relativer Ruhe begrüßt. Am Morgen des 2. August berief Gabriel Knapp alle Führungskräfte des Komitats und der Stadt Ödenburg zu einer Krisensitzung zusammen und ermahnte alle, Ruhe zu bewahren. Solange die Regierung in Budapest nichts anderes verfüge, sollten der Arbeiterrat und alle örtlichen Regierungsorgane im Amt bleiben, um „gemeinsam mit der Bürgerschaft unter allen Umständen einen Ausbruch der Anarchie zu verhindern.“ An alle Bezirksbeauftragten wurde eine Drahtdepesche versandt, in der es hieß: *„Eine rein sozialistische Regierung wurde gebildet, die es als ihre erste Aufgabe sieht, den inneren und äußeren Frieden zu bewahren und Ruhe und Ordnung zu sichern. Gegen Ordnungstörer*

---

A) Unter dem Schutz der französischen Besatzungsmacht wurde am 5. Mai 1919 in Arad eine ungarische Gegenregierung unter Ministerpräsident Graf Gyula Károlyi gebildet, die später nach Szeged übersiedelte.

sind die strengsten Strafmaßnahmen anzuwenden! Arbeiterräte und Bezirksbeauftragte bleiben auf ihren Plätzen. Sie müssen ihre Pflicht im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung unerschütterlich erfüllen.“<sup>355</sup> Dass aber Knapp selbst nicht mehr so ganz an die Möglichkeit der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung glaubte, konnte man daran erkennen, dass er bereits diese Sitzung, die im Ödenburger Komitatshaus stattfand, durch schwer bewaffnete Rote Garden schützen ließ.

Erstaunliche Töne schlug auch die noch am selben Tag erscheinende Ausgabe der Zeitung „Vörös Újság“ [Rote Zeitung] an, wenn sie schrieb: „...*Es gibt keine Weißen und Roten... es ist notwendig, dass die Liebe den Hass ablöst. Lassen wir die Unkrautsäer und Aufwiegler verstummen, vertreiben wir jene, die im Trüben fischen wollen. Dies ist jetzt jedermanns Aufgabe und Lebensinteresse ohne Klassenunterschied!*“ Schon bald darauf musste aber Knapp erkennen, dass eine Zusammenarbeit zwischen den bisher despotisch herrschenden linken Kräften und dem Bürgertum der Stadt illusorisch sei. Unter dem Kommando von Oberst Pál Bozó, der sich selbst zum „Militärkommandanten des Ödenburger, Eisenburger und Wieselburger Komitats“ ernannte, bildete sich schon am 4. August eine „gegenrevolutionäre“ Einsatztruppe aus Bauern und Studenten, sowie Offizieren und Mannschaften, die bereits zahlreich zu den Gegenrevolutionären überliefen. Als diese Truppe die Stadt besetzte und die „Marx-Kaserne“ umstellte, kapitulierten das schon weitgehend demoralisierte Arbeiterbataillon sowie die Reste der dort stationierten Garnison und ließen sich ohne Widerstand entwaffnen. Auch hier rissen viele Soldaten die roten Sterne von ihren Uniformen, ersetzten sie durch rot-weiß-grüne Bänder und ließen sich bereitwillig in die neuen Ordnungstruppen eingliedern. Lediglich einige Kommandanten wurden in Haft gesetzt. Welcher Ton jetzt herrschen sollte, zeigte ein Aufruf zur Abgabe aller Waffen, wo es hieß „...*überall werden strenge Hausdurchsuchungen abgehalten werden. Wo sich eine Waffe vorfindet, wird der Eigentümer sofort an Ort und Stelle erschossen. Es liegt im Interesse eines jeden Einzelnen, dieser Aufforderung unbedingt Folge zu leisten, denn Pardon wird nicht gewährt.*“<sup>356</sup> Die bekanntesten kommunistischen Führer, wie Dezsider Entzbruder, László Bors und Sándor Salzberger versuchten nach Österreich zu fliehen, wurden aber in Sauerbrunn aus dem Zug geholt und verhaftet. Unweit von hier vollzog sich auch das Schicksal des berüchtigten „Henkers der Revolution“, Tibor Szamuely. Dieser war ebenfalls nach Bad Sauerbrunn geflohen und hatte sich dort an Schmuggler gewandt, die ihn wie so viele andere in diesen Tagen gegen ein Entgelt in der Nacht über die österreichische Grenze brachten. Doch wurde die Gruppe von österreichischen Gendarmen gestellt und zum Verhör in das Postenkommando nach Lichtenwörth gebracht. Szamuely, den bis zu diesem Zeitpunkt niemand erkannt hatte, fürchtete nun, dass er auf Grund der unge-

wöhnlich hohen Werte an Gold, Diamanten und Devisen, die er versteckt mittrug, auffallen werde. Er verlor die Nerven und beging Selbstmord. Die Österreicher, die erst jetzt entdeckten, wer der Tote war, schafften seine Leiche zurück nach Sauerbrunn, wo man diese Szamuely war Jude außerhalb des Friedhofes begrub. Als dann Tage später „weiße“ Offiziersdetachements auch Westungarn besetzten, gruben diese die Leiche nochmals aus, um sie zu identifizieren und nachher in einem nahegelegenen Waldstück zu verscharren<sup>A)</sup>. Sonst kam es zunächst zu keinen spektakuläreren Vorfällen, wenn man von Ereignissen in einigen Dörfern absieht, wo es bei der Absetzung der lokalen Direktorien und Dorfräte zu privaten „Abrechnungen“ und Racheakten an „roten Dorfpaschas“ kam. Ludwig Leser, der in den Umsturztagen in Budapest weilte, nahm Kontakt zum Führer der westungarischen Christlichsozialen, Prälat Alexander Giesswein auf, um mit diesem zu besprechen, wie man gemeinsam - in einer Koalition von sozialdemokratischen und christlichen Arbeiterführern den Gau Deutsch-Westungarn auf eine neue politische Basis stellen könnte, um die bisher erreichten Fortschritte abzusichern. Er wurde aber wenige Tage später ebenfalls verhaftet und in das Gefängnis nach Steinambrückl (Sopronkőhida) gebracht.

In den anderen Teilen Deutsch-Westungarns ging der Sturz der Räteherrschaft zunächst ebenso undramatisch vor sich. In Wieselburg wurde das Räteregime durch einen „Militärputsch“ ohne nennenswerten Widerstand beendet. Die Militärs verhafteten den Kommandanten der Roten Garde, lösten diese auf und beseitigten alle Symbole des gestürzten Regimes. In Steinamanger, wo in den Straßen Begeisterung über den Sturz der Rätediktatur herrschte, fügte sich das Direktorium ohne große Debatten in die neue Situation, rief alle Bürger der Stadt und des Komitats zur Ruhe und Ordnung auf, verhängte aber für alle Fälle den Ausnahmezustand über das ganze Komitat. Als Zeichen des guten Willens wurden alle politischen Gefangenen aus dem Gefängnis entlassen.<sup>357</sup> Allerdings entwickelte sich in den nächsten Tagen Steinamanger zum Mittelpunkt der „weißen Gegenrevolution“, von dem aus der Sturz der „roten Herrschaft“ in ganz Westungarn ausgehen sollte. Wie erwähnt, hatten sich schon seit Monaten in steirischen Grenzorten ungarische Emigranten gesammelt und bewaffnete Einsatzgruppen gebildet, die bei günstiger Gelegenheit einen Umsturzversuch in Westungarn vom Zaune brechen sollten. Die größte Truppe, die mit Unterstützung des Führers des „Bauernkommandos Straden“, Dr. Willibald Brodmann, reichlich mit Waffen versehen wurde, versammelte sich im ehemali-

---

A) Die sterblichen Überreste Szamuelys wurden 1956 im Auftrag der Ungarischen Regierung exhumiert und in einem Ehrengrab in Budapest beigesetzt. Vgl. Schlag, Gerald: Der Bezirk Mattersburg zur Zeit der Entstehung des Burgenlandes (1918-1922). In: Topographie Mattersburg. S. 433

gen Kriegsgefangenenlager in Feldbach. Dieses „Feldbacher Bataillon“ erreichte bis Ende Juli eine Stärke von etwa 4.000 bis 5.000 Mann. Als am 1. August 1919 die Nachricht vom Rücktritt Béla Kuns verbreitet wurde, trafen sich die Führer der einzelnen gegenrevolutionären Gruppen in Wien und beschlossen, so rasch wie möglich zu handeln, um den Umsturz in Ungarn weiterzuführen. Oberst Anton Lehár und Graf Anton Sigray eilten anschließend sofort nach Feldbach, stellten das „Feldbacher Bataillon“ unter Alarmbereitschaft und begaben sich noch am Abend des 5. August mittels eines Personenkraftwagens nach Ungarn, um dort die Lage persönlich zu erkunden. Sie besuchten das Schloss des Grafen Sigray in Ivánc, und als sie dort ermutigende Nachrichten erhielten, fuhren sie am nächsten Tag nach Steinamanger, wo Lehár in der dortigen Infanteriekaserne eine Reihe von Offizieren traf, die er noch von der Front in Oberitalien her kannte. Es gelang ihm, diese sofort auf seine Seite zu bringen und mit einem Einsatztrupp aus freiwilligen Soldaten alle wichtigen Gebäude der Stadt zu besetzen. Für einige Augenblicke schien die Aktion äußerst gefährlich zu werden, als die Meldung eintraf, dass in Kürze ein Militärzug mit den von der tschechischen Front zurückkehrenden „roten“ Soldaten des 18. Infanterie-Regiments am Bahnhof der Stadt eintreffen würde. Doch dann zeigte es sich, dass die Heimkehrer nur einen Wunsch hatten: so schnell wie möglich die Waffen wegzulegen und nach Hause zu gehen. Die Nachricht von diesen Ereignissen verbreitete sich wie ein Lauffeuer in der ganzen Umgebung, worauf die ohnehin kaum mehr bestehenden Institutionen der Räterepublik in den meisten Orten wie ein Kartenhaus zusammenbrachen. Selbst die Roten Garden lösten sich auf, sodass da und dort rasch neue Bürgerwehren aufgestellt werden mussten.<sup>358</sup> Lediglich in Güns gab es vorübergehend Widerstand, doch als auch dieser zusammenbrach, befand sich das ganze Komitat in der Hand der Gegenrevolutionäre. Baron Anton Lehár erließ noch am Abend des 6. August folgende

*„Kundmachung:*

*Mit heutigem Tage habe ich in Westungarn das Militärkommando übernommen. Die Aufgabe der unter meinem Kommando stehenden bewaffneten Macht wird in erster Linie sein, die innere Ordnung und allgemeine Rechtssicherheit wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten, ferner der militärische Schutz der westlichen Grenzen des Landes gegen solche fremde Truppen, die die zerrütteten Verhältnisse unseres Vaterlandes ausnützend, die Absicht haben, das Gebiet Westungarn zu verkleinern.*

*Die mir unterstellten Truppen sind angewiesen, sich jedweder Gewalttätigkeit zu enthalten. Wer jedoch die Truppen in Erfüllung ihrer Aufgaben zu beeinträchtigen oder zu hindern suchen sollte, muß mit den allerstrengsten Gegenmaßnahmen rechnen.*

*Lehár Oberst”<sup>359</sup>*



*Bild 69: Antibolschewistisches Plakat, 1920. (84 cm x 59,4 cm)*

In den nächsten Tagen trafen auch das „Feldbacher Bataillon“, sowie andere gegenrevolutionäre ungarische Einheiten aus Österreich im Eisenburger Komitat ein, wobei sie unterwegs noch da und dort bestehende Rote Garden entwaffneten, kommunistische Funktionäre verhafteten und nach Steinamanger brachten. Lehár begab sich am 9. August mittels Automobil nach Ödenburg, wo ihm der wiedereingesetzte Bürgermeister Thurner und der neue Militärkommandant Oberst Bozó berichten konnten, dass in weiten Teilen des Komitats größte Ruhe und Ordnung herrschten und dass die ganze Region fest in Händen der Gegenrevolutionäre sei. Letzteres stimmte zwar, wenn auch „Ruhe und Ordnung“ in ganz Westungarn nur sehr bedingt herrschte, da sich nun die volle Wucht des „weißen Terrors“ auf die Träger des abgedankten Regimes ergoss, soweit sie sich nicht rechtzeitig durch Flucht der Verfolgung entzogen. Die „Grenzpost“ wie die Zeitung „Ödenburger Proletarier“ nun wieder hieß - schrieb am 14. August 1919: *„Die seit dem Sturz der Räterepublik seit zehn Tagen vorgenommenen täglichen Verhaftungen erinnern an die Zeit des Bach-Regimes, als nach der Niederringung der Revolution 1848/49 Ungarn von „Bach-Husaren“ überschwemmt, sich eine Schar von Denunzianten auf alles und jeden stürzte und die neuen Machthaber jede Anzeige wahllos aufgriffen und die Gefängnisse mit Untersuchungshäftlingen füllten. Wir sind die allerletzten, die dem Arm der Gerechtigkeit und der Ahndung der durch die Proletarierdiktatur begangenen Verbrechen entgegentreten wollen. Wir sind der Überzeugung, daß diese nicht ungesühnt bleiben dürfen....Wir müssen aber ebenso entschieden protestieren, daß das Denunziantentum wiedererwacht, daß jede auch anonyme Anzeige genügen darf jemanden, der auch zur Zeit des Räteregimes nur seine Pflicht getan hat, ohne Verhör zu verhaften...Vergessen wir nicht, daß Terror nicht nur dann verabscheuungswürdig ist, wenn er sich gegen uns richtet, sondern auch dann, wenn er von uns angeordnet wird.“*<sup>360</sup>

Tatsächlich steigerte sich der Terror, nachdem man über das ganze westungarische Gebiet den Ausnahmezustand verhängt hatte. Einem österreichischen Bericht zufolge wurden in Ödenburg allein in der Zeit vom 29. August bis 9. September - also in nur etwas mehr als zehn Tagen seitens des Militärkommandos ungefähr 500 Verhaftungsbefehle ausgestellt, welche sich gegen die gewesenen kommunistischen Führer, gegen führende Mitglieder der Soldaten- und Arbeiterräte, gegen Kommandanten der Roten Garden aber auch Beamte und Gendarmen, die „allzu willfährig den Roten gedient hatten“ richteten. Die Verhafteten wurden in Gruppen, so z. B. am 29. August 164 Mann, am 1. September 60, am 4. September 70 Mann ins Zuchthaus Steinambrückl eingeliefert. Einzelne Verhaftete, wie der ehemalige Regierungskommissar Alexander Kellner und der Sekretär der sozial-

demokratischen Partei, Gabriel Knapp, wurden „bei einem Fluchtversuch“ erschossen.<sup>361</sup> Ebenso erging es den drei in Sauerbrunn verhafteten Kommunisten Bors, Entzbruder und Salzberger, die man „zur Aburteilung“ nach Steinamanger geschafft hatte, wo sie am 22. August 1919 in der Nähe dieser Stadt auf ähnliche Weise den Tod fanden.

Der Kreis der Verfolgten wurde bald auf alle „Marxisten und Verräter des ungarischen Vaterlandes“ ausgedehnt, also auch auf alle, die irgendeinmal für einen Anschluss an Österreich eingetreten waren. Immer mehr Leute, vor allem aus dem Kreis der Arbeiterschaft, flohen nach Niederösterreich und in die Steiermark. Die zu Hause Gebliebenen hatten immer wieder mit Verhaftungen und Einschüchterungsversuchen zu rechnen, in einigen Orten kam es auch zu Ausschreitungen gegen Juden. Es war fatal, dass zahlreiche Führer der Räterepublik, wie Béla Kun, Tibor Szamuely und Otto Korvin, aber auch Alexander Kellner, Alexander Salzberger und Hermann Váradi, der so meinte man die Schuld am Tod des Pfarrers Semeliker trug, Juden waren, und man diesen die Hauptschuld am „roten Terror“ gab. Dies löste eine Welle von Antisemitismus aus. Joseph Roth berichtete:<sup>362</sup> *„Aus diesem westungarischen Militär entwickelt sich allmählich eine Soldateska, und aus den Offizieren werden Landsknechte. Es sind Leute, die selbst Unsägliches von Tibor Szamuely gelitten haben und die ein unauslöschlicher Haß immerfort quält. Allmählich wachsen sie auch Lehár selbst über den Kopf und den älteren, besonneneren Stabsoffizieren Die Offiziere, die sich massenhaft in die neugebildete Lehár-Armee meldeten, bestanden zum größten Teil aus Opfern des Kommunismus. Entweder aus Geflüchteten und in die Heimat Zurückgekehrten, oder aus jenen, die von den Kommunisten in der unmenschlichsten Weise geprügelt, ausgehungert, mißhandelt worden waren.“*

Die jungen Offiziere, die nur in Kategorien des Krieges dächten, - so meint Roth weiter - seien nur von dem Gedanken erfüllt, Rache zu nehmen, ohne zu durchschauen, dass man nicht eine ganze Gruppe von Menschen wegen Verbrechen, die von Einzelnen begangen wurden, büßen lassen kann. *„...Die jüngeren unter den Offizieren glaubten sich an Tibor Szamuely am besten dadurch zu rächen, daß sie ihn nachahmen. Die älteren Offiziere sahen ein, daß Gewalt nur Gewalt erzeugt, und haben Angst vor dem Ruf des „weißen Terrors“ Sie bemühen sich ehrlich und aufrichtig, Gewalttaten gegen Juden zu verhindern. Aber da es in der Lehár-Armee viel mehr Fähnriche als Stabsoffiziere gibt, kann nicht hinter jedem Fähnrich ein Stabsoffizier stehen...“* Diese Stimmung war umso gefährlicher, als die Ausschreitungen von einflussreichen Leuten in der gegenrevolutionären

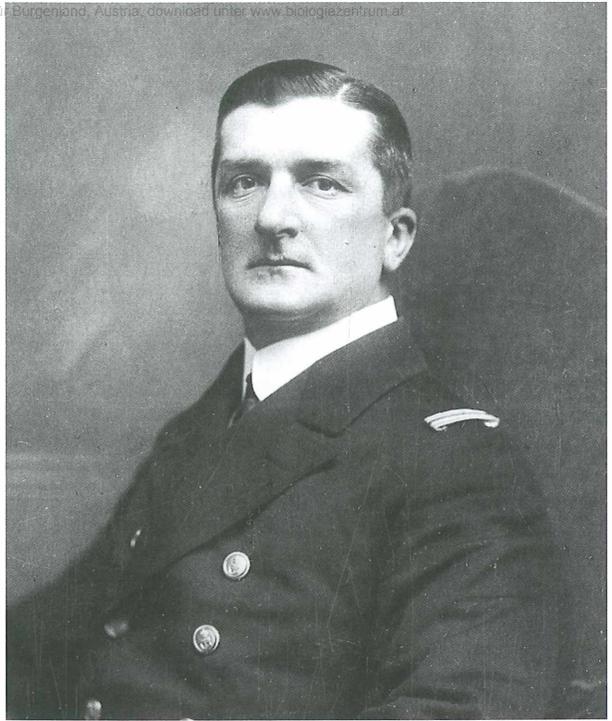
„Szegeger Regierung“<sup>A)</sup>, wie Gyula Gömbös, die nun mit Hilfe ihrer bewaffneten Kräfte die Macht im Staate ergriff, nicht nur gedeckt, sondern auch noch ermutigt wurden: Denn schuld an der unheilvollen Entwicklung Ungarns seien die „jüdischen Agenten des Weltbolschewismus“, die alle nationalen und christlichen Werte zersetzenden jüdischen Intellektuellen und die jüdischen Schwarzmarktmillionäre, die von dem Elend der Nation und der Frontsoldaten profitiert hätten. Sie allein hätten Ungarn ins Unglück gestürzt.<sup>363</sup>

Während sich Oberst Lehár und der am 13. August 1919 zum Regierungskommissar für Westungarn ernannte Graf Anton Sigray eifrig bemühten, den Terror einzudämmen, durchzogen Offizierskommandos, die sich auf den „Oberbefehlshaber“ Admiral Horthy und das Militäroberkommando in Siófok beriefen, und neugebildete paramilitärische Organisationen mit der „Jagd auf Kommunisten“ das Land. Viele Angehörige dieser Detachements waren - wie sie es sahen - unter „schmählichen Umständen“ entlassene Berufsoffiziere, die nach dem Zusammenbruch der k.u.k. Armee wenig Chancen sahen im zivilen Leben adäquate Positionen zu bekommen. Andere waren Flüchtlinge und Vertriebene aus den jetzt zur Tschechoslowakei, Rumänien und Serbien zufallenden Gebieten Ungarns. Sie waren ehemalige Beamte, Lehrer, Intellektuelle und Offiziere, die über Nacht aus der „Herrenschaft“ zu Heimatlosen geworden waren und nun mit ihren Familien zu tausenden in Notquartieren - oft nur in Waggons auf Bahnhöfen oder in improvisierten Baracken - untergebracht werden mussten. Sie waren leicht radikalen Parolen zugänglich und gerne bereit, sich jenen anzuschließen, die dieses „schreiende Unrecht“ zu beseitigen versprachen und gegen die „Erniedrigung Ungarns“ kämpften.

Erst im Frühsommer 1920 ebte der „weiße Terror“, der sich nicht einmal bemühte, den Schein der Gesetzlichkeit zu wahren, ab. In ganz Ungarn kostete er hunderte Menschenleben, brachte tausende Bürger ins Gefängnis oder in rasch errichtete Internierungslager und zwang viele zur Flucht ins Ausland.

---

A) In dem von französischen Besatzungstruppen kontrollierten Szeged formierte sich ein antibolschewistisches Komitee, in dem bürgerliche Politiker, hohe Verwaltungsbeamte, einige Aristokraten und ehemalige Militärs die Vorbereitung zur Errichtung einer Gegenregierung trafen, die sich am 3. Juni 1919 unter dem Vorsitz von Gyula Graf Károlyi konstituierte, und der als Außenminister Pál Graf Teleki, als Kriegsminister der letzte Oberbefehlshaber der österreichisch-ungarischen Kriegsmarine und frühere Flügeladjutant Kaiser Franz Josephs, Konteradmiral Nikolaus Horthy, angehörten. Horthy übernahm gleichzeitig den Oberbefehl über die von Gyula Gömbös organisierte Nationale Armee.



**Bild 70:**

*Reichsverweser Nikolaus  
Horthy von Nagybánya  
(1868 – 1957)*

In Österreich sah man mit großer Sorge die Entwicklung im Nachbarland. Insbesondere die Geschehnisse in Deutsch-Westungarn, das man ja schon als „Österreich zugesprochenes Gebiet“ betrachtete, erfüllte viele mit Besorgnis. Man überlegte, militärisch einzugreifen, um das Gebiet, dessen landwirtschaftliches Potential so wichtig für Wien war, vor größeren Zerstörungen zu bewahren und rasch an Österreich zu bringen. So wurde in der österreichischen Nationalversammlung bereits am 8. August eine Resolution eingebracht, in der es hieß: *„Angesichts der Gefahr, daß Deutschwestungarn neuerdings zum Schauplatz kriegerischer oder revolutionärer Eingriffe gemacht werde, ersucht der Hauptausschuss die österreichische Friedensabordnung zu St. Germain, bei den assoziierten und alliierten Mächten dringend vorstellig zu werden, dass Deutschösterreich ermächtigt werde, durch seine Sicherheitsorgane in dem Gebiet von Deutschwestungarn die Ruhe und Ordnung zu sichern, bis das deutschwestungarische Volk selbst durch Volksabstimmung unter neutraler Kontrolle über seine staatliche Zugehörigkeit entschieden hat.“*<sup>364</sup> Wenige Tage später beriet auch die Bundesregierung die Lage, da man befürchten musste, dass rumänische Truppen bis Westungarn vorrücken könnten. Dabei zeigte es sich, dass sich am Ballhausplatz die Einstellung zu Ungarn nach dem Sturz der

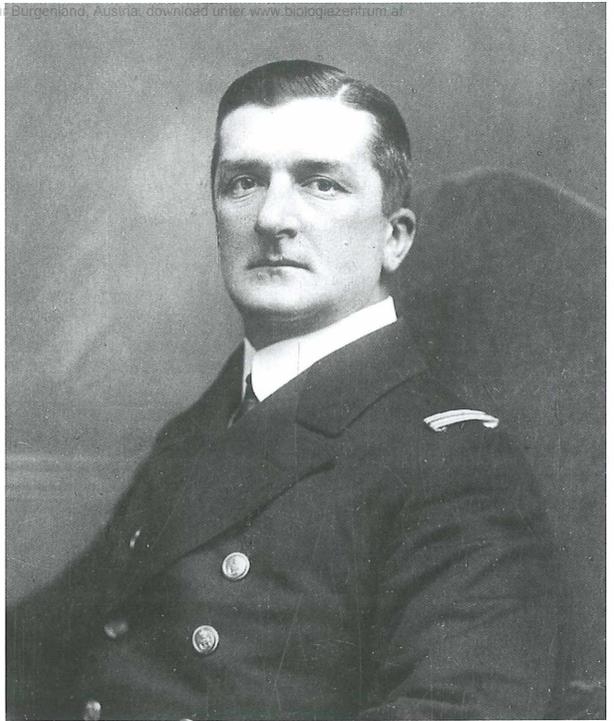
„Szegeder Regierung“<sup>2A)</sup>, wie Gyula Gömbös, die nun mit Hilfe ihrer bewaffneten Kräfte die Macht im Staate ergriff, nicht nur gedeckt, sondern auch noch ermutigt wurden: Denn schuld an der unheilvollen Entwicklung Ungarns seien die „jüdischen Agenten des Weltbolschewismus“, die alle nationalen und christlichen Werte zersetzenden jüdischen Intellektuellen und die jüdischen Schwarzmarktmillionäre, die von dem Elend der Nation und der Frontsoldaten profitiert hätten. Sie allein hätten Ungarn ins Unglück gestürzt.<sup>363</sup>

Während sich Oberst Lehár und der am 13. August 1919 zum Regierungskommissar für Westungarn ernannte Graf Anton Sigray eifrig bemühten, den Terror einzudämmen, durchzogen Offizierskommandos, die sich auf den „Oberbefehlshaber“ Admiral Horthy und das Militäroberkommando in Siófok beriefen, und neugebildete paramilitärische Organisationen mit der „Jagd auf Kommunisten“ das Land. Viele Angehörige dieser Detachements waren - wie sie es sahen - unter „schmählichen Umständen“ entlassene Berufsoffiziere, die nach dem Zusammenbruch der k.u.k. Armee wenig Chancen sahen im zivilen Leben adäquate Positionen zu bekommen. Andere waren Flüchtlinge und Vertriebene aus den jetzt zur Tschechoslowakei, Rumänien und Serbien zufallenden Gebieten Ungarns. Sie waren ehemalige Beamte, Lehrer, Intellektuelle und Offiziere, die über Nacht aus der „Herrenschaft“ zu Heimatlosen geworden waren und nun mit ihren Familien zu tausenden in Notquartieren - oft nur in Waggons auf Bahnhöfen oder in improvisierten Baracken - untergebracht werden mussten. Sie waren leicht radikalen Parolen zugänglich und gerne bereit, sich jenen anzuschließen, die dieses „schreiende Unrecht“ zu beseitigen versprachen und gegen die „Erniedrigung Ungarns“ kämpften.

Erst im Frühsommer 1920 ebte der „weiße Terror“, der sich nicht einmal bemühte, den Schein der Gesetzlichkeit zu wahren, ab. In ganz Ungarn kostete er hunderte Menschenleben, brachte tausende Bürger ins Gefängnis oder in rasch errichtete Internierungslager und zwang viele zur Flucht ins Ausland.

---

A) In dem von französischen Besatzungstruppen kontrollierten Szeged formierte sich ein antibolschewistisches Komitee, in dem bürgerliche Politiker, hohe Verwaltungsbeamte, einige Aristokraten und ehemalige Militärs die Vorbereitung zur Errichtung einer Gegenregierung trafen, die sich am 3. Juni 1919 unter dem Vorsitz von Gyula Graf Károlyi konstituierte, und der als Außenminister Pál Graf Teleki, als Kriegsminister der letzte Oberbefehlshaber der österreichisch-ungarischen Kriegsmarine und frühere Flügeladjutant Kaiser Franz Josephs, Konteradmiral Nikolaus Horthy, angehörten. Horthy übernahm gleichzeitig den Oberbefehl über die von Gyula Gömbös organisierte Nationale Armee.



**Bild 70:**

*Reichsverweser Nikolaus  
Horthy von Nagybánya  
(1868 – 1957)*

In Österreich sah man mit großer Sorge die Entwicklung im Nachbarland. Insbesondere die Geschehnisse in Deutsch-Westungarn, das man ja schon als „Österreich zugesprochenes Gebiet“ betrachtete, erfüllte viele mit Besorgnis. Man überlegte, militärisch einzugreifen, um das Gebiet, dessen landwirtschaftliches Potential so wichtig für Wien war, vor größeren Zerstörungen zu bewahren und rasch an Österreich zu bringen. So wurde in der österreichischen Nationalversammlung bereits am 8. August eine Resolution eingebracht, in der es hieß: *„Angesichts der Gefahr, daß Deutschwestungarn neuerdings zum Schauplatz kriegerischer oder revolutionärer Eingriffe gemacht werde, ersucht der Hauptausschuss die österreichische Friedensabordnung zu St. Germain, bei den assoziierten und alliierten Mächten dringend vorstellig zu werden, dass Deutschösterreich ermächtigt werde, durch seine Sicherheitsorgane in dem Gebiet von Deutschwestungarn die Ruhe und Ordnung zu sichern, bis das deutschwestungarische Volk selbst durch Volksabstimmung unter neutraler Kontrolle über seine staatliche Zugehörigkeit entschieden hat.“*<sup>364</sup> Wenige Tage später beriet auch die Bundesregierung die Lage, da man befürchten musste, dass rumänische Truppen bis Westungarn vorrücken könnten. Dabei zeigte es sich, dass sich am Ballhausplatz die Einstellung zu Ungarn nach dem Sturz der

Linksregierung grundlegend geändert hatte. Staatssekretär Deutsch, der bisher massive Bedenken hatte, dem „kämpfenden Proletariat“ Ungarns in den Rücken zu fallen, meinte jetzt, dass „ein Unterlassen der Besetzung Deutsch-Westungarns im gegenwärtigen Augenblick ein historisches Versäumnis bedeuten könnte“ und empfahl, sich rasch die Zustimmung der Entente für einen solchen Schritt zu holen. Dieser erfolgte schon am 14. August 1919, als Staatskanzler Renner folgenden Brief an Clemenceau richtete: „Herr Präsident! Soeben erhalte ich die Mitteilung, der Befehlshaber der magyarischen Streitkräfte, die in Szombathely versammelt sind und etwa 3.000 Mann zählen, habe erklärt, Deutschwestungarn solle neuerlich mit Waffengewalt der magyarischen Herrschaft unterworfen werden. Für jeden, der den Chauvinismus und die Gewalttätigkeit der magyarischen Truppen kennt, ist es klar, dass durch die Ausführung dieses Planes der deutschen Bevölkerung der Komitate Eisenburg, Ödenburg und Wieselburg Schrecken und Vernichtung droht. Soweit diese Gebiete von den bolschewistischen Truppen heimgesucht worden sind, haben sie schon des Furchtbaren übergenug erfahren. Schwer hatten sie unter der Schreckensherrschaft zu leiden, der das Land zum Opfer fiel. In der Voraussetzung, dass die genannten Gebiete von der magyarischen Herrschaft befreit werden könnten, haben die Bolschewisten mit sich fortgeführt, was immer sie an Lebensmittelvorräten und landwirtschaftlichen Produkten aufzutreiben vermochten. Nur was den Bauern einzuscharren oder sonst zu verstecken gelang, blieb vor ungerechtfertigtem Zugriff bewahrt. Die Gerüchte über die Möglichkeit eines neuen magyarischen Einmarsches haben unter den Bewohnern der genannten Gebiete einmütig Unwillen hervorgerufen, der auch die Nachbarn in der östlichen Steiermark ergriff. Tausende von Landbewohnern haben kürzlich in einer öffentlichen Versammlung, die nach Fürstenfeld einberufen worden war, wirksamen Schutz und ungesäumte Besetzung der bedrohten Gebiete durch Deutschösterreich verlangt. Die ländliche Bevölkerung Steiermarks hat sogar ihren unwiderruflichen Entschluss zum Ausdruck gebracht, dass sie, wenn nicht Hilfe durch reguläre Truppen käme, in gemeinsamer Erhebung ihren Volksgenossen zu Hilfe eilen um mit Waffengewalt zu verhindern, dass Deutschwestungarn neuerlich durch Truppen besetzt werde, die dem Land fremd seien.“ Renner führte weiters aus, dass auch eine geplante Besetzung Westungarns durch rumänische Truppen ähnliche Besorgnis auslöse, da in einem solchen Falle die für Wien so bitter notwendige Lebensmittelversorgung zusammenbrechen würde. Er ersuchte den Obersten Rat der Alliierten, „Deutschösterreich zu gestatten, mit Gendarmerie, Volkswehr und Sicherheitswache für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Deutschwestungarn zu sorgen...“<sup>365</sup> Der ungarische Außenminister Márton Lovászy protestierte sofort empört gegen die Forderung der österreichischen Regierung und erklärte, dass „die deutschsprechende

*Bevölkerung Ungarns Fleisch von unserem Fleisch und Blut von unserem Blut*“ sei. Die Repressalien im Burgenland bezeichnete er als „tendenziöse Gerüchte“ und versuchte mit „überzeugenden“ Argumenten zu erklären, dass sich „dort ausschließlich Offiziereinheiten aufhalten, deren über jeden Zweifel erhabene Disziplin und moralischer Wert die Möglichkeit jedes Übergriffs ausschließt“ Am Ende der Note teilte er mit: „Was jedoch die Zugehörigkeit der deutschsprachigen Bevölkerung Westungarns anbetrifft, ist die ungarische Regierung allein und ausschließlich bereit, sich der unabänderlichen Entscheidung der Pariser Friedenskonferenz zu unterwerfen und wird jedem Schritt, der, die Entscheidung der Friedenskonferenz vorwegnehmend, auf die gewaltsame Besetzung dieses Gebietes gerichtet ist, bewaffneten Widerstand leisten“.<sup>366</sup>

In Paris war man offensichtlich nicht bereit, sich durch diesen „lokalen Streit“ beim Gang der Friedensverhandlungen stören zu lassen und reagierte nicht. Auch die Vertreter der Entente-Mächte in Wien verhielten sich reserviert. Es zeigte sich bereits deutlich, dass die Amerikaner nach dem Rückzug ihres Präsidenten vom „europäischen Parkett“ ihr Interesse an Konfliktlösungen in Mitteleuropa deutlich zurückgeschraubt hatten, und dass auch die Bereitschaft der Briten und Franzosen in der Westungarnfrage nach Beendigung der Debatten im Obersten Rat in Paris abermals zu intervenieren, ebenfalls nachgelassen hatte. Lediglich Italiens Engagement war deutlicher denn je zu spüren, doch zeigte auch Roberto Segré zwar seine persönliche Sympathie für Österreichs Anliegen, warnte jedoch gleichzeitig vor möglichen Folgen einer militärischen Aktion. Julius Deutsch berichtete über das weitere Geschehen in seinen Memoiren: „Als im August 1919 die Räterediktatur in Ungarn tatsächlich zusammengebrochen war, hielt ich es für meine Pflicht, die gehegte Absicht wahr zu machen und nunmehr an die Besetzung Westungarns zu schreiten. Der entscheidende Grund war, daß die Rote Armee, deren Stärke und militärische Tüchtigkeit bisher jede Aktion gegen Westungarn zu einer lächerlichen Blamage der Angreifer gestaltet hätte, sich aufgelöst hatte. Im Augenblick des Zusammenbruchs der Räterediktatur gab es in Ungarn überhaupt keine ernst zu nehmende bewaffnete Macht, so daß eine Besetzung Westungarns kaum mehr einen besonders großen militärischen Kraftaufwand erfordert hätte. Auch eine innenpolitische Rückwirkung gefährlicher Art war nun nicht mehr zu befürchten, weil die Arbeiterschaft, die einen Angriff gegen Räteungarn mit Recht nicht zugelassen hätte, einer Besetzung Westungarns nach dem erfolgten Zusammenbruch der ungarischen Arbeiterherrschaft gewiß nicht mehr ablehnend gegenüberstand.“

*Ich setzte mich deshalb mit Renner, der sich in Saint-Germain befand, in Verbindung und ersuchte ihn, der Entente unsere Absicht, Westungarn zu besetzen, offiziell zu notifizieren. Renner scheint meine Telegramme nicht ganz richtig*

~~verstanden zu haben oder wollte vielleicht aus eigenem einen Schritt weitergehen, denn er erwiderte, daß er der Entente die Mitteilung gemacht habe, österreichische Truppen seien in Westungarn eingerückt.~~

*Damit schien nun erst recht eine fertige Tatsache geschaffen zu sein und ich glaubte, die vorbereiteten Maßnahmen zur Einrückung nach Westungarn treffen zu können. Es ergaben sich aber neue Schwierigkeiten. In einer Beratung der sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder am 16. August machte Bauer schwere Bedenken geltend. Er bezweifle gar nicht, so führte er aus, daß es uns gelingen könnte, ohne große Opfer Westungarn zu besetzen. Fraglich sei dagegen, ob wir imstande wären, es auch gegen einen Angriff der Ungarn zu behaupten. Unsere Republik wäre zu schwach, kriegerische Verwicklungen zu ertragen. Deshalb rate er, vorläufig vom Einmarsch abzusehen. Seitz schloß sich dieser Ansicht an.*

*Es gelang mir nicht, meine Freunde von ihrem Standpunkt abzubringen. Ich machte daraufhin den Vermittlungsvorschlag, wenigstens einige nahe der Grenze liegenden Ortschaften zu besetzen, wie Kittsee und den ungarischen Teil von Zillingdorf, mit welcher Besetzung auch namhafte wirtschaftliche Vorteile verbunden wären, weil im letztgenannten Dorfe Kohlenwerke der Gemeinde Wien lägen. Aber auch dieser Vorschlag stieß auf Widerspruch. Schließlich einigten wir uns dahin, die Frage der Besetzung Westungarns dem Hauptausschuß des Parlaments vorzulegen, um vorerst die Meinung der anderen Parteien zu hören. Die Sitzung des Hauptausschusses fand am 18. August statt. Die Christlich-sozialen erklärten nach den einleitenden Berichten ohne Zögern, daß sie jede Aktion zur gänzlichen oder teilweisen Besetzung Westungarns ablehnen müßten. Sie wollten offenbar aus Parteigründen mit den neuen Machthabern Ungarns nicht in einen Gegensatz geraten. Es erübrigte sich nach der Ablehnung durch die Christlichsozialen die weitere Stellungnahme meiner Parteigenossen und damit war das Schicksal des Einmarschplanes entschieden.”<sup>367</sup>*

Der Zusammenbruch des Räteregimes hatte viele in Deutsch-Westungarn selbst ermuntert, endlich den Anschluss an Österreich durchzuführen. Es kam dabei vor allem im Grenzgebiet des Eisenburger Komitats in angeblich vierzehn Orten<sup>368</sup> zu Aktionen mit dem Ziel, sich rasch an die Steiermark anzuschließen. Ausgelöst wurden diese Versammlungen meist durch österreichische „Agitatoren“, wobei auch wieder Hauptmann a.D. Weigert auftrat, der schon – wie erwähnt – bei der „Republik Heinenland“ eine unglückliche Rolle gespielt hatte. Das „Neue Wiener Tagblatt“ berichtete begeistert über die Bewegung, die durch von Rad-, Motorradfahrer und Reiter in Windeseile verbreiteten Flugblätter ausgelöst wurden. In diesen Flugblättern hieß es:<sup>369</sup> „Brüder! Der heutige Tag hat das Geschick unseres Landes entschieden. Der Friedensvertrag bestätigt die endgültige Zugehörigkeit Deutschwestungarns zu Österreich. Heute hat das Land diesen

*gerechten und weisen Entschluß der Alliierten in die Tat umgesetzt. Vertreter aller Gemeinden haben sich auf westungarischem Gebiet in großen Kundgebungen und Volksversammlungen frei und unbeeinflusst für den Anschluß an Deutschösterreich und die Zugehörigkeit zur Steiermark bekannt. In allen Gemeinden wehen rot-weiß-rote und grün-weiße Fahnen. Die Behörden haben überall der Aufforderung der Volksmassen, zurückzutreten oder im Namen der freien demokratischen Republik Österreich den Dienst zu versehen, nachgegeben. Brüder! Es lebe die Freiheit, es lebe unser Vaterland Deutschösterreich! Ein Hoch der grünen Steiermark!"*

Die größte dieser Kundgebungen fand am 17. August in Güssing statt. Die ungarischen Behörden waren zunächst hilflos gegen die Volksbewegung, da auch die Grenzsoldaten des örtlichen Stützpunktes mit dieser sympathisierten. Erst als Anton Lehár persönlich mit einer starken Militäreinheit aus Steinamanger in Güssing erschien, brach das Unternehmen zusammen.<sup>370</sup> Bei Heiligenkreuz im Lafnitztal sollen laut österreichischen Zeitungsmeldungen ungarische Sicherheitskräfte sogar in die Volksmenge geschossen haben, wobei eine Person getötet, vier weitere verwundet wurden.<sup>371</sup>

Natürlich verursachten solche Berichte in Wien und im übrigen Österreich große Aufregung. Doch da wie erwähnt weder aus Paris noch von den Ententevertretern in Wien ein positives Signal für einen Einmarsch österreichischer Truppen nach Westungarn gegeben wurde, entschloss man sich, alle weiteren Aktionen zu unterbinden, um ein mögliches Blutvergießen zu vermeiden. Man wollte die endgültige Unterzeichnung des Friedensvertrages abwarten, um dann auf einer Volksabstimmung unter alliierter Aufsicht zu bestehen. Durch bewaffnete Aktionen das Risiko eines Krieges in den möglicherweise auch die Tschechen und die Südslawen eingreifen könnten – einzugehen, war viel zu gefährlich. Selbst kleinere Kämpfe konnten sich rasch ausweiten und schlossen trotz der momentanen militärischen Schwäche Ungarns eine österreichische Niederlage nicht aus; dies hätte auch ein Plebiszit, mit dem man in baldiger Zukunft rechnete, nur erschwert oder sogar unmöglich gemacht. Dass eine solche Gefahr nicht ganz auszuschließen war, beweist die Tatsache, dass Oberst Lehár, der offensichtlich durch Freunde aus österreichischen Offizierskreisen über alle Schritte Wiens informiert wurde, militärische Vorbereitungen für eine solche Auseinandersetzung traf. Er trommelte eine Einsatzgruppe aus mehreren Bataillonen des ehemaligen k. u. k. Infanterieregiments 106, dem „Feldbacher Bataillon“, der sogenannten „Székler-Brigade“<sup>A)</sup> und weiteren kleineren Frei-

---

A) Die "Székler-Brigade" war eine Freiwilligen-Truppe, die sich in erster Linie aus magyarischen Flüchtlingen und Vertriebenen aus Siebenbürgen rekrutierte.

willigen-Verbänden zusammen, die auch Artillerie und mehrere Panzerzüge zur Verfügung hatte. Lehár überlegte angeblich sogar, einen Vorstoß gegen Wien zu unternehmen, teilte aber später sein „Sonderkommando“ auf verschiedene Stellen im Grenzbereich auf, wobei die „Székler-Brigade“ im nun schon leerstehenden Kriegsgefangenenlager von Neckenmarkt untergebracht wurde.<sup>372</sup> Gerüchte, dass Lehár Truppen in Westungarn sammle, um einen rechtsgerichteten bzw. legitimistischen Putsch gegen die Regierung Renner zu unterstützen, sollten sich übrigens bis in den Oktober-November 1919<sup>373</sup> halten und die Unruhe in Wien und Niederösterreich nähren, wo man begann, in aller Stille die dort noch aus den Umsturztagen 1918 bestehenden Arbeiterwehren erneut in Abwehrbereitschaft zu setzen und geheim zu bewaffnen.

Unter diesen Aspekten mussten die Anschlussfreunde in Westungarn weitere Großaktionen aufgeben, zumal die ungarische Militärpräsenz im Grenzraum von Tag zu Tag stieg und die „lokalen Einheiten“ durch Detachements aus Innerungarn ersetzt wurden, die bereit waren, bei jedem „Hochverrat an Ungarn“ brutal durchzugreifen. Gerade in diesen Tagen schlugen ja die nationalistischen Wellen in Ungarn besonders hoch. Die Magyaren empfanden es nämlich als höchste Infamie und Perfidie, dass sich gerade auch Österreich an der „Beraubung Ungarns“ beteilige. Von all den riesigen Verlusten, die das stolze Reich der Heiligen Stephanskronen zu erleiden drohte, empfand man den Verlust von wesentlichen Teilen Westungarns als besonders katastrophal, ja als entwürdigend. Übersäumende und verzweifelte Gefühlsausbrüche über dieses „schreiende Unrecht“ und der von Chauvinismus aufgestachelte Protest, der in dem fanatischen Ausruf „*Nem, nem, soha!*“ [„Nein, nein, niemals!“] gipfelte, beherrschten ab dem Spätsommer 1919 die öffentliche Meinung Ungarns. Es war typisch, und leider kein Einzelfall für die gehässige und feindliche Stimmung, wenn z.B. der Kommandant eines Detachements, das mit einer Stärke von 60 Mann in St. Michael (Bezirk Güssing) stationiert wurde, um die „Ruhe und Ordnung“ zu sichern, erklärte: „*Man kann den deutschen Schweinen den Kopf nur mit einer Kugel zurechtsetzen!*“<sup>374</sup>

Eine am 5. August in der ungarischen Hauptstadt eingetroffene Mission der Ententemächte tat wenig, um die ungezügelter Verfolgungsmaßnahmen und das Chaos zu unterbinden. Die in Budapest mehrfach wechselnden Regierungen hatten nur eingeschränkt die Möglichkeit, der herrschenden Rechtlosigkeit und politischen Instabilität Herr zu werden. Einige Monate lang waren die auf dem Lande eingesetzten Regierungskommissare, die meist aus den Reihen der adeligen Großgrundbesitzer der jeweiligen Region kamen, die eigentlichen Machthaber. Sie gingen sofort daran, nicht nur die alten Besitzverhältnisse wiederherzustellen, sondern auch fast alle Reformen und Einrichtungen der vorhergegangenen Re-

gierungen zu eliminieren. Vielfach restaurierte man sogar die Zustände, wie sie vor der Ausrufung der Republik im November 1918 geherrscht hatten.<sup>375</sup> Unter solchen Umständen übernahm auch Graf Antal Sigray am 12. August als „Regierungskommissär für Westungarn“ (Nyugat-magyarországi kormánybiztos) mit Sitz in Steinamanger alle zivile Regierungsgewalt in den Komitaten Wieselburg, Ödenburg, Eisenburg und Zala sowie über die Stadt Ödenburg. Das Gesetz LXIII. aus dem Jahre 1912 „Über Ausnahmeverfügungen im Kriegsfall“, das zur Legalisierung seiner Ernennung herangezogen wurde, stattete ihn mit Sondervollmachten aus, die ihm unmittelbare und fast uneingeschränkte Befehlsgewalt über den gesamten Verwaltungsapparat seines Wirkungsbereiches verliehen. Mit Hilfe der wieder eingesetzten Obergespane Dr. Jenő v. Sonntagh (Komitat Wieselburg), Dr. Jenő Fertsak (Komitat Ödenburg) und Dr. Géza Herbst (Eisenburg) wurde binnen weniger Tage der „vorrevolutionäre“ Beamtenapparat restauriert und damit auch alle Einrichtungen der „deutschen Autonomie“ beseitigt.

In Budapest hielt man allerdings zunächst formal an der Gleichberechtigung aller Nationalitäten fest, zumindest solange man die Hoffnung hatte, dass die Friedensbestimmungen von Saint-Germain doch noch eine Volksabstimmung für Deutsch-Westungarn bringen würden. So wurde in der Übergangsregierung Peidl ein eigener Nationalitäten-Minister (Viktor Knaller) etabliert, und in den nachfolgenden Kabinetten Stephan Friedrichs ebenfalls ein solches Ministerium eingerichtet, an dessen Spitze der prominente Führer der Ungarn-Deutschen, Jakob Bleyer, trat. Dieser besuchte gemeinsam mit dem Redakteur des „Christlichsozialen Volksblattes“, Pfarrer Dr. Johannes Huber, in den letzten Augusttagen zahlreiche westungarische Dörfer, um die dort wohnenden Deutschen für den Verbleib bei Ungarn zu gewinnen. Es war nicht nur die „Treue zum ungarischen Vaterland“, die die beiden bewog, diesen Weg zu gehen, sondern auch die Sorge um den Weiterbestand des übrigen Deutschtums in Ungarn. Bleyer erkannte - nicht zuletzt durch die Ereignisse der letzten Wochen - dass die außerhalb Deutsch-Westungarns auf viele Teile Ungarns verteilte deutsche Minderheit einem umso rascheren Untergang geweiht sei, je weniger Deutsche in Zukunft innerhalb des neuen ungarischen Kleinstaates lebten. Er hoffte, dass es nach Wiederherstellung von demokratischen Verhältnissen zu einer stimmenstarken deutschen Partei kommen werde, deren Abgeordnete im Parlament die jetzt - wie er zuversichtlich meinte - nur vorübergehend ausgesetzten nationalen Rechte der Deutschen endgültig durchsetzen könnten. Bleyers Argumente stießen bei den westungarischen Deutschen jedoch nur in geringem Ausmaß auf Glauben und Zustimmung.

Auch Géza Zsombor, der nach dem Sturz der Räteregierung nach Ungarn zurückgekehrt war, tauchte wieder auf. Es gelang ihm, seine „intimen Pariser

Verbindungen" in so günstiges Licht zu stellen, dass man ihn in der Regierung haben wollte und ihm den Posten eines Staatssekretärs im Nationalitätenministerium anbot. Zunächst wurde er - als intimer Kenner der westungarischen Verhältnisse - mit der speziellen Aufgabe betraut, möglichst breite Kreise der Deutschen für den Verbleib bei Ungarn zu bewegen, was er auch mit dem ihm innewohnenden Feuereifer in Angriff nahm. In zahlreichen Reden, Vorträgen und Artikeln versuchte er, die westungarische Bevölkerung für dieses Ziel zu gewinnen, wobei er für den Fall eines Anschlusses an das wirtschaftlich zerrüttete Österreich ein wahres Horrorszenerario malte, das von der Rückkehr der nach Österreich geflohenen Bolschewiken bis zur Ausplünderung durch das hungern- de Wien reichte. Immer wieder führte er seinen Landsleuten - vor allem der bür- gerlichen Mittelschicht - einen dramatischen sozialen Abstieg vor Augen.

Zsombor wandte sich aber auch an die österreichische Öffentlichkeit. Dabei ver- suchte er in mehreren Abhandlungen mit reichhaltigen, allerdings manchmal zweifelhaften statistischen Zahlen zu zeigen, dass das Gebiet des Burgenlandes in Wahrheit kein wirtschaftlicher Gewinn für Österreich sei, ja für dieses in man- cher Hinsicht sogar eine nicht zu unterschätzende Belastung werden könnte. Er versuchte zu „beweisen“, dass sich die verarmte und ausgeplünderte Land- bevölkerung selbst kaum ernähren könnte und durch den Zusammenbruch der westungarischen Industrie, die total auf den ungarischen Markt orientiert sei, eine Welle neuer Arbeitsloser auf Österreich zukommen würde. Auch argumen- tierte Zsombor damit, dass Ungarn als Revanche für den „Raub Westungarns“ sämtliche Lebensmittelzufuhren nach Österreich und vice versa die Einfuhr von Industrieartikeln aus diesem Land auf lange Zeit sperren könnte.

Dies würde Ungarn kaum schädigen, Österreich aber auf viele Jahre hinaus mehr als empfindlich treffen, ja in einigen Bereichen sogar in eine Existenzkrise stür- zen. Er prophezeite den Österreichern weiters, dass sie sich hier eine mächtige magyarische Irredenta einhandeln würden, die eine starke innenpolitische Belastung für die Republik und damit für die Sicherheit Mitteleuropas bringen werde. Österreich sollte sich überlegen, ob es sich neben der Feindschaft Jugoslawiens, mit dem man um Südkärnten kämpfe, sowie der Gegnerschaft zur Tschechoslowakei, wo es wegen der deutschen Randgebiete ohnehin bald zu neuen Konflikten kommen werde, auch noch die Feindschaft Ungarns zuziehen wolle. Die wichtigsten seiner Aufsätze fasste Zsombor in der Flugschrift „Westungarn. Zu Ungarn oder zu Österreich?“ zusammen, die in tausenden Exemplaren sowohl im Lande selbst verbreitet, aber auch in Österreich verteilt und schließlich auch an Zeitungen und einflussreiche Persönlichkeiten im ferne- ren Ausland versendet wurden.

In Westungarn selbst waren es vor allem die in Ödenburg erscheinende „Grenzpost“<sup>A)</sup>, das Ende August gegründete „Christliches Ödenburger Tagblatt“, sowie die von Albin Lingauer herausgegebenen Zeitungen „Oberwarther Sonntags-Zeitung“ und „Vasvármegye“, die als Sprachrohre der neuen Regierungslinie auftraten und eine umfassende antiösterreichische Propaganda betrieben. Jede proösterreichische Stellungnahme war auf Grund der herrschenden Verhältnisse von vornherein undenkbar, und man hätte sie schon in ihren Ansätzen unterdrückt. Selbst Zeitungen, die gelegentlich eine warnende oder regierungskritische Meinung vertraten, wie die „Ödenburger Zeitung“, wurden einer strengen Zensur unterworfen, was sich immer wieder in „weißen Flecken“, die die betreffenden Zeitungsnummern „zierten“, deutlich manifestierte.

Als Anfang September klar wurde, dass der Österreich auferlegte Friedensvertrag keine Volksabstimmung für Deutsch-Westungarn bringen werde, ließen die ungarischen Behörden, die bis dahin zumindest noch formal aufrechterhaltene Rücksicht auf die „deutsche Autonomie“ brüsk fallen. Die Verordnung 4044 der Regierung Friedrich vom 25. August 1919, die den vielversprechenden Namen „Über die unverzügliche Durchführung der Gleichberechtigung der nationalen Minderheiten“ trug, in Wirklichkeit aber ohnehin nur eine vage Sprachverordnung war, wurde zwar noch veröffentlicht<sup>376</sup>, aber de facto nicht mehr in Kraft gesetzt. Im Gegenteil, die Tätigkeit aller noch bestehenden deutschen Autonomieorgane wurde eingestellt, ja sogar alle Gesetze und Verordnungen der Regierung Károlyi über die Gleichberechtigung der Volksgruppen aufgehoben. Vergeblich versuchten prominente Führer, wie Jakob Bleyer, Géza Zsombor, Guido Gündisch und Alexander Giesswein, dies in einem Gespräch mit dem Ministerpräsidenten zu verhindern. Wenige Tage später stellte eine sechzig Mann starke Delegation von ungarländischen Deutschen ähnliche Forderungen, wobei man darauf hinwies, dass die Wiedereinführung der „deutschen Autonomie“ nicht nur ein fundamentaler Schritt in Richtung Demokratie wäre, sondern auch in der Tradition des Vermächtnisses, das König Stephan der Heilige in seiner Schrift „Ad sanctum Emericum ducem“ bereits im 11. Jahrhundert dem ungarischen Volk hinterlassen hatte, stünde.<sup>377</sup> Diese und ähnliche Versuche endeten jedoch erfolglos, da alle schönen Versprechen nicht einmal in Ansätzen verwirklicht wurden.

Der magyarisische Charakter des von der Regierung eingesetzten westungarischen Gouvernements war so offenkundig, dass man gar nicht versuchte, auch nur

---

A) Die "Grenzpost" war während der Räteherrschaft ab 3. April 1919 unter dem Titel "Proletarier" bzw. "Ödenburger Proletarier" erschienen, führte aber ab 7. August 1919 wieder ihre alte Bezeichnung "Grenzpost. Politisches Tagblatt für Deutsch-westungarn."

irgendwo den Anschein einer deutschen Autonomie zu erwecken. Die „Grenzpost“ schrieb am 14. September: *„Das Deutsche Haus in Ödenburg (Hauptamt des Regierungsbezirkes Deutschwestungarn), auf welches alle Hoffnungen der deutschen Bevölkerung gesetzt waren, hat nicht den geringsten Wirkungskreis und daher keinerlei Existenzberechtigung. Fast scheint es - wie so oft behauptet wird - daß es nur ein Aushängeschild für Zugeständnisse ist, die nie gegeben werden...Von der deutschen Verwaltung ist keine Spur mehr zu sehen.“* Die vielfach noch vor 1914 in den deutschen Gemeinden eingesetzten magyrischen Beamten und Lehrer, die sich vorübergehend der deutschen Autonomie gebeugt hatten, führten jetzt großteils mit Freude die ungarische Amts- und Schulsprache wieder ein. Voll Stolz berichtete der Militärkommandant des Komitates Ödenburg: *„...Der Großteil der Gemeindeführer verfaßt seine Schreiben heute ungarisch, die Einwohner protestieren vergebens.“*<sup>378</sup>

Allen, die allzu laut gegen die neuen Maßnahmen protestierten, drohten Verhaftung und Schikanen. So wurden auch Mag. Adalbert Wolf, der einer der prominentesten Vertreter der „Autonomisten“ war, und Karl Wollinger, der erst wenige Tage zuvor nach Hause zurückgekehrt war, verhaftet und mehrere Wochen eingekerkert. Viele jener Männer, die noch vor Monaten entschieden bereit waren, für ein Ungarn, das ihnen die Gleichberechtigung aller Volksgruppen versprach, einzutreten, wechselten nun enttäuscht ins Lager der Anschlussbefürworter über. Wie sehr sich die Meinung geändert hatte, zeigte sich gerade im Wieselburger Komitat, das nicht zuletzt durch den Einfluss von Adalbert Wolf früher eine Hochburg der „ungarntreuen Autonomisten“ war, jetzt aber Bleyer und seinen Ideen mit Ablehnung und Protest begegnete. In einigen Gemeinden kam es bei den Reden des Ministers zu lautstarken Protesten. In Neusiedl am See wurde er sogar tätlich angegriffen, in Gols wurde das Auto, in dem Bleyer und Huber saßen, von einer erregten Menschenmenge umringt und nach einigen Handgreiflichkeiten zur Weiterfahrt gezwungen. An einem nicht näher bezeichneten Ort soll eine Schar wütender Bauern sogar mit Heugabeln auf den Minister losgegangen sein.<sup>379</sup>

Ungarn reagierte auf die zunehmende Anschlussbewegung mit Polizeigewalt, Pressezensur und bürokratischen Schikanen, die da und dort in offenen Terror abglitten. Obwohl der am 10. September 1919 in Saint-Germain unterzeichnete Friedensvertrag das Burgenland - endgültig ohne Volksabstimmung - Österreich zuteilte, klammerte sich Ungarn an jede Hoffnung, dass es vielleicht doch nicht zu diesem Schritt kommen werde. Da der Vertrag von Saint-Germain nur ein Friede zwischen Österreich und den Siegern des Ersten Weltkrieges war und somit die Deutsch-Westungarn betreffenden Bestimmungen erst nach einem gleichlautenden Beschluss in den jetzt erst beginnenden Friedensverhandlungen

mit Ungarn in Kraft treten konnten, glaubte man, noch eine Galgenfrist zu haben, um „das Ärgste“ verhindern zu können. Es war zwar sehr unwahrscheinlich, dass man in Paris schon wenige Monate nach Saint-Germain die entsprechenden Friedensbestimmungen total ändern würde, doch hoffte man, dass es doch noch zu einer Volksabstimmung kommen könnte, die ja auch die Österreicher angestrebt hätten.

Um ein solches Plebiszit zu erreichen, glaubte man der internationalen Öffentlichkeit vor Augen führen zu müssen, dass die Bevölkerung Deutsch-Westungarns in ihrer großen Mehrheit bei Ungarn bleiben wolle. In den nächsten Wochen wurden zahlreiche Gemeinden bzw. deren Bürgermeister teilweise unter Androhung bösester Konsequenzen gezwungen, Protestschreiben zu unterzeichnen, in denen sie entschieden erklärten, nicht zu Österreich zu wollen. Diese Erklärungen wurden an die verschiedensten Vertreter und Kommissionen der Alliierten versandt<sup>A)</sup>. Sie erreichten allerdings nur sehr bedingt ihren Zweck, zumal auch die ausländischen Beobachter deutlich die Umstände, unter denen diese Zuschriften und Telegramme zustande gekommen waren, durchschauten. Ärgerlich vermerkte selbst das ungarische Außenministerium, dass man bei der Aktion sehr ungeschickt vorgehe und führte z.B. an, dass bei der amerikanischen Mission binnen weniger Tage 26 Protest-Telegramme eingegangen seien, deren Text Wort für Wort übereinstimmte. Man ermahnte die „Arrangeure“, solch lächerliche Fehler zu unterlassen, da dies doch zu auffallend sei.<sup>380</sup>

Sozusagen als Gegenaktion sahen sich die pro-österreichischen Kräfte veranlasst, Delegationen an die selben diplomatischen Vertreter zu senden, um ihrerseits den Anschlusswillen ihrer Heimatgemeinden zu bekräftigen, wobei sie

---

A) Als Beispiel sei hier eines der Telegramme, das an die US-Waffenstillstandskommission (Albert Halstead) gesandt wurde, wörtlich (es liegt nur in englischer Übersetzung in einem Bericht Halsteads an den Secretary of State, Lansing, vom 13. Sept. 1919 vor) zitiert: „*American Armistice Commission, Vienna.*

*The population of the rural community of Reinischdorf [sic!] at its meeting of September 7, 1919 has adopted the resolution which it permits itself to bring to the notice of the American Mission as follows: we are preparing to establish our Christian organisation and we greet our present government as a government instituted upon a purely Christian basis and at the same time we condemn the Jewish propaganda and we protest against the decision of the allied powers as regards the annexation of our territory to Austria. We express our urgent wish to remain Hungarians for it is solely within the confines of Hungary that we could live and prosper. We salute Minister Bleyer just arrived at Szombathely (Steinamanger) and we beg of him to bring our present resolution as one coming from the German-speaking Hungarian people to the knowledge of the government. Committee Reinischdorf, County of Vas.*

meist auch über <sup>6</sup>arge Ausschreitungen ungarischer Exekutive bzw. Brachial-einheiten klagten. Der US-Vertreter in Wien, Albert Halstead, berichtete im Laufe der Monate August und September über Dutzende solcher Besuche.

Während der Amerikaner diesen Interventionen weniger Bedeutung beimaß, beunruhigte ihn die Tatsache mehr, dass seit den letzten Tagen des August vor allem junge Männer in großer Zahl als Flüchtlinge nach Österreich kamen. Halstead schätzte Ende September - nach einer entsprechenden Mitteilung von Kanzler Renner - die Zahl dieser Flüchtlinge auf 4.000 - 5.000, die Österreich unterbringen und verpflegen musste.<sup>381</sup> Diese „Massenflucht“ war ausgelöst worden, als die „Siófoker Regierung“ für den 30. August 1919 die Einberufung des Geburtsjahrganges 1898 zur ungarischen Nationalarmee in allen Teilen Ungarns, die nicht von den Rumänen besetzt waren, anordnete und Gerüchte besagten, dass dies möglicherweise auf den Ausbruch neuer Kämpfe hindeuten könnte. Als dann aus zahlreichen Gemeinden Deutsch-Westungarns kaum ein Mann in den Kasernen erschien, wurde Militärpolizei in die entsprechenden Orte entsandt. Sie konnte allerdings nur die Flucht der „Wehrpflichtigen“ feststellen und zog nun aus „Rache“ wie österreichische Quellen berichteten vielfach die Eltern der Betroffenen zur Verantwortung, wobei es zu zahlreichen Ausschreitungen gekommen sein soll. Erst der geharnischte Protest der Interalliierten Militärmission in Budapest, die darauf hinwies, dass Ungarn solche Maßnahmen „westlich der neuen in Saint-Germain gezogenen Grenze“ zu unterlassen habe,<sup>382</sup> ließ die Ungarn einlenken.

Wenn man von diesen und ähnlichen Aufregungen absieht, konsolidierte sich aber im Laufe der Wochen die ungarische Staatsmacht. Damit kehrte auch in Westungarn Ruhe ein, auch wenn diese eine „Kirchhofsruhe“ war. Der deutsche Vertreter in Budapest, Graf Fürstenberg-Stammheim, berichtete Mitte September über die Lage im Lande: *„...Soviel steht aber fest, daß die Reaktion in der Provinz in voller Blüte ist und daß überall die alten Beamten im alten Geist tätig sind. In den deutschen Gemeinden sind die seinerzeit vertriebenen magyarischen Notäre mit Brachialgewalt gegen den Willen der Einwohnerschaft wieder eingesetzt worden, und die berüchtigte Gendarmeriegewalt hat ihre verlorene Herrschaft zurückgewonnen. Besonders in Westungarn wird ein strenges Regiment geführt, um die Bevölkerung für die noch immer erhoffte Volksabstimmung in gewünschtem Sinne vorzubereiten. Der Verlust dieses Landstreifens schmerzt hier vielleicht mehr als der Siebenbürgens, Südungarns oder gar der Slowakei. Offenbar mißgönnt man den Österreichern diesen Zuwachs umso mehr, als man Österreich für noch schwächer als Ungarn hält. Deshalb glaubt man auch, daß Österreich nicht in der Lage sein werde, sich das ihm von der Friedenskonferenz zugesprochene Gebiet aus eigener Kraft zu neh-*

men, daß aber die Entente sich nicht bis zum Äußersten für Österreich einsetzen werde. Diese Erwägung erweckt in Ungarn die Hoffnung, daß sie [sic!] Deutsch-Westungarn schließlich doch noch behalten können.“<sup>383</sup>

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen, erklärte Graf Sigray in zahlreichen öffentlichen Reden und auch vor ausländischen Besuchern, dass Ungarn jeden Versuch Österreichs, auch nur kleinere Teile von Westungarn an sich zu bringen, sofort mit Waffengewalt verhindern werde, da die Bestimmungen des „österreichischen Friedensvertrages“ für Ungarn keinerlei direkte Bedeutung hätten und vor allen weiteren Schritten erst ein Friedensschluss mit Ungarn abgewartet werden müsste. Die Entschiedenheit Ungarns, mit der man die neue „Ruhe und Ordnung“ und damit die „alte, heilige Grenze Ungarns“ verteidigen wollte, sollte auch ein Besuch des „kommenden Mannes in Ungarn“, Vizeadmiral Nikolaus von Horthy, am 23. September 1919 in Ödenburg demonstrieren. Er erklärte dabei feierlich, dass Ungarn fest auf der Integrität des „heiligen Vaterlandes“ bestehe und alle Mittel einsetzen werde, diese zu schützen. Drohend fügte er hinzu: „...Wir wollen keinen Krieg mit Österreich, aber wenn österreichische Truppen es wagen, ihren Fuß auf den Boden unseres Vaterlandes zu setzen, werden wir mit ihnen wie mit Einbrecherbanden verfahren.“<sup>384</sup>

Damit diese Worte nicht nur eine leere Drohung blieben, stellte man in Westungarn, das von rumänischen Truppen nur bis Raab, Veszprém, Stuhlweißenburg (Székesfehérvár) und Adóny besetzt war, starke Militärkräfte auf. Steinamanger wurde Sitz einer neu aufgestellten Division (3. Division der Ungarischen Nationalarmee), die unter das Kommando von Baron Anton Lehár gestellt wurde. Sie umfasste drei Infanterieregimenter, die aus ehemaligen Truppenteilen der Roten Armee, einzelnen „weißen“ Offiziersdetachements und nicht zuletzt durch Neurekrutierung noch im Spätsommer 1919 zusammengestellt wurden.<sup>385</sup> Ihre Bataillone wurden in Ungarisch Altenburg, Neusiedl a. See, Eisenstadt, Ödenburg, Steinamanger und Körmend sowie in mehreren östlicher gelegenen Garnisonen stationiert. Weiters unterstanden dem Militärbezirkskommando Steinamanger mehrere Kavallerie- und Artillerie-Einheiten sowie Gendarmerie-Grenzschutzkompanien und Gendarmerie-Ersatzkompanien, deren Standorte teilweise unmittelbar an der österreichischen Grenze verteilt waren. Da die Rote Armee bei ihrem Rückzug nach Westen reichlich Kriegsmaterial - darunter auch mehrere Panzerzüge - nach Westungarn evakuiert hatte, waren die Truppen relativ gut ausgerüstet, was alles in allem Ungarn ein gewisses Sicherheitsgefühl und Selbstbewusstsein gegenüber einem österreichischen Angriff gab. Dies sprach auch der neue ungarische Kriegsminister, Ferenc Schnetzer, in einem vertraulichen Gespräch mit dem deutschen Militärattaché in Wien, Major Kundt, deutlich aus, wenn er sagte: „...Ungarn läßt sich in Westungarn nicht beschnei-

*den...wir würden nur der Gewalt weichen, die ich aber nicht fürchte. Ebenso wenig fürchte ich die Entente. Hat sie erst einmal demobilisiert, wird sie ihre Truppen niemals wieder zum Kampf um entlegene Gebiete verwenden können. Das zeigt uns der jetzige Zustand der Ententetruppen deutlich. Auch der Versuch einer Blockade Ungarns würde wirkungslos bleiben. Ungarns Industrie ist sowieso auf Jahre vernichtet, wir müssen wieder ein reines Agrarland werden. Aber gerade dadurch werden wir auch unempfindlicher gegen einen Abschluß von außen".<sup>386</sup>*

Schnetzers Einschätzung der Lage war tatsächlich nicht unrealistisch: Österreich hatte wie bereits erwähnt den günstigen Augenblick, Deutsch-Westungarn unmittelbar nach dem Zusammenbruch der Räteregierung zu besetzen, versäumt. Ab September 1919 war die österreichische Volkswehr gegenüber der in zügigem Aufbau befindlichen ungarischen Armee bereits militärisch unterlegen. Die Entente war in ihrer Mitteleuropapolitik uneinig und – wie man aus den Verhandlungen im Juni über den Militäreinsatz in der Slowakei sehen konnte – kaum bereit, Truppen zu entsenden. Eine Wirtschaftsblockade – auch dies war sonnenklar – konnte Ungarn nur sehr bedingt treffen, da dieses in den damals zwei wichtigsten Fragen, der Lebensmittel- und Energieversorgung, relativ autark war. Österreich hingegen war dringendst auf Lebensmittelfuhren – nicht zuletzt aus Ungarn – angewiesen. In weiten Teilen der Alpenrepublik herrschte nach wie vor drückende Lebensmittelknappheit und katastrophaler Kohlemangel. So konnten vorübergehend in Wien täglich pro Kopf nur mehr 100 Gramm Brot und Mehl ausgegeben werden. In Ostösterreich gab es vielerorts wochenlang keinen geregelten Brotverkauf mehr. Es drohte erneut ein Katastrophenwinter, in dem auch noch die bisherige Versorgung – durch Kohlemangel in der Industrie und bei den Bahnen – zusammenzubrechen drohte. Die heimische Ernte des Sommers und Herbstes 1919 war nur unzureichend ausgefallen und hatte nicht die erhoffte Entlastung gebracht. Außerdem waren die Ententekredite erschöpft, und es mangelte durch die rasende Geldentwertung an notwendigen Zahlungsmitteln für Einkäufe im Ausland. Wie ernst die Lage war, illustriert allein die Tatsache, dass der Bürgermeister von Wien mit der Schließung der Elektrizitätswerke, des Straßenbahnverkehrs und verschiedener Industriebetriebe drohte, da in Wien kaum noch Kohlevorräte vorhanden waren.

Seit seiner Rückkehr aus Saint-Germain hatte Renner mehr als 30 Telegramme von Wien an die Pariser Friedenskonferenz geschickt, in denen er auf die Versprechungen hinwies, die weitere Existenz des österreichischen Kleinstaates zu sichern. Aber erst am 11. Dezember 1919 wurde eine österreichische Delegation unter der persönlichen Führung des Staatskanzlers in Paris empfangen, um über Maßnahmen zu beraten, wie man der „ausgehungerten“ Republik

helfen könnte, den ungeheuren Mangel an Rohstoffen etwas zu beheben. Allen Gesprächspartnern war klar, dass man die Wirtschaft des Kleinstaates nur durch außerordentliche Kredite der alliierten Westmächte wieder in Gang bringen könnte. Um gleichzeitig die unmittelbare Not der Bevölkerung zu lindern, sollte dies rasch und in Form von Nahrungsmittel- und Rohstofflieferungen erfolgen.

Ungarn war die Notlage Österreichs natürlich nicht unbekannt. Immer wieder nützte es seine Lebensmittelverkäufe, um in der Burgenlandfrage politischen Druck auf die österreichischen Verhandlungspartner auszuüben. In Wien mehrten sich in Wirtschaftskreisen bald wirklich jene Stimmen, die meinten, dass der Zerfall des alten Wirtschaftsraumes Österreich-Ungarn eine Katastrophe sei, die man nur dadurch überwinden könne, dass man eine wenigstens wirtschaftliche Föderation mit Ungarn, das ja jetzt eine „vertrauenswürdige bürgerliche Regierung“ habe, einginge. Um dies zu erreichen, sollte man sich in der „Burgenlandfrage“ nicht eine neue, möglicherweise unüberwindbare Barriere aufbauen.

Innenpolitisch nützte Ungarn nicht ohne Erfolg alle Berichte über Österreichs Notlage, um den Bewohnern Westungarns vor Augen zu halten, dass für sie ein Anschluss an Österreich einem Sturz in einen wirtschaftlichen Abgrund gleichkäme. Tatsächlich mehrten sich im Herbst 1919 Meldungen, in denen berichtet wurde, dass unter der Bevölkerung teilweise ein Stimmungswandel eingetreten sei, wo vor allem in der Bauernschaft, die während der Räterepublik lieber heute als morgen zu Österreich wollte, Bedenken aufgetaucht seien, ob man nicht doch besser bei Ungarn bleiben sollte. Schon Ende August hatte der Gesandte Johann Cnobloch in einer Denkschrift gemeint: *„Es scheint mir vor allem kein Zweifel darüber zu bestehen, dass die Begeisterung selbst der rein deutschen Bevölkerung Westungarns keine so tiefgehende ist, als man es bei uns vielfach anzunehmen geneigt ist. Die zahlreichen Kundgebungen für den Anschluss scheinen wenigstens zum Teile künstlich hervorgerufen, und ich glaube nicht, dass die Bevölkerung zu weitgehenden Opfern bereit sein dürfte. Auf die Unterstützung des magyarischen Teiles der Bevölkerung ist natürlich heute überhaupt nicht mehr zu rechnen. Heute, da der Kommunismus in Ungarn überwunden ist, und die Politik in ein konservativeres, wenn auch nicht reaktionäres Fahrwasser einlenken zu wollen scheint, übt Deutschösterreich auf die dortige zumeist bäuerliche und zum Teil sogar monarchistisch gesinnte Bevölkerung eine ungleich geringere Anziehungskraft aus als damals...Abgesehen davon dürfte aber Ungarn selbst in seinem verkleinerten Umfange - als Agrarland, das überdies über nicht unbedeutende Kohlevorkommen verfügt, von den Folgen des Krieges und des Friedensschlusses sich viel rascher erholen als Deutschösterreich. Endlich scheint es gar nicht ausgeschlossen, dass Ungarn, trotz der ihm auferlegten territorialen Opfer und trotz ,oder vielleicht gerade wegen des bolsche-*

wistischen Zwischenspiels einen verhältnismäßig günstigeren Frieden bekommen wird als wir, weil seine nationalen Gegner in Paris weniger Einfluss besitzen als die unsrigen und weil die Schwächung Ungarns aus naheliegenden Gründen Frankreich weniger interessiert als jene des deutschen Österreich. Alle die erwähnten Umstände müssen aber dazu beitragen, die Anziehungskraft Deutsch-Österreichs wesentlich abzuschwächen".<sup>387</sup> Ende November 1919 registrierte der amerikanische Beobachter Arthur Wood DuBois, der von Wiener Neustadt aus Nordburgenland bereiste und mit zahlreichen Menschen sprach, Ähnliches. Er berichtete, dass die meisten Einwohner der Dörfer dieses Raumes in ihrer Grundhaltung konservative Katholiken seien, die - offensichtlich durch eine entsprechende ungarische Propaganda beeinflusst - die sozialdemokratische Regierung in Wien wegen ihrer „bolschewistischen Tendenzen“ misstrauisch betrachteten. Viele von ihnen fürchteten - so berichtete DuBois - bei einem Anschluss an das notleidende Österreich nur wirtschaftliche Nachteile in Kauf nehmen zu müssen und meinte abschließend: „Die Stimmung im Lande für einen Anschluß an Österreich nimmt immer mehr ab. Die äußerst geschickt durchgeführte ungarische Propaganda wird bald auch noch den letzten Anschlußfreunden den Boden entziehen...Eine momentan durchgeführte Abstimmung würde eine unbedingte Majorität der Stimmen zu Gunsten Ungarns geben...“<sup>388</sup> Ähnliche Beobachtungen bzw. Berichte machten auch andere alliierte Vertreter. Sie alle waren sich einig, dass die im Sommer 1919 noch eindeutige Stimmung für einen Anschluss an Österreich immer mehr abbröckle. Man registrierte immer größere Besorgnis bei der Bevölkerung, die in ihrer Mehrheit weit mehr durch wirtschaftlich-soziale Überlegungen geprägt sei, als durch nationale Gefühle, über die sich dramatisch verschlechternde wirtschaftliche Entwicklung in Österreich. Es gelänge der ungarischen Propaganda immer mehr, die Meinung zu verbreiten, dass der Nachbarstaat unaufhaltsam in einen finanziellen Bankrott und die sozialdemokratische Regierung in Wien in ein politisches Desaster taumle, während Ungarn nach der politischen Wende einer raschen Verbesserung der Verhältnisse zustrebe.

Am Wiener Ballhausplatz schätzte man die Situation realistisch ein und forcierte ab dem Herbst 1919 weder eine militärische Landnahme, noch eine Volksabstimmung im Burgenland. Man zog sich vielmehr auf den Rechtsstandpunkt zurück, dass der Friedensvertrag von Saint-Germain ein völkerrechtliches Vertragswerk sei und dieses eindeutig und unwiderruflich das Burgenland Österreich zugesprochen habe. Es sei nunmehr Aufgabe der Siegermächte in Paris, dies durch einen entsprechenden Vertragspunkt in dem mit Ungarn zu schließenden Friedensvertrag neuerlich zu bekräftigen und unmittelbar danach das Burgenland Österreich zu übergeben. Dies teilte auch Staatskanzler und Außenminister Renner am 5. Oktober in seiner „Instruktion“ an den österreichi-

# Deutsche Volksgenossen!

Unter Androhung von Strafen werden wir gezwungen, unser Wahlrecht zu Gunsten eines von den Madjaren aufgestellten Kandidaten auszuüben, der nur madjarische Interessen vertreten wird. Wir haben keinen Gegenkandidaten aufgestellt, weil wir die Teilnahme an diesen Wahlen, die für uns gar keine Bedeutung mehr haben, ablehnen. Wir protestieren feierlichst gegen diese unerhörte Vergewaltigung unseres Rechtes auf freie Meinungsäußerung. Wir rufen es in alle Welt: Unser Herzenswunsch ist durch die Entscheidung der Friedenskonferenz der Erfüllung nahe. Wir lehnen jede weitere Gemeinschaft mit den Madjaren ab. Deutsch waren wir, deutsch sind wir geblieben trotz aller madjarischer Tücke und Vergewaltigung.

Wir haben bereits gewählt: Eine glückliche Zukunft verbürgt uns einzig und allein nur der Anschluß an Österreich.

*Bild 71: Flugblatt für den Anschluss des Burgenlandes an Österreich (anonym, wahrscheinlich in Österreich gedruckt). 1920. (23 cm x 18 cm)*

schen Gesandten in Budapest, der eine andere Gangart vorgeschlagen hatte, unmissverständlich mit. Hier hieß es: „...Bei jedem Anlasse ist darauf hinzuweisen, dass die Zuerkennung des Territoriums durch den höchsten Areopag der Welt für uns eine unabänderliche und undiskutable Tatsache schaffe. Deutschösterreich hat dadurch keinerlei unfreundlichen Akt gegen Ungarn gesetzt, hat keinerlei Annexionshandlung vorgenommen, sondern in der bescheidensten Form den Rechtsweg beschritten, indem es die wirtschaftliche und nationale Zugehörigkeit dieses Geländes zu Deutschösterreich vor den Mächten festgestellt habe. Umgekehrt müsse Deutschösterreich in der ganz unbegreiflichen Ablehnung dieses Richterspruches der Welt durch die ungarische Regierung eine unfreundliche Haltung erkennen, die die sehnsüchtig erwarteten freundschaftlichen Beziehungen der beiden Republiken auf unabsehbare Zeit hinauszuschieben drohe und Deutschösterreich wider seinen Willen und sein Interesse in Kombinationen hineinzwänge, die seinen Neigungen und Interessen vollständig widersprechen...Nichts ist wichtiger für uns, als dass irgend eine der wechselnden kurzlebigen Regierungen Ungarns dazu vermocht wird [sic!] unser Recht auf Westungarn anzuerkennen. Erst wenn dieses Ziel erreicht wird, kann anderen politischen Erwägungen Raum gegeben werden.“<sup>389</sup>

In Ungarn hatten die „kurzlebigen Regierungen“ tatsächlich gewaltige innenpolitische Probleme, was auch in der Außenpolitik, wo viel zu viele Einzelkräfte mitmischten, zum Ausdruck kam. Erst ab dem Spätherbst „normalisierten“ sich die Verhältnisse. Das mit der Reise des britischen Diplomaten Sir George Clerk im Oktober 1919 dokumentierte Interesse der Ententemächte, auch in diesem Land ein parlamentarisch-liberales Regierungssystem aufgebaut zu sehen, und die immer drängender vorgetragene Forderung, allgemeine und geheime Parlamentswahlen durchzuführen, wurde jetzt akzeptiert, weil allein dadurch der Abzug der rumänischen Truppen aus Budapest erreicht werden konnte. Diese hatten sich inzwischen durch Beschlagnahmungen von Lebensmitteln und anderen Vorratslagern zu einer wahren Landplage im gesamten östlichen Teil Ungarns entwickelt. Schließlich räumten sie wenigstens Budapest und Horthy konnte unter dem Jubel der Bevölkerung am 16. November 1919 an der Spitze seiner inzwischen auf über 25.000 Mann angewachsenen Nationalarmee in die Hauptstadt einziehen. Eine Woche später, am 23. November, kam es zur Bildung einer „Konzentrationsregierung“ unter dem christlich-sozialen Politiker Károly Huszár, der zunächst auch ein sozialdemokratischer Minister angehörte. Aus Protest gegen den anhaltenden „weißen“ Terror, den die Regierung nur schlep-pend abstellen konnte, traten jedoch die Sozialdemokraten bereits am 15. Januar 1920 aus der Koalition aus und beschloss, die für den 25. Januar angesetzten Parlamentswahlen zu boykottieren. So beherrschten schließlich nur „christliche“ Rechtsparteien den Wahlkampf und dann auch die politische Szene in Ungarn.

In Westungarn war es zunächst zur Gründung mehrerer Kleinparteien gekommen, die aber dann fast alle den beiden Großparteien, der „Partei der Christlich-Nationalen Vereinigung“ (Keresztény Nemzeti Egyesülés Pártja = KNEP) und der „Landespartei der Kleinen Landwirte“ (Országos Kisgazda és Földműves Párt), weichen mussten bzw. durch Zusammenschlüsse in diesen aufgingen.

In den zum späteren Burgenland zählenden Wahlkreisen gewannen durchwegs die Kandidaten der „Christlich-sozialen Wirtschaftspartei“ (Keresztény Szociális Gazdasági Párt), damals schon als Zweig der KNEP, die Wahl. Diese war übrigens - trotz Zensur und des noch immer herrschenden „weißen“ Terrors - eine geheime Wahl und somit noch eine der freiesten während der gesamten Horthy-Ära. In das im Frühjahr 1920 zusammentretende Parlament zogen als Abgeordnete dieses Landesteiles der Journalist Mathes Nitsch (Wahlkreis Zurndorf), der röm. kath. Pfarrer Dr. Johannes Huber (Wahlkreis Neusiedl a. See), sein Amtskollege Johann Sabel (Wahlkreis Eisenstadt), der evang. Senior Edmund Scholz (Wahlkreis Mattersdorf), Graf Kuno Klebelsberg (Wahlkreis Ödenburg), der Großgrundbesitzer Oliver Rupprecht (Wahlkreis Csepreg), Kultusminister Stephan Haller (Wahlkreis Lövő), der Journalist Albin Lingauer (Wahlkreis Güns), Graf István Ambrozy-Migazzi (Wahlkreis Oberwart), Erzpriester Franz Thomas (Wahlkreis Güssing), Graf Antal Sigray (Wahlkreis Körmend) und Minister Dr. Jakob Bleyer (Wahlkreis St. Gotthard) ein. Unter dem Einfluß von Graf Sigray, Bischof Mikes und Albin Lingauer wurde der Süden des Landes - das Eisenburger Komitat - eine Hochburg des legitimistischen Flügels der Christlichsozialen,<sup>390</sup> was dann 1921 bei den beiden Restaurationsversuchen König Karls eine nicht unbedeutende Rolle spielen sollte.

Das neue Parlament, in dem die Kleinlandwirte-Partei mit 79 Abgeordneten und die Christlich-nationale Vereinigung mit 74 Mandaten eine absolute Mehrheit hatten, setzte sich zunächst mit der Frage der Staatsform auseinander und entschied mit den Stimmen fast aller Parteien, dass zwar das Habsburgerreich gestürzt sei, die Monarchie in Ungarn jedoch über den 13. November 1918 hinaus weiter fortbestehe. Über die „Königsfrage“ jedoch entzündete sich sofort ein schwerer Streit: Die „Legitimisten“, die vor allem in den Reihen der Magnaten und dem katholischen Episkopat ihren Schwerpunkt hatten, sahen in König Karl IV., der nie auf die Stephanskronen verzichtet hatte, nach wie vor den „legitimen“ Herrscher Ungarns. Die „freien Königswähler“, die in erster Linie im Kleinadel, in verschiedenen Offiziersgruppen und im kalvinischen Klerus ihre Stütze hatten, argumentierten, dass das Haus Habsburg mit 1918 alle seine Herrscherrechte verwirkt habe und nun entsprechend der alten ungarischen Verfassung ein neuer König gewählt werden müsse.

Da beide Lager unverrückbar auf ihren Standpunkten beharrten, fügte man sich nach langer Debatte in einen Kompromiss, der das Amt des Reichsverwesers erneuerte, das aus dem Spätmittelalter stammte und das Lajos Kossuth 1849 vorübergehend wiederbelebt hatte. Diese Würde übertrug man am 1. März 1920 in einem feierlichen Beschluss an den Oberkommandierenden der Nationalen Armee, Nikolaus Horthy de Nagybánya, dessen Truppen an diesem Tag „zum Schutz des Parlaments“ das Reichstagsgebäude am Donaukai vorsorglich besetzt hatten. Der damals 51-jährige Vizeadmiral und letzte Kommandant der k.u.k. Kriegsmarine war politisch ein weitgehend unbeschriebenes Blatt. Erst durch seinen triumphalen Einzug an der Spitze der neuorganisierten Nationalen Armee in das „von den Rumänen befreite“ Budapest am 16. November 1919 war er in aller Munde. Sein Charme, seine Sprachgewandtheit und sein glänzend elegantes Auftreten bestachen viele. Nicht zuletzt - und dies war entscheidend bei seiner Wahl - glaubten sowohl die „Legitimisten“ als auch die „Freien Königswähler“, dass er „ihr Mann sei“. Erstere erinnerten sich, dass Horthy immer wieder seine Zeit als Flügeladjutant des greisen Kaiser Franz Joseph als die „fünf schönsten Jahre“ seines Lebens bezeichnete und noch in den letzten Tagen der Monarchie nach Schönbrunn gekommen sei, um dem jungen Kaiser Karl „mit tränenerstickter Stimme seine unerschütterliche Treue“ zu bekunden. Die anderen sahen in dem Abkömmling einer kalvinischen Kleinadelsfamilie aus Ostungarn „Einen der Ihren“. Beide sollten sich letztlich täuschen, da Horthy geschickt auf der nationalistischen Welle reitend - bald eigenständige Wege ging, wobei er immer wieder die rivalisierenden Gruppen gegeneinander ausspielte und sich somit zur entscheidenden Kraft Ungarns machte. Und Ungarn brauchte - darüber war man sich einig - in diesen Tagen, in denen ein neues Ringen um die Friedensbedingungen des tief gedemütigten Landes begann, einen starken Mann an der Spitze des Staates.

Dieses „Wiedererstarken Ungarns“, vor allem aber die Rückkehr zur Monarchie, beunruhigte alle Nachbarn gewaltig. Der Grund dafür lag nicht sosehr in der teilweise überschätzten ungarischen Militärmacht, als vielmehr in der Enttäuschung weiter Kreise innerhalb der Nachfolgestaaten über die Entwicklung seit Kriegsende: Die Wirtschaft Mitteleuropas stand durch das Zerfallen der über viele Jahrzehnte gewachsenen Strukturen und durch neue Zollgrenzen und Handelshemmnisse vor ungeahnten und teilweise unlösbar scheinenden Problemen. Der Lebensstandard breiter Bevölkerungsschichten war weit unter das Niveau des Jahres 1914 gesunken. Hatte man noch im Herbst 1918 den Zusammenbruch des „Völkerkerkers“ Österreich-Ungarn und die neuen Freiheiten hoffnungsfroh begrüßt, stellte sich jetzt eine immer größere Unzufriedenheit mit den neuen Herrschaftsverhältnissen ein. Die Kroaten und Slowenen sahen sich von den Serben bevormundet und ausgebeutet, ebenso wie



**Bild 71 und 72:** Das Kaiser/Königspaar Zita Bourbon-Parma (1892 – 1989) und Karl Habsburg-Lothringen (1887 – 1922)

die Einwohner Siebenbürgens von den Rumänen. Auch in der Slowakei war man von den Tschechen enttäuscht, die sich ihrem „Brudervolk“ gegenüber vielfach wie Kolonialoffiziere benahmen. Viele Angehörige der bisherigen Ober- und Mittelschichten - Adel und Großbürgertum, Beamte und Offiziere - hatten ihre privilegierten Stellungen verloren und dachten mit Wehmut an die „alte Zeit“ zurück. Da und dort gab es bereits „reaktionäre“ Bewegungen, die offen über eine Wiedererrichtung einer sicherlich demokratischen und neugestalteten Donaumonarchie nachdachten. Es zeigte sich, dass der im Schweizer Exil lebende Kaiser/König Karl noch immer genügend Anhänger besaß, die in ihm eine mögliche Integrationsfigur für ein solches Staatesgebilde, das nicht nur ein wirtschaftlicher Großraum sondern auch ein „moderner Vielvölkerstaat“ sein könnten, sahen. Der Umstand, dass nach Rechtsauffassung vieler der gekrönte „Apostolische König von Ungarn“ nie von seinen Herrschafts- und Erbreehten zurückgetreten war und er auch nicht den Frieden von Trianon unterzeichnet hatte, wurde als eine mögliche völkerrechtliche Brücke gesehen, mit ihm an der Spitze eines „neuen Staatenbundes“ eine Revision der Friedensbestimmungen von Paris

zu erreichen. Naturgemäß richteten sich solche Strömungen zumindest teilweise gegen die Souveränität der jungen Nationalstaaten und wurden daher von den neuen Machtträgern als Bedrohung empfunden.

Selbstverständlich gab es gerade auch in Österreich Kreise, die ähnlich dachten. Insbesondere in der alten Kaiserstadt Wien, die jahrhundertlang das Nervenzentrum eines Reiches war, das von Südpolen bis tief auf die Balkanhalbinsel und an die die südliche Adria und vom Gardasee bis in die Bukowina reichte, empfand man besonders schmerzlich den Zerfall dieses ostmitteleuropäischen Großraumes. Schon im Frühjahr 1919 gab es Pläne und Versuche, die abgerissenen wirtschaftlichen Verbindungen wenigstens teilweise wiederherzustellen, was allerdings an den zerfahrenen politischen Verhältnissen und an den gerade in den neuen Führungsschichten gegeneinander herrschenden Ressentiments durchwegs scheiterte. So kam der schon Ende 1918 unternommene Versuch der Wiener Regierung, mit der Tschechoslowakei zu wirtschaftlichen Kooperationen zu kommen, nicht über ein erstes Anfangsgespräch hinaus, obwohl auch Frankreich dies wohlwollend unterstützte. Mit der Räterepublik geordnete und fruchtbringende Wirtschaftsbeziehungen herzustellen, blieb - wie wir gesehen haben schon allein durch die politische Isolierung dieses Staates und die von den Alliierten verhängte Blockade erfolglos.

Nun im Spätherbst 1919 - sahen vor allem Wirtschaftskreise und Politiker des monarchistischen Flügels der christlichsozialen Partei eine Chance, mit dem ihnen ideologisch nahestehenden „christlich-konservativen“ Regime in Ungarn zu erfolgreichen Kooperationen zu kommen. Die ungarische Regierung machte einen klugen Schachzug, indem sie den früheren Direktor des Verbandes der ungarischen Industriellen und späteren Leiter der Wirtschaftsabteilung im gemeinsamen k.u.k. Außenministerium, Dr. Gustav Gratz<sup>A)</sup>, zu ihrem Gesandten in Wien bestellte. Gratz, der aus einer ungarndeutschen Familie stammte und durch seine Tätigkeit ausgezeichnete Beziehungen zu einflussreichen Wirtschaftsmännern und Politikern bis in höchste Adelskreise Wiens hatte, wurde bald eine Zentralfigur der sich nun anbahnenden Gespräche, die bald Pläne einer weitgehenden politischen Zusammenarbeit der beiden „Verlierer-

---

A) Gustav Gratz (geb. 1875 in Göllnitz / Gelnica, SK, gest. 1946 in Budapest) Studierte Rechtswissenschaften in Klausenburg und Budapest (Dr. jur.). Journalist und ab 1912 Generalsekretär des Landesverbandes der ungarischen Industriellen. 1917 ungarischer Finanzminister, dann als Wirtschaftsexperte bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk. 1918-1919 im ungarischen gegenrevolutionären Komitee in Wien. Ab 22. Nov. 1919 Gesandter in Wien, ab 17. Jänner 1921 bis 14. April 1921 Außenminister in der Regierung Pál Teleki. Dann in mehreren leitenden Funktionen in der ungarischen Privatwirtschaft.

staaten” hervorbrachten. Allerdings kristallisierten sich dabei sofort zwei große „Stolpersteine” heraus: Die sozialdemokratische Regierung Renner in Wien und die Burgenlandfrage.

Den Ungarn war schon seit Monaten klar, dass in direkten Verhandlungen mit der Regierung Renner kaum etwas zu erreichen war. Auch Gratz ließ seine Regierung darüber nicht in Zweifel, „denn” - so schrieb er am 20. Jänner 1920 - „*Renner wird keinen Stein unbewegt lassen, um Westungarn für Österreich zu gewinnen. Nach so vielen diplomatischen Niederlagen würde es ihm helfen, nach dem Anschluss Westungarns in der österreichischen Öffentlichkeit als „Mehrere des Reiches” zu erscheinen.*”<sup>391</sup> Nur ein Regierungswechsel in Wien schien Ungarn helfen zu können. So war man sich bald mit jenen Gruppen in Wien einig, die schon länger den Sturz der Regierung Renner ins Auge gefasst hatten, wobei eine radikalere Gruppe sofort Putschpläne entwickelte und dabei mit maßgeblicher Mithilfe der in Westungarn stehenden Freischaren Lehárs rechnete. Die „gemäßigte” Gruppe dachte hingegen, einen Wechsel auf parlamentarischer Ebene zu erreichen und spätestens nach den nächsten Wahlen eine „bürgerliche” Regierung zu bilden. Dazu erwartete man sich massive finanzielle Unterstützung von seiten der ungarischen Freunde. Schwieriger war natürlich - schon auf Grund der öffentlichen Meinung in Österreich - die Burgenlandfrage, doch machte der ungarische Gesandte seinen Gesprächspartnern klar, dass nur ein weitgehender Verzicht auf den Anschluss dieses Landstreifens sofort alle Türen und Tore in Ungarn für eine umfassende Zusammenarbeit öffnen würde. Um die großen sozialen Probleme von Millionen Menschen in beiden Staaten entscheidend verbessern zu helfen, und um insbesondere die äußerst schlechte Versorgung der österreichischen Großstädte mit Lebensmitteln nachhaltig abzusichern, wäre der territoriale Verzicht auf das burgenländische Gebiet kein zu großes Opfer. Überdies - so argumentierte Gratz - würde die Schaffung eines kooperativen Wirtschaftsraumes und damit die faktische Beseitigung der Zollgrenze zwischen den beiden Ländern auch für die betroffene Bevölkerung ohnehin nur den Zustand von vor 1914 wiederherstellen, mit dem man ja voll zufrieden gewesen wäre. Die Ideen des ungarischen Gesandten schienen tatsächlich für viele seiner Gesprächspartner als passabler Weg, um den Konfliktherd Burgenland zu beseitigen und der ganzen Region die Chance einer raschen wirtschaftlichen und sozialen Erholung zu geben. So ließ bereits ein Zeitungsartikel in der „Frankfurter Zeitung” vom 17. November 1919 aufhorchen, in dem unter Berufung auf ungarische Quellen gemeldet wurde, dass namhafte Mitglieder der christlichsozialen Partei, wie der Benediktinerpater Graf Galen, der Chefredakteur Bösbauer und der Generalsekretär Günther, in Budapest erklärt hätten, dass ihre Partei im Sinne einer friedlichen Zusammenarbeit der beiden Länder keinen Anspruch auf westungarisches Gebiet erhebe.<sup>392</sup> Auch wenn dies von der Parteileitung der CsP

sofort dementiert wurde und man erklärte, dass diese Herren nicht befugt seien, solche Aussagen zu treffen, zeigte es doch, wie uneinheitlich die Meinung zur Burgenlandfrage in den Führungszentren Österreichs war. Wahrscheinlich wäre man noch viel unruhiger geworden, wenn man gewußt hätte, dass fast zur selben Zeit der steirische Landeshauptmann, Dr. Anton Rintelen, und sein Stellvertreter, Dr. Jacob Ahrer, ähnliche Gespräche mit dem ungarischen Innenminister, Ödön Beniczky, und mit Graf Antal Sigray führten und die Unterstützung ungarischer Kräfte bei ihrem Kampf gegen die Linke erbat. Auch die Verhandlungen, die eine dubiose Geheimorganisation, die „Vereinigung für Ordnung und Recht“, der allerdings prominente Politiker und Militärs des rechten Lagers wie z.B. Graf Leopold Hartig, Fürst Johannes Liechtenstein, Baron Kövess und Carl Vaugoin angehörten, mit Gustav Gratz führte, schlugen in dieselbe Kerbe. So übergab Graf Hartig dem Gesandten am 24. Jänner 1920 eine Erklärung, in der es hieß: *„Die Lösung, welche die Westungarische Frage, vorläufig für Österreich, durch den Friedensvertrag von St. Germain gefunden hat, und die in dem von Ungarn zu unterschreibenden Vertrag zweifellos in analoger Weise geregelt werden wird, betrachten wir als eine durchaus ungesunde, den Interessen der beiden Staaten widersprechende. Wir sind der Ansicht, daß ein dauerndes, freundschaftliches Verhältnis zwischen Österreich und Ungarn nur dann hergestellt werden kann, wenn diese Bestimmung der beiden Friedensverträge einer Revision unterzogen wird...An die Mitteilung dieses unseres Standpunktes knüpfe ich die Versicherung, daß wir, - falls uns in Hinkunft ein Einfluß auf die Führung der Regierungsgeschäfte in Österreich zustehen sollte nichts versäumen würden, um diesen Gesichtspunkten hier Geltung zu verschaffen und zu erreichen, daß zu deren praktischer Durchführung die Österreichische Regierung ehestens mit der Ungarischen Regierung in Verbindung trete.“*<sup>393</sup> Im weiteren Teil des Briefes wurde erklärt, dass man einer Volksabstimmung für Deutsch-Westungarn zustimmen wolle, wenn sich die ungarische Seite verpflichte, Österreich für eine noch zu bestimmende Zeitspanne landwirtschaftliche Produkte zu den gleichen Preisen, wie sie in Ungarn gelten, zu überlassen. Im Sinne dieser Vereinbarungen überwies die ungarische Botschaft für Propagandazwecke in den folgenden sechs Monaten insgesamt 10 Millionen Kronen auf geheimem Wege an die „Vereinigung für Ordnung und Recht“

Den Höhepunkt dieser Gespräche bildete eine Verhandlung zwischen dem kommenden Mann der Christlichsozialen, Ignaz Seipel, und Graf Ottokar Czernin einerseits und den ungarischen Diplomaten Gustav Gratz und Konstantin Masirevich andererseits am 13. März 1920. Bei diesem Gespräch betonte Seipel, dass die Christlichsozialen die Übernahme der Regierungsgewalt als eine ihrer dringendsten Aufgaben betrachteten, dazu jedoch die entsprechende bewaffnete Rückendeckung brauchten. Diese Aufgabe sollten die Heimwehren übernehmen,



**Bild 73:** *Kardinal-Erzbischof Friedrich G. Piffl (1864 – 1932) und Prälat Dr. Ignaz Seipel (1876 – 1932)*

doch seien sie erst im Aufbau. Zu ihrer Aufrüstung ersuchte Seipel die ungarische Regierung um Überweisung von 50 Millionen Kronen. Die Überlassung dieser Summe machte Gratz von zwei Bedingungen abhängig: Die Wende nach rechts müsse innerhalb kurzer Zeit erfolgen, und die neue christlichsoziale Regierung müsse die Burgenlandfrage mit Ungarn auf friedlichem Wege lösen. Die beiden österreichischen Unterhändler nahmen diese Bedingungen an und erklärten: *„In der westungarischen Frage besteht die Bereitwilligkeit, auf die von Ungarn gewünschte Lösung einzugehen. Da jedoch ein förmlicher Verzicht Österreichs auf Westungarn derzeit Schwierigkeiten begegnet, müsse die Frage dilatorisch behandelt werden. Österreichischerseits wird die Verpflichtung übernommen, dass diese Frage nur im Einvernehmen mit Ungarn und mit der freien Zustimmung Ungarns gelöst werden wird, und Westungarn bis dahin bei Ungarn belassen wird. Die Verhandlungen werden daher auch nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages von Paris fortzusetzen sein, ohne dass eine Räumung des*

*Gebietes verlangt würde und es werden österreichischerseits keine Schritte unternommen werden, damit die Räumung seitens der Entente gefordert, beziehungsweise beschleunigt werde. Die Verhandlungen werden dann in entsprechenden Intervallen so lange geführt werden, bis entweder eine Einigung oder ein freiwilliger Verzicht Österreichs auf Westungarn möglich sein wird.”<sup>394</sup>*

Auch wenn diese Details der österreichischen Regierung vollkommen unbekannt blieben, und die entsprechenden Dokumente erst Jahrzehnte später in ungarischen Geheimarchiven gefunden wurden, ahnte man in Wien schon im Spätherbst 1919 die Gefahr, die von Ungarn für Österreich ausging. So meinte Renner in einem Schreiben an den rumänischen Gesandten, dass es immer deutlicher werde, dass die Lehár-Truppen in Westungarn nicht nur zur Verteidigung der ungarischen Souveränität da wären, sondern dass es auch Pläne gäbe „den Geist der Reaktion” mit Hilfe dieses Militärs über die Grenze zu tragen und dass sich zu diesem Zwecke in letzter Zeit zahlreiche monarchistisch gesinnte Offiziere aus Österreich dieser Truppe anschließen.<sup>395</sup>

## **Renners Reise nach Prag ( 10. - 12. Jänner 1920)**

Um der drohenden Gefahr besser entgegenzutreten zu können, suchte Renner Kontakte und Hilfe in der Tschechoslowakei, deren Regierung ihm trotz aller in der Öffentlichkeit herrschenden Ressentiments ideologisch am ehesten nahestand. Zwar war das Hauptanliegen seines Staatsbesuches in Prag, der bald nach der Jahreswende 1919/20 erfolgte, die Lieferung tschechischer Kohle und Lebensmittel für das notleidende Österreich, doch besprach er mit Außenminister Beneš auch die aus Ungarn für beide Staaten gleichermaßen drohende Gefahr. Schon bei seiner Ankunft erklärte Renner der Presse, dass Österreich für die Anerkennung des Friedensvertrages mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen eintrete, was für seine tschechischen Zuhörer auch in der Frage der „Sudetendeutschen” und der Gestaltung des künftigen Verhältnisses der CSR zu Deutschland nicht ohne Bedeutung war. Die Möglichkeit einer Übereinkunft zwischen den beiden Staaten wurde gerade auf Grund des identisch republikanischen Regimes betont. Das sozialdemokratische Blatt „Právo lidu” schrieb in diesem Zusammenhang: *„Unsere freundschaftlichen Kontakte mit der Republik Österreich können uns politisch nützlich sein. Zusammen mit der Wiener Demokratie werden sie einen Damm gegen die aus Polen und Ungarn auf uns einstürmende Reaktion bilden.”<sup>396</sup>*

Renner traf mit seiner Erklärung ein Thema, das dem tschechoslowakischen Außenminister besonders am Herzen lag. Dieser schenkte nämlich gerade in diesen Wochen seine besondere Aufmerksamkeit der innenpolitischen Entwicklung in Ungarn und war mit allen Mitteln entschlossen, eine Restauration des Hauses Habsburg zu verhindern, sah er doch darin eine ernste Gefahr für die Entwicklung des gesamten mitteleuropäischen Staatensystems, das die Friedensverträge nicht einmal noch vollständig gezimmert hatte. Man kam überein, sich im Falle eines Angriffes von seiten Ungarns gegenseitig mit allen diplomatischen und politischen Mitteln zu unterstützen. In dem am 12. Jänner 1920 unterzeichneten Geheimvertrag verpflichteten sich *„beide Staaten zur gegenseitigen Mitarbeit und Hilfe gegen alle Pläne und Versuche einer Restauration des alten Regimes sowohl im außen- als auch im innenpolitischen Sinne...Die zuständigen Organe beider Staaten werden sich gegenseitig Hilfe leisten, damit sie gegen geheime Intrigen in diesem Sinne wirksam kämpfen können“* Man betonte, dass beide Staaten fest auf der Basis des Friedensvertrages von Saint-Germain stünden und *„die tschechoslowakische Republik der Republik Österreich die volle Garantie hinsichtlich der Einhaltung der Friedensbestimmungen, insbesondere hinsichtlich des Gebietes von Westungarn, welches durch den Frieden von St. Germain Österreich zugesprochen wurde...Für den Fall, als einer der beiden Staaten von Ungarn militärisch angegriffen würde, wird es der freien Vereinbarung beider Staaten überlassen auf welche Weise (eventuell militärisch) eine Zusammenarbeit...möglich wäre.“*<sup>397</sup> Noch vor der Abreise Renners aus Prag regten seine tschechischen Gesprächspartner an, zu überlegen, ob nicht eine Erweiterung der hier festgelegten Absicherungen „gegen den drohenden ungarischen Revisionismus“ auch durch Belgrad und Bukarest nützlich wäre. Es klang hier ein wenig Beneš Lieblingsidee durch, der die Tschechoslowakei als die Führungsmacht eines Bündnisses der Kleinstaaten Mitteleuropas gesehen hätte.

Erstaunlicherweise dürfte der Inhalt der vertraulichen Gespräche schon wenige Stunden nach ihrer Beendigung ungarischen Stellen bekannt geworden sein, zumal noch am selben Tag von der Budapester Zeitung „Az Újság“ der Inhalt der Unterredungen publik gemacht wurde und nicht nur in Budapest, sondern auch in Rom einige Aufregung auslöste.

Unter dem Eindruck dieser Entwicklung schlug die ungarische Regierung die Abhaltung einer Volksabstimmung im Anschlussgebiet vor und bot zusätzlich die Gewährung einer Autonomie in Westungarn an, die auch dann gelten sollte, wenn das Plebiszit zugunsten Ungarns ausgehen würde. Weiters wurden wirtschaftliche Kompensationen, Präferenzzölle und sogar eine Zollunion in Aussicht gestellt. Wien wollte und konnte darauf nicht eingehen, was in der Sitzung der

Nationalversammlung vom 19. Februar 1920 einmütig zum Ausdruck kam. Staatskanzler Renner brachte es in seiner umfassenden Rede auf den Punkt, wenn er sagte: *„Der Staatsvertrag von Saint-Germain hat uns viele bittere Enttäuschungen gebracht, er hat in diesem einen Punkt unseren politischen und nationalen Auffassungen entsprochen und es ist ausgeschlossen, daß das österreichische Volk, der österreichische Staat oder eine österreichische Staatsregierung auf die Durchführung des Friedensvertrages in diesem Punkt jemals verzichten könnte. Daß die hohen Mächte dieser Auffassung sind, ergibt sich aus der Note der Entente, welche den Gebietsbestand der mitteleuropäischen Staaten als unveränderlich erklärt und dies damit begründet, daß der Gebietsbestand der einzelnen Länder ein Stück des mitteleuropäischen Gleichgewichtes sei...Wir sind nicht in der Lage über einen Gegenstand inter pares zu verhandeln, der zwischen den großen Mächten der Welt, zwischen allen Ententemächten und den besiegten Staaten durch einen internationalen Akt festgelegt ist. Der Staatsvertrag von Saint-Germain ist nicht ein einfacher Vertrag zwischen zwei Staaten, sondern ein völkerrechtlicher konstitutiver Akt von einer Größe und Bedeutung, wie etwa seinerzeit der Westfälische Friede, ein Vertrag, der alle Teile bindet....Ich begreife die Haltung der ungarischen Regierung, welche vor dem Augenblick, wo Ungarn den Friedensvertrag unterschreibt, keine verpflichtende Handlung vornehmen will. Aber wie sehr ich diesen Gesichtspunkt der Ungarn achte, so sehr muß ich daran festhalten, daß für uns die Frage eine entschiedene Sache ist, eine res judicata, die nicht mehr abgeändert werden kann, und daß wir deshalb über diese Sache zu verhandeln nicht in der Lage sind.“*<sup>398</sup> In der nachfolgenden Debatte, in der auch ausführlich über die ungarischen Ausschreitungen in Deutschwestungarn gesprochen wurde, waren sich alle Parteienvertreter einig, dass das Schicksal der „Heinzen und Heidebauern“ kein handelspolitisches Kompensationsobjekt bilden könne, und man der Bevölkerung ohne Druck magyarischer oder österreichischer Behörden ehestens die Freiheit der Wahl eines Landtages, eines Landesrates und einer Landesregierung geben müsse und diese, wenn sie es für nötig erachten, eine freie Volksabstimmung abhalten sollten. Und Renner sagte in seiner Schlussrede unter dem Beifall der Abgeordneten: *„Wer weiß, was für uns Saint-Germain bedeutet hat, der weiß, was für die Magyaren Neuilly bedeutet. Aber wir erwarten, daß in dem Augenblick, wo dieser Kelch des Leidens an dem magyarischen Volk vorübergegangen sein wird, dieses Volk uns verstehen, unsere rechtschaffenen und fried samen Auffassungen in dieser Frage begreifen und würdigen wird. Dann wird aber dieser Fall Deutschwestungarn kein Gegenstand der dauernden Verbitterung zwischen den beiden Staaten, sondern eine Brücke des dauernden Verständnisses sein.“*

## Auf dem Weg nach Trianon - Ungarns Widerstand gegen die Abtrennung des Burgenlandes

Die turbulenten inneren Ereignisse in Ungarn im Sommer und Herbst 1919 hatten zur Folge, dass die Siegermächte in Paris zunächst zögerten, die schon lange anstehenden Friedensverhandlungen mit Budapest zu beginnen. Man wollte verständlicherweise nur mit einer Regierung verhandeln, die wenigstens halbwegs in einer Bevölkerungsmehrheit Vertrauen besaß bzw. verankert war. Dies glaubte man schließlich in der Regierung Huszár zu finden, der der Oberste Rat in Paris Ende November eine vorläufige Anerkennung aussprach. So wurde erst am 1. Dezember die ungarische Regierung vom Vorsitzenden der Friedenskonferenz, Georges Clemenceau, eingeladen, Delegierte mit den nötigen Vollmachten nach Paris zu entsenden. Nachdem man die Weihnachtsfeiertage verstreichen ließ, begab sich in den ersten Jännertagen eine hochkarätige Delegation an die Seine-Metropole, der unter Führung des Grafen Albert Apponyi die hochadeligen Herren Pál Teleki, István Bethlen, Imre Csáky und László Somssich angehörten. Als Generalsekretär der ungarischen Verhandler fungierte Iván Praznovszky, als Experte für Nationalitätenfragen, und somit auch für Deutsch-Westungarn, kam Georg Steuer, ein hoher Beamter des Ministeriums für nationale Minderheiten, mit. Csáky schrieb in seinen Erinnerungen: *„Unsere Arbeit entbehrte nicht eines tragischen Beigeschmacks: Wenn wir es auch nicht offen zugeben wollten, wussten wir doch alle, dass sie im Grunde genommen zwecklos war. Wir wussten, dass die beredtesten Argumente die von den Siegern bereits festgelegten Bedingungen nicht zu ändern vermochten, basierten diese doch auf den von der Entente zur Zeit ihrer höchsten Kriegsnot ihren kleinen Helfershelfern gegebenen Versprechungen, welche nach ihrem Sieg treu einzuhalten ihnen sowohl der Anstand als auch die nüchterne politische Erwägung gebot. Das ganze für die Friedensverhandlungen zur Unterstützung des ungarischen Standpunktes zusammengetragene ungeheure Material, welches meiner Überzeugung nach seitens der Sieger überhaupt keinem eingehenden Studium unterzogen werden würde, musste daher notgedrungen nutzlos sein.“*<sup>399</sup>

Die Delegation traf am 7. Jänner 1920 in Paris ein, wo ihr im Vorort Neuilly das Château de Madrid als Quartier zugewiesen wurde. Auch sie wurde - wie schon vorher die deutsche und österreichische Delegation - mit einem verletzenden Minimum an diplomatischer Höflichkeit empfangen und von der Umwelt weitgehend isoliert, bis ihr am 15. desselben Monats der Text der Friedensbedingungen, den die Alliierten auch hier schon Monate vorher untereinander ausgehandelt hatten, zugestellt wurde.

Obwohl man schon seit vielen Monaten wusste, wie die Friedensbedingungen im Großen und Ganzen aussehen würden, war man jetzt zutiefst erschüttert, bewahrheitete es sich doch, dass das einst stolze Reich der Stephanskronen etwa Zweidrittel seines seinerzeitigen Territoriums und die Hälfte seiner Bevölkerung vor 1914 an die Nachbarstaaten endgültig verlieren würde.

Als ein Teil der Delegation unter Führung Graf Apponyis mit dem Entwurf der Friedensbestimmungen, den man als „ein Dokument der Rache, des Hasses und des Unrechts“ bezeichnete, am 18. Jänner zur Berichterstattung in Budapest eintraf, trug die Hauptstadt Trauerflor und hatte alle Flaggen auf Halbmast gesetzt. Allerdings war man bei aller dramatisch zur Schau gestellten Trauer nicht ganz hoffnungslos, hatte es sich doch in den letzten Monaten immer wieder gezeigt, dass die Einigkeit der Siegermächte bei weitem nicht mehr so gegeben war, wie in den ersten Monaten nach dem Krieg. Und man war mit allen Mitteln bereit, jede sich nur bietende Gelegenheit zu nutzen, die geeignet war, Ungarn die drohenden Gebietsverluste zu ersparen. Zunächst hatte man auf die USA wegen ihres entschiedenen Eintretens für das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ große Hoffnungen gesetzt, doch dann musste man enttäuscht registrieren, dass diese seit dem Abgang von Präsident Wilson vom „europäischen Parkett“ deutlich an Einsatzkraft und Interesse verloren hatten. Frankreich stand nach wie vor hinter seinen „alten Freunden“ Tschechoslowakei, Polen, Rumänien und Jugoslawien. Allerdings - und dies war ein erster Hoffnungsschimmer - zeigten sich auch hier erste Unstimmigkeiten. So waren Polen und die Tschechoslowakei in der Frage von Österreichisch-Schlesien, ebenso wie Rumänien und der SHS-Staat über die Zugehörigkeit des Banats, ernsthaft aneinandergeraten, was Frankreichs Politik eines einheitlichen osteuropäischen Blocks unter französischer Führung ziemlich schwierig machte.<sup>400</sup> Erfreut hatte man in Budapest hingegen registriert, dass Großbritannien und Italien nach dem Sturz der Räterepublik deutlich ihre geschlossene Gegnerschaft Ungarn gegenüber abgebaut hatten.

Bei den Briten waren es - wie schon erwähnt - vor allem Wirtschaftskreise, die steigendes Interesse für den gesamten Donaauraum bis hinunter zum Schwarzen Meer an den Tag legten. Sie sahen nicht nur in Wien, sondern jetzt auch in Budapest geeignete Sprungbretter, um die bisherige wirtschaftliche Vormachtstellung Deutschlands, die vorerst schwer erschüttert war, durch eine englische zu ersetzen. Man musste sich beeilen, bevor die Franzosen voll in dieses Vakuum stießen.



Bild 74 und Bild 75: Die neuen ungarischen Banknoten 1920.

## Italien zwischen Wien und Budapest

Besonderes Interesse an Ungarn signalisierten auch die Italiener, die ebenfalls geopolitische Interessen im Donauraum hatten. Schon zur Zeit der Räterepublik war ihnen im Hinblick auf die zunehmende Macht Serbiens an einer Schwächung Ungarns nichts gelegen und so unterstützten sie heimlich diesen Staat auch mit Waffenlieferungen. Ziemlich offen demonstrierten sie ihre Sympathien für das bedrängte magyarische Volk dadurch, dass sie, im Gegensatz zu den meisten anderen Ententemächten, ihren Vertreter bei der Interalliierten Waffenstillstandskommission in Budapest, Oberstleutnant Guido Romanelli, auch während der Räterediktatur in Budapest beließen<sup>401</sup> und ebenso bei der Gegenregierung in Szeged einen Vertreter hatten. Nicht zuletzt zeigten sie ihre Hilfsbereitschaft auch dadurch, dass sie sich bei den Debatten in Paris - als in der ersten Juniwoche 1919 im „Rat der Fünf“ die Grenzziehung im westungarischen Raum erörtert wurde - mit Vehemenz an die Seite Ungarns stellten und an der Beibehaltung der alten Grenze von 1867 beharrten.<sup>402</sup>

Als die neue ungarische Regierung nach Konsolidierung ihrer inneren Verhältnisse im Dezember 1919 ihre außenpolitischen Fühler auszustrecken begann, reagierte Rom sofort und die italienischen Vertreter in Budapest, Vittorio Cerruti und General Ernesto Mombelli, betonten bei verschiedenen Gesprächen Möglichkeiten einer zukünftigen engen italienisch-ungarischen Zusammenarbeit.<sup>403</sup> Gleichzeitig erteilte Italien seine Zustimmung zur Ernennung des Grafen Albert Nemes zum „De-Facto“ Vertreter der ungarischen Regierung beim Quirinal<sup>A)</sup>. Die diplomatische Aktion, die Graf Nemes gleich nach seiner Ankunft in Rom einleitete, war dann auch für Ungarn von entscheidender Bedeutung, denn am 12. Februar 1920 hatte die ungarische Friedensdelegation ihre Gegenvorschläge in Paris vorgelegt und brauchte dringend Italiens Unterstützung, um diese in höchstmöglichem Ausmaß durchzubringen. Obwohl man in Rom abermals betonte, *„daß man eine enge Zusammenarbeit mit Ungarn wünsche, und die gegenseitigen Interessen intime Beziehungen zwischen beiden Staaten erforderten“*<sup>404</sup>, musste die italienische Politik - um sich voll und offen hinter Ungarn stellen zu können - zunächst noch einige diplomatische Hürden überspringen. Dabei war Italiens enge Bindung an Rumänien, das durch seinen Krieg und die nachfolgende Besetzung Ostungarns herzlich wenig Sympathien in Ungarn genoß, die höchste.

---

A) Der Quirinal-Palast in Rom war seit 1870 die Residenz des Königs von Italien. Da mit Ungarn erst nach Abschluss des Friedensvertrages volle diplomatische Beziehungen aufgenommen werden konnten, war vorläufig ein formeller Austausch von Botschaftern nicht möglich.

Mit Rumänien hatte Rom seit 1914 enge Kontakte, die sich während des Sommers 1919 noch verdichteten. Ministerpräsident Vittorio Orlando stützte damals Rumäniens Ansprüche auf Siebenbürgen, allein schon um damit zu unterstreichen, dass sowohl der Londoner Vertrag von 1915, als auch jener von Bukarest aus dem Jahre 1916 auch noch nach dem Krieg sakrosankt sein müssen. In beiden Verträgen hatte die Entente den damals noch neutralen Staaten große Gebietsversprechungen gemacht, um sie zum Kriegseintritt gegen die Mittelmächte zu bewegen. Rom ermutigte die Rumänen auch in dessen Konflikt mit dem SHS-Staat um Teile des Banats, um so einen weiteren Verbündeten im Rücken Jugoslawiens zu gewinnen und die Isolierung und Einkreisung dieses „neuen Feindstaates“ weiter voranzutreiben.<sup>405</sup> Trotz der Bindung an Rumänien glaubte Italiens Ministerpräsident Francesco Nitti, es riskieren zu können, Ungarns Forderungen bei den Verhandlungen in Paris zu unterstützen.

Die ungarische Delegation in Paris hatte innerhalb einer Woche nach Überreichung der ersten Fassung der Friedensbedingungen in Neuilly - also bis 20. Februar 1920 - nicht weniger als achtzehn Noten ausgearbeitet, die auf die alliierte Vorlage kritisch eingingen<sup>A)</sup>. Dem anfänglichen Versuch Frankreichs, diese teilweise schon bekannten Argumente samt und sonders ohne große Debatten abzuschmettern, trat Italien entschieden entgegen. Auch Lloyd George äußerte sich ähnlich und gab zu bedenken, dass eine allzu rücksichtslose Behandlung Ungarns, dieses kurz oder lang nur in die Arme Deutschlands oder Sowjetrusslands treiben würde. Die britisch-italienischen Interventionen erreichten schließlich, dass sich die Londoner Außenministerkonferenz doch noch mit den ungarischen Argumenten auseinandersetzte. Der Generalsekretär der ungarischen Friedensdelegation, Praznovszky, berichtete darüber am 7. März 1920: *„Wir haben nunmehr authentische Nachricht, dass Nitti in London zugunsten einer Revision der ungarischen Friedensbedingungen gesprochen hat, und es scheint, daß die englische Haltung nicht ungünstig ist. Es wäre von größter Bedeutung, wenn man die italienische Regierung dazu brächte, ihre Bemühungen in dieser Richtung fortzusetzen. Wenn einer oder zwei der Hauptalliierten sich die ungarische Sache zu eigen machen, so besteht eine leichte Hoffnung auf eine Besserung der Friedensbedingungen.“*<sup>406</sup> Allerdings zeigte es sich bald, dass Praznovszky die Lage viel zu optimistisch beurteilt hatte. Nitti erreichte in London, wo man zwischendurch verhandelte, nicht mehr, als dass man die ungarischen Gegenvorschläge ernsthaft prüfte und dann nochmals im Obersten Rat der Friedenskonferenz diskutierte.<sup>407</sup>

---

A) Mit der Burgenlandfrage beschäftigte sich die Note Nr. XV. in der man mit den auch bisher schon bekannten Argumenten alle historischen, wirtschaftlichen und ethnischen Argumente, mit denen Österreich seine Ansprüche auf das Land im Juni 1919 gestützt hatte, zu entkräften suchte.

Gerade in der für Ungarn besonders wichtigen Frage der gewaltigen Gebietsabtretungen war aber kaum mehr etwas zu machen. Die großen Entente-mächte waren durch seinerzeitige, manchmal allzu großzügige Versprechungen an ihre Verbündeten, ČSR, Rumänien und Serbien, gebunden, von denen diese natürlich nicht oder nur marginal abrücken wollten. Außerdem hielten diese Staaten die von ihnen beanspruchten Territorien bereits seit Monaten besetzt und wären kaum ohne militärischen Druck zur Räumung derselben zu bewegen gewesen. Das einzige umstrittene Gebiet, das noch unter ungarischer Hoheit stand, war Deutsch-Westungarn, aber dieses war Österreich durch den von allen Siegerstaaten unterzeichneten Vertrag von Saint-Germain zugesprochen. Jetzt - nur wenige Monate später - den Vertragstext zu ändern, hätte eine Kettenreaktion von Revisionswünschen auf anderen Gebieten ausgelöst. Vergeblich versuchte Nemes, Rom noch zu weiteren pro-ungarischen Aktionen zu überreden und für ein gegenseitiges Hilfsabkommen zu gewinnen.

Um Italiens Bedenken bezüglich einer möglichen Verstimmung des verbündeten Rumänien zu zerstreuen, war Budapest bereit, einen „hohen Preis“ zu bezahlen: Es erklärte sich bereit, trotz aller „Kränkungen“, die man im letzten Krieg von diesem Nachbarn erfahren hatte, zu versuchen, mit italienischer Vermittlung gute Beziehungen zu Bukarest anzuknüpfen und auf große Teile Siebenbürgens zu verzichten. Man war dazu bereit, da man glaubte, sich damit Italiens massive und verlässliche Hilfe zu sichern, die man möglicherweise bald dringend zu brauchen glaubte. Ungarn spielte nämlich in jenen Tagen mit dem tollkühnen Gedanken, den Friedensvertrag nicht zu unterzeichnen, wenn die ungarischen Gegenvorschläge in Paris nicht wenigstens teilweise angenommen werden würden<sup>408</sup>.

Dies traf tatsächlich kurz darauf ein, als schon wenige Tage später, am 13. März, Nemes aus Rom berichtete: *„Nach Meldungen aus London hat der Oberste Rat beschlossen, den Friedensvertrag mit Ungarn nicht abzuändern ...Ich habe erfahren, daß Lloyd George die Vorschläge Nittis unterstützt habe, während Frankreich sich in Anbetracht seiner Verpflichtungen gegenüber den Tschechen und Jugoslawen mit größter Energie entgegengestemmt hat. Nitti hat an Scialoja<sup>A)</sup> Weisung gegeben, die ungarischen Ansprüche weiter gegen Tschechen und Jugoslawen zu unterstützen. Rumänien gegenüber ist Italien durch gewisse Verpflichtungen gebunden.“*<sup>409</sup>

In Budapest war man verzweifelt. Man überlegte ernsthaft, ob man es riskieren könnte, den Friedensvertrag nicht zu unterzeichnen. Außenminister Somssich ersuchte seine diplomatische Vertretung in Rom, die Chancen und Auswirkungen einer solchen Weigerung zu sondieren und eventuell Italiens Rückendeckung für

---

A) Vittorio Scialoja. Außenminister im Kabinett Nitti (23. Juni 1919 – 9. Juni 1920).



**Bild 76:** Ungarisches Plakat mit dem Protestruf: „Nein, nein, niemals!“ 1920.

solch einen Schritt zu erlangen. In dem Schreiben hieß es: „...Natürlich würden wir damit einer Entscheidung von großer Tragweite gegenüberstehen, da unsere Weigerung, den Vertrag zu unterzeichnen, katastrophale Folgen für uns haben kann. Es wäre daher von größtem Interesse, authentische Informationen darüber zu erhalten, was die Hauptalliierten, im Falle unserer Weigerung zu unterzeichnen, selbst unternehmen würden. Vielleicht könnte man durch Cerruti oder Nemes die italienische Regierung um sehr vertrauliche Aufklärung bitten, ob in diesem Fall Tschechen, Rumänen und Serben ermächtigt sein würden, Ungarn zu besetzen, bzw. ob zu befürchten steht, daß sie dies ohne eine derartige Ermächtigung tun würden.“<sup>410</sup> Die Antwort, die Graf Nemes vom Staatssekretär im italienischen Außenministerium, Graf Carlo Sforza, erhielt, war enttäuschend und ließ den Ungarn wenig Hoffnungen: Zwar würde sich Italien im Alliierten Rat jeder militärischen Aktion gegen Ungarn widersetzen, doch wäre eine Besetzung Ungarns durch seine Nachbarn auch ohne Ermächtigung der Großmächte möglich. Sforza beurteilte die Lage als gefährlich und riet Ungarn zum Einlenken. Er versprach aber, dass Außenminister Scialoja, den Weisungen Nittis gemäß, nochmals versuchen werde, Prüfung und Abänderung der Friedensbedingungen für Ungarn zu erreichen<sup>411</sup>.

Doch schon tauchten Schwierigkeiten auf, die Roms weitere Hilfestellung für Ungarn sehr schwierig, ja unmöglich machten: Rumänien war über Italiens Einsatz, Ungarns Gegenäußerungen in Paris zu unterstützen, mehr als unangenehm berührt. Man protestierte beim Quirinal „in aller Form“ gegen diesen „unfreundlichen Schritt“ einem treuen Verbündeten gegenüber.

Auch Österreich, das in der italienischen Donauraumpolitik ein wichtiger Baustein war und sowohl eine Brücke zu Ungarn, als auch einen Sperrriegel zwischen der Tschechoslowakei und Jugoslawien bilden sollte, drohte nach dem Besuch Renners in Prag - wie oben erwähnt - in ein tschechoslowakisch-jugoslawisches Bündnis hineinzugleiten. Obwohl Renner nach seiner Rückkehr aus Prag dem italienischen Geschäftsträger in Wien, Augusto Biancheri, versichert hatte, dass die dort geschlossenen Vereinbarungen nicht im Entferntesten eine Neuauflage des „slawischen Korridors“ bedeuteten, blieb man in Rom besorgt, zumal auch Gerüchte über tschechische Truppenkonzentrationen im Raum Pressburg aufgetaucht waren.<sup>412</sup> Der italienische Gesandte in Wien, Marchese Pietro Tomasi della Torretta<sup>A)</sup>, wurde eilends aus seinem Weihnachtsurlaub nach Wien beordert, um am Ballhausplatz verlässliche Informationen zu bekommen, und Österreich nach Möglichkeit endgültig und fest an Italien zu binden.

---

A) Marchese Pietro Tomasi della Torretta dei principi di Lampedusa

Die Gespräche, die Torretta in Wien führte, beruhigten Rom zumal Renner dem italienischen Gesandten zu dessen größtem Erstaunen sogar Einblick in den Prager Geheimvertrag gewährte und zugleich bemerkte, dass Österreich ähnlich wie in Kärnten auch in der Burgenlandfrage ein stärkeres Engagement Italiens - unter Umständen sogar die Entsendung italienischer Truppen - äußerst begrüßen würde<sup>A)</sup>. Dem Gesandten gelang es offensichtlich binnen kurzer Zeit an entscheidender Stelle zu deponieren, dass man diese Haltung Renners nützen müsse und es an der Zeit wäre, mit Österreich auf höchster Ebene näher ins Gespräch zu kommen. Da Italien - so argumentierte er - mit diesem Schritt die erste Siegermacht wäre, die auf gleicher Ebene mit einem der Besiegten verhandelt, würde dieser Schritt weit über den Anlass von symbolischer Bedeutung sein.

## **Renners Oster-Besuch in Rom (7. - 15. April 1920).**

Wahrscheinlich war es Torrettas Einfluss zu verdanken, dass bereits am 30. März 1920 eine offizielle Einladung des italienischen Ministerpräsidenten am Ballhausplatz einlangte, die Staatskanzler Renner für die Pfingstfeiertage nach Rom bat, „*um friedliche Beziehungen aufzunehmen und die aus dem Friedensvertrag sich ergebenden Durchführungsmaßnahmen gemeinsam zu beraten*“ Aber schon am nächsten Tag erschien Torretta erneut bei Renner - er fuhr diesem sogar bis Gloggnitz nach und brachte die überraschende Bitte Nittis, Renner möge sofort nach Rom kommen, damit der Besuch in Rom noch vor der Konferenz der europäischen Siegermächte, die am 18. April in San Remo beginnen sollte, stattfinden. Mit dem Hinweis, dass man noch völlig unvorbereitet sei, eine Reise von solcher Tragweite zu unternehmen, versuchte Renner den Reiseternin hinauszuschieben, doch gewann ihn schließlich Torretta mit dem Hinweis, dass eine österreichisch-italienische Vereinbarung zur Absicherung des Friedensvertrages von Saint-Germain noch vor San Remo von entscheidendem Vorteil sein könnte. Angesichts der problematischen Entwicklung gerade in

---

A) Torretta war über diesen ungewöhnlichen Vertrauensbeweis des Kanzlers höchst überrascht und bezeichnete ihn als "unüberbietbaren Beweis der Freundschaft und Ehrlichkeit gegenüber Italien". Ausdrücklich bat der Gesandte seinen Außenminister, diesen ungewöhnlichen Schritt des Kanzlers zu würdigen und ja als Geheimnis zu bewahren. (Historisches Archiv des italienischen Außenministeriums [Archivio Storico Diplomatico del Ministero degli Affari Esteri], Rom. N. 64/223 Austria. Pacco 840. Zit. nach Lindeck-Pozza, Irmtraud: Vom Vertrag von Saint-Germain bis zur Machtergreifung des Faschismus. In: Innsbruck Venedig. (Veröffentlichungen der Kommission für Geschichte Österreichs. Bd. 6)

Deutsch-Westungarn - diesem Aspekt musste Renner zustimmen - wäre eine formelle Zusage Italiens, „den in Saint-Germain festgelegten territorialen Besitzstand Österreichs“ zu garantieren, von beträchtlichem Wert und könnte in San Remo ihre Wirkung auf die anderen Siegermächte nicht verfehlen. Auf die ausdrückliche Frage, ob damit auch das Burgenland gemeint sei, antwortete Torretta: „Auch das, jedoch nicht mit ausdrücklicher Hervorhebung, weil darin eine Spitze gegen Ungarn erblickt werden könne. *Implicite wäre dieses Land in der Formel Saint-Germain inbegriffen.*“<sup>413</sup> So sammelte Renner „Hals über Kopf, was an Staatssekretären und leitenden Beamten trotz des Osterurlaubes zur Stelle zu schaffen war, und fuhr nach Rom.“<sup>414</sup>

Der Besuch dauerte vom 7. bis 15. April 1920 und verlief in einer sehr gelösten und freundschaftlichen Atmosphäre. Nitti schrieb später: „...kein Wort fiel, das an den Haß der Vergangenheit, an den alten Zorn erinnert hätte; man sprach nur von Wiederaufbau, von der Notwendigkeit, neue Lebensadern aufzufinden und neue Richtlinien für den Handel aufzustellen. Die italienische Regierung kam, wo sie nur konnte, der österreichischen Regierung zu Hilfe. Wenn ich so handelte, fühlte ich, daß ich mehr für die Größe meines Vaterlandes leistete als mit jeder törichten Verfolgung.“<sup>415</sup> Die österreichische Delegation wurde von König Vittorio Emanuele III. empfangen, es kam zu einer feierlichen Audienz bei Papst Benedikt XV. und zwischendurch traf Renner dreimal mit Nitti zu ausführlichen Gesprächen zusammen. Die Verhandlungen brachten - dies stand im Vordergrund der Medienberichterstattung - große wirtschaftliche Erleichterungen bzw. Vorteile für Österreich, die von Lebensmittellieferungen über Abmachungen in den Bereichen Handel und Verkehr bis zur Gewähren von ansehnlichen Krediten reichten. Wesentlich für die Zukunft Österreichs - und damit auch des Burgenlandes - waren aber vor allem die politischen Bestimmungen eines am 12. April unterzeichneten Geheimvertrages. Dieses „Renner-Nitti-Abkommen“, das 15 Punkte umfasste, brachte eine angesichts der nach wie vor in Österreich herrschenden anti-italienischen öffentlichen Meinung als sensationell zu bezeichnende enge Zusammenarbeit der beiden Staaten. Der sicherlich erstaunlichste Punkt war jener, in dem sich die österreichische Seite verpflichtete, „die italienische Regierung über die politischen und wirtschaftlichen Verhandlungen am laufenden zu halten, die sie in Zukunft mit anderen Regierungen führen wird.“<sup>416</sup>

Das Burgenland betrafen - wie Torretta schon angekündigt hatte, ohne ausdrückliche Nennung des Gebietes - die Punkte 4 und 8 der vertraulichen Abmachung, in denen Italien versprach, Österreich „seine diplomatische Unterstützung zu gewähren hinsichtlich der Integrität des der Republik Österreich durch den Vertrag von St. Germain zugesprochenen Territoriums“ und sich „im Fall, daß



**Bild 76:** Plakat mit dem Aufruf zur Verteidigung des Vaterlandes: „Vorwärts!“ 1920. (gedruckt in Ödenburg)

*Italien oder Österreich von einer dritten Macht angegriffen wird...[sich] beide Staaten diplomatische und politische Unterstützung gewähren."*

Damit hatte sich Italiens Haltung in der Burgenlandfrage ganz deutlich zu Gunsten Österreichs verändert. Die Gründe für diesen Sinneswandel lagen darin, dass man in Rom inzwischen eingesehen hatte, dass ein Nachgeben in der west-ungarischen Frage ein Präzedenzfall für weitere Revisionsforderungen geworden wäre und damit das gesamte Friedenswerk von Paris in Frage gestellt hätte. Zudem war Nittis pro-ungarischer Kurs zunehmender Kritik in der italienischen Öffentlichkeit ausgesetzt, denn während die nationalistischen Rechtsparteien Ungarn wegen dessen Rückkehr zur Monarchie und damit einer nicht auszuschließenden Rückkehr der Habsburger auf den Thron misstrauten, wandten sich die Sozialisten, die neben der Katholischen Volkspartei (Partito Popolare Italiano) die zweite Stütze der Regierung bildeten, zunehmend gegen die Annäherung an einen Staat in dem der „weiße Terror“ Sozialisten und Gewerkschaften verfolgte. Da auch im Außenministerium Nittis bisherige Politik einer steigenden Gegnerschaft - so auch von Seiten Sforzas - begegnete, sah sich der Regierungschef gezwungen, seinen pro-ungarischen Kurs zu mäßigen und teilweise aufzugeben<sup>417</sup>.

Obwohl den Ungarn der genaue Inhalt des Geheimabkommens von Rom unbekannt blieb, war man über die positiven Pressemeldungen die in beiden Staaten erschienen, beunruhigt. Der ungarische Gesandte glaubte auch nicht Sforzas Versicherungen, dass Nitti und Renner die Burgenlandfrage kaum erwähnt hätten. Die Bemerkung ließ aufhorchen, dass Italien angesichts der eigenen starren Haltung in der Südtirolfrage Österreich nur schwer einen Verzicht auf das Burgenland nahelegen könnte, das ihm durch denselben Friedensvertrag zugesprochen worden war<sup>418</sup>. Im April 1920 musste Budapest immer deutlicher erkennen, dass es zumindest in der Burgenlandfrage kaum mehr mit wirksamer Hilfe Italiens rechnen konnte, auch wenn Ministerpräsident Nitti und Außenminister Scialoja in den meisten anderen Fragen nach wie vor Ungarn zur Seite standen.

Um die Friedensverhandlungen mit Ungarn voranzutreiben, entschied die Botschafterkonferenz sich nicht in Details zu verlieren und „baute“ jene „goldene Brücke“, die zumindest nach ungarischer Lesart vielleicht doch noch zu Änderungen in der Grenzfrage führen konnte: In der sogenannten „Mantelnote“ (Lettre d'envoi) des Friedensvertrages von Trianon, die der französische Ministerpräsident, Alexandre Etienne Millerand, in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Friedenskonferenz unterschrieben hatte und die deswegen im allgemeinen Sprachgebrauch als „Millerand'sche Mantelnote“ bezeichnet wurde, wurde ein Passus aufgenommen, der unter gewissen Umständen spätere Änderungen von im Friedensvertrag gezogenen - Grenzen ermöglichen sollte. Das



**Bild 77:** Schloß Grand Trianon im Park von Versailles. Unterzeichnungsort des Friedensvertrages mit Ungarn am 4. Juni 1920.

Schreiben räumte nämlich ein, dass es trotz aller gründlichen Bemühungen der Kommissionen da und dort nicht möglich gewesen sei, alle „ethnischen und wirtschaftlichen“ Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Um „mögliche Ungerechtigkeiten“ zu korrigieren, könnten eigene Grenzkommissionen nach genaueren Untersuchungen an Ort und Stelle Veränderungen des Grenzverlaufs vorschlagen, die dann zur endgültigen Entscheidung dem Völkerbund vorgelegt werden sollten<sup>A)</sup>. Diese „etwas vagen, ja nebulosen“ Aussagen wurden der Ansatz, der Ungarns Hoffnungen auf Grenzrevisionen in größerem Ausmaß auch in Westungarn hochschnellen ließ und einige Male den Anschluss des Burgenlandes an Österreich gefährden sollte.

---

A) „1. Frontier delimitation commissions may appeal to the League of Nations for the rectification of unjust boundaries;...3. in general, the League is indicated as the agency which can appropriately modify the situation created by the peace treaty when conditions change.“ FRH. 1. Nr. 261 (Praznovszky to Teleki, Code telegram, Versailles, 6. 5. 1920)

Obwohl die Botschafterkonferenz (Conference of Ambassadors)<sup>A)</sup> - wohl in Vorahnung der bald einsetzenden Probleme - schon am 3. Juni 1920 die Kompetenz der „Grenzkommissionen“ dahingehend präzisierte, dass die von ihnen vorgeschlagenen Grenzen auf keinen Fall „die Prinzipien des Friedensvertrages“ ändern dürften, war Budapest wild entschlossen, alle nur denkbaren Möglichkeiten zu nützen, um Revisionen der „schmachvollen Bestimmungen von Trianon“ zu erreichen. Da französische Kreise inoffiziell versprachen, „hilfreich zur Seite zu stehen“, glaubte man durchaus, alle Bedenken zur Seite schieben zu können.

## **Die Unterzeichnung des Friedensvertrages von Trianon am 4. Juni 1920**

Obwohl die endgültigen Friedensbestimmungen, die am 6. Mai 1920 überreicht wurden, im Vergleich zum Erstentwurf nur unwesentliche Verbesserungen für Ungarn brachten, unterzeichnete Ungarn nicht zuletzt im Vertrauen auf die „Mantelnote“ - am 4. Juni 1920 in dem im Park von Versailles gelegenen Schloss Grand Trianon doch noch den Friedensvertrag. Aus Protest über die „unakzeptablen“ Bestimmungen hatten Graf Albert Apponyi und die gesamte ungarische Delegation noch vor Unterzeichnung des Vertrages Paris verlassen. Sie trat am 19. Mai geschlossen von ihrem Amt zurück. In ganz Ungarn gab es Protestdemonstrationen, so auch in Ödenburg am 30. Mai, wo angeblich über zehntausend Menschen zusammengekommen waren und zahlreiche Redner aus allen Teilen Deutsch-Westungarns auftraten, deren einhelliger Tenor war: *„Wir wollen in Frieden und Eintracht mit Österreich leben, aber Österreicher werden wir nie!“*.<sup>419</sup> Budapest entsandte demonstrativ - dies sollte ein Zeichen stolzen Protestes sein - den relativ unbedeutenden Minister für Arbeitswesen und für Volkswohlfahrt, August Benárd, nach Versailles, der dann gemeinsam mit dem Gesandten in Paris, Alfred Drasche-Lázár, das Vertragsdokument unterschrieb.

Ungarn musste nun die ganze Slowakei - von der March im Westen bis zum Quellgebiet der Theiß - abtreten, wobei die Grenze im Süden teilweise bis an den Hauptarm der Donau gerückt wurde und die Städte Pressburg und Komorn verloren gingen. An Rumänien verlor man ganz Siebenbürgen mit dem Székler-Gebiet und dem westlich angrenzenden Tiefland sowie den größten Teil des Banats. Der Rest des Banats, die Batschka, der südliche Teil des Donau-Theiß-

---

A) Nach Abreise der Staatspräsidenten und Außenminister der Siegermächte aus Paris wurde dieses Gremium die oberste Instanz der Friedensverhandlungen.

Tieflandes, Kroatien und Slawonien gingen an das SHS-Königreich. Der Punkt, der die ungarische Westgrenze betraf, war eine wortgetreue Wiederholung der entsprechenden Bestimmungen des Friedensvertrages von Saint-Germain, womit das Burgenland – damals noch einschließlich Ödenburgs – endgültig an Österreich kommen sollte. Durch die territorialen Bestimmungen des Vertrages verringerte sich die Bevölkerung Ungarns von 21 Millionen (1914) auf 7,6 Millionen. Drei Millionen Magyaren – vorwiegend in der Slowakei, in den Theißgebieten und in Siebenbürgen – gerieten unter fremde Herrschaft.

Ab nun wehten Ungarns Flaggen als Zeichen der nationalen Trauer nur mehr auf Halbmast. Enttäuschung und Wut über das Ausmaß der Opfer, die Ungarn leisten musste, erfasste alle Bevölkerungskreise. Sowohl die Regierung als auch ein Großteil der Bevölkerung konnte sich nicht mit dem „Diktat von Trianon“ abfinden und zelebrierten umso mehr das historische Bewusstsein der tausendjährigen Geschichte des Stephansreiches, des heldenhaften Kampfes der Magyaren für ein christliches Europa und der von den Ungarn mit „ihrer überlegenen Zivilisation und Kultur“ zu erfüllenden Mission. Eruptiv erfasste ein überschwenglicher Patriotismus alle Bevölkerungsschichten, der eine Revision des Friedensvertrages und die Rückgabe der an die verachteten Nachbarn verlorenen Gebiete forderte. Es gab kaum eine öffentliche Veranstaltung, in der nicht in feierlichen Reden dieses heilige Recht beschworen wurde, und jedes Volksschulkind – zunächst auch im Burgenland<sup>420</sup> – betete unter Anleitung seines Lehrers täglich vor Beginn und nach Ende des Unterrichts folgendes Gebet:

*”Hiszek egy Istenben,  
Hiszek egy hazában,  
Hiszek egy isteni örök igazságban,  
Hiszek Magyarország feltámadásában!  
Ámen!”*

*[”Ich glaube an einen Gott,  
Ich glaube an ein Vaterland,  
Ich glaube an eine ewig  
göttliche Wahrheit,  
Ich glaube an die Auferstehung  
Ungarns!”]*

## **Ungarns Annäherung an Frankreich**

Wie erwähnt, war es um die Jahreswende 1919/20 Budapest gelungen, auch mit Frankreich ins Gespräch zu kommen. Frankreich genoss in Ungarn traditionell große Sympathien, die sich allerdings durch die Ereignisse am Ende des Ersten Weltkrieges radikal abkühlten, als diese Siegermacht die „maßlosen Forderungen“ der Tschechen, Rumänen und Serben nach „heiligem ungarischen Boden“ uneingeschränkt unterstützte. Die Politik Clemenceaus, der unverrück-

bar „seine slawischen und rumänischen Verbündeten“ unterstützte und in den Augen vieler der eigentliche Schmied der harten Friedensbedingungen von Paris war, änderte dabei kaum etwas. Er war nicht gewillt, auch nur ein Jota von den Bestimmungen der bereits geschlossenen Verträge bzw. den internen Abmachungen aus der Zeit der Pariser Vorgespräche abzuweichen. Da kam es im Jänner 1920 zum Sturz der Regierung Clemenceau: Die Wahlen in die französische Kammer am 16. November 1919 hatten einen überwältigenden Sieg der im „Bloc national“ vereinigten Rechts- und Mittelparteien ergeben, und als nun die Amtsperiode des Staatspräsidenten Raymond Poincarés zu Ende ging, wählte diese Mehrheit am 17. Jänner 1920 nicht Clemenceau, sondern Paul Deschanel zum Präsidenten der Republik. Die Leitung der Regierung sowie das Außenamt übernahm Alexandre Millerand, der damit automatisch auch zum Vorsitzenden der Pariser Friedenskonferenz wurde. Die neue Regierung, für die ebenfalls die Errichtung des „Cordon sanitaire“ eine unverrückbare Maxime der Sicherheit Europas war, sah sich durch die Ereignisse im Osten, wo die Sowjetmacht immer mächtiger wurde, plötzlich vor neuen Gefahren. Gefahren, die die bisherige Politik überdenken ließen, und nun Ungarn, das gerade den Bolschewismus überwunden hatte, in neuem Licht erscheinen ließen. Der entscheidende Mann dieser neuen Politik war nicht Außenminister Millerand selbst, sondern der Generalsekretär im französischen Außenamt, Georges Maurice Paléologue. Dieser war 1914–1917 französischer Botschafter am Zarenhof in St. Petersburg gewesen. Er hatte die russische Revolution 1917 hautnah miterlebt und war seither ein fanatischer Kämpfer gegen den Bolschewismus bzw. alle kommunistischen Bewegungen. Der Verlauf des russisch-polnischen Krieges – auf den noch zurückzukommen sein wird – ließ in ihm die Überzeugung reifen, dass nur ein politisches und militärisches Bündnis der rechtsgerichteten Regime in Polen, Rumänien und eben auch Ungarn, die ja die äußere Front gegen die kommunistische Bedrohung aus dem Osten bildeten, Sowjetrussland stoppen könnte. Darin war er sich mit führenden Militärs der Entente einig, dass Ungarns Streitkräfte vielleicht schon bald notwendig werden würden, um den Vormarsch der Roten Armee nach Westen zu stoppen.

Die stille Annäherung Frankreichs an Ungarn war inzwischen – sozusagen „auf privater Ebene“ – eingeleitet worden. In Paris waren einflussreiche Kreise – meist aus dem konservativen und royalistischen Lager – nach dem Sturz der Räterepublik gerne bereit, die unterbrochenen guten Beziehungen zu gewissen frankophilen Adelskreisen, die noch auf die Zeit um die Jahrhundertwende zurückgingen und 1918 kurz aufgeflammt waren, wieder aufzunehmen. Sie hätten ein Ungarn, das zu seinen „alten Idealen“ zurückgekehrt war, gerne in die von ihnen geplante, französisch orientierte „Donaukonföderation“ eingefügt.<sup>421</sup> Dies konnte nicht nur wirtschaftliche Vorteile bringen, sondern auch das noch fehlende

Baustück im „cordon sanitaire“ bilden, den Paris mit viel Mühe sowohl gegen das bolschewistische Russland, als auch gegen Deutschlands wirtschaftlichen Drang nach Osten bastelte. Nicht so ganz zu Unrecht glaubte man, befürchten zu müssen, dass die Nachfolgestaaten Österreich-Ungarn mit ihren nationalen, sozialen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten bald unter deutschen Einfluss geraten würden. Das Beispiel Österreichs, an dessen selbstständigen Fortbestand keiner recht glauben wollte und dessen Anschluss an Deutschland man in Saint-Germain gerade noch verhindert hatte, zeigte deutlich diese Gefahr.

Den Anfang der ungarisch-französischen Gespräche machten verschiedene private Kontakte, von denen sich bald jene des ungarischen Geschäftsmannes Károly Halmos mit wichtigen Vertretern der französischen Industrie und Hochfinanz, wie Graf Armand de Saint-Sauveur, Direktor des Rüstungskonzerns Schneider-Creusot, oder Louis Loucher, Minister für Industriellen Wiederaufbau, als besonders erfolgreich erwiesen. Ursprüngliches Ziel dieser Gespräche waren Wirtschaftskontakte, die das neue ungarische Regime suchte, um der durch Krieg und kommunistische Abenteuerpolitik schwer zerrütteten Wirtschaft durch Auslandskredite auf die Beine zu helfen. Um die englische Konkurrenz auszuschalten, waren die erwähnten französischen Wirtschaftskreise bereit, ihren Einfluss zugunsten Budapests auch bei politischen und territorialen Fragen in die Waagschale zu werfen. Möglicherweise wurden hier bereits Pläne erörtert, von denen die Londoner „The Times“ bereits am 23. Februar 1920 ohne Angabe ihrer Quelle berichtete. Die Meldung besagte, dass es Gespräche zwischen Ungarn und einer „Alliierten Macht“ gegeben habe, bei denen Ungarn versprach, eine Armee von 100.000 Mann gegen Sowjetrußland bereit zu stellen, wobei als Gegenleistung eine politische Unterstützung für Ungarns Forderung nach Volksabstimmungen in der Slowakei, in Siebenbürgen, in Süd- und in Westungarn versprochen wurden. Das Ergebnis dieser Abstimmungen sollte zumindest die Städte Pressburg und Kaschau (Košice), Großwardein (Oradea) und Temeschwar (Timisoara) und Ödenburg bei Ungarn belassen.

Halmos vermittelte noch während der Friedensverhandlungen ein Gespräch in Paris zwischen Paléologue und dem Sekretär der ungarischen Friedensdelegation in Paris, Graf Imre Csáky, die sich noch von ihrer Diplomatenätigkeit in St. Petersburg her flüchtig kannten. Diese Gespräche dürften dann bewirkt haben, dass Halmos um die Mitte des Monats März persönlich von Reichsverweser Horthy empfangen wurde, um die in Paris sich anbahnenden Möglichkeiten weiterzuführen. Horthy, der schon im Oktober 1919 den Briten - allerdings ohne greifbares Echo - angeboten hatte, militärisch bei der alliierten Intervention gegen Sowjetrußland mitzuwirken und die „weißen“ Truppen in der Ukraine mit einem Expeditionskorps zu unterstützen, sah nun erneut die Chance, sich den

Westmächten zu nähern, zumal die militärische Entwicklung im Osten für Polen, einen der wichtigsten Verbündeten Frankreichs, immer bedrohlicher wurde. Ab Mitte Mai verdichteten sich die Gespräche, wobei auch Außenminister Graf Pál Teleki und Graf Imre Csáky in die Geheimverhandlungen einbezogen wurden.

## **Der polnisch-sowjetische Krieg und das Burgenland**

Während sich die Alliierten und assoziierten Mächte bemühten, in den Pariser Friedensverträgen die Grenzen in Mitteleuropa neu zu ziehen, blieben die Grenzen im Osten Europas - auf dem Territorium des ehemaligen Zarenreiches - vollkommen ungeklärt. Alle Versuche, hier mit friedlichen Mitteln zu Ergebnissen zu kommen, hielten nicht lange und mündeten in kriegerischen Auseinandersetzungen. Als Russland 1919/20 durch schwere Bürgerkriege erschüttert wurde, sah Polen eine Chance, seine Grenze weit nach Osten vorzuschieben. Polnische Verbände drangen in Litauen, Weißrussland und in die Ukraine ein und gelangten im Frühjahr 1920 bis Dünaburg, Gomel und Kiew. Dieser Vorstoß löste eine erstaunliche Reaktion aus: eine Welle von Patriotismus erfasste ganz Russland, ohne Ansehen der Partei. Sogar der letzte Oberbefehlshaber des Zarenreiches, General Brussilow, erließ einen Aufruf an alle ehemaligen Offiziere, der sie aufforderte, sich der Roten Armee zum Kampf gegen die polnische Aggression zur Verfügung zu stellen. Vom Schwung nationaler Begeisterung getragen, gelang Anfang Juni den russischen Truppen der Gegenschlag. Die Sowjets drangen innerhalb eines Monats tief nach Polen ein und erreichten unter den Generälen Tuchatschewski und Budjennyi noch im Juli 1920 Bialystok, im Süden Lemberg, im Norden Wilna und die ostpreußische Grenze. Zum ersten Male stand die Rote Armee der neuen Sowjetmacht vor den Toren Mitteleuropas. Noch waren die letzten Friedensschlüsse in Paris nicht unterschrieben, als den Alliierten alles Erreichte wieder gefährdet schien, wenn die sowjetischen Truppen weiter nach Westen vorstießen. Besonders Frankreich war schwer betroffen. Sein Schützling Polen, das man dringend brauchte, um Deutschland in Schach zu halten, schien dem Untergang nahe, und Frankreich, das im Krieg noch 25 Bundesgenossen gehabt hatte, stand allein da, um Polen zu helfen. Die amerikanischen Truppen waren aus Europa längst zurückgezogen worden, Italien und Großbritannien zeigten sich zu militärischen Unternehmungen in Osteuropa nicht mehr bereit. Sogar Frankreichs zweiter Schützling, die ČSR, war aus innenpolitischen Gründen und wegen seines eigenen Grenzkonfliktes mit Polen, nicht bereit, sich zur Rettung polnischen Gebietes an Aktionen gegen die Sowjetregierung zu beteiligen, mit deren Außenkommissar Tschitscherin Außenminister Beneš gerade

im April 1920 Wirtschaftsverhandlungen führte. Selbst Frankreich sah sich vor großen innenpolitischen Schwierigkeiten, eigene Truppen für einen Einsatz in Ostpolen zu mobilisieren.

Ungarn verfolgte diese Ereignisse genauestens und erkannte seine Chance, sich unter Ausnützung der prekären Situation Polens und Frankreichs den Alliierten zu nähern und vielleicht sogar unentbehrlich zu machen. Schon im Jänner 1920, als nicht das geringste Zeichen eine polnische Katastrophe ahnen ließ, bot Budapest Polen seine Hilfe an, „denn“, so schrieb Außenminister Somssich an den ungarischen Vertreter in Warschau, „*Polen kann unserer Sache einen großen Dienst erweisen, wenn es in Paris den Wunsch äußert, dass Ungarn an der geplanten Aktion gegen die bolschewistische Drohung teilnimmt Ungarns aktive Teilnahme an einer Front gegen die drohende bolschewistische Gefahr wird sich als unerlässlich erweisen*“.<sup>422</sup> Schon wenige Monate später war es dann auch so weit. Mit jedem Kilometer, den die sowjetischen Armeen tiefer in Polen eindringen, erwies sich Ungarns Hilfe bei der Abwehr der Russen als notwendiger. Polen bat in Ungarn um Hilfe und bald kam es auch zwischen dem französischen General Franchet d'Espèray und ungarischen Militärs zu Verhandlungen über eine ungarische Kriegsbeteiligung, die später durch Marschall Foch und dessen Generalstabschef, General Maxime Weygand, fortgesetzt wurden.<sup>423</sup>

Die über diese wirtschaftlichen und militärischen Kanäle geführten Gespräche brachten bald halboffizielle und offizielle politische Verhandlungen in Gang, die für Ungarn voll Hoffnung schienen. Um territoriale Zugeständnisse zu erlangen, war Budapest bereit, Frankreich großzügige wirtschaftliche Vorteile zu gewähren: Die Verpachtung der Ungarischen Staatsbahnen, Konzessionen zum Ausbau eines Freihafens in Csepel und die Einbeziehung eines französischen Konsortiums in die Leitung der Ungarischen Allgemeinen Kreditbank. Dieses Konsortium (Union européenne industrielle et financière, Credit Lyonnais, Banque des Paris et des Pays Bas und das Comptoire national d'escompte) sollte Budapest zum stärksten Bankenzentrum im Donauraum machen.<sup>424</sup>

Allerdings hütete sich Paris zunächst, Ungarn die Rückgabe von bestimmten Gebieten konkret zu versprechen, waren doch die Friedensbedingungen zum Zeitpunkt der Gespräche bereits bis ins Detail festgelegt und die Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien erklärten in einem gemeinsamen Memorandum, dass sie jede Änderung der im Jahre 1919 festgesetzten Grenzen als Verrat ansehen würden<sup>425</sup>. Selbst Paléologue konnte Ungarn nur raten, möglichst bald den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Einer der informiertesten Kenner dieser Verhandlungen, Gustav Gratz, schrieb später: „*Bei diesen Gesprächen verwies Paléologue vom ersten Moment darauf, daß die Voraussetzung jedweder*

*Modifizierung des damals noch nicht unterzeichneten Friedensvertrages sei, daß sich Ungarn und seine Nachbarn gegenseitig darüber einigten. Die Erfüllung der ungarischen Wünsche nach Abänderung der Grenzen halte er nicht für unmöglich, aber er stelle sich das so vor, daß sich Ungarn darüber mit jedem seiner Nachbarn gesondert einigen müsse...Frankreich würde dabei die Rolle des Vermittlers übernehmen.“* Ungarn musste sich so zunächst mit der vagen Aussage der „Millerand’schen Mantelnote“ zufrieden geben und schließlich den Friedensvertrag unterschreiben.

Interessant ist es, dass sich – wie Prinz Alfred Windischgraetz, der Vertraute Kaiser Karls, berichtete – auch der exilierte Herrscher in diese Verhandlungen einschaltete. Durch seinen Schwager, Prinz Sixtus von Bourbon-Parma, und den Geschäftsmann Marc Henri hatte Karl Verbindung zum ehemaligen Ministerpräsidenten Aristide Briand, der in der französischen Politik nach wie vor sehr einflussreich war. Er dürfte – so Windischgraetz durch diese Verbindung wesentlich zu der für Ungarn positiven Haltung der Millerand’schen Mantelnote beigetragen haben<sup>426</sup>.

Bis zur Unterzeichnung des Vertrages von Trianon war die Burgenlandfrage – natürlich abgesehen von den direkten österreichisch-ungarischen Verhandlungen – nie als Einzelproblem behandelt worden, sondern war ein Teil im Block der Friedensbestimmungen, die die Alliierten in Paris Ungarn auferlegten. Jetzt aber, wo es um die Ratifizierung der einzelnen Teilbestimmungen ging, wurde das Burgenlandproblem isoliert zum Gegenstand heftigen Ringens. Schon wenige Tage nach dem 4. Juni warf Ungarn, im Vertrauen auf Frankreichs Zusagen in der Mantelnote Millerands, die Frage der deutschwestungarischen Gebiete in Paris auf. Frankreich war - wie versprochen - bereit zu helfen. Beruhigend versicherte der französische Diplomat und Referent für ungarische Angelegenheiten am Quai d’Orsay, Jules de Laroche, seinen ungarischen Gesprächspartnern, dass man eine Abtretung des Burgenlandes nicht erzwingen, ja sich mit allen Mitteln einer solchen Aktion vor der Ratifizierung des Vertrages von Trianon durch Ungarn widersetzen würde<sup>427</sup>. Dass dies kein leeres Versprechen war, zeigte sich am 20. Juli 1920, als es auf französisches Betreiben zu einer Note der Botschafterkonferenz an die österreichische Friedensdelegation kam, in der der Wunsch zum Ausdruck gebracht wurde, dass die beiden unmittelbar an der westungarischen Frage interessierten Mächte sich in direkten Gesprächen über ihre zukünftige Staatsgrenze einigen sollten.<sup>428</sup> Ungarn hatte somit zumindest Zeit gewonnen, die es zu nützen galt. Wie dem deutschen Botschafter in Paris zu Ohren kam, sollte Frankreich damals sogar einer ungarischen Aktion gegen Österreich „grünes Licht“ gegeben haben. Das „rote Wien“ mit „seiner halbbolschewistischen Regierung“ sollte ausgeschaltet werden und Ungarn freie Hand im Burgenland erhalten<sup>429</sup>.

Frankreich sah sich zu diesen Konzessionen gezwungen, da Anfang August die russischen Armeen Warschau erreichten und Polen am Rande einer totalen Niederlage stand. Paléologue war jetzt sogar bereit, notfalls die ČSR fallenzulassen, um Ungarns militärische Hilfe zu erlangen. Letzteres war bereit, den Polen mit 30.000 Mann zu Hilfe zu eilen, doch verhinderten dies zunächst die Tschechen, die nicht nur ungarischen Truppen, sondern auch Waffentransporten die Durchfahrt durch ihr Staatsgebiet verweigerten. Prag sah in einer engen Annäherung Ungarns und Polens eine große Gefahr für die Zukunft der tschechoslowakischen Grenzen.

Während alle gebannt auf das Geschehen in Polen blickten, gab es plötzlich eine neue Aufregung: In der europäischen Presse erschienen Artikel, die zu wissen glaubten, dass am 19. Juli 1920 im einstigen Lieblingsschloss der Kaiserin Elisabeth in Gödöllő ein von Horthy und dem französischen Geschäftsträger Maurice Fouchet unterschriebenes Geheimabkommen<sup>A)</sup> abgeschlossen worden sei, das für den Fall von Ungarns Kriegseintritt an der Seite Polens einen sehr bedeutenden - vor allem auf Kosten der Tschechoslowakei gehenden - territorialen Gewinn versprach. Im Wiener Staatsarchiv findet sich eine Kopie des angeblichen Gödöllőer Vertrages, von der Staatskanzler Renner ein Zweitstück der Regierung in Prag zur Verfügung stellte.<sup>430</sup> Im Text dieses Papiers finden sich alle schon bekannten wirtschaftlichen Konzessionen wieder, die Ungarn zu gewähren bereit war. Außerdem sollte Ungarn am Feldzug gegen die Sowjetunion teilnehmen und gegen Österreich militärisch vorgehen, falls dieses den Anschluss an Deutschland vollziehe, oder in Wien eine Räterepublik errichtet werde. Wörtlich hieß es: *„Ungarn verpflichtet sich für den Fall, daß sich Deutschösterreich während der Geltungsdauer des Vertrages mit dem Deutschen Reich vereinigen will, innerhalb von 48 Stunden mit allen zur Verfügung stehenden militärischen Kräften den Grenzstreifen [gemeint war das Burgenland] zu besetzen und dort weitere Anordnungen des französischen Kriegsministers abzuwarten.“*

Der „Vertrag von Gödöllő“ wirkte wie eine Bombe und veranlasste die frankreich-freundlichen Nachfolgestaaten zu einem raschen Gegenzug. Außenminister Beneš fuhr nach Belgrad, und am 14. August, am Vorabend der Schlacht von Warschau, unterzeichneten die Außenminister Jugoslawiens und der Tschechoslowakei ein Verteidigungsbündnis gegen Ungarn und dessen revisio-

---

A) Ob es den „Vertrag von Gödöllő“ in dieser Form überhaupt gegeben hat, ist auf Grund der bisherigen Forschung umstritten. Es scheint, dass es sich bei dem vorliegenden Aktenstück nur um eine Zusammenfassung von Verhandlungen und Gesprächen handelte, die dann nach dem Schloss Gödöllő, das ab 1920 eine der Residenzen des Reichsverwesers war, diese Bezeichnung bekam.

nistische Aspirationen. Drei Tage später reiste Beneš nach Bukarest, um Rumänien ebenfalls zum Beitritt in die antiungarische Allianz zu bewegen. Wenn auch Rumänien der Allianz formell nicht beitrug und vorläufig nur mündliche Vereinbarungen getroffen wurden, wurde doch ein System geboren, das später nach dem ironischen Artikel „Apró Entente“ in der ungarischen Zeitung „Pesti Hírlap“ den Namen „Kleine Entente“ erhielt.<sup>431</sup> In Wien besprach man die Lage in einer vertraulichen Kabinettsitzung am 3. August 1920.<sup>432</sup> Renner - seit kurzem nur mehr Staatssekretär für Äußeres in der Proporzregierung Mayr - nahm den „Vertrag von Gödöllő“ nicht sonderlich tragisch, zumal er in erster Linie gegen die ČSR und Jugoslawien gerichtet war und das Burgenland nur marginal betraf. Viel mehr Aufmerksamkeit widmete man jedoch der allgemeinen Situation in den Nachbarstaaten, die offensichtlich nicht ganz durchschaubar war. Man entschloss sich schließlich, eine Art neutrale Haltung einzunehmen und die weitere Entwicklung abzuwarten.

Die „Kleine Entente“ war eine unerfreuliche Überraschung für Paris und wurde als unangenehme Antwort auf Paléologues Ostpolitik aufgenommen. Die gegen Paris gerichtete Spitze der drei Verbündeten wurde in weiten Kreisen der französischen Öffentlichkeit umso schärfer empfunden, als zur selben Zeit Gerüchte über Kontakte zwischen Horthy und Ludendorff auftauchten und geschickt von der tschechoslowakischen Propaganda hochgespielt wurden. Die großen Pariser Zeitungen wie „L' Echo“ und „Le Petit Parisien“, begannen Paléologues Politik heftig zu kritisieren, und bald wurde seine Stellung im Außenministerium unhaltbar. Es war für Ungarn tragisch, dass Paléologues mit den meisten seiner Kollegen im Außenamt persönlich verfeindet war, und diese nun seine ungarische Politik zum Vorwand nahmen, um ihn zu stürzen<sup>433</sup>.

Die endgültige Wendung in der französischen Donauraumpolitik wurde aber durch ein anderes Ereignis hervorgerufen: General Weygand, dem Stabschef Fochs, war es gelungen, die polnische Armee zu reorganisieren, und eine Gegenoffensive unter Marschall Pilsudski brachte der sowjetischen Armee, die an Nachschubschwierigkeiten und Erschöpfung litt, eine vernichtende Niederlage bei. Dieses „Wunder an der Weichsel“ bannte die bolschewistische Gefahr schlagartig und Ungarns Hilfe wurde für Paris über Nacht unwichtig. Millerand hielt es für besser, seine Pläne in bezug auf Ungarn zu revidieren und Paléologue selbst leitete noch den Kurswechsel ein, denn auch für den Staatssekretär entfiel die Notwendigkeit, sich noch länger in die Schusslinie der Presse und seiner Gegner zu begeben. Doch er stürzte, und sein Nachfolger und Gegner, Philippe Berthelot, vollendete die Kehrtwendung der französischen Politik.<sup>434</sup> Der am 12. Oktober 1920 in Riga unterzeichnete Waffenstillstand machte Ungarns Hoffnungen, dass seine Hilfe im Krieg gegen die Sowjets mit einer Teilrevision

des Vertrages von Trianon belohnt werden würde, vollkommen illusorisch. Dass Frankreich sein „ungarisches Abenteuer“ bereits total aufgegeben hatte, hatte inzwischen Außenminister Berthelot deutlich signalisiert, als er am 2. Oktober 1920 die polnische Regierung wissen ließ, dass Frankreich, in Abänderung seines bisherigen Standpunktes, die Schaffung der Kleinen Entente gutheiße und Polens Beitritt zu diesem Bündnis begrüßen würde. Eine ähnliche Botschaft war auch nach Bukarest gegangen.

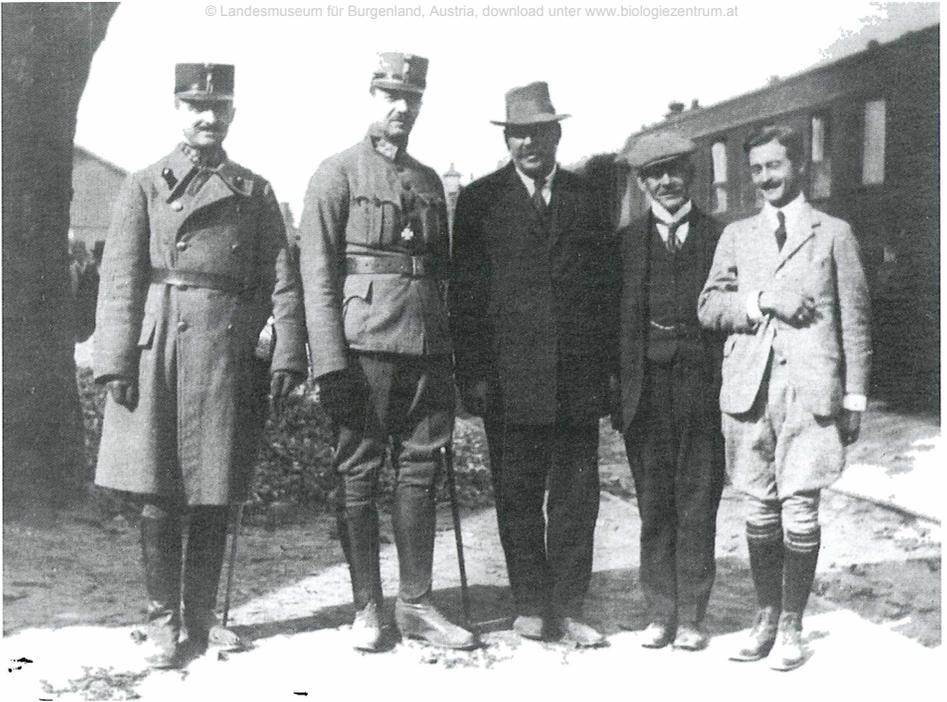
In Wien atmete man auf, als am 7. Oktober der Gesandte Eichhoff aus Paris berichtete, dass ihn der erst wenige Tage im Amt befindliche Ministerpräsident und Außenminister, Georges Leygues, empfangen und im Laufe des Gesprächs mitgeteilt habe, *„dass an den Intentionen Frankreichs bezüglich der westungarischen Komitate ganz und gar nicht gezweifelt werden könne. Diese Komitate gehören nach dem Friedensvertrag endgültig zu Österreich und, sobald der Vertrag von Trianon ratifiziert ist, müssen die Gebiete uns abgetreten werden. Darüber sei jede Diskussion ausgeschlossen.“*<sup>435</sup>

Auch Italien war vom Entstehen der „Kleinen Entente“ im August 1920 unangenehm berührt worden, da vor allem ein möglicher Anschluss Österreichs in dieses Bündnis seine mühsam im Aufbau befindliche Donauraumpolitik sofort durchkreuzt hätte. Aufgeregt berichtete Torretta bereits am 14. August 1920 nach Rom, dass ihm Renner - wohl in Entsprechung des Renner-Nitti-Abkommens - vertraulich über Beneš Bemühungen berichtet habe, Österreich in ein solches anti-ungarisches System zu ziehen.<sup>436</sup> In einem ausführlichen Gespräch, das Renner am 4. September mit dem Gesandten hielt, meinte der Staatssekretär für Äußeres, dass Österreichs Haltung mit jener der Kleinen Entente vor allem in der Habsburgerfrage vollkommen übereinstimme, man sich aber nur im äußersten Notfall dieser „panslawistischen Gruppierung“ anschließen würde. Viel lieber sähe man eine Einigung mit Ungarn, das ja auch größtes Interesse haben müsse, die ihm drohende Einkreisung zu verhindern. Italien könnte hier als Vermittler auftreten. Allerdings müsste Österreich auf der Versicherung bestehen, dass kein Habsburger auf den ungarischen Thron berufen werde, und Ungarn das Burgenland entsprechend den Friedensverträgen von Saint-Germain und Trianon Österreich übergebe; über kleinere Grenzveränderungen nicht jedoch im Norden, da dies die Sicherheit Wiens gefährden würde - könne man reden, wie man auch eine Volksabstimmung im fraglichen Gebiet abhalten könnte, allerdings erst nach einer Räumung durch Ungarn und Übergabe des Landes an Österreich.

Rom erkannte natürlich sowohl die Chance, als auch die heikle Situation einer solchen Mission. Graf Sforza, der seit Mitte Juni das Amt des Außenministers

innehatte, verordnete äußerste Sorgfalt und Geheimhaltung bei den nun folgenden Schritten und ließ die Verhandlungen in Budapest nicht durch den neu ernannten Gesandten, Principe Gaetano Caracciolo-Castagneto, sondern durch den italienischen Hochkommissar in Ungarn, Vittorio Cerruti, führen. Der Außenminister wollte unter keinen Umständen allzu großes Aufsehen, um nicht vorzeitig seine mühsam aufgebaute Gesprächsbasis mit Jugoslawien zu gefährden. Auch war er sich bewußt, dass nach dem Ausscheiden Renners aus der Regierung sich das Verhältnis zu Wien etwas schwieriger gestaltete, war doch der neue Bundeskanzler und Außenminister, Michael Mayr, ein Wahltiroler, der schon wegen der Südtirolfrage nicht geringe Vorbehalte gegen die „neuen Herren“ südlich des Brenners hatte. So erwies sich die Vermittlungsaktion von allem Anfang an als sperrig und schwierig.

Auch mit Ungarn lief es nicht so, wie man es sich in Rom wünschte, denn obwohl die ungarische Regierung die „dargebotene Hand“ sofort ergriff, lehnte Ministerpräsident Teleki jede Diskussion über die Habsburgerfrage „als Einmischung in innere Angelegenheiten Ungarns“ ab, wie er auch eine Abtretung Deutsch-Westungarns an Österreich vor einer Volksabstimmung kategorisch verneinte. Die ungarische Seite erbrachte sofort Gegenvorschläge, in denen sie meinte, dass Westungarn-Burgenland in Form von autonomen Komitaten im Rahmen des Reiches der Stephanskronen verbleiben und militärisch vollkommen neutralisiert werden sollte, wobei ausschließlich einheimische Milizen die Ruhe und Sicherheit aufrecht erhalten könnten. Österreich wollte man durch besonders großzügige Vorzugsrechte bei der Lebensmittelversorgung „entschädigen“ Die Gespräche, die die Italiener in den folgenden Monaten mit Außenminister Imre Csáky führten, ergaben natürlich auf dieser Basis keinen konkreten Fortschritt, zumal sie von österreichischer Seite einige Male durch Zeitungsartikel und Reden, die sich im Zuge des damals in Österreich geführten Wahlkampfes manchmal sogar beleidigend gegen die ungarische Regierung und insbesondere gegen Horthy äußerten, irritiert wurden. Wie sehr die Situation verkrampft und wie verfahren auch die Vermittlungsaktion Italiens war, zeigte ein Gespräch, das Fürst Castagneto mit Ministerpräsident Teleki am 28. Dezember 1920 führte. Als nämlich der Gesandte meinte, dass Ungarn wenigstens im Norden des Burgenlandes - im Rahmen der ohnehin im Friedensvertrag festgelegten Grenzen größere territoriale Zugeständnisse an Österreich machen sollte, da sonst die österreichische Hauptstadt im Schussbereich der ungarischen schweren Artillerie liegen würde, antwortete sein ungarischer Gesprächspartner brüsk und gereizt, dass die Siegermächte in Paris in dieser Hinsicht auch nicht auf die Sicherheit Budapests Rücksicht genommen hätten, das ebenfalls der Bedrohung durch fremde Artillerie ausgesetzt sei. Als Teleki sich auch mit einem Antwortschreiben auf andere Vorschläge Roms ungebührlich lange Zeit ließ, verlor Sforza die



**Bild 78:** Die „Getreuen König Karls“ v.l.n.r.: Oberst Hermann von Fleischer, Oberst Baron Anton Lehár, Stefan von Rakovszky, Dr. Gustav Gratz und Aladar von Boroviczény.

Geduld und wies die Wiener und Budapester Gesandtschaft am 12. Jänner 1921 an, sich weiterer Aktionen zu enthalten, da die Haltung Ungarns in Widerspruch zu dem stehe, mit dem sie seinerzeit die guten Dienste Italiens angesprochen habe.<sup>437</sup>

Die Vermittlungsaktionen wurden von Rom umso leichter abgeblasen, als sich seit dem jugoslawisch-italienischen Abkommen von Rapallo (12. November 1920) das Verhältnis zwischen diesen beiden Staaten deutlich entkrampft hatte. Ein Passus dieses Vertragswerkes, in dem sich beide Staaten zur Wahrung der Friedensverträge verpflichteten und beschlossen, gemeinsam gegen eine Restauration der Habsburger aufzutreten, war sogar eindeutig gegen Ungarn gerichtet.

# Deutschlands Verflechtung in die Burgenlandfrage

Ungarn musste erkennen, dass es mit seinen hoffnungsfroh begonnenen Geheimverhandlungen mit den Siegermächten über eine Revision der Friedensverträge totalen Schiffbruch erlitten hatte. Nun begann man sich in Budapest einer Macht zu nähern, deren diplomatischen Vertretern man noch vor Monaten brüsk erklärt hatte: „*Mit Euch können wir nicht mittun.*“<sup>438</sup> – nämlich Deutschland. Der unmittelbare Grund für die Hinwendung zu Deutschland – starke Rechtskreise in Ungarn hatten einen solchen Kurs schon immer verfochten – war im Verlauf der österreichisch-ungarischen Verhandlungen bzw. in der österreichischen Innenpolitik zu suchen.

Wie erwähnt, war es im Verlauf des Frühjahrs 1920 zwischen ungarischen Politikern und österreichischen Kreisen konservativer und monarchistischer Richtung, die teils radikal antimarxistisch waren oder teils utopische Pläne einer konservativen Donaukonföderation von Bayern bis Ungarn verfolgten, zu Gesprächen gekommen. Ihr Ziel war ein Staatenbund auf konservativ-christlicher Basis, der Mitteleuropa „gegen den zerstörerischen Marxismus“ schützen sollte. Als vordringliches Ziel strebte man den Sturz der „roten Regierung“ in Wien an. Im Sommer 1920 schloss sich auch die bayrische extreme Rechte der Zusammenarbeit der österreichischen und der ungarischen konservativen Kräfte an, ja in vieler Hinsicht war gerade sie das treibende Element des Zusammenschlusses gegen die Regierung Renner.

Nach dem misslungenen Kapp-Putsch<sup>A)</sup> im März 1920 hatten die zur Flucht gezwungenen Rechtsradikalen, wie der ehemalige Generalquartiermeister des Deutschen Heeres, Erich Ludendorff<sup>B)</sup>, der Freikorpsführer Kapitän Hermann

---

A) Der "Kapp-Putsch" war ein rechtsradikaler Putschversuch in Berlin unter Führung des preußischen Politikers Wolfgang Kapp und des Generals v. Lüttwitz. Auslösend war der Versuch der Reichsregierung, die Marinebrigade Ehrhardt aufzulösen, die in der Nacht zum 13. März 1920 Berlin besetzte. Kapp erklärte die Reichsregierung, die nach Dresden und Stuttgart floh, für abgesetzt. Ein Generalstreik der Gewerkschaften, sowie die loyale Haltung der Reichswehr unter General v. Seeckt ließ das Unternehmen vier Tage später zusammenbrechen.

B) Erich Ludendorff (geb. 1865 in Kruszewnia bei Posen, gest. 1937 in München) 1914 Generalstabschef Hindenburgs. Seine entscheidende Mitwirkung am Sieg in der Schlacht bei Tannenberg gegen die Russen (August 1914) verschaffte ihm einen legendären Ruf. 1916 wurde er in die Oberste Heeresleitung berufen und erhielt als Generalquartiermeister die Mitverantwortung für die gesamte militärische Kriegsführung. Gegen Kriegsende lag die Heerführung maßgeblich in seiner Hand. Nach 1918 betätigte er sich politisch und schriftstellerisch in der deutsch-völkischen Bewegung und beteiligte sich auch am Hitler-Putsch in München am 8./9. November 1923.

Ehrhardt<sup>A)</sup>, Ludendorffs<sup>B)</sup> Vertrauensmann<sup>C)</sup> Oberster Max<sup>D)</sup> Bauer, <sup>at</sup> Major Waldemar Pabst<sup>B)</sup>, der der Mitwirkung an der Ermordung der Kommunistenführer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg verdächtigt wurde, und der aus Ungarn stammende Abenteurer Ignaz Trebitsch-Lincoln in München Schutz gefunden und Bayern zu einem Mittelpunkt des Rechtsextremismus gemacht. Hier entstand in romantischer Erinnerung an den „Heldenkampf im Weltkrieg“ die Idee einer „Allianz der Verlierer“ und der utopische Plan eines konservativen süddeutschen Staates, der aus Bayern und Österreich entstehen und eine enge Allianz mit dem gegenrevolutionären Ungarn eingehen sollte. Zur Verwirklichung dieses Unternehmens wollte man in Österreich in einem Putsch rechtsgerichteter Kreise - unterstützt durch Freikorps der „Orka“<sup>C)</sup>, „Orgesch“<sup>D)</sup> und der „Brigade Ehrhardt“, sowie durch ungarische Einheiten - die Regierung Renner stürzen und ein konservatives Regime etablieren.<sup>439</sup> Ungarns Mithilfe sollte durch den Verzicht auf das Burgenland honoriert werden.

Wenn auch ungarische Regierungsstellen in diese Machenschaften nur am Rande verwickelt waren, gab es doch enge Kontakte mit den ideologisch nahestehenden Organisationen „Éme“<sup>E)</sup> und „Move“<sup>F)</sup>, an deren Spitze ein Politiker der „extremen Rechten“, Hauptmann Gyula Gömbös, stand. Dieser, sowie die beiden Offiziere Miklós Kozma und Pál Prónay waren die Schlüsselfiguren des Unternehmens. Mit ihrer Hilfe wurde im Frühjahr 1920 in Zala-Egerszeg eine Truppe aus ehemaligen österreichischen Offizieren aufgestellt, die nach österreichischen Vermutungen fast 1.000 Mann stark war.<sup>440</sup> Wenn auch diese Zahl sicherlich sehr übertrieben war, zeigten mehrere Vorfälle an der steirischen Grenze, dass die „Österreichische Legion“ doch einigermaßen gefährlich werden

- 
- A) Hermann Ehrhardt (geb. 1881 in Weil, gest. 1971 in Brunn a. Walde /NÖ) Korvettenkapitän. Bildete 1919 die „Brigade Ehrhardt“, mit der er die kommunistische Rätereherrschaft in Braunschweig und München niederschlug und am „Kapp-Putsch“ in Berlin teilnahm. Nach dessen Scheitern floh er nach München bzw. Österreich.
- B) Waldemar Pabst (geb. 1880 in Hamburg, gest. 1970 in Düsseldorf) Offizier. Nach Teilnahme am „Kapp-Putsch“ flüchtete er nach Tirol und wurde dort 1922 Landesleiter der Heimwehr, deren Bundesstabsleiter er 1928 wurde.
- C) „Orka“ = Organisation Kanzler, eine rechtsextreme Organisation, die unter Führung des bayrischen Freikorpsführers Rudolf Kanzler stand.
- D) „Orgesch“ = Organisation Escherich. Diese im April 1919 bei der Niederwerfung der Münchener Räterepublik gegründete Organisation nannte sich nach ihrem Führer, dem bayrischen Forstrat Dr. Georg Escherich. Sie war ab Jahresbeginn 1920 sehr stark durch Waffenlieferungen am Aufbau einzelner Heimwehrgruppen in Westösterreich beteiligt. Vgl.: Carsten, F. L.: Faschismus in Österreich. - Wien 1977. S. 44 f.
- E) „Éme“ = Ébredő Magyarok Egyesülete („Erwachende Ungarn“); eine ihrer Unterorganisationen war die „Westungarische Liga“
- F) „Move“ = Magyar Országos Véderő Egylet („Ungarns Landesverteidigungsverband“)

konnte. Der erste ereignete sich am 30. Juli 1920, als etwa 800 bewaffnete ungarische und österreichische Freischärler Leute aus dieser „Österreichischen Legion“ ein Waffenlager bei Fürstenfeld überfielen und mehr als 1.000 Gewehre, zahlreiche Maschinengewehre und Munition erbeuteten. Der Anführer des Unternehmens soll ein österreichischer Hauptmann namens Anton Bardorfer gewesen sein, doch tauchten bei diesem Unternehmen erstmals zwei Namen auf, die ein Jahr später noch traurige Berühmtheit im Burgenland erlangen sollten: Iván Héjjas und Pál Prónay.<sup>441</sup> Ohne dass es durchschaubar war, bereitete Ungarn schon damals Organisationen auf, die man für den Fall des Falles als Freischärler oder als „Aufständische“ bei einer etwaigen Landnahme durch Österreich einsetzen konnte.

Etwa einen Monat später kam es zu einem ähnlichen Überfall auf das Lager in Fehring, wo Lehárs Einsatzkommando im August 1919 noch Waffen zurückgelassen hatte. Etwa 300 Gewehre und 20 MGs wurden in einem nächtlichen Überfall durch „ungarische Banditen“ geraubt. Am 1. August 1920 kam es schließlich in Hartberg zu einem weiteren Vorfall, bei dem aus einem Militärdepot ebenfalls Waffen entwendet wurden.<sup>442</sup>

Österreich reagierte nervös und Staatssekretär Renner lud am 4. August die Gesandten Frankreichs und Englands, Pierre Lefèvre-Pontalis und Sir Francis Lindley, zu sich, um sie auf die gefährliche, ja unhaltbare Situation an Österreichs Ostgrenze hinzuweisen. Er kündigte an, dass Österreich militärische Verstärkungen dorthin verlegen werde. Als es dann am 21. August bei Prellenkirchen erneut zu ungarischen Grenzverletzungen kam, verstärkte man nicht nur die Grenztruppen, sondern bewaffnete im Raum Wiener Neustadt auch zusätzlich 500 Mann der Arbeiterwehr, die die Depots der dortigen Rüstungsfabriken schützen sollten<sup>A)</sup>. Dass aber solche militärische Drohungen nur wenig ernst zu nehmen waren, beleuchtet ein Bericht des deutschen Militärattachés in Wien, der schrieb:<sup>443</sup> „...*Es ist nicht ersichtlich, wie die in Umbildung begriffene österreichische Wehrmacht, die nur aus Brigaden zusammengestellt werden soll, in kurzer Zeit kampffähige Divisionen aufzustellen in der Lage sein könnte... Immerhin wäre es denkbar, daß zu Demonstrationzwecken ein Aufmarsch an der ungarischen Grenze geplant ist, und daß absichtlich die Bezeichnung Division hierfür*

---

A) Im Stadtgebiet von Wiener Neustadt lagen mehrere militärische Magazine, weiters das Flugfeld, die Daimler Motorenfabrik und die Munitionsfabrik G. Roth. Im angrenzenden Steinfeld nur wenige Kilometer von der ungarischen Grenze entfernt lagerten im Munitionshauptdepot Wöllersdorf, im Filialdepot Sollenau und in den Wöllersdorfer Werken große Mengen an Munition, Waffen und sonstigen Ausrüstungsgegenständen. (Stadtarchiv Wiener Neustadt, Polizeikommissariat, Zl. 241 Res. 10. 8. 1920)



**Bild 79:** Ungarische Grenzwahe. 1920.

gewählt wurde. Das wäre aber wohl auch das Höchste, was Österreich aus eigener Kraft zur Durchführung seines Anspruches auf Westungarn aufbringen könnte, das Übrige müßten schon die guten Verbindungen tun. Diese sind zweifellos am besten zur ČSR und fanden erst in diesen Tagen einen beredten Ausdruck dadurch, daß die österreichische Regierung plötzlich die Durchfahrt von Kriegsmaterial der Entente für Polen verweigern will...Ob aber..die ČSR für Westungarn zu den Waffen greift, möchte ich bezweifeln. Auch seitens der ČSR dürfte man sich auf militärische Demonstrationen und diplomatische Noten beschränken." Die Alliierten reagierten ebenfalls nur sehr lahm auf die österreichischen Vorhaltungen, zumal ihre Vertreter der fast wöchentlich einlangenden Beschwerden der einen oder der anderen Seite, die sich in den meisten Fällen als ohnehin übertrieben erwiesen, längst müde waren.

Auch diesmal versuchte Ungarn, den Zwischenfall von Fürstenfeld herunterzuspielen und antwortete mit der schon sattsam bekannten Anschuldigung, dass Österreich kommunistischen Emigranten Unterschlupf biete, die unter dem Schutz der „roten“ österreichischen Volkswehr, mit bewaffneter Macht einen Einfall nach Westungarn planten, und es kein Wunder wäre, wenn sich die betrof-

fene Bevölkerung mit allen möglichen Mitteln gegen diese Gefahr zur Wehr setzen würde. Ungarische Zeitungen malten wieder einmal das Gespenst einer drohenden Rückkehr der „Béla Kun-Schergen“ an die Wand, um Stimmung gegen Österreich zu machen. In Flugblättern wurde geschrieben: *„Was will Renner? Westungarn mit tschechischen Legionären besetzen und die deutschen, kroatischen und ungarischen Familien aus dem ererbten Besitz verjagen.“*<sup>444</sup>

Da trat im Oktober 1920 ein Ereignis ein, das die ungarische Regierung veranlasste, alle die mit den süddeutschen Abenteurern gesponnenen Pläne zunächst einmal beiseite zu schieben: Die Nationalratswahlen des Oktober 1920 brachten in Österreich eine Mehrheit der bürgerlichen Parteien, und am 20. November 1920 wurde unter dem Tiroler Christlichsozialen, Universitätsprofessor Dr. Michael Mayr, eine „bürgerliche“ Regierung gebildet. Die Sozialdemokraten schieden aus der Regierung und gingen in die Opposition. Jetzt - so glaubte man in Budapest - brauchte es keine Gewaltakte mehr, um mit dem Nachbarstaat in der Burgenlandfrage zu einer „freundschaftlichen Lösung“ zu kommen.

Noch während der langwierigen Verhandlungen über die neue Regierungsbildung begab sich ein prominenter Vertreter der Christlichsozialen Partei, der frühere Wiener Bürgermeister Dr. Richard Weisskirchner, der übrigens auch jenem Kreis der „Vereinigung für Ordnung und Recht“ angehörte, zu Verhandlungen nach Budapest. Die neue Regierung brauchte nämlich dringend Ungarns Hilfe in der angespannten Ernährungslage, die gerade jetzt alarmierende Formen angenommen hatte<sup>445</sup>. Welche große Hoffnungen man auf die in Wien erfolgte „politische Wende“ setzte, zeigte schon die Tatsache, dass zum Galaempfang, den man für Weisskirchner, der ja eigentlich in keiner offiziellen Funktion nach Budapest gekommen war, gab, alle Mitglieder der ungarischen Regierung erschienen. Alle seine Gespräche verliefen in freundschaftlicher Atmosphäre. Er erreichte die Bereitwilligkeit seiner Verhandlungspartner für einen Handelsvertrag, demgemäß zunächst 300 Waggon Mehl und dieselbe Menge Kartoffeln für die Ernährung von Wien abgegeben werden sollten, während er in Aussicht stellte, dass die Christlichsoziale Partei jetzt ein direktes Abkommen über das Burgenland abschließen werde. Auch Weisskirchner griff dabei den Plan auf, im Burgenland eine Volksabstimmung abzuhalten, von der er *„überzeugt ist, dass sie für Österreich ungünstig ausgehen würde.“*<sup>446</sup> Der betroffenen Bevölkerung in Westungarn sollte man insofern entgegenkommen, dass anschließend der deutschen Minderheit großzügig verschiedene nationale Rechte zugestanden werden sollten.

Um die Sache unauffällig einzuleiten und entsprechende Gespräche auf offizieller Ebene auszulösen, wurde von der ungarischen Regierung ein Plan bzw. eine Forderung westungarischer Abgeordneter folgenden Inhalts veröffentlicht:<sup>447</sup>

*”Um in letzter Stunde einen dauernden unseligen Zwist, der zwischen Ungarn und Österreich, zwischen dem ungarischen und deutschen Volk infolge der westungarischen Frage droht, vorzubeugen, und um es zu ermöglichen, daß Westungarn anstatt zu einem Keil zu einer Brücke zwischen den beiden durch Natur und Geschichte auf einander angewiesenen Völkern werde, schlagen wir bodenständige Vertreter des durch die Friedensverträge Österreich zugesprochenen Gebietes von dem innigsten Wunsch durchdrungen, einen Ausweg zu finden, folgende Punkte als Basis für eine Verhandlung vor:*

- 1. Das strittige Gebiet wird nicht an Österreich angeschlossen, vielmehr wird das gesamte deutsche ethnographische Gebiet Westungarns bei Wahrung der völkischen Rechte der Kroaten in der Form eines autonomen Komitats als integrierender Teil der St. Stephanskronen erhalten bleiben.*
- 2. Um zu verhindern, dass durch diese politische Lösung Österreich einen insbesondere für seine Ernährungslage bedenklichen Ausfall erleide, soll durch gegenseitige Vereinbarung ein Weg gefunden werden, der die wirtschaftlichen Interessen Österreichs in diesem Gebiet gewährleistet.*
- 3. Um etwaige strategische Bedenken Österreichs für Wien zu zerstreuen, soll die Besetzung des von diesem Gesichtspunkt in Betracht kommenden Gebiets nur aus einheimischer Miliz bestehen.*

*Budapest, den 8. November 1920*

*Gez. Dr. Johannes Huber, Abgeordneter des Bezirkes Neusiedl  
Edmund Scholtz, Abgeordneter des Bezirkes Mattersdorf  
Franz Thomas, Abgeordneter des Bezirkes Güssing  
Mathes Nitsch, Abgeordneter des Bezirkes Zinkendorf  
Johann Sabel, Abgeordneter des Bezirkes Eisenstadt”*

Mit diesem Memorandum begann die ungarische Regierung geschickt die deutschen Abgeordneten Westungarns für ihre Ziele einzuspannen. Es sollte sozusagen durch die Vertreter des westungarischen Volkes sowohl der österreichischen Öffentlichkeit als auch im besonderen Maße den Alliierten Mächten der Wunsch vor Augen geführt werden, dass die Bevölkerung treu zu Ungarn stehe und auf keinen Fall an Österreich angeschlossen werden wolle. Eine breite Pressekampagne in den ungarischen Zeitungen, später auch in christlichsozialen Blättern Österreichs und in einigen rechtsgerichteten Zeitungen Deutschlands begleiteten diese Politik.

Die westungarischen Abgeordneten, allen voran der aus Donnerskirchen stammende Dr. Johannes Huber, stellten sich dieser Aktion gerne zur Verfügung, denn sie waren als Angehörige des magyarisierten Klerus bzw. der Intelligenz begeisterte Vertreter des ungarischen Staatsgedankens und als christlich-soziale

Politiker wenig geneigt, einer Angliederung an ein Land, in dem die „Roten“ noch immer große Macht besaßen, zuzustimmen. Außerdem hofften sie durch diesen Schritt endlich eine deutsche Kulturautonomie in Ungarn zu erlangen, für die sie schon seit 1918 kämpften. Und tatsächlich schien Budapest unter dem Damoklesschwert von Trianon sogar zu noch viel weitgehenderen Konzessionen bereit zu sein. So war neben weiten kulturellen und politischen Zugeständnissen auch von der Schaffung eines deutschen Bistums in Ödenburg<sup>448</sup> und der Entmilitarisierung des gesamten Autonomiegebietes die Rede, um jeden Magyarisierungsversuch unmöglich zu machen<sup>449</sup>. Bald sollte es sich aber zeigen, dass die Magyaren, ebenso wie beim „Volksgesetz Nr. 6 vom 27. Januar 1919“ oder bei der „Verordnung 4044“ der Regierung Friedrich vom 21. August 1919 mit dem klingenden Namen „Über die unverzügliche Durchführung der Gleichberechtigung der nationalen Minderheiten“, die beide nur auf dem Papier bestanden, auch jetzt nicht ernstlich daran dachten, den Deutschen nationale Rechte zuzugestehen. Den groß angekündigten Reformen folgten keine realen Schritte.

Auch in Wien gab es jedoch mit dem gegebenen Versprechen Schwierigkeiten. Man brauchte Ungarns Lebensmittellieferungen und wollte sich mit Budapest nicht verfeinden, um nicht die Möglichkeit einer österreichisch-ungarischen Konföderation zu verschütten, was als möglicher Ausweg aus dem herrschenden wirtschaftlichen Dilemma angesehen wurde. Es war aber klar, dass ein offensichtlicher Verzicht auf das Burgenland auch durch die neue Regierung in Wien völlig unmöglich war. Eine solche Aktion war der österreichischen Öffentlichkeit nach all den harten Bestimmungen von Saint-Germain nicht zuzumuten, ganz abgesehen davon, dass die deutschnationalen Koalitionspartner sofort die Regierung gestürzt und selbst große Teile der Christlichsozialen diese Politik nicht gebilligt hätten. Bundeskanzler Mayr, der – wie aus einem Gespräch mit dem deutschen Gesandten in Wien, Baron v. Rosenfeld, hervorging<sup>452</sup> – persönlich gegen eine Überlassung auch nur von Teilen des Burgenlandes an Ungarn war, begann nun eine gefährliche Politik zwischen „*Scylla und Charybdis zu steuern*“, wie die deutsche Gesandtschaft treffend bemerkte<sup>453</sup>. Die österreichische Regierung und die Christlichsoziale Parteileitung spielten dabei ein Spiel mit verteilten Rollen. Während die meisten Regierungsmitglieder und Bundeskanzler Mayr die westungarische Frage im Parlament als „res judicata“ bezeichneten, erklärten andere Parteipolitiker zur Schonung der ungarischen Empfindlichkeit die Abtretung Westungarns für einen „Gewaltakt der Entente“<sup>454</sup> und nährten Ungarns Hoffnungen. Allerdings mussten auch sie den Ungarn erklären, dass ein zu schneller Verzicht auf das Burgenland den Sturz der bürgerlichen Regierungskoalition bringen würde, es sei denn, die Großdeutschen wären vom deutschnationalen Standpunkt aus für die „Huber'sche Basis“ zu haben und wür-



**Bild 80:** Plakat: „S.O.S. Austria“ Antiösterreichische Propaganda mit Hinweis auf den wirtschaftlichen Zusammenbruch Österreichs. 1920 (188 cm x 95 cm)

den keine Opposition leisten.<sup>55</sup> Der den Großdeutschen nahestehende Sektionsrat Riedl, der Ende November 1920 anlässlich der Gespräche über einen Handelsvertrag in Budapest weilte, regte selbst dabei an, „*dass Vertreter aller deutschvölkischen Gaue Ungarns bei den Großdeutschen in Wien ihren Standpunkt darlegen und am besten eine Einwirkung auf die Großdeutschen über Berlin erfolgen sollte.*“<sup>455</sup>

Den Ermütigungen der Österreicher folgend, schickte die ungarische Regierung noch in der ersten Dezemberwoche ihren Nationalitätenminister Jakob Bleyer und Johannes Huber zu Verhandlungen nach Wien, um auf die Christlichsozialen, besonders aber auf die Großdeutschen einzuwirken. Jakob Bleyer war ganz und gar vom Gedanken beherrscht, die Unversehrtheit Ungarns möglichst zu erhalten. Für ihn, den Bauernsohn aus der Batschka, war es ein Hauptziel, die 250.000 Deutschen Westungarns bei Ungarn zu behalten, um die übrigen verstreut in Ungarn lebenden Deutschen zu stärken und der drohenden Magyarisierung Einhalt gebieten zu können. Deutlich ging diese Sorge aus einem Brief an den bayrischen Landtagsabgeordneten Franz Xaver Zahnbrecher hervor, in dem er schrieb: „*Würde die große deutsche Politik durch die Annahme des Danaergeschenkes Westungarn verhängnisvoll geschwächt werden, so wäre das Deutschtum in Restungarn einfach der Vernichtung preisgegeben. Denn auch, wenn Westungarn von Ungarn getrennt wird, so verbleiben noch immer mehr als eine halbe Million Deutsche in Ungarn, die als kleine, aber blühende deutsche Sprachinseln zwischen das Ungartum eingekeilt sind. Es ist geradezu selbstverständlich, dass nach einer Lostrennung des westungarischen Deutschtums der ungarische Nationalismus, der nach den vielen bitteren Erniedrigungen der letzten Jahre heller denn je lodert, das kleine Ungarn zu einem völkisch einheitlichen Nationalstaat um jeden Preis umzugestalten bestrebt sein wird. Es wird eine Magyarisierung des Deutschtums erfolgen, so gewaltig und mit solcher Entschlossenheit, wie sie die Geschichte der Magyarisierungspolitik nicht kenne...*“<sup>456</sup>. Mit ähnlicher Argumentation versuchten nun Bleyer und Huber den Großdeutschen in Wien die Verantwortung für das Gedeihen oder die Vernichtung des gesamten ungarländischen Deutschtums zuzuspielen und so zu einem Verzicht auf das Burgenland zu bewegen. Wie der deutsche Botschafter in Budapest, der durch seinen Konfidenten „Treu“<sup>A)</sup> über alle Aktionen der ungardeutschen Führer ausgezeichnet informiert war, berichtete, waren die österreichischen Verhandlungspartner sehr beeindruckt von den Vorschlägen Bleyers, doch waren sie nach wie vor nicht zu einem Verzicht auf das Burgenland zu bewegen<sup>457</sup>. Um den „moralischen Druck“ auf die Großdeutschen noch zu verstär-

---

A) Unter dem Decknamen "Treu" oder "Treumund" verbarg sich laut Mitteilung von Dr. Bernhard H. Zimmermann, Wien, der ungarländische Politiker Edmund Steinacker.

ken, beschlossen Bleyer und Huber, auch mit den großdeutschen Parteien Süddeutschlands in Verbindung zu treten, damit diese auf die österreichischen Gesinnungsgenossen, welche geistig wie materiell stark von Deutschland abhängen, entsprechend einwirken mögen. Auch hier argumentierte man in ähnlicher Weise wie in Wien, fügte aber noch hinzu, dass einer Verschärfung der Lage der Deutschen in Ungarn unweigerlich eine Verschlechterung der Beziehungen Berlin – Budapest folgen müsste. Würde es aber in Ungarn eine starke deutsche Bewegung geben, so könnte Budapest schon aus innenpolitischen Gründen nur einen pro-deutschen Kurs gehen; mit der Frage Burgenland hinge also die politische Orientierung Ungarns für oder gegen das Deutsche Reich zusammen.

Da schon vorher vorsichtige Sondierungen in Rom und Paris ergeben hatten, dass die Alliierten Mächte nichts gegen direkte Abkommen zwischen Wien und Budapest hätten, jedoch in dieser Frage keinerlei Initiative ergreifen könnten<sup>458</sup>, trat Ungarn, wie schon oben kurz angedeutet, an Deutschland heran, eine Vermittlung in der westungarischen Frage zu übernehmen. Die Deutsche Reichsregierung, die beträchtliche politische Interessen sowohl in Österreich als auch in Ungarn hatte, sah sich in eine heikle Lage versetzt. Schon im November 1920 war dem deutschen Gesandten in Wien, Rosenberg, die vertrauliche Meldung hinterbracht worden, dass die österreichischen Christlichsozialen damit rechneten, schließlich bezüglich des Burgenlandes doch noch Zugeständnisse machen zu müssen. Sollten dann von großdeutscher oder sozialdemokratischer Seite Angriffe gegen die Regierung erfolgen, so sollte man sich darauf berufen, dass man unter dem Drucke Deutschlands gehandelt habe<sup>459</sup>. Da auch Graf Fürstenberg, ein Freund Ungarns, aus Budapest zur Vorsicht mahnte, beschwor Rosenberg seine Regierung, sich unbedingt einer Vermittlung in der Burgenlandfrage zu enthalten. Er warnte abermals: *„Trotz der unnachgiebigen Sprache des Bundeskanzlers im Nationalrat wären die Christlichsozialen an und für sich vermutlich ganz gerne bereit, sich mit der ungarischen Regierung über das Burgenland zu verständigen. Sie können dies aber nur dann wagen, wenn sich eine dritte Stelle fände, die ihnen das Odium abnimmt. Wir würden ihnen wahrscheinlich einen großen Gefallen tun, wenn wir uns hierzu entschlossen, dürften aber weder auf Diskretion noch auf Dankbarkeit rechnen. Im Gegenteil, es wäre mit Sicherheit vor auszusehen, dass die christlichsoziale Regierung, von der Opposition bedrängt, alle Schuld an dem angeblichen Volksverrat ohne Zögern auf uns abwälzen und so zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen würde: erstens sich selbst zu salvieren, zweitens dem Vertrauen auf Deutschland, dem Anschlussgedanken, Abbruch zu tun.“* Wenig später schrieb er: *„Je sorgfältiger sich Deutschland jeder Einmischung enthält, desto weniger sollte Ungarn sich berechtigt fühlen, seinen Groll gerade an den Deutschen auszulassen. Selbst wenn jedoch das ungarländische Deutschtum vorübergehend stärker zu leiden hätte, so darf meines Erachtens nicht übersehen werden, dass das Reich nicht*

*nur auf die deutschen Interessen in Ungarn, sondern auch auf die in Österreich Rücksicht zu nehmen hat. Es unterliegt keinem Zweifel, dass wir gerade die uns am treuesten ergebenden Elemente im deutschen Österreich schwer vor den Kopf stoßen und dem Anschlussgedanken einen gefährlichen Schlag versetzen würden, wenn wir den Österreichern zum Verzicht auf die Vereinigung mit den Stammgenossen im Burgenland raten wollten.*"<sup>460</sup> Das Berliner Außenamt befolgte den Rat seiner Repräsentanten in Wien und Budapest und entzog sich der Vermittlungsaktion zunächst mit dem Hinweis, dass es nur dann eine solche Aktion unternehmen könne, wenn auch Österreich Deutschland dazu ersuche.

## Die Burgenlandfrage und der Vatikan

Interessanterweise schalteten sich auch kirchliche Kreise in dieser Phase in die Verhandlungen um das Burgenland ein. Ausgelöst wurde dies durch eine österreichische Intervention beim Heiligen Stuhl im Jänner 1920, wo der Ballhausplatz bat, einen „Apostolischen Deleganten“ für das Burgenland zu ernennen und so das ganze Gebiet aus der Jurisdiktion der ungarischen Bischöfe herauszuheben. Das österreichische Staatsamt für Inneres hatte dies mit der Begründung gefordert, dass sich *„mit der Übernahme Deutsch-Westungarns eine Reihe von Fragen auch auf konfessionellem Gebiet ergeben“* werde, *„welche nur dann einer ruhigen und leidenschaftslosen Erörterung und Lösung zugeführt werden können, wenn die österreichische Regierung mit kirchlichen Organisationen verhandeln kann, die nicht durch ihre Eigenschaft als ungarische Staatsangehörige in ihrer Haltung ständig beeinflusst sind und durch ihre Stellungnahme in nationaler Hinsicht nicht als unbefangen betrachtet werden können.* Man meinte mit Recht, dass eine Lösung untragbar sei, die vorsah, nur Generalvikare der ungarischen Diözesanbischöfe einzusetzen.

Natürlich protestierten die ungarischen Bischöfe, allen voran Bischof Graf Mikes von Steinamanger, gegen solche Überlegungen beim Vatikan, aber auch bei Erzbischof Kardinal Friedrich Piffl in Wien. Der greise Fürstprimas von Ungarn, Kardinal Johann Csernoch, der schon im Frühjahr 1920 über Kardinal Amette von Paris auf Frankreichs Politik zu Gunsten seines Vaterlandes Einfluss zu nehmen versucht hatte, unternahm in Wien ebenfalls Bemühungen, um nicht nur seine Mitbrüder im Kirchenamt, sondern auch in der Politik einflußreiche katholische Kreise zu einem Verzicht auf das Burgenland zu bewegen. Verschiedene Anzeichen deuteten darauf hin, dass sich auch der Vatikan auf dieser Ebene um eine Einigung zwischen Österreich und Ungarn bemühte. Jedenfalls ließ sich der päpstliche Nuntius in Budapest, Erzbischof Lorenzo Schioppa, von Huber in einer eigenen Audienz ein ausführliches „pro memoria“ über das Burgenlandproblem vorlegen.

Offiziell hüllte sich aber der Heilige Stuhl weiterhin in Schweigen bis durch die Ereignisse der zweiten Jahreshälfte 1921 die Burgenlandfrage auch aus kirchlicher Sicht erneut aktuell wurde.

## Die inneren Vorbereitungen Österreichs zur Übernahme des Burgenlandes

Schon vor der Abreise der österreichischen Delegation zu den Friedensverhandlungen in Paris im Mai 1919 hatte man sich in Wien Gedanken gemacht, welche Maßnahmen zu setzen wären, um Deutsch-Westungarn - von dem man zuversichtlich hoffte, dass es bei den Friedensverhandlungen der Republik Deutsch-Österreich zugesprochen werden würde - in die junge österreichische Republik einzugliedern. Nachdem man schon Monate vorher eine Arbeitsgruppe im Staatsamt für Inneres und Unterricht eingesetzt hatte, lud man am 26. Mai 1919 Vertreter weiterer drei Ministerien<sup>A)</sup> zu einer Besprechung „*betreffend Vorsorgen administrativer Natur für den Fall der Angliederung Deutsch-Westungarns an Deutschösterreich*“ Den Vorsitz führte der Staatssekretär für Inneres und Unterricht, Matthias Eldersch, bzw. sein Sektionschef für Inneres, Dr. Richard Wenedikter. Neben den bereits vorliegenden Detailplänen, die die Übernahme des Landes durch österreichisches Militär und Exekutive betrafen, war es wichtig, vom ersten Tag an eine möglichst funktionierende Zivilverwaltung zu haben.

Man war sich klar, dass man zumindest die Zentralbehörden von Grund auf neu aufbauen müsse, da man sich in keiner Weise auf die Komitatsstruktur, noch auf die kaum existierende Verwaltung des autonomen „Gaus Deutsch-Westungarn“ stützen könnte. Selbst auf Bezirksebene rechnete man, dass ein Großteil der dortigen höheren Beamten, die Magyaren waren, das Land verlassen und ihre Büros im wahrsten Sinn des Wortes „räumen“ würden. Um nicht vom ersten Augenblick bei der Bevölkerung den Eindruck zu erwecken, dass nun Chaos und Unsicherheit hereinbreche, wäre es notwendig, schon vor der Besitznahme eine Organisation wenigstens in ihren Strukturen aufzubauen, die dann innerhalb weniger Tage oder spätestens Wochen eine ordentliche Verwaltung des Landes garantieren könnte. Schon jetzt sollten provisorische Verwaltungsstellen in Wien oder in Wiener Neustadt eingerichtet werden, die „sobald es die Verhältnisse gestatten“ ihren Sitz nach Ödenburg verlegen sollten. So rasch wie möglich sollten aber freie demokratische Wahlen abgehalten werden, um einen Landtag und eine

---

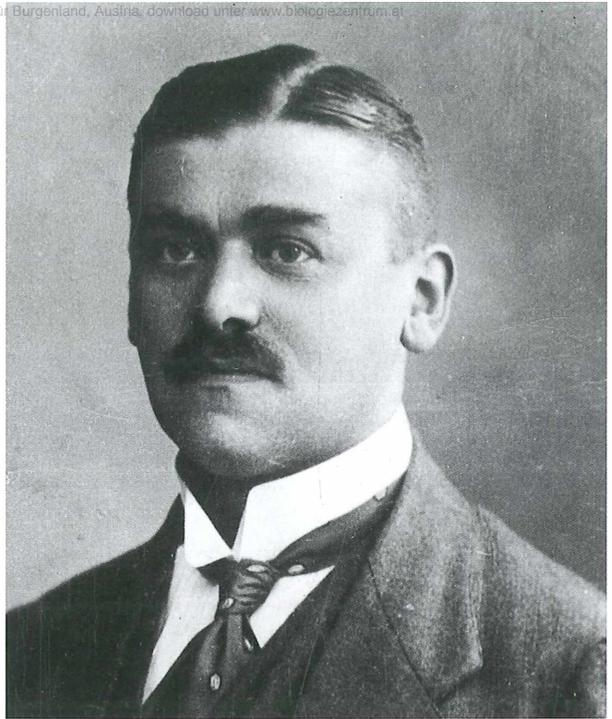
A) Anwesend waren Spitzen-Beamte des Staatsamtes für Inneres und Unterricht, des Staatsamtes für Finanzen, des Staatsamtes für Verkehrswesen und des Staatsamtes für Justiz.

Landesregierung nach österreichischem Muster zu errichten. Auf mittlerer und unterer Verwaltungsebene wollte man die bestehenden ungarischen Einrichtungen weitgehend unverändert lassen. Die bisherigen Bezirksämter sollten lediglich zu österreichischen Bezirkshauptmannschaften umgewandelt werden, und auch die Gemeindestrukturen wollte man - so weit es ging - unberührt lassen.

Sogar die alten Gemeinderepräsentanten wollte man vorläufig in Funktion belassen, wenn sie das Vertrauen der Ortsbevölkerung genossen. Lediglich die Kreis- und Gemeindevorstände, die zum größten Teil Träger der magyarisch-chauvinistischen Politik waren, sollten in ihrer Machtbefugnis beschnitten werden. Da man auf ihre Mitarbeit vorläufig nicht gänzlich verzichten konnte, sollten die meisten im Amt bleiben, insbesondere wenn sie sich Österreich gegenüber loyal verhielten. Die Frage, ob sofort nach der Landnahme das österreichische Rechtssystem eingeführt werden, oder man nur schrittweise eine Rechtsüberleitung durchführen sollte, wurde vorerst nicht endgültig festgelegt. Eine vordringliche Aufgabe, die man jetzt schon ins Auge fassen musste, war die zukünftige Verkehrserschließung des Landes und seine Anbindung an Österreich. Da das Eisenbahnnetz im Grenzgebiet von ungarischer Seite bisher so gezogen worden war, dass möglichst wenig direkte Verbindungen zum österreichischen Verkehrsnetz bestanden, war eine baldige Anbindung an das österreichische Schienennetz notwendig. Hier wurde als rasch zu verwirklichende Maßnahme - man überschätzte in Wien allerdings den Straßenzustand im Lande - ein Netz von Autobusverbindungen geplant.

Die Schulfrage nahm naturgemäß bei allen Planungsarbeiten eine zentrale Rolle ein: Hier sollte sofort das österreichische Schulsystem einschließlich der österreichischen Lehrpläne eingeführt werden. Ödenburg sollte als zentrale Schulstadt eine weitere Aufwertung erfahren, wobei man zu den dort schon vorhandenen höheren Lehranstalten eine Universität hinzufügen wollte. Diese sollte sich im Kern auf jene Professoren und Einrichtungen stützen, die von der „deutschen Universität“ in Czernowitz (Bukowina) nach Wien evakuiert worden waren.

Zunächst sollten alle Diskussionen und Beschlüsse der „interministeriellen Kommission“, die in der nächsten Sitzung um Vertreter des Staatsamtes für Handel, Gewerbe, Industrie und Bauten, des Staatsamtes für Land- und Forstwirtschaft und des Staatsamtes für Heerwesen ergänzt wurde, geheim bleiben. Man wollte nicht überflüssige Diskussionen in der Öffentlichkeit auslösen, um dann damit der ungarischen Propaganda unnötige Nahrung zu geben. Aus diesen Gründen sollten auch bis zur Unterzeichnung des Friedensvertrages keine Vertreter von politischen Parteien in die Gesprächsrunde aufgenommen werden. Hingegen nahm man Kontakt zu der schon aus der Zeit 1918/19 in Wien bestehenden, halboffiziellen „Deutsch-westungarischen Kanzlei“ auf und band insbesondere Raimund Neunteufel in einzelne Gespräche ein, die in größeren und kleineren Runden in den



**Bild 81:**  
*Landesverwalter*  
*Dr. Robert Davy*  
*(1857 – 1924)*

Sommermonaten geführt wurden. Erst nachdem in Paris die endgültige Entscheidung gefallen war, dass Deutsch-Westungarn zu Österreich kommen sollte, wurde am 25. August 1919 offiziell die „Verwaltungsstelle für den Anschluss Deutsch-Westungarns“ gegründet. Hier nahmen bereits Vertreter aller Staatsämter (Ministerien) teil, sowie Anton Öfenböck (SdP), Rudolf Gruber (CsP) und Raimund Neunteufel (GdP) als Delegierte der drei im österreichischen Parlament vertretenen Parteien. Ab 4. September wurden auch je ein Vertreter der Bundesländer Niederösterreich und Steiermark, sowie Dr. Alfred Walheim und Dr. Ernst Friedrich Beer vom „Verein zur Erhaltung des Deutschtums in Ungarn“ zu den Sitzungen geladen. Den Vorsitz bei den Beratungen führte zunächst Sektionsrat Dr. Stephan Neugebauer, dann ab der zweiten Sitzung Sektionschef Dr. Robert Davy<sup>A)</sup>.

---

A) Dr. Robert Henry Davy (geb. 1867 in Königsberg, gest. 1924 in Wien) studierte orientalische Sprachen in Berlin, dann Jus und Staatswissenschaften in Leipzig und Wien (Dr. jur. 1891). Er trat in den Verwaltungsdienst der Österreichisch-schlesischen Landesregierung in Troppau, kam 1897 ins Innenministerium in Wien und kurz darauf ins Amt des Ministerpräsidenten, wo er mit Sonderaufgaben (Kommission zur Förderung einer Verwaltungsreform) betraut wurde. Dem zum Sektionschef im Innenministerium beförderten Verwaltungsexperten übertrug Staatskanzler Renner im Mai 1919 Vorarbeiten für die Angliederung Deutsch-Westungarns. Kurzbiographie siehe in: Schlag, Gerald: Burgenland. A. a. O. S. 62



**Bild 82:**  
*Dr. Alfred Walheim*  
(1874 – 1945)

Neunteufel, der sich auch hier wieder voll in die Arbeit stürzte, schlug in einem Memorandum vor, einen Beirat zu schaffen, der aus Vertretern der deutsch-westungarischen Bevölkerung bestehen sollte. Dieser sollte eine Organisation aufbauen, die sofort nach Unterzeichnung des Friedensvertrages als eine Art Landesregierung mit *„kaufmännischer Fixigkeit, amerikanischer Großzügigkeit und deutscher Gründlichkeit ohne bürokratische Kleinlichkeit und Krämergeist“* fungieren sollte.<sup>461</sup> Solche Pläne waren allerdings schon auf Grund der herrschenden politischen Verhältnisse utopisch.

Es erwies sich bald, dass die „Verwaltungsstelle“ im Plenum - es waren bei einigen Sitzungen bis zu 35 Personen anwesend - kaum wirklich arbeitsfähig war, sodass man sie im Herbst 1920 nicht mehr einberief. Auf Anregung von Alfred Walheim entschloss man sich zur Schaffung eines Vollzugsausschusses, der aus den Reihen der in Wien existierenden „burgenländischen Interessensverbände“, die eine Art von Vorfelddorganisationen der erst im Aufbau befindlichen Parteien des Landes waren, zusammengestellt wurde. Der „Verein zur Erhaltung des Deutschtums in Ungarn“ war längst durch seine inneren Spannungen und durch die sich schon im Sommer 1919 abzeichnende Aufspaltung in verschiedene parteigebundene Gruppierungen gelähmt und zerfallen. Die einzelnen Parteien begannen auch in der Burgenland-

Frage ihre Interessen zu formulieren, zumal sie in den jetzt schon zu tausenden in Ostösterreich lebenden Emigranten ein wichtiges, neues Wählerpotential sahen. So wurde der Ausschuss mit Zustimmung der Wiener Parteizentralen aus je vier Vertretern der westungarischen Ortsgruppe des großdeutsch ausgerichteten Vereins „Südmark“ (Dr. Alfred Walheim, Dr. Ernst F. Beer, Dr. Eugen Schuster und Max Jungmann), des „Vereins der christlichen Burgenländer in Wien“ (Franz Binder<sup>A</sup>), Nikolaus Wachter<sup>B</sup>), Josef Vukovits<sup>C</sup>) und Josef Reisner<sup>D</sup>) und des „Sozialdemokratischen Vereins der Westungarn in Wien“ (Josef Baliko<sup>E</sup>), Alois Müller<sup>F</sup>), Schimkovits und Pindter) gebildet. Aber auch dieses Gremium war wenig effektiv und wurde nur gelegentlich von Sektionschef Dr. Davy zur Beratung und zu Vorbereitungsarbeiten diverser organisatorischer Maßnahmen herangezogen.

Zur Erledigung der konkreten Aufgaben wurden zwei Einrichtungen auf Beamtenebene geschaffen: Eine juristisch-administrative Abteilung unter der Leitung des Verwaltungsjuristen Dr. Karl Heger<sup>G</sup>), die die Vorbereitungen zum Aufbau der Landesverwaltung treffen sollte und eine Übersetzungsgruppe unter Josef Rauhofer<sup>H</sup>), die alle geltenden ungarischen Gesetze und Verordnungen des

- 
- A) Franz Binder (geb. 1881 in Rechnitz, gest. 1944 in Wien) war Polizeibeamter in Wien und Gründungsobmann des "Vereins Christlicher Burgenländer in Wien" 1922 – 1934 Abgeordneter des Nationalrats
- B) Katechet Nikolaus Wachter stammte aus Deutsch-Schützen und war röm. kath. Religionslehrer in Wien.
- C) Josef Vukovits (geb. 1879 in Stegersbach) war Kroat. Seit 1919 war er Mitglied des Vereins "Deutsche Landsleute aus Ungarn" und dann Mitbegründer des "Vereins der christlichen Burgenländer in Wien"
- D) Josef Reisner kam aus einer evangelischen Familie Ödenburgs, war Hauptmann a.D. und besonders durch Artikel zur Burgenland-Frage in der "Reichspost" hervorgetreten.
- E) Josef Baliko (geb. 1876 in Jabing, gest. 1925 in Wien) war Holzarbeiter in Wien und Mitbegründer des "Sozialdemokratischen Vereins der Westungarn in Wien"
- F) Alois Müller (geb. 1878 in Sulz, gest. 1945 in Güssing) war Maschinenschlosser in Wien und SdP-Funktionär. 1922 – 1934 Abgeordneter im Bgld. Landtag.
- G) Dr. Karl Heger (geb. 1882 in Wien, gest. 1972 in Amstetten) studierte Rechtswissenschaften in Wien (Dr. iur. 1906) und trat in den Dienst der Niederösterreichischen Statthaltereie in Wien. 1913 kam er ins Kriegsministerium, 1920 ins Staatsamt für Finanzen und kurz darauf ins Staatsamt für Inneres und Unterricht. Hier wurde er der "Verwaltungsstelle für den Anschluss Deutsch-Westungarns" zugeteilt. 1922 wurde er Landesamtsdirektor-Stellvertreter im Amt der Bgld. Landesregierung, 1924 Landesamtsdirektor.
- H) Josef Rauhofer (geb. 1875 in Mattersburg, gest. 1939 in Baden) besuchte die Rechtsakademie in Pressburg (abs. jur. 1899). Nach kurzer Tätigkeit als Richter trat er in den Dienst der Landesverwaltung von Bosnien-Herzegowina. Im Mai 1917 kam er ins Nationalitätenministerium in Budapest. Als der Friedensvertrag von Saint-Germain 1919 seine westungarische Heimat Österreich zusprach, ging er nach Wien, wo er im Oktober 1919 im Staatsamt für Inneres und Unterricht "Vorstand des literarischen Büros im Burgenlanddienst" wurde. 1924 - 1928 war er Landeshauptmann des Burgenlandes. Kurzbiographie siehe in: Schlag, Gerald: Burgenland.

öffentlichen und privaten Rechts ins Deutsche zu übertragen hatte. Letztere stellte im Laufe von wenigen Monaten das imponierende „Rechtsarchiv des Burgenlandes“ zusammen, das sieben Bände mit über 2.300 Druckseiten umfasste.

Den weitaus wichtigsten Schritt für die „Einrichtung des Bundeslandes Burgenland“ setzte aber die Schaffung der österreichischen Bundesverfassung, die am 1. Oktober 1920 von der Nationalversammlung verabschiedet wurde. Wie erwähnt, hatte schon die „Staatserklärung über Umfang, Grenzen und Beziehungen des Staatsgebietes Deutschösterreich“ vom 22. November 1918 das „geschlossene deutsche, dem deutschösterreichischen Staate unmittelbar angrenzende Siedlungsgebiet“ also das spätere Burgenland als zu Österreich gehörend reklamiert und auch in allen weiteren Überlegungen und Erklärungen dementsprechend behandelt. So kam das Burgenland damals vielfach noch als Deutschwestungarn oder Heizenland bezeichnet in allen Verfassungsentwürfen vor, die ab dem Frühjahr 1919 vorgelegt und diskutiert wurden. Als Vertreter des damals „noch nicht real existierenden Landes“ traten dabei so auch bei den Länderkonferenzen, die Mitte Februar 1920 in Salzburg und Ende April 1920 in Linz abgehalten wurden Delegierte des „Vereins zur Erhaltung des Deutschtums in Ungarn“ auf. Interessant ist es, dass im Laufe der Debatten die Überlegung aufkam, Teile des südlichen Burgenlandes an die Steiermark anzuschließen, da sich diese „*bequemer von Graz als von Ödenburg*“ verwalten lassen würden. Man überlegte auch, ob man die nördlichen Gebiete nicht zu Niederösterreich geben sollte, wohin sie ja „*schon bis 1638*“ gehört hätten. Letztlich einigte man sich aber auf folgende Formel: „*Weil [das Burgenland] jedoch heute nicht nur eine völkische, sondern auch eine administrative und rechtliche Gemeinschaft darstellt, und weil es nationale Minderheiten besitzt, mit denen eines der Stammländer zu belasten nicht klug wäre, insbesondere aber aus Achtung für diesen deutschen Stamm selbst, tritt das Burgenland als eigenes Bundesland in die Republik Österreich zurück.*“<sup>462</sup> Dieser Argumentation folgend beschloss die Bundesregierung in ihrer Kabinettsitzung am 20. Juli 1920: „*Das auf Grund des Staatsvertrages von St. Germain dem Staatsgebiet der Republik Österreich an ihrer Ostgrenze zugewiesene Gebiet tritt - unvorgreiflich der künftigen Entschließung seiner eigenen Volksvertretung unter der Bezeichnung „Burgenland“ mit den gleichen Rechten und Pflichten, welche die Länder Österreichs haben, in deren Gemeinschaft ein.*“

In den im Laufe des Sommers 1920 von den Parteien vorgelegten Verfassungsentwürfen wurde das Burgenland gleichrangig mit den anderen Bundesländern aufgezählt, nur die Sozialdemokraten wollten zunächst, dass „*das Land dem Bund angegliedert werde, sobald seine Bevölkerung durch freie Volksabstimmung darüber entschieden hat.*“ Dies floss auch in den dem

Parlament zugeleiteten letzten Verfassungsentwurf vom 23. August 1920 ein, wo es hieß:

*”1. Österreich ist ein Bundesstaat.*

*2. Der Bundesstaat wird gebildet aus den selbständigen Ländern Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol, Vorarlberg und Wien.*

*3. Sobald das Burgenland seinen Willen dazu ausgedrückt hat, wird es als selbständiges und gleichberechtigtes Land in den Bund aufgenommen.”*

Das Burgenland sollte also vorläufig nur als ein von Österreich verwaltetes Territorium betrachtet und erst dann ein vollwertiges Bundesland werden, wenn es einen gewählten Landtag habe, und dieser den Anschluss an Österreich feierlich beschließe. Gegen diese Formulierung protestierte aber der „Vollzugsausschuss der Burgenländischen politischen Vereine in Wien“ und erklärte den Punkt 3 als „überflüssig und schädlich“ Man meinte, dass er überflüssig sei, *„weil wie es auch in den Verhandlungen von St. Germain heißt, der Volkscharakter und die Stimmung der Bevölkerung in Deutsch-Westungarn so klar für den Anschluss an Österreich sprechen, dass dieser nicht erst von der Einholung einer Willensäußerung abhängig gemacht werden braucht. Er ist schädlich, weil der ungarische Widerstand gegen den Anschluss dadurch frische Nahrung erhalten muss und die ungarische Wühlarbeit mit Recht darauf hinweisen wird, dass Österreich des Anschlusses noch nicht völlig sicher sei.“* Und abschließend stellte man fest: *„Wir sind überzeugt und wir sprechen auf Grund unserer genauen Kenntnis der Stimmung in der Heimat, dass der erstgewählte Landtag des Burgenlandes einstimmig den Anschluss an Österreich gutheissen wird und wir glauben, dass diese Bestätigung des Anschlusses der österreichischen Regierung vollauf genügen kann. Es wäre unklug, durch die Vornahme einer allgemeinen Abstimmung neuerlich Zwist und Aufregung in das Land zu tragen, das dringend der Ruhe bedarf. Es ist ein Gebot der nationalen Ehre und der politischen Klugheit, endlich Klarheit darüber zu schaffen, dass es Österreich mit dem Anschluss des Burgenlandes ernst meint.“*<sup>463</sup>

Auf Grund dieses Protestes verzichtete man am 1. Oktober 1920 bei der Beschlussfassung des Bundes-Verfassungsgesetzes auf die oben erwähnte Einschränkung, sodass es nun im Artikel 2, Absatz 2 kurz und bündig hieß: *„Der Bundesstaat wird gebildet aus den selbständigen Ländern: Burgenland, Kärnten, Niederösterreich (Niederösterreich-Land und Wien), Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol, Vorarlberg.“*

Der oben im Absatz 3 formulierte Zusatz wurde in das am selben Tag im Parlament verabschiedete „Verfassungsgesetz betreffend den Übergang zur bundesstaatlichen Verfassung“ verschoben. Hier wurde festgelegt, dass das Burgenland als selbständiges und gleichberechtigtes Land erst *„dann in den*

*Bund aufgenommen wird, sobald es seinen Willen zum Ausdruck gebracht hat*" Nähere und detailliertere Bestimmungen über die Stellung des Burgenlandes in seinem Verhältnis zum Gesamtstaat sollten - so dieses Gesetz - durch ein eigenes Bundes-Verfassungsgesetz festgesetzt werden.

Wie erwähnt, war man mit dem Status und auch mit dem bisherigen Arbeitsfortschritt der Verwaltungsstelle unzufrieden. So hatte diese selbst schon in ihrer übrigens vorläufig letzten Sitzung am 14. Juni 1920 beschlossen, die Bundesregierung zu ersuchen, dieses Gremium zu reformieren und auf eine gesetzliche Basis zu stellen. Sinnvollerweise wollte man aber zunächst die endgültige Formulierung der Bundes-Verfassung abwarten, um dann weitere praktische - und vor allem verfassungskonforme - Schritte setzen zu können. So kam es noch im November/Dezember 1920 zur Ausarbeitung eines „Bundesverfassungsgesetzes über die Stellung des Burgenlandes als selbständiges und gleichberechtigtes Land im Bund und über seine vorläufige Einrichtung“, das am 25. Jänner 1921 im Nationalrat beschlossen wurde. Hier wurde die Bundesregierung angewiesen, Vorbereitungen für eine Landtagswahl auszuarbeiten, um möglichst bald einen Landtag und eine Landesregierung im Burgenland schaffen zu können. Bis dies möglich sei, sollte der Bund die gesamte Vollziehung durch einen „Landesverwalter für das Burgenland“ ausüben. Dieses Amt wurde Sektionschef Dr. Robert Davy übertragen, dem - entsprechend dem „Burgenlandgesetz“ - die nunmehrige „Verwaltungsstelle für das Burgenland“ als beratendes Organ zur Seite gestellt wurde. Diese „neue“ Verwaltungsstelle setzte sich aus zwölf Mitgliedern und sechs Ersatzleuten zusammen, die von den drei im Parlament vertretenen Parteien nominiert wurden. Die Großdeutschen beließen ihre bisherigen Delegierten auch in der neuen Verwaltungsstelle, die Christlichsozialen entsandten Rudolf Gruber, Franz Binder, Gregor Meidlinger und Franz Luttenberger<sup>A)</sup>. Von den Sozialdemokraten wurden Oskar Helmer<sup>B)</sup>, Ernest Hoffenreich<sup>C)</sup>, Johann

- 
- A) Franz Luttenberger war ein vermögender Landwirt in St. Margarethen a. d. Raab in der Oststeiermark, der die Anschlussbestrebungen seiner südburgenländischen "Nachbarn" intensiv unterstützte. 1919 - 1930 war er Mitglied des Nationalrates.
- B) Oskar Helmer (geb. 1887 in Gattendorf, gest. 1963 in Wien) Schriftsetzer und schon seit den Lehrlingsjahren Mitglied der Sozialdemokratie. 1911 Parteisekretär im nö. Viertel unter dem Wienerwald. 1919 SdP-Abgeordneter im nö. Landtag. War Mitbegründer der burgenländischen SdP am 9. Jänner 1921 in Wiener Neustadt.
- C) Ernest Karl Hoffenreich (geb. 1890 in Wien, gest. 1958 in Mattersburg). Sohn eines Bankdirektors, studierte Jus in Wien und Paris. Wegen seiner vielfältigen Sprachkenntnisse (Französisch, Italienisch, Tschechisch und Ungarisch) wurde er 1918 Beamter in der Staatskanzlei, dann im Wiener Rathaus. Durch Bürgermeister Karl Seitz, dessen Nichte er heiratete, kam er zur Sozialdemokratie und wurde von dieser 1919 als Delegierter von Niederösterreich in die "Verwaltungsstelle für den Anschluss Deutsch-Westungarns" geschickt. Von da an entwickelten sich enge Kontakte zum Burgenland, wo er bis 1934 und dann 1945 - 1953 hohe politische Ämter innehatte. Vgl. Schlag, Gerald: Burgenland...a.a.O. S. 121 f.

# Bundesgesetzblatt

## für die Republik Österreich

Jahrgang 1921

Ausgegeben am 9. Februar 1921

43. Stück

**Inhalt:** (Nr. 85—88.) 85. Bundesverfassungsgesetz über die Stellung des Burgenlandes als selbständiges und gleichberechtigtes Land im Bund und über seine vorläufige Einrichtung. — 86. Bundesgesetz, betreffend die Wänderung des Gesetzes vom 23. Mai 1883, N. G. Bl. Nr. 83, über die Erhaltung des Grundsteuerkatasters. — 87. Verordnung über die Erhaltung des Arbeiterstandes in gewerblichen Betrieben. — 88. Bundesgesetz über das Verbot der Beteiligung des Versicherungsnehmers an der Agentenprovision.

### 85.

Bundesverfassungsgesetz vom 25. Jänner 1921 über die Stellung des Burgenlandes als selbständiges und gleichberechtigtes Land im Bund und über seine vorläufige Einrichtung.

Der Nationalrat hat beschlossen:

#### § 1.

Landeshauptstadt des Burgenlandes ist die Stadt Oberburg.

#### § 2.

Die Bundesregierung hat dem Nationalrat unverzüglich eine einstweilige Landesordnung und Landtagswahlordnung für das Burgenland vorzulegen. Die Wahlordnung hat im Sinne des Artikels 95, Absatz 1, des Bundesverfassungsgesetzes die Wahlen auf Grund des allgemeinen, gleichen, unmittelbaren, persönlichen und geheimen Stimmrechtes aller Bundesbürger, die im Burgenland ihren ordentlichen Wohnsitz haben, ohne Unterschied des Geschlechtes nach dem Grundsätze der Verhältniswahl vorzusehen.

#### § 3.

Die Bundesregierung hat die Wahlen ehestens auszuführen und sodann den Landtag ohne Verzug einzuberufen, damit er seine gesetzgebende Tätigkeit aufnehmen und nach Maßgabe der Landesordnung eine Landesregierung bestelle.

### § 4.

(1) Bis zur Bestellung der Landesregierung durch den Landtag übt der Bund die gesamte Vollziehung im Burgenlande unter Mitwirkung von Vertrauensmännern der burgenländischen Bevölkerung durch einen Bundesbeamten aus, der von der Bundesregierung im Einvernehmen mit dem Hauptauschuß des Nationalrates zum „Landesverwalter für das Burgenland“ bestellt wird.

(2) Dem „Landesverwalter für das Burgenland“ ist als beratendes Organ die „Verwaltungsstelle für das Burgenland“ beigegeben. Sie besteht aus zwölf Mitgliedern und sechs Ersahmännern, welche vom Nationalrat auf Gesamtvorschlag des Hauptauschusses gewählt werden. Dieser Vorschlag ist in der Weise zu erstellen, daß jede der dormalen im Hauptauschuß vertretenen Parteien vier Mitglieder und zwei Ersahmänner namhaft macht.

### § 5.

(1) Der Landesverwalter führt den Vorsitz in der Verwaltungsstelle.

(2) Die Mitglieder der Verwaltungsstelle haben das Recht, den Landesverwalter über alle Gegenstände der das Burgenland betreffenden Vollziehung zu befragen, Anträge zu stellen, über diese Anträge und die Anträge des Landesverwalters Beschluß zu fassen und jeberzeit zu begehren, daß der Landesverwalter eine Sitzung der Verwaltungsstelle einberufe. Jedes solche Begehren sowie jeder andere Antrag muß mit Einrechnung des Antragstellers von mindestens drei Mitgliedern unterstützt sein. Die Verwaltungsstelle gibt sich selbst eine Geschäftsordnung.

Bild 83: Das „Burgenland-Gesetz“ vom 25. Jänner 1921

Fiala<sup>A)</sup> und Anton Weixelberger<sup>B)</sup> entsandt; letzterer wurde schon nach wenigen Sitzungen von Alois Mosler<sup>C)</sup> abgelöst. Bei der Auswahl der Parteienvertreter hatte man österreichische Parlamentarier gewählt, da es bei der Konstituierung noch keine burgenländischen Landesparteien gab, und man entweder noch keine politisch qualifizierten Persönlichkeiten aus dem Lande selbst hatte, wie bei den Christlichsozialen, oder, wie bei den Sozialdemokraten, diese wegen ihrer Mitarbeit an der Räteregierung mit Argwohn betrachtete. Dies sollte in der Folge noch einige Spannungen ergeben, die teilweise auch noch in die Zeit nach 1922 reichen sollten.

Trotz solcher und ähnlicher „Anlaufschwierigkeiten“ funktionierte die neue „Verwaltungsstelle“, die ab März 1921 ihre Funktion aufnahm und ein mit erfahrenen Beamten besetztes „Landesverwaltungsamt“ zur Seite hatte, ausgezeichnet und schuf alle Voraussetzungen für die Übernahme des Landes, die nach der endgültigen Ratifizierung des Friedensvertrages von Trianon durch alle Signatarstaaten erfolgen sollte. Diese ließ aber vorläufig noch auf sich warten.

## 1921: Das Jahr der Entscheidung

Obwohl das ungarische Parlament auf Druck der Mächte in Paris den Friedensvertrag von Trianon am 13. November 1920 ratifizierte und sich damit – zumindest formal – auch verfassungsrechtlich der Gebietsentscheidung über Westungarn unterwarf, glaubte man in Budapest noch genügend Zeit zu haben, um in Verhandlungen mit der neuen Regierung in Wien wesentliche Änderungen im Grenzverlauf zu Österreich durchzudrücken. Man setzte darauf die Hoffnung, dass der eine oder andere Staat aus den Reihen der Alliierten und Assoziierten Mächte - und hier rechnete man nach wie vor auf Frankreich oder Italien - durch das Hinausschleppen der Ratifikation den tatsächlichen Zeitpunkt der Übergabe noch Monate hinauszögern würde. Unter Hinweis auf „*diese greifbare Manifestation der friedlichen Absichten Ungarns*“ wurden der französische Gesandte

---

A) Johann Fiala (geb. 1872 in Ödenburg, gest. 1957 in Wiener Neustadt) Schuhmacher, war 1892 Mitbegründer des Ödenburger Arbeiterbildungsvereines, eine der frühen sozialdemokratischen Organisationen Westungarns. 1918 Obmann der SdP des Komitates Ödenburg und am 9. Jänner 1921 zum ersten Obmann der burgenländischen Landesorganisation der SdP gewählt.

B) Anton Weixelberger war sozialdemokratischer Bürgermeister von Fürstenfeld.

C) Alois Franz Mosler (geb. 1895 in Wien, gest. 1962 in Wien) Sekretär der Bauarbeitergewerkschaft in Wiener Neustadt. Im Frühjahr 1921 zum LandesparteiSekretär der burgenländischen SdP ernannt, baute er in Wiener Neustadt die "Sozialdemokratische Auskunftsstelle für das Burgenland" auf.

Fouchet und der italienische Geschäftsträger, Luigi de Vinci, gebeten, an ihre Regierungen die Bitte Ungarns weiterzuleiten, auf die Übergabe des strittigen Gebietes so lange nicht zu drängen, bis Ungarn mit Österreich zu einer für beide Seiten vorteilhaften Vereinbarung käme. Dafür, so hieß es, seien die Voraussetzungen günstiger geworden, da in Wien jene Partei an die Macht gekommen sei, die zu Ungarn echte freundschaftliche Beziehungen anstrebe.

Doch dann gab es am 23. Dezember 1920 eine böse Überraschung, als die Botschafterkonferenz dem ungarischen Vertreter in Paris, Praznovsky, eine Note überreichte, in der angeordnet wurde, das Burgenland gemäß dem Vertrag von Trianon an die Interalliierte Kommission in Ödenburg zu übergeben. Diese sollte das Gebiet - ähnlich wie dies im November 1920 im Kärntner Abstimmungsgebiet mustergültig durchgeführt wurde - unverzüglich an Österreich weitergeben. Der eigenartige Übergabevorgang diese ungewöhnliche Zwischenschaltung der Alliierten Mächte - ließ in Budapest sofort den Verdacht hochsteigen, dass diese Bestimmung auf österreichische Initiative zurückzuführen war, um die dem Ballhausplatz unangenehmen direkten österreichisch-ungarischen Verhandlungen zu unterlaufen<sup>464</sup> und eine direkte Konfrontation der beiden Nachbarn bei der Übergabe zu verhindern. Sondierungen in Paris bestätigten den Verdacht und der Leiter der Politischen Abteilung im französischen Außenamt, Emanuel Peretti de la Rocca, verriet Praznovszky, dass die Österreicher in letzter Zeit drei Noten an die Alliierten geschickt hatten, um die Übergabe Westungarns voranzutreiben. In der Tat hatte der österreichische Botschafter in Paris, Johann Eichhoff, dies vehement und mit Erfolg betrieben, wobei er sogar gebeten hatte, Alliierte Truppen, die man aus Schlesien nehmen sollte, nach Westungarn zu transferieren, um womöglichen bewaffneten Widerstand ungarischer Kräfte von Haus aus zu ersticken.<sup>465</sup> In Budapest musste man erkennen, dass alle mit führenden christlich-sozialen Parteiführern getroffenen Abmachungen von der „christlich-sozialen Regierung“ offensichtlich nicht als bindend betrachtet wurden, ja null und nichtig waren.

Tatsächlich war die CsP in ihrer Haltung gegenüber Ungarn mehr als gespalten. Ein Großteil der Parteiführer war über die Geheimgespräche - wenn überhaupt - nur marginal informiert. Als dann schrittweise Details bekannt wurden, lehnten die meisten das Ansinnen, das Burgenland gegen andere Zusagen einzutauschen, entschieden ab. Für die Regierung Mayr war es schon auf Grund der öffentlichen Meinung in Österreich rundweg ausgeschlossen, hinter die Bestimmungen von Saint-Germain und Trianon in dem von den Ungarn geforderten Ausmaß zurückzuweichen. In seinen Memoiren anerkannte selbst Gustav Gratz die schwierige Situation der CsP, wenn er schrieb: *„Ich muß zugeben, daß es für eine politische Partei nicht leicht war, gegen eine Vergrößerung des Landes und die Aufnahme*

einer rein deutschen Bevölkerung in den österreichischen Staatsverband erfolgreich aufzutreten, jedenfalls waren die Christlich-Sozialen dieser Aufgabe nicht gewachsen und wären sie es gewesen, so hätten sie dafür keine Mehrheit zusammengebracht, da die Sozialdemokraten, die Großdeutschen und die christlichsozialen Freunde des Annexionsgedankens stark genug waren, um sie zu überstimmen.“<sup>466</sup> Zudem ließen innerungarische Ereignisse der Monate November und Dezember 1920 selbst die engsten Freunde Ungarns aufhorchen und misstrauisch werden. In Westungarn häuften sich Klagen über Bedrückung und Ausschreitungen gegen die deutsche Bevölkerung durch die von Oberst Lehár kaum gezügelten extrem-nationalistischen Detachements. Die westungarische Presse wurde einer strengen Zensur unterworfen, ja da und dort sogar in das Briefgeheimnis eingegriffen und in den der ungarischen Regierung nahestehenden Medien eine feindselige, antiösterreichische Berichterstattung betrieben. Selbst die christlichsoziale „Reichspost“, die bisher als einzige österreichische Zeitung in Westungarn verbreitet werden durfte, wurde nun nur mehr eingeschränkten Kreisen zugänglich gemacht. Einen Paukenschlag setzte aber die Absetzung von Minister Jakob Bleyer anlässlich einer Regierungsumbildung Mitte Dezember 1920 und die damit verbundene Beseitigung des Nationalitätenministeriums, dessen Aufgabenbereich nur mehr eine Sektion des Außenamtes übernahm. Viele interpretierten diesen Schritt so, dass es in der „ungarischen Lesart“ keine Nationalitätenfrage innerhalb dieses Staates geben durfte und man Nationalitätenprobleme nur mehr im Ausland sah, also nur mehr die Magyaren in den Nachbarstaaten als schutzwürdig betrachtete. Alle diese Anzeichen wiesen darauf hin, dass Ungarn weniger denn je an eine Autonomie der Deutschen Westungarns dachte und dass man ungarischerseits auf Verhandlungen auf der „Huber’schen Basis“ kaum eingehen wollte. Unter diesen Aspekten konnte es in Wien kaum mehr jemand wagen, öffentlich die Stimme für einen Verzicht auf das Burgenland zu erheben, ohne sofort des „Volksverrats“ beschuldigt zu werden. Ein zusammenfassender Bericht, den die deutsche Gesandtschaft Anfang Jänner 1921 an das Außenamt in Berlin sandte, schilderte treffend die Lage in Wien: „Für die christlichsoziale Regierung war die Behandlung der westungarischen Frage kein leichtes Problem. Einerseits wollte sie Ungarn nicht weh tun, um nicht die Möglichkeit einer österreichisch-ungarischen Konföderation zu verschütten, andererseits mußte sie die schärfste Opposition der Großdeutschen und der Sozialdemokraten erwarten, falls sie durch Preisgabe Westungarns „Verrat am deutschen Volke“ begehen würde. Man muß es der Regierung Mayr lassen, daß sie nicht ohne Geschick zwischen dieser Scylla und Charybdis zu steuern verstanden hat. Der Entente gegenüber wußte sie den Standpunkt durchzusetzen, daß die burgenländische Frage zwischen dieser und Ungarn auszutragen sei und die Übergabe nicht direkt, sondern von Ungarn an die Entente und dann durch



Owi muiss a!

HERMES, WIEN XVII

**Bild 84:** Anti-ungarische Postkarte „Owi muiss a!“ (Wien 1921).

## XXXIII. Gesetz-Artikel vom Jahre 1921, über die Inartikulierung des am 4. Juni 1920 in Trianon mit den Vereinigten Staaten von Amerika, dem Britischen Reich, mit Frankreich, Italien und mit Japan, ferner mit Belgien, China, Cuba, Griechen- land, Nicaragua, Panama, Polen, Portugal, Rumänien, mit dem Serbisch-Kroatisch-Slovenischen Staat, mit Siam und mit der Tschecho-Slowakei abgeschlossenen Friedensvertrags.

(Das erste Protokoll über die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden  
lautet vom 26. Juli 1921).

(Die Kundmachung wurde angeordnet am 27. Juli 1921. — Kund-  
gemacht in dem „Országos Törvénytár“ am 31. Juli 1921).

### § 1.

In Anbetracht der Zwangslage, die für Ungarn  
infolge des unglücklichen Ausganges des Weltkrieges  
entstanden ist und die seinerzeit auf die Ent-  
schließung der kön. ung. Regierung betreffend die  
Unterzeichnung des Friedensvertrags von entschei-  
dem Gewicht war, wird der am 4. Juni 1920 in Trianon  
mit den Vereinigten Staaten von Amerika, dem  
Britischen Reich, Frankreich, Italien und mit Japan,  
ferner mit Belgien, China, Cuba, Griechenland, Nica-  
ragua, Panama, Polen, Portugal, Rumänien, mit dem  
Serbisch-Kroatisch-Slovenischen Staat, mit Siam und  
mit der Tschecho-Slowakei abgeschlossene Friedens-  
vertrag mit der dazu gehörenden Karte und mit den  
Anlagen zu einzelnen Bestimmungen des Friedens-  
vertrags, wie auch mit dem in Ergänzung des  
Friedensvertrags ebenfalls vom 4. Juni 1920 datier-  
ten Protokoll nebst Erklärung unter die Gesetze des  
ungarischen Staats inartikuliert.

*Bild 85: Die endgültige Ratifikation des Friedensvertrages von Trianon.  
26. Juli 1921*

*diese an Österreich zu erfolgen hätte. Gleichzeitig aber griff die christlichsoziale Parteileitung...zu dem bewährten Rezept des Spieles mit verteilten Rollen. Während Bundeskanzler Mayr mit Rücksicht auf die Haltung der österreichischen Parteien sich als den starken Mann gerierte und die westungarische Frage im Parlament als res judicata bezeichnete, erklärten andere Parteipolitiker zur Schonung der ungarischen Empfindlichkeit die Abtretung Westungarns für einen „Gewaltakt der Entente“, den man zwar nicht hindern, aber keineswegs gutheißen könne...”<sup>467</sup>*

In Budapest, wo man sich den größten Hoffnungen hingegeben hatte, war man über die „Hinterhältigkeit“ Wiens bestürzt, und ein Entrüstungssturm entlud sich über Österreich. Die Ratifizierung des Wirtschaftsabkommens vom vergangenen Dezember wurde verweigert, ein Wirtschaftskrieg angedroht. Die Verhandlungen über Deutschwestungarn wurden abgebrochen und man erklärte, dass man erst die vermögensrechtlichen Verhandlungen über den ehemaligen gemeinsamen österreich-ungarischen Besitz abschließen müsse, was durch die komplizierte Materie praktisch eine Verschleppung der Burgenlandfrage um Monate bedeuten konnte<sup>468</sup>. Die Wut war in den chauvinistischen Kreisen um Gyula Gömbös so groß, dass man den absurden Plan fasste, die Regierung Mayr durch einen Putsch zu stürzen. Man holte die seinerzeit gegen Staatskanzler Renner gesponnenen Pläne „aus der Schublade“ und erwog, dem Ungarn ideologisch nahestehenden rechten Flügel der Christlichsozialen in Wien zur Herrschaft zu verhelfen.

Auch in Paris protestierte Praznovszky am 13. Jänner gegen die Entscheidung der Botschafterkonferenz, mit der Begründung, dass diese dem Geist des Friedens von Trianon zuwiderlaufe und insbesondere der in der „Millerand’schen Mantelnote“ gegebenen Zusicherung keine Rechnung trage. Obwohl die Botschafterkonferenz die Begründung Ungarns grundsätzlich als falsch zurückwies, erklärte sie sich in der Antwortnote vom 22. Jänner 1921 bereit, unmittelbare Besprechungen zwischen Wien und Budapest nicht zu hindern und deren Ergebnisse vor der endgültigen Ratifizierung des Vertrages von Trianon anzuerkennen. Die Alliierten Grenzkommissionen würden die zwischen den beiden Staaten getroffenen Abmachungen akzeptieren<sup>469</sup>. So setzte sich das außenpolitisch isolierte Ungarn abermals an den Verhandlungstisch mit Österreich. Doch die Verhandlungen, die am 15. Februar in Wien begannen, zeigten sofort, welche riesige Kluft zwischen den Vorstellungen der beiden Nachbarstaaten bestand. Denn während Gratz, der am 17. Jänner 1921 zum ungarischen Außenminister ernannt worden war, nur zu geringen Abtretungen im Bereich von Neudörfel bis Neufeld bzw. Hornstein, zum Schutz der Stadt Wiener Neustadt und des Zillingdorfer-Neufelder Kohlenbergwerks, bereit war, forderten die österreichischen Gesprächspartner das gesamte ihnen in Saint-Germain zugesprochene Gebiet

und wollten höchstens über eine Abtretung von Zinkendorf (Nagycekn) und einiger Gebiete bei Rechnitz sprechen<sup>470</sup>. Die Verhandlungen stockten auch bald und mussten am 24. Februar ergebnislos vertagt werden. Als dann die Gespräche am 19. März in Budapest erneut aufgenommen wurden, musste man wieder erkennen, dass beide Seiten kaum zu weiteren Konzessionen<sup>A)</sup> bereit waren als einen Monat zuvor, sodass auch dieses Treffen kein Ergebnis brachte. Österreich sah sich in seiner Haltung dadurch bestätigt, dass die Pariser Botschafterkonferenz am 2. März eine Klarstellung erließ, in der betont wurde, dass die von den Friedensverträgen gezogenen Grenzl意思en auch durch zwischenstaatliche Verhandlungen der beiden Streitparteien nicht verändert werden dürften. Es sei – so die entsprechende Note – eine völlige Missinterpretation der „Millerand’schen Mantelnote“, wenn man hier mehr als kleinere lokale Korrekturen plane.<sup>471</sup>

Die ungarische Presse versuchte den Forderungen ihrer Delegation durch laute Propaganda Nachdruck zu verleihen und veröffentlichte im Zuge der Kampagne zahlreiche Telegramme aus burgenländischen Gemeinden, die der ungarischen Regierung ihre Treue und „im äußersten Fall“ auch ihres „Ausharrens mit der Waffe in der Hand“ versicherten. Schon im November 1920 hatte der gut informierte deutsche Gesandte gemeldet, dass namhafte Persönlichkeiten, darunter Gustav Gratz - damals noch als Gesandter in Wien - und der Abgeordnete Graf Klebelsberg angedeutet hätten, *„dass der Versuch einer Besetzung Westungarns Blut kosten werde, da ein Guerillakrieg mit noch im Lande verbleibenden ungarischen Banden unausbleiblich sei, auch wenn sich wahrscheinlich die Bevölkerung selbst nicht gegen die österreichische Besetzung sträuben werde.“*<sup>472</sup> Wenige Monate später wiederholte Gratz ganz offen die Drohung, dass die Bevölkerung Westungarns ihre Dörfer mit Waffengewalt gegen eine österreichische Besetzung verteidigen würde, doch war dies offensichtlich im Zuge der emotional geführten Debatten ohne besondere Beachtung von österreichischer Seite untergegangen. Spätestens jetzt - im März 1921 - hätte man allerdings hellhörig werden müssen, dass sich in Westungarn möglicherweise ein schon von langer Hand vorbereiteter, bewaffneter Widerstand durch Freischärler getarnt als Volksaufstand - zusammenbraue, zumal alle Telegramme ganz offensichtlich „von zentraler Stelle“ lanciert worden waren.

---

A) Ungarn schlug eine Grenzlinie vor, die Kittsee, Pama und Gattendorf zu Österreich, die ebenfalls kroatischen Gemeinden Neudorf und Parndorf zu Ungarn bringen sollte. Hinter Parndorf sollte die neue Grenze entlang des Hauptkammes des Leithagebirges nach Westen verlaufen, dort Hornstein und Steinbrunn zu Österreich schlagen, um dann "hinter dem Schimmelberg (Kote 276)" die alte Reichgrenze zu erreichen. Weiter westlich sollte lediglich Neudörfel zu Niederösterreich kommen. ADÖ. Bd. 3. S. 565 (Dok. 513. Besprechungen österreichischer und ungarischer Regierungsvertreter. Budapest, 19. 21. März 1921)



**Bild 86:** *Das Schweizer Exil Kaiser Karls: Villa Hertenstein bei Prangins am Genfersee.*

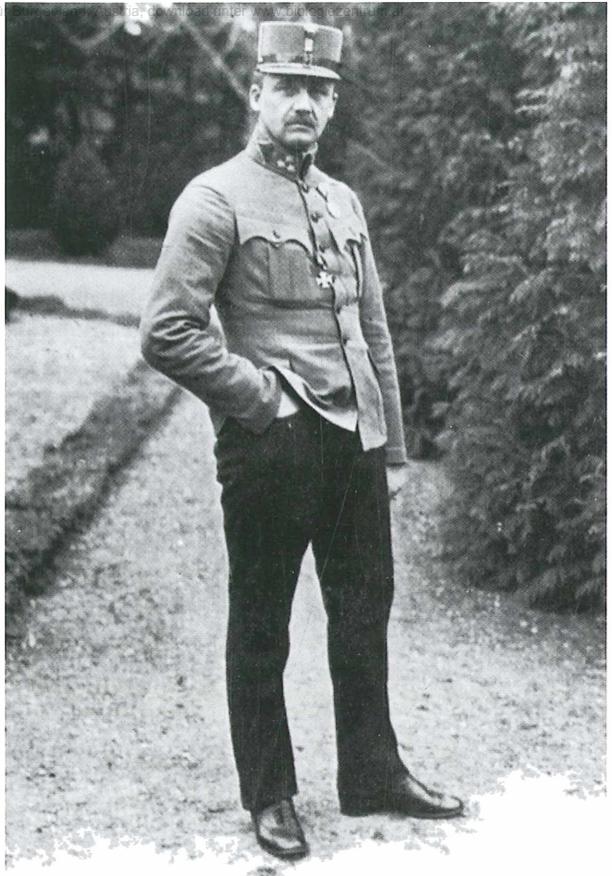
Während dieser ermüdenden Verhandlungen versuchten beide Parteien sowohl in Westungarn als auch in Berlin und Paris „politisches Kapital“ zu schlagen. In Westungarn selbst machte es die unkluge Politik der Magyaren den Österreichern leicht, die Stimmung der Bevölkerung für sich zu gewinnen. Selbst in Kreisen, die vorher treu zu Ungarn gestanden waren, wuchs der pro-österreichische Anschlussgedanke. Wie der deutsche Gesandte in Budapest vertraulich erfuhr, sollten sogar einige westungarische Abgeordnete geheim für Österreich arbeiten, „um bei etwaigen Grenzregulierungen gegen die Abgabe kroatischer Ortschaften möglichst viel deutsches Gebiet für Österreich zu retten“<sup>473</sup>.

Aber trotz der für Ungarn immer ungünstiger werdenden Stimmung in Westungarn, waren vor allem Dr. Johannes Huber und der evangelische Pfarrer Scholtz bereit, noch einmal ihren Einfluss für Ungarn in die Waagschale zu werfen und Exminister Bleyer, den Gratz zu dieser Aktion noch einmal überredet hatte, Anfang März 1920 bei seiner Agitationsreise durch Deutschland zu begleiten. In Budapest war man nämlich nach wie vor der Ansicht, dass „der Weg nach

Wien" über Berlin und München ginge. Noch einmal wollte man über Deutschland Wien, vor allem aber die Großdeutschen beeinflussen, eine nachgiebigere Haltung gegenüber dem ungarischen Standpunkt in der Burgenlandfrage einzunehmen. Dieses Mal sollte die Delegation nicht nur mit großdeutschen Kreisen in Süddeutschland, sondern auch mit der Reichsregierung verhandeln und sie - wenn möglich - für eine Vermittlung gewinnen. Deutschland war jedoch nach wie vor nicht geneigt, seine zumindest offiziell neutrale Haltung aufzugeben. Man dürfte in Berlin zu der Ansicht gekommen sein, dass ein Anschluss des Burgenlandes an Österreich, das sich früher oder später an das Reich anschließen werde, auch den deutschen Interessen entsprechen würde. Gerade in jenen Tagen erlebte ja der Anschlusswille in Österreich einen Höhepunkt. Dass man nach wie vor in der Burgenlandfrage eindeutig auf der Seite Österreichs stand, wurde in einem vertraulichen Gespräch mit dem österreichischen Gesandten in Berlin unumwunden kund getan und betont, dass man – trotz der nach außen hin betonten Neutralität – nicht daran dächte, die ungarische Politik zu unterstützen.<sup>474</sup> So hatte Bleyers Mission keinerlei Erfolg. In Berlin gelang es ihm nicht, zum Reichskanzler oder Außenminister vorzudringen; ja er bekam nicht einen einzigen wichtigen Beamten der Wilhelmstraße zu Gesicht. In München gelang es, einige Treffen mit Politikern der bayrischen Volkspartei und der Deutschnationalen Partei zu arrangieren und vom bayrischen Ministerpräsidenten, Gustav Kahr, empfangen zu werden, doch entscheidende Erfolge konnte Bleyer auch hier nicht erzielen.

Ebenso blieb die Zeitungskampagne, die die ungarische Regierung mit beachtlichen Geldsummen in Deutschland startete, relativ erfolglos, während eine entsprechende Gegenaktion des „Österreichisch-Deutschen Volksbundes“, bei der der angesehene Journalist Dr. Eduard Stepan einen Vortrag zur Burgenland-Frage in Berlin hielt, wohlwollend aufgenommen wurde. Die dabei bekundeten Sympathiekundgebungen, denen sich auch Abgeordnete und Minister anschlossen, gingen selbst dem Gesandten Fürstenberg zu weit. Er warnte: „Nützen dürfte Österreich eine offene Stellungnahme in der westungarischen Frage nichts, eher dürfte ein offen bezugtes Interesse Deutschlands für die Einverleibung Deutschwestungarns in Österreich das zur Folge haben, dass die Entente selbst auf die Vorteile, die der Anschluß auch für Deutschland haben könnte, aufmerksam wird...und ihre Stellungnahme revidiert und das Land bei Ungarn belässt.“<sup>475</sup>

Während in Berlin der Versuch einer Annäherung der ungarisch-deutschen Standpunkte total scheiterte, hatten die Ungarn in Paris etwas mehr Erfolg. Hier war es Praznovsky – wie Fürstenberg befürchtete – gelungen, mit dem Argument, dass Österreich über kurz oder lang an Deutschland fallen werde und dass so die Angliederung Westungarns an Österreich nur noch eine weitere Stärkung Deutschlands bringen müsste, Frankreich wieder mehr auf Ungarns Seite zu ziehen.<sup>476</sup>



**Bild 87:**  
*Oberst Anton Lehár*  
*(1867 – 1962)*  
*siehe Seite 211*

## **Der erste Restaurationsversuch König Karls IV. (Ostern 1921)**

Mitten in dieses Ringen platzte in den letzten Märztagen 1921 die Rückkehr Kaiser Karls nach Ungarn und brachte auch für das Burgenland neue Turbulenzen, deren Nachwirkungen ein halbes Jahr später in der letzten Phase des Kampfes um das Burgenland - eine nicht unwesentliche Rolle spielen sollten.

Wie bekannt, hatte Kaiser/König Karl mit seiner Familie am 24. März 1919 bei Feldkirch in Vorarlberg das Gebiet seines ehemaligen Herrscherbereiches in

Richtung Schweiz verlassen, wo er in der Villa Prangins bei Noyon am Genfersee seine Exil-Residenz aufschlug. Bis in den Herbst 1920 enthielt sich der „abgesetzte“ Monarch jeder politischer Tätigkeit, auch wenn ihn immer wieder Gruppen seiner Anhänger besuchten und ihm nicht nur ihre unverbrüchliche Treue versicherten, sondern auch versuchten, ihn zur Rückkehr auf den Thron je nach ihrer nationalen Herkunft - in Österreich oder Ungarn zu bewegen. Die Enttäuschung über die politischen und wirtschaftlichen Zustände nach dem Zerfall Österreich-Ungarns, der für breite, früher wohlhabende Kreise einen schmerzlichen sozialen Abstieg gebracht hatte, ließ in fast allen Nachfolgestaaten eine mehr oder weniger starke Welle von Habsburg-Nostalgie hochkommen, wenn sie auch außer in Ungarn keine unmittelbare und sichtbare Wirkung zeitigte. Hier kehrte man - wie wir gehört haben - im Frühjahr 1920 zur Staatsform der Monarchie zurück, auch wenn die Frage des Königs nicht geklärt war und das vorläufige Staatsoberhaupt nur mit dem Titel eines Reichsverwesers regierte. Karl gewann in seinem Schweizer Exil im Laufe der Monate den Eindruck, dass nicht nur ein großer Teil des ungarischen Adels und beträchtliche Kreise des Volkes seine Rückkehr freudig begrüßen würden, sondern auch Horthy ein absolut ergebener Anhänger des Königs sei. Rückendeckung für seine Pläne bekam er von namhaften Persönlichkeiten Frankreichs, die im „Apostolischen König von Ungarn“ eine Integrationsfigur sahen, die einzig und allein geeignet war, in einer Personalunion ein großes mitteleuropäisches Reich zu errichten, das genügend Stabilität besitzen würde, um in weite Zukunft hinein, sowohl gegen die Machtgelüste Sowjetrusslands als auch Deutschlands Widerstand leisten zu können. Zu jenen, die Karl ermutigten, ja ihn drängten auf den ungarischen Thron zurückzukehren, gehörte der französische Ministerpräsident Aristide Briand, der in einem Gespräch mit Marschall Lyautey und dem Schwager Karls, Prinz Sixtus von Bourbon-Parma, meinte: *„Wenn Kaiser Karl jetzt zurückkehrt und nach dem Thron greift, dann haben wir einen zuverlässigen Verbündeten Frankreichs und Großbritanniens als König, und eine französische Prinzessin als Königin von Ungarn.“*<sup>477</sup> Noch deutlicher und hier auch schon mit dem Hinweis auf eine mögliche „Wiedererrichtung“ einer Donaumonarchie wurde der französische Ministerpräsident gegenüber Fürst Ludwig Windisch-Graetz, wo er sagte: *„Wenn es Karl gelingen könnte, aus eigener Initiative - ohne ein bewaffnetes Eingreifen der neugebildeten Staaten zu provozieren - sich in Budapest einzurichten und zu halten, so könnte eine Vereinigung Ungarns mit Österreich den Anschluß an Deutschland verhindern. Dadurch wäre die Aufrechterhaltung der kaiserlichen Autorität in Zentraleuropa nicht nur möglich, sondern sogar erwünscht. Natürlich könnte Frankreich eine solche ausgesprochen monarchistische Unternehmung nicht offiziell unterstützen, trotzdem, einmal im Donaubecken festgesetzt, würde die traditionelle Anziehungskraft der*



**Bild 88:** König Karl IV. während seines unfreiwilligen Aufenthaltes in Jennersdorf (4. April 1921); rechts neben ihm Bischof Mikes und Graf Sigray.

*Habsburgerkrone ihren starken Einfluß auf die Nachfolgerstaaten ausüben, welche weit davon entfernt sind, in sich gefestigt zu sein.*<sup>478</sup>

Briand versprach allerdings nur mündlich die unverzügliche Anerkennung Karls als König von Ungarn, sobald er die Macht in Budapest vollständig übernommen habe. Auch wolle Frankreich Ungarn sofort Wirtschaftshilfe und Staatskredite gewähren und die Nachbarstaaten vor kriegerischen Schritten oder Wirtschaftssanktionen gegen Ungarn abhalten. Auch wolle man die Frage der großen Gebietsverluste Ungarns neu aufrollen und „bis zu einem gewissen Grad“ Veränderungen herbeiführen.<sup>479</sup> Ein päpstlicher Abgesandter bestärkte ebenfalls den Entschluss des Monarchen zur „Heimkehr nach Ungarn“

So entschloss sich Karl am 25. März zur Reise. Inkognito, mit einem falschen spanischen Pass versehen, fuhr er per Bahn nach Wien, wo ihn sein Jugendfreund und Vertrauter, Tamás Graf Erdödy, erwartete und mit seinem Auto über Oberwart und Großpetersdorf nach Steinamanger ins Palais des Bischofs Graf Mikes brachte. Hier traf er auf mehrere Politiker, die dem legitimistischen Lager

angehörten, darunter auch Unterrichtsminister József Vass und Ministerpräsident Pál Teleki. Letzterer verwarf den Plan Lehárs, Horthy nach Steinamanger zu bitten und unter dem Schutz von königstreuen Truppen von diesem die Macht zu übernehmen und bewog den König, selbst nach Budapest zu reisen. Er selbst wollte vorausfahren, um auf der Budapester Burg alles vorzubereiten. Ein „Zufall“ wollte es aber, dass Karl - da Telekis Wagen unterwegs eine Panne hatte vor Teleki in Budapest eintraf und Horthy völlig überraschte. Über den nun folgenden zweistündigen dramatischen Dialog zwischen Karl und Horthy gibt es unterschiedliche Berichte, doch stimmen alle darin überein, dass sich der Reichsverweser beharrlich weigerte, die Staatsführung an den König zu übergeben.

Obwohl Horthy in früheren Botschaften an Karl nie versäumt hatte zu betonen, dass er sich nur als Platzhalter und Gefolgsmann des verfassungsmäßig gekrönten Königs betrachte, berief er sich jetzt auf außenpolitische Gefahren und seine Verantwortung, Ungarn nicht in einen Bürgerkrieg zu stürzen. Es waren aber handfeste persönliche Ambitionen, die Horthy bewogen, die Macht weiterhin in eigener Hand zu behalten und die Rolle des „Retters des Vaterlandes“ zu spielen, dem das Wohl der Nation so wichtig sei, dass er sogar den Eid, den er dem König geleistet hatte, missachten müsse, so schwer ihm das auch fiel. Sein Ratgeber in diesen Stunden, Gyula Gömbös, der ein ausgezeichnetes Gefühl für Propagandawirksamkeit hatte, war der erste, der Horthy mit dem Nimbus des Vaterlandsretters umgab, indem er betonte, dass dieser die Nation nun schon zum zweiten Male vor dem Untergang bewahrt habe.<sup>480</sup> Karl, dem absolut keine Machtmittel zur Verfügung standen, musste sein Scheitern einsehen und begab sich zurück nach Steinamanger. Als dann tatsächlich massive Proteste und Drohungen von seiten der Kleinen Entente und Rumäniens, das sich nun dieser Vereinigung endgültig anschloss, eintrafen, und Briand in Paris tagelang „unerreichbar“ war, gab der König auf. Am 4. April fuhr er in Begleitung alliierter Offiziere zurück in sein schweizer Exil, wobei er in Jennersdorf mehrere Stunden auf die Weiterfahrt warten musste, da inzwischen auch in Österreich große Aufregung herrschte und sich die sozialdemokratischen Eisenbahner weigerten, „den Habsburger“ zu befördern, bzw. es zu befürchten war, dass es in Graz oder anderen Orten bei der Durchfahrt des Sonderzuges zu Ausschreitungen kommen könnte. Ministerpräsident Teleki und Außenminister Gratz, die sich offen auf die Seite des Königs gestellt hatten, mussten von ihren Ämtern zurücktreten, Oberst Lehár wurde als Kommandierender der in Westungarn stehenden Truppen „beurlaubt“ Am 14. April 1921 bildete Graf István Bethlen eine neue Regierung; neuer Außenminister wurde Graf Miklós Bánffy.

Natürlich hatte die Nachricht von der Rückkehr des Kaisers auch in Wien helle Aufregung ausgelöst. Als Gerüchte auftauchten, dass Karl in Budapest die Macht

übernommen habe und er vielleicht demnächst an der Spitze der Lehar-Verbände gegen Wien ziehen könnte, um auch hier in die Hofburg einzuziehen, alarmierte man nicht nur die an der Grenze stehenden Militäreinheiten, sondern bewaffnete auch wieder die in Ostösterreich stehenden Arbeiterwehren. Damit rückten Waffen in das Blickfeld hunderter westungarischer Arbeiter, die gerade in diesem Gebiet große Kolonien bildeten und seit Monaten darunter litten, dass sie von ihren Familien abgeschnitten waren, oder sich nur bei Nacht und Nebel für einige Stunden in ihre Heimatdörfer begeben konnten, um ihre Lieben zu sehen. Radikale Gruppen innerhalb dieser westungarischen „Emigranten“ forderten sofort auch ihre Bewaffnung, um die von den Ungarn unrechtmäßig zurückgehaltene Heimat - wenn es sein musste mit Waffengewalt - an Österreich anzuschließen. Die junge sozialdemokratische Landesorganisation musste alle ihre Kraft und Autorität einsetzen, um ein unüberlegtes Vorgehen irgend einer fanatischen Gruppe zu verhindern, denn ein Überfall auf Westungarn von Österreich aus hätte Krieg bedeutet und Krieg war das allerletzte, was sich Österreich im Frühjahr 1921 leisten konnte. Glücklicherweise gelang es, eine solche unheilbringende Aktion zu verhindern.

Beunruhigend waren natürlich auch tschechische Truppenverschiebungen in den Raum Pressburg, und jugoslawische Verstärkungen der Grenztruppen im Gebiet Murska Sobota und Čakovec, die wieder einmal als Vorbereitungen für einen „slawischen Korridor“ gedeutet wurden. Der tschechoslowakische Gesandte in Belgrad, Antonin Kalina, brachte tatsächlich in einem „Krisengespräch“ mit Ministerpräsident Nikola Pašić, bei dem auch der französische Botschafter Simons anwesend war, die Schaffung des „Korridors“ ins Gespräch, um dadurch einen österreichisch-ungarischen Zusammenschluss unter habsburgischem Zepter ein für alle Mal zu verhindern. Die Korridor-Frage blieb auch in den Sommermonaten 1921 noch einige Male ein Gesprächsthema der Kleinen Entente, wobei man sich mit dem Gedanken beschäftigte, Österreich Hilfe zu bieten und Ungarn militärisch zur Übergabe des Burgenlandes zu zwingen. Die Tschechoslowakei und Jugoslawien hofften dabei insgeheim, im Zusammenhang mit dieser „Hilfe“ eventuell den „Korridor“ in irgendeiner Form verwirklichen zu können. Diesen Ideen widersetzte sich aber Rumänien, das ähnlich wie Italien ein Übergewicht eines „slawischen Blocks“ im Donaunraum möglichst vermeiden wollte. Rumänien erklärte sich jedoch damit einverstanden, in einer gemeinsamen Aktion der Kleinen Entente – als Präventivmaßnahme – das Burgenland zu besetzen und Österreich zu übergeben.<sup>481</sup>

## Die „Anschlussbewegung an das Deutsche Reich“ und das Burgenland.

Der Anschluss Deutsch-Österreichs an Deutschland war durch den Artikel 80 des Versailler Vertrages verboten, wo sich letzteres verpflichten musste, die Unabhängigkeit Österreichs als unabänderlich anzuerkennen, es sei denn, dass der Rat des Völkerbundes einer Abänderung dieser Bestimmung zustimme. Der Friedensvertrag von Saint-Germain hatte dies in seinem Artikel 88 bestätigt, doch blieb innerhalb der Alpenrepublik, an deren Existenzfähigkeit in den katastrophalen Monaten der Jahre 1919/20 niemand so recht glauben konnte, die Diskussion über einen zumindest wirtschaftlichen Anschluss an den deutschen Großraum aufrecht. Die politische Isolierung Österreichs und das Ausbleiben von wirklich wirksamen Wirtschaftshilfen waren nicht dazu angetan, die Stimmung im Lande zu bessern. In einigen Bundesländern verhärtete sich die Meinung, dass aus dieser hoffnungslosen Lage nur ein rascher Anschluss an Deutschland helfen könnte - wenn es sein müsse, im Alleingang. Man sollte sich von der notleidenden Republik Österreich lösen und sich in einer Volksabstimmung - an das benachbarte Süd-Deutschland anschließen.

Paris, das mit steigendem Argwohn die seit 1920 zunehmenden Anschlusskündigungen in Österreich betrachtete, musste mit Besorgnis sehen, dass selbst Druck über die für Österreich lebenswichtigen Kreditverhandlungen diese Umtriebe nicht dämpfen konnte, sondern sogar noch steigerte. Am 24. April 1921 ergab eine Volksabstimmung in Tirol bei einer Wahlbeteiligung von 90 % aller Stimmberechtigten ein „Ja“ mit 98% für einen Anschluss des Landes an Deutschland. Wenig später wurde in Salzburg ein ähnliches Resultat erzielt, und nur mit Mühe konnte eine Abstimmung mit demselben Ziel in der Steiermark verhindert werden.

Ungarn versuchte natürlich sofort, Frankreichs Besorgnis für sich auszunützen und noch mehr zu schüren. Um eine entsprechende Medien-Kampagne auch im westlichen Ausland auszulösen, wurden mehrere provokatorische Aktionen gesetzt. So berichtete der deutsche Gesandte Graf Fürstenberg, dass Ungarn *„in der rein deutschen Ortschaft Wallern im Bezirk Neusiedl eine großdeutsche Demonstration veranstalten ließ, in der die deutschgesinnte Bevölkerung durch Agents provocateurs verleitet wurde, schwarz-weiß-rote Fahnen zu hissen“*<sup>482</sup>. Solche Ereignisse verfehlten – von der ungarischen Presse geschickt hochgespielt – tatsächlich nicht ihr Ziel. Es erfolgten warnende Demarchen mehrerer diplomatischer Vertreter in Wien, und im französischen Parlament wurde am 24. Mai der Antrag gestellt, Westungarn nach Inkrafttreten des Vertrages von Trianon nicht an Österreich übergehen zu lassen, sondern erst nachdem Österreich genügende Garantien für die Einhaltung des Anschlussverbotes an Deutschland gebo-

# Los von Oesterreich!

SOPRONI  
LEVELTAR

So schallt der Ruf in allen Provinzen dieses unglücklichen Landes. **Salzburg** hat sich gegen Niederösterreich abgesperrt und führt einen förmlichen Kampf gegen dasselbe, **Tirol** und **Steiermark** wandeln ähnliche Bahnen. In **Borarlberg** haben sich bei der Volksabstimmung

## viele tausend Stimmen gegen Oesterreich

erklärt, die „Los von Oesterreich!“ und an die Schweiz angeschlossen werden wollen. Die Landbevölkerung der Provinzen Oesterreichs erklärt einmütig:

## Wir geben den Wiener Bolschewisten keine Lebensmittel,

denn ihre „Volkswehr“ ist keine Armee des Staates, sondern erklärt nur Proletarierinteressen dienend, auf die **Diktatur des Bolschewismus** hinzuarbeiten. Die Arbeiterräte drangsalieren auch schon die Bürgerschaft, dringen in die Wohnungen ein und nehmen gewaltsam verschiedene Gegenstände weg. Sie haben

## die Entwaffnung der Bürgerschaft

bereits begonnen, ganz wie feinerzeit die Bolschewisten in Ungarn, welche dann die wehrlose Bürgerschaft Monate hindurch quälten und berauben konnten.

Oesterreich hat **keine Kohle, kein Material** und **kein Abfallgebiet**, um seine Fabrikationsfähigkeit beginnen zu können, leidet daher unter

## großer Arbeitslosigkeit und Massenelend,

es sieht einem katastrophalen Winter entgegen, in welchem leicht die große Masse der Arbeitslosen, Mitleidenden und Hungernden

## dem Bolschewismus in die Arme

gedrrieben werden kann!

Oesterreich muß laut Friedensvertrag viele tausend Stück Zuchtvieh (Ochsen, Kühe, Pferde) an die siegreichen Mächte abliefern. Niederösterreich und Wien hat aber darin keinen Ueberfluß, es rechnet daher damit,

viel Vieh aus Westungarn zu requirieren, um sofort große Kriegslasten auf Westungarn zu wälzen.

Eine Vereinigung mit Oesterreich würde für das bisher glückliche Westungarn soviel bedeuten, als ob sich ein gesunder Mensch **in das Bett eines kranken Mannes legen würde!** Darum gilt auch für die Westungarn aus Selbsterhaltungstrieb und Nothwehr der Ruf:

# Los von Oesterreich!

*Bild 89: Ungarisches Flugblatt gegen den Anschluß Deutsch-Westungarns an Oesterreich. 1921*

ten habe.<sup>483</sup> Warnend berichtete auch Gesandter Eichhoff aus Paris, dass der französische Senat zwar aus rechtlichen Gründen gezwungen sei, das Prinzip der Unverletzbarkeit der Friedensverträge zu vertreten, dass aber die Mehrheit wegen der neuerlichen Bestrebungen in Teilen Österreichs, den Anschluss an Deutschland voranzutreiben und dann beim Völkerbund das Anschlussverbot aufzuheben, geneigt sei, die ungarische Seite zu protegieren und die Ratifikation des Friedensvertrages hinauszuzögern. Noch in der letzten Phase der Ratifizierungsdebatte stellte die angesehene französische Zeitung „Temps“ in ihrer Ausgabe vom 18. Juli 1921 die ernsthafte Frage: *„Soll die Entente den Vertrag von Trianon durchführen, ohne zu wissen, ob der Vertrag von Saint-Germain eingehalten werden wird?“* und meinte weiter, man sollte *„nichts überstürzen und kein neues Elsaß-Lothringen zwischen Österreich und Ungarn schaffen.“*<sup>484</sup>

Aber nicht nur Ungarn versuchte die Anschlussfrage Österreichs an Deutschland auszunützen. Auch die Diplomaten der Kleinen Entente, besonders jene der Tschechoslowakei, sahen wieder eine Chance, in Paris Zustimmung für eine Neuauflage des „Korridorplanes“ zu erreichen. Sie gaben den Ungarn recht, dass das Burgenland bei einer Angliederung an Österreich nur Deutschland stärken würde, argumentierten aber weiter, dass - sollte man das Burgenland bei Ungarn belassen - das gestärkte ungarländische Deutschtum über kurz oder lang Ungarn zu einem Bundesgenossen des Reiches machen würde. Als Beweis für die Richtigkeit dieser These konnte man geschickt auf die von Bleyer inspirierten Artikel in ungarischen und deutschen Zeitungen hinweisen; so schienen Bleyers Bemühungen zuletzt noch zu einem Bumerang für Ungarn zu werden. Die Tschechen boten Paris den „Slawischen Korridor“ abermals als beste Lösung der leidigen Burgenlandfrage an.<sup>485</sup>

In Budapest wurden diese Pläne mit großer Besorgnis aufgenommen, da man wusste, welch großen Einfluss die Kleine Entente in Paris besaß und man erfuhr, dass verschiedene Entente-Diplomaten einer solchen Lösung positiv gegenüberstanden<sup>486</sup>. Es dürfte dann auch der „Korridorplan“ gewesen sein, der Ungarn bewog, am 25. Mai 1921 in Wien die eingerosteten österreichisch-ungarischen Gespräche über das Burgenland wieder aufzunehmen. Schon im Eingangsgespräch wurde betont, dass sich die ungarische Regierung völlig klar darüber sei, dass *„die Lösung welche die westungarische Frage finden wird, einen historischen Wendepunkt für die Entwicklung der Beziehungen zwischen Ungarn und Österreich und damit auch für die Gestaltung der Verhältnisse im neuen Südosteuropa überhaupt bilden wird. Wir waren und sind uns der geschichtlichen Verantwortung bewußt, welche wir vor den späteren Generationen tragen werden, wenn wir nicht alles aufbieten, um zu verhindern, daß zwischen diese beiden Länder ein Keil getrieben werde, der sie ...dauernd von einander trennen und*

*die Aufrechterhaltung wirklich freundschaftlicher Beziehungen zwischen ihnen für absehbare Zeit, vielleicht für ein Menschenleben und darüber unmöglich machen würde.”<sup>487</sup>*

Diesmal zeigten sich die ungarischen Verhandlungspartner, Gratz und Graf Csáky, zu größeren Konzessionen bereit. Sie schlugen eine Teilung des umstrittenen Gebietes in – nach ihrer Auffassung – wirtschaftlich aktive und passive Regionen vor. Die wirtschaftlich aktiven Gebiete, also große Teile im Norden des Landes, sollten an Österreich fallen, während die passiven Teile, der weit größte Teil des Gebietes, bei Ungarn belassen werden sollte, da er nur eine neue Belastung für Österreich bedeuten würde. Im übrigen wollte Ungarn Österreich weitere wirtschaftliche Vorteile konzedieren und den bei Ungarn verbleibenden Deutschen Freiheit der sprachlichen, nationalen und kulturellen Entwicklung gewährleisten. Doch Österreich konnte auf diese Vorschläge nicht eingehen. Der deutsche Gesandte v. Rosenberg berichtete darüber wie folgt: „... *Diese Vorschläge fanden hier trotz des mehrfach ausgesprochenen Wunsches nach einer Verständigung nicht das von Ungarn erhoffte Echo. Zwar hätte der rechte Flügel der Christlichsozialen Partei ein Entgegenkommen gern gesehen, aber wie selbst ein alter k. u. k. Botschafter mir sagte, dürfte es kein österreichischer Minister wagen, auf den einzigen Vorteil zu verzichten, der sich für Österreich aus den Friedensverträgen ergibt. Noch schärfer sprach sich im vertraulichen Gespräch Bundespräsident Hainisch aus. Er meinte, dass, wenn der Bundeskanzler sich etwa nachgiebig zeigen sollte, er keine Stunde länger auf seinem Platze bleiben dürfe. Für die österreichische Regierung blieb in dieser Sachlage nichts übrig, als an den Standpunkt der res judicata festzuhalten. Es wird nun Sache der Mächte sein, die Frage im Wege der Vermittlung zu lösen.*“<sup>488</sup>

## **Die Ratifizierung des Friedensvertrages von Trianon - Ungarns Widerstandsversuche auf diplomatischer Ebene scheitern...**

Mitte Mai 1921 entschlossen sich die Alliierten Mächte, die Burgenlandfrage endgültig abzuschließen. Die erfolglosen Verhandlungen des Frühjahrs 1921 hatten ihnen nämlich gezeigt, dass ein friedliches Übereinkommen zwischen den beiden streitenden Parteien kaum mehr erwartet werden konnte und das Burgenland auch auf weitere Sicht ein Unruheherd in Mitteleuropa zu werden drohte. Das Parlament in London ratifizierte nun den Trianoner Vertrag und am 31. Mai entsandte die Botschafterkonferenz eine vom französischen Minister-

präsidenten Aristide Briand unterzeichnete Note an Ungarn, in der in energischer Form die Anordnungen der Note vom 23. Dezember 1920 wiederholt wurden und erneut auf die Verpflichtung Ungarns hingewiesen wurde, das Land entsprechend den Friedensbestimmungen „in völliger Ruhe und Ordnung den Vertretern der Entente zu übergeben“ Gleichzeitig wurde nochmals für die ungarische Seite ernüchternd - darauf hingewiesen, dass die Millerand'sche Note lediglich ein „Brief“ sei, der in keiner Weise den Rang von unterschriebenen Verträgen habe, und daher ihre Aussage in keiner Weise die Erfüllung der Vertragspflichten einschränken oder relativieren könne.<sup>489</sup> Die Ratifikationsdebatte in der Französischen Abgeordnetenkammer, die am 7. Juni 1921 ihren Abschluss fand, und die bald darauf erfolgte Erhebung der Interalliierten Militärkommission in Ödenburg zu einer Generalskommission mit den Generälen Carlo Antonio Ferrario (Italien), Reginald Gorton (England) und Jules Camille Hamelin (Frankreich) ließen keinen Zweifel mehr darüber, dass Ungarn das Burgenland bald abtreten werde müssen. Die Ödenburger Militärkommission war schon Anfang Februar 1920 errichtet worden, als sich wieder einmal österreichische Klagen über ungarische Ausschreitungen in Westungarn bzw. ungarische Dementis gegenseitig überschlugen und man meinte, durch die Entsendung einer neutralen Beobachterkommission der „Wahrheit auf den Grund zu gehen“ und hoffte, durch eine ständige Präsenz alliierter Offiziere eine Beruhigung der Lage herbeizuführen. Letzteres war nur in bescheidenem Ausmaß gelungen, sodass Österreich mehrere Male zuletzt am 8. Juli 1921 in Paris das Ersuchen vorbrachte, Entente-Truppen - ähnlich wie dies in Schlesien der Fall war - nach Westungarn zu verlegen. Doch die Botschafterkonferenz lehnte jedesmal ab und überließ es der dortigen Kommission selbst zu entscheiden, ob sie weitere Hilfe brauche. Schon wenige Wochen später sollte sich dies - wie wir noch sehen werden - als fataler Fehler erweisen, als die wenigen in Westungarn vorhandenen alliierten Offiziere gegen den Einbruch der ungarischen Freischärler hilflos waren.

Nachdem Frankreich den Friedensvertrag von Trianon ratifiziert hatte, trat dieser am 26. Juli 1921 endgültig in Kraft, womit Österreich de jure das Verfügungsrecht über das Burgenland bekam. Zunächst hatte man als Übergabetermin den 18. August 1921 vorgesehen, dann aber diesen wegen seiner zeitlichen Nähe zum ungarischen Staatsfeiertag - dem „St. Stephanstag“ (20. August) - auf den 27. August verschoben.<sup>490</sup>

Verzweifelt versuchte Ungarn noch einmal mit Österreich ins Gespräch zu kommen. Es war - wie der ungarische Gesandte Masirevich bei seinem Antrittsbesuch beim neuen österreichischen Bundeskanzler Dr. Johannes Schober andeutete - zu weiteren Zugeständnissen bereit, bat aber um eine einvernehmliche Verschiebung des Übergabetermins, um Zeit für weitere Verhandlungen zu haben. Die ungari-

sche Regierung gab auch jetzt nicht die Hoffnung auf, doch noch Teile des Burgenlandes gegen eine reibungslose Übergabe des Landes einhandeln zu können. Man glaubte mit Schober, der noch aus seiner Zeit als Polizeipräsident von Wien freundschaftliche Beziehungen zu den während der Rätezeit in Wien lebenden ungarischen Exilpolitikern hatte, eine bessere Gesprächsbasis zu haben, als zu den bisherigen österreichischen Regierungschefs. Allerdings war schon das erste Gespräch am 27. Juni enttäuschend. Schober erklärte Masirevich, dass er schon aus innenpolitischen Gründen keineswegs der gewünschten Verschiebung zustimmen könnte, meinte aber, dass er sich bemühen werde, bei der Übergabe auf die „Gefühle Ungarns“ nach Möglichkeit Rücksicht nehmen zu wollen. Letztlich sollte dieses Versprechen später zu dem fatalen Beschluss beitragen, bei der „Landnahme“ nicht das Bundesheer, sondern lediglich Gendarmerie und Zollwache einzusetzen. Auch die „graue Eminenz“ der Christlichsozialen, Prälat Dr. Ignaz Seipel, den der Gesandte gleich anschließend aufsuchte, meinte, dass Ungarn zunächst den westlichen Teil des Burgenlandes ordnungsgemäß räumen sollte, man aber entlang der östlichen Grenze über „Korrekturen“ der Trianoner Linie sprechen könne und *„dass ein Kern im Auswärtigen Ausschuß des Parlaments gewonnen werden konnte, [der einsieht] daß österreichischerseits wirklich territoriale Opfer gebracht werden müssen, wobei der Name Ödenburg gefallen ist.“* Sollte man bis zum 6. August zu einer einvernehmlichen Lösung kommen, könne man diese der Generalskommission vorlegen, die das Übereinkommen sicherlich in ihrer weiteren Vorgangsweise berücksichtigen werde.<sup>491</sup>

Auf diese Aussage hoffend, legten schon am 3. August Masirevich und Gratz, der jetzt wieder als eine Art Sondergesandter fungierte, in Wien Pläne vor, in denen sich Ungarn bereit erklärte, das Burgenland anstandslos abzutreten, wenn Österreich auf den südlichen Teil des Seewinkels und Ödenburg mit seiner Umgebung verzichte<sup>492</sup>. Die vorgeschlagene Grenze sollte nördlich von Halbtorn beginnen, dann südwestlich gegen den Neusiedlersee verlaufen, wobei Podersdorf noch zu Österreich kommen sollte. Ganz offensichtlich sollte der hier liegende Großgrundbesitz Erzherzog Friedrichs und des Fürsten Esterházy möglichst geschlossen bei Ungarn belassen werden. Westlich des Sees sollte die Grenze nördlich von Mörbisch und Siegendorf (die dortige Zuckerfabrik sollte unbedingt bei Ungarn verbleiben) gezogen werden, wobei man Zagersdorf, Baumgarten, Schattendorf und Agendorf zu Österreich geben wollte. Dann sollte die Grenze Ödenburg umrunden und Deutschkreutz bei Österreich und weiter die östliche Hälfte des Oberpullendorfer Bezirkes mit seinen kroatischen Orten bis Nebersdorf und Mittelpullendorf sowie die deutsche Gemeinde Lockenhaus bei Ungarn belassen. Im Bereich des Eisenburger Komitates verlangte man einen vom Hirschenstein nach Süden mehrere Kilometer westlich der Trianoner Grenze verlaufenden Gebietsstreifen, wobei Rechnitz und alle Orte des

Pinkatales zu Ungarn kommen sollten. Ein schon in den bisherigen Verhandlungen angebotenes wirtschaftliches „Entgegenkommen“ Ungarns sollte diese Gebietsverluste kompensieren.

Am Ballhausplatz war man verständlicherweise für Verhandlungen auf dieser Basis nicht mehr zu haben und lediglich bereit, auf die fast rein magyarisches Gemeinde Groß-Zinkendorf, der Begräbnisstätte von István Széchenyi, des „Größten Ungarn“, zu verzichten. Die Hoffnung, dass der Außenpolitische Ausschuss in seiner Sitzung am 14. August den Ungarn wenigstens bezüglich Ödenburgs entgegenkommen würde, wie Seipel und wahrscheinlich auch Schober in vertraulichen Gesprächen angedeutet hatten, erfüllte sich nicht.<sup>493</sup>

## **Die österreichisch – tschechische „Entrevue von Hallstatt“ (10. August 1921)**

Viele Anzeichen sprachen dafür, dass sich Frankreich und Großbritannien, trotz der endgültigen Festsetzung des Übergabetermins des Burgenlandes, nicht zu einem energischeren Auftreten gegen Ungarn, geschweige denn zu einer militärischen Intervention entschließen würden, falls die ungarische Regierung bewaffneten Widerstand gegen die Abtretung des Landes leiste. So nahm in Österreich der Gedanke immer festere Gestalt an, die Staaten der Kleinen Entente – vor allem die Tschechoslowakei – um politische Unterstützung in der Burgenlandfrage zu ersuchen. Nach einigen Sondierungsgesprächen, die Österreichs Gesandter in Prag, Ferdinand Marek, führte, trafen sich die Staatspräsidenten beider Länder, Hainisch und Masaryk, sowie Bundeskanzler Schober und Außenminister Beneš am 10. August 1921 im oberösterreichischen Hallstatt zu einem Gipfelgespräch. Obwohl es vordergründig um Wirtschaftsgespräche – und hier in erster Linie um die Kreditfrage – ging, war den Österreichern vor allem das Gespräch mit Beneš wichtig, der – wie ein vorbereitendes Papier wörtlich bemerkte – *„in den Kreisen der führenden Staatsmänner des Westens eine weit bedeutendere Rolle spielt, als dies von einem Außenminister der Tschechoslowakei von vornherein zu erwarten wäre.“*<sup>494</sup> Österreich war es vor allem um „Schadensbegrenzung“ nach den Turbulenzen, die die „Anschlussabstimmungen“ von Tirol und Salzburg europaweit verursacht hatten, zu tun, doch brachte Beneš auch die „Frage Ungarn“ ins Gespräch. Er erklärte dabei unmissverständlich, dass ein neuerlicher Restaurationsversuch Kaiser Karls, oder eines anderen Mitgliedes des Hauses Habsburg unweigerlich ein militärisches Einschreiten der Kleinen Entente auslösen würde, wofür er auch um Österreichs

Unterstützung warb. Sozusagen als Gegenleistung bot er seinen Gesprächspartnern unter dem Titel „Sicherung der Friedensbestimmungen“ politische – und wenn es notwendig wäre – militärische Unterstützung in der Burgenlandfrage an.

Italien reagierte auf die Nachricht über diese Gespräche nervös. Der ehemalige Gesandte in Wien und nunmehrige Außenminister, Marchese della Torretta, ließ unter Berufung auf das Renner-Nitti-Abkommen mitteilen, dass Rom nicht wünsche, dass Österreich mit der Tschechoslowakei verhandle und dessen Einmischung in die Burgenland-Frage nicht dulden werde. Österreich möge bedenken, dass „diese Freunde“ einmal im Lande, wesentlich schwerer wieder los zu bringen seien, als die magyarischen Banden. Er finde es zwar bis zu einem gewissen Grad begreiflich so schrieb Torretta an seinen persönlichen Freund Bundeskanzler Schober dass Österreich seine Zuflucht zur Kleinen Entente nehmen wolle, riet aber doch, sich nicht in deren „intrighi balcanici“ [Balkan-Intrigen] verwickeln zu lassen.<sup>495</sup>

Natürlich wurde auch in Ungarn die Nachricht vom Treffen in Hallstatt mit Misstrauen und Besorgnis aufgenommen. Cnobloch berichtete aus Budapest: *„Hallstädter Entrevue beschäftigt hiesige Öffentlichkeit in hohem Maße und hat namentlich in wirtschaftlichen Kreisen große Beunruhigung in dem Sinne hervorgerufen, dass ungarische Politik nun auch Österreich in die Arme der Kleinen Entente getrieben und damit Ring um Ungarn geschlossen habe.“*<sup>496</sup>

Unter diesen Aspekten versuchte Ungarn nochmals in der Burgenlandfrage nachzugeben: Masirevich wandte sich an die deutsche Gesandtschaft in Wien mit dem Ersuchen um Vermittlung neuer Gespräche, zumal er annahm, dass die Deutschen ebenso beunruhigt seien, wenn sich Österreich nun in einen anti-deutschen slawischen Block einfüge. Der Gesandte deutete an, dass Ungarn zu einem weiten „Rückzug“ bereit sei und seine Forderungen nur mehr auf die Stadt Ödenburg und seine unmittelbare Umgebung beschränken würde. Der deutsche Geschäftsträger in Wien, Dietrich Scharfenberg, sprach zwar bei Schober vor, doch verlief der Versuch erwartungsgemäß im Sande, da der Kanzler nur die bisherige Haltung Österreichs bekräftigte, dass das Burgenland zuerst in die Souveränität Österreichs übergeben werden müsse, bevor man über Grenzrevisionen sprechen könne.

Budapest hatte damit keinen Ausweg mehr, das Burgenland oder auch nur Teile davon auf normalem Verhandlungswege behalten zu können, und sah sich gezwungen, seinen letzten Trumpf auszuspielen: Bewaffneter Widerstand durch Freischärler.

## Die Freischärlerkämpfe (August - September 1921)

Als am 28. August 1921 Ungarn hatte durch die Junktimierung der Burgenlandfrage mit der Räumung der Baranya<sup>A)</sup> durch Jugoslawien einen Aufschub des offiziellen Übergabetermines um zwei Tage erreicht - die österreichische Gendamerie zur Übernahme des Burgenlandes schritt, stieß sie auf den heftigsten Widerstand bewaffneter Freischärler.

Der Widerstand von Freischärlerformationen gegen die Landnahme des Burgenlandes durch Österreich war - wie schon angedeutet - seitens Ungarns von langer Hand vorbereitet worden. Schon im Spätherbst 1920 erfuhr man in Wien über verschiedene Kanäle, dass es in Westungarn Pläne und Vorbereitungen gäbe, mit Hilfe der „gegenrevolutionären“ Detachements bewaffneten Widerstand gegen die Abtretung des Burgenlandes zu leisten. Für den Fall, dass alle diplomatischen Schritte, das Burgenland für Ungarn zu behalten, scheitern würden, sollte ein bewaffneter „Volksaufstand“ gegen den Einmarsch der Österreicher „inszeniert“ werden. Dieser sollte die Welt aufrütteln und die Alliierten Mächte bewegen, die Pariser Friedensverträge in diesem Punkt auszusetzen oder neu zu verhandeln. Der erste diesbezügliche Plan entsprach den Vorstellungen mehrerer westungarischer Abgeordneter, die meinten, dass man Deutsch-Westungarn zu einer gesonderten politischen Einheit, zu einem „corpus separatum“, machen sollte, die den Anschluss an Österreich nicht anerkennen und dezidiert auf dem Verbleib bei Ungarn beharren sollte. Der unter Offizieren und Soldaten sehr populäre Oberst Anton Lehár sollte – übrigens im Einvernehmen mit dem damaligen Nationalitätenminister Bleyer – zu diesem Zweck eine Art burgenländische Miliztruppe aufstellen, die aus der westungarischen Bevölkerung „rekrutiert“ werden sollte. Um sie zu einem militärisch schlagkräftigen Instrument zu machen, sollten aus diesem Gebiet stammende höhere Offiziere - in der ersten Phase dachte man an 40 ausgesuchte, erfahrene Frontoffiziere aus ihren bisherigen Einheiten herausgelöst und diesen Sondereinheiten als Instruktoren und Führer zugeteilt werden.<sup>497</sup> Diese Pläne mußten jedoch fallen gelassen werden, als sich

---

A) Die Baranya war seit dem Herbst 1918 von serbischen Truppen besetzt, sollte jedoch entsprechend dem Friedensvertrag von Trianon an Ungarn zurückfallen. Eine entsprechende Anordnung der Botschafterkonferenz, die die jugoslawische Regierung ultimativ aufforderte, das Gebiet bis zum 3. August 1921 zu räumen, wurde damit beantwortet, dass unter jugoslawischem Protektorat am 14. August von linksgerichteten Politikern, die vor den Verfolgungen der "weißen" Gegenrevolution hier Zuflucht gefunden und in der Arbeiterschaft der Kohlebergwerke eine starke politische Basis hatten, in Fünfkirchen (Pécs) eine selbständige "Republik Baranya" ausgerufen wurde. Schließlich erzwangen die Großmächte die Räumung des Gebietes bis zum 28. August 1921, womit auch die Baranya-Republik ein Ende fand.

Lehár und ein Großteil seines Stabes zu Ostern 1921 eindeutig auf die Seite König Karls stellten und damit das Vertrauen namhafter Kreise der Regierung verloren. Nun geriet die weitere Planung, die ab der zweiten Aprilhälfte 1921 von Budapest aus intensiv weitergeführt wurde, in die Hände von Leuten wie dem ebenso begabten wie skrupellosen Gyula Gömbös, der bald zu einer Schlüsselfigur der ungarischen Innenpolitik werden sollte, dem kurzzeitigen Ministerpräsidenten Stephan Friedrich und Baron Zsigmond Perényi, dem Vorsitzenden des „Ungarischen Nationalbundes“ (Magyar Nemzeti Szövetség), einer Art Dachorganisation verschiedener irredentistischer Organisationen. Zur Lenkung dieser sehr verschiedenen Gruppen wurde eine sogenannte Verteidigungskommission gebildet, deren Vorsitz Perényi übernahm, der ein Schulkamerad des neuen Ministerpräsidenten István Bethlen war und so eine direkte und „private“ Verbindung in die höchsten Regierungskreise hatte.<sup>498</sup>

Selbst den fanatischsten Magyaren war es aber bald klar, dass der Großteil der Bevölkerung des Burgenlandes nicht im geringsten daran dachte, einen Guerillakrieg gegen die österreichischen „Okkupanten“ zu unterstützen, geschweige denn zu führen. So kam es, dass die späteren „westungarischen“ Freischärler fast durchwegs aus Innerungarn geholt werden mussten. Mit Erfolg warb man vor allem in Kreisen arbeitsloser Berufsoffiziere, unter nationalen Studenten und in Flüchtlingslagern, wo Vertriebene aus der Slowakei, aus Siebenbürgen und aus Kroatien hausten. Eine beträchtliche Schar von Abenteurern scharte sich um Gestalten wie die berüchtigten Freikorpsführer der „weißen“ Gegenrevolution, Husarenoberleutnant Paul von Prónay<sup>A)</sup> und Oberleutnant d. R. Iván Héjjas<sup>B)</sup>.

- 
- A) Paul v. Prónay (geb. 1874 in Romhány, vermisst 1945 in Budapest) Sohn einer adeligen Gutsbesitzfamilie. Matura im Laehne-Institut in Ödenburg, wo er Mitschüler von Jenő Horthy, dem Bruder des späteren Reichsverwesers war, was später seine Karriere förderte. 1896 absolvierte er die Militärakademie in Budapest. Diente bei der Artillerie, später in einem Husaren-Reg. 1914 - 1918 Kriegsdienst. Das Erlebnis des Kriegsendes in Wien und die Ausrufung der Räterepublik in Ungarn machten ihn zum fanatischen Antikommunisten. Nach seiner Flucht nach Wien schloss er sich der ungarischen Gegenrevolution an, ging nach Szeged (Mitbegründer des "Etelközi Szövetség") und marschierte im August 1919 an der Spitze eines Freikorps nach Westungarn. 1921 einer der wichtigsten Führer der Freischärler, im Oktober 1921 Präsident des "Leitha-Banates" Ausführl. Biographie siehe: Schlag, Gerald: Burgenland. A. a. O. S. 244 f.
- B) Iván Héjjas (geb. 1890 in Kecskemét, gest. 1950 in Vigo/Spanien) Sohn eines Weinhändlers und Gutsbesitzers. 1913 Mitglied der Leibgarde des Fürsten Wilhelm v. Wied in Albanien. 1914 - 1918. Kriegsdienst. 1919 Führer eines Freikorps, der berüchtigten "Rongyos Gárda", bei der Beseitigung der Räteherrschaft im Raum Kecskemét (Massaker von Orgovány), dann führendes Mitglied des Prónay-Detachements in Westungarn. Ab Sommer 1921 operierte er mit der wieder aufgestellten "Rongyos Gárda" im Burgenland. Nach Auflösung der Freikorps 1922 lebte er auf seinem Landgut und war ab 1926 Abgeordneter von Kunszentmiklós und Sektionschef für Luftverkehr im Handelsministerium. 1938/39 Führer eines Freikorps in den Kämpfen um die Karpatho-Ukraine. 1941 Oberstleutnant der ungar. Luftwaffe. 1944/45 Flucht nach Deutschland und dann weiter nach Spanien.

Die Skala ihrer Anhänger reichte von verwegenen Söldnertypen bis zu fanatischen Nationalisten, deren Einstellung viel Ähnlichkeit mit den sich später überall in Europa entwickelnden totalitären und rassistischen Ideologien mit ihrem Blut-und-Boden-Mythos hatte.

Der militärische und moralische Wert der einzelnen Freischärlergruppen war schon aus diesem Grunde sehr verschieden, und manche der Abteilungen verdienten mit vollem Recht die Bezeichnung „Banditen“, mit der die Burgenländer die Freischärler allgemein apostrophierten. Die berühmteste „Rongyos Gárda“ (sie bezeichnete sich selbst wegen ihrer zerlumpten Kleidung als „Lumpen-Garde“), die sich unter ihren Führern Iván Héjjas und Mihály Francia Kiss bereits 1919 in Ostungarn bei der Beseitigung der Räteherrschaft durch brutale Ausschreitungen und Morde an Kommunisten und Juden „ausgezeichnet hatte“, gehörte zu den gefürchtetsten dieser Freikorps.<sup>499</sup> In ihrem neuen burgenländischen Einsatzbereich kam es dann ebenfalls zu wüsten Ausschreitungen gegen Leute, die man des „Vaterlandsverrates“ beschuldigte, zu Folterungen und sogar zu Morden, die glücklicherweise nur Einzelfälle blieben.<sup>500</sup> Arge Plünderungen und Vergewaltigungen, die die Soldateska da und dort verübte, versuchten ihre Führer so gut es ging einzudämmen. Sie ahndeten diese sogar rigoros und ließen - um Exempel zu statuieren - sogar einzelne der ärgsten Missetäter aus den eigenen Reihen exekutieren.

Im Sommer 1921 trat überraschend ein neues Moment in die westungarische Frage: Ein neuerlicher Restaurationsversuch König Karls. Der gescheiterte Rückkehrversuch König Karls zu Ostern 1921 hatte klar gezeigt, dass eine Thronbesteigung des Monarchen ohne entsprechenden militärischen Rückhalt nicht durchzuführen war. Der Widerstand gegen die österreichische Besetzung des Burgenlandes und der schon laufende Aufbau von Freischaren eröffnete den Anhängern Karls überraschend die Möglichkeit, hier unauffällig königstreue Verbände zu sammeln und für einen neuerlichen Rückkehrversuch des Monarchen bereitzustellen. Eine der Zentralfiguren dieses Vorhabens war Major Julius Moravek von Ostenburg, der in Stuhlweißenburg (Székesfehérvár) aus Freiwilligen des Honvéd Infanterie-Regiments Nr. 69 eine dem König absolut ergebene Truppe zusammenstellte. Auf Betreiben Graf Sigrays, der ebenfalls dem legitimistischen Lager angehörte, gelang es, diese Einheit als Reserve-Gendarmeriebataillon Nr. 2 zur „Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung“ im Raum Ödenburg – Eisenstadt zu konzentrieren. Das Ostenburg-Detachement bestand aus drei starken Kompanien und wurde durch Freiwillige laufend verstärkt. Die meisten von ihnen waren ungarische, aber gelegentlich auch österreichische Offiziere, die sogar bereit waren „aus Treue zu ihrem ehemaligen Kaiser“ im Mannschaftsgrad zu dienen. Der ehemalige Ministerpräsident Stephan Friedrich, ein weiterer Anhänger Karls, warb unter Budapester Hochschülern und



*Bild 90: Das Ostenburg-Detachment räumt Eisenstadt, 28. August 1921*

Militärakademikern ein Freikorps an, und Graf Tamás Erdődy stellte im Raum Güns-Steinamanger eine kleine „karlistische“ Truppe auf, die übrigens als einzige überwiegend aus Bewohnern Westungarns bestand. Anfang August erkannte man in Budapest mit Schrecken, dass die „Karlisten“ in Westungarn den Boden für einen neuerlichen Restaurationsversuch des im Exil weilenden Herrschers vorbereiteten, und dass hier dem sich gerade etablierenden Horthy-Regime eine bedrohliche Situation erwachsen konnte.

Die antihabsburgischen „freien Königswähler“ begannen ihre Gegenzüge vorzubereiten: Die ihrem Lager nahestehenden Freikorpsführer Héjjas und Prónay bekamen den Befehl, nicht nur gegen Österreich Front zu machen, sondern auch die legitimistischen Detachements Ostenburgs und Friedrichs im Auge zu behalten, um jeden von dort kommenden Putschversuch rasch niederwerfen zu können. Im Rahmen des militärischen Geheimdienstes war schon vorher in Steinamanger eine „Grenzschutzabteilung“ (Határellenőrző Őrség) aufgestellt worden, die mit 20 bis 25 absolut Horthy-treuen Leuten besetzt war. Ihre offizielle Aufgabe war es zwar, zu verhindern, dass Kommunisten oder kommunistische Propaganda aus Österreich nach Ungarn eingeschleust werde, doch war ihr Einsatz seit Ostern 1921 eindeutig gegen die „Legitimisten“ in Westungarn

gerichtet. So wurde das Burgenland im August 1921 zum Schauplatz innerungarischer Rivalitäten – ein Umstand, der in der weiteren Folge noch von größter Bedeutung für die Landnahme durch Österreich werden sollte.

Alle diese Freischärlergruppen waren vorzüglich ausgerüstet und mit Gewehren, Maschinengewehren und Handgranaten bestens versorgt. Reiche Waffen- und Munitionsdepots, die aus ungarischen Heeresbeständen gefüllt wurden, waren schon Anfang des Frühjahrs in einigen Meierhöfen nahe der „Trianoner Grenze“, insbesondere auf den Besitzungen des Barons Berg um Kapuvár und jenen des Grafen Sigray um Sárvár, errichtet worden. Das reguläre Heer sorgte übrigens auch für weiteren Nachschub und stellte den Freischärlern Nachrichten- und Sanitätsabteilungen zur Verfügung. Sogar Bekleidung wurde einzelnen Gruppen aus Armeebeständen zur Verfügung gestellt. So trugen viele der „Aufständischen“ Mäntel und Uniformjacken der ehemaligen k. u. k. Armee, die meisten waren jedoch absichtlich uneinheitlich in Zivil gekleidet. Der Umstand, dass viele Freischärler Uniformstücke trugen und dass später bei etlichen Gefallenen Ausweise gefunden wurden, die sie als Offiziere auswiesen, ließ übrigens bei den Österreichern den Verdacht aufsteigen, dass es sich bei einigen Formationen sogar um getarntes reguläres Militär handelte. Dieser Verdacht kann aufgrund der heutigen Forschungslage allerdings nicht bestätigt werden, wenn auch Außenminister Bánffy in seinen Memoiren später eindeutig bestätigte, dass die ungarische Regierung zu Beginn der Kämpfe voll hinter den Freischärlern stand.<sup>501</sup>

In Wien ahnte man, was sich in Westungarn zusammenbraute, und auch die Botschafterkonferenz war zumindest in Ansätzen über die Pläne der radikalen Organisationen informiert, die hinter den paramilitärischen Einheiten standen. Spätestens seit dem 1. Dezember 1920 war man gewarnt, als der Gesandte Eichhoff an den Präsidenten der Botschafterkonferenz, Jules Cambon, berichtete, dass *„ein gewisser Hauptmann Hejjas, Hauptmann der Kavallerie, der bekanntlich mit Hilfe organisierter Offiziersgruppen eine eigene Politik treibt, geschworen hat, bewaffneten Widerstand in Westungarn zu organisieren. In gewissen Kreisen abgerüsteter magyarischer Offiziere wird offen darüber gesprochen, daß man ohne harte Kämpfe das Burgenland unter keinen Umständen abtreten werde.“*

Die Botschafterkonferenz trug sich hellhörig geworden - einige Zeit mit dem Gedanken, Ungarn durch den Aufmarsch alliierter Truppen zur Übergabe des strittigen Gebietes zu zwingen, doch keine der Großmächte wollte diese unpopuläre Aufgabe übernehmen. Die Briten betrachteten die Entwicklung im Donauraum ziemlich gleichgültig und selbst als dann Kämpfe im Burgenland ausbrachen, erklärte der englische Vertreter in der Botschafterkonferenz, dass *„Seiner Majestät Regierung keinen einzigen Soldaten ins Burgenland entsenden*



**Bild 91 und Bild 92:** Freischärler auf dem Marsch in ihre Einsatzgebiete im Burgenland

*könne*“ Italien befand sich wieder einmal in einer Regierungskrise, mit all den damit verbundenen inneren Schwierigkeiten. Zudem fürchtete man, allzu leicht in eine Situation zu geraten, die die bisher mühsam aufgebauten Sympathien im Donauraum mit einem Schlag zunichte machen konnte. Frankreich hatte schon aus innenpolitischen Gründen wenig Neigung, allein den „Gendarm Europas“ zu spielen, und selbst die französische Generalität riet von einem kostspieligen Militäreinsatz in Westungarn ab. Truppen der Kleinen Entente heranzuziehen, die in unmittelbarer Nähe des Krisengebietes standen, schien den Großmächten zu riskant, zumal man gerade erleben musste, wie mühsam es war, Jugoslawien zum Rückzug auf die Friedensvertragslinie in Südungarn zu bewegen. So blieben wie erwähnt - mehrere Bitten Österreichs, Entente-Truppen nach Westungarn zu verlegen, vergeblich. Österreich war auf seine eigenen Kräfte angewiesen.

Als sich im späten Frühjahr 1921 die Nachrichten über den Aufbau von ungarischen Freischaren verdichteten, erließ das Heeresministerium am 2. Juni 1921 die Weisung, innerhalb der sechs Brigaden des österreichischen Bundesheeres (Nr. 1, 2 und 3: Wien-Niederösterreich, Nr. 4: Oberösterreich, Nr. 5: Steiermark, Nr. 6: Kärnten-Salzburg-Tirol-Vorarlberg) je zwei Bataillone für eine „auswärtige Verwendung“ bereitzuhalten. Wenige Tage später, am 11. Juni 1921, wurde Oberst Rudolf Vidossich, der das Oberkommando über diese Bereitschaftsformationen übertragen bekommen hatte, angewiesen, ein enges Zusammenwirken zwischen der „Verwaltungsstelle des Burgenlandes“ und Heeresdienststellen anzubahnen und die Pläne für die Landnahme im engsten Einvernehmen mit dem zukünftigen Landesverwalter, Sektionschef Dr. Robert Davy, vorzubereiten.

Allerdings sollte es dann doch zu keinem Einsatz des Heeres kommen. Ungarn hatte im Burgenland, wo der Bevölkerung der „rote Terror“ der Rätediktatur noch deutlich vor Augen stand, eine geschickte Agitation gegen Österreich mit dem Argument entfaltet, dass dort *„der schleichende Bolschewismus herrsche und das österreichische Heer eine bolschewistische Rote Armee sei, die das Land für das hungernde Wien ausplündern wolle.“* Diese Propaganda wirkte umso treffsicherer, als auch christlichsoziale Wiener Zeitungen, wie die „Reichspost“, bei ihrer Polemik gegen die „rote Volkswehr“ in dasselbe Horn bliesen. Alle diese Artikel und Aussagen waren natürlich „Wasser auf die ungarischen Mühlen“ und eine hervorragende Bestätigung der bisherigen Anschuldigungen. Die so in der westungarischen Bevölkerung entstandene Unruhe nützten magyarische Kreise dazu aus, die Interalliierte Kommission davon zu überzeugen, dass es bedenklich, ja gefährlich wäre, österreichische Heeresabteilungen in das Land einmarschieren zu lassen.

Der Plan gelang vortrefflich: Die Vertreter der Entente verboten den Einmarsch österreichischen Militärs. Statt der Soldaten sollten auf Anordnung der Ententekommission am 28. August lediglich Gendarmerie und Zollwache die bisherige Staatsgrenze überschreiten und unter der Führung von Entente-Offizieren bis zu einer „Linie A“ vorrücken, die wie folgt definiert wurde: Heiligenkreuz – St. Michael – Kohfidisch – Stadtschlaining – Deutsch Gerisdorf – Oberpullendorf – Agendorf (Ágfalva) – Mörbisch – nordostwärts über den Neusiedler See – Frauenkirchen – Halbturn – Zurndorf – Kittsee. Am 29. August sollte sodann die Ostgrenze des abzutretenden Gebietes, die „Linie B“, also die „Trianoner Grenzlinie“, erreicht werden. Der Landesverwalter sollte noch am selben Tag in Ödenburg das Gebiet von der Interalliierten Generalskommission in aller Form übernehmen.

Zwar erteilte noch am 19. August 1921 das Heeres-Amt den Brigadekommandos 1, 2, 3 und 5 den Befehl, für den 28. August sieben Infanteriebataillone, eine halbe Schwadron, drei Batterien und eine technische Kompanie zur etwaigen Verwendung bei der Angliederung des Burgenlandes bereitzustellen, doch sollten sie deutlich hinter der Leitha- und Lafnitzlinie stehen bleiben. Lediglich bei Jennersdorf und bei Kirchschatz sollten Angehörige von Verbindungskompanien des Heeres Fernsprechanchlüsse für die Gendarmerie im unmittelbaren Grenzbereich herstellen.

Zunächst schien in Westungarn - trotz Empörung und Aufregung in den ungarischen Medien - alles ruhig und friedlich nach dem „Plan de Transfert“, den die Interalliierte Militärkommission in Ödenburg detailliert ausgearbeitet hatte, abzulaufen: Am 17. August trafen 30 Entente-Offiziere in Ödenburg ein. Sie reisten zwei Tage später auf ihre Posten, die im ganzen Land verteilt waren, weiter, wo sie zunächst den am 21. August beginnenden Rückzug des ungarischen Militärs kontrollieren sollten. Ein Journalist des „Neuen Wiener Tagblattes“ berichtete noch am 20. August aus Ödenburg: *„...Der Trianoner Vertrag soll für das Burgenland Tat werden. Etwa dreißig Offiziere, darunter drei Generale, mit einem Tröß von Schreibern, Unteroffizieren, Dienern und Autos der Ententekontrollkommission aus Budapest sind hier angekommen. In Hotel Pannonia werden sie zum Großteil untergebracht. Man sieht viele Italiener, etliche Franzosen und einzelne Engländer. Im rot getäfelten Speisesaal des Hotels glaubt man sich in Italien. An weißgedeckten Tischen verstreut italienische Offiziere in neuen Uniformen, blutjung, frisch, neu, fröhlich, mit zwei bis drei Reihen dicker Ordensstreifen an der Brust. In dieses italienische Milieu eingestreut einige Ungarn, auch Offiziere, gealtert, abgehärtet, in Uniformen, die den Krieg schon gesehen. Einen Tisch hat auch die deutschösterreichische Mission besetzt. Präses der Ententemission ist der ita-*

lienische General Ferraris [sic-!]A), der noch vor kurzem Divisionär in Fiume war und sich auf diesem politisch so gefährlichen Boden sehr bewährte. Wie die Ententeleute erzählen, geht die Übergabe bisher glatt nach dem von der Entente entworfenen Plan de transfer vor sich. Danach sind gestern Ententeoffiziere außer in Ödenburg noch in den Orten Eisenstadt, Güssing, Jennersdorf, Mattersdorf, Neusiedl, Oberpullendorf, Oberwart und Pinkafeld eingetroffen. Als Grundsatz gilt bei der Übergabe, dass der österreichische Beamte von dem ungarischen zu übernehmen habe. Das betreffende Protokoll zeichnet auch der intervenierende Ententeoffizier. Die ungarischen Beamten haben dann das Burgenland zu verlassen...Die interalliierte Kommission amtiert zum Teil im ehemaligen Ödenburger Offizierstochterinstitut. Die Deutschösterreicher haben weite Räumlichkeiten im prächtigen bürgerlichen Kasino am Széchenyiplatz. Dort, ist es Zufall oder Absicht, demonstrierten heute einige Ungarn indem sie die ungarische Nationalhymne sangen. Graf Sigray, Ungarns Vertreter, thront unnahbar im bischöflichen Palais....Am 27 August soll kein ungarischer Soldat im Burgenland stehen. Österreich führt dann souverän die Verwaltung, die große Aufgaben zu lösen hat: aus Stücken von drei Komitaten ist ein einheitliches Verwaltungsgebiet zu schaffen.”<sup>502</sup>

Doch schon wenige Tage später war die Situation ganz anders.

### **a) Die Besetzung des Burgenlandes durch die Gendarmerie vom 28. bis zum 31. August 1921**

Am frühen Morgen des 28. August rückten die aus Gendarmerie und Zollwache gebildeten elf Kolonnen, insgesamt fast zweitausend Mann, in das Burgenland ein. Im nördlichen Burgenland schien die Besitznahme trotz aller düsteren Prophezeiungen eines ungarischen Widerstandes reibungslos vor sich gehen zu können. Im Neusiedler Bezirk marschierte die Kolonne 1 vom kleinen niederösterreichischen Grenzort Berg aus ungehindert in Kittsee ein. Die von Bruck an der Leitha ausgehende Gendarmerieabteilung (Kolonne 2) erreichte ebenfalls ihre vorgesehenen Nächtigungsorte (Neusiedl am See, Podersdorf, Halbturn und Frauenkirchen) ohne Zwischenfall, nachdem sie Posten in Bruckneudorf, Parndorf und Gols installiert hatte. Während des Vormarsches hatte sie keinerlei Feindberührung, lediglich die gegen die „Zone B“ vorgeschickten Patrouillen meldeten schwache Sicherungen der Freischärler in den großen Meierhöfen um

---

A) General Carlo Antonio Ferrario



**Bild 93:** Österreichische Gendarmerie in Eisenstadt, 28. August 1921

Nickelsdorf und St. Andrä. Das Héjjas-Detachement, das man ursprünglich hier einsetzen wollte, hatte Sigray im Einvernehmen mit Gömbös bis auf schwache Beobachtungsposten nach Ungarisch-Altenburg zurückgezogen und dann den größten Teil davon über Steinamanger in den Raum Oberwart gebracht, da man verhindern wollte, dass die auch für Ungarn eminent wichtige Eisenbahnverbindung Wien - Budapest durch etwaige Kampfhandlungen unterbrochen würde. Außerdem hegte man die Befürchtung, dass Kämpfe im Vorfeld von Pressburg von den Tschechen zum Vorwand einer bewaffneten Intervention genommen werden könnten.

Die zur Besetzung des Eisenstädter Bezirkes abkommandierte Gendarmeriekolonnie betrat bei Neufeld an der Leitha das Gebiet des Burgenlandes, erreichte über Eisenstadt, das nur Minuten vorher vom Ostenburg-Detachement mit klingendem Spiel verlassen worden war, ihre Ziele am Rande der Zone B und errichtete ebenfalls ungestört ihre Posten. Die Bevölkerung der Dörfer begrüßte die Österreicher - wenn auch anfangs etwas zurückhaltend - mit aufrichtiger Freude. Erleichtert nahmen die Gendarmen ihren Dienst auf, die ersten Patrouillengänge wurden unternommen, um den neuen Wirkungsbereich kennenzulernen. Da grif-

fen in der Abenddämmerung überraschend Freischärler vom Dudlerswald her Siegendorf und St. Margarethen an. Während sich in Siegendorf der Gendarmerie-Posten kampflös ergab und die ausgeschwärmten Patrouillen nach Eisenstadt entkamen, gerieten einige Gendarmen von St. Margarethen in einen Hinterhalt und konnten erst nach einem heftigen Schusswechsel, bei dem ein Gendarm und ein Zivilist fielen, entfliehen.

Westlich von Ödenburg, bei Agendorf, war es schon einige Stunden vorher zu einem Gefecht gekommen. Die nach Ödenburg bestimmten Abteilungen, fast 400 Mann, waren um 5 Uhr früh von Wiener Neustadt aufgebrochen und hatten, in zwei Kolonnen marschierend, programmgemäß ihre Nächtigungsstationen Schattendorf und Agendorf erreicht. Als aber die Gendarmerie in Agendorf einmarschierte, wurde sie plötzlich von Heckenschützen, die sich am Ortsausgang eingenistet hatten, beschossen. Ein rascher Gegenangriff warf die Freischärler aus dem Dorf. Sie zogen sich unter Verlusten hinter die Demarkationslinie in Richtung Ödenburg zurück.

In Wiener Neustadt, dem Sitz der „Gendarmerie-Grenzschutzleitung“, gab es bei den ersten Meldungen über diese Angriffe Alarm. Rasch wurden Verstärkungen für die bedrängten Posten herangeholt. Noch in der Nacht zum 29. August gelangten mit einem Sonderzug, der ursprünglich das Personal des Landesverwaltungsamtes nach Ödenburg hätte bringen sollen, 200 Mann als Verstärkung in den Raum von Agendorf und Eisenstadt. Mit ihrer Hilfe glückte es zunächst, die verlorenen Positionen wiederzugewinnen.

Diesen Erfolg im Eisenstädter und im Mattersburger Bezirk verdankte die Gendarmerie allerdings nur den inneren Zwistigkeiten der einzelnen Freischärlerführer und der Rivalität zwischen „Karlisten“ und „freien Königswählern“, die hier zum ersten Male offen zutage traten. Der Raum Eisenstadt - Mattersburg war vor allem den Friedrich-Freischärlern als Verteidigungsbereich zugewiesen worden, und Friedrich hatte auch seine Leute seit dem 26. August in Wolfs (Balf), ostwärts von Ödenburg, konzentriert, doch war die für ihn bestimmte Waffenlieferung durch eine Intrige Gömbös' zuerst in Raab auf ein totes Geleise gestellt und dann den Héjjas-Freischärlern im Wieselburger Komitat zugeschoben worden. Es half nichts, dass sich Friedrich wütend bei Ministerpräsident Bethlen beschwerte. Seine Leute waren nicht einsatzbereit, und im Verteidigungsgürtel der Freischärler entstand ein großes Loch, das den Österreichern den Weg bis knapp vor Ödenburg öffnete. Am 28. August konnte man hier den österreichischen Kräften nur schwache Abteilungen der Héjjas-Truppe unter dem Kommando von Mihály Francia-Kiss entgegenwerfen, die erst wenige Stunden vor dem österreichischen Einmarsch in Ödenburg eingetroffen waren.



**Bild 94:** Freischärler kontrollieren Passierscheine der Zivilbevölkerung in Mattersburg, Oktober 1921



**Bild 95:** Freischärler-Patrouille bei der Burg Forchtenstein

Auch südlich von Ödenburg standen am 28. August nur schwache ungarische Kräfte, so dass auch hier die erste Etappe der Landnahme gelang. Die Kolonnen 5 und 6 erreichten, ohne behindert zu werden, von ihren Ausgangspunkten Hochwolkersdorf und Kirchschatz aus ihre vorgeschriebenen Ziele und standen am Abend des ereignisreichen Tages mit ihren Spitzen in Lackenbach, Oberpullendorf und Deutsch Gerisdorf.

Im südlichen Burgenland, im Komitat Eisenburg, stand das Gros der Freischärler mit dem Schwerpunkt um Oberwart. Neben dem unter Führung von Rittmeister Jenő Ranzenberger stehenden ungarischen Reservegendarmeriebataillon Nr.1 standen hier die Freischaren Prónays, Erdödy und des fanatischen Franziskanerpaters Lajos Bónis. In Bernstein befand sich zudem eine Reiterabteilung unter Dr. Emmerich Egan. Bei Pinkafeld stand die aus fünfzig Mann bestehende Gruppe des Oberleutnants László Kuti, bei Allhau waren vierzig Mann unter Leutnant Tibor Héjjas versammelt und bei Burgauberg schließlich war die hauptsächlich aus Székelnern bestehende Gruppe des Oberleutnants László Somogyi-Köllő, die etwas über siebzig Mann zählte, in Stellung gegangen. Als hier die Gendarmerie die alte Reichsgrenze überschritt, wurde sie sofort von diesen überlegenen Kräften angegriffen und in heftige Gefechte verwickelt. Keine der drei Kolonnen (Nr. 7, Nr. 8 und Nr. 9) konnte auch nur eines ihrer Ziele erreichen. Die Kolonne Nr. 7, mit 202 Gendarmen und 22 Zollbeamten von Friedberg ausgehend, geriet bei Pinkafeld in heftiges Gewehr- und Maschinengewehrfeuer und musste sich nach tapferer Gegenwehr unter Verlusten zurückziehen. Ihre beiden Nachbarabteilungen (Kolonne Nr. 8 mit dem Ausgangspunkt Hartberg und Kolonne Nr. 9, von Burgau ausgehend) wurden schon wenige Meter nach der Grenze zur Umkehr gezwungen. Außer zwei Gendarmeriebeamten wurden hier auch zwei Zivilisten, die sich den österreichischen Gruppen angeschlossen hatten, um endlich in ihre Heimatdörfer zu gelangen, teils schwer verletzt, teils getötet. Am nächsten Tag versuchten die Kolonnen 7 und 8 nochmals über die steirische Grenze zu gehen, doch wurden sie abermals zurückgeschlagen, obwohl die Kolonne 7 zunächst einmal sogar bis Oberwart gelangte. Bei einem dieser Gefechte wurde übrigens Gräfin Erdödy, die an der Seite ihres Mannes gegen die Österreicher kämpfte, verwundet.

Da auch die Gendarmerieposten südlich von Güssing nach heftigen Angriffen auf Heiligenkreuz und Mogersdorf in den Morgenstunden des 29. August auf ihre Ausgangsstellungen Fürstenfeld und Fehring zurückgezogen werden mussten, war im Bereich des Komitates Eisenburg die Besitznahme schon an diesem Tag völlig gescheitert.

Die örtlich eingesetzten Ententeoffiziere standen der Entwicklung der Dinge



**Bild 96:** Graf Tamás Erdödy mit „seinen“ Freischärlern (rechts neben ihm seine Frau, ebenfalls in Uniform)

machtlos gegenüber. Sie konnten den Österreichern nur raten, den Vormarsch vorläufig einzustellen, um weitere Verluste an Menschenleben zu vermeiden.

Am Vormittag des 30. August teilte dann auch die Generalskommission Bundeskanzler Schober telefonisch ihren Beschluss mit, dass Österreich zu warten habe, bis Ungarn seinen Verpflichtungen nachgekommen sei und die Generäle in der Lage sein würden, das Burgenland Österreich ordnungsgemäß zu übergeben. Es sei keinesfalls Österreichs Aufgabe, das Burgenland mit bewaffneter Macht zu besetzen. Am nächsten Tag forderte die Generalskommission Sektionschef Davy auf, dafür Sorge zu tragen, dass die österreichische Gendarmerie nur dort Posten beziehe, wo kein „unüberwindlicher“ Widerstand geleistet werde.

Das ungarische Pressebüro verbreitete am 31. August in einer in französischer Sprache herausgegebenen Presseaussendung ihre Version des Geschehens: „Ödenburg. Nach den letzten Nachrichten sind im geräumten Gebiet österreichische rote Banden erschienen. In Szárasrégen haben sie die Kirche geplündert und dann angezündet. In Szentmarton tobt ein blutiger Kampf zwischen Kommunisten und der Bevölkerung. Von verschiedenen Orten werden Scharmützel gemeldet, in der Gegend von Pandorfalú erbitterte Kämpfe. Überall

*macht die Bevölkerung die österreichische Gendarmerie für die Grausamkeiten und Plünderungen der Kommunisten verantwortlich und greift sie an. Dort, wo die Anzahl der Gendarmen groß ist, weigert sich die Bevölkerung, ihnen Lebensmittel zu liefern.... Mehrere Gemeinden des geräumten Gebietes wenden sich an den Oberkommissär Grafen Sigray und verlangen Schutz gegen die österreichischen kommunistischen Emigranten aus Wien, die fortwährend zuströmen. Die Bevölkerung verlangt die Rückkehr der ungarischen Gendarmen.*

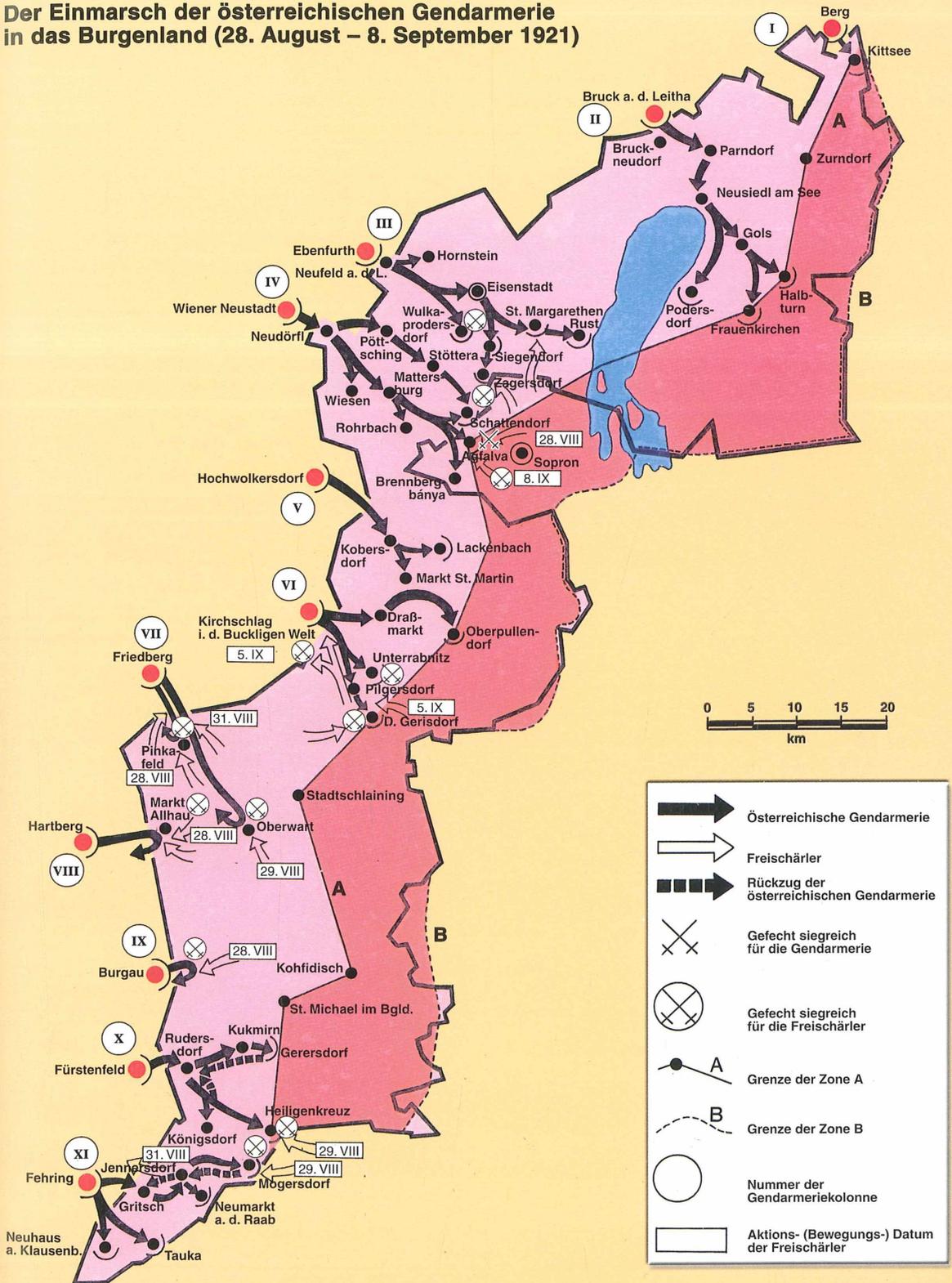
*Ödenburg. Sehr viele Flüchtlinge aus der geräumten Zone sind in der letzten Nacht hier eingetroffen und verbreiten in der Stadt Nachrichten über die Grausamkeiten der österreichischen Kommunisten. Die Flüchtlinge sind verzweifelt und verlangen Waffen, um die Eindringlinge zu verjagen. Die ganze kroatische Bevölkerung in der österreichischen Zone hat sich erhoben. Verzweifelt kämpfend drängt sie die österreichischen Gendarmen und die österreichischen Truppen an die Grenze zurück. Die Aufständischen haben die Schienen der Eisenbahnlinien bei Ebenfurth und der Südbahn an mehreren Stellen aufgerissen, den Österreichern auf diese Art den Rückzug abschneidend. Der österreichischen Gendarmen hat sich Panik bemächtigt. Sie fliehen kopflos gegen die Grenze!"<sup>503</sup>*

Die ungarische Regierung tat natürlich so, als wäre sie gegen die Freischaren machtlos. Am 30. August überreichte Gesandter Masirevich Bundeskanzler Schober eine Note, in der die ungarische Regierung ihr Bedauern über die Vorfälle ausdrückte und versicherte, offizielle ungarische Organe hätten nicht das Geringste mit diesen Eigenmächtigkeiten zu tun. Sie verurteile sie ausdrücklich und sei jederzeit zu friedlichen Verhandlungen zur Beilegung des Konfliktes bereit. Gratz, der schon wenige Stunden später in Wien eintraf, brachte auch tatsächlich das Rezept für die Lösung: Österreichs Verzicht auf Ödenburg.

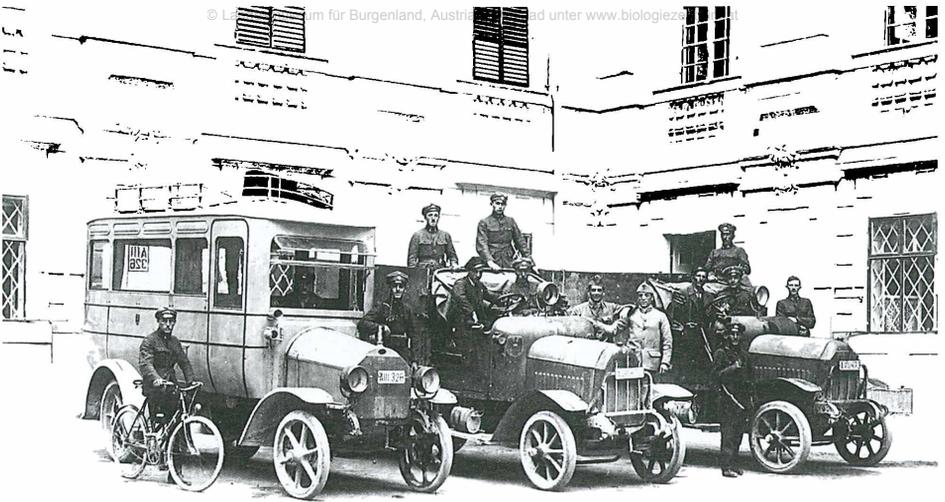
In Budapest sah man sich zu diesem Schritt ermutigt, da der Protest der Botschafterkonferenz - der natürlich zu erwarten war und der dann prompt am 2. September 1921 eintraf - erstaunlich milde formuliert war. Natürlich forderte dieser die Entwaffnung der Freischärler und die reibungslose Übergabe des Gebietes, doch ohne dafür ein Ultimatum zu setzen. Man meinte lediglich „*dass man hoffe, dass die ungarische Regierung in Erkenntnis des Ernstes der Lage die notwendige Kraft finden wird, um alle zur Einhaltung der Verträge zu zwingen.*“

Mit Recht erklärte Ministerpräsident Bethlen in der Sitzung des Ministerrates, dass man vor dieser Note nicht zu erschrecken brauche: Sie sei nicht ultimativ und setze keinen Termin für die Räumung. Eine Einmischung der Kleinen Entente aber sei wie es jetzt aussehe nicht zu befürchten.<sup>504</sup> Auch Außenminister Bánffy berichtete beruhigt seinem Gesandten in Wien, dass es keinerlei Zeichen gäbe, dass die Tschechoslowakei oder Jugoslawien militäri-

# Der Einmarsch der österreichischen Gendarmerie in das Burgenland (28. August – 8. September 1921)







**Bild 97:** Österreichische Gendarmerie mit beschlagnahmten Automobilen im Hof des Schlosses Esterházy in Eisenstadt.



**Bild 98:** Gendarmerie im Quartier in Agendorf

sche Vorbereitungen für eine Intervention trafen, ja dass letztere planmäßig ihre Truppen aus Südungarn zurückgezogen hätten. Weder die jugoslawischen noch die rumänischen Diplomaten, die im Außenamt vorsprachen, hätten die Westungarn-Frage auch nur berührt. Mit einem gewissen Recht könne also Ungarn zuwarten, bis Wien kompromissbereit sei. Österreich könne ja eine lange Dauer der Burgenlandkrise innenpolitisch nicht verkraften, zumal gerade in diesen Wochen die in Österreich herrschende Wirtschaftskrise durch eine gewaltige Inflation<sup>A)</sup>, die im Sommer/Herbst 1921 zu einer 100%igen Verteuerung der meisten Produkte führte, einem katastrophalen Höhepunkt zustrebe.

Inzwischen hatte sich die Lage an der Grenze weiter zugespitzt. Im niederösterreichischen Grenzgebiet steigerte sich die Unruhe. Um keine Panik ausbrechen zu lassen, wurden im Wiener Neustädter Industriebezirk Arbeiterwehren zum Schutz der Grenze aufgeboten und noch am Morgen des 30. August weitere Militäreinheiten von Wien nach Wiener Neustadt verlegt. Teile von diesen schob man zum Schutz des Kohlereviers von Zillingdorf und des Kraftwerkes Ebenfurth über die Leitha vor. Es zeigte sich deutlich, dass die Gendarmerie, die noch immer die Hauptlast des Grenzschutzes trug, zur Beherrschung der ausgedehnten Grensräume zu schwach war.

Im Süden veranlasste die Bedrohung von Fürstenfeld und Fehring die steirische Landesregierung, weitere Truppenhilfe zu verlangen, und schon am 1. September 1921 musste man eiligst Truppenverstärkungen an die steirische Grenze verlegen, da die Freischärler in der vorangegangenen Nacht sogar die alt-österreichische Grenze überschritten und den steirischen Ort Hohenbruck östlich von Fehring angegriffen hatten.

Aber noch immer zögerte man in Wien mit dem vollen Einsatz des Heeres, dessen Umbau noch im Gange war und dessen Schlagkraft noch vieles zu wünschen übrig ließ. Es zeigte sich in erschreckender Weise, dass das junge Bundesheer, das zu diesem Zeitpunkt nicht einmal die im Friedensvertrag zugestandene Maximalstärke erreichte, in dem plötzlich eingetretenen Krisenfall schwere logistische Probleme hatte. Es fehlte vor allem an Transportmitteln, sodass man Pferde und Fuhrwerke bei Bauern beschlagnahmen musste. Die wenigen vorhandenen Kraftfahrzeuge waren in so schlechtem Zustand, dass es beim Anmarsch in die Einsatzorte an der Grenze zu zwei schweren Unfällen kam, die sogar mehrere Menschenleben kosteten. Zudem lagen die Mannschaftsstärken der Einheiten weit unter dem Soll. Neben erfahrenen Weltkriegssoldaten standen vielfach Rekruten, die erst eine recht kurze Ausbildung genossen hatten. Außerdem wies das innere Gefüge einzelner Truppenteile auch was die Disziplin anlangte

---

A) Der Notenumlauf stieg von 30 Billionen Kronen (Ende 1920) auf 174 Billionen (Ende 1921).



**Bild 99:** Freischärler vor dem Bahnhof von Bad Sauerbrunn.

noch große Mängel auf.<sup>505</sup> Als der britische Militärattaché in Wien, Oberst Cuninghame, im Herbst die an der Grenze stehenden Bataillone besuchte, stellte er fest, dass die Einheiten aus Oberösterreich, Tirol und der Steiermark als „zuverlässig“, die aus Wien und Niederösterreich hingegen als „mürrisch und unzufrieden“ und „von keinem militärischen Geist beseelt“ seien.<sup>506</sup> Ein interner, vertraulicher Bericht des Wehrausschusses zeigte noch im Oktober erschreckende Tatsachen auf. So wurde berichtet, dass bei den Wiener Einheiten ärgste Disziplinlosigkeiten festgestellt werden mussten, wie z.B. Trunkenheit, Raufhändel und Diebstähle, und man noch immer nicht das „Soldatenratswesen“ abstellen konnte. So wurde als Beispiel erwähnt, dass nach einem nächtlichen Probealarm an der Grenze bei Kirchschatz - wo knapp zwei Wochen vorher ein Angriff der Freischärler erfolgt war - die Soldatenräte den zuständigen Offizieren mitteilten, „daß in Zukunft solche Witze nicht mehr aufgeführt werden dürfen“.<sup>507</sup> Bedenken hatte man auch, da bei den Tiroler Einheiten ein starker „karlistischer Kaiserjäger-Geist“ herrschte und man im Falle einer Rückkehr des Kaisers nach Ungarn womöglich nicht mehr mit der vollen Loyalität der Truppe der Republik gegenüber rechnen konnte.

Am 1. September bezogen alle zur Verfügung stehenden Truppen unter dem Befehl des Kommandanten der 1. Brigade, Oberst Rudolf Vidossich, die Grenz-

wacht. Sein Hauptquartier lag in der Militärakademie in Wiener Neustadt. Ihm unterstanden im Abschnitt Niederösterreich: in Kirchschatz das II. Bataillon des Infanterie-Regiments 5 und die Verbindungskompanie 2, in Wiener Neustadt das I. Bataillon des Infanterie-Regiments 1 und das III. Bataillon des Infanterie-Regiments 2, in Ebenfurth das II. Bataillon des Infanterie-Regiments 1 und in Bruck an der Leitha sowie in Hainburg je die Hälfte des III. Bataillons des Infanterie-Regiments 1. Um die waffentechnische Überlegenheit der Freischärler etwas auszugleichen, wurden der Gendarmerie, die hier im nördlichen Abschnitt noch immer ein breites Vorfeld hielt, 20 Maschinengewehre mit der zugehörigen Munition überlassen.

Der Abschnitt Steiermark wurde dem Kommandanten des Alpenjäger-Regiments 9, Oberst Wilhelm Medicus, mit dem Standort Hartberg, wo auch die Abschnittsreserve stand, übertragen. Die Alpenjäger-Regimenter 9 und 10 stellten fünfeneinhalb Infanteriekompanien und zweieinhalb MG-Kompanien, die Schwadron 5 stellte einen Reiterzug und einen MG-Zug. Die Verbindungskompanie 5 wurde für den ganzen Abschnitt verwendet. Einzelne Gruppen sicherten an den wichtigsten Einbruchspforten der Steiermark: bei Fehring, Fürstenfeld, Burgau, Wörth, Allhau, Lafnitz und Sinnersdorf.

Wie notwendig der militärische Grenzschutz war, zeigten die folgenden Ereignisse. Während nämlich in den nächsten Tagen die Angriffstätigkeit im nördlichen Abschnitt überraschend abflaute, versuchten die Freischärler, im Süden in mehreren Stoßtruppunternehmungen in steirisches Gebiet einzubrechen. Der Gendarmerieposten des kleinen steirischen Ortes Sinnersdorf war das Ziel eines besonders heftigen Angriffes; er musste schließlich unter Verlusten aus seiner sehr ungünstigen, auf drei Seiten von westungarischem Gebiet umfassten Lage um 3 km nach Norden zurückgenommen werden.

Aber auch im Norden war die Ruhe der ersten Septembertage nur eine Ruhe vor dem Sturm, einem Sturm, der sich an der Südflanke der Stellungen der österreichischen Gendarmerie im Raum Bernstein Lockenhaus zusammenbraute und der dann am 5. September im Gefecht von Kirchschatz losbrach.<sup>508</sup>

## **b) Das Gefecht von Kirchschatz am 5. September 1921**

Den südlichsten Teil des niederösterreichischen Grenzschutzabschnittes hatte, wie schon erwähnt, das II. Bataillon des Infanterie-Regiments 5 unter dem Kommando von Oberst Sommer als Verteidigungsbereich zugewiesen bekommen. Im vorgelagerten burgenländischen Gebiet befanden sich Gendarmerieposten der Kolonne



**Bild 100:** *Posten des österreichischen Bundesheeres an der Grenze bei Kirchschatl*

6 in Deutsch Gerisdorf, in Pilgersdorf, in Lebenbrunn, in Unterrabnitz und in Draßmarkt. Ihre Lage war äußerst ungünstig. Da ihre Nachbarkolonne die vorgeschriebenen Ziele nicht erreicht hatte, mussten sie die Front auch nach Süden halten. Dies war umso schwieriger, als das waldreiche und unübersichtliche Gelände einem Angreifer aus dieser Richtung große Vorteile bot.

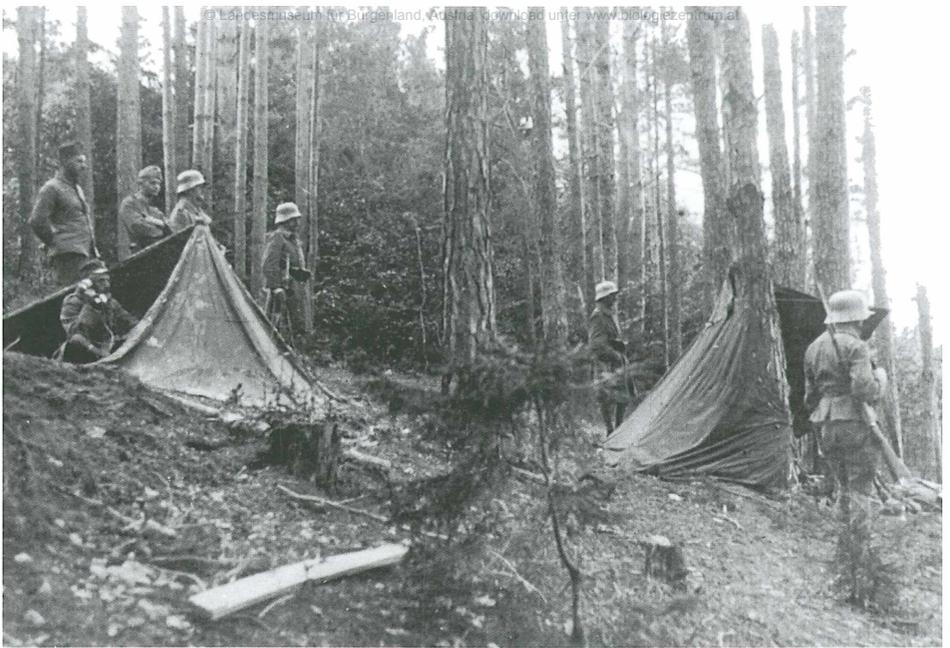
Bekannt war, dass auf der Gegenseite in Bernstein eine Freischar unter dem Kommando des ehemaligen Obergespans von Szolnok und Békés, Dr. Emmerich Egan, Stellung bezogen hatte. Egan war übrigens gebürtiger Bernsteiner; seine Familie, die aus Irland eingewandert war, hatte hier ein Gut gepachtet. Als er vom bevorstehenden Einmarsch der Österreicher hörte, begab er sich sofort an die Spitze einer berittenen Freischar nach Bernstein. Ihm wurde die Aufgabe zugeteilt, mit seiner Reiterabteilung – etwas mehr als 30 Mann – während der Kämpfe im Pinkatal die nördliche Flanke der Freischärleroperationen zu decken und durch kleinere Angriffe die Gendarmerieposten im Zöberntal daran zu hindern, in das Kampfgeschehen einzugreifen. Egan ging mit großer Bravour ans Werk, doch die geschickt geführte Gendarmerie brachte seinen Leuten erhebliche Verluste bei. Bei einem dieser Angriffe, am 2. September, wurde er selbst in der Nähe von Bubendorf verwundet und gefangen genommen.

Inzwischen wurde in Oberwart, dem Hauptquartier der Freischaren im südlichen Kampfabschnitt, beschlossen, die Front der Österreicher im Zöbern- und im Rabnitztal durch einen massiven Angriff aufzurollen.

Zu diesem Zweck stellte Oberleutnant Árpád Taby („Oberleutnant Rott“) – übrigens ein Ritter des Maria-Theresien-Ordens – eine zirka 280 bis 290 Mann starke und in drei Abteilungen gegliederte Kampfgruppe auf. Diese bestand hauptsächlich aus Hochschülern der Ungarisch-Altenburger Landwirtschaftsakademie und aus Freischärlern aus Kecskemét; bei den Leuten aus Kecskemét handelte es sich um Teile des berühmten Héjjas-Detachements. Am 4. September wurde nun Tabys Kampfgruppe mit requirierten Autos und Pferdewagen nach Günseck und Langeck verlegt. Sie sollte von hier aus entlang des Zöberntales angreifen und vor allem die Posten von Deutsch Gerisdorf und Pilgersdorf ausschalten. Parallel dazu sollte Hauptmann Miklós Budaházi, der nach der Gefangennahme Egans dessen Nachfolge angetreten hatte, von Bernstein aus einen Angriff über Redlschlag und Kogl nach Lebenbrunn führen. Budaházis Abteilung wurde für dieses Unternehmen durch die Freischärlergruppe des István Láhner (Freischärler aus Debrecen und Adony) verstärkt.

Die österreichischen Posten in Deutsch Gerisdorf und Pilgersdorf merkten schon am 4. September, dass sich die Freischärler verstärkt hatten. Patrouillen, die man wegen der ständigen Bedrohung immer wieder gegen das Bernsteiner Gebirge vorführen ließ, stießen bei Salmansdorf und Günseck auf gegnerische Gruppen, die jedoch nach kurzem Feuerwechsel verschwanden. Aus den Berichten der Patrouillen konnte man klar erkennen, dass ein größerer Angriff bevorstand. Dennoch beschloss die Gendarmerie auf Bitten der Dorfbewohner, zu bleiben, obwohl sie schon am 2. September von ihrem Kommando in Wiener Neustadt die Erlaubnis bekommen hatte, sich vor einer feindlichen Übermacht zurückzuziehen, um größeres Blutvergießen zu vermeiden.

Da tauchten im ersten Morgengrauen des 5. September vor den Feldwachen von Deutsch Gerisdorf plötzlich Freischärler auf. Es gelang gerade noch, den Posten zu alarmieren, als die Freischärler von zwei Seiten mit mehreren Maschinengewehren und großer zahlenmäßiger Übermacht angriffen. Schon nach kurzem Kampf war es klar, dass jeder weitere Widerstand sinnlos sein musste. Während noch ein Teil der Gendarmen und Zollwachen einen Rückzug nach Pilgersdorf versuchte, mussten sich 17 Mann, teils schwer verwundet, gefangen geben. Aber auch der Rest der Mannschaft, deren Rückzug bald zur wilden Flucht wurde, geriet bei Bubendorf, in größere und kleinere Haufen zersprengt, in die Gefangenschaft der Freischärler. Nur wenige schlugen sich bis hinter die niederösterreichische Grenze durch. Der Posten von Pilgersdorf, der ebenfalls heftig angegriffen wurde, hatte schon vorher schleunigst den Rückzug angetreten. Den



**Bild 101:** *Posten des österreichischen Bundesheeres im Wald bei Lebenbrunn (Kirchschatz)*

Freischärlern fielen neben einer großen Zahl von Gefangenen Gewehre, Munition und zwei MGs in die Hände.

Das Grenzraumkommando Kirchschatz versetzte sofort alle Truppen seines Verteidigungsbereiches in Alarmbereitschaft, und Oberst Sommer entschloss sich, den Angegriffenen unverzüglich Unterstützung zu bringen. Doch inzwischen wurde heftiger Gefechtslärm aus Richtung Pilgersdorf hörbar, und nach unerwartet kurzer Zeit trafen die ersten versprengten Gendarmen ein. Sie berichteten atemlos, dass große ungarische Kräfte - man sprach von mindestens 500 Mann – rasch gegen die österreichische Grenze vorstießen und dass sämtliche österreichischen Posten im Vorfeld von Kirchschatz entweder gefangen oder auf der Flucht seien.

Diese gefährliche Situation veranlasste Oberst Sommer sofort zum Einsatz aller verfügbaren Kräfte. Die 5. Kompanie wurde – es war inzwischen 7 Uhr geworden – auf der Straße nach Pilgersdorf losgeschickt. Sie sollte an der Landesgrenze Stellung beziehen, um ein Vorrücken des Gegners auf Kirchschatz zu verhindern. Um bei einem Angriff auf Kirchschatz selbst eine größere Reserve zu haben, versuchte das Grenzraumkommando, die zurückflutenden Gendarmen zu sammeln. Doch die Gendarmerie weigerte sich, sich dem militä-

rischen Befehl zu unterstellen und zog nach Wiener Neustadt ab. Dies löste unter der ohnehin bereits höchst beunruhigten Bevölkerung offene Panik aus. In Wagen und zu Fuß begann die Zivilbevölkerung Kirchschat in Richtung Westen zu verlassen. In der allgemeinen Verwirrung brach auch die Telephonverbindung mit Wiener Neustadt zusammen.

Inzwischen gingen die österreichischen Soldaten entlang der Pilgersdorfer Straße gegen die Landesgrenze vor, wo sie bald in schweres MG- und Gewehrfeuer der Freischärler gerieten. Die Stellung der Österreicher war äußerst ungünstig, da sie sich gegen die vom Südhang des Tales aus überhöhter Stellung feuernden Freischärler nur schlecht wehren konnten. Ihre Verluste waren entsprechend groß. Auch im Talgrund kämpften sich die Gegner immer weiter bis an den Ortsrand von Kirchschat vor. Da aber auch die Ungarn beträchtliche Verluste hatten, befahl Taby nun den Rückzug. Knapp vor 13 Uhr endete das Gefecht.

Die Verluste des Bundesheeres betragen 7 Tote und 15 Verwundete. Zwei Mann waren in Gefangenschaft geraten, wurden aber später auf burgenländischem Gebiet tot aufgefunden – einer war erhängt, der andere erschossen worden. Wie später aus Aussagen der gefangenen Gendarmen, die von den Ungarn bis nahe hinter die Gefechtslinie verbracht worden waren, hervorging, hatten Héjjas-Leute die beiden Gefangenen getötet, weil bei ihnen angeblich Dinge gefunden worden waren, die sie als Mitglieder der Kommunistischen Partei auswiesen. Die gefangenen Gendarmen und Zollbeamten, die übrigens von Ungarisch-Altenburger Hochschülern vor Misshandlungen durch Héjjas-Leute geschützt wurden, kamen nach dem Rückzug der Freischaren nach Oberwart und wurden später freigelassen. Die Freischärler hatten beim Gefecht von Kirchschat 9 Tote und eine nicht näher eruierbare Zahl von Verwundeten zu beklagen.

Da, wie erwähnt, die Telephonverbindungen Kirchschat mit der Umwelt zu Beginn des Gefechtes unterbrochen waren, erfuhr man in Wiener Neustadt erst am Nachmittag durch den Gendarmerieposten Grimmenstein, dass dort eingetroffene Flüchtlinge von einem Angriff der Ungarn auf Kirchschat berichteten. Die Nachricht verbreitete sich panikartig, und in Wiener Neustadt wurden die wildesten Gerüchte laut. Brigadier Oberst Vidossich verfügte sofort die Alarmierung des Bataillons III/2 in Wiener Neustadt und des Bataillons II/1 in Ebenfurth, doch wieder einmal zeigten sich die bekannten Schwierigkeiten: Es gab keine Fahrzeuge, mit denen man die Truppen rasch an die Einbruchsstelle hätte bringen können. Erst um 19 Uhr konnten das III. Bataillon des Infanterie-Regiments 2 mit der Bahn und mit Lastkraftwagen von Wiener Neustadt nach Kirchschat und das II. Bataillon des Infanterie-Regiments 1 von Ebenfurth nach Wiener Neustadt abgehen, wohin das Heeresministerium auch das I. Bataillon des Infanterie-Regiments 4 aus Wien folgen ließ.

Möglicherweise hatte aber gerade dieses Unvermögen, noch während der Kämpfe mit stärkerer Macht einzugreifen, eine größere Katastrophe verhindert: Gewisse Aussagen lassen nämlich vermuten, dass es sich bei dem Angriff auf Kirchschatz und damit auf österreichische Bundesheereinheiten nicht nur um einen simplen „Befreiungsversuch“ des angeblich in Kirchschatz gefangen gehaltenen Freikorpsführers Egan gehandelt habe, sondern um eine bewusste Provokation gewisser Freischar-Kommandanten, die die Österreicher zu einem Gegenstoß auf ungarisches Gebiet verleiten wollten, um damit andererseits die ungarische Regierung zu einem Einsatz regulärer ungarischer Streitkräfte zu veranlassen. Dies hätte möglicherweise durch die drückende militärische Übermacht der noch nicht abgerüsteten ungarischen Armee - ungeahnt böse Folgen für Österreich und damit für die Gewinnung des Burgenlandes haben können. Während nämlich Österreich in Durchführung der Friedensbestimmungen von Saint-Germain seine Armee bereits auf 35.000 Mann abgerüstet hatte, verfügte die „Königlich-ungarische Honvéd“ mit sieben Infanterie- und einer Kavalleriedivision über 85.000 Mann. Ungarn hatte zwar im Friedensvertrag von Trianon ebenfalls eine Abrüstungsklausel akzeptieren müssen, doch hatte die Entente mit Rücksicht auf die Kriegslage in Polen und die Bedrohung Ostmitteleuropas durch die Sowjets bisher auf die Durchführung der entsprechenden Bestimmungen verzichtet. Im unmittelbaren Bereich des Burgenlandes lagen allein zwei „Gemischte Brigaden“, die aus je zwei Infanterie-Regimentern, einem Radfahr-Bataillon, einer selbständigen Husarschwadron, einer Feldartillerieabteilung mit drei Batterien, sowie etlichen technischen Spezialeinheiten bestanden - also alles in allem eine bedrohliche Streitmacht.<sup>509</sup>

### **c) Verstärkter Grenzschutz gegen Westungarn ab 6. September 1921**

Auch im nördlichen Burgenland, wo es in den ersten Septembertagen relativ ruhig gewesen war, war die Situation der österreichischen Gendarmerie nun ziemlich unhaltbar geworden. Die Gendarmen kamen Tag und Nacht nicht zur Ruhe und hatten dabei noch mit größten Verpflegungsschwierigkeiten zu kämpfen. Die Bevölkerung war äußerst verängstigt, und ein zunehmender Strom von Flüchtlingen bewegte sich gegen die österreichische Grenze. Deshalb stellte Oberst Vidossich am 5. September auf Ersuchen der Landesverwaltungsstelle, die bei ihrem Umzug von Wien nach Ödenburg in Mattersburg steckengeblieben war, den Antrag, zur Entlastung der Gendarmerie und zur Beruhigung der österreich-freundlichen Einwohner zwei Bataillone nach Eisenstadt und ein Bataillon nach Neusiedl am See zu verlegen. Die Bundesregierung entschied jedoch ab-

schlägig, da die alliierte Generalskommission jeden größeren bewaffneten Zusammenstoß zu vermeiden wünschte und an der Absicht festhielt, das Burgenland ohne Blutvergießen zu übergeben.

Da die Gefahr weiterer ungarischer Bandeneinfälle hingegen unablässig stieg, veranlasste die Heeresleitung den Transport von Truppen aus Oberösterreich und Tirol in den Osten des Bundesgebietes. Von der 4. Brigade (Linz) hatten der Stab und das Alpenjäger-Regiment 7, eine Schwadron und eine technische Kompanie, von der 6. Brigade (Innsbruck) der Stab, drei Bataillone, eine Schwadron und zwei Batterien nach Wien abzugehen.

Die Tätigkeit der ungarischen Freischärler nahm indessen weiter zu. Sie überschritten in kurzen schwerpunktmäßig vorgetragenen Überfällen im Süden sogar die Staatsgrenze und richteten besonders schwere Angriffe gegen die Lafnitzbrücken, deren Besitznahme oder zumindest Zerstörung sie anstrebten. Auch unterbrachen sie die Bahnlinie im Raabtal kurz vor der steirischen Grenze, wo sie die Gendarmerieposten ebenfalls ständig durch nächtliche Angriffe beunruhigten. Für mehrere Wochen war damit jeglicher Personen- und Warenverkehr zwischen Österreich und Ungarn unterbrochen. Lediglich auf der Strecke Wien – Bruck a.d. Leitha – Raab – Budapest verkehrten vereinzelt internationale Züge. Aber auch diese wurden meist über Pressburg umgeleitet.

Im Raum Ödenburg hatten inzwischen die „Karlisten“ die Oberhand gewonnen. Als am 28. August die ersten Kämpfe zwischen Gendarmerie und Freischärlern ausgebrochen waren, war es nämlich Sigray gelungen, die Generalskommission zu überreden, dass der Rückzug von Ostenburgs „Reservegendarmeriebataillon“ gestoppt und dieses als eine Art Einsatztruppe der Interalliierten Militärkommission mit der „Sicherung von Ruhe und Ordnung“ beauftragt wurde. Ostenburg, der auf diese Weise Stadtkommandant von Ödenburg wurde, schien auch seine Aufgabe ernst zu nehmen: Als Héjjas-Freischärler am 28. August bei Agendorf die Österreicher angriffen und sich dann nach Ödenburg zurückzogen, ließ sie Ostenburg entwaffnen und aus der Stadt abschieben. Während er aber so durch die Ausschaltung seiner Gegner die „Ruhe wiederherstellte“ und damit anscheinend dem Ententeauftrag entsprach, unterstützte er die Aufstellung weiterer legitimistischer Freischaren. Diese rekrutierten sich hauptsächlich aus Ödenburger Hochschülern („Ifjusági Kőr“) und aus ungarischen und österreichischen monarchistischen Offizieren. Sie bildeten später das V. Freischärler Korps, das zunächst unter dem Kommando des aus Siebenbürgen kommenden Hauptmanns Viktor Maderspach beziehungsweise später unter der Führung von Hauptmann Paul Gebhardt (der aus Walbersdorf stammte) stand.



*Bild 102: Österreichische MG-Stellung an der Grenze. September 1921*

#### **d) Das Gefecht bei Agendorf und der Rückzug der Gendarmerie aus dem Burgenland**

Der am weitesten gegen Ödenburg vorgeschobene österreichische Posten stand in Agendorf. Er war zugleich der stärkste Gendarmerieposten in diesem Bereich, denn nach dem Überfall vom 28. August hatte man zu den 200 Gendarmen, die hier lagen, weitere 200 Mann als Verstärkung hinzugefügt. Da diese beachtliche Streitmacht eine ständige Bedrohung für Ödenburg bildete, konnte man mit Sicherheit annehmen, dass die gegnerischen Verbände hier bald zum Angriff antreten würden. In den frühen Morgenstunden des 8. September war es dann soweit. Freischärler unter dem Kommando von Viktor Maderspach, Paul Gebhardt und Elemér Székely griffen von drei Seiten die gut gedeckten Gendarmen an. Über eine Stunde lang dauerte das harte Gefecht, in dem auch MGs und Handgranaten eingesetzt wurden. Alle Versuche der Freischärler, die Stellungen der Gendarmen zu stürmen, scheiterten. Als jedoch nach 6 Uhr der

Anmarsch des Ostenburg-Detachements gemeldet wurde, war für die Österreicher jeder weitere Widerstand sinnlos geworden, da er nur zur vollständigen Umzingelung und zur Gefangennahme der Verteidiger geführt hätte. Man begann daher, den Rückzug anzutreten.

Ein Teil der Gendarmen verließ mit einem Personenzug den umkämpften Ort, die Nachhut zog sich in ständiger Gefechtsberührung mit dem Gegner bis Loipersbach zurück und bestieg dort ebenfalls den Zug, der sie bis Mattersburg brachte. Das Gefecht kostete die österreichischen Gendarmen einen Toten und zwei Schwerverwundete, die Ungarn drei Tote und zwei Schwerverwundete. Die Österreicher hatten also relativ geringe Verluste zu verzeichnen gehabt – es hatten ja mehrere hundert Mann am Kampf teilgenommen -, doch hatten die ständigen Beunruhigungen durch die ungarischen Insurgenten ihre Kampfmoral katastrophal sinken lassen. Als die Gendarmen bei Mattersburg erneut Verteidigungslinien aufbauen sollten, meuterte ein Großteil der Männer mit der Begründung, sie seien Beamte und keine Soldaten und daher zu keinen kriegsmäßigen Unternehmen mehr bereit. Es gelang erst dem aus Wiener Neustadt herbeigeeilten Zentraldirektor der Gendarmerie, Oberstleutnant Dr. Friedrich Gampp, sowie Landesdirektor Ornauer, mit einigen Freiwilligen Sicherungen aufzustellen, die einen geordneten Rückzug der zivilen Dienststellen ermöglichten. Landesverwalter Dr. Robert Davy, dessen Büro bei seiner Umsiedelung nach Ödenburg aufgrund der geschilderten Ereignisse in Mattersburg hängen geblieben war, verlegte diese Dienststelle ebenfalls wieder zurück nach Wien, wo man die eben erst geräumten Büros im Innenministerium wieder bezog. Erst nachdem man im Neukloster von Wiener Neustadt entsprechende Räume adaptiert hatte, konnten große Teile der Verwaltungsstelle Ende September wieder etwas näher an ihre zukünftige Wirkungsstätte man ahnte zu diesem Zeitpunkt allerdings schon, dass dies möglicherweise nicht mehr Ödenburg sein werde - heranrücken.

Um weiteren Verlusten vorzubeugen, wurden am 9. September endgültig alle Gendarmerieposten südlich von Eisenstadt hinter die Grenze zurückgezogen, nur in Mattersburg und in dem Landstrich nordwestlich von Eisenstadt verblieben noch einzelne Posten. Landesverwalter Davy beantragte, die seit 13 Tagen ohne Unterbrechung im Einsatz stehende, erschöpfte Gendarmerie, die bisher einen Verlust von 6 Toten, 12 Schwerverwundeten und 18 Leichtverwundeten erlitten hatte, durch das Bundesheer abzulösen.

Da die Entente jedoch die Verwendung der Wehrmacht im Burgenland noch immer verweigerte, beschloss die österreichische Regierung die endgültige Räumung des Landes. Alle noch auf westungarischem Boden stehenden Gendarmerieposten wurden daher am 10. September hinter die Staatsgrenze zurückgezogen.



**Bild 103:** *Österreichische Gendarmen mit gefangenen Freischärlern.*

Als die Gendarmerie zurückzuweichen begann, floh die österreich-freundliche Bevölkerung in hellen Scharen panikartig nach Westen. In den niederösterreichischen Grenzorten, wo die Flüchtlinge in Gasthöfen, Schulen und privaten Notquartieren untergebracht wurden, verbreiteten sich die wildesten Gerüchte, und die Aufregung steigerte sich ins schier Unermessliche. Viele der Flüchtlinge forderten stürmisch ihre Bewaffnung, um ihre Heimatdörfer vor den ungarischen „Banditen“ schützen oder von diesen säubern zu können. Eine Gruppe von einigen hundert Arbeitern drohte sogar - nachdem man ihre Bewaffnung verweigert hatte - das Waffendepot des Bundesheeres in Großmittel zu stürmen. Die niederösterreichische Landesregierung – mit Landeshauptmann Mayr an der Spitze – fand sich in Ebenfurth ein, um sich von der Sachlage ein Bild zu machen, und es wurde infolge der bedrohlichen Situation beschlossen, die Arbeiterwehren in den Gemeinden nahe der Grenze vollständig mit allen notwendigen Waffen auszurüsten. Auch die Bewaffnung des Hinterlandes bis Wien wurde fortgesetzt. Diese Waffen, die den an die Siegermächte abzuliefernden Beständen entnommen wurden, sollten übrigens später bei den Februarunruhen 1934 noch eine besondere Rolle spielen.

Im Vorfeld von „Wiener-Neustadt, Neufeld und Bruck“ a.d. Leitha wurden Schützengräben ausgehoben und MG-Bunker ausgebaut, und da sich die Krise im Grenzbereich weiter zuspitzte, erließ der Bürgermeister von Wiener Neustadt einen Aufruf an die Bevölkerung der Stadt, in dem Maßnahmen für den Fall von Kämpfen im Stadtbereich erörtert wurden.<sup>510</sup>

Die Freischaren folgten in das von den Österreichern geräumte Gebiet unverzüglich nach. Das V. Freischärlerkorps – die Freischaren hatten sich in sechs Korps gruppiert<sup>A)</sup> – besetzte unter seinem Kommandanten Hauptmann Viktor Maderspach den Raum Mattersburg, das VI. Freischärlerkorps, die Friedrich-Freischärler, besetzten den Raum Eisenstadt. Letztere waren hauptsächlich Studenten der Technischen Hochschule in Budapest, die noch durch Maturanten aus Raab verstärkt wurden. Sie unternahmen übrigens am 28. September 1921 einen aufsehenerregenden Überfall auf den niederösterreichischen Gendarmerieposten von Au am Leithagebirge, wo sie elf Gendarmen gefangen nahmen und nach Eisenstadt brachten. Sie sollten gegen Geiseln ausgetauscht werden, die österreichische Gendarmen bei ihrem Rückzug mitgenommen hatten<sup>B)</sup>, um ihrerseits ihre von den Héjjas-Leuten gefangenen Kameraden freizupressen.<sup>511</sup> In der Zwischenzeit wurden die Österreicher von den „Grünhütlern“, wie der Volksmund in Eisenstadt die Friedrich-Freischärler nannte, in erstaunlich kameradschaftlichem Gewahrsam gehalten.

---

A) Die Freischärler gliederten sich in folgende Korps:

- I. Freischärlerkorps (Sitz des Kommandos in Oberwart), Kommandant Oberleutnant Árpád Taby (formell unter der Führung des Reichstagsabgeordneten György Hir).
- II. Freischärlerkorps (Sitz des Kommandos in Oberpullendorf, später Lackenbach), Kommandant Hauptmann Miklós Budaházy; sein Wirkungsbereich reichte vom Rosaliengebirge bis zu den Quellen der Güns.
- III. Freischärlerkorps (Sitz des Kommandos in Eltendorf, später in Güssing), Kommandant Oberleutnant Endre Molnár, dem auch die Gruppe des Lajos Forster in Jennersdorf unterstand.
- IV. Freischärlerkorps (Sitz des Kommandos in Parndorf, später in Neusiedl a. See), Kommandant Oberleutnant Iván Héjjas.
- V. Freischärlerkorps (Sitz des Kommandos in Mattersburg), Kommandant Hauptmann Viktor Maderspach, später Hauptmann Paul Gebhardt.
- VI. Freischärlerkorps (Sitz des Kommandos in Eisenstadt), Kommandant Hauptmann Dezső Wein

Während die ersten drei Korps sich von anfang an Prónay unterstellten, schloß sich Héjjas diesem mit dem IV. Korps erst in der zweiten Septemberhälfte an. Die Korps V und VI gehörten dem "karlistischen Lager" an und blieben daher Prónay gegenüber distanziert.

B) Wie "Soproni Hirlap" (14.Sept. 1921) meldete, hatten die österreichischen Gendarmen eine Reihe von höheren Beamten der Fürstl. Esterházyischen Domänenverwaltung, einige ehemalige Offiziere und mehrere katholische Priester, die verdächtigt wurden, für Ungarn zu arbeiten, als Geiseln genommen und bei ihrem Rückzug nach Wiener Neustadt bzw. Wien gebracht.



**Bild 104:** „Grünhütler“ (Friedrich – Freikorps) in Eisenstadt



**Bild 105:** Freischärler führen bei Au am Leithagebirge gefangene österreichische Gendarmen durch Eisenstadt. 28. September 1921

So glimpflich diese Sache hier ausging, so gefährlich begann sich in anderen Teilen des Burgenlandes eine Spirale der Gewalt zu drehen, die leicht irgendwann außer Kontrolle geraten konnte. Ostwärts des Neusiedler Sees setzte sich das IV. Freischärlerkorps unter seinem berüchtigten Kommandanten Iván Héjjas fest. Das mittlere Burgenland besetzte Hauptmann Miklós Budaházy mit seinem III. Freischärlerkorps. Sein Hauptquartier befand sich in Oberpullendorf, später in Lackenbach. Bis zum 15. September herrschte an der Grenze im Großen und Ganzen Ruhe, da die Freischärler Umgruppierungen durchführten und ihre neu-gewonnen Stellungen ausbauten. An diesem Tage begannen wieder kleinere und größere Gefechte, und es verging seither kein Tag, an dem nicht da oder dort Schüsse gewechselt wurden.

Die Tätigkeit der Banden an der steirischen Grenze gab Anlass, nun auch diesen Abschnitt um ein Bataillon des Alpenjäger-Regiments 11 (Klagenfurt), eine halbe Gebirgskanonen-Batterie und eine halbe technische Kompanie aus Graz zu verstärken.

Somit betrug am 22. September das Aufgebot an Streitkräften:

Abschnitt

Steiermark:

3 Bataillone,  $\frac{1}{2}$  Schwadron,  $\frac{1}{2}$  Batterie und  $\frac{1}{2}$  technische Kompanie

Niederösterreich:

8 Bataillone,  $\frac{1}{2}$  Schwadron, 2  $\frac{1}{2}$  Batterien und 1 technische Kompanie

Reserve in Wien:

6 Bataillone,  $\frac{1}{2}$  Schwadron, 1 Batterie und 1 technische Kompanie

---

Summe:

17 Bataillone,  $1\frac{1}{2}$  Schwadronen, 4 Batterien und  $2\frac{1}{2}$  technische Kompanien

### **e) Der Überfall auf Bruck an der Leitha am 24. September 1921**

Nach dem Rückzug der Gendarmerie aus dem Neusiedler Bezirk ergaben sich bei Bruck an der Leitha besonders ungünstige Verhältnisse: Die Leitha trennte die auf niederösterreichischem Boden liegende Stadt Bruck von dem auf burgenländischem Gebiet befindlichen Bahnhof und dem ehemaligen k. u. k. Truppenübungslager Bruckneudorf (Királyhida). Hier waren mehrere



**Bild 106:** *Freischärler in Güssing, September 1921*

Flüchtlingsfamilien untergebracht worden, die nun, da man Plünderungen durch Freischärler zu befürchten hatte, um militärischen Schutz baten. Auf diese Bitten hin und im Einvernehmen mit den dort stationierten Ententeoffizieren bezog das III. Bataillon des Infanterie-Regiments 1 am 11. September das Lager und schob Sicherungen auf die vorgelagerten Höhen Spitalberg, Gaisberg und Ungerberg vor. Die Lage des Bataillons war äußerst ungünstig, da auf dem in seinem Rücken liegenden Bahnhof noch immer ungarische Beamte Dienst machten, die alle Maßnahmen und Bewegungen der Österreicher ungehindert telephonisch ungarischen Stellen weitergeben konnten. Der Anregung des Brigadekommandos, den Bahnhofsdiens durch österreichische Eisenbahner besorgen zu lassen, wurde von der zuständigen Stelle in Wien – da äußerst heikle vermögensrechtliche Fragen berücksichtigt werden mussten – nicht stattgegeben. Einfach die Telephonleitungen der Bahn zu unterbrechen, war nicht möglich, da damit die wichtige Bahnlinie Wien – Budapest stillgelegt worden wäre.

Am 22. September wurde bekannt, dass sich in Parndorf Aufständische sammelten und einen Angriff auf Bruck planten. Einen Tag zuvor war in Parndorf eine

zirka 90 Mann starke Freischar unter dem persönlichen Kommando von Iván Héjjas aufgetaucht. Schon am nächsten Tag kam es zu einem leichten Geplänkel. Die zivilen Behörden in Bruck baten um ein Bataillon Verstärkung, und der Kommandant des III. Bataillons des Infanterie-Regiments 1 beantragte die Ablösung seiner durch den fortwährenden Bereitschaftsdienst ermüdeten Leute. So wurde von der Heeresleitung der Abmarsch des Radfahr-Bataillons 2 von Wien nach Bruck für den 24. September verfügt.

In den ersten Morgenstunden des 24. September wurde das III. Bataillon an seiner Front, an seiner Flanke und im Rücken überfallen, wobei die Freischärler in den bewaffneten ungarischen Eisenbahnern des Bahnhofes Bruck nützliche Helfer fanden. Die 7. Kompanie wurde, nachdem der Alarmposten niedergemacht worden war, in einer Lagerbaracke überrumpelt. Die überraschte Mannschaft wehrte sich zwar, musste sich aber dann ebenso wie die anderen Kompanien, aus dem Lager hinter die Leitha zurückziehen, wobei die Freischärler sogar auf niederösterreichisches Gebiet vordrangen und bis zu den ersten Häusern der Stadt kamen. Das Brigadekommando 1 schickte sofort die in Götzendorf stehende 3. Kompanie des Infanterie-Regiments 6 gegen Bruck, und das Heeresministerium beschleunigte die Abfahrt des Radfahr-Bataillons 2 aus Wien. Diese Verstärkungen griffen bei Bruck erfolgreich ein, vertrieben die bereits in den Park des Schlosses Harrach eingedrungenen Freischärler, säuberten den Bahnhof und besetzten im Laufe des Nachmittags den Leithakanal und das Bahnhofsgelände, wo 60 ungarische Eisenbahner verhaftet wurden. Ententeoffiziere, die während des Kampfes aus Neusiedl am See eingetroffen waren, erwiesen sich den Freischärlern gegenüber als machtlos und rieten sogar, die Bevölkerung von Bruck zu bewaffnen. Einer der Mitkämpfer auf ungarischer Seite schrieb später in dem Buch „A Rongyos Gárda harcai“ [Die Kämpfe der Lumpen-Garde] über den Fanatismus der Freischärler: *„Und Welch ein toller Rausch, welche Kraft der Ekstase hob diese Truppe nach jedem siegreichen Gefecht empor. In der von Blut riechenden Luft loderte das Gefühl des berausenden Triumphes auf. Diejenigen, die noch vor wenigen Minuten den Feind auf ihre Bajonette steckten, stürzten jetzt zum Kommandanten, um seine Kleidung, seine Hände zu küssen. Diese mächtige Massensuggestion gab der Rongyos Gárda, die ohne Zwang ihrem Führer blind folgte, Kraft... Herrlich schöne Tage waren diese Brucker Kämpfe! Eine Handvoll ungarischer Schar, mit schlechter Ausrüstung, ohne jegliche Unterstützung aus dem Hinterland, oft hungrig, immer zerlumpt, immer frierend und vor Kälte zitternd, hämmerte wochenlang ungeschlagen am stolzen Tor von Wien, und es lag nicht an ihr, daß die gewagtesten Träume der Aufständischen, deren Gipfel der Einmarsch nach Wien gewesen wäre, sich nicht erfüllten...“*<sup>512</sup>

Der Überfall auf Bruck und die Ohnmacht der Ententeoffiziere schienen auf die alliierten Generäle in Ödenburg insofern eine Wirkung ausgeübt zu haben, als sie nun neuerdings auf einen Vorschlag zurückkamen, den sie bereits um die Monatsmitte gemacht hatten, wonach dem Bundesheer im Raum Wiener Neustadt - Ebenfurth bis zur Linie Loretto – Hornstein – Steinbrunn – Pöttsching – Sauerbrunn volle Bewegungsfreiheit zugestanden werden sollte. Damit hatte man auch einem Wunsch der österreichischen Bundesregierung entsprochen, die bei Grenzkämpfen im Raume des Neufelder Kohlenreviers befürchtete, dass die dortige Pumpenanlage beschädigt werden könnte und damit der Tagbau auf Monate hin förderungsunfähig würde. Allerdings verlegte Österreich nur schwache Sicherungen über die Leitha. Am 24. September erteilte die Interalliierte Kommission dem österreichischen Vertreter in Ödenburg, Oberst Jäger, abermals den Rat, doch mit genügend starken Kräften, so auch mit Artillerie, in den zugestandenen Raum zu rücken, um die Freischärler besser abwehren zu können. Sie selbst sei ja nicht in der Lage, Unternehmen der Freischärler zu verhindern.

Wie beim ersten Angebot, nahm auch diesmal das Heeresministerium eine ablehnende Haltung ein und betonte, von seiner Mitte September bekundeten Auffassung nicht abgehen zu können, da das neue Angebot nur einen kleinen Streifen des Burgenlandes an Österreich brächte, was aber keinen Fortschritt in der Landesübergabe bedeute. Man betonte neuerdings mit Nachdruck, dass es Aufgabe der Siegermächte sei, die Angliederung des Burgenlandes an Österreich durchzuführen.

In Wien war man sich darüber im Klaren, dass man mit allen Mitteln verhindern müsse, dass sich die Alliierten aus der Burgenlandfrage heraushielten und die Regelung direkt Österreich und Ungarn überließen.

## **Militärisches und diplomatisches Zwischenspiel von Mitte September bis Mitte Oktober 1921**

Gegen Ende September wurde der österreichische Grenzschutz neu gruppiert und eine Ablösung der bisher am meisten strapazierten Truppen durchgeführt. Während im Abschnitt Steiermark weiterhin Oberst Medicus befehligte, wurde der niederösterreichische Abschnitt mit sieben Bataillonen dem Kommandanten der 3. Brigade, Oberst Viktor Szagai, unterstellt. Oberst Vidossich behielt weiterhin den Oberbefehl über den gesamten Grenzschutz und befehligte direkt die Reserve, die um Wiener Neustadt stand und vier Bataillone und vier Batterien umfasste. Weiters standen die Brigade-Kommandos 4 und 6 mit sechs

Bataillonen und einer Batterie als Reserve in Wien. Zur Verstärkung der Sicherung des Neufelder Kohlenreviers wurde noch das Radfahr-Bataillon 3 aus Stockerau nach Ebenfurth abgestellt.

Nachrichten aus Ungarn besagten, dass hart ostwärts des Burgenlandes drei Infanterie-Divisionen standen und dass Ungarn mehrere Jahrgänge zu den Waffen rufen wolle. Auch die Freischaren würden laufend verstärkt. In manchen Gebieten des Burgenlandes stelle man aus ungarfreundlichen Teilen der Bevölkerung Ortswehren auf, die eine Art von Hilfstruppen bilden sollten. Die Bürgermeister seien angehalten, antiösterreichische Memoranden und Proklamationen zu erlassen. Parallel dazu laufe eine heftige Agitation gegen den Anschluss an Österreich, bei der man sich sogar plump gefälschter österreichischer Flugblätter bediene, um das Gespenst des „roten Terrors“ wiederzubeleben. Eines dieser Flugblätter sei hier der Kuriosität halber zitiert. Es heißt darin: *„Proletarier Ihr müßt Euch vereinigen, Damit Ihr könnt den Bauer peinigen! Nieder mit dem Freihandel! Eure Wiener Genossen.“*

Mittlerweile hatte die Botschafterkonferenz in Paris doch eingesehen, dass sie als Hüterin der Pariser Friedensverträge energischer einschreiten müsse. So richtete sie am 22. September ein scharfes Ultimatum an Ungarn, in dem sie die Räumung des Burgenlandes bis zum 4. Oktober forderte. Allerdings war dieses Ultimatum von vornherein unwirksam, da es das wichtigste und schwierigste Problem, die Bandenbewegung in Westungarn, nicht einmal erwähnte und nur ganz allgemein von der Räumung des Gebietes durch Ungarn sprach. Die Budapester Regierung zog nun am 3. Oktober alle ihren regulären Verbände aus dem Burgenland ab - auch aus der „Zone B“ - und übergab das geräumte Gebiet formell der Interalliierten Generalkommission. Doch diese nun einzige ordentliche Regierungsgewalt im Lande musste wegen des Mangels an Truppen und Exekutivorganen tatenlos zusehen, wie die Freischärler nun endgültig alle Macht an sich rissen und am 4. Oktober in Oberwart den unabhängigen Staat „Lajta-Bánság“ (Leitha-Banat) ausriefen. So konnte Ungarn den vollen Wortlaut des Ultimatums erfüllen, ohne dass sich etwas an der verfahrenen Situation in Westungarn geändert hätte.

## **„Lajta-Bánság“**

Als am 23. September 1921 das Ultimatum der alliierten Siegermächte in Budapest einlangte, war es klar, dass man kaum mehr etwas gegen die Abtretung Deutschwestungarns tun könne. Hier konnte, wenn überhaupt, nur noch Gewalt

helfen. Schon vorher hatten gewisse Kreise, darunter auch prominente ungarische Abgeordnete der umstrittenen Gebiete, den Plan lanciert, dass Deutschwestungarn seine Selbständigkeit erklären und dann in einer gewaltigen Volksabstimmung sich wieder Ungarn anschließen solle. Diesen Plan nahmen nun Gömbös und Prónay, der immer mehr den Oberbefehl aller im Süden stehenden Freischärlergruppen an sich gerissen hatte, auf, und das „offizielle“ Budapest gab seine stillschweigende Zustimmung dazu, obwohl man ziemlich sicher wusste, dass dieser abenteuerliche Plan letztlich nicht realisierbar war. Aber vielleicht konnte man dadurch Zeit gewinnen und bei der Notlage, in der sich Österreich befand, möglicherweise doch noch einen Kompromiss zugunsten Ungarns erreichen. Tatsächlich sollte die Rechnung Budapests nur wenige Wochen später endgültig aufgehen.

Am 4. Oktober, an dem Tag also, an dem alle regulären Kräfte Ungarns (mit Ausnahme des Ostenburg-Detachements, das der Interalliierten Kommission in Ödenburg als Ordnungstruppe unterstellt worden war) das Burgenland verlassen hatten, wurde Prónay aktiv. „Jetzt duftete man nicht säumen, dieses zum Tod verurteilte ungarische Gebiet dem Mutterland zu retten“ schrieb er in sein Tagebuch, fügte aber enttäuscht hinzu: „Die Teilnahmslosigkeit der Ansässigen ...hat mich bewogen, die Regierung aus den Führern der Aufständischen zu bilden, in die ich Vertrauen hatte und die mir gehorchten“. Am Morgen desselben Tages wurde in einer Versammlung dieser engen Mitarbeiter beschlossen, auf Grund des „Selbstbestimmungsrechtes der Völker“ im Burgenland einen selbständigen, unabhängigen und neutralen Staat, den Staat „Lajta-Banat“, auszurufen und folgende Proklamation erlassen:

*”Proklamation an die Völker der Welt!*

*Der unter dem Schlagworte der Selbstbestimmung der Nationen diktierte Trianoner Friede will unser durch tausendjährige Eintracht mit dem Mutterlande verbundenes Gebiet, ohne uns zu befragen, ohne uns auch nur anzuhören, den Kommunisten des besiegten Österreich als Beute hinweisen.*

*Der erzwungene Anschluß widerspricht jedem Recht, jeder Gerechtigkeit, weil das Selbstbestimmungsrecht mit Füßen getreten und unberücksichtigt bleibt, wodurch wir im Interesse des besiegten Österreich nach tausendjähriger Zusammengehörigkeit dem Mutterlande entrissen werden.*

*Unser nationales Selbstbewußtsein, unsere historischen Traditionen werden schwer getroffen. Der Haß Österreichs hat unsere ungarischen, deutschen und kroatischen Bürger in brüderlicher Eintracht und glühender Vaterlandsliebe verschmolzen.*

*Um Gerechtigkeit zu wahren und offene, ehrliche internationale Verbindungen aufrecht zu erhalten, um im gegenseitigen Verkehr mit den freien Völkern die*

*Herrschaft des Rechtes, sowie die Einhaltung aller internationalen Verpflichtungen zu sichern, haben wir zu den Waffen gegriffen und befindet [sic!] sich gegenwärtig kein einziger Feind auf heimatlicher Scholle.*

*Um unsere erkämpfte Freiheit zu wahren und zu sichern, proklamieren wir auf dem im Sinne des § 27, Punkt 2, des Trianoner Friedensvertrages geräumten Gebietes die Unabhängigkeit, Selbständigkeit und Neutralität dieses Gebietes und dessen Einwohner und gründen hiemit das Lajta-Banat.*

*Die Rechte des Staatsoberhauptes werden durch den Banus ausgeübt, welcher durch die verfassungsgründende (constituante) Versammlung gewählt wird. Die Vollzugsgewalt übt der Banus im Wege des aus 6 Mitgliedern bestehenden Staatsrates, unter dessen Verantwortung aus.*

*Die Amtssprache ist die ungarische, doch ist jeder Bürger berechtigt, seine Muttersprache überall zu gebrauchen.*

*Die Gesetze erscheinen in ungarischer, deutscher und kroatischer Sprache. Provisorisch bleiben die Gesetze des ungarischen Staates in Kraft. Jeder Bürger des Banates ist vor dem Gesetze ohne Unterschied seiner Nationalität, Sprache, Religion vollkommen gleichberechtigt und Teilhaber der gleichen politischen und bürgerlichen Rechte und Pflichten.*

*Den Inhalt dieser Unabhängigkeits-Proklamation erkennen wir als verpflichtend an, werden selben einhalten und durch andere einhalten lassen und mit unserer Unterschrift und unserem Siegel versehen.*

*Felsöör, 4. Oktober 1921*

*Konstitutions-Versammlung des Lajta Banates."*

Zur selben Zeit wählte eine provisorische gesetzgebende Versammlung aus Freischar-Offizieren und einigen pro-ungarischen Zivilisten Prónay zum vorläufigen Oberhaupt des neuen Staates. Ihm stellte man einen Regierungsrat zur Seite, der folgende Mitglieder besaß: Präsident Hauptmann László Apáthy, Außenminister Rechtsanwalt Dr. Franz Lévy, Innenminister Hauptmann Béla Bárdoss und Wirtschaftsminister Georg Hir. Das Unterrichtsressort sollte Apáthy, das Justizministerium vorläufig Lévy mit übernehmen, während Prónay selbst das Heereswesen übernahm. Der Posten des „Banus“, der einem prominenten Burgenländer vorbehalten bleiben sollte, wurde zunächst nicht besetzt; Graf Tamás Erdódy, an den man einige Augenblicke gedacht hatte, stellte sich für ein solches Abenteuer nicht zur Verfügung, umso mehr, als er gesinnungsmäßig mit Prónay nur wenig harmonierte. Als Hoheitszeichen wählte man ein Doppelkreuz auf grünem Feld, bekrönt vom Turul, einem sagenhaften adlerähnlichen Vogel, der einen Säbel im Schnabel hält. Die „Oberwarter Sonntags-Zeitung“ berichtete über die „Staatsgründung“ wie folgt: „Oberwart steht im Mittelpunkt der Ereignisse. Gegenwärtig spielen sich hier Dinge von welthistorischer Bedeutung



**Bild 107:** Die Ausrufung der „Republik Lajta-Banat“ in Oberwart am 4. Oktober 1921.

ab. Am 4. 10. 1921 um 12 Uhr wurde in Oberwart die Selbständigkeit Westungarns proklamiert. Die Feier begann um 12 Uhr mit einer von Pater Bónis gelesenen stillen Messe. Danach erfolgte die Segnung der Fahne. Dann wählte die versammelte Menge Béla Bárdoss zum Vorsitzenden und Dr. Franz Lévy, den Pressechef der Freischärler, zum Schriftführer. Die Versammlung betraute Paul Prónay die Regierung zu erneuern und den verfassungsgebenden Ausschuß einzuberufen. Nach der Beschlußfassung wurden die Truppen der Aufständischen vereidigt. Über die vollzogene Unabhängigkeitserklärung wurde folgendes Kommuniqué herausgegeben: „Das Volk Westungarns hat auf dem im Sinne des Art. 27, Punkt 1 geräumten Gebietes die Unabhängigkeit, Selbständigkeit und Neutralität in Felsöör am 4. 10. um 12 Uhr Mittag proklamiert und den Oberkommandanten der Freischaren mit der Konstituierung der Regierung und Ausarbeitung des Verfassungsentwurfes betraut. Gleichzeitig hat sich die Einwohnerschaft der Bezirke Nezsider, Kismarton, Lakompak, Felsöpulya und Némétújvár angeschlossen, worüber die aufgenommenen, mit den Unterschriften der Gemeindevorstellungen und dem Gemeindegel versehenen Protokolle dem Oberkommando nach Felsöör eingesandt wurden.“<sup>513</sup>

Der neue „Staat“, dessen Hauptstadt Oberwart wurde, fand aber kaum Zustimmung bei der westungarischen Bevölkerung, auch wenn in den nächsten Tagen - natürlich erpresste - Zustimmungserklärungen einzelner westungarischer Orte in Oberwart eintrafen. In den meisten Bezirken beriefen die örtlichen Freischärlerkommandanten, meist gemeinsam mit den Stuhlrichtern und anderen höheren Beamten der Staatsverwaltung, die Bürgermeister ihres Wirkungsbereiches zusammen und veranlassten sie folgende, dreisprachig abgefasste Erklärung mit Unterschrift und Gemeindesiegel zu bekräftigen:<sup>514</sup>

*”Erklärung:*

*Ohne befragt zu werden, sind wir von unserem angestammten Mutterlande losgerissen und dem kommunistischen Österreich als Beute hingeworfen worden. Um unsere Ehre, unsere Familie, unser Vermögen, unseren Glauben, unsere Sitten vor der roten Schmutzwelle zu schützen, proklamieren wir im Namen der Bevölkerung unserer Gemeinde unsere Unabhängigkeit, Selbständigkeit und allgemeine Neutralität.*

*Wir ersuchen und betrauen den Oberkommandanten der Freischaren, die Unabhängigkeitserklärung zu verlautbaren und die verantwortliche Regierung zu konstituieren.*

*Worüber wir einen Beschluss im Namen und im Auftrag der Bevölkerung unserer Gemeindeausstellen und mit dem Gemeindesiegel beglaubigen.*

*4. Oktober 1921”*

Die Autorität des „Lajta-Banates“ stützte sich allerdings nur auf die Bajonette der Freischärler: Das Gebiet vom Neusiedlersee bis an die Grenze bei Pressburg war in der Hand von Iván Héjjas, der sich dem „Lajta-Banat“ nur bedingt anschloss. In der Gegend um Eisenstadt hatten sich die Einheiten von Stephan Friedrich, der aus Rivalität dem Unternehmen beinahe gegnerisch gegenüber stand, eingerichtet. Um Mattersburg lagen die Freischaren unter dem Kommando von Viktor Maderspach, die sich nur locker an Prónay anlehnten. Alle weiter südlich liegenden Gruppen unterstellten sich direkt Prónays Oberkommando.

Die Angaben über die Gesamtstärke der Freischaren schwankten zwischen 2.700 Mann, wie dies aus Berichten des britischen Militärattachés in Wien hervorging, und 30.000 Mann, wie es österreichische Militärstellen meldeten. Ihre wahre Anzahl war nicht genau eruiert, doch dürfte ihre Höchstzahl, die in der ersten Oktoberhälfte erreicht wurde, 10.000 kaum überschritten haben. Die hohen Angaben in den österreichischen Berichten gingen hauptsächlich darauf zurück, dass es den Freischärlern durch eine geschickte Taktik gelang, ihre tatsächliche Stärke oder Schwäche zu verschleiern. Die einzelnen Gruppen waren immer in Bewegung und traten besonders bei Angriffen geballt auf, was ihre Stärke natürlich größer erscheinen ließ, als sie tatsächlich war. Letzteres war auch der Grund



dafür, dass die „Insurgenten“ ihren Gegnern trotz zahlenmäßiger Unterlegenheit militärisch immer überlegen waren, ganz abgesehen davon, dass sie auch mehr kämpferischen Einsatz zeigten, als ihre teilweise kampfunerfahrenen österreichischen Gegenspieler. Ungarische Regierungsstellen unterstützten, trotz gegenteiliger Beteuerungen, die Freikorps durch Nachschub von Waffen und Munition, teilweise auch mit Lebensmitteln, obwohl vor allem die exponiert stehenden Gruppen „aus dem Land“ leben mussten. Dies geschah teilweise durch reguläre Bezahlung, teilweise jedoch durch Requirierung und Erpressung, wobei die Kommandanten der einzelnen Gruppen „großzügig“ Empfangsbestätigungen ausstellten, die aber später nicht das Papier wert waren, auf dem die jeweiligen Beträge notiert wurden.

Der „Freischärlerstaat“ versuchte seine Souveränität durch eigene Ausweispapiere und Passierscheine zu dokumentieren. Alle Briefmarken wurden mit dem Aufdruck „Lajtabánság-posta“ versehen. Um seine Eigenstaatlichkeit auch auf wirtschaftlichem Gebiet zu betonen, wurden von den Zügen, die zwischen Österreich und Ungarn verkehrten, Zölle eingehoben. Man beschlagnahmte zu diesem Zweck einfach einen gewissen Prozentsatz der transportierten Waren, die dann in den Grenzbahnhöfen versteigert wurden. Interessant ist es, dass einzelne Vertreter der katholischen Kirche auf diese Staatsgründung positiv reagierten und Diözesanbischof Graf Mikes ein eigenes Generalvikariat für das Leitha-Banat einrichtete, das er dem Erzpriester Franz Thomas, Dechant in St. Michael bei Güssing, anvertraute.<sup>515</sup>

Allerdings zeigte es sich bald, dass der neue „Staat“ nur eine Fiktion war, und dass er nicht einmal eine Aktionseinheit aller Freischaren herstellen konnte. Im Gegenteil: die Zwistigkeiten zwischen „Karlisten“ und „freien Königswählern“ brachen erneut hervor. Es kam sogar zu Gefechten zwischen Friedrich-Freischärlern und Héjjas-Leuten bei Donnerskirchen, St. Margarethen und Rust (14./15. Okt. 1921). Auch mit der großartig proklamierten neutralen Haltung gegenüber Österreich und Ungarn war es nicht weit her. Die einzelnen Freischaren blieben auch weiterhin im ganzen Grenzbereich sehr rührig und fügten dem österreichischen Grenzschutz oft empfindliche Verluste bei, da sie stets mit überlegenen Kräften angreifen konnten, während das Bundesheer an die eigene Grenze gekettet - die Abwehr oft unter recht ungünstigen Bedingungen aufnehmen musste. Da nicht abzusehen war, wie lange der Grenzschutz noch aufrechterhalten werden musste, wurden bei Wiener Neustadt, ostwärts von Zillingdorf und bei Bruck an der Leitha weitere Befestigungen angelegt. Auch gruben sich die Freischaren gegenüber jenen Orten ein, die auf sie eine größere Anziehungskraft ausübten, sodass die Grenzwatch dort schließlich die Form eines „Stellungskrieges“ annahm.

Gegenüber von Bruck hatten sich die Héjjas-Truppen auf den Höhen des Spitalberges, des Gaisberges und des Ungerberges festgesetzt. Von hier aus beschossen



Bild 109: Die Briefmarken des „Lajta-Banat“. (Format ca. 10 % vergrößert)

sie die österreichischen Linien und die Stadt, sodass viele Familien den Ort verließen und der Bürgermeister die Bundesregierung dringend bat, auf diplomatischem Wege diesem völkerrechtswidrigen Vorgehen ein Ende zu bereiten. Die Generalskommission wurde ersucht, einige ihrer Offiziere ständig in Bruck zu belassen. Die Kommission erklärte jedoch, dass sie zu ihrem Bedauern nicht einschreiten könne, da ihr ein Verhandeln mit den Freischärlern untunlich erscheine, doch werde ein von ihr nach Bruck entsandter Offizier sein Möglichstes tun, um die Lage zu verbessern.

Alle die kühnen Pläne Prónays, im Zusammenwirken mit dem Ostenburg-Detachement gegen Wien zu marschieren, um hier einer „geistig verwandten“ Regierung zur Macht zu verhelfen, die dann freiwillig auf das Burgenland verzichten sollte, lösten sich bald in Luft auf. Prónay, der aus Sicherheitsgründen sein Hauptquartier nach Großpetersdorf zurückverlegt hatte, musste bald erkennen, dass er sich auf kaum 3.000 wirklich verlässliche Leute stützen konnte. Um die sehr brüchige Macht in Westungarn zu festigen, legten die „Aufständischen“ besonders patriotisches und martialisches Gehabe an den Tag, wie z. B. ein Plakat mit folgendem Wortlaut zeigte:<sup>516</sup>

*„Vergeßt nicht, daß wir Vaterlandsverräter für die größeren Feinde als die Österreicher halten. Für solche gibt es kein Verzeihen, keine Gnade! Hundertfaches Wehe denen, die in unsere Hände fallen! Jeder zittere vor den Fäusten unserer Kriegshelden! Bleibt auf dem Pfad der Ehre, seid keine Eidbrüchigen, die ihren Mantel nach dem Wind hängen!*

*Ergreift die brüderliche Rechte und kämpft Schulter an Schulter gegen die inneren und äußeren Feinde des Vaterlandes.*

*Mit Euch, wenn es möglich ist, gegen Euch, wenn es nötig ist!”*

Schon als die österreichisch-ungarischen Verhandlungen in Venedig - von denen wir noch hören werden - begannen, gab es allerdings von Budapest her Signale, dass die Tage des „Lajta-Banats“ gezählt seien. So erschienen im Auftrag des Ministerpräsidenten Bethlen einige Herren aus der Hauptstadt in Oberwart, darunter auch Militärbischof István Zdravec, die den „Staatschef“ auf eine baldige Auflösung seines Operettenstaates schonend vorbereiten sollten, und Horthy ließ ihm am 12. Oktober Ähnliches mitteilen.<sup>517</sup> Doch dann verschaffte Prónay der zweite Rückkehrversuch König Karls für einige Wochen Galgenfrist. Eigenartigerweise verhielt sich Prónay, der allgemein zu den „Freien Königswählern“ bzw. zu den Gömbös-Anhängern gezählt wurde, in diesem Konflikt neutral. Erst nach dem Zusammenbruch des Restaurationsversuches marschierte er mit einer schwachen Truppe, die sein Unterkommandant Budaházi befehligte, nach Ödenburg.



**Bild 110:** Besuch des Militärbischofs István Zadravecz (in weißer Soutane) in Oberwart (Oktober 1921)

Trotz dieser Turbulenzen hielt man in Budapest am in Venedig gefassten Plan fest und bereitete schließlich dem Staat „Lajta-Banat“ am 4. November 1921 von Ungarn aus ein Ende. Seine Gründung und seine zweifelhafte Existenz hinterließen nicht mehr als eine einzige Auflage seines Amtsblattes „Lajtabánság hivatalos lapja“, einer gleichnamigen Zeitung<sup>A)</sup>, die ebenfalls nur kurz erschien und nur wenig Verbreitung fand, und schließlich eine Serie von Briefmarken, die kurioserweise von einer Wiener Firma gedruckt wurde, aber kaum wirklich zur Anwendung im Postverkehr kamen.

## **Neue Vermittlungsversuche und das Protokoll von Venedig vom 13. Oktober 1921**

Ende September 1921 war Österreichs Situation in der Burgenlandfrage so düster wie nie zuvor. Der inoffizielle deutsche Militärattaché in Wien, Wilhelm Kundt, ein aufmerksamer und objektiver Beobachter der Ereignisse, berichtet darüber:

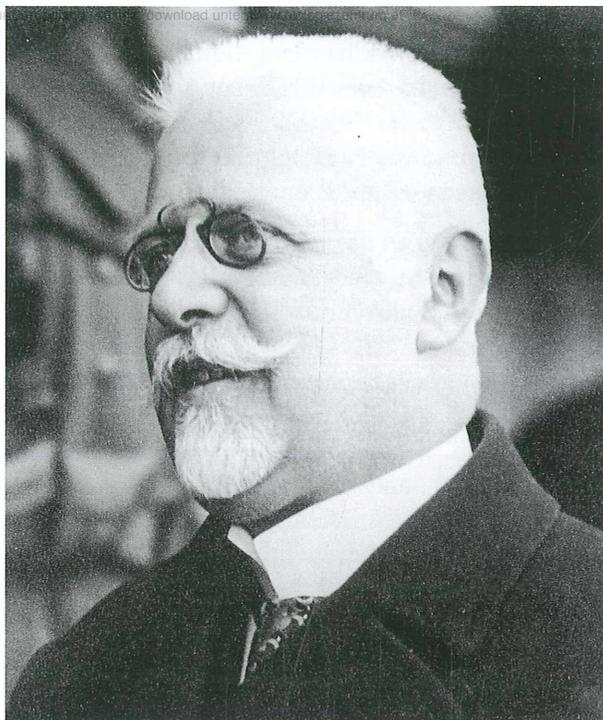
---

A) "Lajtabánság. Politikai és szépirodalmi időszaki lap" (Redakteur: Dr. Ferenc Lévy) Oberwart, gedruckt bei Friedrich Reiss.

*„Die innere Lage Österreichs kann eine Belastung, wie sie durch die westungarische Frage in Verbindung mit dem Ausbleiben der Kredite entstanden ist, nicht mehr lange ertragen. Die wöchentliche Ausgabe neuer Banknoten hat die Höhe von zwei Milliarden erreicht. Die Teuerung wächst dem Sinken des Kronenkurses entsprechend ins Ungemessene und beträgt bei Brot allein infolge gleichzeitiger Beschränkung der staatlichen Zuschüsse über 300 Prozent gegenüber dem Vormonat. Der wilde Streik der Eisenbahner und die Angriffe auf die Börse sind Zeichen der das ganze Volk erfassenden wachsenden Unzufriedenheit. Besonders beängstigend aber sind die Nachrichten, die über die Haltung und Stimmung der Wehrmacht einlaufen. Österreich hat zur Zeit mehr als ein Drittel seiner Wehrmacht im Wachdienst an der westungarischen Grenze stehen. Die Truppen werden durch die Ungarn durch falsche Alarme abwechselnd mit wirklichen Angriffen dauernd in Atem gehalten und mürrisch gemacht. Ablösung kann nicht gestellt werden, da das zurückgelassene Militär zur Unterhaltung des Wachdienstes im Inland dringend benötigt wird und außerdem schon so ausgesucht ist, dass nur die älteren verheirateten und die politisch nicht zuverlässigen kommunistischen Elemente zurückblieben. Der Wunsch nach Beendigung des Kriegszustandes ist daher an der Front sehr dringend, abgesehen davon, dass die Kosten des Unternehmens mit dem möglichen Gewinn kaum in Einklang gebracht werden können. Mit einem Nachgeben Ungarns ist vorderhand nicht zu rechnen. Ungarn ist durch seine Gesandtschaft in Wien, der über 30 ausgesuchte Offiziere zur Verfügung stehen, die angeblich Liquidierungsarbeiten erledigen und der Gesandtschaft unterstellt sind, sowie durch die legitimistischen Kreise aufs genaueste über die Lage Österreichs unterrichtet.“*<sup>518</sup> Dazu kam noch, dass im Heer das Misstrauen der meist sozialdemokratischen Mannschaften gegen die „reaktionären“ Offiziere, von denen man vermutete, dass sie mit den ehemaligen k. u. k. Offizieren der Horthy-Armee sympathisierten, bei einigen Einheiten zu schweren Krisen führte.

Aber auch für Ungarn wurde die Situation in Westungarn immer unangenehmer, denn man begann, die Kontrolle über die Freischärlerbanden zu verlieren. Verschiedene Meldungen ließen vermuten, dass ein neuer Rückkehrversuch König Karls unmittelbar bevorstünde, und die Regierung erwog, das Detachement Ostenburg, das man als die Elitetruppe der „Karlisten“ ansah, nach Innerungarn abzukommandieren; tatsächlich verursachte diese Absicht der Regierung die überstürzte Rückkehr Karls nach Ödenburg. Es bestand die Gefahr, dass in Westungarn ein politisches Chaos, ja ein Bürgerkrieg entstehen könnte. In Budapest war man also bestrebt, die Burgenlandfrage möglichst schnell zu lösen.

Man wandte sich an Italien, da verschiedene Anzeichen darauf hindeuteten, dass dieses allmählich wieder zu seiner Donauraumpolitik des Frühlings 1920 zurück-



**Bild 111:**  
*Bundeskanzler*  
*Dr. Johannes Schober*  
*(1874 – 1932)*

kehrte, und ersuchte um Hilfe und Vermittlung. Rom, das mit Besorgnis die Entwicklung in Westungarn verfolgte, ergriff gerne die Gelegenheit, sich erneut dem völlig isolierten Ungarn zu nähern und es enger an sich zu binden. Interessanterweise kam eine der ersten ungarnefeindlichen Stimmen in der italienischen Öffentlichkeit im April 1921 von dem damals noch relativ unbekanntem Benito Mussolini, dem späteren Diktator Italiens.<sup>519</sup>

Nach dem Regierungswechsel in Rom, bei dem der bisherige Gesandte in Wien, Marchese della Torretta, das Außenamt übernahm, suchte Rom Rückendeckung bei den übrigen Ententemächten für seine Vermittlung in der Westungarnfrage, und Frankreich war bereit, Italien in dieser Angelegenheit das Mandat zu überlassen. Der Quai d'Orsay, dessen Politik nach wie vor im Banne des Hauptzieles einer dauernden Entmachtung Deutschlands stand, brauchte nämlich Italiens Hilfe bei der Festlegung der deutschen Reparationen und in der Frage Oberschlesien, wo es bei seiner Unterstützung Polens in der äußerst wichtigen Frage der dortigen Kohlereviere die Interessen Englands kreuzte, das für Deutschland Partei ergriff.

Die Berliner Zeitung „Morgen“ wusste sogar von einem echten Interessenteilungsvertrag zwischen Frankreich und Italien, der im Juli 1921 in Paris abgeschlossen worden sein soll, zu berichten; sie berief sich dabei auf eine unbedingt verlässliche Quelle.<sup>520</sup> - Aber wie auch immer: Italien bekam mit Vertrag oder stillschweigend die Federführung bei der Bereinigung der - allen Großmächten bereits lästigen - Burgenland-Frage.

Italiens Ziel war es nach wie vor, sowohl Wien als auch Budapest gleichermaßen an sich zu binden, ein Vorhaben, das bisher - wie wir gesehen haben - mehrmals scheiterte. Im Spätsommer 1921 schienen jedoch - fast unerwartet - die Chancen für einen neuen Versuch nicht schlecht zu stehen, da sich in Wien allmählich der Gedanke durchzusetzen begann, dass man, um den Frieden in Mitteleuropa auf Dauer zu sichern und die österreichisch ungarische Grenze nicht zu einer nie verheilenden offenen Wunde im ungarischen Nationalstolz werden zu lassen, dem Nachbarn entgegenkommen müsse. In den vertraulichen Sitzungen des Außenpolitischen Ausschusses des Nationalrates, in dem neben dem Bundeskanzler nicht nur die wichtigsten Vertreter der Regierungskoalition, wie etwa Ignaz Seipel, Michael Mayr, Heinrich Mataja, Carl Vaugoin und Franz Dinghofer, saßen, sondern auch prominente Vertreter der sozialdemokratischen Opposition, wie Karl Renner, Otto Bauer und Karl Seitz, hatte sich dieser Gedanke allmählich durchgesetzt. Obwohl sich vor allem die großdeutschen Vertreter gegen einen Verzicht auf Ödenburg hartnäckig wehrten, dürfte es erstaunlicherweise gerade Otto Bauer gewesen sein, der dafür plädierte, „eine neue Verhandlungsbasis“ mit Ungarn zu suchen. Seine Argumente waren vor allem die katastrophale Wirtschaftslage Österreichs, die besonders die arbeitslose Arbeiterschaft hart träfe, und der Umstand, dass *„wenn sich Österreich mit Ungarn verfeinde, Österreich nolens volens zur Kleinen Entente kommen werde, und es sei wohl klar, was das in politischer und völkischer Beziehung bedeute.“* Bauer spielte damit auf den „Anschluss an Deutschland“ an, an dem die sozialdemokratische Partei nach wie vor als Fernziel festhielt. So war es kein Wunder, dass Kanzler und Außenminister Schober bei einem Sondierungsgespräch, das der italienische Geschäftsträger in Wien, Augusto Biancheri, am 5. September 1921 mit ihm führte, andeutete, dass Österreich in der „Frage Ödenburg“ konzessionsbereit sei. Da auch der ungarische Gesandte Masirevich bei einem ähnlichen Gespräch mit Biancheri den Eindruck erweckte, dass Ungarn ebenfalls brennend daran interessiert sei, aus der völlig verfahrenen Lage in Westungarn einigermaßen heil herauszukommen, meldete er dies eilig seinem Außenminister. Dieser zögerte zwar, doch als ihm anlässlich eines Privatbesuches Mitte September in Wien Fürst Castagneto - dieser war zu diesem vertraulichen Gespräch extra von Budapest nach Wien gereist - ebenfalls berichtete, dass Außenminister Bánffy eine italienische Vermittlung freudig begrüßt habe, ent-

schloss sich Torretta zum Handeln. Er besuchte Schober „privat“ noch am selben Tag am 13. September 1921 wobei man weitgehend über eine italienische Vermittlung übereingekommen sein dürfte. Schon am übernächsten Tag, knapp vor seiner Abreise aus Wien, teilte Torretta seinem Wiener Freund mit knappen Worten mit, dass er gerade erfahren habe, dass Ungarn mit Verhandlungen einverstanden sei und folgenden Vorschlag gemacht hätte: Ungarn räumt vollständig das Burgenland, Ödenburg bleibt bei Ungarn, Torretta sollte Garant sein.

Über das Gespräch Torretta Schober liegt naturgemäß kein genaues Protokoll vor, doch dürfte ein geheimes Telegramm, das Schober vier Tage später an den österreichischen Legationssekretär Freudenthal in Rom sandte, die wesentlichen Punkte desselben wiedergeben.<sup>521</sup> Schober meinte hier, dass ein Nachgeben Österreichs in direkten österreichisch-ungarischen Verhandlungen „zum gegenwärtigen Zeitpunkt“ den falschen Eindruck erwecken könnte, dass dies „eine Prämie für ein Verhalten Ungarns bedeute, das nicht nur Österreich aufs schwerste geschädigt hat, sondern auch von der Entente auf das Entschiedenste mißbilligt wird.“ Auch sollte nicht vergessen werden, dass „Ödenburg die einzige Stadt ist, die als Hauptstadt des Burgenlandes in Betracht kommt, dass Ödenburg der Knotenpunkt des Eisenbahnnetzes im Burgenland ist und dass ausser dieser Stadt kein anderes Verkehrszentrum besteht, ein solches daher im restlichen Burgenland erst von Österreich geschaffen werden müsste.“ Außerdem wäre zu bedenken, dass „Österreich durch die Verzögerung der Übergabe des Burgenlandes und die damit zusammenhängenden Ereignisse bedeutende Auslagen, sowie schwerwiegende Verluste an Menschenleben und Material erlitten hat, für welche Ungarn verantwortlich und zweifellos ersatzpflichtig ist.“

Dennoch sei Österreich bereit, „weil eine Persönlichkeit von der Stellung, dem Ansehen, dem Einfluss und der Kompetenz des Marchese della Torretta es für angezeigt erachtet hat, in dieser Frage persönlich einzugreifen“ auf eine Verhandlung einzugehen, „die letzten Endes auf einen eventuellen Verzicht Österreichs auf Ödenburg samt seiner nächsten, noch zu vereinbarenden Umgebung mit Einschluß von Zinkendorf hinausgeht“ Allerdings könnte dies nur nach einer „einzuholenden Willensäußerung der dortigen Bevölkerung“ geschehen. Dieses Prinzip wäre die einzige Form, welche für den österreichischen Außenausschuss in Frage käme. Dabei seien von Ungarn aber folgende Vorbedingungen zu erfüllen, und zwar dass:

- a. Ungarn zunächst sofort das ganze durch die Verträge von St Germain und Trianon Österreich zuerkannte Gebiet Westungarns räumt und für die ungestörte Besetzung durch Österreich Sorge trägt,
- b. in Ödenburg eine von Österreich und Ungarn beschickte paritätische Verwaltungskommission eingesetzt wird mit dem Entente-Delegierten als

Vorsitzenden, in welche Österreich und Ungarn je einen Vertreter entsendet,  
c. Ödenburg durch eine Entente-Garnison besetzt wird,  
d. diese Verhandlungen keinen retardierenden Einfluss auf die Ententeaktion betreffend das restliche Burgenland ausüben und  
e. Ungarn militärische Einberufungen weder direkt oder indirekt anordnet oder duldet.

Österreich würde sich verpflichten, das Ergebnis der Willensäußerung der Bevölkerung des in Rede stehenden Gebietes vorbehaltlos anzuerkennen. Dasselbe müsste seitens Ungarns geschehen.“

Torretta nahm Schobers Vorschläge positiv auf und erklärte sich bereit, umgehend in diesem Sinne mit Budapest Gespräche führen zu wollen. Lediglich in der Frage einer Entente-Garnison in Ödenburg winkte er ab, da solche Truppen „nicht aufzutreiben“ seien und man mit einer größeren Zahl von Offizieren als Abstimmungskommissären auch das Auslangen finden werde. Man war sich übrigens absolut klar, dass alle Verhandlungen unter völligem Vermeiden von öffentlichem Aufsehen und unter strengster Geheimhaltung des genauen Inhalts der Gespräche geführt werden mussten.

Überraschenderweise traf fast zur gleichen Zeit ein ähnliches Vermittlungsangebot aus Prag ein. Außenminister Beneš rief am 22. September Schober an und bat diesen, sich mit ihm am nächsten Tag in Hainburg zu treffen, um Einzelheiten einer tschechischen Vermittlung in der Burgenland-Frage zu besprechen. Bei dem nun folgenden Treffen in der niederösterreichischen Grenzstadt berichtete Beneš, dass er der Botschafterkonferenz eine Wirtschaftsblockade als Druckmittel gegen Ungarn empfohlen und mit militärischen Maßnahmen der CSR und Jugoslawiens gedroht habe, dass aber die Ententemächte zu keiner einheitlichen Meinung zu bringen seien. So wäre es notwendig, dass sich die mitteleuropäischen Kleinstaaten zu einer eigenen Lösung durchringen könnten. Bedingung sei allerdings die vorherige Erfüllung der Bestimmungen der Friedensverträge. Allerdings sei er - Beneš - der Meinung, dass Österreich für eine friedliche Lösung des Problems gewisse Opfer bringen müsse: den Verzicht auf Ödenburg, wohingegen alle weiteren bisher umstrittenen Gebiete westlich der Trianoner-Grenzlinie ungeschmälert an Österreich kommen sollten. Beneš meinte, dass er auf dieser Basis bei dem für den 26. September vorgesehenen Besuch Bánffys in Brünn vorstoßen könnte.<sup>522</sup> Um die Tschechen nicht vor den Kopf zu stoßen, wurde auch diese Aktion in Erwägung gezogen, obwohl fast alle Vertreter im Außenpolitischen Ausschuss vor einer stillen „Einverleibung“ in die Kleine Entente - die Beneš wohl auch im Kopfe hatte - warnten.

Das Schicksal der beiden Vermittlungsangebote wurde schließlich von den Großmächten entschieden. Obwohl gewisse Kreise im französischen Außenamt

verärgert waren und der französische Gesandte in Wien, Hubert Lefèvre-Pontalis, Torrettas Politik „*pathologisch eitel und verräterisch*“ nannte und meinte, dass Italien „*die unglaubliche Illoyalität begangen habe, noch während der Beratungen der Botschafterkonferenz über die westungarische Frage ohne Verständigung seiner Verbündeten eine Vermittlung zu übernehmen*“<sup>523</sup>, überließ man den Italienern nach wie vor die führende Rolle bei den weiteren Verhandlungen, wohl auch deshalb, da der Erfolg letztendlich noch nicht garantiert war und noch immer die Chance eines Scheiterns des Unternehmens nicht ganz auszuschließen war. Am 2. Oktober erklärte sich schließlich die Botschafterkonferenz ganz formell damit einverstanden, dass Italien eine Gipfelkonferenz der beiden Kontrahenten vermittele, und die Burgenlandfrage so bald als möglich zu einem halbwegs befriedigenden Ende führe.<sup>524</sup>

Die beiden Stolpersteine bei den kommenden Verhandlungen waren die nach wie vor unvermindert andauernde Aktivität der Banden und der genaue Modus über die Abhaltung der Volksabstimmung in Ödenburg. Erstere hatte - wie wir gesehen haben - in der zweiten Septemberhälfte eher zu- als abgenommen. Es entstand sogar der Verdacht, dass gewisse nationalistische Kreise in Ungarn bewusst die Auseinandersetzungen in Westungarn eskalieren lassen wollten, um einen friedlichen Kompromiss zu verhindern. Einzelne fanatischen Gruppen wollten noch immer die Hoffnung nicht aufgeben, das gesamte Burgenland behalten zu können. Sie meinten, dass, je länger sich die Freischärler - auch gegen die Anordnungen der Ententemächte - im Burgenland hielten, um so größer ihr Prestige in der ungarischen Öffentlichkeit sein werde. Letztlich würde damit auch die Zuversicht steigen, dass man dem „Diktat von Trianon“ doch noch erfolgreich die Stirn bieten könnte. In Wien stellte man sich die Frage, ob Ungarn tatsächlich die Freischärler total entwaffnen werde und sich nicht wieder nur auf eine äußerliche formal völlig korrekte Übergabe zurückziehen werde, dass aber dann Tage oder Wochen später einzelne Freischärlergruppen im Burgenland einsickern würden, um dort einen blutigen Guerillakrieg fortzusetzen.

Der zweite Problemkreis - und das bewegte besonders Wien - war natürlich die unbezweifelbare Tatsache, dass der Ausgang der geplanten Volksabstimmung stark von dem Umstand abhängen würde, wer im entscheidenden Augenblick die Hoheit im Abstimmungsgebiet und damit die Kontrolle über die Wahlvorbereitungen haben würde. Ungarn beharrte hier unverrückbar darauf, dass das Abstimmungsgebiet von Ödenburg bei der Übergabe des übrigen Landes an Österreich ausgespart bleibe. Heinrich Mataja formulierte es in der Debatte des „Ausschusses“ klar: „*Abstimmung nach Übergabe ist unerreichbar; es ist nicht erreichbar, dass die ungarische Regierung darauf eingeht, dass sie Ödenburg übergebe und dann abstimme. Abstimmung ohne Übergabe an uns ist nur ein anderes Wort für die Abtretung Ödenburgs an Ungarn*“.<sup>525</sup>

Wie weit die Verhandlungen über den „Verzicht auf Ödenburg“ in die Öffentlichkeit geraten sind, ist schwer feststellbar. Man dürfte aber zumindest etwas geahnt haben. So schrieb Alfred Walheim unter dem Titel *„Ohne Ödenburg kein Burgenland“* in der *„Deutschösterreichischen Tageszeitung“*: *„Fällt Ödenburg, so bricht das Burgenland mitten entzwei und es bleiben nur zwei Grenzstreifen übrig, von denen sich der nördliche Niederösterreich und der südliche Steiermark anschließen kann...Damit ist der kurze Traum des Heinzenstammes von seiner Auferstehung ausgeträumt.“*<sup>526</sup> Zwei Tage später fügte er in einem weiteren Zeitungsartikel hinzu: *„Wenn sie [die Ungarn] Ödenburg behalten, machen sie das verhaßte Burgenland unmöglich, schieben sie einen ungarischen Keil gegen Niederösterreich vor und schaffen einen Agitationsherd von dem aus sie die Wühlarbeit in dem abgetretenen Grenzstreifen sofort beginnen werden und von dem aus sie mit Leichtigkeit die Wiedereroberung durchführen können.“*<sup>527</sup>

Mit dieser Hypothek belastet fuhr Bundeskanzler und Außenminister Johannes Schober am 11. Oktober 1921 zu den endgültigen Verhandlungen nach Venedig. In den letzten Wochen hatte vor allem Ungarn auf das Zustandekommen einer solchen Konferenz gedrängt, denn für Budapest war die Situation in Westungarn zunehmend prekär geworden. Verschiedene Meldungen des Geheimdienstes (Abt. „T“ [Tájékoztató]) wiesen darauf hin, dass ein neuer Rückkehrversuch König Karls unmittelbar bevorstünde und die dort versammelten legitimistischen Kräfte einen bewaffneten „Marsch auf Budapest“ vorbereiteten. Eine rasche Entwaffnung dieser Freischärler, insbesondere ein baldiger Abzug des Ostenburg-Detachements, das man als Elitetruppe der „Karlisten“ ansah, nach Innerungarn sollte besser heute als morgen erfolgen. Allerdings - und auch darüber war man sich klar - konnte man dies nicht durchführen, bevor die Burgenland-Frage einer halbwegs befriedigenden Lösung zugeführt war, da damit das ganze Gefüge der Freischaren zusammengebrochen oder zumindest entscheidend geschwächt worden wäre. Ein vorzeitiger Zusammenbruch dieses „Druckmittels“ gegen Österreich hätte aber Ungarns Verhandlungsbasis hoffnungslos geschwächt, waren doch die Freischärler das einzige Faustpfand, das man im Streit mit Österreich gegen Grenzrevisionen eintauschen konnte. Für die Budapester Regierung, insbesondere die Machthaber aus dem Kreis der rechtsextremen „Freien Königswähler“ um Reichsverweser Horthy, „tickte also in Westungarn eine Zeitbombe“

Trotz Drängen aus Budapest war Torretta allerdings erst dann bereit mit einer Konferenz an die Öffentlichkeit zu treten, wenn er dafür eindeutig „grünes Licht“ seiner Verbündeten in Paris bekäme und die Botschafterkonferenz erkläre, dass sie das Ergebnis der italienischen Vermittlungsaktion anerkennen werde. Nachdem dies am 4. Oktober erfolgt war, lud Torretta die Regierungschefs und



**Bild 112:** Der Palazzo Corner in Venedig. Schauplatz des „Venediger Abkommens“ vom 13. Oktober 1921

Außenminister Österreichs und Ungarns für den 11. Oktober 1921 nach Venedig ein, um entsprechende Verhandlungen zu führen. Diese fanden im berühmten Palazzo Corner (Ca' Granda), einem der schönsten Paläste am Canale Grande statt. Österreich war durch den Bundeskanzler und gleichzeitigen Leiter des Bundesministeriums für Äußeres, Johannes Schober, vertreten. Er wurde die Gespräche sollten möglichst vertraulich geführt werden nur von Sektionschef Richard Oppenheimer, Ministerialrat Adolf Duffek und dem österreichischen Gesandten in Rom, Remi Kwiatkowsky, begleitet, denen sich in Wiener Neustadt General Ferrario, der Vorsitzende der Interalliierten Generalkommission in Ödenburg, anschloss. Dieser war von Torretta beauftragt worden, als militärischer Experte an den Besprechungen von Venedig teilzunehmen, wohl auch mit dem Hintergedanken, dass er als Hauptverantwortlicher der dortigen Kommission etwaige vertrauliche Abmachungen im Zusammenhang mit der geplanten Volksabstimmung in Ödenburg unmittelbar im Detail kennenlerne. Ungarn repräsentierten Ministerpräsident Graf István Bethlen und Außenminister Graf Miklós Bánffy. Sie wurden begleitet von den Diplomaten Graf Sándor Khuen-Héderváry und Graf Albert Nemes (Ungarns Gesandter in

Rom). Mit ihnen war auch der italienische Gesandte in Budapest, Fürst Gaetano Caracciolo di Castagneto, dessen Bemühungen maßgebend zum Zustandekommen der Venediger Verhandlungen geführt hatten, gekommen. Die Verhandlungen, die am Nachmittag des 11. Oktober begannen und bis weit nach Mitternacht dauerten, erwiesen sich als bedeutend schwieriger als gedacht, hatte man doch schon in den erwähnten Vorverhandlungen - so schien es zumindest - eine ziemliche Annäherung der Standpunkte erreicht. Jetzt zeigte es sich jedoch, dass beide Seiten im entscheidenden Punkt „Abtretung von Ödenburg“ diametral entgegengesetzte Vorstellungen hatten. Die ungarische Delegation erklärte sich zwar bereit, die Freischärler zu entwaffnen und das Burgenland wie ursprünglich vorgesehen an die Interalliierte Generalkommission bzw. an Österreich zu übergeben, forderte jedoch die Überlassung von Ödenburg und dessen unmittelbarer Umgebung. Außenminister Bánffy berichtete später in seinen Memoiren, dass es zwar schmerzhaft war, ein nicht größeres Gebiet fordern zu können, doch war man sich nach den Erlebnissen der Bevölkerung mit den Freischärlern auf ungarischer Seite nicht mehr sicher, dabei einen Sieg in der Volksabstimmung zu erreichen.<sup>528</sup> Die Regierung konnte es sich moralisch nicht leisten, einen Verlust „ungarischen Gebietes“ durch Volksentscheid hinnehmen zu müssen, war doch Ödenburg mehr als irgendeine Stadt am Rande Ungarns, inzwischen zu einem nationalen Symbol geworden.

Schober bestand - überraschenderweise und zum Ärger Torrettas - auf der Übergabe des gesamten Burgenlandes wie in den Friedensverträgen festgelegt und war nur bereit, erst anschließend eine Volksabstimmung über die zukünftige Staatszugehörigkeit dieser Stadt durchzuführen. Der Kanzler begründete dies mit der total geänderten Stimmung in der öffentlichen Meinung Österreichs, wo die jüngsten Freischärlerangriffe auf österreichisches Gebiet nicht nur Angst und Sorge, sondern auch eine extrem antiungarische Welle ausgelöst hätten. Offen sagte er, dass er, wenn er bei seiner Rückkehr nach Wien vor das Parlament treten und berichten müsste, dass er um des lieben Friedens willen mit dem jetzt so aggressiven Nachbarn einen Verzicht auf Ödenburg unterschrieben hätte, er sofort zum Rücktritt gezwungen wäre und damit eine Regierungskrise auslösen würde. - Damit drohte die Konferenz zu scheitern.

Torretta zog sich nun mit Schober und dessen engstem Berater, Sektionschef Oppenheimer, zu einem gesonderten Gespräch zurück, in dem er eindringlich betonte, dass ein Ende der Venediger Verhandlungen ohne ein weiterführendes Ergebnis nicht nur eine Brüskierung Italiens und der übrigen Ententemächte bedeuten würde, sondern sicherlich auch seine negativen Auswirkungen auf die laufenden Kreditverhandlungen Österreichs mit den Westmächten haben werde. Torrettas Hinweis, dass Schober Verantwortung nicht nur für eine Stadt mit etwa 40.000 Einwohnern hätte, sondern vielmehr für das wirtschaftliche und soziale

Wohl von Millionen Österreichern, war wohl ein schlagendes Argument, das den Kanzler schließlich bewog klein beizugeben. Man einigte sich darauf, dass Schober dem parlamentarischen Ausschuss für Äußeres in Wien die Ergebnisse der Besprechungen zur endgültigen Zustimmung vorlege, sich aber dabei bemühen werde, die von Ungarn gewünschten Konzessionen verständlich zu machen und durchzusetzen.<sup>529</sup>

Am nächsten Tag konnte man nun auf der Basis dieses Kompromisses die Details der Räumung und der Übergabe, sowie der Volksabstimmung von Ödenburg weiterverhandeln. Für die Durchführung der Räumung des Burgenlandes durch Ungarn wurde eine Frist von mindestens drei Wochen eingeräumt. Die Entente-Kommission sollte diese überwachen und das Land nach dessen vollständiger Pazifizierung Österreich übergeben. Acht Tage später sollte in der Stadt Ödenburg einschließlich Brennberg, dessen Kohlebergwerk für die Stadt von größter Wichtigkeit war, und in acht Landgemeinden in der unmittelbaren Umgebung der Stadt (Kroisbach, Agendorf, Wandorf, Harkau, Kohlnhof, Wolfs, Holling und Zinkendorf) eine Volksabstimmung abgehalten werden. General Ferrario, der den Verhandlungen mehr oder weniger als stummer Beobachter beiwohnte, schrieb später treffend, dass diese Bestimmungen *„una indubbia rinuncia dell'Austria, ...che voleva essere larvata“*, also einen „unbezweifelbaren Verzicht“ Österreichs auf Ödenburg, der nur maskiert werden sollte, bedeuteten.<sup>530</sup> Jedem der Anwesenden war natürlich klar, wie die Abstimmung mit größter Sicherheit ausgehen würde, wenn die vorgelegten Fristen und Termine Ungarn wochenlang die uneingeschränkte Verfügungsgewalt über das Abstimmungsgebiet überließen, während Österreich nur in den letzten acht Tagen eine beschränkte Einflussmöglichkeit auf das Geschehen eingeräumt wurde. Wie sicher man mit einer Abstimmungsniederlage der österreichischen Seite rechnete, scheint auch ein im letzten Augenblick hinzugefügter „Zusatzartikel“ zu beweisen, in dem sich Ungarn *„für den Fall, dass Ödenburg Ungarn zufallen sollte“* verpflichtete, die durch diese Stadt führenden Eisenbahnlinien ungehindert für „Korridorzüge“, die das mittlere Burgenland mit dem Norden verbinden sollten, zur Verfügung zu stellen. Am 13. Oktober 1921 wurde schließlich das „Protokoll von Venedig“ von Torretta, Schober, Bethlen und Bánffy unterschrieben.

Schober gelang es, in Wien schon am 18. Oktober im Ausschuss für Äußeres trotz heftiger Debatten einen Beschluss zu erreichen, der folgenden „vielsagenden“ Text hatte: *„Das Verhalten der Ententemächte seit der Ratifizierung des Vertrages von Trianon beweise, daß sie offenbar nicht willens sind, die wesentlichen territorialen Bestimmungen des Staatsvertrages von St. Germain usw. gerade die für Österreich günstigen, durchzuführen. Infolge der hiedurch geänderten Sachlage wird die Bundesregierung ermächtigt, die in Venedig begonnenen Verhandlungen unter entschiedener Wahrung der Interessen Österreichs und*

*der Rechte des burgenländischen Volkes fortzusetzen und vorbehaltlich der verfassungsmäßigen Genehmigung anzuschließen.”<sup>531</sup>*

Wie es aber wirklich um die Sache stand, schildert drastisch eine vertrauliche Denkschrift aus österreichischen Regierungskreisen<sup>A)</sup>, in der es ungeschminkt hieß: „...Die Volksabstimmung in Ödenburg ist natürlich eine Komödie. Nach dem Vorschlag von Venedig sollen die Banden binnen zehn Tagen räumen, die Abstimmung soll binnen weiterer acht Tage stattfinden. Das ist nicht einmal Zeit genug, die Liste der Abstimmungsberechtigten herzustellen. Wichtiger ist noch, daß das ganze Gebiet unter magyarischem Terror steht und nur wenige wagen werden, für Österreich zu stimmen, geschweige denn für Österreich zu sprechen und zu agitieren. Das Entscheidende aber ist: Wenn die Abstimmung doch zu unseren Gunsten ausfiele, dann kriegen wir vom Burgenland gar nichts, dann brechen die Banden überall und verstärkt herein und niemand wird sie hinaustreiben. Jeder Mensch weiß, daß es Ungarn nicht interessiert, die wahre Meinung der Ödenburger Bevölkerung zu erfahren, sondern daß es Ödenburg haben will, ohne Rücksicht darauf, ob es den Ödenburgern recht ist oder nicht, und man würde eine Volksabstimmung gegen Ungarn gerade als eine Verletzung des Paktes auffassen.... Die Ablehnung jedes Vergleiches würde ich geradezu für eine Katastrophe halten. Den gegenwärtigen Zustand halten weder wir noch die Burgenländer aus.”

Die „Deutschösterreichische Tageszeitung“, die offensichtlich gute Beziehungen zu höchsten Stellen am Ballhausplatz hatte, zitierte die Worte eines ungenannt gebliebenen „hohen Beamten“, der ebenfalls sagte: „Ein Sieg Österreichs würde gegen den Sinn der Venediger Vereinbarungen verstoßen. Man müsse also die Agitation so einrichten, daß Österreich nicht zu stark in der Minderheit bleibe, müsse aber auch zu verhindern trachten, daß es die Mehrheit erreiche...Man müsse auf eine ehrenvolle Niederlage hinarbeiten.”<sup>532</sup>

Noch am 12. Dezember 1921 berichtete der neue italienische Gesandte in Wien, Luca Orsini-Baroni, an die Consultà, dass ihm Schober versicherte, dass „er über den Ausgang der Volksabstimmung keine Illusionen habe bzw. haben will“ er aber sein Gesicht vor der Öffentlichkeit wahren wolle und damit auch „die Autorität des Venediger Protokolls”<sup>533</sup>

Später wurde immer wieder gerätselt, was der Sinn dieses von Schober vollzogenen „Manövers” war.<sup>534</sup> Glaubte er wirklich, noch im letzten Augenblick eine

---

A) Die Denkschrift liegt nur in einem maschinegeschriebenen Exemplar vor, das leider weder eine Unterschrift, noch einen sonstigen Hinweis auf den Autor trägt. Auf Grund der Aussagen derselben kann man aber schließen, dass der Schreiber zum "informierten Kreis" innerhalb der Bundesregierung oder des Außenamtes gehörte.

L'Autriche s'engage à se déclarer d'accord autant qu'un possible avec les décisions de cette Commission. Toutefois dans le cas où l'Autriche se verrait obligée d'interjeter appel contre ces décisions, elle déclare accepter la décision qui sera recommandée par le Conseil de la Société des Nations.

Aucun des habitants du territoire cédé par la Hongrie à l'Autriche ne pourra être poursuivi en molesté en raison de son attitude politique jusqu'à la date du transfert effectif des territoires en question.

S'inspirant de sentiments d'humanité le Gouvernement autrichien s'engage en principe à ne pas licencier en masse et pour des raisons politiques les employés en fonction à la date du transfert effectif dans le territoire cédé. Il fera défendre leur maintien dans leurs fonctions actuelles du résultat d'un examen auquel il soumettra les cas individuels.

Le Gouvernement Autrichien reconnaît en principe de prendre à sa charge les pensions qui reviennent à des employés, les détails relative seront réglés par un accord spécial à intervenir entre les deux Gouvernements.

Etant d'accord sur ce qui précède les Plénipotentiaires de l'Autriche et de la Hongrie s'engagent à employer toute leur influence afin que les dispositions énumérées deviennent effectives selon les lois constitutionnelles de leurs pays.

*Torretta* *Bethlen* *Schober* *Bánffy*  
AUTRIE HONGRIE

Dans le cas où à la suite du plébiscite la ville de Oedenburg et ses environs passeraient à la Hongrie le Gouvernement Hongrois s'engage à accorder à l'Autriche toutes les facilités nécessaires en vue de régler le trafic frontalière tant par des personnes que par rapport au transport des marchandises sur les chemins de fer qui traversent la ville et ses environs.

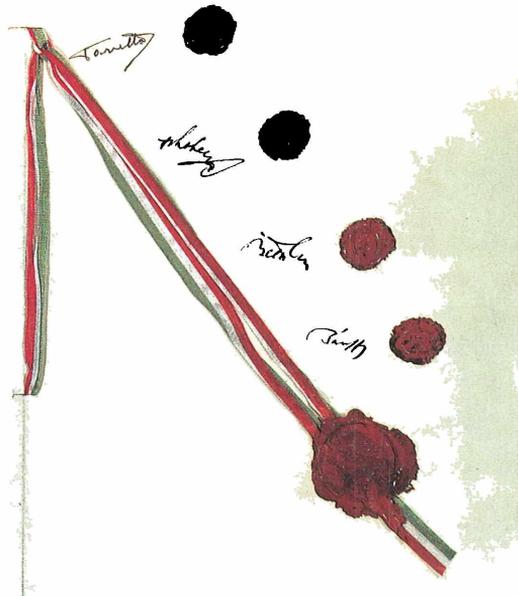
La Hongrie accordera également  
ou tout autre principe  
chemins de fer  
convention à conclure  
les détails de cette

*Torretta*

*Bethlen*

*Bánffy*

*Fait à Venise le 13 octobre 1921  
en trois exemplaires originaux.*



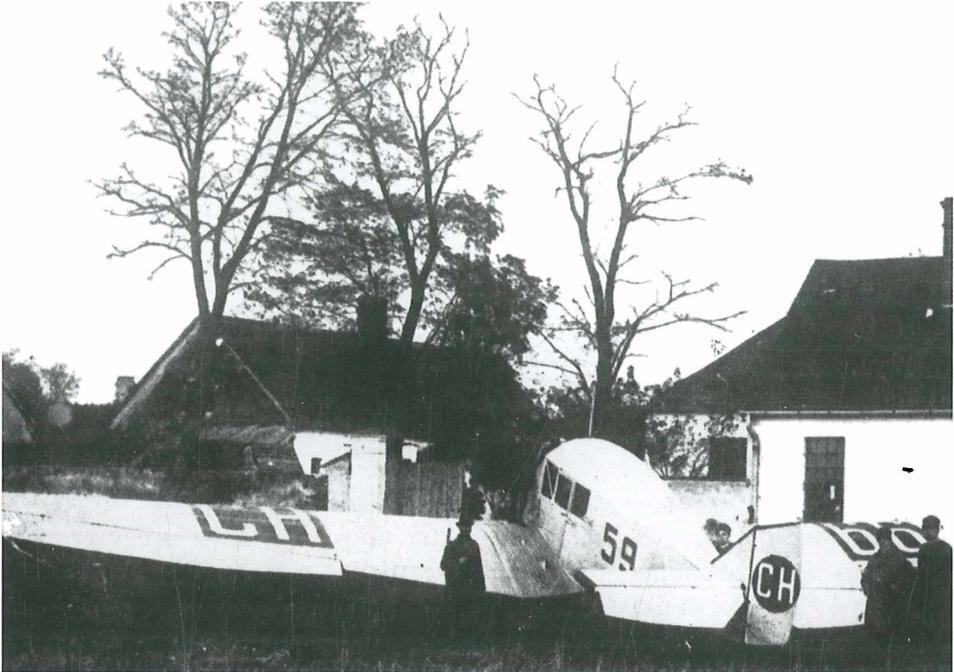
**Bild 113:** Schlusseite des „Venediger Protokolls“ vom 13. Oktober 1921 mit den Unterschriften von: Außenminister Paolo T. Marchese della Torretta, Bundeskanzler Dr. Johannes Schober, Ministerpräsident István Bethlen und Außenminister Miklós Bánffy

entscheidende Wende zugunsten Österreichs herbeiführen zu können, oder wollte er zu seiner innenpolitischen Abdeckung, vor allem für sein Auftreten im Parlament den Eindruck erwecken, „bis zum letzten Atemzug“ um Ödenburg gekämpft zu haben? Oder war es die weise, weitblickende Einsicht, dass man - auch um den Preis des Verlustes von Ödenburg - den Frieden zwischen Österreich und Ungarn retten müsse? Der weitere Verlauf der Geschichte hat ihm jedenfalls recht gegeben.

Es sei nur am Rande erwähnt, dass auch Außenminister Bánffy nach seiner Rückkehr aus Venedig von seinen politischen Gegnern angegriffen wurde, weil er nicht für das ganze Burgenland oder wenigstens um ein wesentlich größeres Gebiet um Ödenburg eine Volksabstimmung erwirkt habe. In seiner „Verteidigung“ führte er aus:<sup>535</sup> *„Wir verlangten für Ödenburg und Umgebung eine Volksabstimmung...Wir haben dies nach einer gründlichen Überlegung beschlossen. Zwar war es schmerzhaft, nicht ein viel größeres Gebiet in unsere Forderungen einzubeziehen, aber die Klugheit verlangte dies von uns. Das entscheidende Argument war, nur für ein solches Gebiet eine Volksabstimmung zu fordern, von dem wir mit Gewissheit wussten, dass wir dort nicht nur eine Mehrheit von 1-2%, sondern eine große entschiedene Mehrheit erhalten würden. Im übrigen Burgenland war die Stimmung nicht mehr so einheitlich für uns wie am Anfang. Die Freischaren hielten zwar Disziplin, aber allein die Tatsache, dass fremde Bewaffnete in den Dörfern wohnten, verursachten viele Reibereien ... Im Süden, wo Prónay Schlachtvieh und Getreide requirieren ließ, doch nur mit Gutscheinen zahlte, schlug die Stimmung bereits gegen uns um. Mit diesen Leuten konnten wir daher nicht mehr rechnen.“*

## **Der zweite Restaurationsversuch König Karls IV.**

Bevor aber das Venediger Protokoll seine ersten Früchte zu tragen begann, trat ein Ereignis ein, das Ungarn in neue Turbulenzen stürzte und nicht unwesentlich für die Lösung der Burgenlandfrage war. In der Nacht zum 21. Oktober 1921 traf in Wien und in Budapest die überraschende Nachricht ein, dass Karl IV. in Begleitung seiner Frau Zita am Vortag mit einem Flugzeug auf dem Gut des Grafen Cziráky in Dénesfa - knappe 30 km südöstlich von Ödenburg - gelandet sei. In den Morgenblättern des nächsten Tages erfuhr die erstaunte Öffentlichkeit Westungarns mit den schreienden Überschriften „König Karls Heimkehr nach Ungarn!“ oder „Das Königspaar bei uns!“, dass der „gekrönte König von Ungarn“ wieder die Herrschaft übernommen habe und mit den königstreuen



**Bild 114:** Das schweizer Flugzeug (Junkers F-13) mit dem König Karl IV. am 20. April in Dénesfa landete.

Freikorps allein das Ostenburg-Bataillon hatte inzwischen die Stärke eines Infanterieregiments mit über 1.500 Mann erreicht - sowie mit Truppen aus Ödenburg und Raab gegen Budapest marschiere. Auch habe sich ihm der gesamte Militärdistrikt von Steinamanger mit dessen Kommandanten Feldmarschallleutnant Pál Hegedüs angeschlossen.

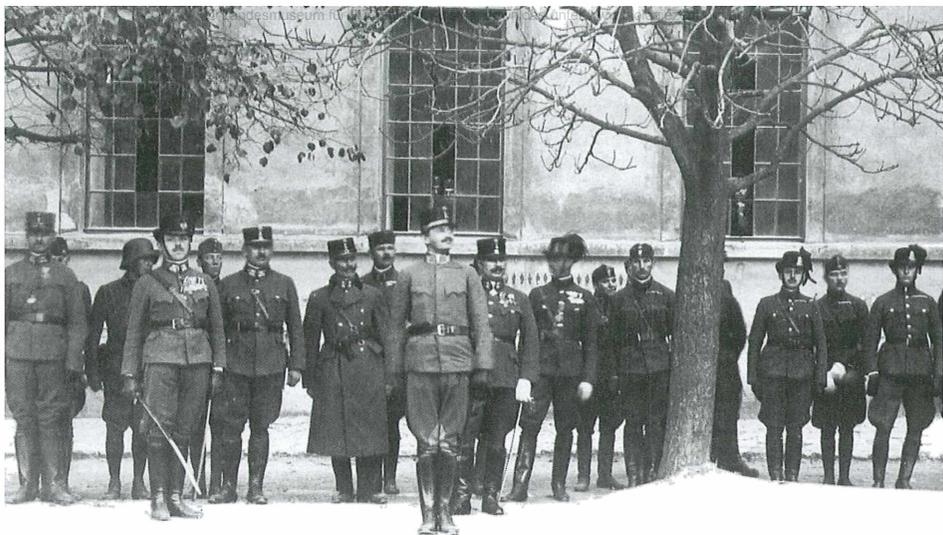
Auf den genauen Ablauf und die dramatischen Ereignisse dieses zweiten Restaurationsversuches kann im Rahmen dieses Buches nicht eingegangen werden. Es sei nur darauf hingewiesen, dass schon am nächsten Tag die kühnen Hoffnungen des Königs und seiner Anhänger scheiterten, als ihm Horthy und Gömbös bei Budaörs - also knapp vor Budapest - Truppen entgegenwarfen. Karl, der es zu keinem Bürgerkrieg kommen lassen wollte, wurde zunächst auf dem Schloss des Grafen Esterházy in Tata, dann in der Abtei von Tihany interniert und schließlich von den Briten in die Verbannung auf die portugiesische Insel Madeira gebracht, wo er bereits am 1. April 1922 starb. Ein Großteil seiner Anhänger, wie der inzwischen von Karl zum Generalmajor beförderte Léhár, flohen ins Ausland, andere wurden gefangengenommen und wegen bewaffneten Aufruhrs vor Gericht gestellt, oder sie verloren ihre Ämter, wie Feldmarschallleutnant

Hegedüs und Regierungskommissär Graf Sigray, deren Funktionen man General Árpád Guilleaume übertrug, der nun gleichzeitig der oberste zivile und militärische Funktionär in Westungarn wurde.

Die Rückkehr Karls nach Ungarn führte zum weitgehenden Zusammenbruch der militärischen Kraft der Freischärler im nördlichen Burgenland. Das Detachement Ostenburg und das V. und das VI. Freischärlerkorps waren ihrem König bei seinem Marsch auf Budapest gefolgt. Nach dem Debakel von Budaörs wurden sie entwaffnet und gefangen gesetzt. Aber auch die Freischärler Prónays und Héjjas´ waren vorübergehend bis auf schwache Sicherungsgruppen abgezogen, um sich den Regierungstruppen im Kampf gegen die Legitimisten anzuschließen. Als sie dann am 25. Oktober wieder zurückkehrten, besetzten sie zwar Ödenburg, konnten aber die im Raum Mattersburg – Eisenstadt entstandene Lücke nur schwer schließen.

Diese Ereignisse bewirkten, dass sich die ungarische Regierung nun beeilte, die Entwaffnung beziehungsweise den Abzug der Freischärlerformationen in Westungarn durchzuführen, zumal die Botschafterkonferenz in Paris am 27. Oktober 1921 das „Venediger Protokoll“ akzeptierte wodurch Ungarns Ziele wenn auch im bescheidenen Ausmaß – durch die Großmächte sanktioniert wurden. Schon am 25. Oktober erschien in allen Zeitungen ein Aufruf der Regierung an die „Westungarischen Insurgenten“, die Waffen niederzulegen, denn *„ein weiterer Widerstand würde nicht bloß das in Venedig erreichte Ergebnis gefährden, sondern die Großmächte würden Sanktionen in Anwendung bringen, die unser Vaterland in das äußerste Verderben stürzen würden.“* Der Aufruf schloss mit den pathetischen Worten: *„Helden waret Ihr im Kampfe, seid jetzt Helden der Selbstverleugnung!“*<sup>536</sup> Prónay, der sich zunächst gegen die – wie er meinte – „sang- und klanglose“ Auflösung seiner Freischaren wehrte, wurde am 31. Oktober nach Budapest geladen, und es wurde ihm befohlen, bis zum 6. November das Lajta-Banat aufzugeben. Sollte er sich weigern, sähe man sich gezwungen, reguläres Militär gegen ihn einzusetzen.<sup>537</sup> Tatsächlich begannen am 5. November die Freischaren Prónays das südliche Burgenland zu räumen, und auch Héjjas verließ mit seinen Leuten in den nächsten Tagen sein Operationsgebiet im Norden.

In Österreich hatten die Tage des zweiten Restaurationsversuches natürlich auch für beträchtliche Aufregung gesorgt, ja für einige Augenblicke die Idee in den Raum gestellt, sich mit der Kleinen Entente zu verbünden und mit deren Hilfe das Burgenland einschließlich Ödenburgs zu besetzen. Schon auf die erste Nachricht von der Rückkehr des Königs hatte nämlich Beneš dem österreichischen Gesandten in Prag mitgeteilt, dass die Tschechoslowakei diesmal entschlossen sei, gemeinsam mit ihren Verbündeten rigorose Schritte gegen Ungarn



*Bild 115: König Karl IV. und „seine“ Offiziere in Ödenburg, 21. Oktober 1921.*



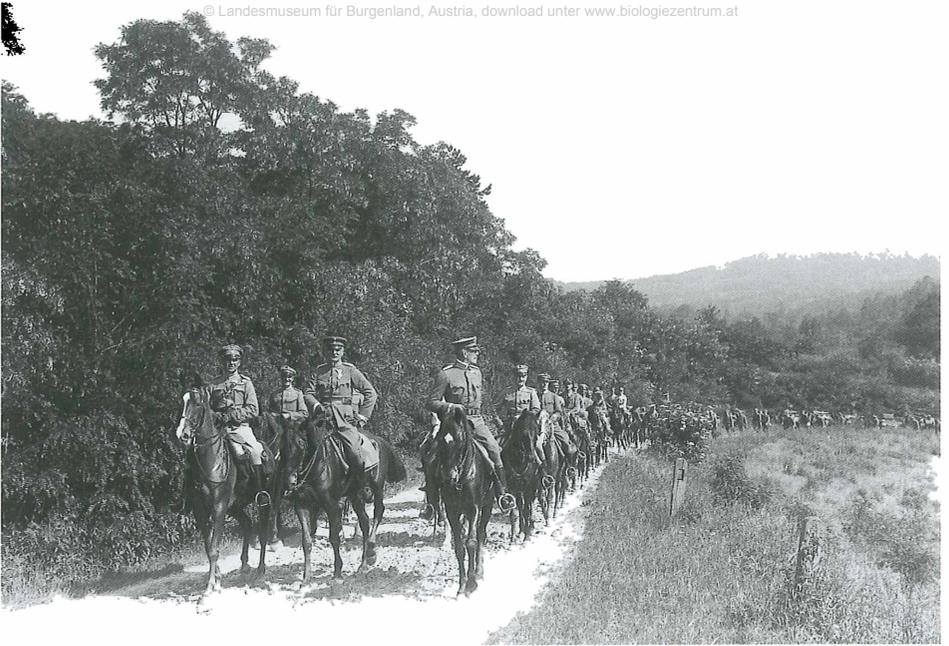
*Bild 116: Der Zug des Monarchen vor Budapest (im Wagenfenster das Königs-paar, vor dem Wagen links Major Julius Ostenburg)*

zu unternehmen, wenn es sein müsste, mit militärischen Maßnahmen. Prag bestehet unter allen Umständen darauf, dass auch in Ungarn dem König und allen Mitgliedern des Hauses Habsburg endgültig alle Thronrechte aberkannt und alle Bestimmungen des Friedensvertrages von Trianon buchstabengetreu durchgeführt würden. Nach Beneš' Meinung wäre in diesem Zusammenhang auch das Protokoll von Venedig als ungültig anzusehen und das Burgenland mit Ödenburg unverzüglich an Österreich zu übergeben.<sup>538</sup> Eine ähnliche Erklärung wurde auch dem ungarischen Gesandten in Prag überreicht und am 27. Oktober die Botschafterkonferenz mit diesen Forderungen konfrontiert. Doch der Ballhausplatz – Schober setzte offensichtlich auf einen Erfolg Karls und äußerte sich in diesem Sinne auch gegenüber Masirevich<sup>539</sup> - ließ die günstige Zeit verstreichen und hielt sich letztlich von einem solchen Schritt, der endgültig einen totalen Bruch mit Ungarn und eine Bindung an die Kleine Entente gebracht hätte, zurück. Es war dies eine – wie sich bald herausstellte – nicht ganz unkluge Haltung, da die Botschafterkonferenz am 29. Oktober das tschechische Ansinnen entschieden abwies und das Venediger Protokoll als „sakrosankt“ bezeichnete.<sup>540</sup>

## **Die Besitznahme des Burgenlandes durch das österreichische Bundesheer**

Bald nach dem Bekanntwerden des Venediger Protokolls wurde mit den Vorbereitungen für den neuerlichen Einmarsch österreichischer Kräfte in das Burgenland begonnen. Die Übernahme des Landes sollte nunmehr als rein militärische Operation durchgeführt werden. Einzelne Gendarmerieabteilungen, die den Titel „Gendarmerie für den Feldpolizeidienst“ erhielten, sollten nur zur Rückendeckung und zu Verbindungsdiensten herangezogen werden. Erst wenn das Land als vollkommen beruhigt und gesichert angesehen werden könne, sollten die zivilen Verwaltungsbehörden mit ihrer Tätigkeit beginnen.

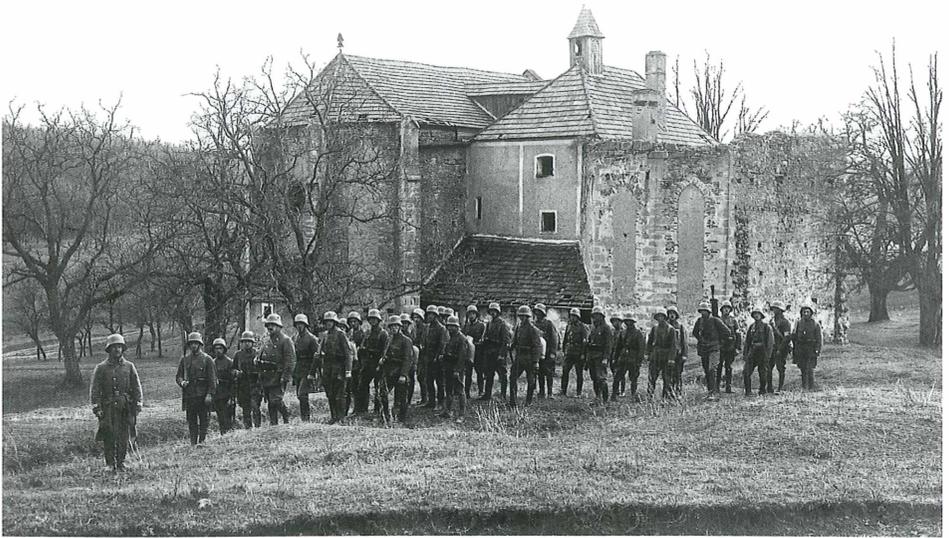
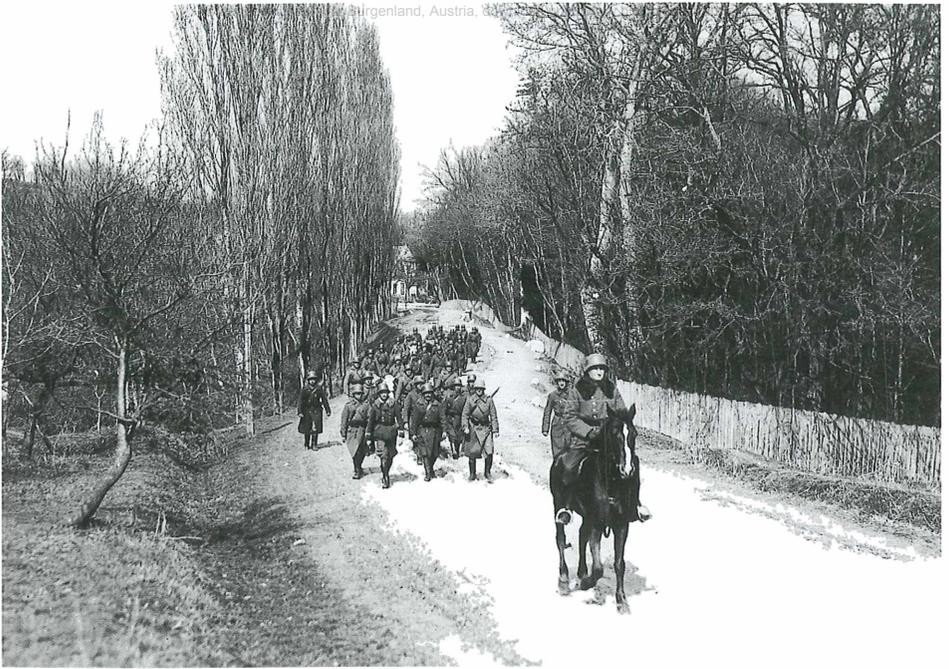
Da man erfuhr, dass große Teile der abgezogenen Freischaren nach wie vor unter Waffen standen und sich wieder hinter der neuen ungarischen Westgrenze sammelten, war es geraten, mit entsprechender Vorsicht vorzugehen. Gerüchte besagten zudem, dass die Freischärler zahlreiche Mitglieder getarnt zurückgelassen hätten, um einen zuverlässigen Nachrichtendienst im Rücken des österreichischen Heeres zu haben und dort zusätzlich für den Fall neuerlicher Kämpfe schlagkräftige und ortskundige Sabotagetrupps zu haben. Da die Gefechtsstärke der österreichischen Truppen aber nur 7200 Gewehre, 230 MGs und 48 Geschütze betrug, andererseits die neue Grenzlinie 283 km und die Fläche des zu



**Bild 117:** Österreichische Kavallerie überschreitet das Leithagebirge.  
13. November 1921



**Bild 118:** Österreichisches Bundesheer in Eisenstadt. 13. November 1921



**Bild 119 und Bild 120:** *Österreichisches Bundesheer beim Durchmarsch durch Draßburg und vor der Eremitage von Baumgarten*



**Bild 121 und 122:** *Infanterie marschiert durch den Steinbruch von St. Margarethen und Sperrposten bei Schattendorf*

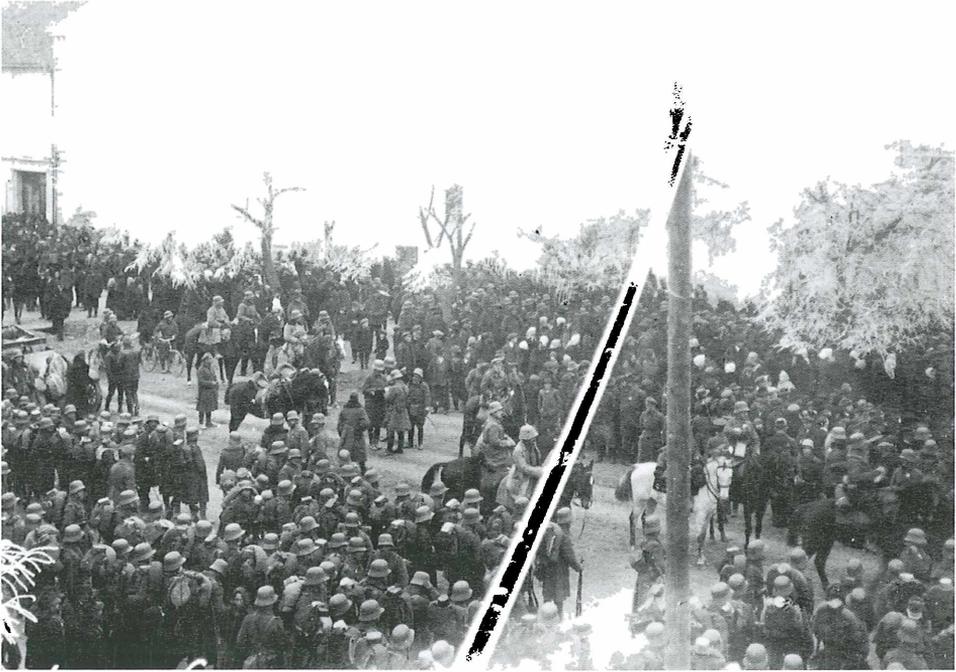
besetzenden burgenländischen Gebietes 4.114 km<sup>2</sup> ausmachte, entschied man sich im Heeresministerium, zunächst nur den Landesteil nördlich Ödenburgs zu besetzen. Nach den Erfahrungen mit den Freischärlern wollte man es unter keinen Umständen riskieren, in eine Falle zu tappen und jeden Versuch von ungarischen Guerilla-Aktionen durch entsprechende Truppenpräsenz gleich von Anfang an im Keim ersticken. Erst wenn die Besetzung im Norden reibungslos erfolgt sei, die Gendarmerie problemlos ihre Posten bezogen habe und man weitgehend sicher sei, dass man das dortige Territorium problemlos beherrsche, sollte in einem zweiten Schritt auch das südliche Burgenland militärisch in Besitz genommen werden.

Am 11. November verständigten endlich die Generäle der Interalliierten Kommission von Ödenburg aus die österreichische Bundesregierung, dass das Burgenland gänzlich von den ungarischen Banden gesäubert worden sei. Gleichzeitig forderten sie Österreich auf, das Gebiet bis zu der im Vertrag von Trianon festgelegten Grenze – mit Ausnahme des Abstimmungsgebietes um Ödenburg – zu besetzen. Das Heeresministerium befahl hierauf den Einmarsch für den 13. November 1921.

#### **a) Der Einmarsch in den nördlichen Teil des Burgenlandes vom 13. bis zum 17. November 1921**

Am 13. November, 9 Uhr, trat das Bundesheer mit drei Brigaden (16 Bataillonen, 2 Schwadronen, 6 Batterien, 2 technischen Kompanien und 3 Verbindungskompanien) den Vormarsch in den nördlichen Teil des Burgenlandes an. Oberst Vidossich hatte sich mit dem Stab der 1. Brigade von Leobersdorf wieder nach Wiener Neustadt begeben.

Die 6. Brigade wandte sich mit rund sieben Bataillonen und zwei Batterien von Wiener Neustadt, Ebenfurth und Landegg in vier Kolonnen gegen Sauerbrunn, Zillingtal, Großhöflein und Eisenstadt. Die 3. Brigade rückte mit sechs Bataillonen und zwei Batterien von Wilfleinsdorf, Bruck, Rohrau, Hollern und Hainburg in fünf Kolonnen nach Jois, Neusiedl am See, Parndorf, Neudorf, Pama und Edelstal vor. Die 4. Brigade (3 Bataillone und 2 Batterien) folgte hinter der 6. Brigade in den Raum Neudörfel – Neufeld. Die Reserve unter Oberst Sandri (Kommandant des Infanterie-Regiments 4) stand mit vier Bataillonen, zwei schweren Batterien und einer Verbindungskompanie im Raum Wiener Neustadt – Hochwolkersdorf – Krumbach.



**Bild 123 und 124:** Die Besetzung von Oberwart und Rotenturm an der Pinka

Die 5. Brigade (4 Bataillone, eine halbe Schwadron, 1 Batterie, eine halbe technische Kompanie und eine Verbindungskompanie) blieb vorläufig in ihren bisherigen Einsatzorten an der steirischen Grenze stehen.

Trotz ungünstigen Winterwetters erreichten die Truppen planmäßig ihre Marschziele, ohne dem geringsten Widerstand zu begegnen. Der deutsche Militärattaché Kundt, der die vormarschierenden Truppen begleitete, berichtete: „...*Die Stimmung der Bevölkerung war beim ersten Erscheinen der österreichischen Truppen sichtlich gedrückt, man hatte nicht den Eindruck, in ein Land zu kommen, das aufatmend seine Stammesbrüder und Befreier begrüßt. Das war die Arbeit der ungarischen Propaganda, die die Bevölkerung darauf vorbereitet hatte, daß die Rote Armee mit Plünderungen und Gewalttätigkeiten vorgehen würde und daß Arbeiterräte und Kommunisten die Herrschaft an sich reißen würden. Erst als die Truppen einige Tage im Lande waren und die Bevölkerung erkannte, daß eine ruhige, von alten Offizieren geführte Wehrmacht ihren Schutz übernahm und damit auch die Furcht vor einer Wiederkehr der Ungarn zu schwinden begann, faßten die Bauern Vertrauen, und das Verhältnis zu den Mannschaften besserte sich sichtlich. Schweine wurden geschlachtet und der Soldat bewirtet, und allmählich wagte man auch, mit seiner wahren Gesinnung hervorzutreten, die unbedingt proösterreichisch, oder noch richtiger großdeutsch ist.*“

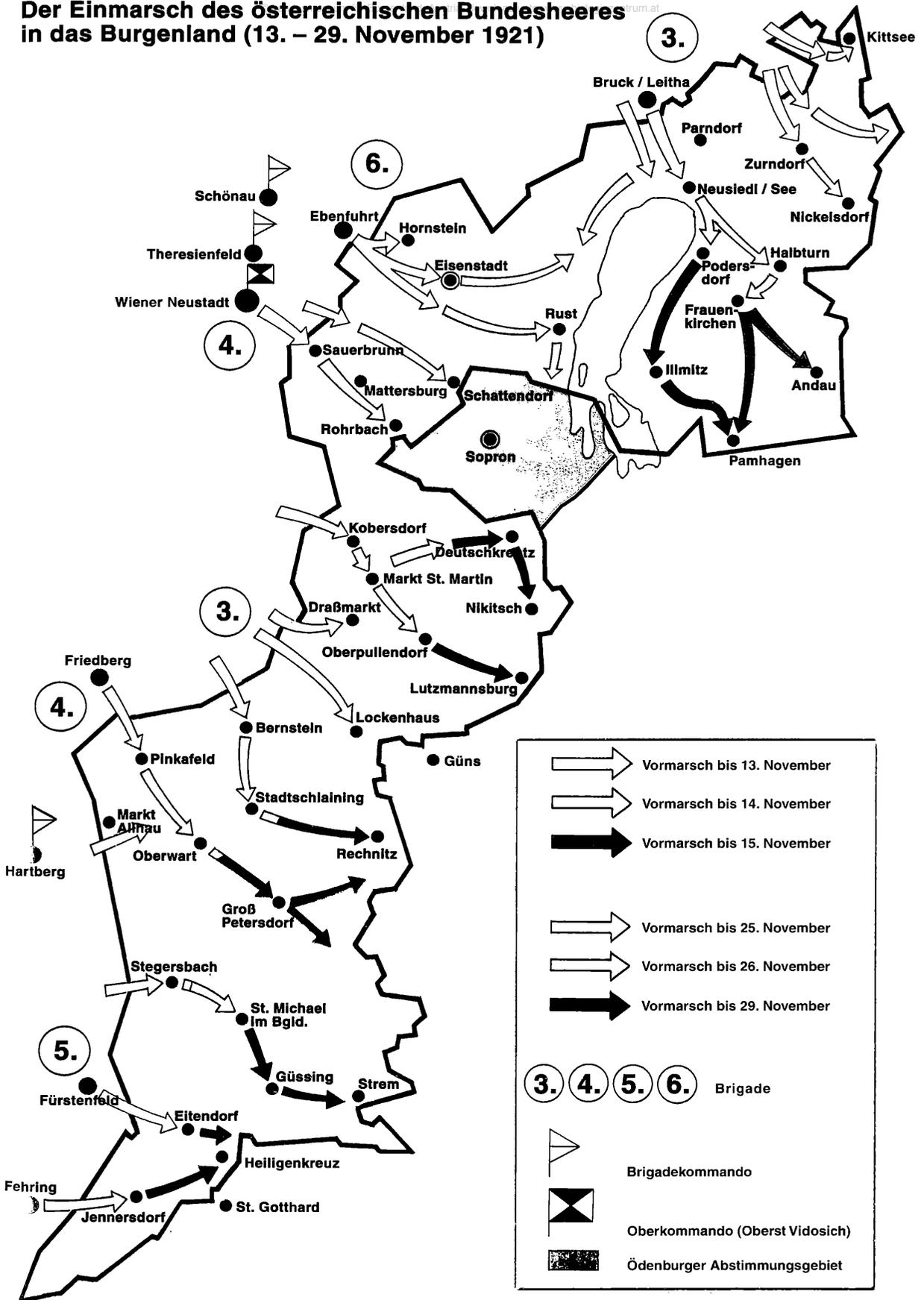
Am 14. November erreichte die 6. Brigade mit ihren vordersten Teilen die Linie Rohrbach – Draßburg – Siegendorf – Mörbisch - Rust und damit die Grenze des Abstimmungsgebietes. Die 3. Brigade gewann Frauenkirchen, Halbturn, Nickelsdorf, Deutsch Jahrndorf und Kittsee. Die 4. Brigade gab ein Bataillon nach Eisenstadt ab und rückte etwa 10 km ins Burgenland vor, womit das Gebiet westlich des Neusiedlersees flächendeckend gesichert war.

Am 15. November besetzte die 3. Brigade Podersdorf und St. Andrä, am 16. und am 17. November Illmitz, Apetlon, womit auch östlich des Neusiedler Sees die Landnahme beendet war. Nur bei Kittsee hatten Freischärler einige Schüsse abgegeben, sonst war es nirgends zu Feindseligkeiten gekommen.

## **b) Der Einmarsch in den südlichen Teil des Burgenlandes vom 25. bis zum 30. November 1921**

Die Besetzung des südlichen und mittleren Burgenlandes sollte durch die 5. Brigade, die bereits seit Wochen im steirischen Grenzgebiet stand, und die 4. und die 3. Brigade vollzogen werden, die man nun aus dem Norden hierher verlegte.

# Der Einmarsch des österreichischen Bundesheeres in das Burgenland (13. – 29. November 1921)





So wurden vom 20. bis zum 22. November 10 Bataillone, 2 Schwadronen, 4 Batterien und zwei technische Kompanien dieser zwei Brigaden mit der Bahn nach Süden in den Raum Aspang – Hartberg - Fehring gebracht, und in den nächsten zwei Tagen wurden die Gruppierungen für den Vormarsch in mehreren Kolonnen vorbereitet.

Am 25. November, 10 Uhr, trat man schließlich zur endgültigen Besitznahme des Raumes zwischen dem Abstimmungsgebiet von Ödenburg und der Linie Fehring

St. Gotthard (mit 17 Bataillonen, 2 Schwadronen, 9 Batterien, zweieinhalb technischen Kompanien und vier Verbindungskompanien) an. Die 5. Brigade nahm von Fehring, Fürstenfeld und Bierbaum in vier Kolonnen ihren Weg nach Jennersdorf, Eltendorf und Stegersbach. Die 4. Brigade rückte in drei Kolonnen mit 5 Bataillonen und 3 Batterien von Hartberg, Lafnitz und Friedberg nach Allhau, Riedlingsdorf und Pinkafeld vor. Die 3. Brigade gelangte mit 8 Bataillonen und 3 Batterien - in vier Kolonnen von Krumbach, Kirchschlag und Hochwolkersdorf nach Bernstein, Lockenhaus, Draßmarkt, St. Martin und Lackenbach. Auch hier zeigte sich dasselbe Bild wie im Norden: Weder an diesem Tage noch in den folgenden wurde der Einmarsch durch Freischärler gestört. Am 26. November erreichte die 5. Brigade Tschantschendorf, St. Michael und Stegersbach, die 4. Brigade erreichte Rotenturm, Oberwart, Oberschützen und Stadtschlaining, die 3. Brigade schließlich gelangte bis Lockenhaus, Liebing, Oberpullendorf, Stoob, Neckenmarkt und Kobersdorf. Einen Tag später erreichte die 3. Brigade planmäßig die neue Staatsgrenze bei Lutzmannsburg, Nikitsch und Deutschkreutz, die 4. und die 5. Brigade hingegen schalteten einen Rasttag ein, um Orte und Waldungen nach verborgenen Freischärlern abzusuchen, da hier wie sich später herausstellte falsche Gerüchte von verborgenen feindlichen Einheiten sprachen.

Die letzten Novembertage brachten starken Schneefall, der den Weitermarsch auf den grundlosen Wegen sehr erschwerte. So konnte die 5. Brigade am 28. November nur mit Vortruppen Güssing und am 29. November Strem erreichen, während die 4. Brigade erst am späten Abend des 28. November an ihre Endziele Rechnitz, Schachendorf, Hannersdorf und Kohfidisch gelangte. Die südliche Gruppe der 5. Brigade besetzte am 30. November noch einige Dörfer um Heiligenkreuz, womit die Besetzung auch des südlichen Burgenlandes schließlich ohne größere Komplikationen beendet war.

Am 3. Dezember unterzeichneten die Truppenbefehlshaber und die Entente-kommission die Schriftstücke über die Übergabe der besetzten Bezirke in die österreichische Staatshoheit. Am gleichen Tag erklärte die Generalkommission die Befriedung des Burgenlandes für beendet, womit die in Venedig ausgehandelte acht tägige Vorbereitungsfrist für die Volksabstimmung zu laufen begann.

Oberst Vidossich hatte den nördlichen Landesteil bereits am 25. November an Landesverwalter Davy übergeben; im südlichen Abschnitt geschah dies am 6. Dezember.

## **Die Ödenburger Volksabstimmung (14. bis zum 16. Dezember 1921)**

Betrachtet man die vielen hundert Akten, Protokolle und Erinnerungen dieser Zeit, vor allem aber die Berichte und Kommentare der Zeitungen aus jenen Wochen, muss man den Eindruck gewinnen, dass den Zeitgenossen ein Großteil des oben beschriebenen politischen Geschehens unbekannt blieb. Nur wenige - selbst aus dem Kreis höchster Politiker - kannten offenbar den Hintergrund, der zur Volksabstimmung in Ödenburg geführt hatte und hofften, ja waren teilweise sogar überzeugt, dass diese für Österreich gewonnen werden könnte. So schuf man mit Begeisterung und Schwung eine eigene Propagandaorganisation, den „Ödenburger Heimatdienst (ÖHD)“, der sich am 20. Oktober 1921 in Wien konstituierte. Vorbild dieser Einrichtung war der „Kärntner Heimatdienst“, der ein Jahr zuvor wesentlich zum österreichischen Erfolg bei der Volksabstimmung im gemischtsprachigen Südkärnten beigetragen hatte. Die Erfahrung der dortigen „Experten“, wie Hans Steinacher, Sepp König, Silvester Praschek, Dr. Viktor Miltschinsky u. a., sollte helfen, in der knapp zur Verfügung stehenden Zeit möglichst effektiv arbeiten zu können. An die Spitze des „Ödenburger Heimatdienstes“ entsandten die Parteien jeweils Vertreter, die teilweise schon bisher in der „Verwaltungsstelle für das Burgenland“ tätig waren. So delegierten die Großdeutschen Prof. Dr. Alfred Walheim, der der geschäftsführende Obmann des ÖHD wurde, die Christlichsozialen Hofrat Josef Rauhofer und die Sozialdemokraten Ludwig Leser, der nach einjähriger Kerkerhaft im Zuchthaus Steinambrückl (Sopronkőhida) und nachfolgender Krankheit erst kurz davor in die Politik zurückgekehrt war. Gerade seine Ernennung, sowie die Mitarbeit von Ignaz Till und Josef Fiala im ÖHD, wurde von der ungarischen Propaganda weidlich als „Beweis“ dafür ausgenutzt, dass die „verhassten Kommunistenherrscher“ wieder drauf und dran seien, mit Hilfe der Österreicher nach Westungarn zurückzukommen. Im erweiterten Führungsgremium des ÖHD fanden sich bald weitere prominente „Anschlusskämpfer“ ein, wie Dr. Friedrich Beer, Franz Binder, Gregor Meidlinger, Josef Patry, Thomas Polz und Josef Reichl. Besonders wichtig waren auch der aus Ödenburg kommende Mittelschullehrer Prof. Paul Eitler und der Journalist Hans Ambroschitz, der bis August 1921

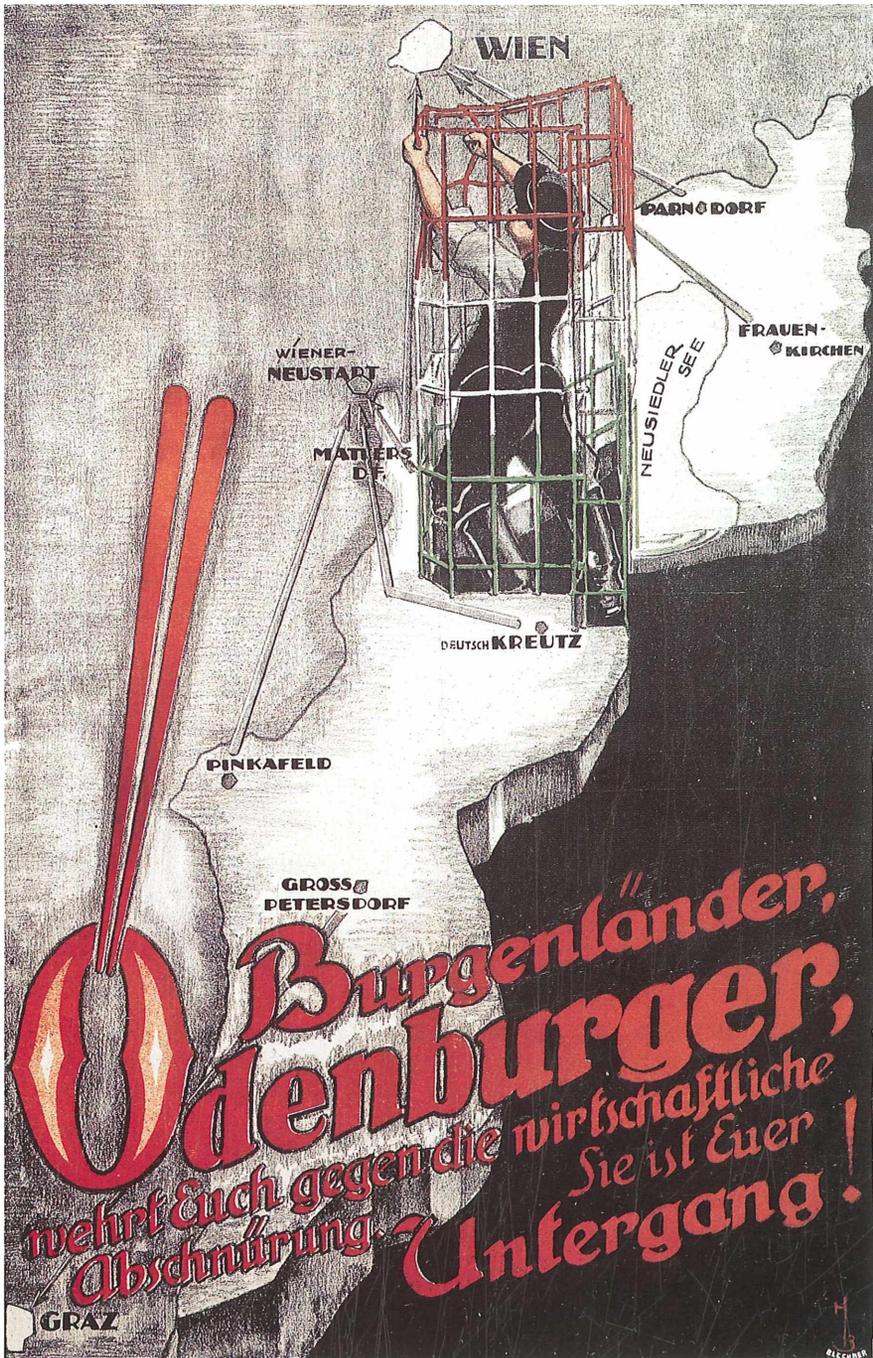


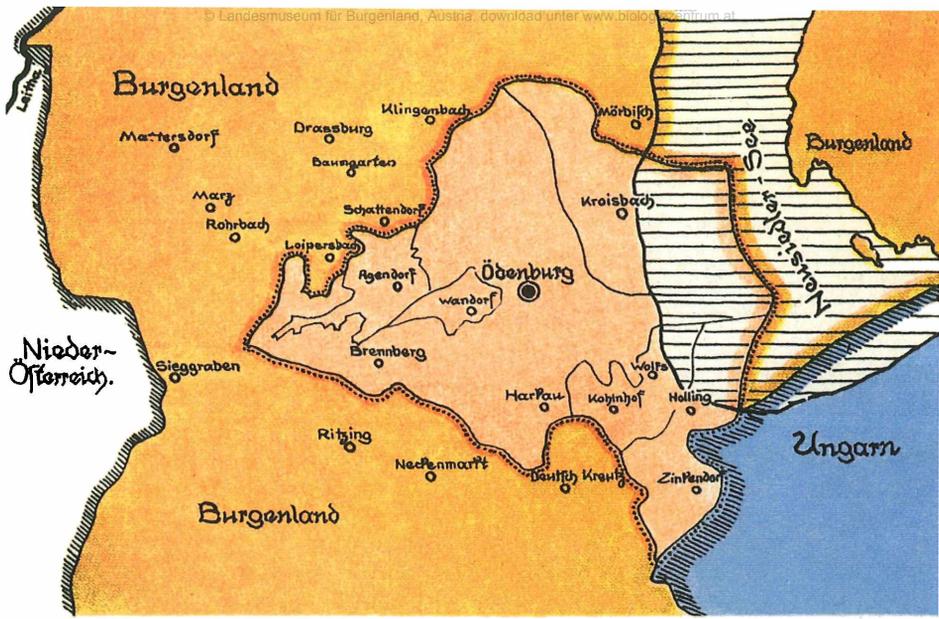
Bild 125: Österreichisches Plakat für die Abstimmung von Ödenburg 1921 (95 cm x 63 cm)

Chefredakteur der pro-österreichisch eingestellten „Ödenburger Zeitung“ war, dann aber vor den Freischälern nach Österreich flüchten musste. Er übernahm innerhalb des „Ödenburger Heimatdienstes“ die Abteilung „Presse und Propaganda“ und gab ab Mitte November 1921 die Wochenzeitung „Der freie Burgenländer“<sup>A)</sup> heraus. Auch wenn diese Zeitung zunächst kaum oder nur in Einzelexemplaren in das Abstimmungsgebiet geschmuggelt werden konnte, hatte sie eine wichtige Funktion im übrigen - „befreiten“ - Burgenland, wo sie eine der ersten Gegenstimmen gegen die bisherige Dominanz der magyarischen Presse und Propaganda war. Sie gab den Menschen, die bis dahin noch immer nicht ganz glauben konnten, dass das Ende der „ungarischen Herrschaft“ unwiderruflich sei, allmählich das notwendige Vertrauen in das „neue Vaterland“ und seine Repräsentanten und Behörden.

Der ÖHD errichtete schon kurz nach seiner Gründung Zweigstellen in Wiener Neustadt und Graz, sowie nach der Räumung des Burgenlandes von den Freischälern - Stützpunkte in Mattersburg und hart am Rande des Ödenburger Abstimmungsgebietes in Mörbisch, Schattendorf, Loipersbach und Deutschkreutz. Finanziert wurde das ganze Unternehmen vom Bundeskanzleramt, das auch zumindest für die Zentrale des ÖHD in Wien entsprechendes Hilfspersonal und alle notwendigen technischen Einrichtungen zur Verfügung stellte. Man ließ Flugblätter und Plakate herstellen, die man aber nur unter beträchtlichen Schwierigkeiten bis fast Mitte November herrschten hier noch die „Banditen“ ins Burgenland und dann weiter ins Abstimmungsgebiet schmuggeln konnte. Hier erwiesen sich gewisse „Linien und Verbindungen“ als nützlich, die bei wechselnden politischen Verhältnissen im Grenzland ungebrochen seit den Tagen des Ersten Weltkrieges funktionierten, nur dass jetzt die Schmuggler neben den Konsumgütern aller Art auch Propagandamaterial über die Grenze brachten. Vielfach waren es auch die Wanderarbeiter, die zu Wochenenden für ein / zwei Tage oder eine Nacht zu ihren Familien zurückkamen, die nun Informationsmaterial aus Wien und Österreich heim ins Dorf brachten. Der Weitertransport ins Abstimmungsgebiet und die Verteilung des Propagandamaterials konnte meist nur bei Nacht erfolgen und war mit hohem Risiko verbunden. Die Polizei, noch mehr aber die magyarischen Bracchialformationen bestraften Leute, die mit solchem Material erlappt wurden, rigoros und brutal und setzten obendrein die ganze Familie eines solchen „Missetäters“ immer wieder groben Repressalien aus. Offizielle österreichische Proteste und selbst die Ententevertreter konnten hier kaum helfen. Bis ihre Intervention griff, war die

---

A) "Der freie Burgenländer" erschien vom 12. Nov. 1921 bis 8. Feb. 1922 mit dem Untertitel "Mitteilungen des Ödenburger Heimatdienstes" und ab dann als "Unabhängiges Blatt für das Burgenland"



## Ödenburger, wollt Ihr allein bei Ungarn bleiben?

Das Burgenland ist schon von den Österreichern besetzt.

Mattersdorf, Schattendorf und Mörbisch im Norden, Pamhagen und Walla im Oberseugebiet und Deutschkreuz und Nikitsch im Süden ist schon im dauernden österreichischen Besitz.

Nur Ödenburg soll durch die Abstimmung entscheiden, ob es zu Österreich oder zu Ungarn gehören soll.

Kann Ödenburg mit den 9 Umgebungsgemeinden allein bei Ungarn bleiben?

Nach Steinamanger und Raab werden wir den Wein nicht verkaufen können!

Von dort werden nie Käufer nach Ödenburg kommen!

Rings um uns herum würde uns die österreichische Zollgrenze absperrn. In kurzer Zeit würde in Ödenburg alle Wirtschaft zu Grunde gehen und die Stadt würde zu einem Dorfe herabsinken.

Macht die Augen auf, Ödenburger!

Erkennt das uns drohende Schicksal!

Wir können uns nur retten, wenn wir geschlossen **für Österreich stimmen!**

**Ödenburger Wirtschafts-  
bürger u. Geschäftsleute.**

Bild 126: Österreichisches Flugblatt mit dem Ödenburger Abstimmungsgebiet 1921 (21cm x 15 cm)

Sache längst vorbei und wurde von seiten der Täter als agitatorische Verleumdung abgestritten. Dies entmutigte viele, sich für die österreichische Seite zu engagieren. Ein interner Bericht des ÖHD schilderte die Situation im Abstimmungsgebiet wie folgt: „...Die deutschen Vertrauensmänner der Landgemeinden getrauen sich nicht, aktive Propaganda zu treiben und halbwegs offen für die deutsche Sache einzutreten, da ihnen das Gefühl der Rückendeckung fehlte. Die österreichischen Flugschriften haben wohl die überzeugten Anhänger gefestigt, bei den Wacklern [sic!] aber entschied das gesprochene Wort, die Drohung und das sichere Auftreten. Das war uns aber nicht möglich.“

Erst nach der „Pazifizierung“ des Burgenlandes - also nach dem 3. Dezember bekam Österreich offiziell bessere Chancen, da man ihm theoretisch gleiche Aktionsfreiheit wie den Ungarn zugestand. Allerdings war die Zeitspanne, die nunmehr zur Verfügung stand, argumentativ gegen die monatelange Manipulation der Bevölkerungsmeinung durch die Magyaren vorzugehen, mehr als knapp.

Vergeblich hatte die österreichische Regierung inzwischen in mehreren Noten an die Interalliierte Generalskommission wie auch an die Botschafterkonferenz versucht, diese knappe Frist doch noch verlängern zu können. Man erklärte, dass man die Burgenlandfrage so rasch wie möglich - das hieß noch vor Jahresende - endgültig bereinigt haben wolle. Die Entsendung von größeren alliierten Truppenverbänden ins Abstimmungsgebiet wurde zwar abgelehnt, dann wurden aber doch Einheiten, die gerade in Oberschlesien ihre Aufgabe erfüllt hatten, nach Ödenburg verlegt. Dies sollte Österreichs Sorge halbwegs zerstreuen, dass sich Teile der über die Grenze zurückgegangenen Freischaren nach wie vor im Ödenburger Abstimmungsbereich aufhielten und dort eine rege Werbetätigkeit für Ungarn entfalteten. Nach österreichischer Einschätzung reichten aber die am 8. Dezember in Ödenburg eingetroffenen Ententetruppen (450 Mann) gerade für einen Sicherheitsdienst in der Stadt aus, denn allein um Ödenburg standen nach wie vor zirka 2.200 Freischärler und weitere waren um Steinamanger, Körmend und St. Gotthard konzentriert. Wenn sie auch jetzt ohne Waffen auftraten, war die Gefahr groß, dass sie - sollte Ungarn die Abstimmung doch verlieren - erneut mit Waffengewalt gegen den Verlust dieser Stadt auftreten würden. Die österreichische Gesandtschaft in Budapest funkte die alarmierende Nachricht: „Alle seinerzeit beurlaubten Mitglieder der Prónay- und Héjjas-Banden sollen für den 9. d. M. telegraphisch einberufen worden sein. In Kecskemét und Cegléd werbe Héjjas persönlich; es haben sich 600 Studenten und 3.500 Reservisten gemeldet, die aus staatlichen Depots ausgerüstet und besoldet werden. In Budapest hätte am 12. Dezember eine Zusammenkunft von Székler Offizieren stattgefunden, die ihren Eintritt in die Banden beschlossen hätten. Längs der ganzen österreichischen

Grenze sei Bandentätigkeit bemerkbar, speziell in Hegyeshalom, Pinka-Mindszent, Körmend und Güns. Parallele Aktionen in Richtung Neusiedl und Ödenburg seien für den Fall eines österreichischen Erfolges beim Plebiszit geplant.”<sup>541</sup> So verlegte man österreichischerseits die letzten noch vorhandenen Reserven des Bundesheeres als Verstärkung nahe an den Raum Ödenburg heran, womit der „Burgenland-Einsatz“ schließlich einen Höchststand von rund 800 Offizieren und 14.000 Mann erreichte.

In Ödenburg hatte sich inzwischen aus den Reihen der alliierten Offiziere eine Zentralkommission für die Volksabstimmung (Commission Centrale de Plébiscite) gebildet; Vorsitzender war der italienische Oberst Ivaldi, weitere Mitglieder waren der französische Hauptmann de Redon und der englische Hauptmann Gundry-White, sowie – allerdings nur als Berater - von ungarischer Seite der Sektionsrat im Außenministerium Rezső Jobb und von österreichischer Seite der Gesandtschaftsrat Peters. Die Stadt Ödenburg wurde in acht Wahlbezirke eingeteilt, in dessen jeweiligem Abstimmungslokal je drei alliierte Offiziere und je zwei österreichische sowie je zwei ungarische Kommissionsmitglieder mitwirken sollten.

Als die ungarische Garnison, die vorübergehend nach dem „Königs-Putsch“ hierher verlegt wurde, die Stadt am 12. Dezember verließ, übernahm die örtliche Polizei – ergänzt durch 200 städtische Bürger – die Sicherheitskontrolle in der Stadt. Letztere – die ungarischen Behörden hatten hier „zuverlässige“ Leute ausgesucht – bildeten die der Interalliierten Kommission zur Seite gestellte Hilfspolizei, die durch Armbinden mit der Aufschrift „A.F.I.“ (Angleterre, France, Italie) gekennzeichnet waren. Zahlreiche Angehörige der Staatspolizei, die aus Budapest, Raab und Steinamanger hierher verlegt worden waren, verstärkten „im Hintergrund“ die Kontrolle der Stadt. An der Grenze des Abstimmungsgebietes stand ein dichter Kordon der ungarischen Zollwache, verstärkt durch ein „Hochschul-Grenzbataillon“ (Főiskolás határvédelmi zászlóalj), das zusätzlich für Einsätze in Bereitschaft lag. Ödenburg war so unter totaler Kontrolle der ungarischen Behörden, wozu noch kam, dass die alliierten Offiziere schon allein durch ihre mangelnden Orts- und Sprachkenntnisse meist auf die Dienste der „hilfreichen“ örtlichen Beamten angewiesen waren.

Wie die Stimmung im Raum Ödenburg Anfang Dezember war, schilderte ein vertraulicher Lagebericht, den wahrscheinlich die ungarische Gendarmerie zusammenstellte und der leider nur als Torso vorhanden ist. Hier heißt es: „...[Sopron] a). Arbeiter: Nachdem man aufgrund der Venediger Verhandlungen den Sieg der Ungarn als gesichert annimmt, hat sich die Lage zugunsten der ungarfreundlichen Richtung verbessert. Eine Ausnahme bildet neben der

*Brauerei die Eisengießerei, deren Arbeiter fast alle der Anschließpartei angehören. Hier arbeiten viele Österreicher, die ununterbrochen agitieren.*

*b) Juden: Sie wurden von der Zentralstelle der jüdischen Gemeinden aufgefordert, von jeder in der Vergangenheit erlittenen Grausamkeit abzusehen und zu zeigen, daß sie Ungarn treu bleiben können. Ihre Vorsteher, Dr. Schönberger und Dr. Steiner, garantieren, daß jeder Jude für Ungarn stimmen wird.*

*c) Poncichter:<sup>A)</sup> Die Katholiken tun im allgemeinen heimlich, aber die Ödenburger Führer halten es für sicher, daß die Mehrheit für Ungarn stimmen wird. Die Evangelischen, die 70% der „Poncichter“ ausmachen, bekennen offen, daß sie für den Anschluß sind. Ihr lautester Tonangeber ist Gottlieb Holzmann, den der Bürgermeister zu sich rufen ließ und ziemlich energisch ermahnte, sich auf die Seite der Ungarn zu stellen.*

*Ágfalva: Es herrscht allgemein die Meinung, daß 70% für Ungarn stimmen werden.*

*Brennberg, Bánfalva: Die kritischste Stelle im ganzen Abstimmungsgebiet.*

*Kópháza, Nagycenk, Fertőboz: 80% würden für Ungarn stimmen.*

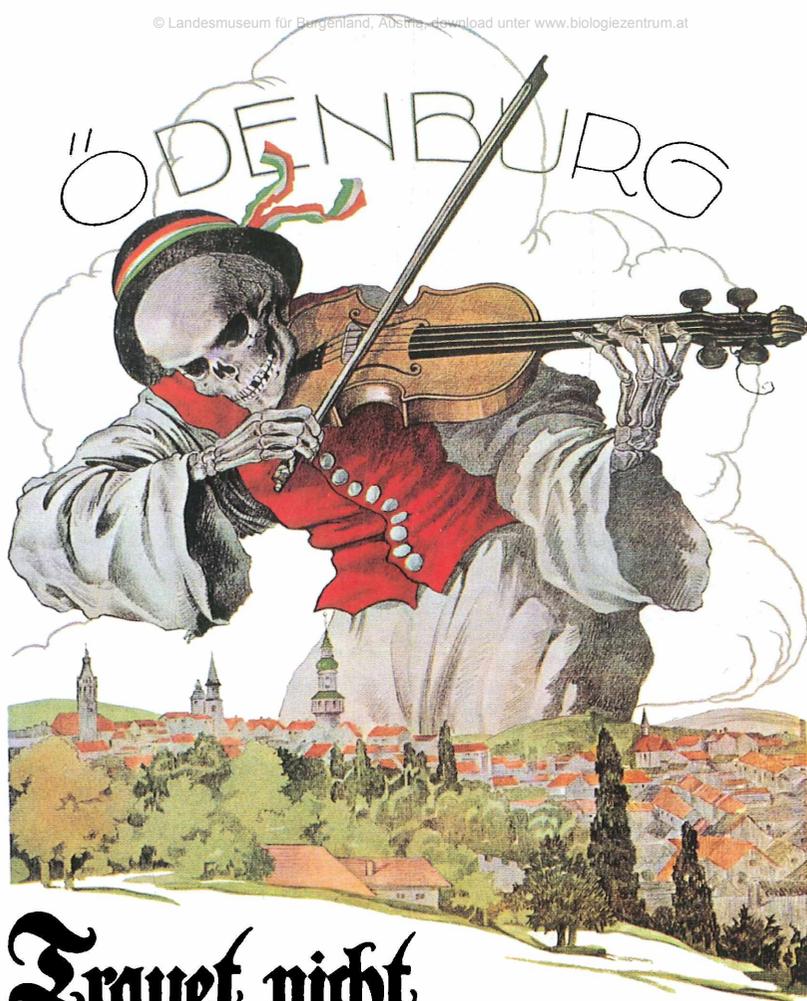
*Harka, Fertőrákos: 30 % würden für Ungarn stimmen.*

*Balf ist ganz österreichisch gesinnt, aber man versucht, den Dorflehrer, der in der Gemeinde den größten Einfluß besitzt, für den ungarischen Standpunkt zu gewinnen.”<sup>542</sup>*

Trotz dieser für Ungarn nicht ganz so rosigen Stimmung konnte man aber ziemlich zuversichtlich sein, dass die Volksabstimmung mit einem „planmäßigen“ Sieg Ungarns enden würde. Seit Wochen hatte man nicht nur alle Mittel der legalen und weniger legalen Beeinflussung eingesetzt, sondern auch die Abstimmungslisten bzw. die dazugehörigen Wahlausweise manipuliert, um eine verlässliche Mehrheit für Ungarn zustande zu bringen. Entsprechend den von der Alliierten Abstimmungskommission erlassenen Bestimmungen waren alle in Ödenburg „heimatzuständigen“ Bürger über 20 Jahre stimmberechtigt, insofern sie seit dem 1. Jänner des laufenden Jahres im Abstimmungsgebiet wohnten. Schon dieser Punkt beraubte all jene Menschen, die als pro-österreichisch eingestellte Bürger vor den Verfolgungen der ungarischen „weißen“ Detachements oder der Freischärler-Banden nach Österreich geflüchtet waren, ihres Wahlrechts, da sie - entsprechend der Bestimmung keinen ordentlichen Wohnsitz mehr im Abstimmungsgebiet hatten. Steinacher, der als österreichischer Abstimmungskommissär in Ödenburg weilte, schätzte die Zahl jener, die so „für Österreich verloren gingen,“ auf etwa 2.000.<sup>543</sup> Auch wenn diese Zahl sicherlich

---

A) "Poncichter" (= "Bohnenzüchter") spöttische Bezeichnung für die deutschen Kleinbauern und Nebenerwerbslandwirte von Ödenburg.



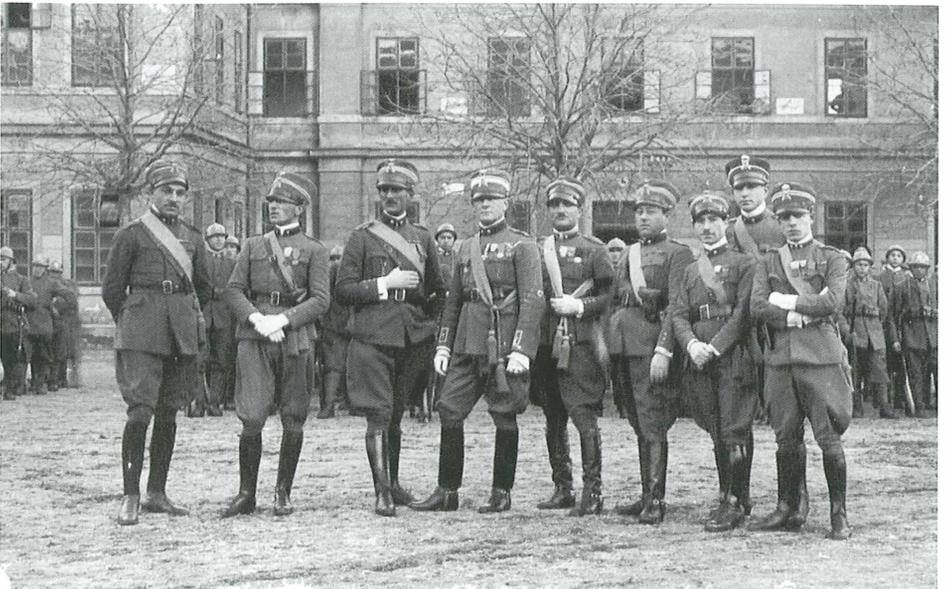
**Trauet nicht  
den schmeichelnden Liedern!  
Stimmt deutsch!**

KUNSTVERLAG AMON-GÖTH  
WIEN-ÖDENBURG

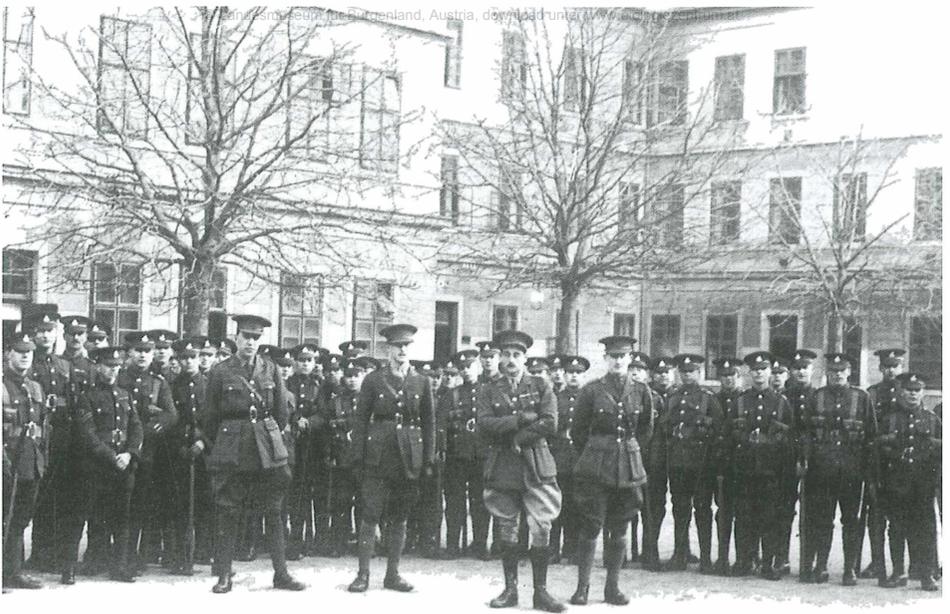
*Bild 127: Plakat des „Ödenburger Heimatdienstes“ für die Ödenburger Abstimmung 1921. Entwurf E. Kutzer. (95 cm x 63 cm)*



**Bild 128:** Die Interalliierte Generalskommission: General Jules Camille Hamelin, General Carlo Antonio Ferrario, General Reginald Gorton



**Bild 129:** Die „Ödenburger Abstimmungskommissare“: Die Italiener



*Bild 130: Die Briten*



*Bild 131: Die Franzosen*

übertrieben erscheint, war dieser Punkt doch ein entscheidender Baustein zum späteren Sieg der magyarischen Seite. Zudem fälschten die ungarischen Behörden vor allem die Wahllisten der Stadt Ödenburg wo dies durch die acht Wahlsprenkel gut getarnt werden konnte - um durch die Aufnahme von „toten Seelen“<sup>A)</sup> Abstimmungsberechtigungen für zuverlässig pro-magyarische Vertrauensleute zu schaffen, die man aus ganz Ungarn herbeischaffte, um ihnen in Ödenburg „Heimatzuständigkeit“ zu verleihen.<sup>544</sup> Aus den 1963 aufgefundenen geheimen Aufzeichnungen von Baron Frigyes Villani,<sup>545</sup> der als ungarischer Vertreter bei der Interalliierten Generalkommission während der kritischen Zeit in Ödenburg weilte, geht unzweideutig hervor, dass sich die Leute des ungarischen Propagandabüros „nach Kräften bemühten, die notorischen Austrophilen von der Abstimmung zurückzuhalten“ und dass sie in den letzten Tagen vor der Abstimmung zu Hunderten Wähler aus inneren Gebieten Ungarns herbeiholen und abstimmen ließen. Die österreichischen Abstimmungskommissäre, die ab dem 28. November 1921 in Ödenburg einreisen durften, bekamen die Abstimmungslisten erst zwischen dem 5. und 7. Dezember zu Gesicht. Sie entdeckten bald durch Stichproben die Fälschungen, obwohl sie von den ungarischen Behörden durch allerlei Schachzüge, ja manchmal sogar durch „irrtümliche“ Verhaftungen und ähnliche Schikanen in ihrer Tätigkeit immer wieder behindert wurden. Ihren Protesten wurde nur mit Ausflüchten und mit Hinhaltetaktik begegnet, bis man sich da und dort zu Korrekturen der beanstandeten Listen bequeme.

Die österreichische Regierung wandte sich an die Botschafterkonferenz und gab zu bedenken, *„dass trotz der formellen Übernahme der Verwaltung im Plebiszitgebiet durch die Generalmission die ungarischen Behörden weiter funktionieren und ihre Amtsgewalt dazu benützen, um durch Drohungen und Pressionsmittel jeder Art eine schrankenlose Propaganda zugunsten Ungarns in Szene zu setzen. Durch Terrorakte gegen österreichfreundliche Elemente ist die Bevölkerung vollkommen eingeschüchtert und lebt in ständiger Bedrohung durch zahlreiche zurückgekehrte Bandenmitglieder und speziell durch die Hörer der Schemnitzer Bergakademie. Wahllisten sind willkürlich und auf Grund teilweise gefälschter Daten zusammengestellt....Solange diese Sachlage andauert, kann aber von der auch seitens der Botschafterkonferenz gewünschten Unparteilichkeit und Unbeeinflusstheit der Abstimmung nicht die Rede sein. Insolange hiefür keine Garantien geschaffen sind, könnte die österreichische Regierung mit Rücksicht*

---

A) Man nahm verstorbene Personen, vor allem aber junge Soldaten, die im Krieg gefallen waren, in die Listen auf. Die so gewonnenen Abstimmungsdokumente gab man "verlässlichen" gleichaltrigen Leuten, die dann in mehreren Abstimmungslokalen hintereinander mit den jeweils wechselnden Papieren abstimmten.

*auf die öffentliche Meinung und den Nationalrat, dem sie verantwortlich ist, an einer Abstimmung, die nur ein Zerrbild wäre, nicht teilnehmen.”<sup>546</sup>*

Doch der österreichische Versuch, unter diesen Umständen die Volksabstimmung um weitere vier Tage verschieben zu lassen, wurde von den alliierten Vertretern abgelehnt, worauf Wien seine Vertreter unter Protest am 13. Dezember aus Ödenburg abzog. Dieser Schritt wirkte sich auf die Stimmung Unschlüssiger, für Österreich zu votieren, endgültig negativ aus. Schon vorher waren zusätzlich wahrscheinlich von magyarischen Kreisen selbst - Gerüchte in Umlauf gesetzt worden, dass die Abstimmung ohnehin manipuliert werde, und es sinnlos sei, für Österreich zu stimmen. Die Agitation wurde hauptsächlich vom Ungarischen Propagandabüro geleitet, das die beiden Rechtsanwälte Ernő Meiszner und István Kovács als eine Art Gegengewicht zum ÖHD gegründet hatten. Ihm gehörten viele Jugendliche - meist Hochschüler und Gymnasiasten - an, die von Haus zu Haus zogen und fast 13.200 Unterschriften für den Verbleib der Stadt gesammelt haben sollen.<sup>547</sup> Verzweifelt versuchte die österreichische Propaganda noch in den letzten Tagen dagegen zu steuern und verbreitete ein Flugblatt in dem es hieß: *„Ödenburger! Burgenländer! Ihr müßt zur Urne schreiten! Wenn Ihr Euch der Abstimmung enthaltet, weiß man, daß Ihr nicht für Ungarn stimmen wollt, weil Ihr österreich-freundlich seid! Wenn Ihr Eure Stimme abgebet, wird man niemals erfahren, für wen Ihr gestimmt habt, weil die Abstimmung geheim ist!”<sup>548</sup>* Doch viele der deutschen Familien konnten - auch wenn sie gewollt hätten - ihrem Wahlrecht nicht nachkommen. Als nämlich in den letzten Tagen vor der Abstimmung die entsprechenden Legitimationen meist durch „freiwillige Helfer“ - Studenten der Schemnitzer Bergbauhochschule - gestellt wurden, übergang man viele deutsche Einwohner, vor allem aus der kleinbäuerlichen Schicht, bei denen man sich ohnehin sicher war, dass sie es nicht wagen würden, ihr Recht bei den alliierten Offizieren einzufordern.

In die Kommissionen der einzelnen Wahlsprengel<sup>A)</sup> sollten neben den alliierten Offizieren und ungarischen Beamten nach dem Abgang der österreichischen Kommissionsmitglieder auch je ein ungarischer und österreichischer Vertrauensmann aus den Reihen der Stadtbewohner teilnehmen. Es war bezeichnend, dass sich kein einziger Ödenburger meldete, um die österreichische Seite zu vertreten.”<sup>549</sup> Ernest Hoffenreich, einer der österreichischen Abstimmungskommissäre, erinnerte sich:<sup>550</sup> *„...Die Stimmung war kaum zu bessern. Wohl wurde das ungarische Militär abgezogen und durch Ententetruppen ersetzt, aber die ungarische Gendarmérie, Zollwache und Polizei versah weiterhin uniformiert ihren Dienst, während das österreichische Begehren, daß österreichische Polizei ebenfalls in Ödenburg Dienst mache, von der Generalskommission abgewiesen wurde. So standen die Ödenburger noch immer unter dem Druck des magyarischen*

---

A) In der Stadt Ödenburg gab es acht Abstimmungslokale

*Verwaltungsapparates...Trotz aufreibender Arbeit konnte es in der kurzen Zeit nicht gelingen, halbwegs einwandfreie Abstimmungslisten zu schaffen. Die österreichische Regierung hielt es daher für richtig, unmittelbar vor der Abstimmung unsere Abstimmungskommissäre abzubrufen, um schon im voraus gegen das verfälschte Ergebnis zu protestieren. Diese Maßregel war sehr zweischneidig, denn sie entmutigte die Ödenburger nun vollends. Welcher deutsch gesinnte Ödenburger konnte noch an den Sieg glauben, wenn die österreichischen Kommissäre von ihrer Regierung abgezogen waren?“*

In den letzten beiden Tagen vor der Abstimmung klebten Zetteln mit der Aufschrift „*Du wirst beobachtet!*“<sup>551</sup> an Wänden und Haustoren von deutschen Bewohnern Ödenburgs, und Flugzettel verkündeten bereits am 14. Dezember den „Sieg Ungarns“ (siehe Abb. 132), um die überwiegend deutschen Einwohner der Dörfer außerhalb Ödenburgs, die erst zwei Tage später ihre Stimme abgaben, von einem pro-österreichischen Votum abzuhalten.

Am 14. Dezember fand die Abstimmung in der Stadt Ödenburg, am 16. Dezember jene in den umliegenden Landgemeinden statt. Es waren 27.069 Personen abstimmungsberechtigt, von denen 24.063 ihre Stimme abgaben; darunter waren 502 Stimmen ungültig. Für Ungarn stimmten 15.338 Personen (65, 1 %), für Österreich 8.223 (34, 9%).

Wenn auch da und dort enttäuschte Stimmen über die wider Erwarten niedrigen Prozentzahlen des ungarischen Sieges mitschwangen, war der Jubel in Ungarns Zeitungen dennoch groß. Eine Welle des Optimismus erfasste wochenlang die ungarische Öffentlichkeit, denn so schrieb z. B. die Budapester Zeitung „Virrodát“ noch am 2. April 1922 - „*Mit Ödenburg haben wir die Schranken des Friedens von Trianon zerbrochen. Wenn es gelungen ist, in diesen Gewaltfrieden eine Bresche zu schlagen, wird es auch möglich sein, an anderen Punkten anzugreifen!*“<sup>552</sup>

In einem feierlichen Parlamentsbeschluss wurde der Stadt 1922 der Ehrentitel „Civitas fidelissima“ [„Allertreueste Stadt“] verliehen und dem Stadtwappen hinzugefügt.

In Österreich war die Trauer über die Niederlage groß, aber noch größer war die Empörung über die ungarischen Machenschaften in den Wochen vor der Abstimmung, die zu dieser Abstimmungsniederlage geführt hatten. In Regierungskreisen, vor allem aber in der breiten Öffentlichkeit wurde der Ruf laut, das Abstimmungsergebnis von Ödenburg nicht anzuerkennen und eine Wiederholung des Plebiszits unter korrekten Bedingungen zu fordern. Dies wurde auch von Diplomaten der Kleinen Entente unterstützt. Vor allem die Tschechoslowakei, mit der man am 16. Dezember 1921 in Schloss Lana, dem

**Sieg! Sieg!**

**Das Schicksal Oedenburgs  
ist schon entschieden!**

**Oedenburg bleibt bei Ungarn!**

---

**Vaterlandsverräter hütet Euch!**

*Bild 132: Am 14. Dezember 1921 in Ödenburg affichiertes Plakat*

## Das Ergebnis der Volksabstimmung:

	abstim- mungs- berecht.	Stim- men	für Ungarn	%	für Öster- reich	%	un- gültig
Sopron	19 164	17 298	12 331	72,8	4 616	27,2	351
(Brennberg)	(790)	(706)	(152)	21,5	(554)	78,5	—
Ágfalva	1 175	848	148	18,3	682	81,7	18
Balf	655	595	229	39,6	349	60,4	17
Fertőboz	349	342	257	77,6	74	22,4	11
Fertőrákos	1 525	1 370	525	39,3	812	60,7	33
Harka	680	581	55	9,6	517	90,4	9
Kópháza	941	813	550	69,4	243	30,6	20
Nagyecenk	1 041	1 039	1 026	99,5	5	0,5	8
Sopronbánfalva	1 539	1 177	217	18,9	925	81,1	35
zusammen	27 069	24 063	15 338	65,2	8 223	34,8	502
davon auf dem Land	7 905	6 675	3 007	45,5	3 607	54,5	151

## Angaben der Volkszählung vom Jahre 1920:

	Ein- woh- ner	Un- garn	Deut- sche	Kroa- ten	an- dere	Unga- risch spre- chend	kath.	ev.
Sopron	35 248	17 166	16 911	733	438	28 467	22 438	9 713
(Brennberg)	(1 760)	(143)	(1 474)	(4)	(139)	(242)	(1 668)	(59)
Ágfalva	2 006	62	1 936	5	3	535	292	1 692
Balf	1 282	47	1 229	3	3	264	282	994
Fertőboz	591	33	557	1	—	153	589	—
Fertőrákos	3 025	62	2 923	6	34	332	3 025	—
Harka	1 075	6	1 065	4	—	237	52	1 020
Kópháza	1 797	59	48	1 681	6	1 327	1 772	—
Nagyecenk	2 004	1 763	164	24	53	1 965	1 970	28
Sopronbánfalva	2 995	327	2 640	15	13	1 159	946	2 024
zusammen	50 023	19 525	27 473	2 472	550	34 439	31 386	15 471

Der israelitischen Konfession gehörten in Ödenburg 2483 Personen an (sie gaben in der Mehrzahl Ungarisch als Muttersprache an), auf dem Lande hingegen nur 39. Bzgl. der Angaben der Volkszählung s.: Magyar Statisztikai közlemények [Ungarische Statistische Mitteilungen], Neue Folge, Band 69, Budapest 1924, S. 36—39 und 160. Die Verwaltungseinteilung Ödenburgs war nicht identisch mit der Einteilung der Wahlkreise.

**Commission Centrale du  
Plébiscite.**

---

La Commission  
résultat du Pléb.

**Inscrits : . . . 26.900**

**Votants : . . . 24.063**

**Votes déclarés nuls: 502**

Votes en faveur  
**DE L'AUTRICHE**  
**8227.**

Votes en faveur de  
**LA HONGRIE:**  
**15.334.**

ÖDENBURG, le 18. Dezember 1921

La Commission Centrale du  
Plébiscite.

**ABSTIMMUNGS-ZENTRAL-  
KOMMISSION.**

---

Abstimmungsberichtigte **26.900**

Abgegebenen Stimmen **24.063**

Ungültige Stimmen **502**

Für  
**ÖSTERREICH**  
abgegebenen Stimmen:  
**8227.**

FÜR UNGARN  
abgegebenen Stimmen:  
**15.334.**

Ödenburg am 18. Dezember 1921

Die Abstimmungs-Zentral-  
kommission.

**Népszavazási Központi  
Bizottság.**

---

A Népszavazási Központi Bizottság a népszavazás eredményét a következőkben teszi közzé

Szavazásra jogosult **26.900**

Leadott szavazat **24.063**

Érvénytelen szavazat **502**

**AUSZTRIA**  
javára leadott szavazatok száma:  
**8227.**

**MAGYARORSZÁG**  
javára leadott szavazatok száma:  
**15.334.**

Ódenburg, 1921. december 18-án.

A Népszavazási Központi  
Bizottság.

*Bild 133: Offizielles Plakat mit dem Ergebnis der Ödenburger Abstimmung, Ödenburg, 18. Dezember 1921*

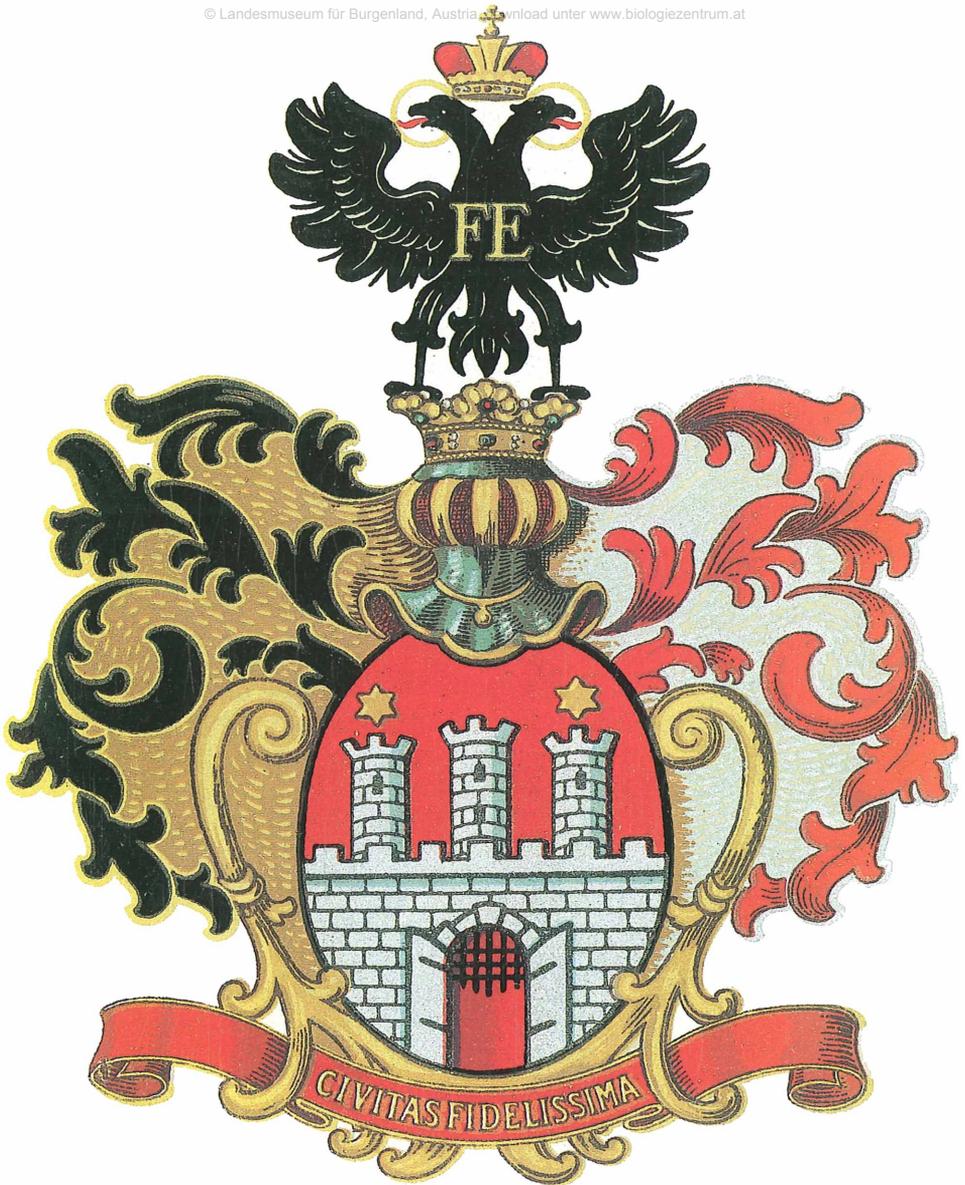
Landsitz des tschechoslowakischen Staatspräsidenten;<sup>553</sup> in<sup>at</sup> Fortsetzung der Entrevue von Hallstatt Wirtschaftsgespräche führte, erneuerte in dem dort abgeschlossenen Vertrag die Bestimmung, dass sich beide Staaten verpflichten, streng auf der Basis der Friedensverträge von Paris zu bestehen und „zwecks Aufrechterhaltung des Friedens und Sicherung der Unversehrtheit der besagten Gebiete [dies war ein deutlicher Hinweis auf den drohenden Verlust von Ödenburg] einander in politischer und diplomatischer Beziehung zu unterstützen.“<sup>553</sup> Außenminister Beneš intervenierte dann auch tatsächlich in Paris zugunsten Österreichs, und Gesandter Marek berichtete am 21. Dezember telegrafisch aus Prag, dass der Generalsekretär der Botschafterkonferenz, Jules Cambon, sich Beneš gegenüber äußerte, dass die Durchführung des Ödenburger Plebiszits unkorrekt gewesen sei und sich die Generalskommission werde rechtfertigen müssen, warum sie die Abstimmung überstürzt habe. Doch habe dann die Botschafterkonferenz nach etlichen Debatten entschieden, dass man endlich einen Schlusstrich unter die Burgenlandfrage ziehen müsse und eine neuerliche Abstimmung überflüssig sei, da diese ohnehin kein wesentlich anderes Ergebnis bringen werde.<sup>554</sup>

Vor diesem Hintergrund vor allem noch in der Phase, wo man hoffte, dass die Großmächte geneigt seien, das Ödenburger Abstimmungsergebnis nicht anzuerkennen - entstand in Kreisen des „Ödenburger Heimatdienstes“ der abenteuerliche Plan, Ödenburg mit österreichischen freiwilligen Kräften - nach dem Vorbild d'Annuzios in Fiume im Handstreich zu besetzen und zur Hauptstadt des Burgenlandes zu erklären. Man meinte, dass die Abmachungen von Venedig durch die Ereignisse während der Abstimmung von Ödenburg rechtsungültig geworden wären und man sich nun mit Fug und Recht auf die Friedensverträge von Saint-Germain und Trianon zurückziehen könne.

Die militärischen Leiter des Unternehmens waren einige Kärntner Abwehrkämpfer, allen voran Oberleutnant a. D. Hans Steinacher, sowie der Führer der Wiener Neustädter Arbeiterwehren, Josef Püchler. Diese gewannen auch einige Offiziere der „Brigade Burgenland“ für ihre Idee, und Oberst Vidossich arbeitete einen strategischen Plan für das Unternehmen aus, in dem wahrscheinlich auch Oberstleutnant a.D. Géza Faragó<sup>A)</sup> während der Rätezeit in Westungarn eine führende militärische Figur und nun Emigrant in Österreich - eine nicht unwesentliche Rolle spielte. Waffen waren seit September in den Arbeiterwehren genügend vorhanden, zusätzliche wurden aus Kärnten besorgt. Aus kriegserfah-

---

A) Der prominente Name Géza Faragó wurde in der ungarischen Propaganda immer wieder erwähnt, um zu beweisen, dass sich innerhalb der österreichischen Arbeiterwehren "kommunistische Banden" sammelten, die im Schutz der Österreicher nach Westungarn zurückkommen wollten, um erneut die Macht zu ergreifen.



*Bild 134: Das neue Wappen der Stadt Ödenburg mit dem Ehrenband: Civitas fidelissima.1922.*

renen Eisenbahnern bildete man eine Spezialtruppe, die mit zwei improvisierten Panzerzügen auf der Raaber-Bahn von Ebenfurth aus und auf der Ödenburger Linie der Südbahn nach Ödenburg durchbrechen und das Abstimmungsgebiet an seiner engsten Stelle (bei Kohlnhof und Wolfs) abriegeln sollte. Im Schutz dieser Panzerzüge sollten die Wienerneustädter Arbeiterwehr und dreitausend Arbeiter der Daimler-Werke auf der Straße nachstoßen. Kampfflieger des Fliegerhorstes Wiener Neustadt, unter denen sich hervorragende Piloten des Ersten Weltkrieges befanden, sollten diese Aktion von der Luft aus unterstützen. Es war außerdem daran gedacht, das schwere Festungsgeschütz, das am Schießplatz von Sollenau stand, einzusetzen, um etwaige ungarische Gegenstöße schon östlich von Ödenburg zu zerschlagen. Ludwig Leser, Gregor Meidlinger und Viktor Miltschinsky bemühten sich, das ganze Unternehmen außen- und innenpolitisch abzusichern. Während man bei den diplomatischen Vertretern der Kleinen Entente zumindest ein offenes Ohr fand, reagierte der Ballhausplatz brüsk ablehnend und Leser, der im Reichsparteivorstand der SdP diese Idee vorbrachte, wurde wie Hans Steinacher in seinem Tagebuch bitter bemerkte<sup>555</sup> „selbst in seiner eigenen Partei nicht ganz ernst genommen.“ Es war dann auch die sozialdemokratische Parteiführung, die dem abenteuerlichen Unternehmen ein Ende bereitete. Sie schickte den Obmann des österreichischen Arbeiterrates, den legendären Friedrich Adler, nach Wiener Neustadt, um die Wienerneustädter Parteifreunde zu bremsen. Nach einer leidenschaftlich geführten Diskussion im Kreisarbeiterrat wurde Püchler niedergestimmt und somit diese brisante Aktion der Wiedergewinnung Ödenburgs noch rechtzeitig abgeblasen. Dass es hier zu einer äußerst gefährlichen Situation mit unberechenbaren Folgen hätte kommen können, ging schon aus der Tatsache hervor, dass das ganze Unternehmen offensichtlich von Anfang an dem ungarischen Geheimdienst bekannt war, und dass der ungarische Außenminister bereits am 7. Dezember 1921 den Gesandten Cnobloch vor einem geplanten „kommunistischen Einfall“ in Ödenburg warnte und gegen die „Steinacherschen Banden“ protestierte.<sup>556</sup>

Am 24. Dezember gab die Generalskommission bekannt, dass die Botschafterkonferenz in Paris das Ergebnis der Ödenburger Abstimmung bestätigt habe. Nachdem die ungarische Regierung verbindliche Erklärungen abgegeben hatte, dass sie absolut bereit sei, zum Schutz der Deutschen in Ödenburg Maßnahmen im Bereich Verwaltung, Gerichtsbarkeit und vor allem Schule zu setzen, ratifizierte der österreichische Nationalrat am 28. Dezember 1921 das Protokoll von Venedig, worauf Ungarn vom 1. Jänner 1922 an wieder die vollen Herrschaftsrechte über das Ödenburger Gebiet ausüben konnte. Dies wurde durch eine feierliche Übergabe der Stadt durch die Generäle Ferrario, Gorton und Hamelin an eine große Delegation ungarischer Würdenträger, an deren Spitze der Regierungskommissär für Westungarn, General Árpád Guillaume, und der



*Bild 135: Die Verabschiedung der Interalliierten Generalkommission durch General Árpád Guilleaume in Ödenburg, 8. Jänner 1922*



*Bild 136: Bundeskanzler Johannes Schober in Eisenstadt*

außerordentliche Gesandte Kálmán Kánya standen, besiegelt und durch Paraden der abziehenden Entente-Truppen und eines Bataillons der wieder in die Stadt zurückkehrenden Königlich-ungarischen Honvéd demonstrativ zur Schau gestellt. Am 8. Jänner wurde die Interalliierte Generalkommission aufgelöst, da ihre Aufgabe, die Übergabe des Burgenlandes durchzuführen, beendet war.

Um gleichzeitig zu demonstrieren, dass mit dem so erfolgten Abschluss der Burgenlandfrage ein neues Kapitel freundschaftlicher Nachbarschaft zwischen Österreich und Ungarn angebrochen sei, traf Ministerpräsident István Bethlen am 12. Jänner 1922 zu einem Staatsbesuch in Wien ein. Bei der Verabschiedung des ungarischen Gastes meinte Bundeskanzler Schober: „...*Die öffentliche Meinung begrüßt in Ihrer Anwesenheit ein günstiges Vorzeichen dafür, daß die Schwierigkeiten, die in der letzten Zeit zwischen den beiden Staaten entstanden waren, im Begriffe sind, überwunden zu werden. Der Geist, von dem unsere heutigen Besprechungen geleitet waren, läßt mich hoffen, dass die noch in Schwebel gebliebenen Fragen bald in einer beide Teile zufriedenstellenden Weise geregelt sein und daß unsere gemeinsamen Bemühungen zur Herstellung aufrichtiger und herzlicher Freundschaft zwischen den beiden Staaten führen werden, die sich vom wirtschaftlichen Standpunkt aus gegenseitig ergänzen, zwischen den beiden Völkern, die durch Nachbarschaft, Geschichte und Gefühle miteinander verbunden sind.*“<sup>557</sup>

## **Die endgültige Festsetzung der österreichisch - ungarischen Grenze 1922/23**

Die weitere Arbeit der Grenzfestsetzung zwischen Österreich und Ungarn fiel der Grenzbestimmungskommission (Commission de délimitation de la frontiere entre l' Autriche et la Hongrie) zu, deren konstituierende Sitzung bereits am 27. Juli 1921 in Graz stattgefunden hatte, deren Tätigkeit aber dann bald durch die Kämpfe im Burgenland unterbrochen worden war. Vorsitzender dieser Kommission war der Vertreter Frankreichs Major André Jocard, als weitere Mitglieder fungierten Oberst Arthur Craven (Großbritannien), Major Enrico Calma (Italien) und Generalstabsoberst Vicomte Y. Yamagutchi (Japan). Österreich wurde durch Ministerialrat Dr. Stefan Neugebauer, Ungarn durch Generalstabsoberst Arthur Keresztes, der aber am 4. November 1921 von Legationsrat Baron Frigyes Villani abgelöst wurde, vertreten. Dieser Kommission

standen ein Stab von Sekretären und Experten zur Seite, insbesondere Oberstleutnant Theodor Hallavanya (Österreich) und Ministerialsektionsrat Dr. Ernő Traeger (Ungarn) als Subkommissäre.

Die psychologische Situation, in der die Arbeit der Kommission begann, war angesichts der Tatsache, dass noch wenige Monate zuvor im Burgenland ein blutiger Bandenkrieg tobte und noch vor wenigen Wochen in der Ödenburger Frage die öffentliche Meinung in beiden Nachbarstaaten tief aufgewühlt war, schwer belastet. Dazu kam es noch am 2. Jänner bei Loipersbach, am 4. bei Deutschkreutz, am 5. bei Lutzmannsburg und am 6. und 30. Jänner bei Klingenbach zu bewaffneten Grenzzwischenfällen, obwohl die Interalliierte Generalkommission zwischen beide gegnerischen Parteien wohlweislich eine neutrale Zone gelegt hatte, die von bewaffneten Organen nicht betreten werden sollte. Auch tauchten Gerüchte und Nachrichten auf, dass sich Teile der seinerzeit im Burgenland operierenden Freischärlerverbände nach wie vor getarnt im Grenzgebiet befänden, und dass ein neuerlicher Einfall ins Burgenland geplant sei.

Der Staatsbesuch von Ministerpräsident Graf Stephan Bethlens am 12. Jänner 1922 in Wien und das demonstrative Bemühen Wiens und Budapests, vor allem in wirtschaftlichen Fragen wieder zu einer Plattform positiver Zusammenarbeit zu gelangen, wirkte zwar beruhigend, konnte aber die tiefen Gräben gegenseitigen Misstrauens nicht völlig schließen. So war das Klima nach wie vor gespannt, als man sich zu den ersten Gesprächen in Ödenburg traf.

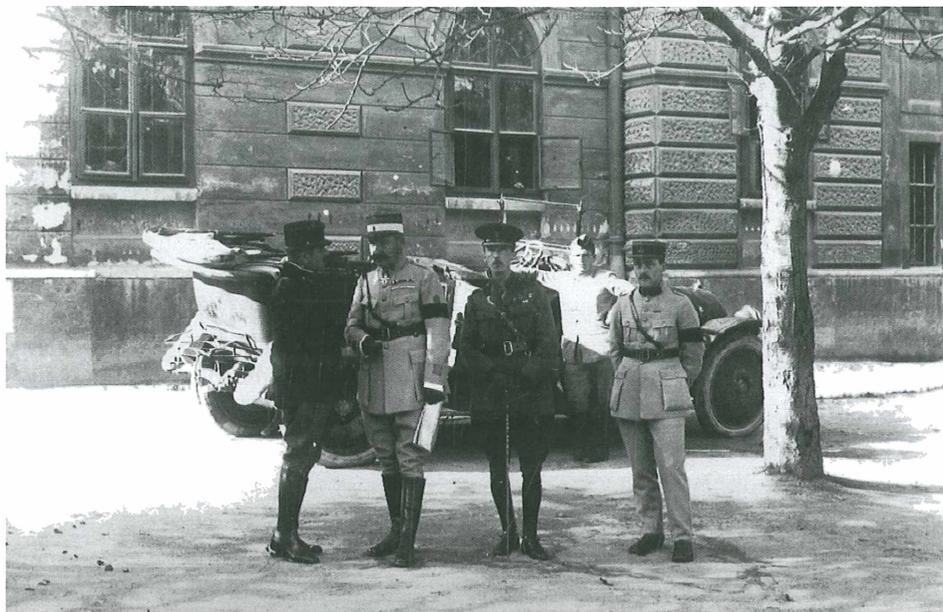
Als Generallinie für die Arbeitsweise der Grenzkommissionen hatte die Botschafterkonferenz am 20. Juli 1920 und ergänzend dazu am 3. Juni 1921 Instruktionen erlassen. In diesen wurde die gesamte neue österreichisch-ungarische Grenze aus arbeitstechnischen Gründen in drei Abschnitte gegliedert, wobei die Sektion A das Komitat Wieselburg (Moson), die Sektion B das Komitat Ödenburg (Sopron) und die Sektion C das Komitat Eisenburg (Vas) umfaßten. Zu jedem dieser Abschnitte brachten nun beide Staaten Vorschläge bzw. Forderungen ein. Während sich Österreich relativ genau an die Friedensvertragslinie hielt, stellte Ungarn Forderungen, die deutlich westlicher lagen, also ähnlich den Ansprüchen vom Sommer 1921 waren. So verlangte Ungarn in der Sektion A (siehe Seite 496) den größten Teil des dortigen Großgrundbesitzes, indem es sich hinter den Wunsch der hochadeligen Gutsbesitzer stellte, die ihren Besitz verständlicherweise ungeteilt bei Ungarn haben wollten.<sup>558</sup> Es waren dies der Besitz des Fürsten Dr. Ladislaus Batthyány-Strattmann in Kittsee (verpachtet an Graf Max Coreth), der sogenannte „Zeiselhof“, der zur Herrschaft Karlburg (Oroszvár, heute Rusovce) des Fürsten Elemér Lónyay und der Prinzessin Stephanie von Belgien (verpachtet an Béla Schlesinger) gehörte, die Besitzungen des Erzherzogs Friedrich im Raume Nickelsdorf, Halbtorn und

Andau (bewirtschaftet durch die „General Real Estate and Trust Company“, Genf) und der Fideikommiß-Besitz des Fürsten Dr. Paul Esterhazy im Raume Taden, Wallern, Pamhagen und Apetlon.<sup>559</sup> Entsprechend diesen Forderungen wären 7 Gemeinden mit einer Fläche von 32.711 ha, sowie 10.427 Deutschen, 1.948 Magyaren und 220 Kroaten an Ungarn zurückgefallen.

In der Sektion B (siehe Seite 497) war der nördliche Abschnitt durch das Venediger Protokoll und die Volksabstimmung von Ödenburg in weitgehendster Form für Ungarn entschieden worden. Dennoch verlangten die Ungarn auch hier weitere Grenzberichtigungen zu ihren Gunsten; so die Zuckerfabrik von Siegendorf (wobei auch die kroatische Gemeinde Klingenbach zu Ungarn gefallen wäre) und aus „geologischen und technischen Gründen mit Rücksicht auf die Wasserversorgung der Stadt Ödenburg“ aus den Gemeindegebieten von Baumgarten 300 ha, von Schattendorf 900 ha und von Loipersbach 800 ha. Ein Problem gab es auch im Bereich der Braunkohlebergwerke von Brennborg, wo ein Teil der Anlage, der „Helenenschacht“ und der „Ignazschacht“, auf dem Territorium der Österreich zufallenden Gemeinde Ritzing lag. Natürlich forderte Ungarn auch dieses Gebiet für sich.

Im südlichen Abschnitt der Sektion B sollte der Budapester Vorstellung entsprechend der Oberpullendorfer Bezirk fast halbiert werden. So sollten Deutschkreutz, dann die kroatischen Dörfer Nikitsch, Unterpullendorf, Kroatisch-Geresdorf, Frankenau und Bleigraben sowie die beiden magyarischen Gemeinden Ober- und Mitterpullendorf an Ungarn zurückfallen.<sup>560</sup> Man argumentierte hier teils mit wirtschaftlichen Gründen, wie bei Deutschkreutz, teils mit nationalen Gegebenheiten, bei den kroatischen Siedlungen. Bei letzteren wies man insbesondere auf verschiedene Äußerungen und Manifestationen kroatischer Führer dieses Raumes hin, die entschieden pro-ungarisch eingestellt waren, und sah in dem Umstand, dass bei der Ödenburger Abstimmung die kroatische Gemeinde Kohlnhof sich eindeutig für Ungarn entschieden hatte, einen unschlagbaren Beweis für den Wunsch der Kroaten, bei Ungarn zu verbleiben.

Bald nach dem Sturz der Räteregierung war es vor allem Graf Sigray gelungen, eine Reihe von kroatischen Pfarrern aus den Bauerndörfern des mittleren und südlichen Burgenlandes, an der Spitze den Pfarrer von Großwarasdorf, Martin Mersich, für eine aktive pro-ungarische Bewegung zu gewinnen. Der Grund, warum sich ein Großteil des katholischen Klerus für Ungarn und gegen Österreich entschied, lag nicht nur in dessen „magyaronischer“ Erziehung im Priesterseminar und seinem Gehorsam gegenüber den Bischöfen in Raab und Steinamanger, sondern insbesondere in der Schulfrage, die in beiden Staaten grundsätzlich verschieden gelöst war. In Ungarn waren Schule und Jugenderziehung nach dem kurzzeitigen Experiment der Räterepublik der Kirche zurückgegeben



*Bild 137: Offiziere der Grenzbestimmungskommission in Ödenburg*

worden, wobei in den kroatischen Dörfern nun fast alle Schulen wieder unter Aufsicht der katholischen Pfarrherren kamen. Damit glaubte man nicht nur eine Erziehung im „christlich-katholischen Geist“, sondern gleichermaßen auch die Bewahrung der Muttersprache und den Bestand des kroatischen Volkstums sichern zu können. Dagegen stand in Österreich die Schule unter staatlicher Aufsicht und durch die von diesem Staat befürchtete „halb bolschewistische“ Politik glaubte man befürchten zu müssen, dass der Einfluß der Kirche auf die heranwachsende Jugend schwinden und die in vielen Gemeinden latent vorhandene Assimilierung an das Deutschtum rasch fortschreiten werde. So sah man den kommenden Ereignissen mit Sorge, ja mit entschiedener Ablehnung entgegen. In Predigten, Versammlungen, aber auch in glühenden Artikeln kämpfte vor allem eine Gruppe von kroatischen Priestern und Lehrern, die sich am 28. April 1921 in einem „Kroatischen Kulturverein“ (Hrvatsko kulturno društvo) zusammengeschlossen hatten, gegen den Anschluss an Österreich, wobei die Polemiken - man fürchtete noch immer das „rote Wien“ - sehr oft in schärfsten Antimarxismus, aber auch in wütendem Antisemitismus mündeten.

Als im August 1921 der Anschluss in greifbare Nähe rückte, überreichte eine Delegation des Kroatischen Kulturvereines unter Führung von Martin Mersich am 18. August 1921 General Hamelin in Ödenburg ein Memorandum, in dem sie den Verbleib der Kroaten bei Ungarn forderte. Natürlich konnte dieser unbe-

dachte Schritt die laufende Entwicklung nicht ändern. Nun aber im Frühjahr 1922 sah die Interalliierte Grenzbestimmungskommission dem vermeintlichen Wunsch der Kroaten folgend - eine Möglichkeit, zwischen den Wünschen der Österreicher und der Ungarn ausgleichend zu wirken: Man entschloss sich, in umstrittenen Grenzabschnitten grundsätzlich deutsche Dörfer Österreich anzuschließen, dafür aber kroatische Gemeinden „als Kompensation“ Ungarn zu geben.<sup>561</sup>

Im Bereich des mittleren Burgenlandes reklamierte Ungarn neben den kroatischen und magyarischen Gemeinden auch das „wirtschaftliche Umland“ der Stadt Güns mit Klostermarienberg, Ober- und Unterloisdorf, Mannersdorf, Liebing, Rattersdorf, Hammer und Lockenhaus für sich. Hier spielte der dortige Esterházyische Besitz eine wichtige Rolle, da der Fürst vor allem seine dort liegenden ausgedehnten Waldungen bei Ungarn behalten wollte, wo der Holzpreis ein vielfaches von jenem in Österreich ausmachte.

In der Sektion C (siehe Seite 498), südlich des Geschriebensteins, wollte Ungarn eine tiefe Bucht bis zur magyarischen Sprachinsel von Oberwart, Unterwart und Siget für sich. Auch hier berief man sich auf die kroatischen Dörfer westlich Rechnitz bis einschließlich Großpetersdorf. Weiters forderte man das gesamte Pinkatal bis Moschendorf und schließlich einen breiten Streifen nach Westen mit den Gemeinden Heiligenbrunn, Reinersdorf, Großmürbisch, Inzenhof, Heiligenkreuz, Poppendorf, Krobotek, Rax, Neumarkt a. d. Raab bis Oberdrosen. In einer zweiten Vorlage nahmen die Ungarn dann aber ihre maßlosen Forderungen nach Einverleibung der weit im Westen liegenden magyarischen Sprachinsel in der Warth zurück und beschränkten sich in ihrem Wunsche auch hier auf einen ca. 5 km breiten Gebietsstreifen westlich der Trianoner Linie, also auf die Gemeinden Rechnitz, Schachendorf, Schandorf und alle Gemeinden des Pinkatales.

In Österreich war man enttäuscht und empört über die ungarischen Verhandlungsvorschläge, gingen sie doch um Beträchtliches über die Friedensvertragslinie hinaus. In vielen burgenländischen Gemeinden, nicht nur in jenen, die direkt betroffen waren, kam es zu Demonstrationen und Kundgebungen gegen Ungarn. Eine ganze Reihe von Gemeinden sandte Bittschriften an die Grenzkommission in Ödenburg bzw. an den Völkerbund in Genf und ersuchte um Verbleib bei Österreich.<sup>562</sup> Am Ballhausplatz überlegte man einige Zeit, ob nicht Österreich nun seinerseits die maßlosen Forderungen Ungarns mit einer Gegenforderung nach den deutschen Siedlungen um Ungarisch-Altenburg beantworten sollte, aber schließlich blieb man bewusst bei einem Festhalten an den Bestimmungen der Friedensverträge. Man beschränkte sich bei den Stellungnahmen lediglich auf Zurückweisung bzw. Klarstellung der magyarischen



*Bild 138: Österreichisches Bundesheer im südlichen Burgenland, Dezember 1921*



*Bild 139: Soldaten des Bundesheeres mit ihren Quartiergebern im südlichen Burgenland*

Behauptungen. Diese gemäßigte Vorgangsweise sollte sich später noch als klug erweisen, brachte sie doch Österreich nicht nur Sympathie bei den alliierten Politikern und Diplomaten beim Völkerbund, sondern auch erhöhte Glaubwürdigkeit der österreichischen Argumente und somit auch letztlich Erfolg bei den Entscheidungen der einzelnen Kommissionen.

Inzwischen bereiste die Grenzkommision am 2. und 3. März den Wieselburger Grenzabschnitt und dann vom 8. bis 12. März die Grenzgebiete im Ödenburger und Eisenburger Komitat, um sich selbst an Ort und Stelle ein Bild von der Stimmung und Einstellung der Bevölkerung zu machen. Man bediente sich dabei nicht nur persönlicher Befragung, sondern auch von Fragebogenaktionen. Diese ergaben schließlich, dass der Großteil der Betroffenen zumindest im Norden des Landes eindeutig für die Zugehörigkeit zum Burgenland war, wenn auch vereinzelt magyarisches eingestellte Gemeindeführer, Gutsbeamte und auch Pfarrer versuchten, einen gegenteiligen Eindruck zu erzeugen.

Im Süden, d. h. im Pinkatal, war die Stimmung nicht so einheitlich. Vor allem die kroatischen Gemeinden waren für den Verbleib bei Ungarn. So versammelten sich Bewohner von Schachendorf, Schandorf, Kleinnahrung (Kisnarda) und Großnahrung (Nagynarda) in Oberschilding (Felsőcsatár) mit ungarischen Fahnen und verlangten von der durchreisenden Grenzkommision, an Ungarn rückgegliedert zu werden. Auch in der ebenfalls kroatischen Gemeinde Prostrum (Szentpéterfa) gab es eine starke pro-ungarische Demonstration. Die deutschen Gemeinden des Pinkatales, einschließlich von Pernau (Pornóapáti), sprachen eindeutig für Österreich, wie auch jene des Raabtales. Sogar die östlich der Trianoner-Linie gelegenen Dörfer - und damit ursprünglich von Österreich nicht verlangten Gemeinden - Raabfidisch (Rábafüzés), Jakobshof (Jakabháza), Ober-Radling (Felsőrönök), Unter-Radling (Alsórönök) und Luising sandten Abordnungen an die Grenzkommision, um ihrem Wunsch, ins Burgenland zu kommen, Nachdruck zu verleihen. Die Luisinger taten dies sogar unter Lebensgefahr, da sie beim Verlassen ihres Ortes von der dort stationierten ungarischen Gendarmerie beschossen wurden.<sup>563</sup>

Es muss überhaupt bemerkt werden, dass beide streitenden Parteien, sowohl Österreich als auch Ungarn, immer wieder mit Druck und Einschüchterung, ja vereinzelt sogar mit offenem Terror versuchten, die Bevölkerung für die eigene Sache zu motivieren. So wurden die beiden Kroatenführer, der aus Schandorf stammende Rechtsanwalt Dr. Gyula Kausz und der Großnahrung Pfarrer József Kuntár, von den Österreichern wegen ihrer pro-ungarischen Agitation ebenso verhaftet<sup>564</sup>, wie eine ganze Reihe von Personen, die offen für Österreich auftraten, von den ungarischen Behörden inhaftiert wurden. Hierbei kam es auch zum Auftreten „österreichischer Freischärler“: Um die teilweise vehementen ungarischen



**Bild 140:** Die Grenzbestimmungskommission in Frauenkirchen.

schen Agitationen zu unterbinden, stellte nämlich der in Rechnitz agierende Leiter der Grenzpolizeistelle, Benno von Braitenberg, der als Freikorpsmitglied in Oberschlesien entsprechende Erfahrungen gesammelt hatte, eine Gruppe Freiwilliger zusammen, mit der er „in kriegerischer Unternehmung oder wie eine Räuberbande“ versuchte, die Interessen Österreichs bzw. der pro-österreichisch eingestellten Bevölkerung zu vertreten.<sup>565</sup>

Auch die Reste der ehemaligen Freikorps versuchten sich wieder ins Geschehen zu mischen. Unter der Patronanz des ehemaligen Regierungskommissärs von Westungarn, Graf Antal Sigray, und des Abgeordneten György Hir versammelten sich wieder mehrere Gruppen, getarnt als Landarbeiter, in Meierhöfen nahe der neuen österreichisch ungarischen Grenze, wobei sie wahrscheinlich die stillschweigende Hilfe hoher Militärs und Regierungskreise besaßen.<sup>566</sup> Von diesen Basen aus stießen sie in das umstrittene Gebiet vor, so am 12. März bei Heiligenkreuz und am 4. und 15. März bei Apetlon. In der Nacht vom 24. zum 25. März kam es dann sogar zu einem schweren Feuergefecht bei Apetlon zwischen Freischärlern, die vom Esterházyschen Gutshof Mexikó-Pusztá kamen, und österreichischer Gendarmerie, wobei letztere einen Toten zu beklagen hatte. In Österreich lösten diese Vorfälle helle Empörung aus und in Eisenstadt gab es Demonstrationen gegen Fürst Paul Esterházy, auf dessen Gütern wie man zu wissen glaubte - die „Banditen“ Unterschlupf und großzügige Unterstützung fanden. Es wurden sogar Stimmen laut, dass man den Fürsten bei seinem nächsten

Aufenthalt im Burgenland verhaften und wegen Unterstützung der Terroristen vor Gericht stellen sollte, was jedoch von Landesverwalter Dr. Alfred Rausnitz<sup>A)</sup> sofort niedergeschlagen wurde.

Die österreichische Bundesregierung legte natürlich sofort schärfsten Protest ein und forderte die sofortige Entwaffnung und Entfernung aller Freischärler aus dem Grenzgebiet. Der Budapester Regierung, die sich gerade in diesen Wochen um die Aufnahme Ungarns in den Völkerbund bemühte, waren diese Vorfälle äußerst unangenehm. Man konnte jetzt alles andere brauchen als Berichte in der internationalen Presse, dass in Ungarn die rechtsextremistischen Kommandos noch immer nicht gänzlich entwaffnet seien und terroristische Elemente nach wie vor ihr Unwesen trieben. Innenminister Kuno Klebelsberg gab die strikte Weisung an die Exekutive alle weiteren Aktivitäten der „unverantwortlichen Elemente“ zu unterbinden.

Die ungarischen Behörden zerschlugen die Banden, bevor sie größere Aktionen setzen konnten. Allerdings gelang es diesen immer wieder, neue Gruppen aufzustellen. Berühmte Namen, wie Miklos Budaházy, Pater Lajos Bónis, Iván Héjjas und László Apáthy, die seinerzeit mit Paul von Prónay am „Staat“ Lajtabanat beteiligt gewesen waren, tauchten wieder führend auf. Anfangs Juli konzentrierten sich an die 100 Freischärler im Raabtal bei Ivánc, dem Besitz des Grafen Sigray. Verdächtige Waffentransporte alarmierten die ungarischen Behörden. Doch als die Gendarmerie, die inzwischen mit einem Sonderkommando unter Oberst Károly Hunyecz auf die Freischärler Jagd machte, Ivánc besetzte, konnte sie nur wenige Männer, darunter allerdings den Führer der Truppe, Hauptmann Apáthy, verhaften. Das Gros der „Banditen“ war aber - wahrscheinlich vorzeitig gewarnt - entwichen. Sie waren bereits gegen Norden abmarschiert und griffen in der Nacht vom 18. auf den 19. Juli unter Führung von Oberleutnant Baron Béla Petrichevich-Horváth Hagensdorf an. Die dort stationierte Bundesheereinheit, die von Einwohnern von Deutsch-Bieling rechtzeitig gewarnt worden war, konnte in einem zweistündigen Gefecht die Freischärler gegen Luising abdrängen, wo diese von ungarischer Gendarmerie entwaffnet und gefangengesetzt wurden. Das Freischärler-Abenteuer, das wieder einmal einen „Aufstand der Bevölkerung gegen die Österreicher“ vortäuschen sollte, hatte damit seinen endgültigen Schlusspunkt gefunden. Von der Bevölkerung abgelehnt, von den

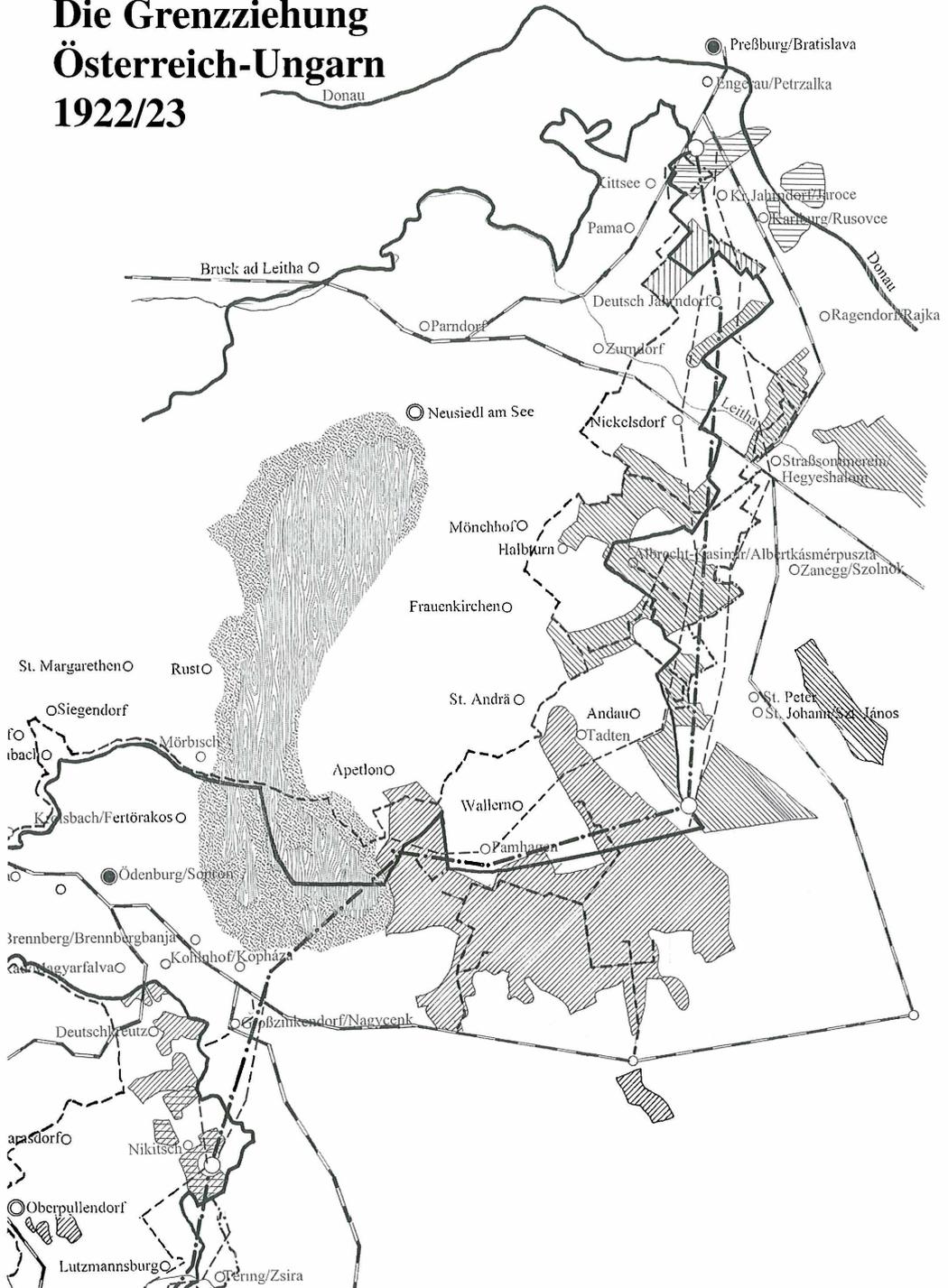
---

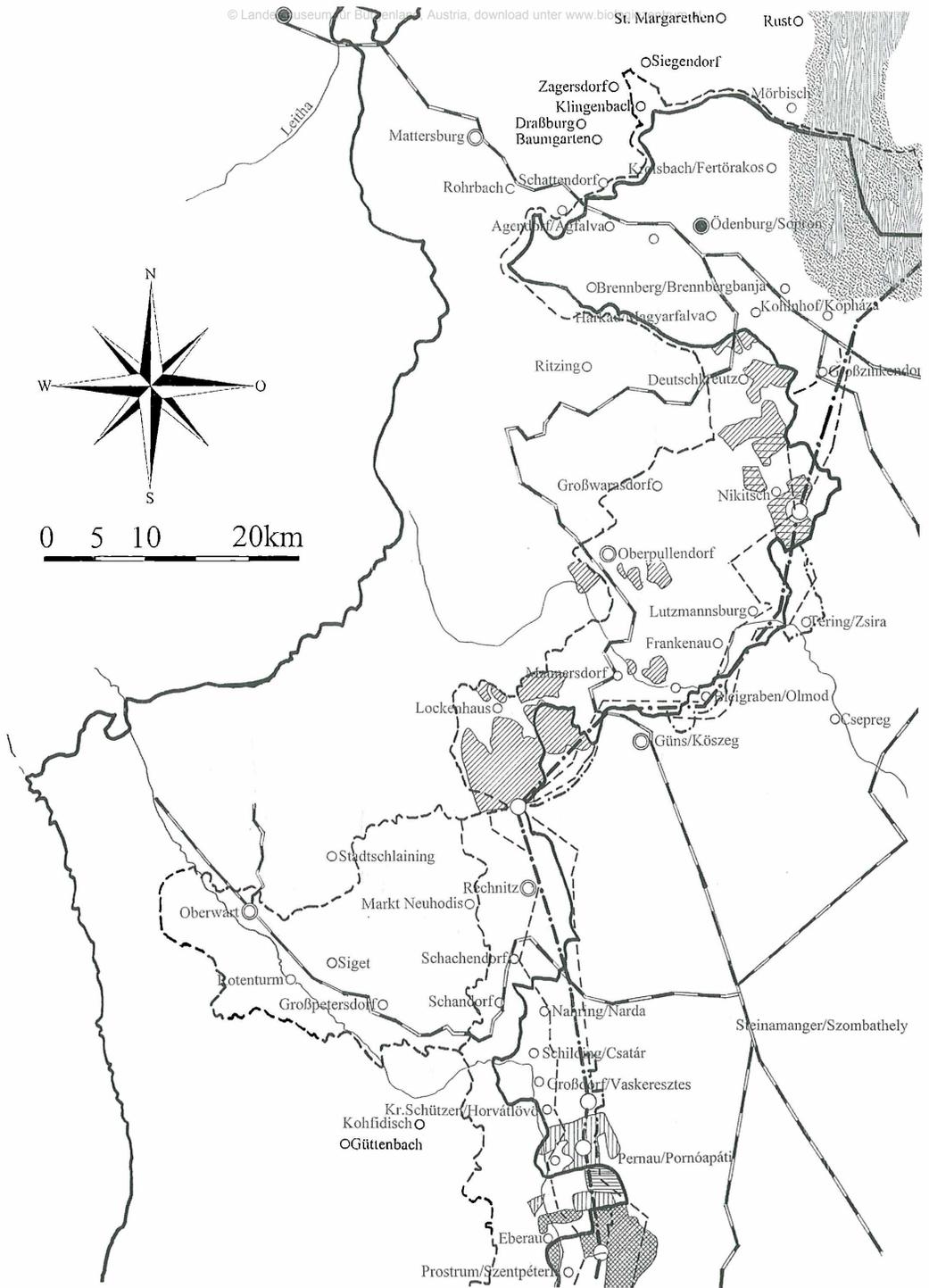
A) Dr. Alfred Richard Rausnitz (geb. 1876 in Wien, gest. 1956 in Graz) studierte Jus in Wien und trat 1898 in den Polizeidienst. 1918 Leiter des neugegründeten Polizeikommissariates Wiener Neustadt und ab 1919 des Grenzschutzes gegen Ungarn. Nach dem Rücktritt von Robert Davy am 22. Februar 1922 zum Landesverwalter für das Burgenland ernannt. Vom 19. Juli 1922 bis 14. Juli 1923 Landeshauptmann des Burgenlandes

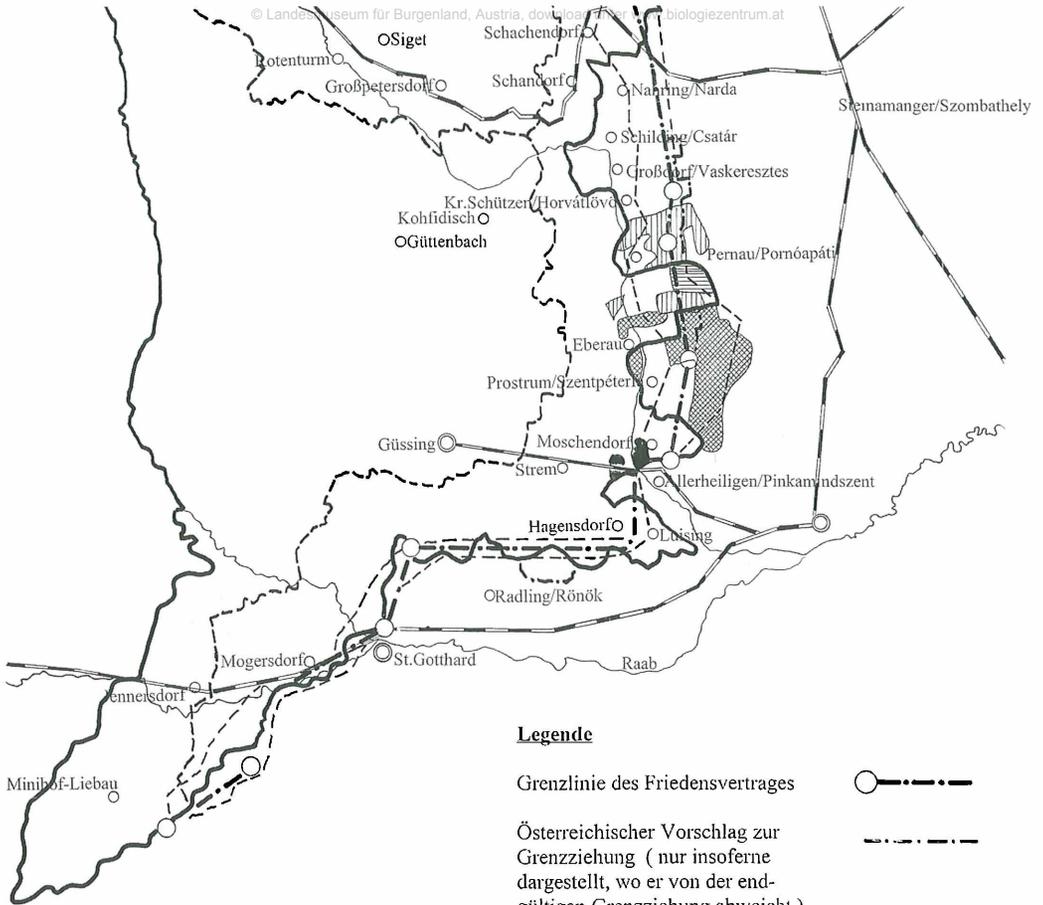
Behörden verfolgt, wurden in den nächsten Tagen die noch im Grenzgebiet verbliebenen „Aufständischen“ verhaftet und nach Innerungarn, meist nach Budapest gebracht, so auch Iván Héjjas, Budaházy und Pater Bónis. Die Hintermänner der Affäre konnten sich wieder in schützende Anonymität zurückziehen, da Hauptmann Apáthy, die Schlüsselfigur des Unternehmens, im Gefängnis Selbstmord beging. Interessant war auch die Rechtfertigung bzw. Erklärung, die Héjjas bei seiner Einvernahme abgab: Österreich näherte sich in zunehmender Geschwindigkeit einem wirtschaftlichen Zusammenbruch, der in einer Machtergreifung des Proletariates enden werde. Das würde jedoch sofort den Zerfall des Staates bedeuten. Die Tschechoslowakei und Jugoslawien würden intervenieren und auch Ungarn müsste zum Schutz des Burgenlandes eingreifen. Dass einzelne Freischärler sinnloserweise zu früh in der Grenzfrage losgeschlagen hätten, sei ein Missverständnis gewesen.<sup>567</sup>

Inzwischen hatte die Grenzfestsetzungskommission trotz dieser Störungen und Aufregungen ihre Arbeit sachlich und ruhig fortgesetzt. Nachdem die Botschafterkonferenz in ihrer Note vom 7. April 1922 nochmals und in eindeutiger Form festgelegt hatte, dass die Grenze nahe („au plus près“) der Trianoner-Linie bzw. jener des Venediger Protokolls zu verlaufen hätte, waren die extremen ungarischen Forderungen von vornherein gefallen.<sup>568</sup> Damit war der in der Grenzkommision drohende Streit weitestgehend von der schwierigen politischen Frage auf die Ebene örtlicher Detailprobleme herabgedrückt worden, und es erwies sich, dass hier beide Kontrahenten vernünftigen und sachlich begründeten Kompromissen zugänglich waren. Die Dreiländerecke Österreich – Ungarn – Tschechoslowakei war schon am 7. Oktober 1921 in einer in Pressburg abgehaltenen Sitzung der Grenzkommision festgelegt worden. Aber schon der unmittelbar daran anschließende Abschnitt der Zone A bei Kittsee war umstritten. Man fand hier nach einigen Sitzungen eine Lösung, als man die Bahnlinie Pressburg – Kittsee – Parndorf ungestört bei Österreich, den geschlossenen Batthyány'schen Großgrundbesitz aber zu Ungarn gab. Diese Vorgangsweise Bauernbesitz zu Österreich, Großgrundbesitz zu Ungarn – war übrigens eines der Grundprinzipien der Kommission, das entlang der ganzen Grenze angewendet wurde, entsprach es doch auch den Wünschen der betroffenen Bevölkerung. Im Bereich Deutsch-Jahrdorf, das gänzlich zu Österreich fiel, wurde ein Teil des Lónyay'schen Besitzes mit dem Meierhof „Zeiselhof“ zum Burgenland gegeben, um die wichtigste Verbindungsstraße nach Pama für dieses zu erhalten. Der südlicher gelegene, weit verstreute Großgrundbesitz des Erzherzogs Friedrich musste ebenfalls geteilt werden, wobei auch Ortsgrenzen verändert werden mussten. So wurden der Kleylehof und das Gut „Saida“ aus dem Gemeindegut von Straß-Sommerein (Hegyeshalom) zu Österreich geschlagen, während die zu Halbturn gehörende Landarbeitersiedlung Albert-Kasimir (Albertkázmérpuszta)

# Die Grenzziehung Österreich-Ungarn 1922/23







**Großgrundbesitz**

Fürst Batthyány – Strattmann

Besitz der Batthyány-Stiftung

Bergbaubgebiet von Ritzing

Graf Erdödy

Fürst Esterházy

Erzherzog Friedrich

Geistlicher Besitz

Königlich Bayerischer Besitz

Fürst Lónyay

Graf Zichy



**Legende**

Grenzlinie des Friedensvertrages



Österreichischer Vorschlag zur Grenzziehung ( nur insoferne dargestellt, wo er von der endgültigen Grenzziehung abweicht )



Ungarischer Vorschlag zur Grenzziehung



Endgültige Grenzziehung



Grenzlinien der „neutralen“ Zone



Agrartechnische Feldbahnen ( Wirtschaftsbahnen )



Eisenbahnlinien





**Bild 144 und Bild 145:** Pro-ungarische Demonstrationen in Pernau (Pernő-  
apati) am 11. Jänner 1923 und in Prostrum (Szentpéterfa) am 8. März 1923

und das zu Andau gehörende Lehdorf (Rohrerföld) zu Ungarn kamen. Trotz des Umstandes, dass hier ein einheitlicher Wirtschaftskörper schmerzvoll zerrissen wurde (mehrfache Unterbrechung der Feldbahnen und der elektrischen Leitungen etc.), war das ein Kompromiss, der einerseits dem Wunsch der Bevölkerung von Halbturn und Andau, als auch andererseits den Intentionen des Erzherzogs, möglichst viel seines Grundbesitzes geschlossen nach Ungarn zu bringen, wenigstens teilweise gerecht wurde. Ministerialrat Neugebauer schrieb in seinem Bericht vom 18. Oktober 1922 nicht ohne bittere Ironie: „...*Nachdem jedoch eine Befriedigung der Aspirationen der beiden Delegationen keinesfalls zu erreichen war, war ihr [der alliierten Mitglieder der Kommission, Anm. d. Verf.] Bestreben offensichtlich darauf gerichtet, wenigstens eine Linie zu finden, welche Unzufriedenheit auf beiden Seiten auslöst, worin ja eine relative Objektivität zu erkennen ist.*“<sup>569</sup>

Am schwierigsten war die Situation im Bereich des Einserkanals, der zwar fast schnurgerade durch die Landschaft verläuft, der aber in bunter Abwechslung Gemeindegrenzen, Bauernbesitz und Großgrundbesitz (Esterházy'sche Güter) zerschnitt. Die Kommission konnte hier zu keiner Einigung kommen, zumal Ungarn auf dem Besitz von Pamhagen bestand. Wie brisant hier die Problematik war, zeigten auch die oben erwähnten bewaffneten Zusammenstöße in diesem Raum. Die Entscheidung der Frage wurde schließlich an den Völkerbundrat als nächst höhere Instanz verwiesen.

Im Abstimmungsgebiet von Ödenburg wies die Grenzfestsetzungskommission die ungarischen Ansprüche auf die Siegendorfer Zuckerfabrik und auf die Gebiete von Schattendorf, Loipersbach und Rohrbach zurück, anerkannte aber Ungarns Wunsch nach Einheit des Brennberger Kohlenbergwerkes und sprach diesem das Gebiet um den Helenenschacht im Gemeindegebiet von Ritzing zu. Hier erhob nun Österreich mit der Begründung Einspruch, daß der Grenzverlauf bereits mit dem Venediger Protokoll allseits anerkannt worden war, und ging mit dieser Frage vor den Völkerbund. Da sich Österreich bereiterklärte, anzuerkennen, dass der Kohlenbergbau der „Soproner Kohlenbergbau AG.“ einschließlich des Ritzinger Gebietes eine Einheit bleibe und dass der Betrieb auch im Helenenschacht unter Aufsicht der ungarischen Bergbehörde stehen könne, hob die Botschafterkonferenz in ihrer Note vom 5. Dezember 1922 die Entscheidung der Kommission auf und beließ die bisherige Grenze des Abstimmungsgebietes auch hier unverändert.<sup>570</sup>

Im weiteren Verlauf der Grenze in der Sektion B kam man wieder zu einem relativ raschen Ergebnis: Deutschkreutz, Nikitsch, Lutzmannsburg, Strebersdorf, Frankenau, Klostermarienberg, Bleigraben (Olmod) und Mannersdorf wurden Österreich zugesprochen, nachdem die ungarische Delegation vergeblich ver-



**Bild 146:** Reichsverweser Nikolaus Horthy v. Nagybánya in Sopron, 1922

sucht hatte, auf Nikitsch bzw. auf die dort befindlichen Güter des Grafen Zichy Anspruch zu erheben. Österreich verzichtete auf das ursprünglich geforderte Tening (Zsira), das überwiegend magyarisch war. Im letzten Teil der Sektion B, also westlich Güns, gab es wieder keine Einigung. Hier forderte Ungarn vor allem den Waldbesitz des Fürsten Esterházy und damit die Gemeinden Liebing, Rattersdorf, Hammer und Lockenhaus für sich. Man argumentierte, dass dieses Gebiet von seinen Holzlieferungen nach Ungarn lebe, dass die Stadt Güns sein wirtschaftlicher Mittelpunkt sei und dass diese Gemeinden bei einem Anschluss an Österreich wirtschaftlich schwerstens geschädigt würden. Österreich versuchte diese Argumente zu entkräften und wies auf die eindeutig deutsche Mehrheit in diesen Gemeinden hin, obwohl sich der Umstand ungünstig auswirkte, dass sich ein Teil der Bevölkerung meist Bedienstete und Arbeiter der Esterházy'schen Forstverwaltung - unter dem Eindruck der wirtschaftlichen Bedenken Ungarns vor der Kommission für den Verbleib bei Ungarn ausgesprochen hatte. Schließlich wurde auch diese Frage an den Völkerbund verwiesen.

In der Sektion C (südliches Burgenland) war die Lösung der Grenzfestsetzung innerhalb der Kommission noch schwieriger als in den beiden nördlichen Komitaten. Nur Rechnitz wurde einvernehmlich Österreich zugeteilt, ab Schachendorf blieb das ganze Pinkatal umstritten. Die Grenzkommission schlug

schließlich einen Kompromiss vor, der die kroatischen Gemeinden Schachendorf, Schandorf, Groß- und Kleinnahring (Nagy- und Kiszarda), Ober- und Unterschilding (Felső- und Alsócsatár), Kroatisch-Schützen (Horvátlovó) und Prostrum (Szentpéterfa) Ungarn zusprach, während die meisten deutschen Gemeinden mit Ausnahme von Großdorf (Vaskeresztes), Pernau (Pornóapáti), Ober- und Unterbildein an Österreich kommen sollten. Da dieses Ergebnis - die Grenzlinie wäre deutlich westlich der Friedensvertragslinie geblieben für Österreich unannehmbar war, wurde auch hier der Entscheid des Völkerbundes angerufen. Österreich forderte dabei nochmals alle mehrheitlich deutschen Dörfer einschließlich Luisings, das östlich der Trianoner-Linie lag, sowie die beiden kroatischen Gemeinden Schachendorf und Schandorf, damit hier die Bahnlinie Rechnitz-Pinkafeld nicht unterbrochen werde.

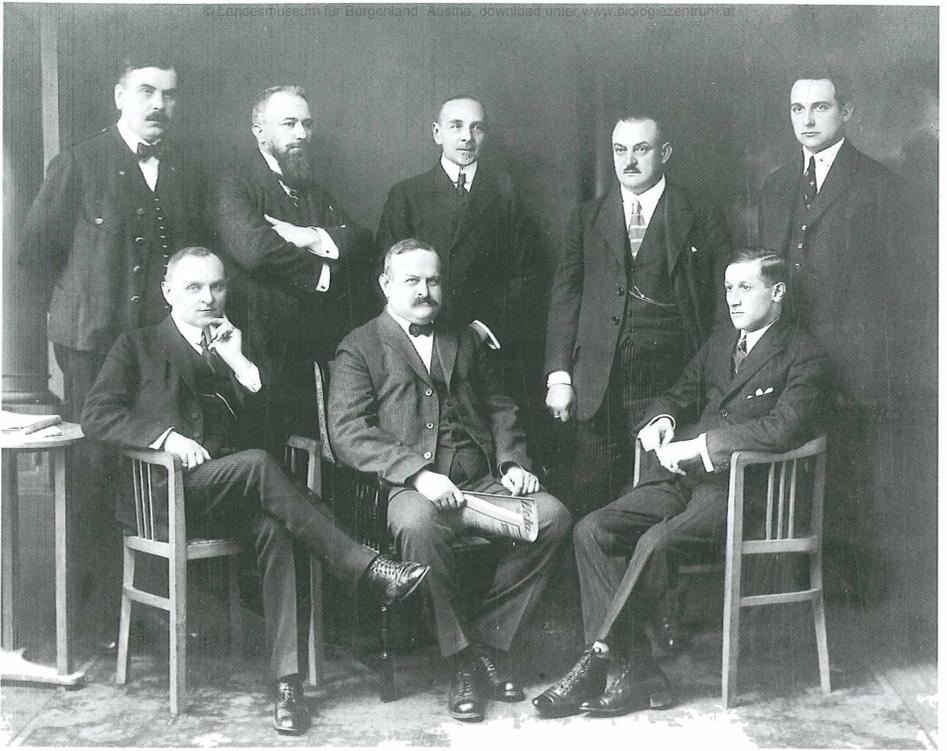
Im Raabtal einigte man sich wieder im Rahmen der Kommissionsverhandlungen, wobei neuerlich Recherchen an Ort und Stelle durch die Kommission durchgeführt wurden. Österreich konnte dabei die deutschen Gemeinden zwischen Raabfidisch (Rábafüzés) und Ginisdorf (Nemesmedves) nicht bekommen, zumal die Kommission St. Gotthard verkehrstechnisch nicht vollständig isolieren wollte und konnte. Im Abschnitt Heiligenkreuz bis zur Dreiländerecke bei Tauka konnte bald eine klare Linie, nämlich jene der Friedensverträge, die zugleich auch national gerechtfertigt war, gefunden werden.<sup>571</sup> Der Grenzpunkt Österreich – Ungarn Jugoslawien selbst war schon vorher, am 5. Mai 1922, in einer Plenarsitzung der drei Grenzkommissionen (österreichisch ungarische, österreichisch jugoslawische, ungarisch jugoslawische) festgelegt worden, nachdem der Grenzverlauf zwischen Österreich und Jugoslawien bereits am 5. Jänner bzw. am 3. Mai 1922 fixiert worden war.

Wie erwähnt, wurden die noch offenen Fragen (Pamhagen, Lockenhaus und Umgebung, Pinkatal) auf die Tagesordnung des Völkerbundes am 19. Juni 1922 in London gesetzt. Doch da diese Sitzung völlig im Zeichen der Palästina-Frage stand, wurde das Burgenland-Problem nicht behandelt, sondern auf die nächste Session am 19. September in Genf verschoben. Hier wurde dann Pamhagen Österreich zugesprochen, ebenso Lockenhaus und Hammer, während Rattersdorf und Liebing bei Ungarn bleiben sollten. Bezüglich des Pinkatales wurde beschlossen, dass Schachendorf, Schandorf, Deutsch Schützen, Ober- und Unterbildein, Prostrum, Moschendorf und Luising zu Österreich, dagegen Narda, Felsőcsatár, Vaskeresztes, Horvátlovó und Pornóapáti zu Ungarn fallen sollten. Auch die Botschafterkonferenz sanktionierte am 21. Oktober 1922 diesen Entscheid.

Nach dieser grundlegenden Entscheidung ging die Arbeit der Grenzregelungskommission in die letzte Runde: Der Grenzverlauf wurde in den Monaten Okto-

ber und November 1922 in den meisten Abschnitten gekennzeichnet und ausgepflockt. In den Bereichen Halbturn, Pamhagen, Umgebung Güns und Pinkatal musste er neuerlich im Detail verhandelt werden. Im Raum Pamhagen wurde nun die Grenze östlich und südlich des Dorfes entlang des Einserkanals so gezogen, dass der Kanal selbst bei Ungarn verblieb. Westlich von Pamhagen und im Bereich Apetlon wurde der Bauernbesitz Österreich, das Esterházysche Gut „Mexico“ (Mexikópuszta) an Ungarn gegeben. Am 15. November 1922 sanktionierte die Botschafterkonferenz diese Einigung. Die im Raum Güns durch den Völkerbundrat getroffene Lösung befriedigte Österreich insofern nicht, als sie die beiden deutschen Dörfer Liebing und Rattersdorf Ungarn anschließen wollte. Von seiten der Burgenländischen Landesregierung wurde nun der Vorschlag laut, diese beiden Gemeinden gegen die beiden Österreich zugesprochenen kroatischen Dörfer Bleigraben (Olmod) und Prostrum (Szentpéterfa) zu tauschen, zumal die dortige Bevölkerung ebenfalls weitgehend für eine solche Lösung war. Nach anfänglichem Widerstand in der Kommission durch Major Jocard wurde schließlich diese Kompensation am 22. November 1922 in Ödenburg beschlossen und als einvernehmliche Entscheidung Österreichs und Ungarns dem Botschafterrat (Conference des Ambassadeurs) in Paris vorgelegt, der diese Lösung am 27. Jänner 1923 annahm.<sup>572</sup>

Ursprünglich hatte man die Grenzfestsetzung zumindest in großen Zügen noch im Laufe des Jahres 1922 zu Ende führen wollen und hatte die gegenseitige Übergabe der Gemeinden im Pinkatal für den 3. Dezember festgelegt. Die oben erwähnte Kompensation bzw. technische Schwierigkeiten machten dies jedoch unmöglich, sodass es dann erst am 10. Jänner 1923 dazu kam. Zunächst übergab die Internationale Grenzkommission an diesem Tag in Oberschilding die Gemeinden Ober- und Unterschilding, Groß- und Kleinnahrung, Ungarisch-Großdorf und Deutsch-Großdorf, sowie in Pernau diese Gemeinde selbst und Kroatisch-Schützen an den Vizegespan des Komitates Eisenburg, Géza Herbst. Dann wurde Luising feierlich an den Bezirkshauptmann Dr. Mayerhofer und damit an Österreich übergeben. Luising war somit die letzte Gemeinde, die faktisch an die Republik Österreich angeschlossen wurde. Wie oben erwähnt, war die Kompensation zwischen den Gemeinden Liebing und Rattersdorf einerseits und Bleigraben und Prostrum andererseits zu diesem Zeitpunkt zwar vorbesprochen, aber noch nicht abgeschlossen. Österreich hatte es in dieser Frage nicht besonders eilig, waren doch Liebing und Rattersdorf ohnehin seit Monaten de facto bei Österreich, da die neutrale Zone in diesem Raum so schmal gezogen worden war, dass beide Dörfer westlich der entmilitarisierten Linie lagen. Erst am 8. März 1923 übergab Österreich Bleigraben und am Tag darauf trat es Prostrum an Ungarn ab.



**Bild 147:** Die erste burgenländische Landesregierung 1922/23: Stehend (v.l.n.r.): Landesrat Viktor Voit, Landesrat Dr. Alfred Walheim, Landesamtsdirektor Dr. Hugo Reissig, Landesrat Dr. Alfred Ratz, Landesrat Ernest Hoffenreich. Sitzend (v.l.n.r.): Landeshauptmannstellvertreter Franz Stesgal, Landeshauptmann Dr. Alfred Rausnitz, Landeshauptmannstellvertreter Ludwig Leser.

Die Detailarbeit bei der Auspflockung der Grenze, die seit dem Herbst 1922 durchgeführt wurde, hatte gezeigt, dass in vielen Fällen kleinere Grenzkorrekturen notwendig waren, um einzelne Wirtschaftsbetriebe nicht in große Schwierigkeiten zu stürzen. So wurden in mehreren Dutzend Fällen kleine Veränderungen durchgeführt, wobei man sich bemühte, diese Gewinne oder Verluste im Kompensationswege auszugleichen. Vor allem im Pinkatal, bei Mogersdorf, bei Lutzmannsburg und bei Nikitsch wurden solche Veränderungen vorgenommen. Diese Arbeit dauerte bis in den Herbst 1923, teilweise sogar begleitet von unangenehmen Grenzzwischenfällen. So rissen z.B. bei Lutzmannsburg aufgebrauchte Einwohner von Heils (Káptalanvis, heute Répcevis) die bereits gesetzten Grenzpfähle aus dem Boden und mit Schlagstöcken bewaffnete Burschen

wollten durch Vertreibung der Beamten der Kommission die Abtretung einer Weingartenried verhindern, die zwar überwiegend Lutzmannsburger Bauern gehörte, aber im Hotter von Heils lag. Erst als auf Aufforderung des Kommissionsvorsitzenden Major Jocard sowohl österreichische als auch ungarische Gendarmerie herangezogen wurde, konnte die Arbeit fortgesetzt werden. Alles in allem waren aber die Vorfälle bei weitem nicht so schwerwiegend wie die Freischärlerüberfälle des Vorjahres und meist auf unüberlegte Einzelaktionen der Grenzbevölkerung bzw. auch einzelner Grenzwachorgane zurückzuführen.

Schon in den letzten Monaten hatte die Grenzkommission nur mehr mit stellvertretenden Kommissären getagt. Der japanische Delegierte Yamaguchi war schon im Dezember 1922 abgereist und während der Verhandlungen in den Jahren 1923 und 1924 war Major Jocard der einzige alliierte Vertreter, der bei allen Sitzungen der Grenzkommission anwesend war. Die letzte Sitzung, es war dies die siebzigste, fand am 2. August 1924 in Ödenburg statt. In dieser letzten Phase stand die Arbeit ganz im Zeichen rechtlicher und technischer Probleme, wobei letztere unter verantwortlicher Leitung von Franz Winter österreichischerseits und Julius Makay ungarischerseits abgewickelt wurden. Im Juli 1924 wurde schließlich ein genaues Kartenwerk aufgelegt und damit die Grenzziehung zwischen Österreich und Ungarn beendet.<sup>573</sup>

## Anmerkungen

Vgl. zum Folgenden: Die Auflösung des Habsburgerreiches. Hrsg. Richard Plaschka u. Karlheinz Mack.- Wien 1970. und Siklós, András: Ungarn 1918-1919. - Budapest 1979.

Károlyi, Mihály: Memoirs, Faith without Illusions.- London 1956. S. 136

Politisches Archiv des Deutschen Auswärtigen Amtes, Bonn. Akten betr. innere Zustände Ungarns. Bd. 27 A 18.808 (Halbjahresbericht des gewesenen Deutschen Volksrates für Ungarn, jetzigen Deutschen Kulturbundes für Ungarn über die Zeit vom 1. November 1918 bis 1. Mai 1919)

Vgl. dazu: Ernst, August: Geschichte des Burgenlandes. - Wien 1991. S. 27 ff. und Rittsteuer, Josef: Kirche im Grenzraum. - Eisenstadt 1968. S 80 ff.

„Item, quantum pertinet ad castra et oppida intra regni Hungariae constituta, videlicet Ferream civitatem, Vorchtenstain, Kobelstorff, Hornstein, Rechnicz, Gunz, Pernstain et alia loca, que ante bellum condam regis Mathie fuerunt in manibus sacre imperialis maiestatis; contentum est, quod ea loca omnia...debeant apud suam maiestatem remanere.“ In: Historia critica Regum Hungariae, stirpis mixtae, es fide domesticorum et exterorum scriptorum concinnata a Stephano Katona. Tom.X.- Budaë 1793. S. 218 f.

- 7 Vgl. dazu: Prickler, Harald: Der Weinbau. - Allg. Landestopographie d. Burgenlandes, Bd. III/1 - Eisenstadt 1981. S. 568 ff. und Prickler, Harald: Zur Geschichte des burgenländisch-westungarischen Weinfernhandels in die „Oberländer“ Böhmen, Mähren, Schlesien und Polen. In: Zeitschrift f. Ostforschung. Bd. 14 - Marburg/Lahn 1965. S. 500 ff.
- 8 Ernst, August: a.a.O. S. 103
- 9 „Eine Stadt an der äußersten Grenze von Österreich“ (Inscription auf dem Kupferstich von Georg und Jacob Hoefnagl, 1617 - im 6. Band des zit. Werkes)
- 10 Topographia Provinciarum Austriacarum Austriae, Styriae, Carinthiae, Carniolae, Tyrolis etc.: Das ist die Beschreibung Und Abbildung der fürnembsten Stätt und Plätz in den Oesterreichischen Landen... An tag gegeben und verlegt Durch Mattheum Merian. In Franckfurth am Mayn 1649.  
Vgl. Ernst, August: Die verpfändeten Herrschaften Westungarns unter österreichischer Verwaltung. In: Veröffentlichungen des Verbandes Österr. Geschichtsvereine. Bd. 15, Wien 1963. S. 11 ff.  
Beschlüsse der Reichstage von 1547 (Art.37), 1552 (Art.33), 1557 (Art.6), 1563 (Art.15), 1574 (Art.29), 1575 (Art.5), 1582 (Art.6), 1588 (Art.33), 1603 (Art.13) und 1608 (Art.19). In: Corpus Juris Hungarici, seu Decretum generale, Inclyti Regni Hungariae...Auctore Stephano Werböcz. – Tyrnaviae 1696.  
Ernst, August: Zur Enteignung österreichischer Grundbesitzer nach der Reinkorporierung der westungarischen Herrschaften (17. Jh.). In: WAB. 35. – Eisenstadt 1966. S. 332
- 14 Corpus Juris Hungarici. A.a.O. S. 43. Vgl. auch: Kristó, Gyula: Die Arpaden-Dynastie. Budapest 1993. S. 186 u. 194  
Ernst, August: a.a.O. S. 327 ff.
- 16 Prickler, Harald: Geschichte der Herrschaft Bernstein. Bgld. Forschungen. 41. – Eisenstadt 1960. S. 32  
Codex Austriacus. III. 673  
„Mappa Continens Dominia inter Posonium et Neostadium, vel integre vel partes Leitha fluvio adiacentes cursum Leita in hoc-tractu et partem Danubij. Ad usum Caesarea Regiae Archiducatus Commissionis anno 1717 solemniter habitae ob agitas inter Hungariam et Austriam Confiniorum controversias. Geometricè elaborata a Joanne Jacobo Marinoni Sac. Caes. C. May. et statuum Inferioris Austriae Matematico. (Kolorierte Handzeichnung, Ung. Staatsarchiv, Budapest. Kartensammlung. Vegyes kézír. Térk. 30)
- 19 Nagy, Imre: A Lajta mint határfolyam. In: Századok. - Budapest 1871. S. 450 ff.
- 20 Bidermann, Hermann I.: Geschichte der österreichischen Gesamt-Staats-Idee 1526 – 1804. – Innsbruck: 1889. II. Abteilung. S. 246  
Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Wien. Cod. Böhm 289 (W 169): „Prothocollum, die zwischen dem Königreich Ungarn und dem Erzherzogthum Österreich unter der Enns seit mehr als 400 Jahren fortwährende Grenzstreitigkeit, und die deswegen von Ihro k.k. Majestät Maria Theresia angeordnete General Grenzbereitung betreffend.“ Und Cod. Böhm 290 (W 170): „Vorläufige Abhandlung von der Beschaffenheit der zwischen Ungarn und Oesterreich seit mehr als 400 Jahren obwaltende Gränzen Strittigkeit“ Vgl. dazu: Gall, Franz: Die österreichisch-ungarischen Grenzstreitigkeiten 1753/53. In: Maria Theresia als Königin von Ungarn. (Jahrbuch für österreichische Kulturgeschichte. Bd. X) - Eisenstadt 1984. S. 51 ff.

- Ulbrich, Karl: Die Grenzkarte Ungarn-Niederösterreich von C. J. Walter (1754 - 56). In: Bgld. Heimatblätter. 1952. S. 108 ff.
- 23 Österr. Nationalbibliothek, Wien, Handschriftensammlung. Cod. 14.144  
 Weißensteiner, Johann: Die Diözesanregulierung Kaiser Joseph II. und das Erzbistum Wien. In: Jahrbuch für Landeskunde von NÖ. N.F. 52. - Wien 1986. S. 291 ff.  
 Soproni Levéltár, Sopron. IV. A. 1. Komitatsversammlungsakte Ödenburg. Grenzlimitationen 1793.  
 Grillparzer, Franz: Aktenstücke 1813 bis 1856. In: Franz Grillparzer. Sämtliche Werke. Historisch-kritische Gesamtausgabe. Hrsg. v. August Sauer. 3.Abt. Bd.6 - Wien 1924 S. 110, 121 und 123
- 27 Soproni Levéltár, Sopron. XV. 17. II/1. Ausztria-Magyarország közzötti határmegállapítás iratai.  
 28 Neue Freie Presse, Wien. 3. und 4. Mai 1907. S. 5 (Eine Grenzregulierung zwischen Österreich und Ungarn)  
 29 Pester Lloyd, Budapest. 7. Mai 1907 S. 1 (Eine Grenzregulierung zwischen Ungarn und Österreich. Verfasser: Dr. Felix Schiller)  
 30 Westungarisches Volksblatt, Ödenburg. 18. Mai 1907. S. 2  
 Radikal, Ödenburg. 12. Mai 1907. S. 1  
 Eisenstädter Zeitung, Kismarton. 12. Mai 1907. S.1  
 Lades, Hans: Die Nationalitätenfrage im Karpatenraum. – Wien 1941. S. 153 f.  
 a.a.O. S. 97  
 a.a.O. S. 98
- 36 Gesetzartikel XLIV/ 1868. Landesgesetz-Sammlung für 1868, Hrsg. vom K. ung. Justizministerium. - Ofen 1868  
 Zit. nach: Kovács-Bertrand, Anikó: Der ungarische Revisionismus nach dem Ersten Weltkrieg. - München 1997. S. 19
- 38 Gottat, Friedrich: Staat und Gesellschaft im Zeitalter des Dualismus. In: Internationales Kulturhistorisches Symposium Mogersdorf 1984. – Eisenstadt 1987. S. 58
- 39 Hanák, Péter: Ungarn im Auflösungsprozess der Österreichisch-ungarischen Monarchie. In: Versailles - St.Germain - Trianon. - München 1971. S. 43
- 40 Vgl.: Gogolák, Ludwig: Ungarns Nationalitätengesetze und das Problem des magyarischen National- und Zentralstaates. In: Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Bd. III/2 (Die Völker des Reiches).- Wien 1980. S. 1207 ff und Fischer, Holger: Oszkár Jászi und Mihály Károlyi.- München 1978. S. 10 ff.  
 Alldeutsches Tagblatt, Wien. 26. Februar 1905. S. 1
- 44 Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Hauses der Abgeordneten des österreichischen Reichsrates im Jahr 1905. 315. Sitzung der XVII. Session am 14.März 1905, S. 28030  
 Rumpler, Helmut: Eine Chance für Mitteleuropa. Wien 1997. S. 561 f.  
 Siehe: Franz, Georg: Erzherzog Franz Ferdinand und die Pläne zur Reform der Habsburgermonarchie. – München 1943. S. 47
- 48 Broucek, Peter: Karl I. (IV.). – Wien 1997. S. 173
- 49 Flugschriften des „Alldeutschen Tagblattes“: 9. „Westungarn zu Deutschösterreich!“ Von J.P. Preis 10 Heller. Wien: Buchdruckerei Franz Kreisel jun. 1906
- 50 Zitiert nach: Patry, Josef: Westungarn zu Deutschösterreich. - Wien: 1918. S.5 f.  
 Zitiert nach: Patry, Josef: Westungarn zu Deutschösterreich. - Wien: 1918. S. 15

- Bgld. Landesarchiv, Eisenstadt. Anschlussarchiv. A IV/1, Mappe 2 (Nachlass Josef Patry), Pag. 788
- Dujmovits, Walter: Der Beitrag der in Wien lebenden Burgenländer zur Angliederung ihrer Heimat an Österreich. In.: Bgld. Heimatblätter. 1961. S. 108 ff.
- Bgld. Landesarchiv, Eisenstadt. Anschlussarchiv. A IV/1, Mappe 2 (Nachlass Patry)
- Rudolf Brandsch (geb.1880 in Mediasch, gest.1953 in einem rumänischen KZ), siebenbürgisch-sächsischer Volkstumspolitiker, 1910-1918 Abgeordneter im Budapester Parlament (Wahlkreis Hermannstadt)
- 58 Dujmovits, Walter: a. a. O. und Pflagner, Margit: Der Aufbruch. In: Bgld. Leben. 1951. Heft 4. S. 17 ff.
- Ernst, August: Geschichte des Burgenlandes. - Wien 1991. S. 243
- Berend, Iván T. und Ránki, György: Ungarns wirtschaftliche Entwicklung 1849-1918. In: Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Bd. I. Wien 1973. S. 492
- 61 Gutkas, Karl: Geschichte des Landes Niederösterreich. - St. Pölten 1974. S.452
- 62 Sándor, Pál: Die Agrarkrise am Ende des 19. Jahrhunderts und der Großgrundbesitz in Ungarn. In.: Studia Historica. 51. - Budapest 1961. S. 167
- 64 Hanák, Peter (Hrsg.): Die Geschichte Ungarns. - Budapest 1988. S. 157
- 65 Graupner, Ludwig: Die Güssinger Landschaft. Ein überbevölkertes österreichisches Grenzland. In: Geographische Jahresberichte aus Österreich. 23. Bd. (1949) S. 73 ff. und ders.: Die Amerikawanderung im Güssinger Bezirk. Bgld. Forschungen. Heft 3, Horn Wien 1949.
- 66 Schlag, Gerald: Zur Frühgeschichte der industriellen Wanderarbeiter aus dem Burgenland. In: Bgld. Heimatblätter 1989/1. S. 34 ff.
- 67 Müller-Guttenbrunn, Adam: Wohin gehört Westungarn? Wien 1919. S. 14 f.
- 68 Westungarisches Volksblatt, Sopron. 21. März 1905. S. 1
- 69 Müller-Guttenbrunn, Adam: a. a. O. S. 8 f.
- 70 Oedenburger Zeitung, Sopron. 26. Juni 1906. S. 5
- Korbuly, Dezső: Nationalitätenfrage und Madjarisierung in Ungarn (1790 - 1918). In: Österr. Osthefte. 1971. S. 157 f.
- 72 Anm.: Benannt nach dem Minister für Unterricht und Kultus Graf Albert Apponyi (1846-1933).
- 73 Engelbrecht, Helmut: Geschichte des österreichischen Bildungswesens. Erziehung und Unterricht auf dem Boden Österreichs. Bd. 4 - Wien 1986. S. 303 f.
- 74 Vgl.: Renner, Karl: An der Wende zweier Zeiten. - Wien 1946. S. 274
- 75 Anm.: Der junge Schreiber verwendete die ungarischen Lautwerte und Buchstaben, die er in der Schule lernte, und übertrug sie auf seine "hienzische" Sprache.
- 77 Schwind, Hedwig: Jakob Bleyer. - München 1960. S. 40 f.
- 78 Grailer, Iring J.: Die Beamtenschaft als deutsche Kulturbringer im Burgenland. In: Der Freie Burgenländer. 16. Nov. 1924. S. 23
- Die Lupe, Sopron. 1. Märzheft 1919. S. 3
- 80 Renner, Karl: a. a. O. S. 270 ff.
- 81 Toth, Adalbert: Parteien und Reichstagswahlen in Ungarn 1848-1892. München 1973. S.158 ff.
- Steinacker, Edmund: Lebenserinnerungen. - München 1937. S. 157

- Wollinger, Karl: Das Deutschtum in Westungarn vor dem Kriege. In: Der Freie Burgenländer. 16. Nov. 1924. S. 5
- 84 Révész, László: Die verschiedenen Auffassungen von Nationalitätenpolitik in Ungarn des 19. Jahrhunderts. In: Südostdeutsches Archiv. 1969. S. 232
- 85 Népszava, Budapest, 12. Dez. 1905: A nemzetiségi numus.
- 86 Erényi, Tibor: Die Frage Revolution und Reform in der Arbeiterbewegung Österreich-Ungarns um die Jahrhundertwende. - In: Studia Historica 112. S. 20
- 87 Vgl.: Fischer, Holger: Oszkár Jászi und Mihály Károlyi. - München 1978. S. 24 ff.
- 88 Vgl.: Schlag, Gerald: Um Freiheit und Brot. In: Aufbruch an der Grenze. - Eisenstadt 1989. S. 9 ff.
- 90 Vgl. Schieder, Theodor: Staatensystem als Vormacht der Welt 1848-1918. Frankfurt/Main 1977. S. 331
- 91 Ödenburger Zeitung, Sopron. 3. Juli 1914 S.1
- 92 Ödenburger Zeitung, Sopron. 24. Juli 1914. S. 2 ("Russische Spione in Transdanubien!")
- 93 Galántai, József: Hungary in the first world war. - Budapest 1989. S. 66 f.
- 94 Förendiházi Napló, Esztergom. 28. Juli 1914. Zit. nach Galántai, József: a. a. O. S. 69
- 95 Ödenburger Zeitung, Sopron. 6. August 1914. S.1
- 96 Ödenburger Zeitung, Sopron. 26. August 1914.
- 97 Zit. nach: Hanisch, Ernst: Der lange Schatten des Staates. Wien 1996. S. 200
- 98 Vgl. Rauchensteiner, Manfred: Der Tod des Doppeladlers. - Graz 1997. S. 142 ff.
- 99 Vgl.: Eigner, Peter u. Helige, Andrea: Österreichische Wirtschafts- und Sozialgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Wien 1999. S. 126 und Gutkas, Karl: Geschichte des Landes Niederösterreich. 3. Teil - Wien 1961. S. 168
- Zsombor, Géza: Westungarn. - Sopron o. J. S. 33 f.
- 101 Galántai, József: Hungary in the First World War. - Budapest 1989. S. 293
- 102 Rauchensteiner, Manfred: Der Tod des Doppeladlers. - Graz 1997 S. 592 u. 598
- Vgl.: Plaschka – Haselsteiner - Suppan: Innere Front. - Wien 1974. Bd.1. S. 61 ff.
- Vgl. Broucek, Peter: Karl I. (IV.). Wien 1997. S. 98 ff.
- 105 Broucek, Peter: a. a. O. S. 207
- 106 Reichspost, Wien. 4. Okt. 1918. S. 1
- 107 Grenzpost, Sopron. 25. Sept. 1918. S.1
- 108 Ödenburger Zeitung, Sopron. 26. Sept. 1918. S. 3
- 109 Siklos, András: a. a. O. S.32
- 110 Grenzpost, Sopron. 28. Juli 1918. S. 1
- Grenzpost, Sopron. 27. Juni 1918. S. 2
- 112 A. a. O.
- Reichspost, Wien. 26. Juni 1918. S. 1
- Grenzpost, Sopron. 8. Sept. 1918. S. 1 (Was geschieht mit Westungarn?)
- Grenzpost, Sopron. 24. Okt 1918. S. 2
- 116 Grenzpost, Sopron. 11. Okt 1918. S. 1 (Was plant Wilson mit Ungarn?)
- 119 Stenographisches Protokoll der 1. Sitzung der Prov. Nationalversammlung am 21. Okt.1918. S. 9
- 120 Reichspost, Wien. 27. Okt. 1918. S. 3
- Stenographisches Protokoll der 2. Sitzung der Prov. Nationalversammlung am 30. Okt. 1918, S.30

- Stenographisches Protokoll der 3. Sitzung der Prov. Nationalversammlung am 12. Nov. 1918. S.83 und Beilagen zu den Stenographischen Protokollen der Prov. Nationalversammlung für Deutschösterreich, 1918 und 1919. Bd. I. Nr. 3, S. 2 und 9 f.
- Stenographisches Protokoll der Prov. Nationalversammlung am 14. Nov. 1918. S. 93 ff. und S. 102
- Grenzpost, Sopron. 17. Nov. 1918. S. 1
- Grenzpost, Sopron. 20. Nov. 1918. S. 1
- 126 Neue Freie Presse, Wien. 22. Nov. 1918 (Abendblatt). S. 2
- 127 Staatsgesetzblatt der Republik Deutschösterreich. Nr. 40/1918 (22. Nov. 1918) § 1
- 128 Staatsgesetzblatt der Republik Deutschösterreich. Nr. 41/1918 (22. Nov. 1918) Abs. 5
- 129 Vgl. Seedoch, Johann: Deutschösterreichs Bemühungen um den Anschluß des Burgenlandes. In: Bgld. Forschungen. Sonderband VII. - Eisenstadt 1984. S. 356 ff.
- 130 Poltz, Thomas: Burgenland-Proklamation in Odessa. In: Burgenländisches Leben. Mai 1951. S. 14
- 131 Reichl, Josef: Die Entscheidungsstunde der Deutschen Westungarns. In: Mein Heimatvolk, mein Heimatland. - Eisenstadt 1952. S. 245
- Grenzpost, Sopron. 1. Nov. 1918. S. 2
- Grenzpost, Sopron. 1. Nov. 1918. S. 2
- 134 Grenzpost, Sopron. 5. Nov. 1918. S. 2
- 135 Grenzpost, Sopron. 10. Nov. 1918. S. 2
- 136 Grenzpost, Sopron. A. a. O.
- 137 Bgld. Landesarchiv, Eisenstadt. Anschlussarchiv. Fasz. 7, C/1/7: Grenzpost, Okt./Nov. 1918
- 138 Grenzpost, Sopron. 3. Nov. 1918. S. 2
- 139 Grenzpost, Sopron. 6. Nov. 1918. S. 4
- 140 Fischer, Holger: Oszkár Jászi und Mihály Károlyi. - München 1978. S. 87
- 141 Grenzpost, Sopron. 13. Nov. 1918. S. 2 f.
- Grenzpost, Sopron. 17. Nov. 1918. S. 2
- Vgl.: Schlag, Gerald: Die Kroaten im Burgenland 1918 bis 1945. In: Geosits, Stefan [Hrsg.]: Die burgenländischen Kroaten im Wandel der Zeiten. Wien 1986. S. 173
- Gábor, Sándorné: Ausztria és a magyarországi Tanácsköztársaság.- Budapest 1969. S. 52
- 146 Wiener-Neustädter Nachrichten, Wiener Neustadt. 23. Nov. 1918. S. 2
- 147 Grenzpost, Sopron. 24. Nov. 1918. S.1
- 148 Politisches Archiv des Deutschen Auswärtigen Amtes, Bonn. Akten betr. innere Zustände Ungarns. Bd. 27. A19.212 (Tatsachenbericht über die Zustände des Deutschtums im ehemaligen Ungarn seit dem Zusammenbruch. Erstattet von Rudolf Brandsch / 12. Juni 1919).
- Vgl. auch: Schmidt-Wulffen, Wulf: Das Burgenland und die deutsche Politik 1918 - 1921. In: Österr. Osthefte 1969. H. 5. S. 271 f.
- 149 Archiv der Republik, Wien. Neues Politische Archiv. Ungarn 9/1. Z 367/1. Zit. nach: Außenpolit. Dokumente d. Rep. Österr. Bd. 1.-Wien 1993. S. 269
- 150 Vgl.: Schlag, Gerald: Um Freiheit und Brot. In: Aufbruch an der Grenze - Eisenstadt 1989. S. 9 ff.
- Grenzpost, Sopron. 5. Dez. 1918. S. 3. Vgl. auch: Buttler, Gertrud: Die Rolle Wiener Neustadts bei der Entstehung des Burgenlandes. In: Burgenland 1921. WAB 95 (Eisenstadt 1996) S. 8 f.

- 152 Grenzpost, Sopron. 6. Dez. 1918. S. 2 und Wiener-Neustädter Nachrichten., Wr. Neustadt. 7. Dez. 1918. S.1  
Grenzpost, Sopron. 4. Dez. 1918. S. 2 und 11. Dez. 1918. S. 1  
Burgenländisches Landesmuseum, Eisenstadt. Plakat- und Flugblattsammlung.
- 156 Grenzpost, Sopron. 28. Nov. 1918. S. 2  
Hajszányi, Paul: Güssing in historischer Schau. In: Festschrift anlässlich der Stadterhebung Güssing 1973. S. 125 f.
- 158 Oberwarther Sonntags-Zeitung. 26. Jänner 1919. S. 1
- 159 Jurisich Miklos Muzeum, Kőszeg. Helytörténeti Adattára 1146/XXXI/14. Flugblattsammlung.
- 160 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn. Akten betreffend Innere Zustände Ungarns. Nr. 92/1 Bd. 27.
- 161 Grenzpost, Ödenburg. 18. Dez. 1918. S. 1
- 162 Burgenländisches Landesarchiv, Eisenstadt. Anschlussarchiv, Fasz. 1 A/III/5 (1b) Manuskript Umlauf
- 163 Vgl.: Fogarassy, László: A nyugat-magyarországi kérdés katonai története. In: Soproni Szemle. 1971. S. 291  
Gagy, Jenő: A nyugatmagyarországi kérdés. Budapest: Athenaeum 1921. S. 6
- 165 Niederösterreichisches Landesarchiv, St. Pölten. Reg. Zl. VI b, Präs. Zl. 3879 (Polizeikommissariat Wiener Neustadt an das Präsidium der Nö. Landesregierung, 7. Dez. 1918)  
Burgenländisches Landesarchiv, Eisenstadt. Anschlussarchiv, Fasz. 1 A/III/4  
Niederösterreich. Landesarchiv, St. Pölten. a.a.O.
- 169 Hadtörténelmi Intézet Levéltára, Budapest. Polg. demokratikus forradalom iratai. 35. Doboz. Pozsonyi katonai paracsnoság 580/eln. karh. sz. allatti helyzetjelentése 1918. Dec. 6-án. Zit. nach: Fogarassy, László: a. a. O.
- 170 Grenzpost, Sopron. 15. Dez. 1918. S. 4. Eine etwas abweichende Darstellung gibt die „Ödenburger Zeitung“ vom 14. Dez. 1918. S. 2
- 171 Reichspost, Wien. 7. Dez. 1918. S. 3 und Neue Freie Presse, Wien. 7. Dez. 1918. S. 2
- 172 Österr. Staatsarchiv, Wien. Archiv der Republik. Neues Polit. Archiv. Ungarn 9/1. Z. 2536/1 (Staatssekretär Bauer an Staatskanzlei, 11. Dez. 1918)
- 173 Grenzpost, Sopron. 15. Dez. 1918. S. 3
- 174 Grenzpost, Sopron. 18. Dez. 1918. S. 3  
Ödenburger Zeitung, Sopron. 12. Dez. 1918. S. 1
- 176 Grenzpost, Sopron. 25. Dez. 1918. S. 1 und 28. Dez. 1918. S. 1
- 177 Grenzpost, Sopron. 24. Dez. 1918. S. 2
- 178 Schlereth, Ludmilla: Die politische Entwicklung des Ungarländischen Deutschtums während der Revolution 1918/19. - München 1939. S. 60 (Anm. 208)
- 179 Grenzpost, Sopron. 1. Jänner 1919. S. 1  
Schwind, Hedwig: Jakob Bleyer. - München 1960. S. 67 f.  
Grenzpost, Sopron. 29. Dez. 1918. S. 2  
Schlereth: a. a. O. S. 65
- 183 Reichspost, Wien. 28. Dez. 1918. S. 4
- 185 Deutsche Freiheit, 11. März 1919. S. 1
- 186 Deutsche Freiheit, 7. März 1919. S. 3 und 21. März 1919. S. 3

- 187 Alldeutsches Tagblatt, Wien. 28. Jänner 1919. S. 2 Vgl. auch: Guglia, Otto: Das Werden des  
Burgenlandes. - Eisenstadt 1961. S. 14
- 188 Oedenburger Zeitung, Ödenburg. 1. Jan. 1919. S. 2 und 11. Jan. 1919. S. 3
- 189 Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich 1918-1938. Bd. 1 Nr. 156 (Bauer an  
LH Kaan, 8.Feb. 1919) Weiterhin zitiert als: ADÖ
- 190 Grenzpost, Sopron. 28. Dez. 1918. S. 2
- 191 „Weckruf“, Sopron. 26. Jänner 1919. S. 9 f.
- 192 Ödenburger Zeitung, Sopron. 4. März 1919. S. 1
- 193 Vgl.: Schlag, Gerald: Um Freiheit und Brot. In: Aufbruch an der Grenze. - Eisenstadt 1989.  
S. 9 ff.
- 194 Ödenburger Zeitung, Sopron. 22. Jan. 1919. S. 2
- 195 „Programmwurf der Vierburgenländischen Deutschen Volkspartei“ In: Schlereth,  
Ludmilla: Die politische Entwicklung des Ungarländischen Deutschtums während der  
Revolution 1918/19. S. 110
- 196 Deutsches Bauernblatt. 1. März 1919. S. 7
- 197 Burgenländisches Leben, Eisenstadt. Heft Mai 1951. S. 14 - Vgl. auch: Sinowatz, Fred: Zur  
Geschichte des Landnamens. In: Bgld. Heimatblätter. 1961. H. 3. S. 126 f.  
„Die Lupe“ Halbmonatsschrift für Deutsch-Westungarn. 1. Jännerheft 1919 1. Märzheft  
1919
- 199 „Vierburgenland“ Illustrierte Halbmonatsschrift für Literatur, Kunst, Kritik und Humor.  
Offizielles Organ des Kulturbundes für Deutsch-Westungarn. Die erste Nummer erschien im  
Juni 1919, wurde dann von der Räteregierung verboten und erschien nach dem Sturz des  
Räteregimes regelmäßig bis Mai 1920.
- 200 Gruber, Ferdinand E.: Eine Erinnerung. In: Volk und Heimat. 1958. Nr. 19. S. 6 f.
- 201 Burgenländisches Landesarchiv, Eisenstadt. Anschlussarchiv, Fasz. 3 D/III/1, Beilage zu Zl.  
29535/19
- 202 Papers and documents relating to the Foreign Relations of Hungary. Budapest 1939. Dok.  
7.( The Austrian Legation in Budapest to the Ministry for Foreign Affairs. Budapest,  
20. Aug. 1919)
- 203 Rittsteuer, Josef: Die Errichtung der Apostolischen Administratur Burgenland. In: Bgld.  
Heimatblätter. 1961. H. 3. S. 130
- 204 Tschida, Josef: Die Stellungnahme der Wiener Presse zum Anschluß und zur Errichtung des  
Burgenlandes. – Wien 1947 (Diss. phil.) S. 105 ff.  
Deutsche Freiheit. 21. März 1919. S. 2
- 206 Grenzpost, Sopron. 21. März 1919. S. 1
- 207 A Tanácsköztársaság Vas megyében. Tanukmányok. - Szombathely 1978. S.21
- 208 Jászi, Oszkár: a.a.O. S. 59
- 209 Zit. nach: Brader, Eszter: Ungarn und Deutschösterreich zur Zeit der ungarischen  
Räterepublik. Diss. Wien 1981. S. 133
- 210 Grenzpost, Sopron. 25. März 1919. S. 1  
A Tanácsköztársaság Vas megyében. A. a. O. S. 29 ff.  
Oedenburger Zeitung, Sopron. 28. März 1919. S. 3  
Oedenburger Zeitung, Sopron. 29. März 1919. S. 2  
Ödenburger Arbeiterrat, Sopron. 1. April 1919. S. 2  
Böhm, Wilhelm: Im Kreuzfeuer zweier Revolutionen. - München 1924. S. 335

- 216 Kaas/Lazarovics: Der Bolschewismus in Ungarn. - München 1930. S.185
- 217 Kaas/Lazarovics: a. a. O. S.187
- 218 Kaas/Lazarovics: a. a. O. S. 103 f.
- 219 Burgenländisches Landesmuseum. Eisenstadt. Archiv. Inv.Nr.769
- 220 Sikós, András: a. a. O. S. 224 f.  
Suchard, Hans: Der Umsturz in Mattersdorf (Auszug aus seinem Tagebuch und Ergänzungen aus der Erinnerung). Zitiert nach: Löger, Ernst: Heimatkunde des Bezirkes Mattersburg. Wien 1931. S. 174
- 222 Schmidt-Papp, Ernst: Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Ungarn während der Räterepublik. In: Ungarn Jahrbuch 1973. S. 165  
Ödenburger Arbeiterrat. Sopron. 5.April 1919. S. 1  
Der Proletarier. Sopron. 11. April 1919. S. 3. Siehe auch eine auf größtenteils mündlicher Überlieferung basierende Darstellung von Stubits, Leo: Anton Semeliker (1882-1919). Kanim biti pravi duhovnik. - Wulkaprodersdorf 1989. S. 21 ff. und Koncsek, László: A bécsi és Sopron megyei ellenforradalom kapcsolatai 1919-ben. In: Soproni Szemle. 1956. 2.sz. S. 108
- 225 Révész, László: Die Organisation der Diktatur und des Terrors in der Räterepublik. In: Ungarn-Jahrbuch 5. (1972). S. 147 f.
- 226 Fetscher, Iring (Hrsg.): W. I. Lenin. Theorie, Ökonomie, Politik. - Stuttgart 1974. S. 59 f. und 331
- 227 „Verordnung No. XXXVI der Revolutionären Räteregierung „Das Ziel der Räterepublik“ Zit. in: Kaas-Lazarovits: Der Bolschewismus in Ungarn. - München 1930. S. 265
- 228 Amtsblatt für den Gau Deutsch-Westungarn, Sopron. 1. Jg. Nr. 6 (8. Mai 1919)
- 229 Der Proletarier, Ödenburg. 19. Juli 1919. S. 5
- 230 Günser Zeitung, Köszeg. 25. Mai 1919, S. 2
- 231 Politisches Archiv des Deutschen Auswärtigen Amtes. Bonn. Oesterreich 92/10. Bd.6 (Die Beziehungen Deutschlands zu Ungarn) A 16.368 (Bericht vom 30. Mai 1919. Gez. Fürstenberg)  
Der Proletarier. Sopron. 23. Mai 1919. S. 2  
Die ungarischen Rätekommissare in Österreich 1919 - 1920. In: Weg und Ziel. - Wien 1960. S. 764
- 234 Vgl. Details in: Haas, Karl: Studien zur Wehrpolitik der österr. Sozialdemokratie 1918 1926. Diss. phil. Wien 1967. S. 62 f.
- 235 Flanner, Karl: Bécsújhely volt 1919-ben a „fordítókorong” a Magyar Tanácsköztársaság irányában. In: Soproni Szemle. Jg. 1988. S. 156 ff.
- 236 Österreichisches Staatsarchiv, Wien. Allg. Verwaltungsarchiv, Wien. Fasz. 5066, 17598-19 und Archiv der Republik, Wien. Liasse Österreich, Fasz. 290, I-3876/4  
Brader, Eszter: Ungarn und Deutschösterreich zur Zeit der ungarischen Räterepublik.- Diss. phil. Wien 1918. S. 238 f.
- 238 Flanner, Karl: a. a. O. S. 161
- 239 Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen deutscher Truppen und Freikorps. 8. Band: Freiheitskämpfe in Deutschösterreich. - Berlin 1942. S. 110, 112, 114, 125.  
Tschida, Josef: a. a. O. S. 57 ff.  
Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen...: a. a. O. S. 157 (Anlage 3)  
Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen...: a. a. O. S. 158 (Anlage 4)

- 244 Deutsch, Julius: *Aus Österreichs Revolution.* - Wien o. J. S. 78 ff.
- Rausnitz, Alfred: *Die Gendarmerie im Burgenland.* In: *Die Gendarmerie in Österreich 1849*  
1924. - Wien 1924. S. 232 ff.
- 246 Funder, Friedrich: *Vom Gestern ins Heute.* - Wien 1952. S. 608
- 247 Koncsek, László: a. a. O. S. 109
- 248 Über die ganze Aktion siehe: Kövágó, László: *A magyarországi délszlávok 1918-1919-ben.*-  
Budapest 1964. S. 214 und S. 223 240 und Titl, Julij: *Murska Republika 1919.* Murska  
Sobota 1970.
- 249 Lehár, Anton: *Erinnerungen.* Wien 1973. S. 78 f.
- 250 Arbeiter-Zeitung. Wien. 3. Juni 1919. S. 4
- 251 Deme, László u. Keleti József: *Az ellenforradalom Vasvármegyében és Szombathelyen.*-  
Szombathely 1920. S. 118 f
- Lehár, Anton: *Erinnerungen.* - Wien 1973. S. 86  
A. a. O. S. 122
- Verordnung des Volkskommissars für innere Angelegenheiten. Nr.1 vom 26.März 1919  
Der Proletarier. Sopron. 23. Mai 1919. S. 2
- 256 Über die Ereignisse in Güns siehe: Makra, Sándor: *Ellenforradalmi mozgalmak.* In: *A*  
*Tanácsköztársaság Vas megyében.* - Szombathely 1969. Über die Ereignisse in Lockenhaus  
siehe: Steiger, Maria Denise: *Lockenhaus.* Lockenhaus 1992. S. 58 f. und Schermann,  
Aegid P.: *Geschichte von Lockenhaus.* - Pannonhalma 1936. S. 273
- 257 Zu den Ereignissen vgl.: Berlin Jon D.: *The Burgenland-question 1918-1920.* - Ann Arbor:  
University Microfilms 1974. S. 113 ff.
- 258 Berlin, Jon: *The Burgenland-question.*- a. a. O. S. 105 f.
- 259 Lehár, Anton: a. a. O. S. 69
- 260 Arbeiter-Zeitung, Wien. 7. Juni 1919. S 1
- 261 Lang, Michael: *Wie Mörbisch am See „angeschlossen“ wurde.* In: *Volk u. Heimat.* 1970/71.  
H. 9. S. 6
- 262 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn. Akten betreffend Innere Zustände  
Ungarns. Oesterreich Nr. 92/10 Bd. 6 A 19.212
- 263 *Der Neue Tag.* - Wien, 8. Aug. 1919. In: Joseph Roth. *Werke.* Bd. 3 - Frankfurt 1976. S. 808
- 264 Buchinger, Josef: *Als wir die Heimat bauten.* In: *Bgld. Leben.* 2.Jg. Nr 11. S. 37 f.
- 265 *Amtsblatt für den Gau Deutsch-Westungarn.* 1.Jg. Nr. 9 (15. Juni 1919) und Kath, Josef: *Die*  
*„Gaukultursektion“ des kommunistischen Deutschwestungarn.* In: *Monatshefte für*  
*Pädagogische Reform.* - Wien. Jg. 1920. S. 49
- 266 *Recueil des actes de la Conférence, Partie V. B: Notes échangées entre la délégation de la*  
*République d' Autriche et la Conférence de la Paix du 22. mai au 10. sept. 1919 - Paris 1924.*  
S. 72 ff. Zit. nach: Haas, Hanns: *Die Pariser Friedenskonferenz und das Ende der*  
*Ungarischen Räterepublik 1919.* In: *Mitteilungen des Österr. Staatsarchivs.* 1976. S. 397
- 267 Tardieu, André: *La paix.*- Paris 1921. S. 107
- 268 Nicolsen, Harold: *Friedensmacher 1919.* - Berlin 1934. S. 32
- 269 Dujmovits, Walter: *Der Beitrag der in Wien lebenden Burgenländer zur Angliederung ihrer*  
*Heimat an Österreich.* In: *Bgld. Heimatblätter* 1961. S. 112 f.
- 270 Freise, Ursula: *Die Tätigkeit der alliierten Kommissionen in Wien nach dem Ersten*  
*Weltkrieg.* - Wien 1963. S. 32
- 271 Nicolson, Harold: *Friedensmacher 1919.* - Berlin 1934. S. 32

- 273 Berlin, Jon: Akten und Dokumente... a. a. O. S. 41 f. (Dok. Nr. 10 - Coolidge an American  
Commission to Negotiate Peace. Wien, 29. Jänner 1919)
- 274 A. a. O. S. 43. (Dok. Nr. 11. - Coolidge an American Commission to Negotiate Peace. Wien  
17. Februar 1919)
- A. a. O. S. 44 ff. (Dok. Nr. 12. - Coolidge an American Commission to Negotiate Peace.  
Wien 3. März 1919 und als Beilage: Major Lawrence Martin to Coolidge, Wien 28. Februar  
1919)
- Mitteilung von Univ. Prof. Dr. Bogdan Krizman (Zagreb) an den Autor am 9. Mai 1973.  
Kuffner, Hannuš: Unser Staat und der Weltfrieden. - Warnsdorf 1922.  
Fischel, Alfred: Das tschechische Volk.- Breslau 1928. Bd.1 S. 188  
Glettler, Monika: Die Wiener Tschechen um 1900.- München 1972. S. 29
- 280 Berka, Günther: Die tschechische Irredenta in Deutschösterreich. - Graz 1928. S. 3
- 281 Berka, Günther: a. a. O. S. 30
- 282 Masaryk, Thomas G.: Die Weltrevolution. - Berlin 1927. S. 23 f.
- 283 Masaryk, Thomas G.: a. a. O. S. 55 und Seton-Watson, R. W.: Masaryk in England.-  
Cambridge 1943. S. 40 ff.
- 284 Berlin, Jon: a. a. O. S. 156
- 285 Krizman, Bogdan: Gradišće na Pariskoj mirovnoj konferenciji 1919-1920. In: Nastava povi-  
jesti. 1974/4. S. 31 f.
- 286 Arhiv Vojno-istorijskog instituta JNA (Jugoslavenske Narodne Armije), Beograd. Popisnik  
3, K. 470, Br.Reg. 32/1-3, Str.Pov. No. 43. Zit. nach: Krizman, Bogdan: a.a.O. S. 32
- 287 Zeman, Zbynek A.: Der Zusammenbruch des Habsburgerreiches 1914-1918. - Wien 1963. S.  
95 f.
- 288 Seton-Watson, R. W.: Masaryk in England. - a. a. O. S 129 f.
- 289 Berlin, Jon: a. a. O. S.157 f.
- 290 Vgl.: Gonda, Imre: Verfall der Kaiserreiche in Mitteleuropa. - Budapest 1977. S. 210 f.
- 291 Masaryk, T. G.: Das neue Europa.- Berlin 1922. S 103 f.
- 292 Zeman, Zbynek: a. a. O. S. 186
- 293 Mondini, Luigi: Der Waffenstillstand von Villa Giusti und seine Folgen. In: Innsbruck  
Venedig. Wien 1975. S 74
- 294 Vgl. Ormos, Maria: From Padua to the Trianon. 1918-1920. – Budapest 1990. S. 58, 62 und  
73, sowie Falk, Emmerich: a. a. O. S. 46
- 295 Vinaver, Vuk: Jugoslavija i Madarska 1918 - 1933. - Beograd 1971. S, 24 ff
- 296 Nicolson, Harold: Friedensmacher 1919. - Berlin 1934. S. 230 f.
- 297 Der volle Wortlaut des Textes in: Raschhofer, Hermann: Die tschechoslowakischen  
Denkschriften für die Friedenskonferenz von Paris 1919/1920. - Berlin 1937. S. 35 - 83
- 298 Raschhofer, Hermann: a. a. O. S. 61
- 299 National Archives, Washington D.C. 860 f. 00/61 Zit. nach: Gasiorowski, Zygmunt J.:  
Czechoslovakia and the Austrian Question 1918 - 1928. S. 100
- 300 Vgl. Berlin, Jon: The Burgenland Question.. a. a. O. S. 173 f.
- 301 Vranješ-Soljan, Božena: Die Frage des sogenannten slawischen Korridors aus kroatisch/süd-  
slawischer Sicht. In: Burgenland 1921. – Eisenstadt 1996. WAB 95. S. 47
- 302 Ödenburger Zeitung; Sopron. 9. Jänner 1919. S. 1

- Yugoslavia, Delegation to the Paris Peace Conference, Memorandum Nr. 8. Zit. nach: Berlin, Jon: Akten und Dokumente des Außenamtes der USA zur Burgenland-Anschlußfrage 1919 – 1920. – Eisenstadt 1977. S.23 f.
- 304 Berlin, Jon: Akten und Dokumente des Außenamtes der USA zur Burgenland Anschlußfrage 1919 - 1920. - Eisenstadt 1977. S. 28 (Dok.Nr.4)
- 305 Mémoire No. 5. La Slovaquie. Le territoire revendiqué de la Slovaquie. Frontiere méridionale. In: Raschhofer, Hermann: a. a. O. S. 176
- 306 Reichspost, Wien. 28. August 1918. S. 1
- 307 Nicolson, Harold: Friedensmacher 1919. – Paris 1934. S. 302
- 308 Zum Folgenden vergleiche: Krajčovic, Milan: Die Slowakei und die Entstehung des Burgenlandes. In: Burgenland 1921. - Eisenstadt 1996 (WAB. 95) S. 77 ff.
- 309 Coolidge, Harold u. Lord, Robert: Coolidge, Archibald C. Life and Letters. - New York 1932. S. 212.
- Vgl.: Hoffmann, Robert: Die Mission Sir Thomas Cuninghames in Wien 1919. - Salzburg: Diss. phil. 1971
- Deutsch, Julius: a. a. O. S. 78
- Cuninghame, Thomas Andrew: Dusty measure. A Record of Troubled Times. London 1939. S. 331
- Vgl.: Recker, Marie-Liuse: England und der Donauraum 1919 - 1929. - Stuttgart 1976. S. 45 ff. Public Record Office, London. Foreign Office 608/ 19/ 9519. S. 5. Zit. in: Haas Hanns: Anmerkungen zur Burgenlandfrage auf der Pariser Friedenskonferenz. In: Bgld. Heimatblätter 1971. S 106.
- Funder, Friedrich: Vom Gestern ins Heute. - Wien 1952. S. 609
- 316 Ormos, Mária: From Padua to the Trianon 1918 - 1920. - Budapest 1990. S.260 ff. Bibliothèque de Documentation Internationale Contemporaine, Paris. Dossier Klotz, Bd. 19 (Vertraulicher Bericht Allizés an Pichon, 12. Mai 1919) und Bd. 20 (Bericht General Halliers an Clemenceau, 8. Mai 1919). Zit. nach Röglspurger, Helga: Die Politik Frankreichs gegenüber Österreich von 1918 - 1922. Wien 1973. S. 72
- 318 Berlin, Jon: The Burgenland Question... a. a. O. S. 202
- 319 Bibliothèque de Documentation International Contemporaine, Paris. Dossier Klotz, Bd. 19 (Bericht Allizés an Pichon, 5. Juni 1919) a. a. O.
- 320 ADÖ. Bd. 2 Nr. 232 (Instruktion Staatsamt für Äußeres für die Delegation zum Pariser Friedenskongress)
- 321 Nasko, Siegfried: Karl Renner in Dokumenten und Erinnerungen. - Wien 1982. S.59 f. Schober, Richard: Die Tiroler Frage auf der Friedenskonferenz von Saint-Germain. Innsbruck 1982. S. 359
- Brief von Dr. Franz Klein an Staatssekretär Dr. Otto Bauer, Saint-Germain-en-Laye 20. Mai 1919. In: Fellner, Fritz: Saint-Germain im Sommer 1919. - Salzburg 1977. S. 69 f. Schober, Richard: a. a. O. S. 474
- Bericht über die Tätigkeit der deutschösterreichischen Friedensdelegation in St. Germain-en-Laye. Beilagen zum Protokoll der Konstituierenden Nationalversammlung. Bd 1. S. 23 (Urgenznote vom 24. Mai 1919 gez. Renner.)
- Beadon, R.H.: Some Memories of the Peace Conference. - London 1933. S. 200 f. Zit. nach: Berlin, Jon: The Burgenland Question... a. a. O. S. 207 f.

- 327 Hankey, Maurice P.: *The Supreme Control at the Paris Peace Conference 1919*. London 1963. S. 159 f. Zit. nach: Berlin, Jon: *The Burgenland Question...* a. a. O. S. 207
- 328 Lloyd George, David: *Memoirs of the Peace Conference*. - New Haven 1939. Bd. II. S. 599
- 329 Berlin, Jon: *Akten und Dokumente...* a. a. O. S. 54 f. (Dok. 15. Commission on the Frontiers of Enemy Powers. Report of Meeting. March 5. 1919)  
A. a. O. S. 80 (Dok.22. Secretary's notes of a meeting of foreign ministers held in M. Pichon's room at the Quai d'Orsay, Paris. May 8. 1919) und Miller, David H.: *My Diary at the Conference of Paris*. Vol. XIX. - New York 1926. S. 509  
A. a. O. S. 83 f. (Dok. 25. Secretary's notes of a conversation held in M. Pichon's room at the Quai d'Orsay, Paris. May 12. 1919)  
Brief von Dr. Franz Klein an Ottilie Friedländer, Paris 3. Juni 1919. In: Fellner, Fritz: „Saint-Germain im Sommer 1919. A. a. O. S. 114  
Bericht über die Tätigkeit der deutschösterreichischen Friedensdelegation.... a. a. O. Bd. 1. S. 130 f. (Note über die Grenzen Deutschösterreichs, 16. Juni 1919)  
A. a. O. S. 138 (Denkschrift über die Grenzen Deutschösterreichs)  
Beer, Ernst F.: *Deutsch-Westungarn nach dem Friedensvertrag von St. Germain*. In: *Deutsches Vaterland*. 1919. Heft 4. S. 15
- 336 ADÖ. Bd. 2. Dok. 268 (Stenographisches Protokoll zur 21. Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung für Deutschösterreich)  
ADÖ. Bd. 2. Dok. 271 (Privatschreiben Otto Bauers an Karl Renner, Wien 8. Juni 1919)
- 338 A. a. O. Dok. 254 (Geheime Weisung des Staatssekretärs für Äußeres an Gesandten Cnobloch in Budapest. Wien 27.Mai 1919)
- 339 A. a. O. Dok. 279 (Privatschreiben Otto Bauers an Béla Kun, Wien 16. Juni 1919)
- 340 Nicolson, Harold: *Friedensmacher 1919*. - Berlin 1934. S. 346 f.  
Berlin, Jon: *Akten und Dokumente...*a. a. O. S. 93 (Dok. 36. Nicht datiertes Memorandum; ca. 17. – 20. Juni 1919) und S. 95 (Dok.Nr. 37. Beilage zu einem Bericht von Archibald Coolidge, 20. Juni 1919).  
Almond, Nina u. Lutz, Ralph: *The Treaty of St. Germain*. - Stanford 1935. S. 415 f. (Dok. 147. Czechoslovak protest against the eventual allotment of certain territory, comprising the German district of West Hungary to the government of Austria. 3. Juli 1919)  
Fellner, Fritz: „Saint-Germain im Sommer 1919“ a. a. O. S. 238  
Vorlage der Staatsregierung, betreffend den am 10. September 1919 unterfertigten Staatsvertrag von Saint-Germain mit den alliierten und assoziierten Mächten, samt drei Annexen. 379 der Beilagen der Stenographischen Protokolle der Konstituierenden Nationalversammlung.  
Bericht über die Tätigkeit der deutschösterreichischen Friedensdelegation... a. a. O. Bd. 2. S. 99 f.  
ADÖ. Bd. 2 S. 388 (Dok. 327. Stenographisches Protokoll der Konst. Nationalversammlung, 26. Juli 1919)
- 347 A. a. O. S. 320 (Beilage 74. Antwort der alliierten und assoziierten Mächte zu den Bemerkungen der österreichischen Delegation über die Friedensbedingungen. Paris, 2. Sept. 1919)
- 348 Low, Alfred: *The First Austrian Republic and Soviet Hungary*. In: *Journal of Central European Affairs*S. 193
- 349 Siklós, András: *Ungarn 1918 – 1919*. A. a. O. S 314 f.

- 350 Gyula, Katalin: Die westungarische Frage nach dem Ersten Weltkrieg. In: Österr. Osthefte. 1966. S. 93  
Archiv des Auswärtigen Amtes. Bonn. Oesterreich, Nr. 92/1 Bd. 29. A 21.442 (Bericht des Deutschen Generalkonsulates Budapest, 28. Aug. 1919. Gez. Fürstenberg)  
Ödenburger Proletarier, Sopron. 24. Juli 1919. S. 1  
Ödenburger Proletarier, Sopron. 26. Juli 1919. S. 19  
Ödenburger Proletarier, Sopron. 1. August 1919. S. 2  
Kirschner, Béla: A „Szakszervezeti kormány” hat napja 1919. Budapest 1968. S. 106
- 356 Grenzpost, Sopron. 12. August 1919. S. 3
- 357 Kirschner, Béla: a. a. O. S. 114 und 171
- 358 Fogarassy, László: A nyugat-magyarországi kérdés katonai története. In: Soproni Szemle. 1971. S. 295 f.
- 359 Lehár, Anton: Erinnerungen. - Wien 1973. S. 95 ff.
- 360 Grenzpost, Sopron. 14. August 1919. S. 1
- 361 Bgld. Landesarchiv, Eisenstadt. Anschlussarchiv. Fasz. 4/C/I/3 (Bericht der Verwaltungsstelle für Westungarn an das Staatsamt des Inneren vom 19. Februar 1920).
- 362 Roth, Joseph: a. a. O. S. 815
- 363 Lendvai, Paul: Die Ungarn. - München 1999. S. 422 f.
- 364 ADÖ. Bd. 2, Dok. 333 (Protokoll der Konstituierenden Nationalversammlung für Deutschösterreich., 8. August 1919)  
Bericht der deutschösterreichischen Friedensdelegation. Bd. 2. S. 307  
Österr. Staatsarchiv, Wien. Archiv der Republik. NPA Präsidium K.6/2269
- 367 Deutsch, Julius: Aus Österreichs Revolution. - Wien o. J. S. 80
- 368 Berlin, Ion: Akten und Dokumente Eisenstadt 1977. S. 139 (Dok. 64. Bericht Albert Halsteads, Wien, 19. August 1919)
- 369 Neues Wiener Tagblatt, Wien. 20. August 1919. S. 3
- 370 Hajszányi, Paul: Güssing in historischer Schau. In: Festschrift Stadterhebung Güssing 1973. S. 128 f.
- 371 Neue Freie Presse, Wien. 18. August 1919. S. 2
- 372 Fogarassy, László: A nyugat-magyarországi kérdés katonai története. In: Soproni Szemle. 1971. S. 291 ff.
- 373 Berlin, Jon: Akten und Dokumente... S. 183 (Dok. 110. Halstead to the American Commission to negotiate Peace. Vienna, 1. Nov. 1919)
- 374 Hajszányi, Paul: a. a. O. S. 131
- 375 Grenzpost, Sopron. 15. August 1919. S. 1
- 376 Sopron Vármegye Hivatalos Lapja. 25. August 1919
- 377 Bellér, Béla: Az ellenforradalmi rendszer első éveinek nemzetiségi politikája (1919 -1922). In: Századok. 1964. H. 6. S. 1.281
- 378 Magyar Országos Levéltár, Budapest. MinistereInöki iratok. 1919-XXXVII-6492
- 379 Schwind, Hedwig: Jakob Bleyer. - München 1960. S. 84
- 380 Magyar Országos Levéltár, Budapest. Külügyminisztérium iratai. Békeelőkészítő iroda iratai 1919-1938. Zit. nach: Gyula, Katalin: Die westungarische Frage nach dem Ersten Weltkrieg. A. a. O. S. 94 f.
- 381 Berlin, Jon: Akten und Dokumente... A. a. O. S. 128

- 382 Papers and documents... S. 38 (Dok. 24: The President of the Day of the Interallied Military  
Mission in Budapest, General Mombelli, to Prime Minister, Mr. Huszár. Budapest,  
1. Okt. 1919)  
Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn. Akten betreffend Innere Zustände  
Ungarns. A 24.812 (Budapest, 13. Sept. 1919. Gez. Fürstenberg)
- 384 Népszava, Budapest. 11. Okt. 1919. Zit. nach: Soós, Katalin: Burgenland az európai politi-  
kában. - Budapest 1971. S. 37
- 385 Fogarassy, László: A Horthy-hadsereg bevonulása Tiszántúlra. In: Különlenyomat a  
Debreceni Déri Múzeum 1973. S. 222 f.
- 386 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn. Akten betreffend Innere Zustände  
Ungarns. A 28.424 (K193.907. Streng vertraulich, Wien 22. Okt. 1919. Gez. Kundt)
- 387 ADÖ. Bd. 2. Nr. 349 (Denkschrift Gesandter Cnobloch, Wien 22. Aug. 1919)
- 388 Berlin, Jon: Akten und Dokumente... A. a. O. S. 134 f.
- 389 ADÖ. Bd. 3. Dok. 371 (Staatskanzler Renner an Gesandten Cnobloch. Wien, 5. Okt. 1919)
- 390 Gergely, Jenő: A Keresztényszocialisták politikai szerepe az ellenforradalom első éveiben  
(1919 - 1923). In: Századok 1976. S. 239
- 391 FRH. Bd. 1. Nr. 84 (Gratz to Somssich. Wien, 20. Jänner 1920)
- 392 Zit. nach: Falk, Emmerich: Das Burgenland im Blickfeld tschechischer Großherrschafts-  
pläne. - Stuttgart 1938. S. 82
- 393 Magyar Országos Levéltár, Budapest. Küm. res. pol. 1920-20-181. Zit. nach: Kerekes, Lajos:  
Von St. Germain bis Genf. - Budapest 1979. S. 156
- 394 Magyar Országos Levéltár, Budapest. Külügyminiszterium 1920-20-307 (Photokopie dieses  
Aktes im Bgld. Landesarchiv, Anschlussarchiv)
- 395 ADÖ. Bd. 3. Nr. 388 B (Staatskanzler Renner an rumänischen Gesandten Diamandi, Wien  
23. Nov. 1919)
- 396 Gajanová, Alena: Die tschechoslowakisch-österreichischen Beziehungen in der  
Nachkriegszeit. In: Schriftenreihe des Österr. Ost- und Südosteuropa-Instituts. Bd. 3. S. 439
- 397 ADÖ. Bd. 3. Nr. 419 (Politische Verhandlungen zwischen Staatskanzler Renner und Außen-  
minister Benes. Geheimes Protokoll. Prag, 12. Jan. 1920)
- 398 ADÖ. Bd. 3. Nr. 430 (Stenograph. Protokoll der 43. Sitzung der Konstituierenden National-  
versammlung, Wien, 19. Feb. 1920)
- 399 Csáky, Eva-Marie: Vom Geachteten zum Geächteten. - Wien 1992. S. 278
- 400 Coolidge/ Lord: Archibald Cary Coolidge. - Boston 1932. S. 223
- Romanelli, Guido: Nell' Ungheria di Bela Kun e durante l'occupazione militare romana. -  
Udine: Deretti 1964.
- 402 Papers and documents relating to the Foreign Relations of Hungary. Vol. 1. - Budapest 1939.  
(Weiterhin zitiert als FRH, 1) No. 142, 269/res.pol. (Teleki to Somssich. Neuilly,  
23. 2. 1920).
- 403 FRH, 1. Nr. 65. 4203/pol. (Memorandum of Mr. Ambrò, Sec. of Legation, about his conver-  
sation with the Commissioner of Italy in Budapest, Cerruti. Budapest, 29. XII. 1919).  
FRH, 1 Nr. 103. 545/pol. (Somssich to Praznovszky. Budapest. 29. 1. 1920).
- 404 FRH, 1. Nr. 155. 1274/pol. (Nemes to Somssich. Rom, 2. 3. 1920).
- 405 Vgl. Mosca, Rodolfo: Rom-Budapest 1918-1921. In: Berliner Monatshefte. 17. Jg. (1939).  
Seite 527 f.
- 406 FRH, 1. Nr. 173 1358/pol. (Praznovsky to Somssich. Neuilly, 7. 3. 1920).

- FRH, 1. Nr. 177. 1436/pol. (Nemes to Somssich. Rom, 9. 3. 1920).um.at
- 408 Vgl. Mosca: a. a. O. Seite 534.
- 409 FRH, 1. Nr. 186. 1559/pol. (Nemes to Somssich. Rom, 13. 3. 1920)
- FRH, 1. Nr. 184. 1498/pol. (Somssich to Nemes. Budapest, 13. 3. 1920)
- FRH, 1. Nr. 192. 1607/pol. (Nemes to Somssich. Rom, 16. 3. 1920)
- 412 FRH, 1. Nr. 75 238/pol. (Gratz to Somssich. Wien, 14. 1. 1920)
- ADÖ. Bd. 3. Nr. 436 (Streng vertrauliche Aufzeichnungen Staatsamt für Äußeres. Wien, 30. März und 1. April 1920)
- 414 Renner, Karl: Österreich von der ersten zur zweiten Republik. - Wien 1953. S. 38
- 415 Nitti, Francesco: Das friedlose Europa. - Frankfurt o. J. S. 258
- 416 ADÖ. Bd.3. Nr. 438 A (Abkommen zwischen Staatskanzler Renner und Ministerpräsident Nitti. Rom, 12. April 1920) und Malfè, Stefan: Wien und Rom nach dem Ersten Weltkrieg. - Wien 1978. S. 36 ff.
- 417 FRH, 1. Nr. 215. 2333/pol. (Nemes to Simonyi-Semadam. Rom, 11. 4. 1920)
- 418 FRH, 1. Nr. 238. 2455/pol. (Nemes to Teleki. Rom, 21.4.1920)
- 419 Broschüre; Eine Riesen-Kundgebung Westungarns gegen den Anschluss. - Ödenburg 1920. S. 1
- 420 Alldeutsches Tagblatt, Wien. 21. Feb. 1921. S. 2
- 421 Wandycz, Piotr: France and her eastern allies 1919 – 1925. – Minneapolis 1962. S. 187.
- 422 FRH, 1. nr. 96. 453/pol. (Somssich to the Representative of the Hungarian Government in Warsaw, Count Csekonics. Budapest, 26. 1. 1920).
- 423 Vgl. Schmidt-Wulffen, Wulf-Dieter: Deutschland - Ungarn 1918 – 1933. Diss. phil. Wien 1969. S. 214.
- 424 Kerekes, Lajos: Von St. Germain bis Genf. - Budapest 1979. S. 191
- 425 Vgl. Wandycz: a. a. O. S. 189.
- 426 Windischgraetz, Ludwig: Helden und Halunken. S. 150
- 427 FRH, 1. Nr. 405. 1717/res.pol. (Csáky to Teleki. Versailles, 28.6.1920)
- 428 Vgl. Guglia, Otto: Das Werden des Burgenlandes. – Eisenstadt 1961. S. 39
- 429 Geheimes Staatsarchiv München. MA 103.096. Bericht des deutschen Botschafters Paris. 14. 8. 1920. (Zit. nach Schmidt-Wulffen.)
- 430 Österr. Staatsarchiv, Wien. Archiv der Republik. NPA, Fasz. 883 Liasse Ungarn III/1 und Ádám, Magda: Richtung Selbstvernichtung. - Budapest o. J. S. 26 f.
- 431 Vgl. Wandycz: a. a. O. Seite 193. und Pesti Hirlap. 26. Februar 1920
- 432 ADÖ. Bd. 3. Nr. 458 (Geheimes Protokoll des Kabinettsrats, 3. August 1920)
- Vgl. Toscano, Mario: L'Accordo revisionistica Franco-Ungherese del 1920. In: Pagine di storia diplomatica contemporanea. Bd. 1. Milano: 1963. S. 425
- 434 Maur, Gilbert in der: Jugoslawien einst und jetzt. 2. Bd. S. 353
- ADÖ. Bd. 3. Nr. 470 (Eichhoff an Staatsamt für Äußeres. Paris, 7. Oktober 1920)
- 436 Archivio Storico Diplomatico del Ministero degli Affari Esteri. Roma. Affari Politici, Ceccoslovaccia. Pacco 934, Fasz. 1857. (Torretta an Sforza, Wien, 14. August 1920)
- 437 Lindeck-Pozza, Irmtraud: Die Burgenlandfrage in der italienischen Außenpolitik. A. a. O. S. 136
- 438 Österr. Staatsarchiv, Wien. Archiv der Republik. NPA. Fasz. 883. Liasse Ungarn III/1. (Bericht des österr. Gesandten Cnobloch. Budapest, 5. August 1920).
- 439 Vgl. Kerekes, Lajos: a. a. O. Seite 358ff. und Gyula, Katalin: Die Westungarische Frage nach dem Ersten Weltkrieg. In: Österr. Osthefte 1966. Seite 97 f.

- 440 Oedenburger Zeitung, Sopron: 3. Juni 1920. S. 11. <http://www.biologiezentrum.at>
- 441 Kerekes, Lajos: Von St.Germain bis Genf. - Budapest 1979. S. 200 f.
- 442 Berlin, Jon: Akten und Dokumente des Außenamtes der USA... a. a. O. S. 323 f. (Dok. 194. Memorandum by Arthur DuBois, Wien, 23. 8. 1920)  
Archiv des Deutschen Auswärtigen Amtes, Bonn. Abt. II. Akten betreffend die westungarische Frage. K 273.858 ff.  
Steiermärkisches Landesarchiv, Graz. Landesregierung Präs. 5 b-883/1920. Zit. nach: Desput, Joseph: Die Steiermark und der Anschluß des Burgenlandes an Österreich. In: Festschrift Gerhard Pferschy - Graz 2000. S. 438
- 445 FRH, I. nr. 743. 422/res.pol. (Gratz to Csáky. Wien, 25.10.1920).
- 446 FRH, I. Nr. 756. 7446/pol. memorandum of the Min. for Foreign Affairs, Csáky, about his conversation with Weisskirchner. Budapest, 28.10.1920).  
ADAA, Bonn. Abt. II. Westungarische Frage. K 273.873 f. (Deutsche Gesandtschaft Budapest. 9.11.1920. Gez. Fürstenberg.) Weiterhin zit. als: ADAA. Ein Mikrofilm dieses Aktenbestandes befindet sich im Bgld. Landesarchiv. und Berlin, Jon: Akten und Dokumente a. a. O. Dok. 170 (Eichhoff to Millerand. Paris, 1. 6. 1920)
- 448 Ein ähnlicher Gedanke war schon 1919 von Wien aus angeregt worden. Siehe: Rittsteurer, Josef: Kirche im Grenzraum. S. 335 f.
- 449 ADAA. a .a. O.
- 450 Excerpts from the political diary of the Hungarian peace delegation (by Count Stephen Csáky). Seite 891.  
ADAA. Abt. II. Westungarische Frage. K 273.877 (Deutsche Gesandtschaft Budapest. 15.11.1920. Gez. Thermann.)  
ADAA. Abt. II. Westungarische Frage. K 273.923 (Deutsche Gesandtschaft Wien. 4. 1. 1921. Gez. Rosenberg)  
ADAA. Abt. II. Westungar. Frage. k 273.923 (Deutsche Gesandtschaft Wien. 4. 2. 1921. Gez. Schoen.)
- 454 a. a. O.
- 455 ADAA. Abt. II. Westungar. Frage. K 273.883 (Deutsche Gesandtschaft Budapest. 29. 11. 1920 Gez. Fürstenberg.)
- 456 Durchschlag eines Briefes vom 19.12.1920 im Nachlass Bleyer (Budapest). Zit. nach: Schwind, Hedwig: Jakob Bleyer. – München 1960. S. 84  
ADAA. Abt. II. Westungar. Frage. K 273.901 (Deutsche Gesandtschaft Wien. 21. 12. 1920. Gez. Rosenberg.)
- 458 FRH, I. Nr. 801. 7788/pol. (Csáky to Gratz. Budapest, 16. 11. 1920)  
FRH, I. Nr. 871. 8542/pol. (Praznovsky to Teleki. Paris, 15. 12. 1920).
- 459 ADAA. Abt. II. Westungar. Frage. K 273.881 (Deutsche. Gesandtschaft Wien. 27. 11. 1920. Gez. Rosenberg.)
- 460 ADAA. Abt. II. Westungar. Frage. K. 273.901 (Deutsche Gesandtschaft Wien. 21. 12. 1920. Gez. Rosenberg.)  
ADAA. Abt. II. Westungar. Frage. K 273.941. (Deutsche Gesandtschaft Wien, 14. 1. 1921. Gez. Rosenberg.)
- 461 Bgld. Landesarchiv, Eisenstadt. Anschlussarchiv. Fasz. 18 D/III/1 (Memorandum über die Errichtung eines Schutzamtes für Deutschwestungarn vom 15. 8. 1919)

- 462 Dax, Wolfgang: Burgenländisches Landesrecht. In: 50 Jahre Burgenland. - Eisenstadt 1971. S. 50
- 463 Abschrift des Schreibens des „Vollzugsausschusses der Burgenländischen politischen Vereine in Wien“ vom 26. Sept. 1920 (Gez.: Dr. Alfred Walheim, Josef Baliko, Dr. Eugen Schuster, Franz Binder). Im Besitz des Verfassers.
- 464 FRH, 1. Nr. 884. 8822/pol. (Teleki to Gratz. Budapest, 28. 12. 1920.)
- 465 Berlin, Jon: Akten und Dokumente des Außenamtes... a. a. O. S. 352. (Dok. Nr. 211. Eichhoff to Cambon. Paris, 23. 12. 1920)
- 466 Kerekes, Lajos: a. a. O. S. 256
- 467 ADA. Abt. II. Westungar. Frage. K 273.923 (Deutsche Gesandtschaft, Wien. 4. 1. 1921. Gez. Schoen)
- 468 FRH, 1. Nr. 894. 53.pol-1921. (Gratz to Mayr. Wien, 31. 12. 1920).
- 469 ADA. Abt. II. Westungar. Frage. k 273.005 (Aufzeichnungen Berlin. 23. 2. 1921.)
- 470 a. a. O.
- 471 Österr. Staatsarchiv, Wien. Archiv der Republik. NPA K. 58/79
- 472 ADA. Abt. II. Westungar. Frage. K 273.883 f. (Deutsche Gesandtschaft. Budapest, 29. 11. 1920. Gez. Fürstenberg)
- 473 ADA. Abt. II. Westungar. Frage. K 274.020 (Deutsche Gesandtschaft. Budapest, 26. 2. 1921. Gez. Fürstenberg).
- 474 Österr. Staatsarchiv, Wien. Archiv der Republik. NPA-W, Fasz. 905. Liasse Ungarn 9/3 (Bericht v. 20. 2. 1921)
- Schmidt-Wulffen, Wulf: Das Burgenland und die deutsche Politik 1918 – 1921. In Österr. Osthefte 1969. S. 281
- 476 ADA. Abt. II. Westungar. Frage. K 274.066 (Deutsche Gesandtschaft Budapest. 14. 5. 1921. Gez. Fürstenberg).
- Broucek, Peter: Karl I. (IV.). - Wien 1997. S. 227
- 478 Windischgraetz, Ludwig: Helden und Halunken. - Wien 1965. S. 150
- Brook-Shepherd, Gordon: Karl I. - Wien 1976. S. 309
- 480 Werkmann, Karl: Der Tote auf Madeira. - München 1923. S. 72
- 481 Ádám, Magda: Richtung Selbstvernichtung. – Budapest o. J. S. 36
- 482 ADA. Abt. II. Westungar. Frage. K 274.094 (Deutsche Gesandtschaft Budapest. 2. 6. 1921. Gez. Fürstenberg) und Pester Lloyd, Budapest. 2. 6. 1921, Morgenblatt. S. 1
- 483 ADÖ. Bd. 3. Nr. 539 (Hausnotiz Legationsrat Egger. Wien, 30. 5. 1921)
- 484 Guglia, Otto: Die Angliederung des Burgenlandes an Österreich. A. a. O. S. 13
- 485 ADA. Abt. II. Westungar. Frage. K 274.079 (Deutsche Gesandtschaft Budapest. 27. 5. 1921. Gez. Fürstenberg).
- 486 ADA. Abt. II. Westungar. Frage. K 274.086 (Deutsche Gesandtschaft Budapest. 1.6.1921. Gez. Fürstenberg).
- 487 ADÖ. Bd. 3. Nr. 538 (Protokoll der Besprechungen österreichischer und ungarischer Regierungsvertreter, Wien, 25. 5. 1921)
- 488 ADA. Abt. II. Westungar. Frage. K 274.082 (Deutsche Gesandtschaft Wien. 29. 5. 1921. Gez. Rosenberg).
- 489 ADA. Abt. II. Westungar. Frage. K 274.101 (Deutsche Gesandtschaft Budapest. 5. 7. 1921. Gez. Fürstenberg).
- 490 Heideking, Jürgen: Areopag der Diplomaten. - Husum 1979. S. 170

- 491 Papers and documents relating to the Foreign relations of Hungary. Vol. II. - Budapest 1946.  
Dok. Nr. 660 (Masirevich to Bánffy. Vienna, 30. Juli 1921)
- 492 Österr. Staatsarchiv, Wien. Archiv der Republik. Liasse Ungarn. Karton 906. Nr. 3843/1 B  
ex 1921 und ADAA. Abt. II. Westungar. Frage. K 274.105 (Deutsche Gesandtschaft  
Budapest. 16. Aug. 1921. Gez. Fürstenberg).
- 493 Papers and documents... a. a. O. Dok. 707 (Masirevich to Bánffy. Vienna, 14. Aug. 1921)
- 494 ADÖ. Bd. 4. Dok. 557 (Äußerung der politischen Sektion im BM. f. Äußeres. 12. 8. 1921)
- 495 Lindeck-Pozza, Irma: Vom Vertrag von Saint-Germain bis zur Machtergreifung des  
Faschismus. A. a. O. S. 177
- 496 Österr. Staatsarchiv, Wien. Archiv der Republik. NPA. K. 822/68
- 497 Fogarassy, László: A nyugat-magyarországi kérdés katonai története. A. a. O. S. 301 f.
- 498 Romsics, Ignác: István Bethlens Außenpolitik in den Jahren 1921 - 1931. München 1990.  
S. 249
- 501 Borus, József: Freischärler in Westungarn 1921. In: Burgenland 1921. - Eisenstadt 1996. S.  
51 ff.
- 502 Vgl.: Miltschinsky, Viktor: Das Verbrechen von Ödenburg. - Wien 1922. S. 30 ff.
- 503 Fogarassy, Ladislaus: Beiträge zum Venediger Protokoll aufgrund ungarischer Quellen. In:  
Bgl. Heimatblätter. 1978. H. 4. S. 146
- 504 Neues Wiener Tagblatt, Wien. 20. Aug. 1921
- 505 Miltschinsky, Viktor: Das Verbrechen von Ödenburg. - Wien 1922. S. 27 f.
- 506 Soós, Katalin: Burgenland az Európai politikában (1918 - 1921). - Budapest 1971. S. 149
- 507 Steinböck, Erwin: Die Angliederung des Burgenlandes 1921. In: Die Nachkriegszeit 1918 -  
1922. - Wien: 1973. (Truppendienst Taschenbuch. Bd. 22) S. 117
- 508 Carsten, Francis L.: Die Erste österreichische Republik im Spiegel zeitgenössischer Quellen.  
Wien 1988. S. 73
- 509 Österr. Staatsarchiv, Wien. Allg. Verwaltungsarchiv. Akten des Wehrausschusses der  
Großdeutschen Volkspartei. V I-11-23 (2. Sitzung des Wehrausschusses. 5. Okt. 1921)
- 510 Ausführliche Beschreibung des Gefechtes in: Schlag, Gerald: Die Kämpfe um das  
Burgenland. - Wien 1983 (3. Aufl.) (Militärhistorische Schriftenreihe. H. 16)
- Lengyel, Béla: Die Entwicklung der ungarischen Streitkräfte 1918 - 1941. In: Österr.  
Militärische Zeitschrift. 1965. S. 470
- Buttlar, Gertrud: Die Rolle Wiener Neustadts bei der Entstehung des Burgenlandes. In:  
Burgenland 1921. - Eisenstadt 1996. S. 18
- Fogarassy, László: Eisenstadt und Umgebung zur Zeit der Bandenkämpfe. In. Bgl.  
Heimatblätter 1968. S. 164 f.
- [Héjjas, Jenő.] A Rongyos Gárda harcai. Írta egy Rongyos. - Budapest: o.J. Zit. nach: Borus,  
József a. a. O. S. 63
- Oberwarer Sonntags-Zeitung, Oberwart. 9. Okt. 1921. S. 1
- 516 Bgl. Landesarchiv, Eisenstadt. Landesverwaltungsamt Sauerbrunn. Abt. 4, Zl. 4-112  
(Bericht des Bezirksverwalters von Mattersburg. 3. Feb. 1922, Beilage)
- 517 Kirchenzeitung der Diözese Eisenstadt, Eisenstadt. 24. Jan. 1971. S. 11
- 518 Soós, Katalin: Burgenland... a. a. O. S. 158
- 519 Fogarassy, László: Paul Prónays Erinnerungen an das „Lajta-Banat“. In: Bgl. Heimatblätter.  
1990. S. 7
- 520 ADAA, Bonn. Abt. II. K 274.240 (Bericht Kundt. Wien, 24. Sept. 1921)

- Csima, János: Olaszország szerepe a Horthy-hadsereg fegyverkezésében (1920 - 1941). In: *Hadtörténelmi Közlemények*. 1969. S. 291
- Falk, Emmerich: a. a. O. S. 90
- ADÖ. Bd. 4. Dok. 574 (Schober an Legationssekr. Freudenthal. Wien, 17. Sept. 1921)
- ADÖ. Bd.4. Dok 579 (Unterredung Schober mit Benes. Hainburg, 23. Sept 1921)
- Archiv der Bundespolizeidirektion Wien. Schober-Archiv. Fasz. Burgenland. Aufzeichnung einer Unterredung Dr. Szeps mit dem französischen Gesandten am 24. Sept. 1921. Zit. nach: Hohenbichler, Eduard: *Republik im Schatten der Monarchie*. - Wien 1971. S. 35
- 526 Neue Freie Presse, Wien. 3. Okt. 1921. S. 1
- 527 ADÖ. Bd. 4. Dok. 557 (Protokoll der 10. Sitzung des Ausschusses für Äußeres. Wien, 22. Sept. 1921)
- Deutschösterreichische Tageszeitung, Wien. 22. Sept. 1921. S. 1
- 529 a. a. O. 29. Sept. 1921. S. 2
- 530 Fogarassy, László: Die Volksabstimmung in Ödenburg und die Festsetzung der österreichisch-ungarischen Grenze im Licht der ungarischen Quellen und Literatur. In: *Südost-Forschung* 1976 S. 163 f.
- Archiv der Bundespolizei Wien. Schober-Archiv. Protokoll aus Venedig 1921. Zit. nach: Hohenbichler, Eduard: *Republik im Schatten der Monarchie*. A. a. O. S. 150 f.
- Ferrario, Carlo Antonio: *Italia e Ungheria*. - Milano 1926. S. 301 („Le condizioni di questo plebiscito erano tali da rivelare una indubbia rinuncia dell' Austria, rinuncia che voleva essere larvata da un atto legale.”)
- ADÖ. Bd. 4. Nr. 595 (Protokoll des Ministerrats. Wien, 8. Nov. 1921)
- Deutschösterreichische Tageszeitung, Wien. 25. Okt. 1921. S. 3
- Ormos, Mária: *Civitas fidelissima*. - Győr 1990. S. 191
- Vgl.: Hohenbichler, Eduard: *Republik im Schatten der Monarchie*. S. 30. ff., Kerekes, Lajos: *Von St. Germain bis Genf*. S. 314 ff. und Lindeck-Pozza, Irmtraud: *Vom Vertrag von Saint Germain bis zur Machtergreifung des Faschismus*. S.178 ff.
- Fogarassy, László: Die Volksabstimmung in Ödenburg (Sopron) a. a. O. S. 163 f.
- Ödenburger Zeitung, Sopron. 25. Okt. 1921. S. 1
- 539 Szabó, Ágnes und Pámlényi, Pál [Hrsg.]: *A határban a halál kaszál*.- Budapest 1963. S. 296 ff.
- Österr. Staatsarchiv, Wien. Archiv der Republik. NPA. K 912
- Papers and documents relating to the Foreign Relations of Hungary*. Bd. III. Dok. 1119 (Masirevich to Bánffy. Wien, 24. Okt. 1921)
- 542 Heideking, Jürgen: *Areopag der Diplomaten*. A. a. O. S. 177
- Bgld. Landesarchiv, Eisenstadt. Landesverwaltungsamt. Abt. II. 1921. Zl. 2-212/12.
- 544 Fogarassy, László: Die Volksabstimmung in Ödenburg... a. a. O. S. 166 f.
- Steinacher, Hans: *Zur Frage der Ödenburger Volksabstimmung (1921)*. In: *Bgld. Heimatblätter*. 1961. S. 198
- 546 Vgl.: Ormos, Mária: *Civitas fidelissima*. - Győr o. J. S. 195 ff.
- 547 Villani, Frigyes: *Jelentés a soproni népszavazásról és a magyar-osztrák határ megállapításáról*. - Sopron 1923 (Diese vertrauliche Veröffentlichung erschien nur in 30 Exemplaren). Zit. nach: Fogarassy, László: *Die Volksabstimmung in Ödenburg...*a. a. O. S. 159 ff.
- 548 ADÖ. Bd. 4. Dok. 612 (Schober an Eichhoff. 9. Dez. 1921)
- 549 Horváth, Zoltán: *Civitas Fidelissima*. In: „*Magyarok maradtunk*” 1921 1996. Sopron 1997. S. 45

- 550 Burgenländisches Landesarchiv, Eisenstadt. Anschlussarchiv. Fasz. 3 at  
 Traeger, Ernest: Die Volksabstimmung in Sopron. - Sopron 1928. S. 24  
 Hoffenreich, Ernst: Zehn Jahre nach dem Verlust von Ödenburg. In: Bgld. Freiheit. 18. Dez.  
 1931. S. 1  
 Kurz, Cornelia: Deutschsprachige Propaganda und Agitation während des Anschlußkampfes  
 des Burgenlandes an Österreich 1918 - 1921. (Diss. phil.) - Wien o. J. S. 219  
 Zit. nach: Steinacher, Hans: a. a. O. S. 201  
 ADÖ. Bd. 4. Dok. 621 (Abkommen zwischen der Republik Österreich und der  
 Tschechoslowakischen Republik. Prag, 16. Dez. 1921)
- 556 Hochenbichler, Eduard: Republik im Schatten der Monarchie. A. a. O. S. 86  
 557 Bgld. Landesarchiv, Eisenstadt. Anschlussarchiv. Auszug aus dem Tagebuch von Dr. Hans  
 Steinacher (Maschinegeschriebene Abschrift) S. 25  
 558 Österr. Staatsarchiv, Wien. Archiv der Republik. Fasz. 910. Liasse Ungarn 9/10.  
 559 Neue Freie Presse, Wien. 13. Jänner 1922. S. 3  
 560 Proposition au sujet de la rectification de la ligne frontière établie par les traités de Trianon  
 et de Saint-Germain entre l'Autriche et la Hongrie, dans sa partie traversante le comitat de  
 Moson (Commission de Délimitation de la Frontière Délégation Hongroise). Nachlass  
 Ernő Träger. Bgld. Landesarchiv, Eisenstadt.
- 561 Mémoire au sujet de la ferm d' Ürgédpuszta (Zeiselhof) Le Duc Elemér Lónyay,  
 Stephanie Princesse Royale des Belges. Mémoire au sujet du démembrement du domain  
 Archiducal de Magyaróvár. Mémoire au sujet du démembrement du fideicommiss de Prince  
 Esterházy. Nachlass Ernő Träger. Bgld. Landesarchiv, Eisenstadt
- 562 Proposition au sujet de la rectification de la ligne de frontiere traversant le comitat de  
 Sopron. Nachlass Ernő Träger. Bgld. Landesarchiv, Eisenstadt
- 563 Schlag, Gerald: Die Kroaten im Burgenland 1918 bis 1945. In: Geosits, Stefan [Hrsg.]: Die  
 burgenländischen Kroaten im Wandel der Zeiten. Wien 1986. S.179 ff.
- 564 Bgld. Landesarchiv, Eisenstadt. Anschlussarchiv. Fasz. 29, H 1-3, Landesgrenzbüro 1922,  
 Zl. 1-50/1922, Zl. 16
- 565 Ernst, August: Der Anschluss der Gemeinde Luising an Österreich (1923). In: Bgld.  
 Heimatblätter 1973. S. 145 ff.
- 566 Fogarassy, László: Die Volksabstimmung in Ödenburg.... a. a. O. S. 177  
 567 Braitenberg, Benno: Männer müssen kämpfen. - Leipzig 1938. S. 145 ff.  
 568 Fogarassy, László: Die Volksabstimmung von Ödenburg... a. a. O. S. 178  
 569 Fogarassy, László: Határmenti események Burgenland megalakulásától az új határvonal  
 megállapításáig. In: Soproni Szemle. 1975. S. 151 f.  
 Bgld. Landesarchiv, Eisenstadt. Fasz. 29, H 1-3 (Landesgrenzbüro 1922) Zl. 1-50/1922, Zl. 19  
 Bgld. Landesarchiv, Eisenstadt. Anschlussarchiv. Fasz. 26. E 3  
 Österr. Staatsarchiv, Wien. Archiv der Republik. Allg. Verwaltungsarchiv, Österr.  
 Bundeskanzleramt. Nr. 164/14 bis Nr. 164/16  
 Vgl. auch Suppan, Arnold: Um die Südgrenze des Burgenlandes. Grenzziehung an der  
 deutsch-magyarisch-slowenischen Dreivölkerecke. In: Bgld. Forschungen. H. 70 (1981)
- 574 Bgld. Landesarchiv, Eisenstadt. Anschlussarchiv. Fasz. 30, H 3 c, (Landesgrenzbüro 1923),  
 1-100
- 575 Bgld. Landesarchiv, Eisenstadt. Anschlussarchiv. Fasz. 27, F 1 und 2

# Literaturverzeichnis

## Quellen

### Ungedruckte Quellen:

**Archivio Storico Diplomatico del Ministero degli Affari Esteri, Rom.** Affari Politici. Abt. Austria, Ceccoslovacchia und Ungheria.

**Burgenländisches Landesarchiv, Eisenstadt.** Anschlussarchiv. A/I-IV, B, C/I-II, D/I-V, E, F/I-II, G, H, J(I-II, K/I-II (44 Fasz.)

**Magyar Országos Levéltár, Budapest.** Archiv der Ungar. Hofkanzlei. A 115, Limitanea B (Austriaca)

**Österreichisches Staatsarchiv, Wien.** Archiv der Republik. BM f. Auswärtige Angelegenheiten, Neues Politisches Archiv (NPA) 1918 - 1922.

**Soproni Levéltár, Sopron.** IV. A. 1. Komitatsversammlungsakte Ödenburg. Grenzlimitationen 1793

**Soproni Levéltár, Sopron.** XV. 17.II/1. Ausztria-Magyarország közötti határmegállapítás iratai.

### Gedruckte Quellen:

**Almond, Nina and Lutz, Ralph H. (Hrsg.):** The Treaty of St. Germain. A documentary history of its territorial and political clauses. - Stanford: Stanford University Press 1935 (Hoover war library publications. Nr. 5)

**Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich 1918-1938.** Hrsg. v. Klaus Koch, Walter Rauscher und Arnold Suppan.

Band 1: Selbstbestimmung der Republik. 21. Oktober 1918 bis 14. März 1919. - Wien: Verl. f. Geschichte und Politik 1993.

Band 2: Im Schatten von Saint-Germain. 15. März 1919 bis 10. September 1919. - Wien: Verl. f. Geschichte und Politik 1994.

Band 3: Österreich im System der Nachfolgestaaten (11. September 1919 bis 10. Juni 1921) - Wien: Verl. f. Geschichte und Politik 1996

Band 4: Zwischen Staatsbankrott und Genfer Sanierung. 11. Juni 1921 bis 6. November 1922.- Wien: Verl. f. Geschichte und Politik 1998.

**Berlin, Jon D.:** Akten und Dokumente des Außenamtes (State Department) der USA zur Burgenland-Anschlußfrage 1919-1920. Eisenstadt: 1977 (Burgenländische Forschungen. H. 67)

**Corpus Juris Hungarici,** seu Decretum generale, Incltyli Regni Hungariae, partiumque eidem annexarum...Authore Stephano Werböcz.- Tyrnaviae, Typis Acad. per Joannem Andream Hörmann, 1696

**Davy, Robert [Hrsg.]:** Rechtsarchiv des Burgenlandes. 7 Bde. Wien: Österr. Staatsdruckerei 1920 - 1921

**Eine Riesen-Kundgebung Westungarns gegen den Anschluss.** Ödenburg: Buchdruckerei A. Tóth 1920. [anonyme Broschüre]

- Mosca, Rodolfo:** Le relazioni internazionali del Regno d'Ungheria. Atti internazionali e documenti diplomatici raccolti e ordinati. Vol. primo 1919 - 1938. Budapest: Societa Mattia Corvino editrice 1943
- Müller-Guttenbrunn, Adam:** Wohin gehört Westungarn ? Wien: Verein zur Erhaltung des Deutschtums in Ungarn 1919 (3.Auflage)
- Papers and documents relating to the foreign relations of Hungary.** Publ. by the Royal Hungarian Ministry for Foreign Affairs. Ed. by Francis Deák and Dezső Ujváry.  
Vol. I (1919-1920) - Budapest 1939.  
Vol. II (1921) - Budapest 1946
- Patry, Josef:** Westungarn zu Deutschösterreich. Ein Vorschlag zu Lösung der deutsch-ungarischen Frage. Wien: Selbstverlag 1918 (2. vollständig umgearbeitete Auflage)
- Staatsgesetzblatt für den Staat Deutschösterreich.** Jahrgang 1918. Wien: 1918
- Szinai, Miklós u. Szücs, László (Hrsg.):** The Confidential Papers of Admiral Horthy. - Budapest: Corvina 1965
- Winterstetten, R.:** Heizenland. Deutsches Neuland im Osten. - Wien: Braumüller 1919
- Zsombor, Géza:** Westungarn. Zu Ungarn oder zu Österreich. - Oedenburg: Corvina 1919.

## Verwendete Literatur

- Ádám, Magda:** Richtung Selbstvernichtung. Die Kleine Entente 1920 - 1938. Wien: Österr. Bundesverl. 1988.
- Anti-Weiser, Walpurga:** Mannersdorf am Leithagebirge. - Mannersdorf: o. J.
- Bauer, Ernest:** Drei Leopardenköpfe in Gold. Österreich in Dalmatien. - Wien: Herold 1973
- Bauer, Otto:** Die österreichische Revolution. - Wien: Verl. d. Wiener Volksbuchhandlung 1923
- Beer, Ernst F. :** Deutsch-Westungarn nach dem Friedensvertrag von Saint-Germain. In: Deutsches Vaterland. 1919. H. 4
- Bellér, Béla:** Az ellenforradalmi rendszer első éveinek nemzetiségi politikája (1919 - 1922). In: Századok. 1964. 6 sz.
- Bellér, Béla:** A Magyar Népköztársaság nemzetiségi politikája. In: Történelmi Szemle. 1969. 1-2 szám.
- Berka, Günther:** Die tschechische Irredenta in Deutschösterreich. - Graz: Alpenland-Verl. 1928 (Schriften des Deutschen Schulvereins Südmark über das Grenz- und Auslandsdeutschtum)
- Berlin, Jon D.:** The United States and the Burgenland 1918 - 1920. In: Austrian History Yearbook. Vol. VIII. 1972.- Houston: Rice University
- Berlin, Jon D.:** Die Rolle der amerikanischen Diplomatie in der Burgenlandfrage 1919 - 1920. In: Österr. Osthefte. Jg, 14 (1972) Heft 3
- Berlin, Jon D.:** The Burgenland-question 1918 - 1920. From the collapse of Austria-Hungary to the Treaty of Trianon. - Ann Arbor: University Microfilms 1974
- Bidermann, Hermann Ignaz:** Geschichte der österreichischen Gesamt-Staats-Idee. 1526 -1804. II. Abteilung. - Innsbruck: Wagnersche Univ. Buchhandlung 1889
- Bizony, Ladislaus:** 133 Tage ungarischer Bolschewismus. - Leipzig u. Wien: Waldheim & Eberle 1920
- Böhm, Wilhelm:** Im Kreuzfeuer zweier Revolutionen. - München: Verlag f. Kulturpolitik 1924

- Bölöny, József:** Magyarország kormányai 1848 - 1975. Budapest: Akadémiai Kiadó 1978
- Borus, József:** Freischärler in Westungarn 1921. In: Burgenland 1921. Eisenstadt 1996 (Wissenschaftliche Arbeiten aus dem Burgenland. H. 95)
- Brader, Eszter:** Ungarn und Deutschösterreich zur Zeit der ungarischen Räterepublik. Wien: Diss. phil. 1988
- Brauner, Wilhelm:** Deutsch-Österreich 1918. Die Republik entsteht. - Wien: Amalthea 2000
- Braitenberg, Benno von:** Männer müssen kämpfen! - Leipzig: Dietsch 1938
- Brook-Shepherd, Gordon:** Karl I. des Reiches letzter Kaiser. Glanz und Elend des letzten österreichischen Herrscherpaares. Wien: Molden-Taschenbuch 1976
- Broucek, Peter:** Karl I. (IV.). Der politische Weg des letzten Herrschers der Donaumonarchie. Wien: Böhlau 1997
- Brunner, Otto:** Zur Geschichte der „Korridorfrage“ In: Burgenländische Heimatblätter 1937/1
- Burghardt, Andrew F.:** Borderland. A Historical and Geographical Study of Burgenland, Austria. - Madison: Univ. of Wisconsin Press 1962
- Buttlar, Gertrud:** Die Rolle Wiener Neustadts bei der Entstehung des Burgenlandes. In: Burgenland 1921. - Eisenstadt 1996 (Wissenschaftliche Arbeiten aus dem Burgenland. H. 95)
- Carsten, Francis L.:** Faschismus in Österreich. Von Schönerer zu Hitler. München: Fink Verl. 1977
- Carsten, Francis L.:** Die Erste österreichische Republik im Spiegel zeitgenössischer Quellen. Wien: Böhlau 1988
- Coolidge, Harold J. und Lord, Robert H.:** Archibald Cary Coolidge. Life and Letters. - Boston: Houghton Mifflin Comp. 1932
- Csáky, Eva-Marie (Hrsg.):** Vom Geachteten zum Geächteten. Erinnerungen des k. u. k. Diplomaten und k. ungarischen Außenministers Emerich Csáky (1882 - 1961). - Wien: Böhlau 1992
- Csima, János:** Olaszország szerepe a Horthy-hadsereg fegyverkezésében (1920 - 1941). In: Hadtörténelmi Közlemények. Jg. 16. 1969
- Cunningham, Thomas Andrew:** Dusty measure. A Record on Troubled Times. - London 1939
- Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen deutscher Truppen und Freikorps.** Im Auftrag des Oberkommandos des Heeres bearbeitet und herausgegeben von der Kriegsgeschichtlichen Forschungsanstalt des Heeres. Band 8: Freiheitskämpfe in Deutschösterreich. Berlin: Verl. Mittler 1942
- Dax, Wolfgang:** Burgenländisches Landesrecht. Grundlagen und Entwicklung. In: 50 Jahre Burgenland. - Eisenstadt 1971 (Burgenländische Forschungen. Sonderheft III.)
- Deutsch, Julius:** Aus Österreichs Revolution. Militärpolitische Erinnerungen. Wien: Verlag der Wiener Volksbuchhandlung. o. J.
- Dujmovits, Walter:** Der Beitrag der in Wien lebenden Burgenländer zur Angliederung ihrer Heimat an Österreich. In: Burgenländische Heimatblätter. 1961. S. 108 ff.
- Dujmovits, Walter:** Die Haltung der westungarischen Bevölkerung zur Frage des Anschlusses des Burgenlandes an Österreich. In: Burgenländische Heimatblätter. 1965. S. 57 ff.
- Eigner, Peter u. Helige, Andrea (Hrsg.):** Österreichische Wirtschafts- und Sozialgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert. 175 Jahre Wiener Städtische Versicherung. - Wien: Brandstätter 1999
- Erdődy, Gábor (Hrsg.):** Das Parteienwesen Österreich-Ungarns. - Budapest: Akadémiai Kiadó 1987
- Erényi, Tibor:** Die Frage Revolution und Reform in der Arbeiterbewegung Österreich-Ungarns um die Jahrhundertwende. In: Studia Historica 112. - Budapest 1975

- Ernst, August:** Zur Enteignung österreichischer Grundbesitzer nach der Reinkorporierung der westungarischen Herrschaften (17.Jh.). In: Wissenschaftliche Arbeiten aus dem Burgenland. Bd. 35.- Eisenstadt 1966
- Ernst, August:** Die verpfändeten Herrschaften Westungarns unter österreichischer Verwaltung. In: Veröffentlichungen des Verbandes Österreichischer Geschichtsvereine. Bd.15.- Wien 1963
- Ernst, August:** Der Anschluss der Gemeinde Luising an Österreich (1923). In: Burgenländische Heimatblätter 1973. H. 2
- Ernst, August:** Geschichte des Burgenlandes. - Wien: Verl. f. Geschichte u. Politik 1991
- Falk, Emmerich:** Das Burgenland im Blickfeld tschechischer Großherrschaftspläne. - Stuttgart: Kohlhammer Verl. 1938. (Schriftenreihe der Stadt der Auslandsdeutschen. Bd. 5)
- Fellner, Fritz (Hrsg.):** „Saint-Germain, im Sommer 1919“ Die Briefe Franz Kleins aus der Zeit seiner Mitwirkung in der österreichischen Friedensdelegation Mai - August 1919. - Salzburg: Neugebauer 1977. (Quellen zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Bd. 1)
- Ferrario, Carlo Antonio:** Italia e Ungheria. - Milano: Alpes casa editrice 1926
- Fischer, Holger:** Oszkár Jászi und Mihály Károlyi. Ein Beitrag zur Nationalitätenpolitik der bürgerlich-demokratischen Opposition in Ungarn von 1900 bis 1918 und ihre Verwirklichung in der bürgerlich-demokratischen Regierung von 1918 bis 1919.- München: Trofenik 1978
- Flanner, Karl:** Bécsújhely volt 1919-ben a „fordítókorong” a Magyar Tanácsköztársaság irányában. In: Soproni Szemle.- Sopron 1988. H. 3
- Fogarassy, László:** IV. Károlyi második restaurációs kísérletének katonai története. A „budaörsi csata” In: Hadtörténelmi Közlemények. 1971. H. 2
- Fogarassy, László:** Iratok az osztrák-magyar határ-kérdés történetéhez. In: Soproni Szemle. 1976. 4. Sz.
- Fogarassy, Ladislaus:** Beiträge zum Venediger Protokoll aufgrund ungarischer Quellen. In: Burgenländische Heimatblätter. 1978. H. 4
- Fogarassy, László:** A nyugat-magyarországi kérdés katonai története (1918 december - 1921 augusztus). In: Soproni Szemle. 1971. 2. sz.
- Fogarassy, László:** A Horthy-hadsereg bevonulása Tiszántúl. In: Különlenyomat Debreceni Déri Múzeum 1973. - Debrecen 1974.
- Fogarassy, László:** Paul Prónays Erinnerungen an das „Lajta-Banat” In: Burgenländische Heimatblätter. 1990. H. 1
- Fogarassy, László:** Die Volksabstimmung in Ödenburg und die Festsetzung der österreichisch-ungarischen Grenze im Lichte der ungarischen Quellen und Literatur. In: Südost-Forschungen. 1976.
- Fogarassy, Ladislaus:** Die Memoiren des Freikorpskommandanten Viktor von Maderspach. In: Burgenländische Heimatblätter 1979. H.1
- Fogarassy, László:** „Lajtabánsági politikai és szépirodalmi időszaki lap” In: Soproni Szemle. 1997. 3. sz.
- Franz, Georg:** Erzherzog Franz Ferdinand und die Pläne zur Reform der Habsburgermonarchie. - München: Callwey 1943. (Südosteuropäische Arbeiten. 35)
- Freise, Ursula:** Die Tätigkeit der alliierten Kommissionen in Wien nach dem Ersten Weltkrieg. - Wien: Diss. phil. 1963
- Funder, Friedrich:** Vom Gestern ins Heute. Aus dem Kaiserreich in die Republik. - Wien: Herold 1952

- Gábor, Sándorné:** Ausztria és a magyarországi Tanácsköztársaság. Budapest: Akadémiai Kiadó 1969
- Gajanová, Alena:** Die tschechoslowakisch-österreichischen Beziehungen in der Nachkriegszeit. In: Schriftenreihe des Österr. Ost- und Südosteuropa-Instituts. Bd. 3 (Die Auflösung des Habsburgerreiches).- Wien
- Galántai, József:** Hungary in the First World War.- Budapest: Akadémiai Kiadó 1989
- Gall, Franz:** Die österreichisch-ungarischen Grenzstreitigkeiten 1753/54. In: Jahrbuch für österreichische Kulturgeschichte. Bd. X. - Eisenstadt 1984
- Gasiorowski, Zygmunt J.:** Czechoslovakia and the Austrian Question 1918-1928. In: Südost-Forschungen (München). Bd. XVI. 1.Halbb. (1957)
- Gergely, Jenő:** A Keresztényszocialisták politikai szerepe az ellenforradalom első éveiben (1919-1923). In: Századok 110 évf. 1976. 2. szám.
- Gerhartl, Gertrud:** Wiener Neustadt und die Landnahme des Burgenlandes im Jahre 1921. In: Österreich in Geschichte und Literatur. Jg. 1983. H. 3.
- Gerse, János:** A Pinkamenti falvak visszacsatolása. In: Savaria 22/1 - Szombathely 1995
- Glettler, Monika:** Die Wiener Tschechen um 1900. Strukturanalyse einer nationalen Minderheit in der Großstadt. - München: Oldenbourg 1972. (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum. Bd. 28)
- Gogolák, Ludwig:** Ungarns Nationalitätengesetze und das Problem des magyarischen National- und Zentralstaates. In: Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Bd. III/2 (Die Völker des Reiches)- Wien: Österr. Akad. d. Wissenschaften 1980
- Gonda, Imre:** Der Verfall der Kaiserreiche in Mitteleuropa. Der Zweibund in den letzten Kriegsjahren (1916 - 1918). - Budapest: Akadémiai Kiadó 1977
- Gottas, Friedrich:** Staat und Gesellschaft im Zeitalter des Dualismus. In: Internationales Kulturhistorisches Symposion Mogersdorf 1984.- Eisenstadt: Bgld. Landesarchiv 1987
- Graupner, Ludwig:** Die Amerikawanderung im Güssinger Bezirk. Burgenländische Forschungen. H. 3. - Horn-Wien: 1949
- Graupner, Ludwig:** Die Güssinger Landschaft. Ein überbevölkertes österreichisches Grenzland. In: Geographischer Jahresbericht aus Österreich. 23.Bd. (1949)
- Gruber, Ferdinand Ernst:** Adam Müller-Guttenbrunn und das Burgenland. Nach bisher unveröffentlichten Tagebuchaufzeichnungen des Dichters. In: Volk und Heimat. 1958. Nr. 19. S. 5 ff.
- Guglia, Otto:** Das Werden des Burgenlandes. Seine Angliederung an Österreich vor 40 Jahren im Lichte teilweise unbekanntem Materials. - Eisenstadt: Bgld. Landesarchiv 1961 (Burgenländische Forschungen. H. 44)
- Gutkas, Karl:** Geschichte des Landes Niederösterreich. - St. Pölten: Nö. Pressehaus 1974
- Gulya, Katalin:** Die westungarische Frage nach dem Ersten Weltkrieg. Das Burgenland und die Politik der ungarischen Regierungen 1918 - 1921. In: Österreichische Osthefte. Jg. 1966. H. 2 S. 89 ff.
- Haas, Hanns:** Anmerkungen zur Burgenlandfrage auf der Pariser Friedenskonferenz. In: Burgenländische Heimatblätter. 1971. H. 3. S. 97-108
- Haas, Hanns:** Österreichisch-italienische Beziehungen von Villa Giusti bis Saint-Germain. In: Innsbruck Venedig. Österr. italien. Historikertreffen 1971 und 1972. Wien: Akad. d. Wissenschaften 1975
- Haas, Hanns:** Die Pariser Friedenskonferenz und das Ende der Ungarischen Räterepublik 1919. In: Mitteilungen des Österr. Staatsarchivs. 29 / 1976
- Hajdú, Tibor:** The Hungarian Soviet Republic.- Budapest: Akadémiai Kiadó 1979 (Studia historica. 131)

- Hanák, Péter:** Ungarn im Auflösungsprozeß der Österreichisch-ungarischen Monarchie. In: Versailles - St. Germain - Trianon. Umbruch in Europa vor fünfzig Jahren. Hrsg. v. Karl Bosl. München: Oldenbourg 1971. S.37 ff.
- Hanák, Péter (Hrsg.):** Die Geschichte Ungarns. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Budapest: Corvina 1988
- Hanisch, Ernst:** Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20.Jahrhundert.- Wien: Ueberreuter 1996 (= Österreichische Geschichte 1890-1990)
- Hantsch, Hugo:** Die Nationalitätenfrage im alten Österreich. Das Problem der konstruktiven Reichsgestaltung. Wien: Herold 1953 (Wiener Studien. Bd.1)
- Hausmann, Astrid:** Die amerikanische Außenpolitik und die Entstehung der Republik Österreich von 1917 1919. Wien: Diss. phil.1972
- Hautmann, Hans:** Die verlorene Räterepublik. Am Beispiel der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs. Wien, Frankfurt, Zürich: Europa Verl. 1971
- Heideking, Jürgen:** Areopag der Diplomaten. Die Botschafterkonferenz der alliierten Hauptmächte und die Probleme der europäischen Politik 1920 1931. Husum: Matthiesen 1979 (Historische Studien. H. 436)
- Heidrich, Charlotte:** Burgenländische Politik in der Ersten Republik. Deutschnationale Parteien und Verbände im Burgenland vom Zerfall der Habsburgermonarchie bis zum Beginn des autoritären Regimes (1918-1933). Wien: Verl. f. Geschichte u. Politik 1982. (Studien und Quellen zur österreichischen Zeitgeschichte. Bd.4)
- Hiller, István:** Kellner Sándor és a soproni küldöttek a Tanácsok Országos Gyűlésén (1919 június). In: Soproni Szemle 1971. 1. sz.
- Hiller, István:** A soproni egyetemi hallgatók mozgalmái a két világháború között. Sopron: A Soproni Szemle kiadványai 1975
- Hoehenbichler, Eduard:** Republik im Schatten der Monarchie. Das Burgenland, ein europäisches Problem. Wien, Frankfurt, Zürich: Europa Verl. 1971
- Hoensch, Jörg K.:** Geschichte Ungarns 1867-1983. - Stuttgart: Kohlhammer 1984
- Hoffenreich, Ernst:** Zehn Jahre nach dem Verlust von Oedenburg. In: Burgenländische Freiheit. 18. Dez. 1931. S. 1
- Hoffmann, Robert:** Die Mission Sir Thomas Cuninghames in Wien 1919. - Salzburg: Diss. phil. 1971
- Horváth, Zoltán:** Civitas Fidelissima. In: „Magyarok maradtunk“ 1921 1996. - Sopron 1997
- Hubert, Rainer:** Schober. „Arbeitsmörder“ und „Hort der Republik“ Biographie eines Gestrigen. – Wien; Böhlau 1990 (Böhlaus zeitgeschichtliche Bibliothek. Bd. 15)
- Hübner, Alexander:** Im Burgenland zehn Jahre Tagesschriftsteller. - Eisenstadt: Horvath 1931
- Jászi, Oskar:** Magyaris Schuld - Ungarns Sühne. Revolution und Gegenrevolution in Ungarn. München: 1923
- Jedlicka, Ludwig:** Die militärische Landnahme des Burgenlandes und deren innenpolitische Bedeutung. In: Bgld. Heimatblätter 1961. H. 3
- Juhász, Gyula:** Hungarian foreign policy 1919 - 1945. - Budapest: Akademiai Kiadó 1979
- Kaas, Albert / Lazarovics, Fedor v.:** Der Bolschewismus in Ungarn. - München: Südost Verl. A. Dresler 1930
- Kath, Josef:** Die „Gaukulturektion“ des kommunistischen Deutschwestungarn. In: Monatshefte für Pädagogische Reform. - Wien 1920

- Katona, Stephan:** *Historia critica Regum Hungariae, stirpis mixtae, ex fide domesticorum et exterorum scriptorum concinnata a Stephano Katona. Tomulus X. Ordine XVII. Ab anno Christi MCCCCXC ad annum usque MCCCCXC.* Budaë: Typis Regiæ Universitatis 1793.
- Kerekes, Lajos:** Die „Weiße Allianz“ Bayrisch - österreichisch ungarische Projekte gegen die Regierung Renner im Jahre 1920. In: Österr. Osthefte 1965. H. 5
- Kerekes, Lajos:** Von St.Germain bis Genf. Österreich und seine Nachbarn 1918 - 1922. Budapest: Akadémiai kiadó 1979
- Kesten, Hermann [Hrsg.]:** Joseph Roth. Werke. 3. Bd. Frankfurt/M.: Kiepenheuer & Witsch 1976
- Knaus, Sigmund:** Freiheitskämpfe in Deutschösterreich. 2. Teil (Die Besitznahme des Burgenlandes 1921.) - Berlin: Mittler 1942
- Kocsó, Margit:** Die ungarische Räterepublik. Wien: Diss. phil. 1968
- Koncsek, László:** A bécsi és Sopron megyei ellenforradalom kapcsolatai 1919-ben. In: Soproni Szemle. 1956. 2.sz.
- Korbuly, Dezső:** Nationalitätenfrage und Magyarisierung in Ungarn (1790 - 1918). In: Österreichische Osthefte. 13.Jg.(1971). Heft 2
- Környei, Attila:** A forradalmak vázlatos soproni eseménynaplója. [Ein Kalender der Revolutionsereignisse in Ödenburg]. In: Soproni Szemle. 1969. Nr.1 S.79 ff.
- Kovács-Bertrand, Anikó:** Der ungarische Revisionismus nach dem Ersten Weltkrieg. Der publizistische Kampf gegen den Friedensvertrag von Trianon (1918-1931).- München: Oldenbourg 1997. (Südosteuropäische Arbeiten. 99)
- Krajčovic, Milan:** Die Slowakei und die Entstehung des Burgenlandes. In: Burgenland 1921. (Wissenschaftliche Arbeiten aus dem Burgenland 95) - Eisenstadt 1996
- Kristó, Gyula:** Die Arpaden-Dynastie. Die Geschichte Ungarns von 895 bis 1301.- Budapest: Corvina Verl. 1993
- Krizman, Bogdan:** Gradišće na Pariskoj mirovnoj konferenciji 1919 - 1920. In: Nastava povijesti. Br. 4 (1974) - Zagreb 1974
- Kuffner, Hannuš:** Unser Staat und der Weltfrieden. Übersetzung der tschechischen Broschüre „Nas stát a svetovy mir“ ins Deutsche von H.V.- Warnsdorf: Strache 1922
- Kurz, Cornelia:** Deutschsprachige Propaganda und Agitation während des Anschlußkampfes des Burgenlandes an Österreich 1918 - 1921. Wien: Diss. phil. o. J.
- Lades, Hans:** Die Nationalitätenfrage im Karpathenraum. Der österreichische Ordnungsversuch 1848/49. Wien: Wiener Verlagsges. 1941
- Lehár, Anton:** Erinnerungen. Gegenrevolution und Restaurationsversuche in Ungarn 1918-1921. Hrsg. v. Peter Broucek. Wien: Verl. f. Geschichte und Politik 1973
- Lendvai, Paul:** Die Ungarn. Ein Jahrtausend Sieger in Niederlagen. München: Bertelsmann 1999.
- Lindeck-Pozza, Irmtraud:** Zur Vorgeschichte des Venediger Protokolls. In: 50 Jahre Burgenland. - Eisenstadt 1971 (Burgenländische Forschungen. Sonderheft III.)
- Lindeck-Pozza, Irmtraud:** Die Burgenlandfrage in der italienischen Außenpolitik. Ein Vermittlungsversuch Italiens zu Ende 1920. In: Römische historische Mitteilungen. H. 14.- Rom - Wien: Böhlau 1972
- Lindeck-Pozza, Irmtraud:** Vom Vertrag von Saint-Germain bis zur Machtergreifung des Faschismus. In: Innsbruck Venedig. Wien: Verl. d. Akad. d. Wissenschaften 1975 (Veröffentlichungen der Kommission für Geschichte Österreichs. Bd. 6)

- Lloyd George, David:** *Memoirs of the Peace Conference.* 2 Bde. New Haven: Yale University Press 1939.
- Low, Alfred D.:** *The First Austrian Republic and Soviet Hungary.* In: *Journal of Central European Affairs.* Vol. XX. 1960
- Low, Alfred D.:** *Austria between East and West: Budapest and Berlin 1918 - 1919.* In: *Austrian History Yearbook.* Vol. IV-V. (1968/69). Houston: Rice Univ. 1969
- Loewenfeld-Russ, Hans:** *Im Kampf gegen den Hunger. Aus den Erinnerungen des Staatssekretärs für Volksernährung 1918 - 1920.* Wien: Verl. f. Geschichte u. Politik 1986
- Malfè, Stefan:** *Wien und Rom nach dem Ersten Weltkrieg. Österreichisch-italienische Beziehungen 1919 - 1923.* - Wien: Böhlau Verl. 1978
- Masaryk, Thomas G.:** *Das neue Europa.* - Berlin: C.A. Schwetschke-Verl. 1922
- Masaryk, Thomas G.:** *Die Weltrevolution. Erinnerungen und Betrachtungen 1914 - 1918.* (Deutsch v. Camillo Hoffmann) - Berlin: E. Reiss Verl. 1927
- Mayer, Géza:** *A vörös dulás nálunk. Sopron és vármegye a két forradalom alatt.* - Sopron: o. J.
- Miller, David Hunter:** *My Diary at the Conference of Paris.* Vol. XIX. - New York 1926
- Miltschinsky, Viktor:** *Das Verbrechen von Ödenburg.* Wien: Literaria 1922
- Miltschinsky, Viktor:** *Der „Ödenburger Heimatdienst“* In: *Bgld. Heimatblätter.* 1962. H. 4
- Mondini, Luigi:** *Der Waffenstillstand von Villa Giusti und seine Folgen.* In: *Innsbruck - Venedig. Österreichisch-italienische Historikertreffen 1971 und 1972.* Wien: Akad. d. Wissenschaften 1975
- Mosca, Rodolfo:** *Rom - Budapest 1918 - 1921. Zur diplomatischen Vorgeschichte des Trianonvertrages.* In: *Berliner Monatshefte.* Jg. 1939.
- Nagy, Imre:** *A Lajta határfolyam.* In: *Századok.* - Budapest 1871. S. 450 ff.
- Nagy, Zsuzsa:** *Forradalom és a ellenforradalom a Dunántúlon 1919.* Budapest 1961
- Nagy, Zsuzsa:** *Az olasz érdekek és Magyarország 1918 - 1919-ben.* In: *Történelmi Szemle.* 1965
- Nasko, Siegfried (Hrsg.):** *Karl Renner in Dokumenten und Erinnerungen.* Wien: Österr. Bundesverl. 1982
- Nehring, Karl:** *Flugblätter und Flugschriften zur Ungarischen Räterepublik. Deutschsprachige Drucke aus Budapest Sammlungen.* München: 1981. (Veröffentlichungen des Finnisch-Ugrischen Seminars an der Universität München. Serie C, Bd. 12)
- Nemes, Dezső:** *Die „österreichische Aktion“ der Bethlen-Regierung.* In: *Acta historica.* Budapest. Tom. XI. 1965
- Neubauer, Franz:** *Die Gendarmerie in Österreich 1849 - 1924.* Wien: 1924
- Nicolson, Harold:** *Friedensmacher 1919. Peacemaking 1919.* - Berlin: Fischer 1934
- Nitti, Francesco:** *Das friedlose Europa.* - Frankfurt/M.: Societäts-Druckerei 1922
- Ormos, Mária:** *Civitas fidelissima. Népszavazás Sopronban 1921.* - Győr: Gordiusz 1990
- Ormos, Mária:** *From Padua to the Trianon 1918 - 1920.* - Budapest: Akadémiai Kiadó 1990
- Paul, Hans:** *Die Abstimmung von Ödenburg im Urteil der Angelsachsen.* In: *Burgenländische Heimatblätter* 1966. H. 1
- Perman, Dagmar:** *The shaping of the Czechoslovak State. Diplomatic history of the boundaries of Czechoslovakia 1914-1920.* - Leiden: Brill 1962 (Studien zur Geschichte Osteuropas. 7)
- Pflagner, Margit:** *Der Aufbruch.* In: *Burgenländisches Leben.* Jg. 1951, Heft 4. S. 17 ff.
- Pflagner, Margit und Pröbst, Franz:** *Mein Heimatvolk, mein Heimatland. Ein Volksbuch vom Burgenland.* - Eisenstadt: Selbstverl. d. Volksbildungswerkes 1952

- Pflagner, Margit:** Josef Reichl, der erste Dichter des Burgenlandes. In: Lenau-Forum. Vierteljahresschrift für vergleichende Literaturforschung. 2.Jg. (1970). S. 97 ff.
- Plaschka, Richard G. / Haselsteiner, Herbert / Suppan, Arnold:** Innere Front. Militärassistentz, Widerstand und Umsturz in der Donaumonarchie 1918. - Wien: Verl. f. Geschichte u. Politik 1974. Bd. 1: Zwischen Streik und Meuterei
- Polz, Thomas:** Organisatorischer Aufbau im Kampf um das Werden des Burgenlandes. In: Burgenland-Magazin. 1.Jg. (Jänner 1966) - Pinkafeld: Doncses 1966
- Popovici, Aurel C.:** Die Vereinigten Staaten von Groß-Österreich. Politische Studien zur Lösung der nationalen Fragen und staatsrechtlichen Krisen in Österreich-Ungarn. Leipzig: Elischer Verl. 1906
- Prickler, Harald:** Geschichte der Herrschaft Bernstein. Burgenländische Forschungen. Bd. 41. Eisenstadt 1960
- Prickler, Harald:** Zur Geschichte des burgenländisch-westungarischen Weinfornhandels in die „Oberländer“ Böhmen, Mähren, Schlesien und Polen. In: Zeitschrift für Ostforschung. Bd. 14. - Marburg a. d. Lahn 1965
- Raschhofer, Hermann:** Die tschechoslowakischen Denkschriften für die Friedenskonferenz von Paris 1919/1920. Berlin: Heymanns Verl. 1937 (Beiträge zum ausländischen öffentlichen Recht und Völkerrecht. H. 24)
- Die ungarischen Rätekommissare in Österreich 1919 - 1920.** In: Weg und Ziel. Monatsschrift für Fragen der Demokratie und des wissenschaftlichen Sozialismus. Wien 1960.
- Rauchensteiner, Manfred:** Der Tod des Doppeladlers. Österreich-Ungarn und der Erste Weltkrieg. - Graz: Styria 1997
- Recker, Marie-Luise:** England und der Donauraum 1919 - 1929. - Stuttgart: Klett Verl. 1976
- Renner, Karl:** An der Wende zweier Zeiten. Lebenserinnerungen. - Wien: Vorwärts Verl. 1946
- Révész, László:** Die verschiedenen Auffassungen von Nationalitätenpolitik in Ungarn des 19. Jahrhunderts. In: Südostdeutsches Archiv. XII. Bd. 1969
- Révész, László:** Die Organisation der Diktatur und des Terrors in der Räterepublik. In: Ungarn-Jahrbuch 5 (1973)
- Rittsteuer, Josef:** Kirche im Grenzraum. Ein Beitrag zur Kirchengeschichte der Diözese Eisenstadt. - Eisenstadt: Verl. Horvath 1968
- Röglperger, Helga:** Die Politik Frankreichs gegenüber Österreich von 1918-1922. - Wien: Diss. phil. 1973
- Romanelli, Guido:** Nell'Ungheria di Bela Kun e durante l'occupazione militare romana. - Udine: Deretti 1964
- Romsics, Ignác:** István Bethlens Außenpolitik in den Jahren 1921 - 1931. In: Südost-Forschungen. 1990. Bd. II. München
- Romsics, Ignác:** Bethlen István. Politikai életrajz. - Budapest: Osiris Kiadó 1999
- Romsics, Ignác:** Hungary in the Twentieth Century. Budapest: Corvina 1999
- Rumpler, Helmut:** Eine Chance für Mitteleuropa. Bürgerliche Emanzipation und Staatsverfall in der Habsburgermonarchie. Wien: Ueberreuter 1997. (= Österreichische Geschichte 1804-1914. Hrsg. v. Herwig Wolfram)
- Sándor, Pál:** Die Agrarkrise am Ende des 19. Jahrhunderts und der Großgrundbesitz in Ungarn. In: Studien zur Geschichte der Österreichisch-ungarischen Monarchie. Studia Historica. Bd.51. - Budapest 1961
- Schermann, Aegid P.:** Geschichte von Lockenhaus. - Pannonhalma 1936

- Schieder, Theodor:** Staatensystem als Vormacht der Welt. 1848-1918. Frankfurt a. Main: Propyläen Verlag 1977 (Propyläen Geschichte Europas. Bd. 5)
- Schlag, Gerald:** Die Sozialdemokratische Partei des Burgenlandes und der Anschluss des Landes an Österreich 1918-1921. In: Burgenländische Forschungen. Sonderheft 11 (Kunnert-Festschrift).- Eisenstadt 1969
- Schlag, Gerald:** Die Grenzziehung Österreich-Ungarn 1922/23. In: Burgenland in seiner pannonischen Umwelt. - Eisenstadt 1984 (Burgenländische Forschungen. Sonderband VII - Ernst Festschrift)
- Schlag, Gerald:** Die Kroaten im Burgenland 1918 bis 1945. In: Geosits, Stefan [Hrsg.]: Die burgenländischen Kroaten im Wandel der Zeiten. Wien: Tusch 1986
- Schlag, Gerald:** Zur Frühgeschichte der industriellen Wanderarbeiter aus dem Burgenland. In: Burgenländische Heimatblätter 1989/1
- Schlag, Gerald:** Um Freiheit und Brot. Die Arbeiterbewegung von ihren Anfängen im westungarischen Raum bis zu ihrer Verbannung in die Illegalität. In: Aufbruch an der Grenze. Eisenstadt: SPÖ-Landesorganisation Burgenland 1989.
- Schlag, Gerald:** Burgenland. Geschichte, Kultur und Wirtschaft in Biographien. 20. Jahrhundert.- Eisenstadt: Edition Rötzer 1991
- Schleinker, Friedrich:** Von Westungarn zum Burgenland. Magyarischer und deutsch-österreichischer Nationalismus 1867 - 1922. In: Burgenländische Heimatblätter 1985. H. 3
- Schlereth, Ludmilla:** Die politische Entwicklung des ungarländischen Deutschtums während der Revolution 1918/19. München: Verl. Schick 1939. (Veröffentlichungen des Instituts zur Erforschung des deutschen Volkstums im Süden und Südosten in München. Nr. 18)
- Schmidt-Papp, Ernst:** Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Ungarn während der Räterepublik. In: Ungarn-Jahrbuch. Bd. 5 (1973)
- Schmidt-Wulffen, Wulf:** Deutschland - Ungarn 1918 - 1933. Wien: Diss. phil. 1969
- Schmidt-Wulffen, Wulf:** Das Burgenland und die deutsche Politik 1918 - 1921. In: Österreichische Osthefte. Jg. 11 (1969). Heft 5. S. 270 ff.
- Schmitz, Georg:** Die Vorentwürfe Hans Kelsens für die österreichische Bundesverfassung. - Wien: Manz 1981. (Schriftenreihe des Hans Kelsen-Instituts. Bd. 6)
- Schnee, Heinrich:** Georg Ritter von Schönerer. Ein Kämpfer für Alldeutschland. Reichenberg: Sudetendeutscher Verlag 1943 (3.Aufl)
- Schober, Richard:** Die Tiroler Frage auf der Friedenskonferenz von Saint-Germain. - Innsbruck: Universitätsverlag Wagner 1982 (Schlern-Schriften 270)
- Schödl, Günter:** Ungarische Politik jenseits von Nationalstaat und Nationalismus: Gustav Gratz (1875 - 1946). In: Burgenländische Heimatblätter. 1985. H. 1 und 2
- Schwind, Hedwig:** Jakob Bleyer. Ein Vorkämpfer und Erwecker des ungarländischen Deutschtums. - München: Verlag d. Südostdeutschen Kulturwerks 1960. (Veröffentlichungen des Südostdeutschen Kulturwerks. Reihe B, 14)
- Seedoch, Johann:** Deutschösterreichs Bemühungen um den Anschluß des Burgenlandes. In: Burgenland in seiner pannonischen Umwelt. Burgenländische Forschungen. Sonderband VII. (Ernst-Festschrift) - Eisenstadt 1984
- Senz, Ingomar:** Die nationale Bewegung der ungarländischen Deutschen vor dem Ersten Weltkrieg. Eine Entwicklung im Spannungsfeld zwischen Alldeutschtum und ungarischer Innenpolitik. München: Oldenbourg 1977 (Buchreihe der Südostdeutschen Historischen Kommission. Bd.30)
- Seton-Watson, Robert W.:** Masaryk in England. - New York: The Macmillan Comp. 1943

- Siklós, András:** Ungarn 1918-1919. Ereignisse, Bilder, Dokumente. Budapest: Corvina Verl. 1979
- Simon, Josef:** Karl Wollinger und seine Verdienste für den Anschluß. In: Volk und Heimat. Dez. 1961
- Sinowatz, Fred:** Zur Geschichte des Landesnamens. In: Burgenländische Heimatblätter. 1961
- Soós, Katalin:** A Nyugat-Magyarországi kérdés (1918-1919). Budapest: Akadémiai Kiadó 1962. (Értekezések a történeti tudományok köréből. Új sorozat 25)
- Soós, Katalin:** Magyar-bajor-osztrák titkos tárgyalások és együttműködés 1920 - 1921.- Szeged 1967. (Acta Universitatis Szegediensis. Acta Historica. Tom. XXVII.)
- Soós, Katalin:** Burgenland az Európai politikában (1918-1921). Budapest: Akadémiai Kiadó 1971
- Speidl, Zoltán:** A legitimista - szabad királyválasztó harc és a „Nemzeti hadsereg” (1919 - 1921). In: Hadtörténelmi közlemények. 1971. H. 2
- Spiegel-Schmidt, Friedrich:** Das Deutschtum Ungarns zwischen dem Putsch gegen Peidl und der Ödenburger Volksabstimmung (1919-1921). In: Südostdeutsches Archiv. Bd. 1987/88. München: Oldenbourg 1988
- Steiger, Maria Denise:** Lockenhaus. Hrsg. von der Marktgemeinde Lockenhaus anlässlich des 500 Jahr-Jubiläums seiner Markterhebung. - Lockenhaus 1992
- Steinacher, Hans:** Zur Frage der Ödenburger Volksabstimmung (1921). In: Burgenländische Heimatblätter. 1961. H. 4
- Steinacker, Edmund:** Lebenserinnerungen. - München: Schick 1937. (Veröffentlichungen des Instituts zur Erforschung des deutschen Volkstums im Süden und Südosten in München. Nr. 13)
- Steinacker, Ruprecht:** Roland Steinacker und die Gründung des Burgenlandes. In: Südostdeutsches Archiv. Bd. XIV (1971)
- Streibel, Andreas:** „Von der Alm zur Puszta” Zur Rolle völkischer Schutzvereine bei der Angliederung des Burgenlandes an Österreich. In: Burgenländische Heimatblätter 1994. H. 2 u. 3
- Suchard, Hans:** Die Republik Heizenland. In: Burgenländisches Leben. Jg. 2. H. 5 (Mai 1951).
- Suppan, Arnold:** Um die Südgrenze des Burgenlandes. Grenzziehung an der deutsch-magyarisch-slowenischen Dreivölkergrenze 1918/21. In: Burgenländische Forschungen. Heft 70. Eisenstadt 1981.
- Suppan, Arnold:** Jugoslawien und Österreich 1918 - 1938. Bilaterale Außenpolitik im europäischen Umfeld. - Wien: Verl. f. Geschichte u. Politik 1996 (Veröffentlichungen des Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts. Bd. XIV)
- Szabó, Ágnes und Pámlényi, Pál (Hrsg.):** A határban a halál kaszál. Fejezetek Prónay Pál feljegyzéseiből. [An der Grenze mäht der Tod. Kapitel aus den Aufzeichnungen von Paul Prónay]. - Budapest: Akadémiai Kiadó 1963.
- Szinai, Miklós:** Zur Geschichte der Beziehungen zwischen der Ungarischen Räterepublik und Österreich. In: Acta Historica Academiae Scientiarum Hungaricae. Tom. XVIII (1972).
- Szmudivits, Friedrich:** Geschichte der Angliederung des Burgenlandes an Österreich. - Wien: Diss. phil. 1937
- A Tanácsköztársaság Vas megyében.** Tanulmányok. Szombathely: A Magyar Szocialista Munkáspárt Vas megyei bizottsága. 1980.
- Tardieu, André:** La paix. - Paris: 1921
- Titl, Julij:** Murska Republika 1919. - Murska Sobota: Pomurska zalozba 1970

- Titz, Peter:** Die nationale Zusammensetzung im burgenländischen Raum im Zeitalter der Magyarisierung. Diss. phil. Wien 1973
- Toscano, Mario:** L'Accordo revisionistica Franco-Ungherese del 1920. In: Pagine di storia diplomatica contemporanea. Bd. 1. - Milano 1963
- Tobler, Felix:** Kroatische Vorkämpfer für den Anschluß des Burgenlandes an Österreich. In: Burgenländisches Leben. 1982. H. 3
- Tobler, Felix:** Die Kommission für Privatschäden im Burgenland - ihre Tätigkeit und ihr Schriftgut als Quelle zur Geschichte der Freischärlerperiode 1921. In: Burgenland 1921. (WAB 95) Eisenstadt 1996
- Toth, Adalbert:** Parteien und Reichstagswahlen in Ungarn. 1848 - 1892. - München: Oldenbourg 1973 (Südostdeutsche Arbeiten. 70)
- Traeger, Ernest:** Die Volksabstimmung in Sopron, 14. 16. Dezember 1921. Aus den Tagen der Trauer, Zuversicht und Treue. - Sopron: Röttig-Romwalter 1928
- Tschida, Josef:** Die Stellungnahme der Wiener Presse zum Anschluß und zur Einrichtung des Burgenlandes. Diss. phil. - Wien: 1947
- Ulbrich, Karl:** Die Grenzkarte Ungarn-Niederösterreich von C. J. Walter (1754-56). In: Burgenländische Heimatblätter. 1952.
- Vinaver, Vuk:** Jugoslavija i Madarska 1918 - 1933. - Beograd: Institut za savremenu istoriju 1971
- Vranješ-Soljan, Božena:** Die Frage des sogenannten slawischen Korridors aus kroatisch/südslawischer Sicht. In: Burgenland 1921. (Wissenschaftliche Arbeiten aus dem Burgenland. 95) Eisenstadt 1996
- Wambaugh, Sarah:** Plebiscites since the World War. With an collection of official documents. Vol. 1.2. - Washington: Carnegie Endowment for International Peace 1933
- Wandycz, Piotr S.:** France and her eastern allies 1919 - 1925. French - Czechoslovak - Polish relations from the Paris Peace Conference to Locarno. - Minneapolis: Univ. of Minnesota Press 1962
- Weber, Johann:** Eötvös und die ungarische Nationalitätenfrage. München: Oldenbourg 1966 (Südosteuropäische Arbeiten. Bd. 64)
- Weissensteiner, Franz:** Die Diözesanregulierung Kaiser Joseph II. und das Erzbistum Wien. In: Jahrbuch für Landeskunde von Niederösterreich. N.F. 52 - Wien: 1986
- Werkmann, Karl:** Der Tote auf Madeira. - München: Verl. f. Kulturpolitik 1923
- Whiteside, Andrew G.:** Georg Ritter von Schönerer. Alldeutschland und sein Prophet. Graz: Styria 1981
- Windischgraetz, Ludwig:** Helden und Halunken. Selbsterlebte Weltgeschichte 1899 1964. Wien: Frick 1965
- Zeman, Zbyněk A.:** Der Zusammenbruch des Habsburgerreiches 1914 - 1918. Wien: Verlag f. Geschichte u. Literatur 1963
- Zimmermann, Bernhard H.:** Jakob Bleyer ein Pangermane ? In: Burgenländische Heimatblätter. 1984. H. 4
- Zsiga, Tibor:** Horthy ellen, a királyért. - Budapest: Gondolat 1989
- Zsiga, Tibor:** Burgenland, vagy Nyugat-Magyarország? Burgenland, oder Westungarn? Oberwart: Burgenlandi Magyar Kultúregyesület 1991

## **Burgenländisches Landesarchiv, Eisenstadt:**

Bild Nr.: 10, 33, 45, 51, 61, 62, 71, 83, 84, 85, 88, 103, 104, 105, 123, 124

## **Burgenländisches Landesmuseum, Eisenstadt:**

Bild Nr.: 3, 8, 11, 12, 14, 24, 42, 50, 56, 66, 69, 71, 72, 82, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 100, 101, 102, 107, 108, 109, 110, 111, 113, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 136, 138, 139, 147

## **Burgenländisches Auswanderermuseum, Güssing:**

Bild Nr.: 9

## **Győr – Moson – Sopron Megye Soproni Levéltára, Sopron:**

Bild Nr.: 5, 40, 87, 89, 99, 106, 115, 116, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 137, 146

## **Soproni Múzeum, Sopron:**

Bild Nr.: 48, 52, 59, 78, 79, 114, 140

## **Savaria Múzeum, Szombathely:**

Bild Nr.: 25, 41, 47, 49, 54, 57, 58, 76, 144, 145

## **Heeresgeschichtliches Museum, Wien:**

Bild Nr.: 16, 17, 18, 19, 23, 27, 29, 30

## **Österreichische Nationalbibliothek (Bildarchiv), Wien:**

Bild Nr.: 6, 46, 64, 65, 67, 68, 73, 80, 86

## **Sammlung Davy, Wien:**

Bild Nr.: 81

## **Industrieviertelmuseum, Wiener Neustadt:**

Bild Nr.: 13, 39

## **Sammlung Schlag, Großhöflein:**

Bild Nr.: 1, 7, 15, 20, 21, 22, 26, 28, 31, 32, 34, 35, 36, 37, 38, 43, 44, 53, 55, 60, 63, 70, 74, 75, 77, 112, 125, 126, 127

Vorwort Landeshauptmann Hans Niessl	5
Vorwort Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl	7
Vorwort Landesrat Helmut Bieler	9
Vorwort des Autors	11
Aus Trümmern geboren...	13
Zur Vorgeschichte	17
„Deutsch-Westungarn“ und die Umgestaltungspläne der Habsburgermonarchie	32
Die „Deutsch-Westungarische Bewegung“ in Wien vor 1914	49
Das „Geschehen in Deutsch-Westungarn“	54
„Eine Welt bricht zusammen “ (1914 - 1918)	72
Kriegsende und Revolution 1918 in Westungarn	95
Deutschösterreich erhebt Anspruch auf das Land der „Heanzen und Heidebauern“	104
Westungarn zwischen „Autonomie in Ungarn“ und „Anschluss an Österreich“	119
a. Die Ereignisse im Eisenburger Komitat	132
b. Die Aktion „Republik Heizenland“	136
Auf dem Weg zu Demokratie und Autonomie 1918/19	144
Der Name „Burgenland“ taucht auf	164
Die Frühjahrswahlen 1919	165
Deutsch-Westungarn in der Räterepublik (21. März - 1. August 1919)	168
a. Die Errichtung des autonomen Gaus Deutsch-Westungarn	190
b. Die ungarische Räterepublik und Österreich	196
c. Der Widerstand gegen die Rätediktatur	209

Deutsch-Westungarn / Burgenland und die Friedensverhandlungen in Paris	225
a. Die Vorverhandlungen 1918/19	225
b. Der tschechische Korridorplan	237
c. Frühjahr und Sommer 1919: Der Weg nach Saint-Germain-en-Laye	257
Das Ende der Räterepublik und die „weiße“ Gegenrevolution in Westungarn	286
Renners Reise nach Prag (10. - 12. Jänner 1920)	324
Auf dem Weg nach Trianon: Ungarns Widerstand gegen die Abtrennung des Burgenlandes	327
Italien zwischen Wien und Budapest	330
Renners Oster-Besuch in Rom (7. - 15. April 1920)	335
Die Unterzeichnung des Friedensvertrages von Trianon am 4. Juni 1920	340
Ungarns Annäherung an Frankreich	341
Der polnisch-sowjetische Krieg und das Burgenland	344
Deutschlands Verflechtung in die Burgenlandfrage	352
Die Burgenlandfrage und der Vatikan	362
Die inneren Vorbereitungen Österreichs zur Übernahme des Burgenlandes	363
1921: Das Jahr der Entscheidung	372
Der erste Restaurationsversuch König Karls IV. (Ostern 1921)	381
Die „Anschlussbewegung an das Deutsche Reich“ und das Burgenland	386
Die Ratifizierung des Friedensvertrages von Trianon: Ungarns Widerstandsversuche auf diplomatischer Ebene scheitern...	389
Die österreichisch-tschechische „Entrevue von Hallstatt“ (10. August 1921)	392

Die Freischärlerkämpfe (August - September 1921)	394
a. Die Besetzung des Burgenlandes durch die Gendarmerie vom 28. bis zum 31. August 1921	402
b. Das Gefecht von Kirchsschlag am 5. September 1921	414
c. Verstärkter Grenzschutz gegen Westungarn ab 6. September 1921	419
d. Das Gefecht bei Agendorf und der Rückzug der Gendarmerie aus dem Burgenland	421
e. Der Überfall auf Bruck an der Leitha am 24. September 1921	426
Militärisches und diplomatisches Zwischenspiel von Mitte September bis Mitte Oktober 1921	429
„Lajta-Bánság”	430
Neue Vermittlungsversuche und das Protokoll von Venedig vom 13. Oktober 1921	439
Der zweite Restaurationsversuch König Karls IV.	452
Die Besitznahme des Burgenlandes durch das österreichische Bundesheer	456
a. Der Einmarsch in den nördlichen Teil des Burgenlandes vom 13. bis zum 17. November 1921	460
b. Der Einmarsch in den südlichen Teil des Burgenlandes vom 25. bis zum 30. November 1921	462
Die Ödenburger Volksabstimmung (14. bis 16. Dezember 1921)	466
Die endgültige Festsetzung der österreichisch-ungarischen Grenze 1922/23	486
Anmerkungen	505
Literaturverzeichnis	526
Fotonachweis	538
Impressum	543



*Kartenskizzen:* Erwin Moravitz (Oberwart) und Wolfgang Meyer (Müllendorf)

*Umschlagbild:* Entwurf Heidi Vukovits (Eisenstadt)

**Impressum:**

*Medieninhaber (Herausgeber und Verleger):*

Burgenländisches Landesmuseum

(Amt der Burgenländischen Landesregierung, Abt. 7-LM)

A-7000 Eisenstadt, Museumsgasse 1 – 5

*Direktor:* W. Hofrat Dr. Gerald Schlag

*Repro & Druck:* Kenad & Danek Ges. m. b. H.,

7053 Hornstein, Industriestraße 1/II

ISBN 3-85405-144-1

